zentrum's fest gegen die Hexenjagd

auf STARTBAHN-GEGNER/INNEN



AM 14.11.87 UM 20⁰⁰
Eintritt 3,- für die Bunte Hilfe

Nr. 31 / 7 - 1987 4.- DM

AKTION
ANARCHISTISCHES MAGAZIN

Sondernummer Startbahn-Schüsse

Dokumentation

Chronologie
Presseerklärungen
Stellungnahmen
Pressespiegel

Aus friedlichem Bürgerprotest wurde brutale Gewalt

Über 225 Millionen Mark hat der Bau der Startbahn 18 West gekostet. Doch der wahre Preis der 4000 Meter langen und 60 Meter breiten Betonpiste ist nicht zu beziffern: Ein 13 Jahre währender Rechtsstreit, Massenproteste und Hungerstreiks, Molotowcocktails, Tränengas und Gummiknüppel. Die Geschichte der wohl umstrittensten Piste in der Weltluftfahrt begann am

28. Dezember 1965: Die Flughafen Aktiengesellschaft (FAG) reicht beim Hessischen Wirtschaftminister den Antrag zum Ausbau des Flughafens ein.

April 1966: In der Mörfeldener Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms sammeln sich unter Pfarrer Kurt Oeser die Ausbau-Gegner.

März 1968: Das Hessische Wirtschaftsministerium erläßt einen -Planfestellungsbeschluß, gegen den 44 Anfechtungsklagen laufen.

April 1971: Wirtschaftsminister Karry gibt grünes Licht für Bau einer 3. Startbahn, das Verwaltungsgericht in Darmstadt hebt den Sofort-Vollzug auf.

September 1978: Acht Fluglärmgegner und einige Nachbargemeinden legen Verfassungsbeschwerde gegen alle bisherigen Urteile ein. Die Beschwerde wird 10 Monate später abgewiesen.

Dezember 1978: Das Land verkauft 300 Hektar Wald an die FAG.

Mai 1980: Die Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau baut die erste Hütte auf der geplanten Trasse.

Juli 1980: Wirtschaftsminister Karry ordnet den Sofort-Bau der Startbahn an.

Oktober 1980: Hungerstreik der Parteien-Aktionsgemeinschaft in Mörfelden-Walldorf. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel erklärt unterdessen den Startbahnbau für "rechtens und erforderlich".

Oktober 1981: Beginn der Bauarbeiten.

2. November 1981: Das Hüttendorf, in dem die Startbahngegner monatelang gelebt hatten, wird geräumt und niedergerissen. Es folgen Krawalle an der Startbahn und in der Frankfurter Innenstadt.

14. November 1981: Übergabe von 200 000 Unterschriften für das Volksbegehren und friedliche Demonstration von 150 000 Menschen in Wiesbaden.

15. November 1981: Autobahnblockade rund ums Frankfurter Kreuz. Der Frankfurter Magistratsdirektor Alexander Schubart, der zur "gewaltfreien Besichtigung" des Flughafens aufgerufen hatte, wird vom Dienst supsendiert und später wegen Nötigung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

November 1982: Am ersten Jahrestag der Hüttendorf-Räumung kommt es nach einem Protestmarsch in Frankfurt zu Krawallen.

Juni 1983: Anschlag auf das Haus des FAG-Vorstandsvorsitzenden Becker.

Januar 1984: Sylvester-Krawalle an der Startbahnmauer.

12. April 1984: Der erste Jet donnert über die Startbahn West. Am Wochenende darauf liefern sich militante Gruppen blutige Schlachten mit Polizisten.

November 1985: Auch zum 4. Jahrestag der Hüttendorf-Räumung gewalttätige Auseinandersetzungen, drei Beamte werden verletzt.

April 1986: Zum 2. Jahrestag der Startbahn-Eröffnung bringen rund 220 militante Demonstranten den Flugbetrieb auf dem Rollfeld zum Erliegen.

2. November 1986: Nach einer zunächst friedlichen Demonstration sammeln sich rund 200 militante Startbahngegner und greifen mit Steinen und Molotowcocktails an. 15 Beamte werden verletzt.

14. Dezember 1986: Die Hüttenkirche, einst Symbol des gewaltfreien Widerstandes an der Startbahn, wird auf ihrem neuen Platz in Walldorf geweiht.

1987: Rund 50 bis 200 "Sonntagsspaziergänger", der Rest des Widerstandes, der Anfang der 80er Jahre bis zu 100.000 Menschen in den Mönchbruchwald bei Walldorf pilgern ließ, ziehen jedes Wochende in den Mönbruchwald. Seit November 1986 hatte es an der Startbahn keine Gewalt mehr gegeben.



Auf den Tag genau vor fünf Jahren: Bagger machen das Hüttendorf der Startbahngegner dem Erdboden gleich. Fotos: dpa, Archiv



Ein historisches Foto: Ex-Innenminister Ekki Gries verspricht den Startbahngegnern, sich für einen befristeten Baustopp einzusetzen.

FNP 4.11.

Startbahn West

Blutbad: 2 Polizisten erschossen 9 verletzt

Abendpost-Nachtausgabe (AN) 3.11.

Prof. Peetz: Abscheu!

Stadtverordnetenvorsteher Professor Leonhard Peez (CDU) ist erschüttert über die Todes-Schüsse auf die jungen Polizeibeamten und sagt: „Das ist eine Tat, die nur Abscheu und Verachtung zur Folge haben kann. Mir fehlen fast die Worte.

Es waren nicht diejenigen, die in den letzten Jahren immer wieder friedlich und mit guten Argumenten versucht haben, die Landschaft, den Wald und den Lebensraum für die Menschen in unserer Stadt und darüber hinaus im Kreis Groß-Gerau zu erhalten.

Dieser Personenkreis wollte niemals eine solche Eskalation, wie wir sie am Montagabend beklagen und hinnehmen mußten. Es kann nur eine Tat von Verrückten sein.

In diesem Augenblick aber gilt es nicht nur an die Toten und Verletzten zu denken, sondern ebenso an die Familien sowie die Hinterbliebenen, denen das Mitgefühl und auch die Hilfe der politisch Verantwortlichen aus unserer Stadt zu gelten hat.

Blutbad an der Startbahn/Maskenmänner feuerten wie wild

Von Dieter Gräbner und Marcus Kaufhold

Frankfurt. – Sie trugen Masken, waren bewaffnet und bereit bis zum Letzten zu gehen. Wahllos feuerte ein Gruppe von terroristischen Gewalttätern am Montagabend an der Startbahn West auf junge Polizeibeamte. Die Bilanz des Bluttages am Frankfurter Flughafen: Zwei tote und neun schwerverletzte Polizisten. Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe wurde die Befürchtung laut, daß es noch mehr Todesopfer geben wird.

Es begann gegen 18 Uhr. Etwa 200 Menschen sammelten sich in Mörfelden zu einer Demonstration. Anlaß: Der sechste Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes an der Starbahn West. Sie zogen Richtung Flughafen.

Als sie an der Schutzmauer der Starbahn angekommen waren, erhielt die Polizei Order, die nicht genehmigte Demonstration aufzulösen.

Als die Beamten sie über Megaphone aufforderten, das Gelände zu räumen, begann das Inferno. Etwa 20 Maskierte gingen zum Angriff über.

Ein Augenzeuge: „Sie warfen Molotow-Cocktails auf die Beamten, zündeten Feuerwerkskörper und verschossen Leuchtspurmunition." Ein anderer: „Sie schrien und gröhlten. Ihre Stimmen waren haßerfüllt."

Zwei Hundertschaften der Polizei rückten aus. Sie verfolgten die Gewalttäter, die sich nach dem Angriff zurückgezogen hatten, etwa 800 Meter weit über die Mönchsbruchwiese.

Denn geschah das Unfaßbare. Die Chaoten schossen wild auf die anrückenden Beamten. [illegible] Polizisten wurden getroffen. Aus Schußwunden blutend brachen sie zusammen.

Aus ganz Frankfurt rasten Rettungsfahrzeuge zum Tatort. [illegible] zwei Beamte, darunter [illegible] Führer einer Hundertschaft, gab es keine Rettung mehr. Sie starben auf den Operationstischen in der Uni- und in der Flughafen-Klinik. Neun andere Beamte lagen am Abend schwer verletzt in den Krankenhäusern. Ihren Zustand bezeichneten die Ärzte als kritisch.

Die Polizei löste sofort eine Ringfahndung aus, bei der auch [illegible] Hubschrauber eingesetzt wurden. Gefahndet wurde nach einem weißen Fiat, einem blauen Passat, einem grauen Mazda und einem Renault, alle mit Wiesbadener Kennzeichen, sowie zwei Autos mit Rüdesheimer Kennzeichen. Die Fahndung blieb zunächst ohne Erfolg.

Ob die Chaoten mit Gewehren, Pistolen oder mit Leuchtspurmunition geschossen haben, stand bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht fest. Wie bekannt wurde, sollen Leute aus der Anti-Kernkraftbewegung aus Wackersdorf im Rhein-Main-Gebiet gesehen worden sind.

Es wird vermutet, daß sie Waffenlager angelegt hatten, die Gewaltaktion genau geplant war.

Vor sechs Jahren wurde das Hüttendorf geräumt

Frankfurt. – Das Hüttendorf am Frankfurter Flughafen wurde bundesweit berühmt. Startbahngegner hatten es auf dem Gelände der heutigen Startbahn West gebaut. Gestern vor sechs Jahren war es von der Polizei gestürmt und geräumt worden. Seitdem hatte es an jedem Jahrestag schwere Krawalle an der Schutzmauer gegeben. Sie hörten auch nicht auf, nachdem die Startbahn 18 West im Frühjahr letzten Jahres in Betrieb genommen worden war.

FNP 4.11

Die beiden Opfer Familienvater und Junggeselle

Den Polizistenmorden fielen ein 43jähriger Familienvater und ein 23jähriger Junggeselle zum Opfer. Hauptkommissar Klaus Eichhöfer wohnte zuletzt in Hanau und hinterläßt Ehefrau und drei Söhne im Alter von 19, 21 und 24 Jahren. Kollegen schildern ihn als Polizisten „mit Leib und Seele". Er galt als ausgesprochen besonnener Beamter, der bei den Einsätzen immer wieder Gespräche zu Demonstranten gesucht hat. Er leitete viele Jahre die Sportabteilung der Bereitschaftspolizei und war selbst aktiver Boots- und Tennissportler. Die Frau und die beiden jüngeren Söhne des Hundertschaftführers wurden in der Nacht von der Todesnachricht aus dem Schlaf gerissen.

Beim zweiten Opfer handelt es sich um den 23jährigen Thorsten Schwalm, der bei seinen Eltern im Schwalm-Eder-Kreis wohnte. Der junge Beamte war ledig und seit 1980 bei der Polizei. Seit März 1983 gehörte er der 3. Bereitschaftspolizeiabteilung in Mühlheim an. Er galt als ruhiger, besonnener und kollegialer Beamter. Die Eltern von Thorsten Schwalm wurden am Morgen durch einen Kollegen vom Tod ihres Sohnes informiert.

Meinung der Bürger zur Nacht der Chaoten

Mörfelden-Walldorf. – Niedergeschlagenheit, Angst, Wut, Abscheu – aber vor allem Entsetzen beherrscht die Bürger der Doppelstadt seit der Nacht, in der an der Startbahn West die Todesschüsse fielen, deren Opfer zwei Polizeibeamte wurden. Eine zuerst recht friedliche Fackeldemonstration von Startbahngegnern anläßlich des sechsten Jahrestages der Räumung des Hüttendorfes an der Startbahn war plötzlich – nach Aussagen von Zeugen sehr gut organisiert – zu einem Kampfchaos ausgeartet. Vermummte Chaoten hatten die verhängnisvollen Schüsse abgefeuert.

Was sagen die Bürger zu dem Starbahn-Drama? Unser Reporter Andreas Guthke fragte. Hier einige Antowrten:

● **Bärbel Bhatnagar (35)**, Flugbegleiterin: „Ich finde es entsetzlich. Die Mittel, mit denen diese Terrormacher vorgegangen sind, stehen in keinem Verhältnis mehr zum Geschehen um die Startbahn. Es ärgert natürlich auch mich, daß die Regierung mit dem Startbahnprojekt ihren Kopf durchgesetzt hat und ich finde es auch in Ordnung, daß gegen solche Dinge demonstriert wird. Solcher brutalen Mittel wie jetzt sollten sich die Demonstranten aber nicht bedienen."

● **Achim Bender (28)**, Feinmechaniker: „Mir ist ganz schlecht von dieser Nacht der Chaoten. Die militante Linke hat damit eine miese, total verkommene Kultur gezeigt. Das Bedauerliche ist, daß dies eigentlich alles auf unserem Mist, sprich durch die langjährige Startbahnbewegung, gewachsen ist. Man muß sich dessen bewußt werden, auch wenn es jetzt noch die Vorstellungskraft sprengt."

● **Maria S. (70)**, Rentnerin: „Ich finde es entsetzlich, daß so etwas immer wieder aufgebauscht wird. Die Startbahn ist lange passée und hat schon genug Unruhe gekostet. Ich verstehe nicht, daß sich immer wieder Jugendliche dafür hergeben, sinnlos zu protestieren. Es wird immer schlimmer."

● **Uschi Schulmeyer (23)**, Erzieherin: „Ich finde diese Eskalation sehr schlimm. Ich war entsetzt, als ich von den zwei toten Polizisten gehört habe. Dies wird mit Sicherheit eine Menge Folgeerscheinungen in politischer Hinsicht haben. Das Recht auf Demonstationsfreiheit wird wohl eingeschränkt werden und alle Demonstranten, auch wenn sie friedlich sind, werden erst einmal als Chaoten dastehen."

● **Hubertus Gerlicher (35)**, Student: „Ich bin eigentlich sehr überrascht, daß so etwas erst jetzt passiert ist. Wenn man bedenkt, daß fast jeden Sonntag Demonstranten und auch ältere Bürger von Mörfelden-Walldorf an der Startbahn wegen Kleinigkeiten angegriffen wurden, verwundert das jetzige Geschehen kaum. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß die Schüsse auf die Polizisten gezielt und bewußt abgefeuert wurden. Ich glaube, daß dies eher spontan geschah. Dies rechtfertigt aber auch nicht diese Vorgehensweise."

● **Christa Schmitt (39)**, Hausfrau: „Dies hat mit einer normalen Demonstration nichts mehr zu tun. Die meisten Demonstranten sind im Grunde genommen friedliche Bürger. Was da jedoch angewandert kam, gehört nicht mehr zur normalen Startbahnbewegung. Um die habe ich bisher immer einen großen Bogen gemacht. Ich bin froh, daß ich die Eskalation nicht hautnah miterlebt habe."

● **Erna Böhme (54)**, Hausfrau: „Ich halte nichts von dieser Gewalt. Ich möchte zwar betonen, daß ich auch gegen die Startbahn West bin, aber irgendwann muß all dem doch ein Ende gesetzt werden. Ich bin ehrlich gesagt, entsetzt und geschockt, daß es nun auch schon Tote um die Auseinandersetzungen um die Start-

Als Stadtverordnete über Einsatz der Polizeihubschrauber klagten, fielen an der Startbahn die Todesschüsse

Mörfelden-Walldorf. – Lähmendes Entsetzen nach einer schrecklichen Nacht mit Schüssen auch im Stadtgebiet gab es am Dienstagmorgen in Walldorf und Mörfelden. Nachdem die Nachricht von den tödlichen Schüssen auf die Polizeibeamten nahe der Startbahntrasse bekannt geworden war, gab es nur ein Thema, gleich ob sich die Bürger im Bäckerladen, and er Tankstelle oder woanders trafen.

Erst recht gab es im Rathaus eine aufgeregte Atmosphäre, denn die Behördenvertreter und wenig später die der Medien meldeten sich sofort und Bürgermeister Bernhard Brehl saß noch früher als sonst an seinem Schreibtisch.

Bereits in der Nacht zeigten sich die Auswirkungen der Schüsse auf die Polizei: Die Beamten leiteten eine Ringfahndung ein, nicht nur in der Doppelstadt sondern auch in benachbarten Kommunen und besonders an den Auffahrten der Autobahnen. Überall Blaulichter, rote Stoppzeichen und Beamte mit Maschinenpistolen und schußsicheren Westen.

Pech hatten diejenigen Bürger, die nachts aus irgendwelchen Gründen unterwegs waren, wenn sie keine Legitimationspapiere bei sich hatten. Für sie gab es beachtliche Schwierigkeiten.

Von der Bundesanwaltschaft, die federführend die Ermittlungen aufgenommen hat, gab es keine näheren Auskünfte über die Ereignisse in der Stadt. Aber Augen- und Ohrenzeugen gab es genug: In Mörfelden-Walldorf wurden vorübergehend fünf Personen festgenommen, darunter drei auf einem Baugelände, wobei bei der Überprüfung der Gruppe auch ein Warnschuß seitens der Polizei abgefeuert wurde.

Betroffenheit überall und erregte Diskussionen. Bei allem Unmut über die ungeliebte Startbahn West hatten fast alle Bürger keinerlei Verständnis für die Tragödie am sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung.

Da war von Terroristen die Rede, vom feigen Mord, von der ungezügelten Wut der jungen Menschen aus Anarchokreisen auf den Staat und die Erkenntnis, daß die Täter kaum im Kreis der Einwohnerschaft zu suchen sind.

„Die Gesichter der Burschen, die aus Autos mit Dortmunder und anderen Ruhrgebietsnummern stiegen, sprachen für sich", mir lief es eiskalt über den Rükken, berichtete eine resolute Sechzigjährige an der Tankstelle. Sie war am Abend zuvor Zeuge des Abmarsches vom Schlichtertor geworden.

In Unkenntnis der Schüsse südlich der Startbahn hatte es am Montagabend im Umweltausschuß eine kurze Debatte über den Einsatz des Polizeihubschraubers gegeben. Bürger hatten sich per Telefon an die Ausschußvorsitzenden Hans-Jürgen Lebuser (GBL) und Ilona Wenz (SPd) gewandt.

GBL-Fraktionssprecher Norbert Schwappacher berichtete, daß der Hubschrauber über seinem Haus gestanden und es ausgeleuchtet habe, als er zur Sitzung fuhr. Für den stehenden Helikopter der Flugbereitschaft der Hessischen Polizei zeigten die Stadtverordneten wenig Verständnis. Man beauftragte den Magistrat bei der Einsatzleitung vorstellig zu werden, um gegen die zusätzliche Lärmbelästigung zu protestieren.

Doch fast zur gleichen Zeit, als die Themen Flughafenerweiterung und Fluglärm im Walldorfer Rathaus diskutiert wurden, fielen im Wald die verhängnisvollen Schüsse, die dann für soviel Entsetzen sorgten. Die Folgen mochte ein Tankstellenbesitzer gar nicht bedenken, als er meinte: „Den Ruf der Chaotenstadt werden wir so schnell nicht wieder los, auch wenn wir selbst keine Chaoten sind".

Karl-Heinz Kubb

Wallmann informiert die Bundesregierung

Wiesbaden (rd). – Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) und sein Vize Wolfgang Gerhardt (FDP) werden das Bundeskabinett heute über die Ereignisse an der Startbahn West informieren. Außerdem soll über ein gesetzliches Vermummungsverbot beraten werden.

Vermummung: Nur Geldbuße oder bis zu zehn Jahre Haft

Es war klar, daß mit dem Tod der beiden Polizisten am Frankfurter Flughafen sofort der Ruf nach einem Vermummungsverbot für Demonstranten wieder laut werden würde. Es herrscht aber große Unklarheit über die jetzige Rechtslage, obgleich sie immer wieder, zuletzt auf dem FDP-Parteitag in Kiel Anfang September, ausführlich diskutiert wurde. Tatsache ist, daß ein Vermummungsverbot schon besteht. Das geht aus § 17a des Versammlungsgesetzes hervor. Im gleichen Gesetz, § 29, steht auch, daß derjenige, der gegen dieses Verbot verstößt, mit Geldbußen bis zu 1000 Mark belegt werden kann. Das allerdings ist die Bestrafung einer „Ordnungswidrigkeit" und nicht eines Straftatbestandes.

Aber hierum geht vor allem der Streit. Die CSU und große Teile der CDU wollen, daß auch derjenige im rechtlichen Sinne eine Straftat begeht, der vermummt oder mit „passiver Bewaffnung" (Schutzhelm) an einer Demonstration teilnimmt, auch wenn aus der Demonstration keinerlei Gewalttätigkeiten hervorgehen. Nach dem bisherigen Recht ist es nämlich ins Ermessen der Polizei gestellt, einzugreifen und Vermummte zu stellen, wenn die Demonstration friedlich verläuft.

Im Blickpunkt

Überhaupt keinen Streit gibt es darüber, daß auch jetzt schon derjenige bestraft wird, der vermummt an einer gewalttätigen Demonstration teilnimmt. Auch wenn er selbst keine Gewalttat begeht, kann er wegen Landfriedensbruch (§ 125, Absatz 2, StGB) mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr belegt werden. Übt er selbst Gewalt aus, hilft oder schützt er Täter vor dem polizeilichen Zugriff, kann er bis zu drei Jahren Gefängnis (§ 125, Absatz 1 StGB) erhalten.

Wird dieser Landesfriedensbruch aber mit der Waffe in der Hand begangen, und dazu gehören Stangen, Steine, Messer Molotow-Cocktails, Präzisionsschleudern, wie offensichtlich in Frankfurt benutzt, oder gar Schußwaffen, dann kann die Freiheitsstrafe sogar bis zu zehn Jahren betragen. Kommt schließlich auch noch ein Gericht zu dem Schluß, daß die Straftat mit einer Tötungsabsicht verübt wurde, kann das Strafmaß auch noch über zehn Jahre hinausgehen. Diese Landfriedensbruch-Tatbestände gelten nicht nur für die Demonstration selbst, sondern auch für Ereignisse vor oder nach einer Demonstration.

Über das Strafmaß mag es noch verschiedene Ansichten geben. Den Kern der politischen Diskussion bildet aber allein die Einordnung der Vermummung bei einer friedlich bleibenden Demonstration als Ordnungswidrigkeit oder als Straftatbestand. Der Übergang zwischen beiden Begriffen ist wahrscheinlich dadurch festzustellen, daß die Polizei einen vermummten Demonstranten aufgreift und ihn auf Waffen untersucht. Nur hier ist bisher zu wenig geschehen. Daher hat die FDP während ihres Kieler Parteitages noch einmal betont, es bestehe eher ein Handlungs- als ein Regelungsdefizit.

Die Autonomen: Ohne Regeln und Strategie, jederzeit gewaltbereit

Hamburg (dpa). – Die „autonomen Gruppen" zählen zu den anarchistischen Gruppierungen der „Neuen Linken". Sie konnten neue Anhänger gewinnen, heißt es im Verfassungschutzbericht 1986. Auch wenn die „Autonomen" meist fast einheitlich vermummt und behelmt als „schwarzer Block" auftreten – eine bundesweite gemeinsame Organisation oder eine durchdachte Ideologie haben sie nicht. Sie folgen „diffusen anarchistischen und nihilistischen Ideen", schreibt der Bundesinnenminister in seinem Bericht. Sie wollen keinen Regeln folgen müssen, haben keine Strategie, „sie reagieren nur auf bestimmte Ereignisse, das ist die einzige Strategie", sagt der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte.

Gemeinsam ist den „Autonomen", daß sie den bestehenden Staat und das Gesellschaftssystem ablehnen und Gewalt gegen Sachen und Personen ohne jede Skrupel befürworten. Dabei ist die Ausübung von Gewalt nicht nur ein Mittel im politischen Kampf, sondern auch „Hilfe für das eigene ‚Feeling'", so der Bonner Bericht. Er zitiert ein Flugblatt, in dem es heißt: „Wer Steine und Mollis gegen alles das wirft, was uns täglich knechtet, spürt die Befreiung – die ganz individuelle aber auch kollektive Befreiung." Die „Autonomen" führen Anschläge gegen Repräsentanten des „Schweinesystems" aus: gegen Firmen, Institutionen, Planungsbüros und Einzelpersonen. 1986 registrierte der Verfassungsschutz eine zunehmende Bereitschaft der „Autonomen" zu terroristischen Anschlägen.

In den vergangenen Jahren nutzten die „autonomen Gruppen" Demonstrationen der Umweltschutzbewegung vor allem gegen Kernenergieanlagen für ihre militante Aktionen. Einige Gruppen wollen künftig ihre Aktivitäten – offensichtlich wegen der ‚Übermacht des Staatsapparates', so der Verfassungsschutzbericht – eher hin zu konspirativen Aktionen kleiner Gruppen verlagern.

Auch nach der Räumung besetzer Häuser in mehreren Städten haben die „Autonomen" gewalttätige Angriffe gegen Polizei, Verwaltungsgebäude, Banken und Geschäfte verübt. In Hamburg traten erst am Samstag rund 1500 Mitglieder massiv als „autonomer Block" im Zuge einer Demonstration für den Erhalt der umstrittenen Häuser in der Hafenstraße auf. In Hamburg werden unter dem Begriff „Autonome" Anarchisten, Sozialrevolutionäre und Autonome zusammengefaßt. Der „harte Kern" umfaßt nach Lochtes Angaben 150 Personen.

Entsetzen in Bonn über einen „kaltblütig geplanten Mord"

Bonn (rd/khp). – Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat den Familien der beiden an der Startbahn West getöteten Polizisten seine Anteilnahme ausgesprochen. „Wer zur Gewalt greift, zerstört Recht und verhöhnt Menschen, für die er einzutreten glaubt", heißt es in den Schreiben.

Regierungssprecher **Friedhelm Ost** erklärte, dieses Verbrechen übersteige „in unbegreiflicher Weise das bisher bekannte Ausmaß von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung".

Alfred Dregger sagte, die Unions-Fraktion sei „zutiefst erschüttert über den kaltblütig geplanten und durchgeführten Mord". Dies sei eine „neue Qualität der terroristischen Herausforderung". Von der Äußerung der Parteisprecherin der Grünen, Jutta Ditfurth, dieser Staat brauche nichts so sehr wie den Terror, über die Duldung eines rechtsfreien Raumes in der Hamburger Hafenstraße bis zu den gewalttätigen Demonstrationen in Wackersdorf führe „ein und dieselbe Blutspur".

Innenminister **Friedrich Zimmermann** sagte, nun sei „eine neue Qualität der Gewalt" erreicht. Besonders betroffen habe ihn, daß der Angriff „von Versammlungsteilnehmern noch mit Beifall bedacht wurde". Wenn künftig mit dem Schußwaffengebrauch gewalttätiger Demonstranten zu rechnen sei, müsse die Polizei „zur Selbstverteidigung greifen".

SPD-Parteichef **Hans-Jochen Vogel**: „Man ist rat- und fassungslos, wenn man das vernimmt." Sein Mitgefühl gelte den Angehörigen der Opfer.

Bundesjustizminister **Engelhard** (FDP) mahnte zur Besonnenheit. Es müsse emotionslos überlegt werden, welche Konsequenzen zu ziehen seien.

Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, **Gregg**, warf Engelhard eine „völlig verfehlte Rechtspolitik" vor und forderte dessen Rücktritt. „Mord und Totschlag" seien aber auch die Folge „der Handlungsunfähigkeit des Bundeskanzlers, der sich gegen die FDP nicht durchsetzen kann."

Bundesbildungsminister **Möllemann** (FDP) hat seine Forderung bekräftigt, gegen gewalttätige Demonstranten polizeiliche Anti-Terror-Experten und mobile Einsatzkommandos einzusetzen.

Der grüne Bundestagsabgeordnete **Schily** sprach von „abscheulichen Morden" zu einem Zeitpunkt, wo versucht werde, „von der Eskalation des Terrors herunterzukommen".

Mörfelden-Walldorf – viele sind noch Startbahngegner

Von H. Reinke-Nobbe und K.H. Kubb

Mörfelden-Walldorf. – In Mörfelden-Walldorf drehten sich gestern alle Gespräche um den Tod der beiden Polizisten. Fast 80 Prozent der Einwohner waren damals gegen die Erweiterung des Flughafens – quer durch alle Parteien. Viele haben gegen den Bau demonstriert, haben die Bewohner des Hüttendorfes aktiv unterstützt. Aber jetzt haben sich die meisten längst mit der 18 West abgefunden. Um so heftiger waren die Reaktionen auf den feigen Mord. **Bürgermeister Bernhard Brehl (SPD)** erschüttert: „Die Bürger sind tief ergriffen und trauern mit den Angehörigen der getöteten Polizeibeamten."

Stadtverordnetenvorsteher Professor Leonhard Peez (CDU), der 1981 sogar manchmal im Hüttendorf übernachtete: „Mir fehlen die Worte. Das waren nicht die, die jahrelang mit guten Argumenten versucht haben, den Wald für die Menschen zu retten."

Und **Landrat Willi Blodt (SPD)**: „Den Angehörigen der Opfer gilt unser ganzes Mitgefühl."

Wilma Treber-Frühwacht, ehmalige Stadtverordnete der Grünen, scheint ziemlich verzweifelt: „Ich habe seit Februar 1979 die Bürgerinitiative mit aufgebaut. Durch dieses Verbrechen wird unser langjähriger, gewaltfreier Widerstand diskreditiert." Auch **Hans Lorenz**, Küster der evangischen Kirche in Walldorf ist Startbahngegner der ersten Stunde: „Ich bin damals selbst von Polizisten geschlagen worden. Aber diese Todesschüsse – das ist einfach furchtbar." **Pfarrer Walter Bohris**: „Im Gemeindezentrum hat sich die Bürgerinitiative immer getroffen. Wir haben zwar immer befürchtet, daß es einmal Tote geben könnte – wirklich geglaubt haben wir es aber nicht. Die vermummten Chaoten kommen alle von auswärts."

Polizeibeamte durchsuchen 20 Wohnungen

Von Wiebke Fey

Frankfurt. – Schweizer Straße in Frankfurt-Sachsenhausen. Gegegen 12 Uhr heulen Martinshörner, Blaulicht zuckt. Polizeiwagen stoppen einen VW-Bus ein zwischen Hedderichstraße und Mörfelder Landstraße. Beamte springen raus, legen einer jungen Frau Handschellen an. Eine zweite – so haben es Augenzeugen beobachtet – soll weggerannt sein.

Polizisten mit Maschinenpistolen stürmen das Haus Nr. 107. Andere schwer bewaffnete Beamte warten auf der Straße. „Da geht's um Drogen", sagt ein Nachbar. Die Festgenommene soll in Haus 107 wohnen. Ein anderer Nachbar weiß es besser: „Das hängt mit dem Mord an der Startbahn zusammen."

Das Straßenstück wird abgeriegelt, kein Fußgänger, kein Auto, keine Straßenbahn kann mehr durch. Über eine Stunde lang dauert die Sperrung. Dann nimmt ein Abschleppwagen den alten VW-Bus, der noch mitten auf den Schienen steht, auf den Haken. Polizisten verlassen das Haus, stecken die Waffen weg.

In Frankfurt und Mörfelden-Walldorf durchsuchten Polizisten gestern 20 Wohnungen bekannter Startbahngegner. Dabei fanden Beamte auch die vor einem Jahr in Hanau geraubte Polizei-Pistole (Sig-Sauer, Kaliber 9 mm). Mit demselben Kaliber wurden die beiden Beamten an der Startbahn erschossen. Gegen den Wohnungsinhaber läuft ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft. Er soll an Anschläge auf Strommasten beteiligt gewesen sein.

FNP 4.11.

Wallmann: Wir werden mit aller Härte auf die Morde antworten

Von Hans Liedel

Frankfurt. – „Die Ermordung von Polizeibeamten wird auf der ganzen Welt als besonders verabscheuungswürdig empfunden. Die Landesregierung wertet dies als Angriff auf den inneren Frieden und wird mit aller Härte antworten, die die Rechtsordnung zur Verfügung stellt." Dies versicherte Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) gestern im Anschluß an eine fünfstündige Kabinettssitzung auf dem Flughafen, während der Polizeipräsident Karlheinz Gemmer und zeitweilig auch Generalbundesanwalt Kurt Rebmann über die schrecklichen Ereignisse berichteten.

Die Polizei werde mit allen notwendigen Mitteln ausgerüstet, um gegen Gewalttäter wirkungsvoller vorgehen zu können. Auch über Gummigeschosse und Tränengas-Waffen werde gesprochen, sagte Wallmann: „Wir schließen nichts aus." Weiter werde die Möglichkeit eines Versammlungsverbots im Umfeld der Startbahn West geprüft. Wallmann und der stellvertretende Ministerpräsident Wolfgang Gerhardt (FDP) zeigten sich erschüttert über den „feigen Mord". Man habe in der Vergangenheit an der Startbahn Schweres erlebt. Wallmann: „Doch hat kein Polizist auch nur ein einziges Mal die Waffe gezogen, obwohl die Beamten oft an Leib und Leben gefährdet waren. Helme wurden durchschlagen, Schilde mit Bleikugeln durchschossen. Jetzt ist eine völlig neue Qualität von Gewalt sichtbar geworden."

Noch vor dem Kabinetts-Marathon hatte Wallmann mit Kanzleramts-Minister Schäuble telefoniert und vereinbart, daß er und sein Vize Wolfgang Gerhardt (FDP) an der heutigen Sitzung des Bundeskabinetts in Bonn teilnehmen werden, um mit der Bundesregierung über Verschärfungen beim Versammlungsrecht, über die Wiedereinführung des Strafrechtstatbestandes des Landfriedensbruchs und ein gesetzliches Vermummungsverbot zu beraten. Danach werde die Landesregierung entscheiden, ob eigene Initiativen über den Bundesrat erforderlich seien. Wallmann will sich persönlich für ein gesetzliches Vermummungsverbot einsetzen: „Die Vermummung widerspricht dem Grundgesetz. Wer sich vermummt führt nichts Gutes im Schilde"

Für den Koalitionspartner FDP, der sich bislang gegen Vermummungsverbot und den erneuten Tatbestand des Landfriedensbruchs gewehrt hat, lehnte Vize-Ministerpräsident Wolfgang Gerhardt eine Stellungnahme für oder gegen ein gesetzliches Vermummungsverbot ab: „Wir werden uns einer unvoreingenommenen Diskussion nicht entziehen. Wenn wir die Sicherheit haben, daß dadurch Straftaten erfolgreich abgewehrt werden können, wird die FDP zustimmen." Gerhardt schränkte aber ein: „Diese Sicherheit habe ich gegenwärtig nicht."

Anonyme Anrufer drohen FDP „Mörder", „Schreibtischtäter"

Von Maja Rost

Wiesbaden. – Unterschiedlich reagierten in Wiesbaden die Spitzen von CDU, FDP, SPD und Grünen auf die Frage nach den Konsequenzen aus dem Mord an den beiden Polizisten. FDP und Grüne warnten vor einer „Emotionalisierung der politischen Debatte".

„Jetzt ist Sachlichkeit, nicht Stammtischgerede gefordert" appellierte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Otto Wilke an alle politisch Verantwortlichen. Eine neue Diskussion über das zwischen den Bonner Regierungsparteien strittige Vermummungsverbot hielt Wilke nicht für sinnvoll. Die Bürgerinitiativen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens forderte Wilke auf, endlich entschieden gegen jede Form von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung einzutreten.

In den hessischen FDP-Geschäftsstellen gingen dagegen gestern zahlreiche anonyme Drohanrufe ein. „Schreibtischtäter" und „Mörder" riefen die Anrufer.

Die neue Qualität der Ausschreitungen an der Startbahn West zwinge zum Handeln, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Nassauer. Jetzt müsse auch dem letzten klar sein, daß es sich bei den vermummten Demonstranten um reisende Gewalttäter und Verbrecher handle, die nicht vor Morden zurückschreckten. Als einen Anschlag auf den Rechtsstaat bezeichnete der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Krollmann den Mord an den Polizisten.

Die Grünen und ihr Fraktionschef Fischer verurteilten „diesen schrecklichen Anschlag auf Menschenleben und menschliche Gesundheit. Mit dieser hinterhältigen Tat wurde ein Tabu verletzt". Die Axt sei an die Wurzel des Grundrechts gelegt. Die Grünen warnten vor einer Spirale der Gewalt und appellierten an alle, irrationale Reaktionen auf das Verbrechen an der Startbahn zu vermeiden.

Der Frankfurter Oberburgermeister Wolfram Brück reagierte mit Betroffenheit und Abscheu. Dieser im Schutz der Dunkelheit ausgeführte Mord treffe den Staat und alle Bürger.

Die deutsche Polizeigewerkschaft verlangte „endlich durchgreifende Maßnahmen" und beschuldigte die FDP ihrer „Verweigerungshaltung in Sachen Vermummungsverbot". Die Gewerkschaft forderte nachdrücklich eine wirksame Verschärfung des „sogenannten Demonstrationsstrafrechts".

---

an der Startbahn + + Die Blutnacht an der Startbahn + + Die Blutnacht an der

„Hoffentlich kann wenigstens der liebe Gott den Mördern verzeihen"

Der Tag danach: Polizisten in ohnmächtiger Wut

Frankfurt. – Ihre Gesichter sind müde. Unter den Augen dunkle Ränder. In dieser Nacht hat kaum einer lange geschlafen. Kein Lachen, kein lautes Wort. Alle Minuten zerreißt das Heulen der startenden Flugzeuge die Stille, piepst ein Funkgerät. Es riecht nach Gummi. Reste verbrannter Autoreifen zeigen die Spuren der Gewalt. Zwölf Stunden vorher fielen hier auf der regennassen Wiese die tödlichen Schüsse. Jetzt, am Morgen nach der Blutnacht suchen 250 junge Polizeibeamte das Gelände nach Spuren ab. Frierend stampfen sie mit den Füßen auf den matschigen Boden. „So kann man auch Wut ablassen", sagt ein 28jähriger Polizeikommissar aus Wiesbaden.

Nachts um drei schrillte bei ihm das Telefon. „Die haben zwei Kollegen an der Startbahn erschossen", wurde er alarmiert. Der 28jährige wird diese Minuten nie vergessen. „Ich war total geschockt", sagt er jetzt. „Als ich mich in Uniform auf den Weg machen wollte, fing meine Frau an zu weinen. Sie wollte nicht, daß ich gehe." Das erste Mal spielte der junge Kommissar in dieser Nacht mit dem Gedanken: „Ich schmeiße meinen Job."

Wie betroffen und empört die Polizeibeamten sind, zeigten ihre Reaktionen noch in der Nacht. 30 Freiwillige eines Wiesbadener Bereitschaftzuges sollten raus an den Tatort. Sofort meldeten sich alle 60 Beamten für den Einsatz. Ein Kollege legte nicht weit vom Tatort Blumen nieder. Rote und weiße Nelken.

An dieser Stelle brachen am Morgen danach ein paar junge Beamte ihr Schweigen. In ohnmächtiger Wut machten sie sich Luft. „Was muß denn noch alles passieren, bis die Herren da oben aufwachen?", platzt es aus einem heraus. Ein anderer sagt: „Wir müssen für die Bonzen den Rücken hinhalten, aber nicht mal hier am Tatort hat sich einer sehen lassen. Ein einziges Mal müßten die bei einem Einsatz dabei sein, statt in ihren Villen am Schreibtisch zu kleben."

Ein junger Beamter nimmt eine Nelke in die Hand. Er hat Tränen in den Augen als er flüstert: „Hoffentlich kann wenigstens der liebe Gott den Mördern verzeihen."

AN 4.11.

Polizisten wehren sich gegen die Angriffe von Chaoten. Das war vor sechs Jahren bei der Räumung des Hüttendorfes. Jahr für Jahr haben sich die Krawalle wiederholt

„Eine Tat, die alle mit Abscheu erfüllt"

Einmütig verurteilten am Dienstag Politiker aller Parteien die Morde an der Startbahn West.

Bundeskanzler Helmut Kohl in Beileidstelegrammen an die Angehörigen der Opfer: Eine gemeine mörderische Tat, die alle Demokraten mit tiefem Abscheu erfüllt.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann: Eine neue Phase und Qualität der Gewalt ist erreicht.

Hans-Jochen Vogel, SPD-Chef: Man ist rat- und fassungslos, wenn man das vernimmt.

Wolfgang Mischnick, FDP-Fraktionschef: Alle Teilnehmer der Demonstration haben sich strafbar gemacht. Sie war nicht angemeldet. Wer von ihnen noch einen Funken Rechtsbewußtsein besitzt, muß zur Aufklärung der Morde beitragen.

Martin Bangemann, FDP-Vorsitzender: Wer das Recht auf freie und friedliche Meinungsäußerung erhalten will, muß solchen Mördern jede verbale und tatsächliche Solidarität verweigern.

Paul Diethei, Vize-Fraktionschef der CSU in München: Demonstrationsfreiheit ja, aber nicht für Vermummte.

Otto Schily, Bundestagsabgeordneter der Grünen: Demonstranten müssen mit der Toleranz für Militanz aufhören.

Hans Krollmann, SPD-Chef in Hessen: Wir müssen der Polizei helfen, künftig so etwas zu verhindern.

Joschka Fischer, Fraktionschef der Grünen in Hessen: Ich habe mir nie vorstellen können, daß aus Demonstrationen heraus im Schutz der Dunkelheit Morde begangen werden.

Jürgen Schmude, Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland: Wir wollen in Sorge und Gebet der schweren Gefährdung der inneren Sicherheit gedenken.

Pfarrer Kurt Oeser, Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau: Schrecklich, unbegreiflich, damit wird man so schnell nicht fertig.

Ingo Herrmann, Bund deutscher Kriminalbeamter: Vermummte Gewalttäter müssen nun verfolgt, ihre Strukturen konsequent zerschlagen werden.

Ein Uhr nachts stand sein Chef an der Tür: „Ihr Mann ist tot"

Hanau: – Anita Eichhöfer erfuhr es um ein Uhr nachts. Der Chef der Hanauer Bereitschaftspolizei Rudolf Dieser klingelte an der Tür im vierten Stock in der Siedlung in der Alfred-Schärtner-Straße 23a: „Ihr Mann ist tot."

Hauptkommissar Klaus Eichhöfer (44) gehörte seit 22 Jahren der Hessischen Bereitschaftspolizei an, zuletzt als Einsatzleiter. So auch in seiner Todesnacht an der Startbahn West. Die Eichhöfers haben drei Söhne: Sven (23), Dirk (21) und Frank (19), wie ihr Vater begeisterte Sportler. Der spielte Tennis, hatte Motorboot- und Segelbootscheine.

Klaus Eichhöfer: Polizist mit Leib und Seele

Eine Nachbarin weinte, als sie die Todesnachricht erfuhr: „Ein so hilfsbereiter, liebenswürdiger Mensch. Seine Kollegen sagen: „Er war mit Leib und Seele Polizist."

Gefürchtet: Der „Schwarze Block"

an Frankfurt. – Sie selbst nennen sich „Autonome", Unabhängige. Seit 1980 sieht man sie bei Demonstrationen. Dort treten sie in uniformähnlicher Kleidung auf: Schwarze Lederjacken, Kapuzen mit Sehschlitzen, Sturzhelme, Kampfstiefel. Der „schwarze Block" ist bei Polizei und friedlichen Demonstranten gleichermaßen gefürchtet. Auch bei den Morden an der Startbahn West war eine etwa 20 Mann starke Gruppe der „Autonomen" aufgetreten.

Der Verfassungsschutzbericht weist sie als das „größte Potential im Bereich der undogmatischen ‚Neuen Linken'" aus. Der „Schwarze Block" propagiert offen Gewalt gegen Personen und Sachen. Seine Waffen: Präzisionsschleudern mit Stahlkugeln, Molotow-Cocktails, Feuerwerkskörper.

Sie wollen „die bestehenden Herrschaftsformen zerschlagen, ohne neue Herrschaftsformen aufzubauen".

Oftmals schließen sich „Autonome" nur für eine Aktion zusammen. Danach zerfällt die Gruppe wieder. Die Mitglieder bilden neue Kader. Sie sind mobil und nehmen an Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet teil.

Insgesamt, so der Verfassungschutz, bilden etwa 2800 Personen den Kern der „Autonomen Gruppen". 8000 seien mobilisierbar.

Geraubte Polizeipistole als Tatwaffe identifiziert

Von Herbert Reinke-Nobbe

Frankfurt. – Einer der beiden Polizisten, die am Montagabend an der Startbahn West ermordet wurden, der 43jährige Klaus Eichhöfer, ist mit einer Polizeipistole erschossen worden. Sie wurde schon wenige Stunden nach der Tat in der Wohnung eines jungen Mannes in der Kelsterbacher Straße in Frankfurt sichergestellt. Die Waffe war im vergangenen Jahr bei einer gewalttätigen Demonstration in Hanau einem Polizisten geraubt worden. Der Tatverdächtige ist festgenommen. In seiner Wohnung wurden auch leere Magazine, Leuchtspurmunition und ein Abschußgerät gefunden. Insgesamt wurden etwa 20 Wohnungen durchsucht. Gegen den Festgenommenen läuft schon ein Ermittlungsverfahren wegen einiger Anschläge auf Strommasten. Außer Eichhhöfer wurde der 23jährige Thorsten Schwalm ermordet. Generalbundesanwalt Rebmann sagte, es sei noch nicht sicher, ob alle Schüsse aus der sichergestellten Waffe stammten. Außer dem Tatverdächtigen befinden sich noch drei Personen in Haft.

Die Demonstration zum sechsten Jahrestag der Hüttendorf-Räumung an der Startbahn West begann am Montag abend friedlich. 200 Demonstranten marschierten in einem Fackelzug von Walldorf zur Südost-Ecke der Startbahn. Gegen 19.15 Uhr trafen die ersten auf Fahrrädern, unter ihnen viele ältere Bewohner aus Walldorf, vor der grauen Betonmauer ein. Auf der anderen Seite des Zauns standen ihnen etwa 400 Polizisten gegenüber.

„Die alte Lehrerin aus der Wetterau ist auch wieder dabei", sagte ein Beamter. Fast jeden Sonntag kommen dieselben Demonstranten an die Startbahn-Mauer. Viele Polizisten hatten ihre Helme abgesetzt, unterhielten sich, lachten.

Doch plötzlich tauchten aus dem Wald etwa 30 schwarzgekleidete, vermummte Gestalten auf. Sie trugen schwere Plastiktüten mit sich. Über Lautsprecher ließ ein Beamter die Demonstranten wissen: „Diese Veranstaltung ist nicht genehmigt. Wir lösen sie auf."

Sekunden später zischte und knallte es – die schwarzen Chaoten warfen Molotow-Cocktails, Leuchtraketen ließen die graue Betonmauer grün und rot aufleuchten. Die zu Beobachtungssitzen umgebauten alten Gangways vibrierten, als unter ihnen Brandbomben detonierten. Stahlkugeln pfiffen über den Zaun, doch die Beamten nahmen die Situation noch immer nicht ernst. Ein Beamter lächelnd: „Gegen Wackersdorf ist das hier harmlos."

Wenig später setzte die Polizei vier Wasserwerfer ein. Daraufhin zogen sich die Vermummten zum Waldrand zurück. Die Polizei schickte zwei Hundertschaften und einem Wasserwerfer durch das Tor 4 hinterher, doch 400 Meter weiter wurden die Beamten im Eichenrainweg durch brennende Barrikaden – Heuballen, Autoreifen und Matratzen – gestoppt. Die Täter hatten sich auf der anderen Seite des Gundbaches im Wald verschanzt.

Als die Polizisten die Flammen löschen wollten, fielen die tödlichen Schüsse. Ein junger Polizist: „Ich hörte es zischen, dann fiel der Kollege neben mir um."

Zuerst wurde Hundertschaftsführer Klaus Eichhöfer durch einen Bauchschuß getroffen. Er starb 20 Minuten später im Notarztwagen auf dem Weg zur Flughafenklinik. Direkt neben ihm wurde Polizeimeister Thorsten Schwalm auch in den Bauch getroffen. Er starb etwa eine Stunde später in der Uni-Klinik. Polizist Uwe Köhler erlitt einen Schuß in die linken Brust, schwebt noch in Lebensgefahr. Neun weitere wurden durch Metallgeschosse an den Beinen verletzt.

Unter den Bereitschaftspolizisten herrschte große Hilflosigkeit und tiefe Betroffenheit. Sie standen reglos neben ihren leblos am Boden liegenden Kollegen geschockt von der Brutalität der Chaoten.

↖ FNP 4.11.

AN 4.11

Wallmann: Wir werden mit aller Härte handeln

Kabinetts-Sondersitzung auf dem Frankfurter Flughafen

Frankfurt. – Er hat dunkle Ränder unter den Augen. Das Gesicht des hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann ist von den grauenvollen Ereignissen am Vorabend an der Frankfurter Startbahn West gezeichnet.

„Wir werden mit aller Härte, die der demokratische Rechtsstaat zuläßt, auf den heimtückischen Mord an beiden Polizisten reagieren," kündigt der Regierungschef nach vier Stunden langen Beratungen gestern nachmittag auf dem Flughafen Rhein-Main an. Um neun Uhr begann etwas bislang einmaliges. Das hessische Kabinett begann in einem Konferenzraum des Flughafens eine Sondersitzung, an der auch Generalbundesanwalt Kurt Rebmann teilnahm.

„Unsere Polizei darf nicht wehrlos sein. Deshalb sind gesetzliche Änderungen notwendig, um die Polizei mit allen erforderlichen Mitteln auszurüsten," erklärte Wallmann nach der Sitzung. Morgen wird er mit seinem Stellvertreter Wolfgang Gerhardt (FDP) in Bonn mit der Bundesregierung zusammentreffen. Thema: Novellierung des Versammlungsrechts, das Vermummungsverbot, eine Wiedereinführung des einstigen Landfriedensbruch-Paragraphen.

Bonner Politiker haben sich erneut für ein Vermummungsverbot eingesetzt. Kanzler Kohl: Die Maskerade ist absonderlich und abartig. Polizisten, die ihre Knochen für unsere Sicherheit hinhalten, müssen geschützt werden.

Bundesinnenminister Zimmermann erwog ein generelles Demonstrationsverbot für die Startbahn West und Wackersdorf, wo militante Kernkraftgegner immer wieder Polizisten angriffen. Wenn Beamte damit rechnen müßten, beschossen zu werden, müßten sie „zur Selbstverteidigung" greifen.

Stichwort Vermummung

Das Thema „Vermummungsverbot" ist seit Jahren Thema der politischen Diskussion. Derzeit begehen Demonstranten, die ihre Gesichter unter Kapuzen oder Helmen verbergen, grundsätzlich eine Ordnungswidrigkeit (Strafe bis 1000 Mark). Erst wenn Gewalttaten verübt werden, erfüllen Vermummte den Straftatbestand des Landfriedensbruchs (Gefängnis bis ein Jahr) – Voraussetzung für einen gezielten Einsatz der Polizei. Die CDU/CSU Fraktion fordert, die Vermummung zur Straftat zu machen. Damit wäre es der Polizei möglich, sofort einzugreifen und nicht erst nach Gewalttaten.

Experte: Neue Waffen her

a **Bayreuth.** – Der Tod der beiden Frankfurter Polizisten hätte nach Ansicht des Bayreuther Betäubungswaffenexperten Gerhard Frisch von Hoeßlin mit einer entsprechenden Ausrüstung vermieden werden können. Er habe bereits 1983 neue Polizeiwaffen vorgeschlagen, die Gewalttäter stoppen ohne sie dabei zu verletzen.

Möllemann: GSG9 soll eingreifen

ap Bonn. – Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) verlangt den Einsatz der Bundesgrenzschutz-Sondereinheit GSG9 und mobiler Einsatzkommandos gegen vermummte Demonstranten.

Krieg: Nicht überraschend

Für Beobachter der Extremisten-Szene kam die tödliche Eskalation an der Startbahn nicht überraschend. Schon seit eineinhalb Jahren propagieren Flugblätter und Szene-Postillen die „Feldschlacht". Zitat: „Zerschlagen, wo das möglich ist. Keine Rücksicht. Krieg ist Krieg." Polizisten gelten als Angriffsziele.

IM BLICKPUNKT

Jetzt endlich Taten

Von Peter Köhrer

Mörder leben unter uns. Die Opfer sind wieder Mitbürger in Uniform. Polizisten, die nicht nur am Montag abend ihre Pflicht taten. Es war, ist und bleibt die Aufgabe der Polizei, die Menschen in unserem Land zu schützen. Auch die Abwehr von Angriffen auf staatliche Einrichtungen gehört dazu. Vergessen wir nicht: der Staat – das sind wir alle.

Empörung und Entsetzen sind groß. Die Mörder der Polizisten haben auf alle Bürger geschossen. Wieder fragen wir: wie konnte es soweit kommen? Wir stehen betroffen an der Seite der Angehörigen der Toten und Verletzten. Der Staat hat Leben und Gesundheit der Opfer nicht schützen können. Nicht zum ersten Male; schon häufig sind bei Terroranschlägen auf Prominente auch Fahrer und Polizisten ums Leben gekommen.

Zu rasch werden diese einfachen Menschen vergessen. Das müssen wir uns alle vorwerfen. Die andere Frage – „Was wurde versäumt, um uns vor solchen Mördern soweit wie möglich zu schützen, und was wird nun endlich getan werden?" – müssen wir unseren Volksvertretern und einigen anderen nicht gewählten Sprechern stellen. Manche Politiker hielten es nicht für nötig, mehr gegen Terroristen zu tun, andere Leute waren nur einfältig.

Jetzt gibt es von solchen Politikern, aber auch von evangelischen Pfarrern Bekundungen des Erschreckens und des Abscheus. Sie mögen diese Empfindungen tatsächlich haben. Aber in unseren Ohren klingen diese Äußerungen wie Heuchelei; wir sind seit den noch immer unaufgeklärten Kieler Vorgängen sehr empfindlich geworden. Wackeldackel und Schalmeienklänge widern uns an. Wir leben in einem Rechtsstaat, wir wollen Taten auf gesetzlicher Grundlage sehen, die künftigen Verbrechen vorbeugen.

Wir trauern um unsere ermordeten Polizeikollegen

PHK
Klaus Eichhöfer

und

PM
Thorsten Schwalm

Sie opferten ihr Leben für unseren Rechtsstaat. Ihr Tod kann und darf nicht sinnlos gewesen sein, es darf nicht noch weitere Opfer geben.

§ 72 HBG (Diensteid):
„Ich schwöre, daß ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe."

Bund deutscher Kriminalbeamter
Bezirksverband Frankfurt am Main

Gabi und Thorsten: Sie wollten bald heiraten

„Ein Schatten der Trauer liegt über unserer Stadt"

5 000 Polizisten im Schweigemarsch durch Frankfurt

Frankfurt. – Der Berufsverkehr ruhte, Passanten blieben stehen, bildeten am Straßenrand Spalier für 5 000 Polizeibeamte. Schweigend zogen sie in einem Fackelzug durch die Frankfurter Innenstadt. Ernste Gesichter im flackernden Licht. Manche weinten. Mit ihrem Marsch vom Polizeipräsidium bis zum Paulsplatz protestierten die Beamten gegen die feigen Morde an der Startbahn.

Angeführt wurde der Trauerzug von Ministerpräsident Walter Wallmann, OB Wolfram Brück und Polizeipräsident Karl-Heinz Gemmer. Immer wieder schlossen sich auch Passanten spontan der Demonstration an.

Bei der abschließenden Kundgebung vor der Paulskirche sagte Wallmann: „Dies ist nicht die Stunde der großen Worte, sondern des gemeinsamen Nachdenkens." Bei all der Trauer und dem verständlichen Zorn müßten die Beamten aber daran denken, daß die Mehrheit der Bürger an ihrer Seite steht. OB Brück: „Es hat sich ein Schatten der Trauer und des Entsetzens über unsere Stadt gelegt." Mit einem Pfeifkonzert wurde der hessische DGB-Chef Jungmann bedacht, als er meinte, man dürfe solche kriminelle Tat nicht auf eine ganze Gruppierung übertragen. Er versicherte die Solidarität des DGB mit den Beamten. Vielen Polizisten, die sich symbolisch Zielscheiben auf den Rücken geklebt hatten, reagierten bitter. Ein Polizeiobermeister: „Jetzt marschieren die Politiker mit. Aber in zwei Wochen ist wieder alles vergessen."



Betroffene Gesichter beim Trauermarsch durch Frankfurt: Hans-Georg Koppmann, Personalrats-Chef der Frankfurter Polizei, Hessens Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann, Landtags-Vizepräsidentin Ruth Wagner und Frankfurts OB Wolfram Brück (von links)

Chronologie der Gewalt

Seit 1980 tobte der Terror an der Startbahn West

pw Frankfurt. – 1980 entscheidet der Kasseler Verwaltungsgerichtshof: Die Startbahn-West wird gebaut. Im gleichen Jahr errichten Gegner ein Hüttendorf.

Oktober 1981: Unter dem Schutz von Tausenden von Polizisten und Beamten vom Bundesgrenzschutz beginnen die Bauarbeiten an der Startbahn West.

2. November 1981: Das Hüttendorf wird geräumt und dem Erdboden gleichgemacht. Es gibt schwere Krawalle.

Januar 1982: 140 Verletzte bei schweren Zusammenstößen auf dem Baugelände. Krawalle in der Frankfurter Innenstadt.

November 1982: Nach einem Protestmarsch durch Frankfurt kommt es zu Ausschreitungen. Chaoten werfen Steine.

Juni 1983: Sprengsatzanschlag auf das Haus des Vorstandsvorsitzenden der Frankfurter Flughafen AG, Erich Becker. Er bleibt unverletzt. Sachschaden: 50 000 Mark. Im Schulungszentrum des Flughafens wird ein Sprengsatz gefunden, der nicht explodierte.

November 1983: Verletzte und Krawalle am Baugelände. Demonstranten schießen mit Leuchtraketen und Stahlkugeln auf Polizisten.

April 1984: Die Startbahn geht in Betrieb. Militante Gruppen liefern der Polizei eine blutige Schlacht. Fortan kommt es fast jeden Sonntag zu Gewalt und Terror. Chaoten werfen Steine.

April 1986: 220 Militante bringen den Flugbetrieb auf dem Rollfeld zum Erliegen.

Die Todesschüsse auf Heinz Herbert Karry

Prominentestes Opfer des Startbahn-Krieges ist der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry. Er wurde am 11. Mai 1981 um 5.02 Uhr im Bett durch das offene Schlafzimmerfenster seines Hauses in Frankfurt-Seckbach erschossen. Die tödlichen Schüsse wurden aus einer Pistole, Fabrikat „High-Standard", abgegeben. Später bekannten sich „Revolutionäre Zellen" zu dem feigen Mord. In einem Brief hieß es, man habe Karry als Verantwortlichen für den Bau der Startbahn West „lediglich in die Beine schießen", ihn „aber nicht umlegen" wollen. Die Mörder wurden bis heute nicht gefaßt.

← AN 4.11

„Grundrecht kein Freibrief für Mörder"

Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf: „Phase der Besinnung ist notwendig"

Bestürzt und betroffen reagierten gestern mittag Politiker und Sprecher von Initiativen in Mörfelden-Walldorf auf die gewaltsamen Ausschreitungen mit zwei Toten und mehreren Verletzten am Montagabend an der Startbahn 18 West. Und auch „auf der Straße" jener Stadt, die als Flughafenanrainer seit Inbetriebnahme der umstrittenen Betonpiste im April 1984 einer erheblich höheren Lärmbelästigung ausgesetzt ist, waren die tragischen Vorkommnisse Gesprächsthema Nummero 1. „Nein, daß es dort draußen auch noch Tote geben mußte, soweit durfte es doch nicht kommen", sagte etwa die Verkäuferin in einem Mörfelder Bäckerladen.

„Für die Brutalität, mit der hier Chaoten vorgegangen sind, darf es auch nicht den Versuch einer Entschuldigung oder gar politische Rechtfertigung geben", betonte in einer ersten Stellungnahme der Landrat des Kreises Groß-Gerau, Willi Blodt (SPD). „Hier haben brutale Gewalttäter unter dem Deckmantel einer zunächst friedlich verlaufenen Demonstration einen schlimmen Anschlag auf unser Gemeinwesen verübt..." Die Folgen wür-

Wenn eine Bürgerinitiative, so meinte Blodt weiter, anläßlich des sechsten Jahrestages der Räumung des Hüttendorfes zu einer Demonstration aufrufe und es dabei zu Gewalttaten komme, reiche es nicht aus, wenn sie sich später mit dem „Ausdruck des Bedauerns" von den Tätern distanziere. Blodt: „Das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit, das uns außerordentlich wichtig ist, darf nicht zu einem Freibrief für Mörder und Verbrecher werden." Der Landrat bezog sich auf eine Stellungnahme der Bürgerinitiative (BI) gegen die Flughafenweiterung Rhein-Main von der Nacht zuvor. Neben zwei erschossenen Polizisten und weiteren schwer verletzten Beamten sei auch eine unbekannte Anzahl protestierender Menschen ebenfalls verletzt oder festgenommen worden. Es sei nie das Konzept des BI gewesen, Menschenleben anzugreifen. „Wir sind von dem Tod der zwei Polizisten zutiefst erschüttert." Details seien in den nächsten Tagen zu klären. „Dennoch ist es in dieser verworrenen Lage notwendig und unverzichtbar, die politische Verantwortung zu übernehmen." Der Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf, Bernhard Brehl, sprach von einem traurigen Ereignis, bei dem „weder viele noch besonders starke und vermeintlich staatstragende Worte oder politische Erklärungen" helfen. „Sicherlich ist es richtig und verständlich, wenn als erste Reaktionen staatliche Konsequenzen angekündigt werden. Notwendig erscheint es mir, daß es im Interesse unser freiheitlich-demokratischen Grundordnung vor geeigneten Schritten des Staates und seiner parlamentarischen Organe eine Phase sachlicher Besinnung und des Nachdenkens gibt." Er könne nur frühere Appelle wiederholen, „nämlich den Aufruf an die Bevölkerung und an friedliche Demonstranten: ‚Unterlassen Sie alles, was Kriminellen hilft, ihre verbrecherischen Absichten auszuführen'."

Wilma Frühwacht-Treber von den örtlichen Grünen bedauerte hingegen, daß durch dieses Verbrechen der gewaltfreie Widerstand diskreditiert werde. Pfarrer Walter Bohris (Mörfelden) vom Förderkreis „Hüttenkirche" sprach von einer ganz entsetzlichen Tat, die genau das Gegenteil von dem sei, was die friedlichen Startbahngegner immer beabsichtigt hätten. Und Rudi Hechler von der Mörfelder DKP betont: „Egal, wer die Täter waren, diese Schüsse auf Polizeibeamte nutzen nur den rechten Kräften." fein

7000 Beamte gedenken beim Schweigemarsch durch die Innenstadt ihrer erschossenen Kollegen / Mahnungen gegen die Eskalation

Die Wut in den Reihen ist groß

Polizei fühlt sich ‚verheizt'

Von unserem Redaktionsmitglied Friederike Tinnappel

Mit einem Schweigemarsch hat die Polizei am Dienstagabend der beiden Kollegen gedacht, die an der Startbahn West erschossen wurden. Der Fackelzug, an dem sich rund 7000 Beamte aus Hessen und den angrenzenden Bundesländern beteiligten, führte vom Polizeipräsidium zum Paulsplatz. Auf der sich anschließenden Kundgebung versicherten Ministerpräsident Walter Wallmann, Oberbürgermeister Wolfram Brück und der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl-Heinz Jungmann, der Polizei ihre Solidarität.

Kurz vor 18 Uhr setzt sich der Zug von der Ludwigstraße aus in Bewegung. Die meisten Beamten, sind in Uniform gekommen. Einer hat sich vorn auf die Brust und auf den Rücken eine Zielscheibe geklebt – „weil ich mich so fühle". Er war am Montagabend mit draußen an der Startbahn.

In der ersten Reihe mit unbewegter Miene Walter Wallmann, Politiker, Gewerkschafter, dann die Polizisten. Viele tragen Fackeln. Der Zug biegt von der Friedrich-Ebert-Anlage in die Mainzer Landstraße ein. In den Rinnstein gelegte Fackeln markieren den Weg. Für eine so große Menschenmenge ist es ungewöhnlich still. Bisweilen hört man nur das Reiben der grünen Nylonärmel.

Drei blaßblaue DGB-Fahnen und die schlichten Worte auf einem Plakat: „Wir trauern". Die Wut in den Reihen ist groß. Sie fühlen sich im Stich gelassen – „verheizt". Erst Molotowcocktails, dann Stahlkugeln und jetzt die Schüsse an der Startbahn West. „Wie viele Tote brauchen wir? Politiker wacht auf" und „Demorecht im Messenland – Polizistentod von Mör-

nenstadt, in Kassel 2200. Die Erschütterung ist bundesweit.

Taunusanlage, Gallusanlage. Die Autos, die an den Kreuzungen warten müssen, haben den Motor ausgestellt. Es ist, als habe sich das Schweigen der Demonstranten über die Stadt gelegt. Nach einer dreiviertel Stunde ist der Paulsplatz erreicht. Ein Lastwagen dient als Tribüne.

Zuerst spricht der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hansgeorg Koppmann. „Wir dürfen uns nicht an die Eskalation der Gewalt gewöhnen", mahnt er. Der Tod der beiden Kollegen müsse die Republik zum Nachdenken veranlassen. Vielleicht entstehe dann ein „geistig-politisches Klima, das Mord an Polizisten unmöglich macht".

Walter Wallmann begrüßt die auf dem Paulsplatz Versammelten mit „meine lieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Polizeidienst". Dies sei eine schwere Stunde. „Wir fühlen alle, daß es einfach unmöglich ist, in Worte zu kleiden, was

nen, um Haß zu überwinden, den Frieden zu erhalten und dort, wo er fehlt, zu gewinnen."

Auch der Staat könne unzulänglich sein – „weil wir Menschen in unserer Unzulänglichkeit diesen Staat gestalten". Immerhin sei er aber „der freieste, den wir jemals auf deutschem Boden gehabt haben". Polizeibeamte seien „be- und getroffen, sie sind zu Tode gekommen. Das verpflichtet uns", sagt der Ministerpräsident zum Schluß seiner Rede.

„Ein Schatten der Trauer und des Entsetzens liegt über der Stadt", erklärt der Frankfurter Oberbürgermeister Wolfram Brück und betont seine große Verbundenheit mit der Polizei. Ausschreitungen bei Demonstrationen würden zu oft als alltäglich hingenommen – ohne daß sich die Bevölkerung klarmache, mit wieviel Sorge und Angst die Ehefrauen ihre Männer in den Dienst ziehen ließen. Brück plädiert für ein „Bekenntnis zum inneren Frieden", das ein „Bekenntnis zu Recht und Freiheit" beinhalten müsse.

Auseinandersetzung schon immer verurteilt hätten. Er verlangt, die Täter dingfest zu machen. Sie sollten aber nicht zur „Kriminalisierung ganzer Gruppen herhalten".

An dieser Stelle unterbrechen Pfiffe und Buhrufe den Gewerkschafter. Auch die Rede des Ministerpräsidenten wurde von Zwischenrufen wie „Das genügt nicht, Wallmann" begleitet. „Mit schönen Worten bleiben wir nicht am Leben", hatte ein anderer Beamter gerufen.

„Die Wut hat sich über Jahre angestaut", sagt Hansgeorg Koppmann nach Schluß der Veranstaltung. „Wir sind zu oft enttäuscht worden." Polizisten würden meist nur als Repräsentanten des Staates gesehen und leicht als Feindbild mißbraucht. Aber: „Wir haben nie geglaubt, daß auch Schüsse fallen. Diese Möglichkeit haben wir verdrängt."

Wie es weitergehen soll? Ab heute wieder Dienst nach Vorschrift? „Auf keinen Fall. Wir müssen darüber nachdenken, wie der Dienst weniger gefährlich wird." [illegible] die Startbahngegner sollten [illegible] darüber nachdenken, ob sie [illegible] Koppmann, [illegible] falsch gemacht haben.

FR 4.11.

Wallmann kündigt Härte an

Hessens Regierungschef will Vermummungsverbot / SPD warnt

Von unserem Redaktionsmitglied Hermann Lammert

FRANKFURT A. M., 3. November. Mit „aller Härte", die die Rechtsordnung bietet, will die hessische Landesregierung „dem Angriff auf den inneren Frieden" begegnen. Dies erklärte der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann am Mittag nach den Todesschüssen an der Startbahn 18 West im Anschluß an eine fünfeinhalbstündige Kabinettssitzung im Pressezentrum des Rhein-Main-Flughafens vor Journalisten. Wallmann kündigte [illegible] „mit allen geeigneten Mitteln ausrüsten", um terroristischer Gewalt zu begegnen. Darüber hinaus seien gesetzliche Regelungen erforderlich, um der Polizei wirkungsvolles Handeln zu ermöglichen. Auf die Frage, ob er ein Vermummungsverbot befürworte, antwortete der Ministerpräsident mit einem klaren Ja. Es bestehe kein Anlaß, sich bei einer friedlichen Demonstration zu vermummen.

Wallmann sagte weiter, man werde im Detail prüfen, ob rechtliche Möglichkeiten bestehen, künftig ein Versammlungs- und Demonstrationsverbot im Flughafen-Bereich auszusprechen. Der Regierungschef wird am heutigen Mittwoch zusammen mit seinem Stellvertreter, Wirtschaftsminister Wolfgang Gerhardt (FDP), an einer Sitzung des Bundeskabinetts in Bonn teilnehmen, um an einer Novellierung des Versammlungsrechts und des Landfriedensbruches sowie einem Vermummungsverbot mitzuwirken. Vom Ergebnis der Sitzung, so Wallmann, werde es abhängen, zu welchen speziellen gesetzlichen Verschärfungen sich die Landesregierung für Hessen entschließen werde. Für die Ermittlung des oder der Täter seien 100 000 Mark ausgesetzt worden.

Gerhardt sagte, für die Liberalen bestehe eine schwierige Situation in der Unterscheidung zwischen einer gesetzlichen Normierung und einem Polizeieinsatz. Die FDP werde die heutige Kabinettssitzung abwarten und dann eine Wertung vornehmen. Sie lehne eine ideologische Stellungnahme für und wider das Vermummungsverbot ab. Wenn es Beweise dafür gebe, daß durch ein solches Verbot der Gewalt beizukommen sei, sei er bereit zu diskutieren.

Die Möglichkeit einer Änderung der Haltung seiner Partei deutete bereits der hessische Wirtschaftsminister Alfred Schmidt (FDP) an. Er sagte, falls die Polizei in dieser Frage zu anderen Auffassungen kommen sollte, könne er sich vorstellen, daß die FDP dies akzeptiere.

SPD-Fraktionsvorsitzender Hans Krollmann sagte, es sei nicht „die Stunde herausgeschrieener Forderungen nach Strafverschärfung". Er appellierte an die Bürger, sich zu weigern, Verbrechern eine Kulisse zu geben. Ein Vermummungsverbot sei strafrechtlich nicht notwendig, es hätte die Schüsse nicht verhindern können. Zu einem Demonstrationsverbot an der Startbahn meinte Krollmann, man müsse jede Möglichkeit präventiver Maßnahmen gegen einen Vorfall wie den vom Montag diskutieren.

★

WIESBADEN (Reuter). Das hessische Landeskriminalamt (LKA) in Wiesbaden hat die Bevölkerung um Hinweise über die Ermordung der beiden Polizisten gebeten. In einer Erklärung vom Dienstag hieß es, das LKA nehme Hinweise unter der Wiesbadener Telefonnummer oder über jede andere Polizeidienststelle auf. Darüber hinaus sei unter der Frankfurter Telefonnummer ein Anschluß für vertrauliche oder anonyme Mitteilungen eingerichtet worden.

Wer verkörpert die Bürgerinitiative?

Die Bürgerinitiative (BI) gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein-Main hat in einer Presseerklärung nach den jüngsten gewalttätigen Auseinandersetzungen an der Startbahn 18 West die „politische Verantwortung" übernommen. Wer diese BI, die Ende der 70er Jahre von engagierten Gegnern der Flughafenerweiterung gegründet wurde und großen Zulauf hatte, lange nach der heißen Phase der Auseinandersetzungen um die Startbahn noch verkörpert, läßt sich inzwischen nur schwer definieren.

Neben der BI — die Mörfelden als ihr Domizil nennt — treffen sich auch noch im anderen Stadtteil Mitstreiter der alten Bewegung; und die treten als BI Walldorf an die Öffentlichkeit und geben sich bürgerlicher und gemäßigter.

Beide Gruppierungen, die in den letzten Jahren immer weniger Zulauf hatten, sorgten kürzlich jedoch wieder mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit für Aufsehen, die sich mit dem weiteren geplanten Ausbau des Flughafens auseinandersetzte. Vom Aufruf zur Demonstration am Montagabend distanziert sich die BI Walldorf. Maria Kinkel, die Walldorfer BI-Sprecherin, wollte sich jedoch nicht für die BI äußern; rein persönlich, so sagte sie, „finde ich diese Ausschreitungen schrecklich". fein

„Polizist mit Leib und Seele"

Trauer und Bestürzung hat bei den Kollegen der IV. Abteilung der hessischen Bereitschaftspolizei in Hanau der Tod des 44jährigen Hauptkommissars Klaus Eichhöfer ausgelöst. Der Vater von drei Söhnen (24, 21 und 19 Jahre), passionierte Tennispieler und Segler war seit 1961 im Polizeidienst und kam 1965 zur Hanauer Bereitschaftspolizei.

Dort war er lange Jahre Leiter der Sportabteilung und zuletzt stellvertretender Führer der 16. Hundertschaft. Eichhöfer galt bei seinen Kollegen als „Polizist mit Leib und Seele", gehörte aber keineswegs zu den „Scharfmachern". Bei seinen vielen Einsätzen während Demonstrationen in den letzten Jahren, auch an der Startbahn, habe er sich eher als ein Mensch erwiesen, der besonnen reagiert, auch oft Gespräche mit Demonstranten gesucht und nicht selten mäßigend auf Demonstrations-Teilnehmer gewirkt habe, war in Gesprächen mit seinen Kollegen immer wieder zu hören und viele von ihnen stellten sich die Frage, „warum ausgerechnet er?"

Eichhöfer hatte die 16. Hundertschaft in jener Nacht in Vertretung für seinen erkrankten Vorgesetzten geleitet. are

Er galt als ein besonnener Kollege

Der 23jährige Polizeimeister Torsten Schwalm war seit vier Jahren bei der hessischen Bereitschaftspolizei in Mühlheim stationiert. Vor sieben Jahren begann er als 16jähriger seine Ausbildung in Kassel. Er stammt aus einem kleinen Ort des Schwalm-Eder-Kreises. Den Ort wollte die Polizei zum Schutze der Eltern des jungen Beamten nicht mitteilen. Torsten Schwalm war nicht verheiratet.

Der Polizeimeister gehörte der 11. Hundertschaft an. Bei seinen Kameraden, so berichtete ein Polizeisprecher, sei er sehr beliebt und geachtet gewesen. Er galt als besonnener Kollege, der auch in kritischen Situationen immer die Ruhe bewahrt habe.

Die in Mühlheim kasernierte Bereitschaftspolizei war in den letzten Jahren nicht nur an der Startbahn West eingesetzt, sondern wurde auch immer wieder zur Verstärkung bei anderen Anti-Atomkraftdemonstratio-

[...] Tod der beiden Beamten löste [...]er Mühlheimer Bereitschaftspoli[...] Bestürzung und Betroffenheit aus. [...]ern nachmittag sagte ein Spre[...] „Wir sind entsetzt und sprach[...] lz

Entsetzen über Polizistenmord

Tatwaffe sichergestellt / Ruf nach schärferen Gesetzen

FRANKFURT A. M., 3. November (FR). Der Mord an zwei Polizeibeamten am Montagabend an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens hat bundesweit Entsetzen und Trauer hervorgerufen und die Diskussion über schärfere Demonstrationsgesetze neu belebt. Die Tat wurde — auch von den örtlichen Bürgerinitiativen und „autonomen" Startbahngegnern sowie den Grünen — als feiger Mord verurteilt. Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP), SPD, Grüne und auch die Gewerkschaft der Polizei im DGB mahnten zu Besonnenheit. In zahlreichen Städten der Bundesrepublik gedachten Tausende Polizisten in Trauerkundgebungen ihrer ermordeten Kollegen. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gab die Festnahme eines Verdächtigen bekannt, bei dem auch die Pistole gefunden wurde, mit der einer der beiden getöteten Beamten erschossen worden sei. Am Freitag wird sich eine Sondersitzung der Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder und am Donnerstag der Bundestag mit den Morden und der Frage von Konsequenzen befassen.

BONN / KARLSRUHE (Reuter/ukn/enk). Die Polizei hat bei der Fahndung nach den Schuldigen am Tod zweier Polizisten bei Krawallen am Frankfurter Flughafen einen Verdächtigen festgenommen und bei ihm die Tatwaffe sichergestellt, mit der der ältere der beiden Polizisten erschossen worden ist. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, Alexander Prechtel, teilte am Dienstagabend mit, aus der bei dem Mann sichergestellten gestohlenen Polizeipistole des Kalibers neun Millimeter stamme „mit Sicherheit" das Geschoß, das den 44jährigen Hauptkommissar Klaus Eichhöfer am Montag tötete. Ob damit auch der 23jährige Polizeimeister Torsten Schwalm getötet worden ist, vermochte Prechtel noch nicht zu sagen.

Die bei dem Verdächtigen gefundene Pistole war vor einem Jahr in Hanau einem Polizisten geraubt worden. Über den Verdächtigen, der am Mittwoch dem Haftrichter vorgeführt werden soll, wurden keine Angaben gemacht. Es hieß jedoch, daß die Bundesanwaltschaft gegen ihn bereits wegen mehrerer Anschläge auf Strommasten ermittele. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Mannes seien auch leere Magazine und Leuchtspurmunition sichergestellt worden.

Bei den Krawallen an der Startbahn 18 West waren neun weitere Beamte schwer verletzt worden.

Einer der schwerverletzten Beamten, den ein Projektil in die Brust getroffen hatte, schwebte laut Polizei am Dienstagabend noch in Lebensgefahr. Vier seiner Kollegen befanden sich ebenfalls noch in stationärer Behandlung.

Der Sprecher der Frankfurter Polizei berichtete, insgesamt seien Schüsse aus verschiedenen Waffen und aus mehreren Richtungen abgegeben worden.

Die Schüsse müssen aus größerer Entfernung abgefeuert worden sein, weil nach Angaben von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann an den Körpern keine Schmauchspuren festzustellen waren. Fest steht weiterhin, daß einer der getöteten Beamten von vorn, der andere von hinten getroffen wurde. In einem Videofilm, den die Polizei von den Vorfällen an der Startbahn aufgenommen hatte und der Journalisten im Pressezentrum des Flughafens vorgeführt wurde, waren die Gewalttaten der [illegible]chen Stunden — in der die Todesschüsse fielen — nicht zu sehen.

Rebmann sagte in Karlsruhe, es müsse erneut über ein Vermummungsverbot und die Wiedereinführung des Landfriedensbruch-Paragraphen nachgedacht werden. Zwar sei es nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand nicht sicher, daß die tödliche Schüsse von Vermummten abgegeben wurden, die ersten Gewalttätigkeiten seien jedoch von diesem Kreis ausgegangen.

★

mö BONN. Die Frage nach Konsequenzen aus der Tatsache, daß erstmalig in der Bundesrepublik Polizeibeamte bei einer Demonstration durch Schüsse getötet wurden, beherrschte am Dienstag die Routinesitzungen der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen und wird am heutigen Mittwoch Gegenstand der Kabinettssitzung sein, in der Ministerpräsident Walter Wallmann und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) über die bisher vorliegenden Ermittlungsergebnisse berichten werden. Für Freitagvormittag ist eine Sonderkonferenz der Innenminister nach Bonn einberufen worden.

Auch der Bundestag wird sich nach Auskunft des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger noch in dieser Woche mit den Frankfurter Vorgängen befassen. Ob das mit einer Regierungser[klärung,] der Debatte oder in einer aktuellen Stunde geschieht, wird erst am heutigen Mittwoch festgelegt. SPD und FDP halten es ebenso wie Dregger für unumgänglich, daß der Bundestag zu diesen Ereignissen sofort Stellung bezieht. Die SPD ist auch bereit, dazu die Tagesordnung zu ergänzen. Zimmermann betonte allerdings auf Anfrage, „hier haben zunächst die Hessen das erste Wort".

Die Tötung der Polizeibeamten wird in sämtlichen offiziellen Erklärungen als ungeheuerlicher Mord angeprangert. Auch der Fraktionsvorstand der Grünen im Bundestag stellte fest: „Morde wie die heute nacht zerstören demokratische Freiheiten." Aus verschiedenen Erklärungen maßgebender Politiker der FDP, der SPD und der Grünen klang die Sorge heraus, daß sich die CSU und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann jetzt mit ihrer alten Forderung nach einer Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und insbesondere des Vermummungsverbots durchsetzen könnten, obwohl sich nach Ansicht von Fachleuten, dadurch solche tödlichen Angriffe auf Polizeibeamte wie in der Nacht zum Dienstag nicht verhindern lassen.

Innenminister Zimmermann sagte in einem Interview der Tageszeitung „Die Welt", mit der Bluttat sei „eine neue Phase und eine neue Qualität der Gewalt" erreicht. Der Minister sprach zudem von „Selbstverteidigung" der Polizei, falls in Zukunft mit Schußwaffengebrauch durch gewalttätige Demonstranten gerechnet werden müsse. „Die Polizei ist ja mit Schußwaffen ausgerüstet", erklärte er. „Sie hat bisher von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen müssen. Das sollte möglichst so bleiben, aber wir dürfen und werden unsere Polizeibeamten nicht schutzlos den Schüssen von Verbrechern ausliefern."

Zimmermann erklärte, man müsse jetzt über ein „generelles Demonstrationsverbot" für den Bereich der Startbahn West und für Wackersdorf in Bayern nachdenken.

Führende Politiker der Koalition und der Opposition appellierten am Dienstag dringend an alle Teilnehmer der Startbahn-Demonstration, im Interesse der Opfer, der demokratischen Entwicklung und des Rechts auf friedliche Demonstration, die Mörder nicht zu decken. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick forderte die Demonstranten auf, „zur Aufklärung der Morde beizutragen, denn mit der Übernahme der politischen Verantwortung durch die Bürgerinitiative sei es nicht getan". Die Mitglieder müßten vor ihrem Gewissen die Mitschuld am Tode der Polizeibeamten verantworten und endlich einsehen, daß ihre „Aufrufe und Verhetzungen" zutiefst unmenschlich seien.

Mischnick sagte, obwohl die Vorgänge noch genau untersucht werden müßten, stehe schon jetzt fest, daß sich alle Teilnehmer von Anfang an strafbar gemacht hätten, denn die Demonstration sei unangemeldet und gewalttätig, die Straftäter vermummt gewesen. Dies sei verboten. Mischnick warnte die beteiligten Demonstranten vor falscher Solidarität. „Wer von ihnen noch einen Funken Rechtsbewußtsein besitzt, muß zur Aufklärung der Morde beitragen."

Der SPD-Obmann im Rechtsausschuß und frühere parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Hans de With, betonte: „Alle Teilnehmer dieser vorgeblichen Demonstration sind aufgerufen, ihr Wissen den Ermittlungsbehörden mitzuteilen — wer hier sein Wissen nicht preisgibt, deckt Mord" und diskreditiere das Recht auf freie Demonstration.

★

BONN (dpa/AP/Reuter). Bundeskanzler Helmut Kohl sagte nach Angaben seines Sprechers Friedhelm Ost, aus einer Demonstration heraus seien Polizisten, die die innere Sicherheit garantierten, von Verbrechern erschossen worden. Das „tödliche Attentat" stelle einen schweren Anschlag auf die demokratische Ordnung dar.

Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) sagte, der „Terror des Mobs" habe mit den Morden an der Startbahn West eine bisher nicht genannte neue Dimension erreicht. Der Rechtsstaat werde hierauf mit aller Härte des Gesetzes reagieren. Zugleich mahnte er aber zur Besonnenheit. Berechtigte Wut und Empörung dürften nicht den Blick für eine nüchterne Analyse der tragischen Ereignisse verstellen, sagte er. Es müsse vielmehr emotionslos überlegt werden, welche Konsequenzen zu ziehen seien.

Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) verlangte den Einsatz der Bundesgrenzschutz-Sondereinheit GSG 9 gegen vermummte Demonstranten. „Banden wie der ‚Schwarze Block' sind keine schützenswerten Demonstranten, sondern kriminelle Terroristen und Mörder", sagte er in einem Interview der Kölner Tageszeitung „Express".

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Gerhart Baum bekräftigte im Deutschlandfunk die ablehnende Position seiner Partei zu einer Verschärfung des Vermummungsverbots. Die Frankfurter Ereignisse rechtfertigten eine solche Forderung nicht, sagte Baum.

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans Jochen Vogel sagte, fassungslos habe er die Nachrichten aus Frankfurt vernommen. Selbst auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen vor dem Bau der Startbahn West habe es keinen vergleichbaren Fall gegeben.

Vogel sagte, es müsse alles getan werden, um die Ermordung der beiden Beamten aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn jemand mit Waffen auf Menschen schieße, liege es nahe, an Mord zu denken,

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, sagte, ein strafbewehrtes Vermummungsverbot sei längst überfällig.

[...] könne er jedoch keinen Zusammenhang mit der Diskussion um ein Vermummungsverbot erkennen.

Die Todesschüsse an der Startbahn

Spurensuche nach einem unerwarteten Ausbruch der Gewalt

Die Todesschüsse von Gewalttätern, denen am späten Montagabend zwei Polizisten in der Nähe der Frankfurter Flughafen-Startbahn „18 West" zum Opfer fielen, stellen eine neue Eskalation der Gewalt dar. Den nachstehenden Hintergrundbericht verfaßten unsere Redaktionsmitglieder Martin Feldmann und Claus Gellersen, die den Ablauf der Gewalttat und die Spurensuche der Polizei am Dienstagvormittag schildern, und Hans-Helmut Kohl, der auf die Geschichte der Auseinandersetzung zurückblickt. Red.

„Hier sieht es aus wie nach einem Gefecht", sagte der junge Bereitschaftspolizist, als er aus dem Mannschaftswagen stieg. Den Beamten, die am Dienstag früh in Hundertschaften zur Südostecke des Startbahngeländes am Frankfurter Flughafen gekarrt worden waren, bot sich ein Bild, das einem Schlachtfeld glich. Rauchende Strohballen, zerstörte Wegbarrieren, Hülsen von Signalmunition und verbrannte Gummireifen säumten den Platz, auf dem zwölf Stunden zuvor zwei Polizeibeamte tödlich getroffen worden waren.

Zwischen den Qualmwolken zeigten zwei aufgelassene blaue Ballons in 20 Meter Höhe den nachfolgenden Kolonnen der Polizei und den Kameraleuten der Fernsehanstalten schon von weitem die Richtung an. An einem Bachübergang, wo der Weg auf eine breite Wiese mündet, wo sandiger Boden und hohes Gras an Heidelandschaften erinnern, waren die Schüsse gefallen.

Am Dienstag waren die Wiese und ein kleines angrenzendes Buschgebiet Hunderte von Metern lang mit langen roten Bändern abgesperrt. Polizeibeamte in Zivil stiegen vorsichtig durch das nasse Gras, suchten Spuren, drehten leere Coladosen und Stoffreste herum. Diese erste Suche hat zu keinem Ergebnis geführt.

Spurensuche: Polizisten mit Metallsuchgeräten an der Startbahn. (FR-Bild: Kumpfmüller)

Sonden, die auf Metall ansprechen, wurden über den Boden gezogen, ein Entfernungsmeßgerät wurde aufgebaut. „Ohne Tritt marsch" schickten die Zugführer ihre Trupps ins Gelände. In langer Reihe stocherten die Bereitschaftspolizisten zwischen Ästen, Büschen, Gras und Steinen. Schritt für Schritt vorwärtsgehend, die Köpfe gesenkt. Gefunden haben sie bis zum Mittag offensichtlich nichts.

„Es ist die Suche im Heuhaufen", sagte einer der Einsatzleiter. Die Waffe würden sie wohl kaum finden. „Vielleicht die leeren Patronenhülsen", fügte er nach einer Weile hinzu. Aber es klang, als ob er nicht daran glauben könnte.

Zu dieser Zeit waren auch zwei Wasserwerfer aufgefahren, parkten immer mehr unauffällige Wagen mit Sprechgeräten vor dem abgesperrten Areal. Die Beamten des Bundeskriminalamtes waren eingeschaltet worden. Aus den Funkwagen plärrten Lautsprecherstimmen. Befehle wurden wiederholt. Die Einsatzleitung versuchte, die immer zahlreicher ankommenden Journalisten zurückzudrängen. Passanten und Radfahrer trafen ein. Über die Köpfe aller donnerten im Minutenabstand die startenden Maschinen hinweg. Eine weitere Hundertschaft Bereitschaftspolizei wurde eingewiesen.

„Ich glaubte, wir hätten das Schlimmste hier an der Startbahn erlebt", sagte einer der wenigen Beamten, die sich auf Gespräche mit Reportern und Fotografen einließen. „Und nun das." Die Betroffenheit stand den Männern im Gesicht. Der Zufall und der Dienstplan hatten bestimmt, wen die Schüsse der Mörder getroffen hatten. „Es hätte auch mich erwischen können." Einer sprach aus, was die meisten wohl dachten.

Gegen Mittag achtete längst keiner mehr auf den kleinen Strauß roter und weißer Nelken, den ein junger Mann Stunden zuvor an der Stelle niedergelegt hatte, wo die Beamten von den Schüssen getroffen worden waren. Er hatte auf Fragen nicht geantwortet und war dann davongegangen.

★

Das Südostende der Startbahn 18 West gilt gemeinhin als „Chaoteneck". Am Montagabend herrschte hier wirklich Chaos, nahmen die Auseinandersetzungen zwischen mehreren Hundertschaften der Polizei und einer Vielzahl zumeist maskierter Demonstranten bürgerkriegsähnliche Ausmaße an.

Etwa gegen 19 Uhr hatte sich ein Fackelzug mit etwa 200 Teilnehmern von Mörfelden aus in Richtung Startbahn 18 West friedlich auf den Weg gemacht, um anläßlich des Jahrestages der Hüttendorfräumung an der Startbahn zu protestieren. Schon eine Stunde vorher war ein Polizeihubschrauber aufgestiegen. Er kreiste über Mörfelden und Walldorf und observierte schließlich mit seinem Schweinwerferkegel den Fackelzug.

Gegen 19.30 Uhr trafen bereits vorwiegend Mörfelden-Walldorfer Bürger mit ihren Fahrrädern an der Startbahn ein, um friedlich gegen das umstrittene Bauwerk zu demonstrieren. Vor der hell erleuchteten Flughafenanlage war es fast mucksmäuschenstill. „Die Ruhe vor dem Sturm", wie eine Walldorferin meinte. Ein Mann wußte: „Viele unbekannte Gesichter habe ich gesehen. Die Einheimischen machen sich immer rarer."

Etwa um 20.30 Uhr erreichten die ersten Teilnehmer des Fackelzugs das Kopfende der 18 West. Die Polizei gab über Lautsprecher bekannt, daß diese Versammlung nicht angemeldet und damit illegal sei. Somit müsse sie sich laut einer Verfügung des Regierungspräsidenten in Darmstadt sofort auflösen. Wer sich nicht daran halte, begehe nach dem Versammlungsgesetz eine Ordnungswidrigkeit. Notfalls werde man zwangsweise die Demonstration beenden und auch Wasserwerfer einsetzen.

Kurz darauf krachte es fast wie aus heiterem Himmel. Die ersten Geschosse flogen, und Feuerwerkskörper detonierten. Die Polizei, die sich mit ihren Einsatzkräften zum Teil in den angrenzenden Waldgebieten versteckt hatte, stürmte vor und nahm die Verfolgung der gewalttätigen Demonstranten auf, die zumeist schwarz gekleidet und vermummt waren. Zwei Wasserwerfer rollten durch ein Startbahntor in Richtung Südosten. Doch schon bald blieben sie auf einem Weg stecken, weil eine Barrikade die Durchfahrt versperrte und Strohballen brannten. Die Demonstranten flohen in Richtung Südosten über den Gundbach.

Die nachsetzenden Beamten kamen an dem Bachlauf zum Stehen, berichtete am Dienstagmorgen ein Reporter des Hessischen Rundfunks, der die Auseinandersetzungen als Augenzeuge erlebte. Sie nahmen zum Teil ihre Helme ab und legten ihre Schutzschilde beiseite. Zwei Polizisten, so erzählte der Reporter, geleiteten sogar eine verletzte Demonstrantin zum Polizeisanitäter.

Etwa um diesen Zeitpunkt hörte einer der jungen Bereitschaftspolizisten zunächst ein zischendes und dann ein klatschendes Geräusch — Sekundenbruchteile später fiel sein Hundertschaftsführer rücklings um. Die herbeigerufene Besatzung eines Rettungswagens bescheinigte zunächst Atemnot, bis die Schwere der Verletzung des Beamten klar wurde. Er wurde in die Flughafenklinik eingeliefert, wo sein Tod festgestellt wurde.

Die Generalbundesanwaltschaft gab am Dienstagmorgen eine vorläufige Schilderung des Tatablaufes nach den ersten Ermittlungen. Danach wurde der 44 Jahre alte Hundertschaftsführer Klaus Eichhorn durch einen Unterbauchsteckschuß tödlich verletzt. Der 23jährige Polizeiobermeister Thorsten Schwalm erlitt ebenfalls einen tödlichen Bauchsteckschuß, während ein dritter Beamter durch einen Schuß in die Brust lebensgefährlich verletzt wurde.

In der Erklärung des Generalbundesanwaltes wurde weiter erwähnt, daß die Polizeibeamten unmittelbar vor den Schüssen „über Megaphon" aus dem Wald aufgefordert worden seien, „sich nicht weiter zu nähern". Anschließend, so der Generalbundesanwalt, „war das Kommando ‚Scharfschützen Feuer' zu hören, woraufhin von vermummten Demonstranten mit scharfer Munition, Leuchtspurmunition und Feuerwerkskörpern auf die sich zurückziehenden Polizeibeamten geschossen wurde".

Die lange Auseinandersetzung um die „18 West"

Die Schüsse vom Montagabend fielen zu einem Zeitpunkt, zu dem langjährige Beobachter der Anti-Startbahnbewegung eher an eine allmähliche Beruhigung der Auseinandersetzungen glaubten. Zwar fanden noch immer die sogenannten „Sonntagsspaziergänge" statt, bei denen sich zwischen 50 und 200 Startbahngegner entlang der Mauer im Mönchbruchwald südlich des Flughafens zu versammeln pflegten.

Doch die nachgerade bürgerkriegsähnlichen Zustände, die etwa nach der Räumung des Hüttendorfes auf dem Baugelände der Rollbahn am 2. November 1981 über Wochen hinweg das Bild Frankfurts bestimmten und die damalige hessische SPD/FDP-Landesregierung an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit brachte, sie waren seitdem über lange Zeit ausgeblieben.

Begonnen haben die heftigen Demonstrationen im Frühsommer 1980 mit dem Bau des Hüttendorfes inmitten des Waldgürtels, durch den die Startbahn West geschlagen wurde. Parallel zu der Besetzung des Baugeländes durch aktive Startbahngegner, die dort ein ganzes Jahr lang mit vielen phantasievollen Aktionen wie etwa der Walduniversität für ihre Überzeugung warben, liefen zahlreiche Versuche, das Projekt juristisch zu stoppen. Die in ihren Grundzügen bereits in den späten sechziger Jahren geplante Piste, mit der die Kapazität des bundesweit einzigen internationalen Flughafens erweitert werden sollte, war über lange Zeit auch ökonomisch umstritten, hat aber ihren Nutzen, wie die Flughafengesellschaft unter Hinweis auf die drastisch gestiegenen Flugbewegungen erst kürzlich unterstrich, längst bewiesen.

Ihren Höhepunkt erlebte die Anti-Startbahn-Bewegung bei der Demonstration von mehr als 150 000 Bürgerinnen und Bürgern am 14. November 1981 in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, in deren Verlauf auch über 220 000 Unterschriften für ein Volksbegehren gegen die Flughafenerweiterung übergeben wurden. Doch schon einen Tag später dominierten Gewaltszenen von der Blockade des Flughafens und der umgrenzenden Autobahnen am Frankfurter Kreuz die Berichterstattung der Medien. So sollte auch in den folgenden Jahren bis zum April 1984, in dem die Rollbahn in Betrieb ging, immer wieder der Widerstand der Flughafenanlieger von militanten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Ortsfremden überlagert werden.

Unmittelbar nach dem ersten Start auf der „18 West" kam es an dem die Rollbahn umschließenden Betonzaun dann zu gewaltsamen Zusammenstößen, bei denen auch die Polizeibeamten mit zunehmender Härte agierten. Sowohl die Jahrestage der Hüttendorf-Räumung im November als auch die der Inbetriebnahme der Piste stellten seitdem Fixpunkte für die bundesweit von Ort zu Ort reisenden Chaotengruppen dar, die unter dem Stichwort „Autonome" zusammengefaßt werden. Erstmals im April 1986 mußte sogar der Flugbetrieb auf der Rollbahn unterbrochen werden, nachdem ein Wiesengelände in Brand gesteckt worden war.

Das Protestpotential aus den Anliegergemeinden des Rhein-Main-Flughafens, das die Landespolitik in Hessen entscheidend beeinflußte und den Grünen Auftrieb gab, verringerte sich demgegenüber von Jahr zu Jahr. Zwar treffen sich die Mitglieder der „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung" auch heute noch alle zwei Wochen, doch die Themen haben gewechselt. Nach wie vor — zumindest bis zu den tödlichen Schüssen vom Montagabend — fanden sich unter den „Sonntagsspaziergängern" an der Startbahn West aber auch biedere Bürger aus dem nahen Mörfelden-Walldorf, wie die bundesweit bekannte „Küchenbrigade" von Hausfrauen, die mit Kaffee und Kuchen ans Startbahngelände kamen.

Hessische Reaktionen

Rasch endete die Nachdenklichkeit

Von Günter Hollenstein (Wiesbaden)

Eine solche Nacht wie die an der Startbahn 18 West läßt Dämme einbrechen. Noch am Dienstagmorgen hatte der FDP-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Otto Wilke, „keinen direkten Zusammenhang" zwischen der Ermordung der beiden Polizeibeamten und einem möglichen Vermummungsverbot gesehen. Zur selben Zeit stellte aber sein Parteifreund, Wirtschaftsminister Alfred Schmidt, bereits vage Überlegungen an, daß die Freidemokraten ihre Haltung zur Verschärfung des Demonstrationsrechts überdenken müßten. Als der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt dann am Nachmittag auf dem Frankfurter Flughafen nach einer fünf Stunden dauernden Kabinettssitzung zusammen mit Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) vor die Presse trat, war es mit der abwartenden Nachdenklichkeit vorbei.

„Das ist", bekannte Gerhardt, dem die Anstrengungen der vergangenen Stunden ins Gesicht geschrieben standen, „für einen Liberalen keine einfache Sache." Zwar sei die FDP „gegen vorschnelle Urteile", meinte der stellvertretende Bundesvorsitzende weiter, aber es sei klar, daß sich die Liberalen dieser Diskussion nicht entzögen. Gewissermaßen nahtlos fügte Regierungschef Wallmann an, daß die Landesregierung in ihren Erwägungen möglicher Konsequenzen „nichts" ausschließen wolle. „Wir legen uns aber jetzt auch nicht fest", sagte er unter Hinweis auf gemeinsame Beratungen Wiesbadens mit dem Bundeskabinett.

Trotzdem steht fest, daß von Hessen aus eine neue heftige und folgenreiche Diskussion über die Verschärfung des Demonstrationsrechts ausgehen wird. Noch unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse hatte Wallmann den Satz formuliert, das werde sich der Staat „nicht gefallen lassen", die Vorgänge stellten alles bisher Dagewesene in den Schatten. Auch nach den langen Erörterungen im Kabinett, an denen zeitweise Generalbundesanwalt Kurt Rebmann teilgenommen hatte, zeigte der Regierungschef, flankiert von seinem Stellvertreter Gerhardt, demonstrative Entschlossenheit: „Die Landesregierung wird mit aller Härte antworten, die nach der Rechtsordnung zur Verfügung steht."

Kernpunkt der Kabinettsüberlegungen ist dabei, daß die Landesregierung in den nächtlichen Startbahnereignissen keinen Einzelfall sieht, sondern vielmehr eine „Eskalation der Gewalt", wie der Ministerpräsident unter Hinweis auf die Auseinandersetzungen um die Hamburger Hafenstraße und die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf sagte. Deshalb seien jetzt „gesetzliche Regelungen" erforderlich. Vom Vermummungsverbot über die Änderungen des Versammlungsrechts bis zur Einführung des alten Straftatbestandes Landfriedensbruch reichen die Überlegungen. Damit könnten auch Unbeteiligte bestraft werden, wenn Gewalttäter sie als „Kulisse" benutzen.

Um den „verabscheuungswürdigen" Angriff auf den inneren Frieden zu ahnden und zur „Prävention" soll Hessens Polizei „mit allen geeigneten Mitteln" ausgestattet werden. Ob damit Gummigeschosse gemeint sind, ließ Wallmann erst einmal offen. Hier werde der Innenminister Vorschläge unterbreiten. Auch über ein befristetes Kundgebungs- und Versammlungsverbot, wie es der ehemalige SPD-Innenminister Horst Winterstein an der Startbahn schon einmal zur „Befriedung" der Region durchsetzen wollte, wird nachgedacht. Schwierig scheint vor allem die rechtliche Begründung zu sein, die vor Gerichten standhalten muß.

Am Rande der Kabinettssitzung hatte CDU-Generalsekretär Franz-Josef Jung vergeblich versucht, mit der größten Oppositionspartei SPD auf einen gemeinsamen Nenner zu [illegible] Fraktionsvorsitzenden [illegible] schwebte eine Art [illegible] aller Demokraten vor. Aber [illegible]führer Hans Krollmann, [illegible] die Mitglieder [illegible] die Ereignisse vom Kabinett [illegible] Hand unterrichtet worden war, [illegible]seitig erkennen, daß er von einem Vermummungsverbot nichts hält. Dies sei die Stunde des Nachdenkens und der Trauer und nicht die Zeit, nach gesetzgeberischen Patentrezepten zu rufen.

Freilich gab Krollmann zu, daß er das Demonstrationsrecht für „gefährdet" halte, wenn Kundgebungsteilnehmer als „Schutz" für Verbrecher benutzt würden.

Während indes die Landesregierung ihre endgültige Haltung von weiteren Erörterungen abhängig macht, was auf die Intervention der FDP zurückzuführen sein dürfte, klang in den auf den Fluren des Flughafengebäudes immer wieder abgegebenen Stellungnahmen der CDU eine weitaus härtere Gangart durch. Für deren Landtagsfraktion ist die Einführung des Landfriedensbruch-Paragraphen bereits beschlossene Sache. R/S

FR 4.11.87

„Eine Stufe brutalster Gewalt wurde erreicht"

Stellungnahmen von Gewerkschaftern und Politikern

Von unserem Redaktionsmitglied Wolfgang Schubert

„Mit Bestürzung, Trauer und tiefer Betroffenheit" haben die Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sowie Parteien und zahlreiche Organisationen des öffentlichen Lebens auf die Ermordung zweier Polizeibeamter an der Startbahn West in Frankfurt reagiert. Während der Sozialring beim Polizeipräsidenten in Frankfurt sowie zwei Wiesbadener Polizisten-Ehefrauen zu Spenden für die Opfer aufriefen, setzte unter den politischen Parteien bereits ein Streit um die aus der Bluttat zu ziehenden Konsequenzen ein.

In einer Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei hieß es, „die entsetzlichen Schüsse in der vergangenen Nacht an der Startbahn West haben uns zutiefst erschüttert. Sie machen uns traurig und zornig zugleich." Der Landesvorsitzende Hansgeorg Koppmann, der zugleich auch Vorsitzender des Personalrates der Frankfurter Polizei ist, betonte, es müsse „ein geistiges Klima entstehen, das solche Morde an Polizeibeamten künftig unmöglich macht". „Unsere schlimmsten Befürchtungen", sagte der Bundesvorsitzende der GdP, Hermann Lutz, dazu weiter, „haben sich auf schreckliche Weise bestätigt." Situationen, bei denen Polizeibeamte sich in akuter Lebensgefahr befanden, habe es bei gewalttätigen Ausschreitungen schon häufig gegeben. Die Verwendung scharfer Schußwaffen stelle jedoch eine „Stufe brutalster Gewalt dar, vor der bislang noch zurückgeschreckt wurde". Die Öffentlichkeit, so Lutz, habe sich seit Jahren daran gewöhnt, „Meldungen vom Wochenend-Tourismus in Sachen Gewalt zu hören und diesen alltäglichen Bericht über das Werfen von Molotow-Cocktails oder das Verschießen von Stahlkugeln aus Schleudern für normal zu halten". Lutz unterstrich die Forderung der GdP „nach konsequenterem Einschreiten gegen Gewalttäter, die zum weitaus überwiegenden Teil vermummt auftreten".

Für den Bund Deutscher Kriminalbeamter warf dessen Frankfurter Vorsitzender Lothar Hermann den Politikern vor, diese hätten die „zunehmende Gewalt bei Demonstrationen bewußt verniedlicht und verharmlost". Seit sechs Jahren dauerten nun die Auseinandersetzungen an der Startbahn an, ohne daß sich die Verantwortlichen in der Lage gesehen hätten, „den chaotischen Umtrieben von Kriminellen ein Ende zu bereiten".

„Entsetzt über den Mord an zwei Polizisten" und die „hemmungslose Gewalteskalation" hat sich die SPD-Stadtverordnetenfraktion gezeigt. Die SPD habe „keinerlei Verständnis für die gewalttätigen Auseinandersetzungen an der Startbahn West", weil die legitimierte Entscheidung für den Bau der Startbahn von den „dazu berufenen Organen unseres Staates getroffen worden sei. Die Sozialdemokra- [illegible] Verant- [illegible] Gewalttaten nicht mit [illegible] wie mit der Forderung nach einem Vermum[illegible]mungsverbot zu reagieren. Dies wäre ein Eingehen auf die Fehde, die die Grüne Jutta Dittfurth bereits vor einiger Zeit mit ihren Ausführungen ‚Der Staat braucht die Gewalttäter und terroristische Anlässe, um seine Gewalt zu rechtfertigen', angefacht habe.

Der Frankfurter Bundestagsabgeordnete und Spitzenkandidat zur nächsten Kommunalwahl, Volker Hauff, betonte am Nachmittag, die Tat sei ein „kalter, feiger und krimineller Mißbrauch erkämpfter Freiheit".

Der Frankfurter Oberbürgermeister Wolfram Brück erklärte gegenüber der FR, er sei „über diesen feigen und heimtückischen Angriff auf die Beamten der Bereitschaftspolizei zutiefst erschüttert". Mit „erschreckender Grausamkeit" treffe dieser „im Schutz der Dunkelheit ausgeführte Mord unseren Staat und alle Bürger". Den Angehörigen aller Opfer, sagte der OB, gelte „das Mitempfinden aller Frankfurter".

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Frankfurter Stadtparlament, Gerhard Wondtroth, erklärte, der „langjährige Bürgerkrieg an der Startbahn West hat damit einen Höhepunkt erreicht, der auch von einem noch so liberalen Staat nicht mehr toleriert werden kann". Der Auftritt maskierter Terroristen am Rande der Startbahn habe nichts mehr mit der Ausübung der Demonstrationsfreiheit zu tun. Nach Auffassung des Frankfurter CDU-Vorsitzenden Heinz Daum müsse nun „mit der Verschärfung des Demonstrationsrechtes durch Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagraphen und des Vermummungsverbotes ernst gemacht werden".

Die Frankfurter Grünen verurteilten in einer Stellungnahme „auf das allerschärfste, daß eine Demonstration dazu mißbraucht wurde, Menschen zu töten". Wer mit welchen Motiven auch immer geschossen hat, habe gar nichts mit dem Widerstand gegen die Startbahn West zu tun. „Wir haben Angst vor der Kälte", heißt es in der Presseerklärung weiter, „mit der hier aus dem Dunkeln heraus Menschen ermordet worden sind." Die Landesgrünen sagten dazu ergänzend, die tödlichen Schüsse zielten ihrer politischen Wirkung nach unmittelbar auf das demokratische Grundrecht der Meinungsfreiheit. Ihr Appell, rechtsstaatliche Grundsätze zu bewahren, schrieben die Landesgrünen in ihrer Presseerklärung, richte sich aber auch an die Polizei.

Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hat am Dienstag gefordert, daß der Innenausschuß des Landtages sofort zusammentreten müsse, um „umgehend geeignete Maßnahmen einzuleiten", damit sich solch heimtückische Morde nicht wiederholen könnten. Zugleich mahnte der Frankfurter FDP-Landtagsabgeordnete Hans Jürgen Hielscher, „den infamen Mord nicht zu einer emotionalen Diskussion zu gebrauchen". Die Bürgerinitiative Startbahn West habe inzwischen aber „jegliche Legitimation für weitere Demonstrationen verloren".

Für die IG Metall sagte deren Bezirksleiter für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, Hans Pleitgen, wer bei Demonstrationen Gewalt anwende, „arbeitet der Reaktion in die Hände und vor allem jenen, denen auch friedliche Demonstrationen ein Dorn im Auge sind".

Der Bund für Umwelt und Naturschutz sprach von „einem Werk von Terroristen", durch das im nachhinein „der Geist und die Lauterkeit der Absichten breiter Bevölkerungskreise" gegen den Bau der Startbahn auf „die empörendste Weise besudelt" worden sei.

Der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Pfarrer Kurt Oeser, hat die Tragödie am Flughafen als „schrecklich und unbegreiflich" bezeichnet. Oeser, exponierter Gegner der Startbahn 18 West, aber gleichzeitig engagierter Vermittler in der Protestbewegung, betonte ausdrücklich, eine solche Auseinandersetzung habe mit Protest nichts mehr zu tun und werde von den friedlichen Startbahngegnern quer durch alle Parteien verurteilt.

Erschüttert über den „Ausbruch von Haß und Gewalt" äußerte sich der hessen-nassauische Kirchenpräsident Helmut Spengler. Er rief dazu auf, das Ereignis zum Anlaß der Besinnung werden zu lassen.

Von einer „Wahnsinnstat einzelner", die nicht zu Pauschalverurteilung von Demonstranten führen oder demokratische Grundrechte wie das Demonstrationsrecht in Frage stellen dürfe, sprach die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Die ÖTV hofft, hieß es dazu in einer Verlautbarung, daß die kriminelle Tat bald aufgeklärt wird und die Täter gefaßt werden. In einem Brief an den Vorsitzenden der Gewerkschaft [illegible] Polizei in Hessen, Hansgeorg Koppmann, hat die ÖTV ihr Mitgefühl und [illegible] Polizeibeamten [illegible]

Grüne appellieren an alle, die auf Gewalt setzen, damit aufzuhören

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, sprach von einer „neuen Qualität der terroristischen Herausforderung". Der blindwütige Haß der Terroristen mache vor keinem Menschen mehr halt. Von der Forderung der Sprecherin der Grünen, Jutta Ditfurth, dieser Staat brauche nichts so sehr wie den Terror, über die Duldung eines rechtsfreien Raumes in der Hamburger Hafenstraße bis zu den gewalttätigen Demonstrationen in Wackersdorf führe „ein und dieselbe Blutspur".

★

BONN (AP/FR). Die Grünen im Bundestag verurteilten die Tat entschieden. „Es gibt keinen politischen Anlaß, der es rechtfertigt, daß Menschen getötet werden. Morde wie heute nacht zerstören demokratische Freiheiten." Nach den Tätern müsse gefahndet werden und sie müßten vor Gericht gestellt werden. „Wir fordern alle, die auf Gewalt setzen, auf, sofort damit aufzuhören", betonten fünf dem realpolitischen Flügel der Partei zugerechnete Abgeordnete in der namens des Fraktionsvorstandes verbreiteten Erklärung. Zugleich forderten sie diejenigen, die auf gewaltfreien Widerstand setzten, auf, nicht den Mut zu verlieren.

Für den Fraktionsvorstand fragten Bärbel Rust, Waltraud Schoppe, Karitas Hensel, Hubert Kleinert und Christa Vennegerts: „Wer wird unter diesen Umständen selber oder gar mit seinen Kindern noch zur Demonstration gehen? Wer versteht unter diesen Umständen nicht die Angst und die Wut der Polizisten? Aber Haß und Rachegefühle führen nur zu weiteren Gewalttaten."

★

BERLIN (dpa). Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Otto Schily reagierte „mit Entsetzen und Trauer" auf die Ereignisse an der Startbahn West. Im Sender Freies Berlin sprach Schily von „abscheulichen Morden" zu einem Zeitpunkt, wo versucht werde, Brücken zu bauen, „von der Eskalation des Terrors herunterzukommen" und einen Dialog zu finden. An die Adresse der Demonstranten gerichtet, forderte Schily, mit der „Toleranz gegenüber Militanz" aufzuhören.

Gleichzeitig warnte Schily vor einem „falschen Weg zu Rache oder Vergeltung". „Natürlich kann es kein Staat hinnehmen, daß seine Polizeibeamten hinterrücks erschossen werden", aber es sei jetzt auch „nicht die Zeit der großen Sprüche" in dem Sinne, neue gesetzgeberische Aktivitäten zu entfalten. Es komme vielmehr darauf an, die staatlichen Mittel so einzusetzen, daß die Mörder gefangen werden, aber auch den Dialog fortzusetzen, damit „Menschen sich nicht in den Weg der Gewalt verirren".

★

FRANKFURT A. M. (AP). Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Hessischen Landtag, Joschka Fischer, drückte im Hessischen Rundfunk mit hörbar bewegter Stimme den Angehörigen der toten Polizisten das Mitgefühl seiner Partei aus. Daß aus Demonstrationen heraus im Schutz der Dunkelheit Morde begangen werden, habe er sich nie vorstellen können. Damit sei ein Tabu verletzt worden.

★

HILDEN (dpa/FR). Ein „konsequentes Einschreiten" gegen Gewalttäter hat die Gewerkschaft der Polizei im DGB (GdP) gefordert. GdP-Vorsitzender Hermann Lutz sagte am Dienstag, es habe keinen Sinn, „um Paragraphen zu feilschen, wenn angesichts derartiger Gewalteskalationen endlich Handeln gefragt ist". Mit den dramatischen Vorgängen an der Startbahn West hätten sich „die schlimmsten Befürchtungen" seiner Organisation „in schrecklicher Weise" bestätigt. Allerdings stelle der Vorfall in Frankfurt mit der Verwendung scharfer Schußwaffen eine Stufe „brutalster Gewalt" dar, vor der bislang noch zurückgeschreckt worden sei.

Lutz appellierte zugleich an alle friedlichen Demonstranten, mitzuhelfen, um Gewalttäter und Kriminelle bei Demonstrationen zu isolieren und ihrer habhaft zu werden, andernfalls drohten Beschränkungen für das in der Demokratie lebensnotwendige Demonstrationsrecht. Schärfere Gesetze lehnte er ab.

★

GÖPPINGEN (FR). Mord und Totschlag sind nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Benedikt Martin Gregg, „die Folgen einer inkonsequenten Rechtspolitik der FDP unter Führung der sog. Sicherheitspolitiker Hirsch und Baum und der Handlungsunfähigkeit des Bundeskanzlers".

MÖRFELDEN (FR). Die „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main" zeigt sich erschüttert über die tödlichen Schüsse. Sie übernahm die „politische Verantwortung" für die Tat, „wohl wissend, daß nun eine Verfolgung und Kriminalisierung gegen unsere Bewegung einsetzen wird".

★

FRANKFURT A. M. (AP). Eine Sprecherin der autonomen Startbahngegner distanzierte sich in Wiesbaden von „den feigen Morden", wandte sich aber zugleich gegen „die Hetzjagd, Festnahmen und Hausdurchsuchungen gegen alle, die hier Widerstand leisten".

★

BONN (AP). Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach den Familien der beiden getöteten Polizisten am Dienstag in persönlichen Schreiben seine tiefempfundene Anteilnahme aus. In den Schreiben heißt es unter anderem, als Polizisten seien Klaus Eichhöfer und Torsten Schwalm von dem Bewußtsein und dem Auftrag beseelt gewesen, das Recht zu schützen. Damit hätten sie dem Frieden gedient. Die abscheuliche Tat, die ihrem Leben ein jähes Ende gesetzt habe, habe ihn mit tiefer Bestürzung erfüllt.

„Eine bessere Gesellschaft reift nie durch Gewalt. Wer zur Gewalt greift, zerstört Recht und verhöhnt Menschen, für die er einzutreten glaubt. Menschliche Ziele können nicht durch unmenschliche Mittel erreicht werden", heißt es in den Schreiben des Bundespräsidenten.

FR 4.11.

der Gewalt. Aber soviel ist sicher: Verständnis für Gewalttätigkeit und Terror darf es nirgendwo geben.

Mörderischer Haß

Nach den Mordschüssen in Frankfurt eine Festnahme
Die Politiker betroffen und handlungsbereit

Die Parteien streiten wieder über das Vermummungsverbot / Tatwaffe gefunden / Schweigemärsche der Polizei

F.A.Z. FRANKFURT, 3. November. Einen Tag nach den tödlichen Schüssen auf zwei Polizeibeamte während schwerer Krawalle an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens hat die Polizei einen Verdächtigen vorläufig festgenommen und in dessen Wohnung die Tatwaffe sichergestellt. Es handelt sich um eine Polizeipistole des Kalibers neun Millimeter, die vor einem Jahr bei einer Demonstration in Hanau einem Polizisten entwendet worden war. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft teilte am Dienstagabend mit, daß Fachleute des Landeskriminalamtes festgestellt hätten, daß mit Sicherheit der 44 Jahre alte Hauptkommissar Eichhöfer aus dieser Waffe erschossen worden sei. Ob auch aus dieser Waffe der 23 Jahre alten Bereitschaftspolizist Schwalm getroffen wurde und die verletzten Beamten, stand am Dienstag abend noch nicht fest. Die Schüsse waren am Montag abend gefallen, als die Polizei eine Demonstration an der Startbahn auflösen wollte.

Der Tod der Polizisten – erstmals bei einer Demonstration – ist in Bonn, Wiesbaden und Frankfurt mit Entsetzen und Empörung aufgenommen worden. Regierungssprecher Ost sagte in Bonn, das „tödliche Attentat" stelle einen schweren Anschlag auf die demokratische Ordnung dar. Bundeskanzler Kohl versprach in einem Telegramm an die Angehörigen der Opfer, es würden alle geeigneten Anstrengungen unternommen, das Verbrechen aufzuklären. Der hessische Ministerpräsident Wallmann sprach von einer „neuen Qualität der Gewalttätigkeit". Wallmann war mit dem gesamten hessischen Kabinett am Dienstag zu einer Sitzung im Frankfurter Flughafen zusammengekommen, um über rechtliche Konsequenzen zu beraten. Alle Parteien aus Regierung und Opposition in Wiesbaden und Bonn verurteilten das brutale Vorgehen und sprachen den Angehörigen der Opfer ihr Mitgefühl aus. Die Demonstrationsteilnehmer wurden aufgefordert, sich von den Gewalttätern zu distanzieren und bei der Aufklärung mitzuhelfen.

Unterdessen hat die Diskussion um das Demonstrationsstrafrecht unter den Politikern wieder neu begonnen. Während Politiker der Unionsparteien ihre Forderung nach einem strafrechtlich bewehrten Vermummungsverbot bekräftigten, hielten SPD-Politiker an ihrer Ablehnung dieser Gesetzesänderung fest. FDP-Politiker verwiesen darauf, daß Vermummung bei tätigen Demonstrationen schon jetzt strafbar sei. Die Polizeigewerkschaft forderte ein „konsequenteres Einschreiten" gegen Gewalttäter. Der Vorsitzende Lutz sagte, es habe keinen Sinn, „um Paragraphen zu feilschen, wenn angesichts derartiger Gewalteskalationen endlich Handeln gefragt ist". Mit den Taten in Frankfurt hätten sich die schlimmsten Befürchtungen seiner Organisation bestätigt.

Generalbundesanwalt Rebmann, der sich an Ort und Stelle informieren ließ, hat am Dienstag die Ermittlungen übernommen. Beamte der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes waren mit der Spurensicherung beschäftigt. Am Dienstagmorgen wurden in der Umgebung Frankfurts mehrere Wohnungen durchsucht. Für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, ist eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt worden. In vielen Städten versammelten sich Polizisten und Bürger zu Schweigemärschen. (Weitere Berichte Seiten 2 und 3; siehe auch Zeitung für Frankfurt.)

Welche Verantwortung?

Fk. Beim Bund für Umwelt und Naturschutz herrscht „das blanke Entsetzen" über die Todesschüsse an der Startbahn West. Die „autonomen Startbahngegner" sprechen von einer Politik, die über Leichen geht, und die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main ist nicht nur „zutiefst erschüttert", sondern hält es „für notwendig und unverzichtbar, die politische Verantwortung zu übernehmen". Aber was heißt das, für diese Bluttat die Verantwortung zu übernehmen? Ist das nur eine Art Bekennerschreiben, zu nichts verpflichtend außer zu Bekundungen der Trauer über die Opfer? Oder will die Bürgerinitiative, die die sonntäglichen „Spaziergänge" an die Startbahn-Mauer über die Jahre hin organisiert hat, wirklich Verantwortung übernehmen, wenigstens Mitschuld eingestehen und das in ihren Kräften Stehende für die Wiedergutmachung tun?

Der erste Akt der Wiedergutmachung beträfe die Angehörigen der Opfer. Der zweite wäre die Verpflichtung, endlich Konsequenzen aus der inzwischen vielfach belegten Tatsache zu ziehen, daß friedliche Demonstrationen bei bestimmten Symbolobjekten von herumreisenden Gewalttätern zur Herausforderung des Staates und zu Exzeß-Taten benutzt werden. Die Konsequenz kann deshalb nur heißen: Aufhören mit den „Spaziergängen" an die Startbahn-Mauer, damit jene vermummten Gesellen nicht länger Deckung finden, die ihre Provokationen mit Steinen und „Mollis" beginnen und am Ende gezielt auf Menschen schießen – lange Zeit von jeglicher Empörung unbehelligt mit gefährlichen Stahlkugeln, diesmal mit Schußwaffen. Erst jetzt schlägt, reichlich spät, das Gewissen. Und dann wird die „Verantwortung" auch noch revoziert.

Auch die Grünen mit ihrem zwiespältigen Verhältnis zur Gewalt äußern Betroffenheit. Aber war es nicht eine der Führenden unter ihnen – Jutta Ditfurth –, die diesen Staat verdächtigte, den Terror geradezu „sehnsüchtig" zu brauchen? Und die damit den Terror ihrerseits legitimierte? Man hat sich distanziert, gewiß. Man distanziert sich auch jetzt mit den Worten, ein „Tabu der Demonstrationskultur" sei gebrochen worden. (Landesvorstand der hessischen Grünen). Ein Tabu? Ein verräterisch harmloses Wort für ein Verbrechen, wie es dieses Land seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat.

Frankfurter Schüsse





kv. Die Schüsse an der Startbahn West haben zwei Menschenleben ausgelöscht. Das allein wäre schrecklich genug. Aber der Mörder, der auf die Polizisten anlegte, hatte noch mehr im Visier, nämlich die Demonstrationsfreiheit und die ihr zugrundeliegende bürgerliche Toleranz. Mit dieser Tugend ist Frankfurt groß geworden, aber auch mit ihrer wehrhaften Verteidigung, mit dem Einsatz der Staatsgewalt.

Diese Gewalt muß sich, weil sie ein Monopol ist, in jenen verantworten, die sie einsetzen. Politiker, denen die Integrität auch nur teilweise abzusprechen ist, billigt man das Recht zur Staatsgewalt ungern zu. Frankfurt hat in jüngster Vergangenheit damit schmerzhafte Erfahrungen machen müssen. Die Straßenschlachten der siebziger Jahre sind eine dunkle Erinnerung, ungesetzlich und zerstörerisch. Sie entstanden vor dem Hintergrund von Parteispendenmauscheleien im Römer oder von immer noch ungeklärten Geschäften mit Westend-Grundstücken.

Frankfurt hatte aus jener Zeit ein Stigma. Es war die „unregierbare Stadt", das Monstrum Deutschlands. Die Selbstreinigungskräfte setzten erst mit dem Machtwechsel im Römer ein, die Bürger wollten weg vom Filz auf der einen und vom Terror auf der anderen Seite. Ein neues Frankfurt entstand allmählich, obschon der Reinigungsprozeß noch immer nicht abgeschlossen ist, wie die Korruptionsverfahren beweisen. Aber Frankfurt konnte sich freimachen vom öffentlichen Verdikt, unwirtlicher als der Mond zu sein. Frischer Glanz legte sich über die Stadt, er tat ihrer Bilanz so gut wie dem Seelenhaushalt ihrer Bürger. Unter dieser Hülle blieben jedoch schwärende Wunden wie die Anschläge auf amerikanische Einrichtungen oder die latent gewalttätigen „Spaziergänge" an der Startbahn.

Seit den Todesschüssen ist Frankfurt – für viele Ausländer dank seines Flughafens ein Synonym für Deutschland – in Gefahr, wieder als ein Beispiel urbanen Schreckens zitiert zu werden. Der Hintergrund ist diesmal aber nicht in der Stadt selbst zu finden. Doch er ist da. Der Verrohung und Brutalisierung des Politpöbels stehen Indifferenz oder moralische Erosion der Politiker und schließlich die Abwendung der Bürger gegenüber. Das läßt sich im Sumpf von Kiel ebenso erkennen wie in Hamburg, wo Schwarzvermummte Festungen bauen, Schickimikkis dies als Ausdruck der Liberalität fördern und der Senat katzbuckelt.

Wo jeder sich sein Recht scheinbar nach Gutdünken nimmt, da kann die Verblendung so weit gehen, daß man auf Polizisten schießt. Opfer sind Menschenleben und Moral.

Die Bedeutung der Startbahn West

Was hat der Gegenstand jahrelangen Streits dem Flughafen gebracht ?

j.k. Die Startbahn West ist am 12. April 1984 in Betrieb genommen worden. Wenn nach dreieinhalb Jahren Flugbetrieb die Bilanz über den Nutzen dieses mehr als zweihundert Millionen Mark teuren Erweiterungsprojekts heißt, die Startbahn habe die Erwartungen erfüllt, muß hinzugefügt werden, daß die Erwartungen von Anfang an nicht übermäßig hoch sein konnten. Die vier Kilometer lange, sechzig Meter breite Betonpiste bietet von vier theoretischen Gebrauchsmöglichkeiten nur eine: Ausschließlich Starts und ausschließlich in Richtung Süden sind erlaubt. Starts in Gegenrichtung gestattet der Planfeststellungsbeschluß ebensowenig wie Landungen (Notfälle ausgenommen) überhaupt.

Der Zugewinn an Kapazität für den Flugbetrieb kann also nur relativ bescheiden sein. Freilich wäre auch ohne die erwähnten Fesseln die für die Westpiste gewählte Anordnung quer zu den beiden Parallelbahnen bei bestimmten Wetter- und Windverhältnissen für Landungen nicht günstig; insofern sind Hoffnungen, die sich auf eine Abänderung des Planfeststellungsbeschlusses gründen, mit Skepsis zu betrachten.

Auch unter den gegenwärtigen Prämissen kann bei Ostwetterlage die Startbahn West nicht unabhängig vom Landebetrieb auf den Parallelbahnen benutzt werden. Fluglotsen – besonders jene, die sich einst energisch gegen die Erweiterung engagierten – billigen der dritten Bahn dann nur einen sehr geringen Wert zu. Abgesehen von dieser extrem ungünstigen Wettersituation, die tagelang andauern kann, indessen im Jahresdurchschnitt nicht allzu häufig ist, gibt das Vorhandensein der neuen Startbahn den Fluglotsen die Möglichkeit, bei Bedarf die beiden anderen Bahnen ganz überwiegend für Landungen zu reservieren.

Der größere Spielraum ist in die Kapazitätswerte eingegangen, mit denen die längerfristige Flugplankoordination arbeitet. Sie konnte für Frankfurt mehr Flugbetrieb als vor der Inbetriebnahme akzeptieren, die Nachfrage der Luftverkehrsgesellschaften nach zusätzlichen Zeiten grundsätzlich befriedigen.

Die Startbahn West kam 1984 gerade recht für den Aufschwung in der Luftfahrt, der sich nicht zuletzt im Anstieg der Flughafen-Arbeitsplätze auf inzwischen über vierzigtausend spiegelt. Aber schon der vergangene Sommer hat gezeigt, daß in der Praxis der größere Spielraum in manchen Stunden bereits wieder aufgebraucht ist.

Bürgerinitiative distanziert sich

F.A.Z. FRANKFURT, 3. November. Die „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main" hat sich am Dienstag von den Schüssen auf die an der Startbahn West eingesetzten Polizisten distanziert. „Es ist nicht unser Konzept, lag nie in unserem Interesse, Menschenleben anzugreifen. Wir sind von dem Tod der zwei Polizisten zutiefst erschüttert", heißt es in der am Morgen in Mörfelden-Walldorf veröffentlichten Verlautbarung. Die Tatsachen und Einzelheiten würden in den nächsten Tagen zu klären sein. Weiter schrieben die Startbahngegner: „Dennoch ist es in dieser verworrenen Lage notwendig und unverzichtbar, die politische Verantwortung zu übernehmen – wohl wissend, daß nun eine Verfolgung und Kriminalisierung gegen unsere Bewegung einsetzen wird." Später ergänzte die Bürgerinitiative ihre Stellungnahme vom Vormittag: „Die politische Verantwortung für die Tötungen und die Schwerverletzten kann von uns nicht übernommen werden. Wir verurteilen diese Taten auf das schärfste. Es fällt uns schwer zu glauben, daß Startbahngegner diese Taten begangen haben sollen."

Eine Sprecherin der autonomen Startbahngegner in Wiesbaden sagte: „Wir als Autonome distanzieren uns aufs schärfste von den feigen Morden an den beiden an der Startbahn eingesetzten Polizisten. Politik, die über Leichen geht, und Umgang mit scharfen Schußwaffen haben mit unserem Widerstand nichts zu tun." Die Sprecherin fügte hinzu: „Wir wenden uns aber auch gegen die Hetzjagd, Festnahmen und Hausdurchsuchungen gegen alle, die hier Widerstand leisten." Für die tödlichen Schüsse gebe es keine Augenzeugen, da sich die Startbahngegner nach der Auflösungsverfügung der Polizei bereits auf dem Rückzug befunden hätten. Dabei habe es lediglich „kleinere Geplänkel" gegeben. Die Sprecherin sagte: „Jemand, der eine derartige Kaltblütigkeit an den Tag legt, gehört nicht in unsere Reihen, auch wenn er sich selbst dazu zählen mag." Die Sprecherin äußerte die Vermutung, daß die Schüsse von einem einzelnen abgegeben worden seien, der sich in die Menge gemischt habe.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Hessischen Landtag, Fischer, der früher selbst an Demonstrationen gegen die Startbahn teilgenommen hatte, sagte, er habe sich nie vorstellen können, daß aus Demonstrationen heraus im Schutz der Dunkelheit Morde begangen würden. Damit sei ein Tabu verletzt worden. Fischer forderte alle demokratischen Kräfte auf, jetzt auf die Straße zu gehen und Schluß mit der Gewalt zu fordern. Neue Demonstrationsgesetze nannte er dagegen Scheinaktionismus. „Entsetzt und schockiert über die schlimmen Ereignisse" zeigten sich auch die hessischen Grünen. „Bewaffnete politische Gewalt kann zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen und damit zur Zerstörung von Grundrechten führen", schrieben sie in einer Stellungnahme. Die tödlichen Schüsse zielten ihrer politischen Wirkung nach auf das demokratische Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit. Sie appellierten an alle politischen Verantwortlichen, „irrationale Reaktionen auf das Verbrechen" zu vermeiden.

Von „blankem Entsetzen" schreibt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der selber gegen die Flughafenerweiterung gekämpft hat. Dabei habe man sich aber kompromißlos zum Prinzip der Gewaltlosigkeit bekannt. „Nur mit Abscheu könne man die unbegreifliche Erklärung von Frau Arnold zur Kenntnis nehmen, die eine politische Verantwortung für das Geschehen übernehme."

Der DKP-Bezirksvorstand Hessen findet „diesen kriminellen Akt verabscheuungswürdig". Solche Taten könnten nur in einem Klima von Haß und Gewalt gedeihen. Deshalb erinnert die DKP an den Tod des „Antifaschisten Günther Sare", der von einem Wasserwerfer überrollt worden war, und an die „Gas- und Knüppelorgien der Polizei- und Grenzschutzeinheiten in Brokdorf, Wackersdorf und an die Startbahn West".

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in Hessen hat die Gewalttat verurteilt. Wie in allen Stellungnahmen wird vor allem den Angehörigen der Opfer das Mitgefühl ausgedrückt. Der DGB rief „alle Demokraten zu einem Schweigemarsch am Dienstagabend" auf.

FAZ 4.11.87

Fassungslosigkeit über die Schüsse – aber keine Gedenkminuten

Die Bürger von Mörfelden-Walldorf werden sich ihrer Rolle im Streit um die Startbahn bewußt

spl. Der Landrat war „tief bestürzt und betroffen", der Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf konnte, was am späten Montagabend draußen im Startbahnwald geschehen war, „weder begreifen noch mit viel Worten umschreiben". Namens der Stadt sprach Bürgermeister Bernhard Brehl den Angehörigen der beiden getöteten Polizeibeamten sein Mitgefühl aus. Doch die Uhren sind in Mörfelden-Walldorf gestern nicht stehengeblieben. Während die Nachrichten in Rundfunk und Fernsehen in vielen Wohnstuben verfolgt und in Windeseile zum Stadtgespräch wurden, ging das gewohnte Leben weiter.

Da gab es keine Gedenkminuten, keine Schweigemärsche, keine spontanen Gesten, mit denen sich eine repräsentative Gruppe der Bürgerschaft von dem furchtbaren Ereignis distanziert hätte. Es wäre wohl ungerecht, daraus einen Vorwurf gegen die Einwohner von Mörfelden-Walldorf zu konstruieren. Was sich allsonntäglich draußen an der Startbahn abspielt, betrachten sie schon lange nicht mehr als ihre Sache. Jedenfalls haben die meisten, die einst gegen die Flughafenerweiterung Schulter an Schulter standen, mit den Resten jener „Bürgerinitiative" Schluß gemacht, die gestern zur großen Empörung städtischer Repräsentanten in Mörfelden-Walldorf auch noch die politische Verantwortung für die tödlichen Schüsse übernahm.

Für die braven Bürger, die der Bewegung Ansehen und Respekt verliehen, sind die Aktionen des radikalen harten Kerns absolut sinnlos geworden. Aber haben sie sich genügend davon distanziert? Sind unter den einigen hundert Teilnehmern der nicht angemeldeten Demonstration, die am Montag am Stadtrand von Mörfelden und Walldorf ihren Ausgang nahm, nicht vielleicht ein paar gutbürgerliche Mit-Läufer gewesen?

Bislang haben die Jahrestage der Hüttendorf-Räumung noch immer für eine Wiederbelebung des alten Grolls gesorgt, auch wenn die Gewalttätigkeiten, die aus dem ehemaligen Aktionsfeld des Bürgerprotestes ein Schlachtfeld des Terrors machten, die breite Phalanx der Bürgerbewegung schnell gesprengt haben. „Das ist nicht Mörfelden-Walldorf", wandte sich Bürgermeister Brehl gestern nachmittag gegen den Eindruck, als sei die Doppelstadt ein Hort der Gewalt. In einem Schreiben an den Stadtverordnetenvorsteher hat Brehl darum gebeten, für die nächste Sitzung am 10. November eine Stellungnahme vorzubereiten, in der sich alle Fraktionen „in angemessener, aber deutlicher Form" zu den „scheußlichen und kriminellen Taten" äußern. Der Ruf nach demokratischer Solidarität weckt Erinnerungen an jene Parteien-Aktionsgemeinschaft, in der sich vor und während der Eskalation um den Startbahn-Bau alle politischen Gruppierungen in Mörfelden-Walldorf zusammengeschlossen hatten. Was ist daraus geworden? Bei allem Entsetzen klingt in den Stellungnahmen Überraschung mit. Man ist fassungslos.

Kopfschüttelnd erinnert man sich in Mörfelden-Walldorf an Großkundgebungen mit zehntausend und mehr Menschen: „Damals ist nichts passiert. Warum jetzt?" Die zunehmende Kriminalisierung der Startbahnszene wurde auch in den benachbarten Gemeinden als eine zur Routine gewordene Randerscheinung bagatellisiert. Nun sitzt der Schreck über die zu späte Erkenntnis der Gefahr sehr tief.

Empörte Erschütterung über die Tat und Worte des Mitgefühls

Der Oberbürgermeister, Parteien und Gewerkschaften zu dem Verbrechen im Startbahnwald

mü. Mit einhelliger Empörung haben gestern Oberbürgermeister Wolfram Brück, politische Parteien und Gewerkschaften das Verbrechen an der Startbahn West verurteilt. Gleichzeitig drückten sie den Angehörigen der Toten und Verletzten ihr Mitgefühl aus. Brück sagte, er sei zutiefst erschüttert über diesen feigen und heimtückischen Angriff auf die Beamten der Bereitschaftspolizei. Mit erschreckender Grausamkeit treffe dieser im Schutze der Dunkelheit ausgeführte Mord unseren Staat und alle Bürger.

Der Oberbürgermeister hat gegenüber dem Polizeipräsidenten seine tiefe Bestürzung und sein Mitgefühl mit den Angehörigen und den Kameraden der Verletzten zum Ausdruck gebracht. Den Angehörigen gelte das Mitempfinden aller Frankfurter Bürgerinnen und Bürger. Weiter erklärte der Oberbürgermeister, wenn auch im Moment Trauer und Betroffenheit im Vordergrund stünden, so könne nicht übersehen werden, daß dieser Mord an zwei Polizeibeamten eine neue Dimension der Gewalt darstelle, die Konsequenzen haben müsse. Er sagte der Landesregierung die Unterstützung des Magistrats zu, der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Der Vorsitzende der CDU-Stadtparlamentsfraktion, Gerhard Wenderoth, meinte, das Auftreten maskierter Terroristen an der Startbahn habe nichts mehr mit der Ausübung des Rechts der Demonstrationsfreiheit zu tun. Offensichtlich müsse man jetzt davon ausgehen, daß hinter jedem vermummten Gewalttäter ein potentieller Mörder stecken könne. Der Vorsitzende des Kreisverbandes der CDU, Heinz Daum, sprach sich für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts aus und rief dazu auf, „die geistigen Urheber dieser Taten zur Besinnung zu bringen". In einer gemeinsamen Erklärung mahnten der SPD-Vorsitzende Martin Wentz und der Vorsitzende der SPD-Stadtparlamentsfraktion, Günter Dürr, zur Besonnenheit. Vordringliche Aufgabe sei nun die umfassende Aufklärung der Gewalttaten. Jetzt mit gesetzlichen Konsequenzen zu reagieren, bedeute ein Eingehen auf die Fehde, die Jutta Ditfurth begonnen habe, als sie sagte: „Der Staat braucht die Gewalttäter, um seine Gewalt zu rechtfertigen." Die Jungen Liberalen Frankfurt befürworteten ein befristetes Versammlungsverbot an der Startbahn.

Als einen schweren Schlag für alle, die gewaltfrei gegen die Flughafenerweiterung kämpfen, werteten die Grünen im Römer und die Grünen Frankfurt die Vorgänge. Mit dem Widerstand gegen die Startbahn West habe derjenige, der geschossen habe, nichts zu tun, hieß es in einer Erklärung. Der Bund für Umwelt und Naturschutz meinte, durch den kaltblütigen Polizistenmord werde im nachhinein der Geist und die Lauterkeit der Absichten breiter Bevölkerungskreise auf „empörendste Weise besudelt".

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hansgeorg Koppmann, sagte, es müsse ein geistiges Klima entstehen, das Mord an Polizisten künftig unmöglich mache. Der GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz beklagte, daß sich die Bevölkerung seit Jahren an Nachrichten über das Werfen von Molotowcocktails und das Verschießen von Stahlkugeln gewöhnt habe und das schon für normal halte. Der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl-Heinz Jungmann, erklärte, Fragen nach gesetzlichen Folgen müßten zurückstehen gegenüber einer breiten Mobilisierung aller demokratischen Kräfte gegen jede Art von Gewalt.

↑ FAZ 4.11.87 ↓

„Wir empfinden keine Wut, sondern Zorn über unsere Ohnmacht"

Bereitschaftspolizisten in Hanau sammeln für die Familie des Hundertschaftsführers Eichhöfer / Von Ulrich Mattner

„Betroffenheit", „Ohnmacht", „Unsicherheit" und auch „Angst" – diese Gefühle haben Beamte der Bereitschaftspolizei genannt, als sie gestern nach ihrer Stimmung gefragt wurden. Alle fahren regelmäßig zu Einsätzen an die Startbahn West. Viele von ihnen nahmen gestern am Abend an einem Schweigemarsch in Frankfurt zum Gedenken an den 43 Jahre alten Hanauer Hauptkommissar Klaus Eichhöfer und den Mühlheimer Polizisten Thorsten Schwalm teil, die beide am Montagabend erschossen wurden.

Den ganzen Tag über hatten im Revier in der Cranachstraße die Telefone geklingelt. Kollegen riefen an, teilten ihre Bestürzung mit und erkundigten sich, wie sie der Familie Eichhöfers helfen könnten. In den nächsten Tagen wird ein Spendenkonto eröffnet und eine Sammelaktion durchgeführt. Wie Hauptkommissar Karl Kopf weiter mitteilte, wurden bei den Auseinandersetzungen an der Startbahn sieben Beamte der Hanauer Hundertschaft verletzt. Fünf davon sind inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen worden, zwei wurden gestern noch stationär behandelt.

Der Erste Kreisbeigeordnete Erich Pipa – Landrat Karl Eyerkaufer befindet sich im Urlaub – überbrachte gestern gegen 1.30 Uhr der Witwe des Hauptkommissars die schreckliche Nachricht. Eichhöfer war Vater von drei Söhnen im Alter von 19, 21 und 24 Jahren und ist seit zweiundzwanzig Jahren bei der Bereitschaftspolizei. Pipa war vom Leiter der Schutzpolizei, der die Nachricht über Polizeifunk erfahren hatte, gegen 23 Uhr darüber informiert worden, daß eventuell Hanauer Polizisten auf der Startbahn verletzt oder getötet worden sind. Er fuhr sofort zur Polizeidirektion am Freiheitsplatz und anschließend gegen 23.45 Uhr zur Bereitschaftspolizeiunterkunft in die Cranachstraße. Dort habe er ständig mit dem Krisenstab in Verbindung gestanden: „Die Meldungen überschlugen sich." Gegen 1 Uhr wurde dann der Tod von Eichhöfer und Schwalm offiziell bestätigt. Anschließend fuhr Pipa zur Wohnung des Hauptkommissars, ließ dessen Frau wecken und teilte ihr mit, daß ihr Mann erschossen worden ist.

„Was wir empfinden, ist keine Wut, sondern vielmehr Zorn über unsere Ohnmacht", schilderte gestern ein Polizeioberkommissar in der Cranachstraße die Situation: „Die Stimmung ist gedrückt. Es ist schockierend." Viele Kollegen erfuhren die Nachricht am frühen Morgen aus dem Radio. Die regelmäßigen Einsätze auf dem Startbahngelände – „etwa zwanzig bis fünfundzwanzigmal pro Jahr" – sind für die Hanauer Bereitschaftspolizisten längst zur Routine geworden: „An Wochenenden kommen meist friedliche Spaziergänger und auch ein paar vom harten Kern. Das sind immer dieselben Gesichter." Zwar wurden früher schon mehrere Kollegen verletzt, gefährlich wurde es in den letzten Jahren aber nur an den „Symboltagen" wie eben dem Jahrestag der Räumung des Hüttendorfes am Montag. „Es ist ein Glück, daß nicht schon vorher etwas passiert ist. Wir haben uns des öftern darüber gewundert, daß es bisher so wenig Verletzte auf unserer Seite gegeben hat", sagte einer der befragten Polizisten, die alle anonym bleiben wollen, „damit unsere Familien nicht – wie schon mehrmals passiert – durch Telefonanrufe von Demonstranten terrorisiert werden." Die Polizisten fürchteten bisher vor allem Stahlkugeln, die von Gummischleudern abgeschossen werden: „Wenn die im richtigen Winkel auftreffen, nützen uns auch Schutzschilde und Visiere nicht viel." Nach den Schüssen vom Montagabend hat sich die Situation für die Polizei dramatisch verschärft: „Bisher haben wir bei Einsätzen körperliche Verletzungen in Kauf genommen. Wenn jetzt mit Pistolen auf uns geschossen wird, ist das eine ganz andere Sache." Daß die Auseinandersetzungen einmal so eskalieren würden, „hätte niemand geglaubt".

Ein Polizeiobermeister vermutete, die Zahl der Beamten, die sich künftig vor Startbahneinsätzen krank melden, werde ansteigen. Alle befragten Polizisten räumten mehr oder weniger deutlich ein, daß sie bei einem Einsatz an der Startbahn Angst vor weiteren Schüssen haben: „Die Kollegen wissen jetzt nicht mehr, was dort auf sie zukommt. Da ist eine Hemmschwelle gebrochen. Jetzt stehen wir schutzlos da und haben keine Ahnung, wie wir uns taktisch auf die neue Situation einstellen sollen."

Trotz dieser einstweiligen Hilflosigkeit und Betroffenheit forderte keiner der Beamten drakonische Strafen gegen militante Demonstranten oder Einschränkungen des Demonstrationsrechts: „Über härtere Gesetze denken wir nicht nach. Die Vorschriften reichen aus."

Wie es auf der Startbahn weitergehen soll, ist ungewiß. Die Polizei will jetzt erst einmal die Reaktion auf die Schüsse im Lager des harten Kerns der militanten Demonstranten abwarten. Hauptkommissar Karl Kopf: „Es kommt jetzt darauf an, wie das Umfeld von den Leuten reagiert, die die Schüsse abgefeuert haben – ob dieses Verhalten gedeckt wird oder die Täter isoliert werden. Ich hoffe, diese Ereignisse veranlassen zum Nachdenken darüber, daß man es nicht mehr so weitertreiben kann."

Trauermarsch zur Paulskirche

Sechstausend Polizeibeamte gehen auf die Straße

fh. Mehr als sechstausend Polizeibeamte aus Frankfurt und ganz Hessen sind gestern abend in einem Trauermarsch zum Gedenken an ihre in der Nacht zum Dienstag an der Startbahn West ermordeten Kollegen vom Polizeipräsidium zum Paulsplatz gezogen. In den Fackelzug, der vom hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann, Oberbürgermeister Wolfram Brück und Polizeipräsident Karlheinz Gemmer angeführt wurde, reihten sich in der schon recht leeren Innenstadt zahlreiche Bürger ein.

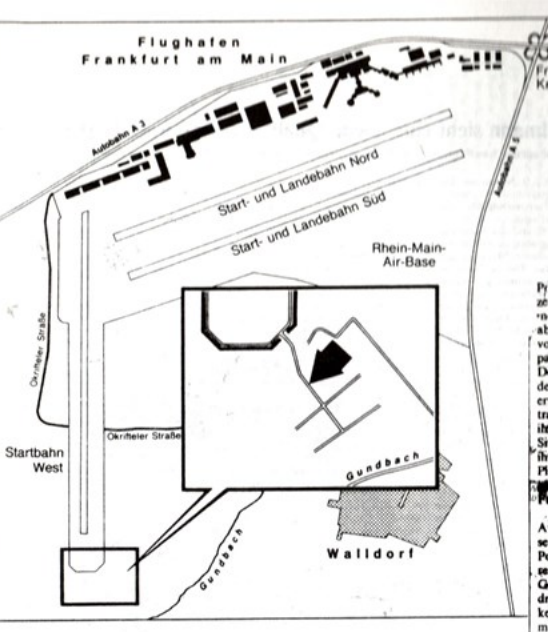
Die Polizisten in Uniform und in Zivil trugen Transparente und kleine Schilder, die mehr über die Stimmung in der Polizei sagten, als manches Politikerwort, das an diesem Tag gesprochen wurde. „Wir schützen euch! Wer schützt uns?" hieß es da, oder: „Demorecht im Hessenland: Polizistentod von Mörderhand". „Wir hören immer nur: Gewaltfrei!" und ganz einfach: „Wir trauern". Ein Uniformierter hatte auf seinen Jackenrücken eine Schießscheibe geklebt.

„Der Schatten der Trauer und des Entsetzens liegt über unserer Stadt", sagte Oberbürgermeister Brück bei der Abschlußkundgebung am Paulsplatz, und Ministerpräsident Wallmann sprach von einer schweren Stunde, in der „wir alle fühlen, daß es unmöglich ist, in Worte zu kleiden, was wir empfinden".

Der Personalratsvorsitzende der Frankfurter Polizei, Hansgeorg Koppmann, hatte zuvor gesagt, die „entsetzlichen Schüsse an der Startbahn" machten zornig und traurig zugleich, sprach von einem „grausamen Schußwaffengebrauch" und mahnte: „Wir dürfen uns an die Eskalation der Gewalt nicht gewöhnen." Den Unmut der anwesenden Polizeibeamten erregte der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Hessen, Karl-Heinz Jungmann, mit Äußerungen wie, die Schüsse an der Startbahn dürften nicht zur Kriminalisierung ganzer Gruppen führen. Pfiffe und heftige Rufe „Aufhören, aufhören!" waren die Folge.

Und ein Zivilfahnder, der schon zu Zeiten der Baader-Meinhof-Bande Bekanntschaft mit dem Terror gemacht hatte, meinte nachdenklich: „Hoffentlich war der Trauermarsch heute abend nicht so sinnlos wie der Tod der Kollegen an der Startbahn."

Weitere Berichte auf den Seiten 40 und 41.



FAZ 4.11.87

Seit 1980

Eine Chronik der Gewalt

Nach jahrelangem Rechtsstreit um die geplante Startbahn West waren 1980 die juristischen Mittel der Startbahngegner erschöpft. Im Mai 1980 errichteten sie ein Protestdorf auf dem für die Rollbahn vorgesehenen Gelände. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen begannen mit der Räumung dieses Hüttendorfes am 2. November 1981 kurz nach Beginn der Bauarbeiten.

Am 14. November demonstrieren rund 100 000 Menschen in Wiesbaden und überreichen über 220 000 Unterschriften für die Zulassung eines Volksbegehrens gegen die Erweiterung. Einen Tag darauf blockieren die Gegner den Flughafen mit brennenden Barrikaden und bewirken ein Chaos auf den Autobahnen und Zubringerstraßen. Gleichzeitig liefern sich militante Gegner und Polizei eine heftige Auseinandersetzung auf dem geplanten Baugelände: 109 Polizisten und 200 Demonstranten werden verletzt. Noch im November lehnt das hessische Kabinett in Wiesbaden das Volksbegehren aus verfassungsrechtlichen Gründen ab.

Januar 1982: Bei schweren Zusammenstößen im Verlauf einer verbotenen Demonstration auf dem Baugelände werden 140 Demonstranten und Polizisten verletzt; anschließend kommt es zu schweren Krawallen in der Frankfurter Innenstadt.

November 1982: Aus Anlaß des ersten Jahrestages der Räumung des Hüttendorfes kommt es nach einem Protestmarsch in Frankfurt zu Krawallen.

Juni 1983: Anschlag auf das Haus des Vorstandsvorsitzendenden der Frankfurter Flughafen AG (FAG), Erich Becker. Sachschaden rund 50 000 Mark. Kurz darauf wird ein weiterer Sprengsatz im Schulungszentrum des Flughafens gefunden, der allerdings nicht explodiert.

November 1983: Zum zweiten Jahrestag der Räumung und des Beginns der Waldrodung abermals schwere Auseinandersetzungen mit Verletzten am Baugelände.

Januar 1984: Zur Jahreswende 1983/84 heftige Zusammenstöße an der Mauer der Startbahn. Teilweise maskierte Personen schießen mit Stahlkugeln auf Polizisten, werfen Molotowcocktails, Kanonenschläge und Steine. Ein Hochspannungsmast wird zersägt und zerstört.

April 1984: Die Startbahn West geht in Betrieb. Am Wochenende darauf liefern sich militante Gruppen bei einer Demonstration mit der Polizei eine blutige Schlacht mit zahlreichen Verletzten.

In den folgenden Jahren kommt es Sonntag für Sonntag am Rande der Startbahn zu Scharmützeln zwischen schwarz vermummten militanten Startbahngegnern und Polizei.

April 1986: Zum zweiten Jahrestag der Inbetriebnahme der neuen Startbahn gelingt es erstmals rund 220 Militanten, den Flugbetrieb auf dem Rollfeld zum Erliegen zu bringen. Leuchtkugeln und Molotowcocktails hatten ein Aufforstungs- und Wiesengelände in Brand gesetzt. Die Aktionen um die Startbahn West haben den hessischen Staatshaushalt bis dahin mit mehr als 38 Millionen Mark belastet.

2. November 1987. Sechs Jahre nach Räumung des Hüttendorfes werden bei Krawallen an der Startbahn zwei Polizisten erschossen und neun weitere schwer verletzt. (dpa)

Nun ist es höchste Zeit

Von Friedrich Karl Fromme

Jahrelang war es das Stoßgebet der Politiker (aller Richtungen), die Polizei möge sich bei gewalttätigen Demonstrationen, für die das 1970 abgeschaffte Wort im Strafgesetzbuch von der „Zusammenrottung" besser paßte, nicht „provozieren" lassen. Der Polizist möge sich doch auch in der äußersten Bedrängnis nicht daran erinnern, daß er eine Schußwaffe trage. Die Polizisten, das gereicht ihnen zur Ehre, haben auch in [illegible] ihres Lebens [illegible], die Pistole in der Tasche gelassen. Das [illegible] Hamburg [illegible] Frankfurt bis Wackersdorf.

Nun ist es umgekehrt gekommen. Aus einer Demonstration ist geschossen worden, mit tödlicher Folge für Polizisten. Damit ist der Punkt erreicht, da es nicht mehr genügt, über Gewalt bei Demonstrationen bedrückt oder „betroffen" nachzudenken – ohne erkennbare Folgen. Es muß gehandelt werden, gewiß mit Besonnenheit, wenn auch manche Politiker das Wort mit dem bebenden Hintergedanken gebrauchen, es möge doch auch diesmal eine „Tagesordnung" geben, hinter die man sich eines Tages zurückziehen könne.

Aber jetzt ist es nicht mehr erlaubt, die Schäden nach sogenannten Demonstrationen zu addieren und die Summen irgendwie den „Betroffenen" oder dem Staat zuzuweisen und ansonsten zu finden, das hochheilige „Demonstrationsrecht" dürfe nicht auch nur scheinbar angetastet werden. Im Grundgesetz ist nur die Rede von einem Recht, sich unter freiem Himmel „friedlich" zu versammeln, wobei der Gesetzgeber dies anmeldepflichtig machen kann, wovon er Gebrauch gemacht hat. Es ist schon gar nicht mehr erlaubt, die Zahl der verletzten Polizisten gegen verletzte Gewalttäter gegenzurechnen und das so ähnlich zu betrachten wie wechselseitige Fouls auf dem Fußballfeld. Die CDU – die CSU hat hier eine klarere Haltung eingenommen – kann sich nun nicht mehr den ideologischen Vorbehalten der FDP beugen, daß das „Demonstrationsstrafrecht" um keinen Preis verschärft werden dürfe, sondern daß es nur ordentlich angewendet werden müsse – die These enthält einen unberechtigten Vorwurf gegen die Polizei. Das Recht, sich unter freiem Himmel friedlich zu versammeln, will niemand antasten. Aber die Entartungen, fast sieht es so aus, als werde das Wort „Demonstration" – es kommt in der Rechtssprache nicht vor – zu einem Synonym dafür, müssen mit Entschiedenheit bekämpft werden.

Das betrifft vor allem die Vermummung bei Demonstrationen. Den Frankfurter Morden vorausgegangen war wie ein Warnzeichen eine Demonstration in Hamburg. Wer sich, bevor er zur „Demo" geht, unkenntlich macht, hat eine gewisse Bereitschaft zur Gewalt. Sie wird gesteigert durch das Vermummtsein. Es enthemmt; das muß endlich auch vom Gesetzgeber, sogar von der FDP, zur Kenntnis genommen werden.

Gewiß: das geltende Recht, das angeblich ausreicht, aber von der Polizei nicht angewendet wird, erklärt das vermummte Erscheinen bei einer Demonstration zur Ordnungswidrigkeit. Die FDP und ihre Geneigten in der CDU nehmen es als ein Zeichen der Liberalität, daß in solchen Fällen die Polizei nicht einschreiten muß, also nicht als Provokateur der Gewalt aufzutreten hat, vom Gesetz dazu gezwungen. Wird die Demonstration gewalttätig, schlägt die Vermummung um in eine Straftat. Die Polizei müßte nun nach dem Legalitätsprinzip die Strafverfolgung aufnehmen, also die Vermummten aus der brodelnden Menge herausgreifen. Daß dieses Umschlag-Recht nicht funktioniert, hat sich (es war ein Koalitionskompromiß aus der vorigen Wahlperiode) hinreichend erwiesen.

Aber wichtiger ist die Besinnung darauf, wer eigentlich in unserem Staat welchen Platz einnimmt. Der Bürger hat das Recht, friedlich und als Person erkennbar für seine Auffassungen in einer Versammlung unter freiem Himmel einzutreten. Die Polizei hat die Pflicht, solche Demonstrationen in einer Ordnung zu halten, die die Rechte der nicht demonstrierenden Bürger angemessen wahrt, und die Polizei hat als Organ der Strafverfolgung das Gebot der Friedlichkeit durchzusetzen. Hier gibt es eine schlimme Verwirrung der Begriffe.

Es handelt sich nicht, der falsche Anschein wird oft erweckt, um eine Auseinandersetzung zwischen der einen „sozialen Gruppe" namens Polizei mit einer anderen, also mit Bürgern, die ein Recht auf Gewalt usurpieren. Die Polizei hat in Wirklichkeit namens des Staates für die Ordnung zu sorgen, innerhalb deren sich die Auseinandersetzung der Interessen und Meinungen vollzieht. Auch so manche Richter schwanken hier zwischen Tradition und „Fortschritt". Die Polizei als Fronttruppe bei der Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols – ohne dieses Monopol entartet eine Interessen-Demokratie leicht zum Bürgerkrieg hin – findet bei den Gerichten zuwenig Verständnis.

Demonstrationen sind eine qualifizierte Form der Freiheit der Meinungsäußerung. Je mehr sich die Meinungen verhärten, je mehr einzelne Gruppen sich das Recht herausnehmen, allein recht zu haben, und sich deshalb leidlichen Gewissens freimachen von der Rücksicht auf andere bis hin, wie sich jetzt gezeigt hat, zur Tötung von Menschen, um so mehr werden Demonstrationen zu Vorformen eines Bürgerkriegs. Kurieren Vorkehrungen dagegen nur an Symptomen? Manchem Übel, das weit gediehen ist, kann zuerst nur von seinen äußeren Anzeichen her begegnet werden. Vielleicht gibt der Tod der Polizeibeamten den Politikern Anlaß, sich darauf zu einigen, daß mit der Heilung gesellschaftlicher Krankheiten – „Allheilmittel" stehen selten zur Verfügung – endlich ein Anfang gemacht werden muß, so unzulänglich er sein mag.

An Pistolenschüsse wollte zunächst niemand glauben

Die Nacht an der Startbahn West / Von Franz Horeni

FRANKFURT, 3. November. Die Todesschüsse an der Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens kamen für die Polizisten überraschend. Selbst als einige der Einsatzbeamten schwer verletzt zusammenbrachen, glaubten ihre Kollegen noch nicht an scharfe Schüsse. Polizeisprecher Neitzel, der das mörderische Geschehen am Montagabend, sechs Jahre nach der Räumung des Hüttendorfes der Startbahngegner, aus nächster Nähe miterlebte, berichtete am Morgen und sichtlich betroffen: „Wir dachten, die Beamten seien von mit Präzisionskatapulten abgeschossenen Stahlkugeln getroffen worden."

Tatsächlich aber wurden fünf Polizeibeamte von Kugeln des Kalibers neun Millimeter Parabellum getroffen. Vermutlich wurden sie alle aus derselben Waffe abgefeuert. Der 44 Jahre alte Hundertschaftsführer Klaus Eichhöfer aus Hanau wurde durch einen Bauchschuß niedergestreckt und erlag wenig später in der Flughafenklinik seinen Verletzungen. Auch den 23 Jahre alten Polizeimeister Thorsten Schwalm von der Bereitschaftspolizei in Mühlheim traf ein Projektil in den Bauch. Er starb in der Frankfurter Universitätsklinik. Inzwischen nicht mehr in Lebensgefahr schwebt nach Auskunft der Polizei der junge Polizeibeamte Uwe Köhler, ebenfalls von der Bereitschaftspolizei Mühlheim, der von einem Schuß in die linke Brust getroffen worden war.

Von acht weiteren Beamten, die schwere Verletzungen davontrugen, erhielt einer ein Pistolengeschoß ins Knie, einem Polizisten wurde der linke Oberschenkel durchschossen. Die übrigen Beamten erlitten nach Auskunft von Neitzel „übliche" Verletzungen wie einen heftigen Schlag gegen den Kopf, Verbrennungen durch einen Schuß aus einer Signalpistole oder Treffer durch Stahlkugeln. In Frankfurt und in anderen Städten der Bundesrepublik gedachten Polizeibeamte am Dienstagabend in Trauermärschen ihrer an der Startbahn ermordeten Kollegen.

Unmittelbar nach dem mörderischen Geschehen wurde in der Nacht im Rhein-Main-Gebiet eine umfangreiche Fahndung nach den Tätern veranlaßt. Die Ermittlungen wurden von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann übernommen, der sich an Ort und Stelle über das Geschehen informierte. Nach Auskunft der Behörden wurden mehrere Wohnungen durchsucht und dabei in Frankfurt auch eine Pistole vom gleichen Kaliber sichergestellt, mit dem die beiden Polizeibeamten getötet wurden. Der Wohnungsinhaber, gegen den bereits ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit Anschlägen auf Strommasten anhängig ist, wurde vorläufig festgenommen.

Die beschlagnahmte Waffe war einem Frankfurter Polizeibeamten bei einer unfriedlichen Demonstration gegen die Firmen Alkem und Nukem am 8. November vergangenen Jahres in Hanau entrissen worden. Ob aus der Pistole tatsächlich die tödlichen Schüsse an der Startbahn abgefeuert wurden, muß durch eine kriminaltechnische Untersuchung im Bundeskriminalamt geklärt werden.

Der Fackelzug zum Jahrestag der Hüttendorfräumung, der mit dem Tod der beiden Polizeibeamten endete, hatte gegen 19 Uhr am SKG-Heim in Mörfelden-Walldorf begonnen. Auf Flugblättern und in der „Tageszeitung" war dazu aufgerufen worden. Am Treffpunkt, von dem Startbahngegner jeden Sonntag zu ihren „Spaziergängen" an der Flughafenmauer aufbrechen, hatten sich rund 120 Personen eingefunden. Etwa fünfzig Radfahrer hatten sich zu diesem Zeitpunkt an der Südostecke des Startbahnareals eingefunden. Gegen 20 Uhr traf dort auch der nicht angemeldete Fackelzug ein, der mittlerweile auf etwa zweihundert Teilnehmer angewachsen war. Die Hälfte gehörte nach den Erkenntnissen der Polizei „gewaltbereiten Gruppierungen" an. Sie waren durch ihre Vermummungen oder Helme unschwer im Zug auszumachen. Gefüllte Plastikbeutel, die sie mit sich trugen, ließen die Einsatzkräfte einen unfriedlichen Abend erwarten.

Ein Vertreter der zuständigen Versammlungsbehörde verkündete daraufhin über Lautsprecher die Auflösungsverfügung. Die Antwort der Vermummten war ein Hagel von Feuerwerkskörpern, Molotowcocktails und Leuchtspurmunition in Richtung der Einsatzkräfte. Als sich der Versuch, sich der Angriffe durch den Einsatz von Wasserwerfern zu erwehren, als untauglich erwies, wurden zur beabsichtigten Auflösung der Ansammlung zwei Hundertschaften der Hessischen Bereitschaftspolizei und ein Wasserwerfer am Tor Ost 4 am Ende des Startbahngeländes nach draußen ins freie Gelände beordert. Die zurückweichenden Chaoten zündeten dabei in einer Schneise Heuballen an und errichteten aus Bäumen Barrikaden. Bis dahin glich der Polizeieinsatz vom Montagabend unzähligen aus der Vergangenheit.

Doch dann kam es etwa vierhundert Meter südlich der Startbahnmauer zur mörderischen Eskalation. Zum erstenmal wurde an der Startbahn scharf geschossen. Getroffen wurden Polizisten, die gerade damit beschäftigt waren, die brennenden Heuballen zu löschen und die Barrikaden beiseite zu räumen. Der oder die Schützen konnten im Schutze der Dunkelheit entkommen.

Wallmann sieht eine „neue Qualität der Gewalttätigkeit"

Die Wiesbadener Koalition uneinig über mögliche Konsequenzen / SPD gegen Vermummungsverbot

ptn. FRANKFURT, 3. November. Der hessische Ministerpräsident Wallmann (CDU) und der stellvertretende Ministerpräsident, Wirtschaftsminister Gerhardt (FDP), werden auf Grund der Ereignisse am Frankfurter Flughafen an der Bonner Kabinettsitzung an diesem Mittwoch teilnehmen, bei der das Thema Vermummungsverbot und Versammlungsrecht behandelt wird. Wie Wallmann nach einer außerordentlichen Kabinettsitzung am Dienstag im Frankfurter Flughafen berichtete, wird die hessische Koalitionsregierung erst nach der Bonner Kabinettsitzung entscheiden, ob noch eigener Gesetzgebungsbedarf bestehe. Wallmann sprach von einer „neuen Qualität der Gewalttätigkeit", die bei den Frankfurter Vorgängen sichtbar geworden sei; hierauf müsse der Staat antworten. Wallmann hatte schon in der Nacht zum Dienstag „Konsequenzen" verlangt und gesagt, der Staat werde eine solche „Eskalation der Gewalt" nicht hinnehmen.

Die hessische Regierungskoalition von CDU und FDP hat zwar am Dienstag einmütig „Trauer und Entsetzen" über die Vorgänge am Frankfurter Flughafen geäußert, sich aber uneinig gezeigt über die Konsequenzen, die aus der „neuen Qualität der Gewalt" zu ziehen seien. Während die CDU-Landtagsfraktion, die ebenfalls am Frankfurter Flughafen eine schon seit langem geplante Fraktionssitzung abhielt, unverzüglich ein strafrechtliches Vermummungsverbot und eine Wiederherstellung des alten Landfriedensbruch-Paragraphen verlangte, äußerte sich die hessische FDP vielstimmig. Der hessische FDP-Wirtschaftsminister Schmidt deutete an, die FDP werde wohl ihre Haltung zum Vermummungsverbot überdenken müssen. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Wilke, warnte dagegen vor einer Verschärfung des Demonstrationsrechts. Er sagte, er sehe keine unmittelbaren Zusammenhänge zwischen dem Thema Vermummungsverbot und den Schüssen am Frankfurter Flughafen. Bei der Sitzung des hessischen Kabinetts gab es offensichtlich große Schwierigkeiten, eine einvernehmliche Haltung zwischen CDU und FDP herzustellen. Indiz dafür war, daß die Kabinettsitzung fünf Stunden lang dauerte, und daß sich Wallmann und Gerhardt zeitweise zu separaten Beratungen zurückzogen. Gerhardt sprach sich nach der Kabinettsitzung gegen „vorschnelle Urteile" aus. Er sei dagegen, sagte er, schon zum jetzigen Zeitpunkt die Notwendigkeit neuer Gesetze zu bejahen oder zu verneinen. Die FDP dürfe sich allerdings nicht der Diskussion darüber entziehen. Gerhardt versicherte, der FDP gehe es nicht um ein „Auseinanderdividieren" der Koalitionspartner. Wallmann sprach dagegen davon, daß sich der Staat „entschlossen" zeigen müsse, und daß die Landesregierung auf die Ermordung der Polizisten „mit aller Härte antworten" müsse, die die Rechtsordnung zur Verfügung stelle. Die Polizei dürfe bei der Auseinandersetzung mit Gewalttätern nicht wehrlos sein. Deshalb müsse die Polizei so ausgerüstet werden, daß sie ihrer Aufgabe nachkommen könne.

Nach der relativ kurzen Sitzung der CDU-Landtagsfraktion am Flughafen forderte deren Vorsitzender Nassauer ein strafrechtlich bewehrtes Vermummungsverbot und die Wiedereinführung des alten Landfriedensbruch-Paragraphen. Danach macht sich strafbar, wer Verbrechern passiven Schutz gewährt. Nassauer begründete seine Forderung damit, daß die Flughafengewalttäter im Schutz einer demonstrierenden Menge Bewegungsfreiheit erlangten. Durch diesen „passiven Schutz" sei die Menge für Gewalttaten mitverantwortlich. Nassauer regte im Namen seiner Partei auch an, ein Demonstrationsverbot am Frankfurter Flughafen neu zu überdenken, wie es vom früheren SPD-Innenminister Winterstein einmal vorgeschlagen, aber dann nicht weiter verfolgt worden war. Die CDU-Fraktion beantragte für kommenden Freitag eine Sitzung des Innenausschusses des Landtages.

Der hessische SPD-Vorsitzende Krollmann wandte sich gegen jetzt „herausgeschriene Forderungen nach Strafverschärfung" und gegen „Patentrezepte". Er appellierte an die Bürger, sich künftig zu weigern, als Kulisse für Verbrecher zu fungieren. Krollmann sagte, die Demonstranten gefährdeten das Demonstrationsrecht, wenn sie Gewalttätern Schutz gewährten. Ein strafrechtliches Vermummungsverbot hält Krollmann nicht für erforderlich. Krollmann sagte, es sei „absurd" anzunehmen, daß es zu den tödlichen Schüssen auf die Polizeibeamten nicht gekommen wäre, wenn es andere Gesetze gegeben hätte. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Grünen, Fischer, sagte, Strafverschärfungen seien nur „Scheinaktivismus". Nach den Worten Fischers ist mit den Schüssen auf Polizisten „ein Tabu verletzt" und die „Axt an die Wurzel des Demonstrationsrechts gelegt" worden.

Trauermärsche in mehreren Städten

BERLIN, 3. November (AP). Mehrere tausend Polizisten haben am Dienstagnachmittag in zahlreichen Städten der Bundesrepublik an Trauermärschen für ihre beiden am Vorabend an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens erschossenen Kollegen teilgenommen. In Berlin zogen etwa 3000 Beamte in einem Schweigemarsch durch die Innenstadt. Durch ein Spalier betroffener Fußgänger marschierten die Beamten vom Wittenbergplatz durch die Tauentzienstraße und über den Kurfürstendamm zum Olivaer Platz. An einem Trauerzug durch die Hamburger Innenstadt nahmen über 4000 Polizisten teil. Darunter war neben zahlreichen Bürgerschaftsabgeordneten auch Innensenator Lange. Weitere Gedenkmärsche fanden nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei in Frankfurt, Kassel, Bremen, Düsseldorf, Bonn, Mainz, Koblenz, Ludwigshafen, Kaiserslautern und Trier statt.

FAZ 4.11.87

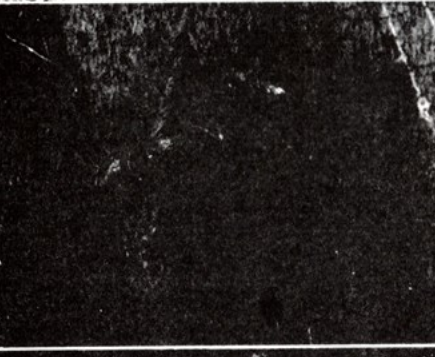
„Autonome Gruppen"

Gegen Staat und Gesellschaft

Die „autonomen Gruppen" zählen zu den anarchistischen Gruppierungen der „Neuen Linken". Sie konnten neue Anhänger gewinnen, heißt es im Verfassungsschutzbericht 1986. Auch wenn die „Autonomen" fast einheitlich vermummt und behelmt als „schwarzer Block" auftreten, eine bundesweite gemeinsame Organisation oder eine durchdachte Ideologie haben sie nicht. Die „Autonomen" haben keine Strategie, „sie reagieren nur auf bestimmte Ereignisse", sagt der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte. Gemeinsam ist den „Autonomen", daß sie den bestehenden Staat und das Gesellschaftssystem ablehnen und Gewalt gegen Sachen und Personen befürworten. 1986 registrierte der Verfassungsschutz eine zunehmende Bereitschaft der „Autonomen" zu terroristischen Anschlägen.

In den vergangenen Jahren nutzten die „autonomen Gruppen" Demonstrationen zum Beispiel der Umweltschutzbewegung vor allem gegen Kernenergieanlagen für ihre militanten Aktionen. In Hamburg traten erst am Samstag rund 1500 Mitglieder massiv als „autonomer Block" im Zuge einer Demonstration für den Erhalt der umstrittenen Häuser in der St.-Pauli-Hafenstraße auf. Dort werden unter dem Begriff „Autonome" Anarchisten, Sozialrevolutionäre und Autonome zusammengefaßt. (dpa)





Fotografiert im Mai 1982: Gewalttäter an der Startbahn West. Mit diesen Bildern dokumentierte die Frankfurter Polizei, mit wem sie es an allen Wochenenden zu tun hat.

Die tödliche Konsequenz von Verharmlosung und Gewalt

Vom Bürgerprotest zu den Polizistenmorden an der Startbahn – seit sechs Jahren Krawalle und fadenscheinige Rechtfertigungen

tk. Dies sind die Früchte des Hassens: Leichen. Eine andere Interpretation der Schüsse in der Nacht an der Startbahn ist nicht möglich. Nachdem in einem bis dahin auch vor der Öffentlichkeit beispiellos über ein Jahrzehnt vorgeführten Stück von Interessenausgleich zwischen der Flughafen Aktiengesellschaft und betroffenen Anwohnern der Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens genehmigt und im Oktober 1981 mit der Rodung von Wald begonnen wurde, hörte die Mißachtung demokratischer Regeln nicht auf. Unter der Prämisse, der Startbahnbau sei Raubbau an der Natur, Mißachtung von menschenwürdiger Existenz und sogar die Vorbereitung zum thermonuklearen Krieg hämmerten Flugblätter unterschiedlichster Herkunft ein Recht zum Widerstand in die Köpfe. Das Ergebnis schrecklichen Verbalkokettierens mit Gewalt und Menschenverachtung sehen wir jetzt.

Vorgeblich friedlich

Die Entfernung von Sozialromantikern und Aussteigern des Gemeinwesens aus selbstgebastelten Hütten am 2. November 1981, diesen Unterständen des zur Norm erhobenen Größenwahns im naturschützerischen Gewand, hatte noch am selben Tag einen kriegerischen Abgesang. Der Frankfurter Hauptbahnhof wurde von vorgeblich friedlichen Demonstranten vorübergehend lahmgelegt, es war eine Bekundung von Gewalt gegenüber Sachen und ein läßlicher Nachweis, daß alle großtechnischen Anlagen durch Zerstörungswillen jedenfalls für eine Zeit außer Funktion gesetzt werden können. Noch hielt sich der Unfug in Grenzen, wurden Gleise besetzt oder durch Gepäckwägelchen einfach blockiert. „Hopp, hopp, hopp, Startbahn stopp!" hieß die ebenso einprägsame wie einfältige Parole. Der Vorgang selbst indessen zeigte schon, daß es den Kündern einer neuen Welt vollkommen egal war, wer sich ihnen in den Weg stellte und wen sie ärgerten.

In der Geschichte der polizeilichen Räumung des sogenannten Hüttendorfes darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Tatsache, es würden Polizeikräfte anrükken und ungeachtet mancher Protektion auch durch die evangelische Kirche keinen Halt mehr vor illegalen Zuständen machen, weithin bekannt war, allein über den Zeitpunkt bestanden Zweifel. Daß es sich am 2. November 1981 in der Frühe um eine nicht eben geliebte Notwendigkeit handelte, bezeugte die hessische Landesregierung durch eine sonderbar zurückhaltende Behandlung möglicher Augenzeugen von Presse und Rundfunk, die erst nach einem staatlicherseits betreuten Rundgang durch den „Startbahnwald" am inzwischen von Polizei besetzten Vegetationsstück anlangten. Die Beobachter wurden gerade noch der Krawalle ansichtig, die aus den Reihen von über Funk und Telefon zusammengetrommelten Startbahngegnern angezettelt worden waren.

Die Berichterstattung über das Geschehene mag den damaligen hessischen Innenminister Ekkehard Gries zu einer Erklärung über das rechtund verhältnismäßige Vorgehen der Polizei veranlaßt haben. Er werde Vorwürfe gegenüber der Polizei überprüfen, sagte er als Reaktion auf wütende Angriffe der südhessischen SPD und der Grünen. Heidemarie Wieczorek-Zeul, Abgeordnete im Europaparlament und Mitglied im Bezirksvorstand der SPD Hessen Süd, kommentierte die Hüttendorf-Räumung, es seien „Konsequenzen aus der Tatsache (zu) ziehen, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortlichkeit Polizeieinsätze in einer Grausamkeit gegen Bürger geführt werden, die wir sonst nur aus Bundesländern kennen, die von den konservativen Christdemokraten geführt werden". Gries sprach am 8. November vor Startbahngegnern, die zu Tausenden aufmarschiert waren, von der Möglichkeit eines „Moratoriums" den Startbahnbau betreffend.

Während in den folgenden Novembertagen eine Demonstration nach der anderen in der Frankfurter Innenstadt die These vom „Staatsstreich" der Regierung gegen Demokraten im Wald unter anderem mit eingeworfenen Fensterscheiben zu vertreten suchte und „Empörung über die gewaltsame Räumung des Hüttendorfes" auch in Wiesbaden, Kassel und Darmstadt ihre reale wie publizistische Spur hinterließ, wurde ein nächster Akt des Dramas vorbereitet. Am 14. November kippte die Gallionsfigur des Protests gegen den Startbahnbau, Alexander Schubart, Unterschriften für ein Volksbegehren auf den Tisch des Landeswahlleiters in Wiesbaden und kündigte den Beginn eines „ökologischen Bürgerkriegs" für den Fall an, daß mit dem Bau nicht sofort aufgehört werde. Vorsorglich werde am nächsten Tag eine „Inspektion" des Flughafens stattfinden, bei „der wir doch einmal sehen wollen, ob er wirklich so klein ist".

Nach dieser Rede mit ihrer Aufforderung zur Blockade des Flughafens eskalierte eine friedliche Demonstration von etwa hunderttausend Teilnehmern in Wiesbaden am folgenden Tag, dem 15. November, in Frankfurt zu einer gefährlichen Straßenschlacht zwischen Gewalttätern und Polizei. Die Autobahn war zeitweise ebenso blockiert wie die unterirdische S-Bahn, deren Signalanlagen zerstört wurden. Ahnungslose Sonntagspassagiere konnten nicht zu ihren Flugzeugen gelangen, eine herzkranke Frau starb im Stau auf der Autobahn, weil kein Krankenwagen durchkam. Schubart, ehemals städtischer Magistratsdirektor und wegen aufwieglerischer Äußerungen in den einstweiligen Ruhestand versetzt, bekam ein Verfahren wegen versuchter Nötigung der Landesregierung zu spüren, das er schließlich zum großen Teil gewann. An der Blockade des Flughafens hatte er, der dazu in unnachahmlicher Verklausulierung aufgerufen hatte, schlicht nicht teilgenommen.

Ein weiterer gerichtsnotorisch gewordener Teilaspekt von Gewalt im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen den Polizeieinsatz vom 2. November war der Zugriff einer Hundertschaft von übermüdeten und aggressiven Polizeibeamten in der Nacht zum 4. November in der Rohrbachstraße. Nach Mitternacht, so hat es viele Jahre später ein Frankfurter Gericht festgestellt, hatte die Polizeieinheit im Nordend auf Steinwürfe mit härtestem Knüppeleinsatz reagiert. Eine dem Einsatzleiter zur Last gelegte Überschreitung seiner Kompetenz und die Mißachtung des Grundsatzes von der Verhältnismäßigkeit der Mittel konnte indessen im Prozeß nicht nachgewiesen werden.

Im April 1984, zweieinhalb Jahre nach dem Baubeginn, starten die ersten Maschinen über die 18 West, die ihren Namen nach geographischen Gesichtspunkten erhielt. Die Viertausendmeterpiste liegt im Westen den Flughafens und ist auf der Kompaßrose genau nach Süden, also 180 Grad gerichtet. Seit dem Oktober 1981 ist bis zu diesem Zeitpunkt kein Wochenende vergangen, an dem nicht die berüchtigten „Sonntagsspaziergänge" von Startbahngegnern stattgefunden hätten, an dem nicht Verletzte und Sachschäden zu registrieren gewesen wären. Die Frankfurter Polizeiführung und die Gewerkschaft der Polizei, die im Lauf der Startbahnauseinandersetzungen übrigens recht gefährliche Positionen über getroffene Maßnahmen eingenommen hatte, haben in diesen Jahren nicht versäumt, auf den alltäglichen Terror hinzuweisen, der an der Startbahn sichtbar wurde. Vermummte Gestalten, die, wohlgerüstet für die Zerstörung des Betonzaunes, ihre Seile und Enterhaken schwangen, wurden ebenso abgelichtet wie jene fotografierenden Dokumentaristen, denen der Finger erst zum Kamera-Auslöser zuckt, wenn ein Polizeibeamter zum Knüppel greift.

Dennoch wurden der Frankfurter Polizeipräsident Karlheinz Gemmer und der hessische Innenminister Horst Winterstein eher belächelt, als sie im Frühjahr 1985 öffentlich über Demonstrationsverbot und Verbesserung vom Polizeitaktik nachdachten. Gemmer mochte nicht mehr zusehen, wie seine Beamten Wochenende für Wochenende wie „Indianer im Busch" lagen. Winterstein erwog ein von Woche für Woche neu zu verhängendes Demonstrationsverbot. Beide Ansätze haben keine Entlastung für die Situation von Polizeibeamten gebracht, deren Einsatz Millionen pro Jahr kostet und die dennoch nicht in der Lage waren, Millionenschäden zu verhindern.

Diskret erzeugte Halbwahrheit

In Zirkeln, die Vorkämpfer der Demokratie und der Gedankenfreiheit im Namen führen, kursieren seit Jahren immer neu und immer aktuell zu lesende Darstellungen über polizeiliche Übergriffe, polizeiliche Gewalt und letztlich der Zweifel am Gewaltmonopol des Staates. Die zivile Startbahn ist in solchen Publikationen unter dem Stichwort „Nato-Startbahn" zum Bindeglied und strategischen Angelpunkt einer für antiquierte Querdenker griffigen Darstellung amerikanischer Imperial- und Kriegspolitik geworden, zu einem Teil im Feindbild aus Plutoniumstaat, Star Wars und Ausbeutertum.

Wie ernst die diskrete Erzeugung von Halbwahrheiten und das Aufputschen von Wut trotz breitester Möglichkeiten, sich zu informieren, geworden ist, zeigt der Tod der beiden Polizeibeamten an der Startbahn West. Noch wissen wir nicht, wer geschossen hat. Es drängt sich angesichts der Todesschüsse an der Startbahn jedoch ein weiteres Ereignis ins Gedächtnis, der feige Mord an dem schlafenden Minister Heinz Herbert Karry, der im Mai 1981 erschossen wurde. Die Täter konnten nie gefaßt werden, doch nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden wurden und werden die Mörder in Kreisen irregeleiteter Startbahngegner gesucht.

Der letztlich zu töten entschlossene Widerstand holt sich im Fall der Startbahn West seine Daten aus den Annalen der immer wieder ihre Friedfertigkeit beteuernden Aktivisten und Propagandisten einer techniklosen Welt. Zornesdaten sind die Aufnahme der Rodungsarbeiten, die Räumung des Hüttendorfes, die Inbetriebnahme der Startbahn. Es sind zuweilen nicht die Böswilligen und zur Gewalt neigenden Menschen, die ihre Arbeitskraft und ihre Ideen dem Widerstand gegen die Startbahn zur Verfügung gestellt haben. Doch ist nun in aller Deutlichkeit daran zu erinnern, daß die Linie zu jenen Gruppierungen, die Daten zu Erkennungsmerkmalen ihres Terrors gemacht haben wie etwa die „Bewegung 2. Juni", seit den Schüssen am Flughafen nur mehr einen kurzen Strich darstellt. Es ist eine Saat der Gewalt aufgegangen, und sie hat zwei Menschen das Leben gekostet, die nichts anderes taten, als ihrem Beruf nachzugehen. Trotz aller Fragen ist kein Zweifel mehr möglich, daß jene, die geschossen haben, Mörder sind.

Todesschüsse auf zwei Polizisten aus geklauter Polizeipistole?

Einen Tag nach den tödlichen Schüssen auf die beiden Beamten an der Startbahn West hatten die Ermittler mehrere 9-mm-Kugeln eine 9-mm-Pistole / Zunächst unnklar, ob die Waffe, die bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde, die Tatpistole ist

Von Klaus-Peter Klingelschmitt

Frankfurt (taz) — Am Montag abend gegen 22 Uhr wurden an der Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens zwei Polizeibeamte von Schüssen aus einer 9-Millimeter-Pistole tödlich getroffen. Der 44jährige Polizeihauptkommissar Klaus Eichenhöfer, der als Hundertschaftenführer eingesetzt war, wurde durch einen Unterbauchsteckschuß tödlich verletzt; der 23jährige Polizeiobermeister Torsten Schwalm erlitt einen Bauchsteckschuß. Weitere neun Polizeibeamte wurden zum Teil schwer verletzt.

Am Dienstag abend war noch nicht abschließend geklärt, wie es zu den tödlichen Schüssen kam. Nach einer Demonstration zum 6. Jahrestag der Räumung des Hüttendorfs an der heutigen Startbahn [illegible] „Chaoten-Eck" die nächtlichen Ereig[illegible] Startbahn-Bürgerinitia[illegible] Bender, gingen rund 200 Demonstranten mit Molotow-Cocktails, Stahlkugeln und Leuchtpistolen gegen fünf Hundertschaften hessischer Bereitschaftspolizei vor, die sich hinter einer Mauer verschanzt hatten. Bei einem Versuch von zwei Hundertschaften, die Demo aufzulösen, kam es zu den Schüssen auf die Beamten.

Nachdem der Frankfurter Polizeisprecher Neitzel in einer ersten Stellungnahme erklärt hatte, daß die Schüsse „aus allen Richtungen" gekommen seien, meinten direkt beteiligte Beamte am Dienstag vormittag, daß es an diesem Abend „überall geknallt" habe, da auch zahlreiche Feuerwerkskörper gezündet worden seien. Nach einer auf einer SPD-Pressekonferenz lancierten Meldung, die von dem Frankfurter Polizeipräsidenten Gemmer stammen soll, hieß es, die Schüsse seien „aus einem Pulk schwarzgekleideter Demonstranten heraus" abgegeben worden.

Inzwischen hat Generalbundesanwalt Rebmann das Verfahren mit der Begründung an sich gezogen, die Sicherheit der Bundesrepublik sei bedroht. Beamte des hessischen Landeskriminialamtes durchsuchten mehrere Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet und überprüften 20 Tatverdächtige. Wie der Pressesprecher der Bundesanwaltschaft, Prechtel, gegen 17 Uhr gegenüber der taz erklärte, sind dabei vier Personen vorläufig festgenommen worden. In der Wohnung einer dieser Personen sei eine 9-mm-Pistole sichergestellt worden, die 1986 einem Polizisten während einer ALKEM-Demonstration abgenommen worden war. Bei den Erschossenen und Verletzten wurden nur 9-mm-Projektile sichergestellt. Ob die Schüsse aus der gefundenen Waffe abgegeben wurden, blieb zunächst unklar.

Berichte auf den Seiten 2 bis 4



Foto: Arno Petersen

Die Schüsse und die Folgen

Drei taz-Seiten über die tödlichen Ereignisse an der Startbahn-West

Berlin (taz) — Die Version vom agent provocateur ist für Frankfurter Autonome aus dem Libertären Zentrum eine plausible Erklärung für die tödlichen Schüsse auf die beiden Polizisten. — Bericht Seite 2.

☛ In Berlin und in Hamburg betrauerten mehrere tausend Polizisten ihre Kollegen in Schweigemärschen durch die Innenstädte. Bericht auf Seite 2

☛ Zuerst, noch in der Nacht, wollte die Bürgerinitiative gegen die Startbahn-West in Mörfelden-Walldorf die „politische Verantwortung" für die tödlichen Ereignisse am Flughafen tragen. Später korrigierten sich die BI-SprecherInnen: — Interview auf Seite 2

☛ Bei den Grünen im Bundestag lösten die Schüsse an der Startbahn die Gewalt-Debatte in neuer Schärfe aus: Während die einen zur Fahndung aufriefen, wollten die anderen eine „Pogromstimmung" gegen die Linke verhindern. — Berichte auf Seite 2

☛ Ein Beobachter der taz berichtet, die Schüsse auf die Polizisten seien nicht aus der Gruppe von Autonomen gefallen, die sich hinter einer Barrikade verschanzt hatte. — Bericht über den Demo-Verlauf auf Seite 3

☛ Die Bonner Koalition will nun offenbar die Gunst der Stunde nutzen: Die Diskussion über verschärfte Demonstrationsgesetze ging voll ab — Siehe Seite 4

taz 4.11.87

Plötzlich waren zwei Polizisten tot

Niemand hat die Schüsse gehört / Nach wie vor völlige Unklarheit über Täter, Tathergang und Tatwaffe

Wie kam es am Montag abend zu den tödlichen Schüssen 500 Meter von der Startbahn-West entfernt? Ein Beobachter der taz berichtet über den Verlauf der Demonstration am Montag abend und den obligatorischen Sonntagsspaziergang am Tag davor. Die Verwirrung am Tatort dauerte auch am Dienstag morgen noch an.

Montag, der 2. November, sechster Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West: Nach einem Polizeiausfall stehen sich Demonstranten und Polizisten an einer kleinen aufgeschütteten Furt gegenüber. Fünfhundert Meter von der Startbahn-Mauer entfernt sind plötzlich zwei Polizisten tot. Es ist zwischen 21.00 und 21.30 Uhr.

Die zweitägigen Demonstrationen an der Startbahn hatten am Sonntag mit dem „300. Sonntagsspaziergang" begonnen. An die 800 StartbahngegnerInnen, unter ihnen auch viele Ältere, waren dem Demonstrationsaufruf gefolgt. Begleitet von aufmunternden Lautsprecherdurchsagen zog der Demonstrationszug zunächst über die Orkriftler Straße. Vor dem Tor 31 im Osten des Flughafens wurden die Ausbaupläne des Flughafenbetreibers FAG erläutert: 41 Hektar Wald sollen demnächst für Hangars, Werkstätten, Verwaltungsgebäude und einen Hubschrauberlandeplatz gerodet werden.

Nach der Kundgebung zogen die StartbahngegnerInnen zum „Chaoten-Eck" im Süden der Startbahn-West weiter. Während die meisten noch gesittet am Stand der Küchenbrigade nach Kaffee und Kuchen anstehen, erklärt die Polizei die Demonstration für beendet. Drei Wasserwerfer des Typs WaWe 9, „Mammut", verlassen flankiert von drei Hundertschaften das Startbahn-Gelände. Die Demonstranten flüchten in Richtung RWE-Trasse, über die gleiche Wiese, auf der am nächsten Tag zwei Polizisten sterben sollten.

Am Sonntag bleibt es ruhig, StartbahngegnerInnen und Polizisten liefern sich lediglich Leuchtspurmunitions-Duelle. Schadensbilanz des ersten Demonstrationstages: ein dabei in Brand geratener Strohballen.

Am Montagmorgen begann vor dem Amtsgericht Dieburg ein Massenprozeß gegen siebzig StartbahngegnerInnen. Unisono heißt es in der Anklageschrift: „Gemeinschaftliche Freiheitsberaubung und Nötigung." Grundlage für den Prozeß ist eine gewaltfreie Blockade einer am Bau der Startbahn beteiligten Firma im Februar 1982.

Am Abend treffen gegen 19.30 Uhr und gegen 19.45 Uhr zwei Demonstrationszüge mit insgesamt etwa fünfhundert Teilnehmern am Objekt ihrer Begierde ein. Ein anwesender Vertreter des Regierungspräsidiums erläßt eine Auflösungsverfügung. Daraufhin prasseln Steine, Stahlkugeln und Molotow-Cocktails über die Polizisten herein, ein Beobachtungsstand brennt aus, ein Wasserwerfer fängt kurzfristig Feuer.

Trotz einer Unmenge geworferner Feuerwerkskörper und Leuchtraketen entschließt sich die Polizeiführung zu einem Ausfall. Es ist 20.15 Uhr, als sich das Südtor öffnet und zunächst zwei WaWes und zwei Hundertschaften ausschwärmen. Ihre Taktik ist die gleiche wie am Tag zuvor: Auf breiter Front schwärmen die Beamten aus und versuchen die Demonstranten in Richtung RWE-Trasse in die nassen Wiesen zu treiben. Warnte am Sonntag noch ein WaWe-Kommandant vor der Möglichkeit, von einem Wasserwerfer überrollt zu werden, wird an diesem Abend unvermittelt auf unbeteiligte Bürger eingedroschen.

Der eigentliche Ausfall kommt 500 Meter vom Südtor zum Erliegen: An einer kleinen Furt kommen die WaWes nicht mehr voran, wenige Meter weiter brennen Barrikaden aus Auto-Reifen und Strohballen lichterloh. Hinter ihnen hatten die StartbahngegnerInnen zunächst ihr Heil gesucht. Es ist kurz vor 21.00 Uhr. Obwohl weiterhin vereinzelte Wurfkörper in ihre Richtung fliegen, gestatten sich die Bereitschaftspolizisten eine Verschnaufpause. An ihnen vorbei werden bewußtlose DemonstrantInnen zu Rettungssanitätern gebracht. Aufschlagende Mollis treffen abgelegte Schilder und Helme, Stahlkugeln deren Besitzer. Plötzlich fallen nacheinander mehrere Polizisten um, zwei von ihnen, so wird man später feststellen, sind erschossen worden, zwei weitere sind von Schüssen verletzt worden. Niemand hatte Schüsse gehört, geschweige denn Mündungsfeuer gesehen. Als die Situation begreifbar wird, setzt eine Massenflucht über die Felder ein, überall flackern Barrikaden, die den Rückzug autonomer Gruppen schützen sollten. Am nächsten Morgen liegen weiße und rote Nelken auf einem großen Heuballen derselben Wiese, die am Vorabend das Zentrum der Auseinandersetzung war. Über die Wiese gehen Polizeiketten. Mit ihren Stöcken suchen die Beamten im Gras nach Spuren. Verbeulte Getränkedosen, Zigarettenkippen, Hülsen von Leuchtspurmunition werden eingesammelt und in Plastiktüten verpackt. Die Stimmung ist bedrückt, die Beamten wollen nichts sagen. Ein Reporter fragt sie stereotyp nacheinander nach ihrem Alter.

Brennender Beobachtungsstand an der Mauer Startbahn-West

Foto: taz

Am Bach stoppte die Polizei, auf der Brücke brannte am Vorabend eine Barrikade aus Holz und Gummireifen. Sie kohlte und rauchte noch heute vormittag. Im Hintergrund schwelt einer der großen Heuballen, die den Demonstranten als Deckung dienten.

Überall auf dem langen Weg durch den Wald von Mörfelden-Walldorf liegen Reste von Brandfackeln. Sie sind die Überbleibsel der als Fackelzug angekündigten Demonstration.

Im Wald ist es still, große Rudel Damhirsche ziehen über die Wege. Auf einer Brücke, die gut einen halben Kilometer vom Tatort entfernt liegt, schwelt ebenfalls eine zurückgebliebene Barrikade. Sie legt den Schluß nahe, daß auch hier Demonstranten vor Polizisten flüchteten. Auf den Weg zum abgesperrten Tatort haben sich auch zwei junge Frauen auf Fahrrädern gemacht, ein schwarzer Hund läuft nebenher. Sie waren in der Nacht dabei. Ihre „ehrliche Meinung", sagt eine von ihnen, sei, daß „hier eine Riesensauerei passiert ist, egal von welcher Seite. Das lenkt von jeder anderen Schweinerei ab". Sie berichtet, sie sei noch gegen 23 Uhr im Wald gewesen. Wenn die Polizei zu dieser Zeit wirklich ernsthaft die Täter habe fangen wollen, „dann hätten die nur einsammeln müssen." Jede Menge Ortsfremde seien noch im Wald rumgelaufen. Sie seien aber von den über zwanzig Einsatzwagen, die durch den Ort kurvten, nicht behelligt worden.

Eine andere Bürgerinitiativlerin sagt, sie sei entsetzt. „Acht Jahre unserer Arbeit werden jetzt diskreditiert." Und: „Schön, früher ist mal ein Molli geflogen, mal gezündelt worden. Aber doch nicht sowas!"

An den startbahnüblichen Treffpunkten ist niemand zu sehen. Am Parkplatz vor dem SKG-Heim, dem örtlichen Sportverein Walldorf, stehen ein Bauarbeiter mit Karre und Schippe, ein Taxifahrer und ein Passant. Sie haben sich schon einem anderen Thema zugewandt. Vor dem Supermarkt reden vier Frauen miteinander. Mühlselig suchen die Aufnahmeteams des Rundfunks auf den leeren Straßen ihre Tonaufnahmen zusammen. Eine Frau sagt: „Mörfelden-Walldorfer sind das bestimmt nicht gewesen!" Bürgermeister Brehl, der ebenfalls in den Wald gekommen ist, nahm zu dem Geschehen Stellung: „Man kann es als terroristisch bezeichnen!" Heiß und kalt sei es ihm den Rükken heruntergelaufen. Er wies aber auch darauf hin, daß nicht ganze Gruppen für den Anschlag verantwortlich gemacht werden könnten: „Nur der Täter ist schuldig."

Im Wald geht währenddessen die Spurensuche weiter. Über dem Gelände kreist ein Hubschrauber. Die Flugzeuge donnern über die Köpfe der Polizeibeamten hinweg zur Startbahn West. Hinter einer rotweißen Absperrung sind schwarzweiße Hütchen und Markierungen für die Fundorte der zahlreichen eingesammelten Gegenstände aufgestellt. Schraubenmuttern, Metallstücke, Plastikabfälle kommen zutage. Auch Fußabdrücke werden gesichert. Fotografen mit riesigen Spezialkameras machen „Stereo-Fotos". Ein Polizeibeamter beantwortet dann doch eine Frage. Wo haben die toten Beamten gelegen? Er sagt, das könne nicht mehr rekonstruiert werden, weil die Männer in Eile ins Krankenhaus abtransportiert worden seien. Er deutet mit der Hand vage ins Gelände. Die Stelle, die er ungefähr meint, liegt genau vor einem brennenden Heuballen. Demonstrationsteilnehmern zufolge liegt sie genau zwischen den Fronten, die Demonstranten und Polizei gebildet hatten, ehe die Schüsse fielen.

Später bestätigt eine Rundfunkmeldung, was ein Demonstrant schon berichtet hatte. Er habe gehört, sagte der junge Mann, daß am Montagabend noch einmal irgendwo geschossen worden sei. Zweimal, meldet der Hessische Rundfunk, seien bei Festnahmen Warnschüsse von Polizisten abgegeben worden.

Unklarheit über Tatwaffe

Widersprüchliche Aussagen von Polizei und Staatsanwaltschaft

Völlige Unklarheit herrschte gestern bis Redaktionsschluß noch über die Frage der Tatwaffe. Es gibt widersprüchliche Aussagen darüber, mit welcher Waffe aus welcher Richtung geschossen wurde. Der Frankfurter Polizeisprecher Neitzel wurde am Morgen mit folgender Äußerung zitiert: „Sie schossen aus allen Richtungen mit allen möglichen Schußwaffen. Eine Obduktion der getöteten Polizeibeamten muß jetzt klären, welches Kaliber hier eine Rolle spielt." Andere Argenturen wußten jedoch am Morgen schon zu berichten, daß die Polizisten mit einer (Polizei-)Waffe vom Kaliber 9mm getötet wurden, ohne daß eine Obduktion abgewartet werden mußte. Im Laufe des Vormittags teilte die Bundesanwaltschaft mit, daß nach bisherigen Ermittlungen alle Schüsse aus derselben Waffe abgegeben wurden. Eine solche Feststellung wäre aber nur aufgrund einer ballistischen Untersuchung der Projektile möglich. Angeblich dauerte die ballistische Untersuchung zum Zeitpunkt der Äußerungen aber noch an.

Gleichzeitg teilt die Bundesanwaltschaft mit, jene Polizeipistole vom Kaliber 9mm bei Wohnungsdurchsuchungen gefunden zu haben, die vor einem Jahr während einer Demonstration in Hanau von einem Zivilfahnder erbeutet wurde. Die Bundesanwaltschaft spricht davon, daß es sich möglicherweise um die Tatwaffe handele. Um das festzustellen, müßten jedoch erst eingehende kriminaltechnische Untersuchungen gemacht werden, erklärte der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Prechtel. Nicht zu erfahren war gestern nachmittag, warum diese Untersuchungen so verzögert werden, zumal ja Untersuchungsergebnisse der Projektile bereits vorliegen müssen, bzw. warum das Ergebnis der Öffentlichkeit bisher nicht mitgeteilt wurde.

I.H.

Durchsuchungen und Festnahmen

Berlin/Frankfurt (taz) — Während die Bundesanwaltschaft noch am Nachmittag unverdrossen behauptete, außer der einen Festnahme im Zusammenhang mit der aufgefundenen Pistole hätte es sonst keine weiteren gegeben, scheint die Polizei nach dem Motto „Jeder könnte es gewesen sein" jetzt sämtliche Teilnehmer der nächtlichen Demonstration an der Startbahn festnehmen zu wollen. Die Informationen über die Zahl der Hausdurchsuchungen und Festnahmen sind sehr widersprüchlich.

Eine BI-Aktivistin ging am Mittag von etwa fünf Verhaftungen in Frankfurt und zehn in Wiesbaden aus. Laufend gebe es neue Meldungen von Leuten, die vermißt würden, wobei völlige Unklarheit darüber herrsche, ob sie verhaftet, untergetaucht oder nur einfach anderswo seien. Waltraut Verleih, eine der Anwältinnen der Festgenommenen konnte nur laut lachen, als sie von der Behauptung hörte, es gebe nur eine Festnahme: „Das ganze Präsidium ist doch voll, die Beamten sagen selbst, daß sie nicht mehr durchblicken. In Wiesbaden haben sie sich sogar einen Beamten von der Sitte ausgeliehen, weil sie es alleine nicht mehr schaffen".

Alle Szene-Anwälte in Frankfurt sind beschäftigt, weil jeder Anwalt aufgrund des Tatvorwurfes nur jeweils einen Mandanten vertreten darf. Auch die Festnahmegründe sind reichlich undurchsichtig.

Die Rede ist unter anderem von schwerem Landfriedensbruch, Nichtanzeige einer Straftat, Beteiligung an versuchtem Totschlag. Mit anderen Worten: es wird jetzt nicht nur die Spur des Schützen verfolgt, sondern die aller, die Barrikaden gebaut, Heuballen angezündet, Molotow-Cocktails geworfen oder nur davon gewußt haben könnten. Nach den Informationen von Frau Verleih hat es in Frankfurt und Wiesbaden etwa vierzig Festnahmen gegeben, einige der Festgenommenen seien jedoch inzwischen wieder entlassen. Nach Informationen aus der Frankfurter Szene wurden die Wohnungsdurchsuchungen und die Festnahmen während des ganzen Tages fortgesetzt.

Das Bundeskriminalamt täte gut daran, sich vom hessischen Landeskriminalamt darüber informieren zu lassen. Denn dessen Pressesprecher Beilstein bestätigte am Nachmittag Angaben der Bunten Hilfe Frankfurt, wonach in Wiesbaden vier Wohngemeinschaften durchsucht und zwanzig Personen vorläufig festgenommen wurden. In Frankfurt habe es bis zum Mittag ebenfalls vier Hausdurchsuchungen und zwei Festnahmen gegeben, auch diese Angabe wurde von Beilstein bestätigt.

IH

Grüne Delegation zu BI und Polizei

Erste Stellungnahmen von gestern zum Mord an den beiden Polizisten in Frankfurt, von der Bürgerinitiative gegen eine Flughafenerweiterung bis zur Fraktionssitzung der Grünen

Die BI gegen eine Flughafenerweiterung: „Zwei Polizisten wurden erschossen, neun wurden schwer verletzt. Eine unbekannte Anzahl von protestierenden Menschen wurde dabei verletzt. Aus Anlaß des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung an der Startbahn-West versammelten sich mehrere hundert Menschen. Im südlichen Bereich der Startbahnmauer kam es zu schweren Zusammenstößen als die Polizei begann, das Gelände zu räumen. Die Menschen wurden auf die im Süden befindlichen Wiesen getrieben. In der Dunkelheit kam es zu weiteren schweren Auseinandersetzungen. Es ist nicht unser Konzept, lag nie in unserem Interesse, Menschenleben anzugreifen. Wir sind von dem Tod der zwei Polizisten zutiefst erschüttert. Die Tatsachen und Einzelheiten werden in den nächsten Tagen zu klären sein. Dennoch ist es in dieser verworrenen Lage notwendig und unverzichtbar, die politische Verantwortung zu übernehmen. Wohl wissend, daß nun eine Verfolgung und Kriminalisierung gegen unsere Bewegung einsetzen wird."

Christian Schmidt für den Bundesvorstand der Grünen: „Wir trauern um die an der Startbahn-West erschossenen Polizisten. ... Wer Schußwaffen bei sich führt, kalkuliert letztlich auch ihren Einsatz, riskiert Tötung und schwerste Verletzung von Menschen. Das ist durch nichts zu rechtfertigen. Der oder diejenigen, die geschossen haben, sind verantwortlich für:

— den Tod der Polizisten und das große Leid der Hinterbliebenen sowie für die Schwerverletzten.

— die nunmehr zu erwartende größere Angst von Menschen vor der Teilnahme an Demonstrationen. All diejenigen, die auf gewaltfreien Widerstand setzen, dürfen jetzt nicht den Mut verlieren.

— den zu befürchtenden Abbau demokratischer Rechte (z.B. Vermummungsverbot), gegen den es schwieriger wird, demokratischen Widerstand zu formieren."

Der Fraktionsvorstand der Grünen im Bundestag (ohne Thomas Ebermann): „Es gibt keinen politischen Anlaß, der es rechtfertigt, daß Menschen getötet werden. Morde wie die heute nacht zerstören demokratische Freiheiten. Wir fragen: Wer wird unter diesen Umständen selber oder gar mit seinen Kindern noch zur Demonstration gehen? Wer versteht unter diesen Umständen nicht die Angst und die Wut der Polizisten? Aber Haß und Rachegefühle führen nur zu weiteren Gewalttaten. Es muß nach den Tätern gefahndet werden. Sie müssen vor Gericht gestellt werden. Wir fordern alle, die auf Gewalt setzen, auf, sofort damit aufzuhören. All diejenigen, die auf gewaltfreien Widerstand setzen, dürfen jetzt nicht den Mut verlieren. ... Zehn Jahre danach darf nicht alles wieder von vorn anfangen — auch wenn Angst und Wut sich breitmachen." Vorstandsmitglied Ebermann unterstützte die Erklärung nicht, weil er sich der Fahndungsforderung nicht anschließen wollte. Aufgabe der Opposition sei vielmehr, jetzt gegen Kriminalisierung und „Progromstimmung" anzugehen. Ebermann betonte aber, daß es in der „krassen Verurteilung" der Ereignisse keine Differenzen gebe und sich die Grünen ohne Angst einer Debatte im Bundestag stellen könnten, die für morgen nachmittag vorgesehen ist. Bei der gestrigen Debatte in der Fraktion forderte Otto Schily, der Staat müsse nun „mit Festigkeit reagieren". Es sei ihm unbegreiflich, wenn Grüne die Fahndungsforderung nicht unterstützen würden. Auch bei Demos müsse nun darauf geachtet werden, „keine falschen Koalitionen einzugehen". Bärbel Rust sprach von einem „ungeheuren Schritt zur Eskalation der Gewalt", der „von unserer Seite" ausgegangen sei. Die Täter müßten schnell gefunden werden, damit es nicht noch mehr Polizeiübergriffe gebe. Andere RednerInnen wie Marie-Luise Beck-Obersdorf und Jutta Österle-Schwerin betonten dagegen die Möglichkeit, es könne sich um die Tat von Provokateuren gehandelt haben. Für einen Eklat sorgte wieder einmal Trude Unruh, die ihre Forderung nach „100prozentiger Distanzierung von jeglicher Gewalt" mit einer Beschimpfung der anwesenden jugendlichen Zuhörer als „Chaoten" verband.

Abschließend wurden beschlossen, da Repräsentanten von Fraktion und Bundesvorstand sich am heutigen Mittwoch zunächst mit der BI gegen die Flughafenerweiterung und dann mit der Polizeiführung treffen sollen.

Daniel Cohn-Bendit ('Pflasterstrand'): Hilflosigkeit und Entmutigung beherrschen die Szenerie. Aber eines weiß ich: Keine Gesetze, keine Verschärfung polizeilicher Maßnahmen werden dem Wahn ein Ende bereiten. Nein, wir müssen den Weg der radikalen Erneuerung der politischen Kultur weitergehen. ... So absurd es auch klingen mag angesichts der nächtlichen Schüsse an der Startbahn, bleibt die angeschlagene Strategie des innenpolitischen Dialogs, der gesellschaftlichen Abrüstung, der innenpolitischen Entspannung die einzige Möglichkeit, Herz und Verstand zu mobilisieren, um tödliche Feindschaften in ein Minimum an gegenseitiger Akzeptanz zu transformieren. Denn wer mit dem 'Feind' redet und streitet, wird nie auf die Idee kommen, auf ihn zu schießen."

taz 4.11.87

INTERVIEW

„Es war einfach unfaßbar"

Achim Bender, Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt, war Augenzeuge der Ereignisse / Die „politische Verantwortung" der BI

taz: ***Warst du am Montagabend bei den Auseinandersetzungen an der Startbahn dabei?***

Achim Bender: Ja.

Kannst du uns schildern, was du beobachtet hast?

Um 19 Uhr hatte sich ab Mörfelden-Schlichter der Fackel- und Demonstrationszug formiert. Es waren so zwischen 200 und 300 Leute, aber unterwegs kamen dann aus anderen Richtungen vom Wald auch noch Leute dazu. Als der Demonstrationszug dann am südlichen Teil der Startbahn eingetroffen ist, haben sich die Demonstranten dort verteilt. Es wurden dann Barrikaden gebaut, weil bekannt war, daß die Polizei mit starken Kräften im Unterholz liegen würde. Dann passierte erst mal eine halbe Stunde gar nichts. Dann wurde dazu aufgefordert, die Versammlung zu beenden und sofort aufzulösen. Das wurde mit Leuchtkugeln beantwortet, dann ging es hin und her mit Wasserwerfern, Gasgranaten und so weiter. Die Polizei, die im Wald gelegen hat, ist dann vorgerückt zu den Demonstranten, die sich schon zuvor hinter die Barrikaden zurückgezogen hatten. Da kam es dann zu schweren Auseinandersetzungen mit Molotow-Cocktails, Leuchtkugeln und so weiter. Die Polizei wurde aufgehalten, und sie ist schwer in Bedrängnis geraten, mußte sich teilweise wieder zurückziehen. Die Polizei ist dann mit verstärkten Kräften aus der Startbahn-Mauer vorgerückt, daraufhin haben sich die Leute zurückgezogen.

Wenn du von „Leuten" sprichst, meinst du damit den autonomen Block oder waren noch andere Demonstranten dabei?

Ich würde sagen, das war gemischt. Von der Kleidung her natürlich nicht. Da sind alle der Situation angepaßt gewesen. Aber von dem, was sie im Kopf haben, war es eher gemischt.

Und wann sind dann die Schüsse gefallen?

Die Leute haben sich zum Teil fluchtartig zurückgezogen, weil es dort eine sehr enge Stelle ist, und es ist schwierig, vom Startbahn-Gelände wieder auf die Wiese zu kommen. Die Polizei ist dann vorgerückt zu den brennenden Barrikaden zwischen Mauer und Wiese und dort sind dann die Schüsse gefallen.

Die Polizei hat zunächst überhaupt nicht realisiert, was da passiert ist und ist dann über die Brücke rüber den Leuten nach, hat einzelne Leute festgenommen und dann erst begriffen, was überhaupt passiert ist.

Wo genau sind die Schüsse gefallen? Die Nachrichtenagenturen behaupten, „aus den Reihen der Demonstranten heraus". Trifft das zu?

Ich habe mich zu diesem Zeitpunkt hinter der Polizei befunden. Ich bin mit anderen der Polizei gefolgt.

Haben andere BI-Mitglieder oder Demonstranten, die du kennst, gesehen, wer geschossen hat?

Man kann nur sagen, daß in dem Augenblick, in dem die Polizei bei den Barrikaden angekommen ist, daß zu diesem Zeitpunkt mit Leuchtkugeln, Molotow-Cocktails und mit Stahlkugeln geschossen worden ist. Es war sehr laut, es hat öfter geknallt, weil auch die Polizei mit Signalmunition geschossen hat, um die Wiese zu beleuchten. Man kann nicht sagen, mit was und wer da geschossen hat.

Nochmal: Kamen die Schüsse aus den Reihen oder aus der Mitte der Demonstranten?

Ich kann nur sagen, es ist von den Wiesen her geschossen worden. Das ist ein sehr unübersichtliches Gelände und es war dunkel. Wenn man Richtung Süden flieht, dann erstreckt sich dort eine sehr breite Wiese. Durch die Büsche ist das Gelände aber schlecht einsehbar. Es muß dort geschossen worden sein, aber man kann nicht sagen, wer und wie. Die Polizei hat dann versucht, über die Wiesen nachzusetzen. Dann haben die sich aber erstmal um ihre Leute gekümmert. Die haben die Verletzten gesucht, was sehr schwierig war, weil man nichts sah, es war ja sehr dunkel in diesem Bereich. Der Hubschrauber hat versucht, das Terrain auszuleuchten, aber es war dennoch sehr dunkel. Ich bin mit drei, vier Leuten bei den Hundertschaften gestanden. Die Polizisten waren natürlich sehr betroffen und sehr aggressiv. Die waren sehr bestürzt und teilweise unfähig, überhaupt noch irgendetwas zu machen. Die Polizei ist dann mit ihren Verletzten zurück hinter die Mauer und wir sind dann nach Mörfelden. Dort standen schon überall Straßensperren, sämtliche Autos wurden durchsucht. Ein Riesen-Aufruhr, aber niemand wußte zu diesem Zeitpunkt, was genau passiert war. Das ist erst langsam durchgesickert. Ich hab dann auch meine Sachen berichtet. Das hat zuerst niemand geglaubt. Es war einfach unfaßbar. Das konnte einfach niemand glauben.

Was ist deine Reaktion?

Ich krieg's einfach nicht auf die Reihe. Ich versteh das nicht mehr. Die Informationen verdichten sich so, daß es offenbar doch aus den Reihen der Demonstranten gekommen ist. Es gibt jetzt sehr viele Spekulationen und man kann natürlich nichts ausschließen. Aber es ist einfach unfaßbar.

Ihr habt in einer Stellungnahme die politische Verantwortung für die Ereignisse übernommen.

Es gab dabei Differenzen und auch Argumente dagegen. Es ist natürlich sehr pauschal, zu sagen, wir übernehmen die politische Verantwortung. Wir haben — das muß man festhalten — nicht zu der Demonstration am Montag aufgerufen. Aber wir stecken seit sieben, acht Jahren in dieser Auseinandersetzung. Wir haben sie mitgeführt. Es war ein Prozeß, eine Entwicklung, und das, was heute nacht passiert ist, ist Teil dieser Entwicklung. Damit muß man sich auseinandersetzen. Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, daß Provokateure oder sonst jemand geschossen hat, und man muß das überprüfen. Nach dem, was passiert ist, stehen wir hier sehr unter Druck, die Leute sind entsetzt...

Aber sich dann zu opfern und zu sagen, wir übernehmen erstmal die politische Verantwortunmg, erscheint mit zumindest unreflektiert.

Es ist ein entscheidender Unterschied, wo man gestern nacht gewesen ist. In Berlin hat man natürlich eine viel größere Distanz, als wenn man diese Ereignisse selbst miterlebt und das gesehen hat. Wir müssen zu unserer Erklärung, die nachts um halb drei formuliert wurde, dazu müssen wir stehen und wir müssen sagen, was wir unter politischer Verantwortung verstehen.

Gibt es für dich eine Kontinuität im Startbahn-Widerstand von den ersten Platzbesetzungen bis zu den Schüssen am Montag?

Ich bin einfach nicht mehr in der Lage, darauf zu antworten. Ich kann dir jetzt keine Analyse geben. Das sind Fragen, über die wir sprechen müssen. Hat es eine Zwangsläufigkeit über die Jahre hinweg gegeben, die dorthin geführt hat, wo wir gestern nacht waren?

Traust du den Leuten, die du kennst und mit denen zu Sonntag für Sonntag demonstrieren gehst, traust du denen zu, daß sie kaltblütig auf Polizisten schießen?

Meine ganz persönliche Meinung ist, daß es dazu kommen kann, daß einzelne dazu fähig sind. Wenn die politische Kultur zerfällt, ist alles möglich. Und die politische Kultur ist zerfallen.

Interview: Manfred Kriener

„Das schadet uns nur"

Der Tod der Polizisten ist mit der bisherigen Militanz nicht zu erklären, meinen Aktivisten in Frankfurt / „Ziel nicht Verhinderung der Startbahn, sondern Kommunikation zwischen politischen Gruppen"

Frankfurt (taz) — Aktivisten der „Anti-Startbahn-Bewegung", vor allem „Autonome" und „Anarchos", gehörten am frühen Dienstag morgen zu den gesuchtesten Zeitgenossen der Republik. Im „Libertären Zentrum" hatte die Polizei schon kurz nach Mitternacht mit einem Großaufgebot die Suche aufgenommen. Beamte traten die Türe ein, fanden aber niemanden vor. Als Organisations- und Diskussionszentrum der „autonomen Linken" stand das „Libertäre Zentrum" schon während der Auseinandersetzungen nach dem Tod von Günter Sare im Mittelpunkt staatlichen Interesses.

Nach dem Abflauen der großen Anti-Startbahn-Proteste im Frühjahr 1982 bildeten ortsansässige Bürger und Autonome Gruppen den Kern der sonntäglichen Spaziergänger zu der im April 1984 eingeweihten „Startbahn West". Über die Jahre hinweg etablierte sich ein Ritual zwischen Spiel und Protest, Folklore und Militanz.

Während die Flughafen-Auseinandersetzungen politisch nicht einmal mehr bei den Grünen eine Rolle spielten, die nicht zuletzt „wegen Startbahn West" 1982 in den Landtag gewählt wurden, gerieten die andauernden Demonstrationen „zur Mauer" zum Fokus einer eigenartigen „Widerstandskultur". „Eigentlich ist das Ziel gar nicht mehr die Verhinderung der Startbahn, weil das unmöglich geworden ist, sondern die direkte Kommunikation zwischen verschiedenen Schichten, Generationen und politischen Gruppen", sagt einer aus der „Szene".

Immer noch machen Frauen aus Mörfelden-Walldorf ihren Kuchenstand sonntags an der Startbahn-Mauer, hinter der die Jets in Richtung Süden starten. Und immer noch beschimpfen ältere Bürger die Polizisten, die bei Ausfällen knüppelschwingend Autonome verfolgen. Die wiederum haben einen „Level von Militanz" etabliert, der „auch in den letzten Wochen und Monaten in keiner Weise eskaliert" sei, wie versichert wird. „Die Demo zum sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung war das Übliche. Das ist doch auch Pfadfindertum, scheinbare Radikalität hinter den schwarzen Masken. Wenn die Bullen angerannt kommen, rennen doch alle weg. Da wird letztlich eine imaginäre Linie verteidigt."

Zugleich beharrt der „Autonome im Gespräch auf der politischen Bedeutung jener praktischen Kommunikation", die uns als Bewegung die Möglichkeit gibt, mit anderen Leuten was zu tun zu haben. Das schafft eine Struktur, die sich auch im Austausch mit anderen Widerstandsbewegungen, etwa in Wackersdorf, bewährt." Das klingt militärischer, als es gemeint ist. Die „Startbahn", das scheint eine Art seelisches Zentrum der radikalen Linken zu sein, die jetzt wieder fürchten, daß altkluge Linke und Linksliberale „Scheiße reden und den Bewegungen eins reinwürgen" wollen. Die Frage sei doch, wem der Mord an den zwei Polizisten nütze und wem er schade. „Uns natürlich", lautet die spontan sichere Antwort, denen, „die in der jetzt ausbrechenden Diskussion ein revolutionäres Interesse artikulieren."

Die Version, ein agent provocateur habe die tödlichen Schüsse abgegeben, wird da plausibel: „Denen traue ich alles zu, nach dem „Celler Loch" und den Erfahrungen mit Molliswerfenden Provokateuren an der Startbahn. Da gibt's viele Beispiele."

Andererseits „ist auch nicht auszuschließen, daß da jemand durchgeknallt ist. Aber wir können schließlich nicht jeden vor 'ner Demo nach Waffen durchsuchen". Es liege völlig jenseits des politischen Interesses und auch der Bewegungsdynamik des übriggebliebenen Startbahn-Protests, daß jetzt zwei Polizeibeamte tot seien. Es gibt zwar „individuellen Haß, kein Wunder bei diesem phantastischen Leben", aber da in der Szene eigentlich jeder jeden kenne, sei es im Grunde ausgeschlossen, daß das „Leute aus der Bewegung" waren. Auch ein anderer, der am Montag abend dabei war, kann sich diese mörderische Eskalation nicht als Konsequenz aus der bisherigen Militanz erklären. Der „Schutz" von Demonstrationen auch mit Barrikaden und Stacheldraht habe sich längst eingebürgert; auch Steine und Zwillen seien „nichts Neues". Daß am Montag im Mörfeldener Wald etwas ganz Neues passiert ist, will niemandem in den Kopf. So überlegt man noch am Dienstag mittag, ob der nächste „Sonntagsspaziergang" an der Startbahnmauer — und wenn, wie — stattfinden soll.

Reinhard Mohr

taz 4.11.87

Polizisten demonstrierten

In Dutzenden von Städten trauerten die Polizisten / Viele Politiker und Polizisten warnten vor Überreaktionen / In Berlin nahm auch die Alternative Liste teil

Berlin/Hamburg (taz) — Etwa 2.000 PolizistInnen in Uniform demonstrierten gestern nachmittag in der Berliner City. In der ersten Reihe war bis auf den Polizeipräsidenten fast die gesamte Polizeiführung vertreten. Landespolizeidirektor Kittlaus zeigte sich betroffen über die Morde, warnte aber vor Überreaktionen der Polizei und der Politiker.

Fast die gesamte Fraktion der Alternativen Liste Berlin beteiligte sich an der Demonstration. Von vielen jüngeren wie älteren Polizisten war zu hören, daß man die Morde für einen Einzelfall halte und die Polizei keinerlei Interesse an einer weiteren Eskalation der Gewalt habe. „Wir haben immer Angst. Auch Steine, die fliegen, können uns töten", sagte ein junger Polizist aus einer geschlossenen Einheit, die oft bei Großdemonstrationen eingesetzt wird. Und eine Verschärfung der Situation bei Großdemonstrationen seien die Schüsse schon, meinte er. Mehr als 6.000 PolizeibeamtInnen, die Mehrheit davon in Uniform, demonstrierten gestern nachmittag mit einem Schweigemarsch vom Hamburger Polizeihochhaus bis in die Innenstadt. Außer einem Führungstransparent mit dem schlichten Aufdruck „Wir trauern" wurde nur ein einziges weiteres Transparent mitgeführt: „Polizeibeamte — Blitzableiter der Nation".

Die schnelle und große Mobilisierung führen beteiligte Polizisten auf die momentane Situation der umstrittenen Häuser in der Hafenstraße zurück. Trotz des neuen Angebotes der Hafenstraßenbewohner, dem Vertragsvorschlag des Senats mit Ausnahme eines Paragraphen doch noch zuzustimmen, glaubt Wolfgang Warmer, Personalratsvorsitzender der Hamburger Schutzpolizei, nicht mehr an eine friedliche Lösung. Das sei auch die Meinung der Mehrheit seiner Kollegen.

Der Demonstrationszug wurde von politischer Prominenz angeführt: Innensenator Volker Lange (SPD) und die Fraktionsspitzen der Bürgerschaftsparteien — mit Ausnahme der GAL. Auch in vielen anderen bundesdeutschen Großstädten demonstrierten Hunderte oder Tausende von Polizisten. In Dortmund verteilten 250 Polizisten Flugblätter, in denen sie auch gegen eine Überreaktion nach den Morden warnen.

Axel Kintziger

Zu den Schüssen im Frankfurter Startbahn-Wald

Schrecken und Erschrecken; Angst, daß die Worte der Verurteilung hohl und ohnmächtig klingen, daß die Formeln der Distanzierung sich nur überbieten; größere Angst aber, daß die Stimme der Vernunft, die Kant zufolge leise ist, nicht nur nicht gehört wird, sondern auch nur noch das Klischee der Besonnenheit zustande bringt. Fest steht, der Mord an den Polizisten geschah aus einer Demonstration heraus. Das hat es bislang in der Bundesrepublik nicht gegeben. In einem Land, in dem immer das Demonstrationsrecht umstritten war und in dem vor allem die Demonstrationspraxis mehr zur Feinderklärung als zur öffentlichen Auseinandersetzung führte, *kann* die Bluttat in Mörfelden eine schlimme historische Wende sein. Kann. Es ist nicht nur die Frage, ob wir genug Zeit haben, vom Erschrecken zum Begriff zu kommen, sondern wie es mit den Kräften in dieser Gesellschaft bestellt ist, die sich diese Frist auch *erkämpfen*. Wer wissen will, was angesagt ist, sollte die Stellungnahme der Frankfurter Autonomen zur Kenntnis nehmen. Zum ersten Mal distanzieren sie sich ohne Wenn und Aber von dem „feigen Mord" und erklären, daß der Täter nicht in „ihre Reihen gehört, auch wenn er sich selbst dazu zählen mag."

Es ist keine Frage, daß die Profiteure des Mordes, die Hasardeure der Hysterie sich schon gemeldet haben. Nichts leichter, als jetzt an der Gewaltschraube zu drehen. Gar nicht auszudenken, welche Chance sich für Innenminister Zimmermann bietet, seine gescheiterte Amtsführung zu einem guten schlimmen Ende zu führen. Aber es nützt nichts, mit der Warnung vor dem rechten Profit den düsteren Hintergrund auszublenden, der uns alle betrifft.

Die Tat von Mörfelden geschah in einer prekären Situation: Erfolglosigkeit und vor allem Einverständnis mit der Erfolglosigkeit beherrscht die Linke. Die „Bewegung" hat sich fixiert auf eine Reihe von Konflikten, in denen sich Härte und Aussichtslosigkeit gegenseitig verstärken. Wiederholung von Aktionen, inszenierte Bauzaunbürgerkriege machen die Konflikte immer symbolischer. Und wir wissen leider, daß der Kampf um politische Symbole hierzulande schnell in Brutalität übergehen kann. Nichts wäre falscher, als eine Zwangslogik vom Steinewerfen zum Schießen zu konstruieren. Aber es gibt eine allgemeine politische Logik, die unheimlicher ist, weil sie in vagen Tendenzen sich verwirklicht, die man gemeinhin „politisches Klima" nennt. Die „linke Szene" ist bedroht von dem Rückzug auf die politische Gesinnung, da reale politische Erfolge nicht mehr denkbar erscheinen, da die politische Phantasie, etwas durchzusetzen, verarmt. Nur zu leicht wird dann die Militanz zum wahren Prüfstein der Gesinnung. Nichts macht die Zwangslogik der Militanz bedrohlicher als die Tatsache, daß sie sich mit der Aufrüstung der Gegenseite rechtfertigen kann. Auch staatliche Organe kämpfen um die Symbole der Durchsetzung, inszenieren ihre Bauzaun-Bürgerkriege. Es gibt ein Milieu der Auseinandersetzung, das Einzeltäter und Provokateure anziehen muß, ein Milieu, in dem sich vielleicht der Traum oder Alptraum der Revolution träumen läßt, in dem aber die Zukunft einer „anderen Republik" zerstört wird. Betroffenheit reicht allein nicht. Hier steht die Mühe der Selbstkritik an.

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist gewaltsüchtig und führt die Gewaltdebatte mit religiöser Wut. Bekenntnis wird verlangt und zweideutige Gewaltapologien mithin gefördert. In diesen Wochen gab es einen gefährdeten Versuch, am zehnten Jahrestag des Deutschen Herbstes die Konstellation von Gewalt und Rache zu durchbrechen. Selbst der Bundesjustizminister konnte den Gedanken der Versöhnung nicht ganz ablehnen. Der Versuch einer politischen Deeskalierung gegenüber der Vergangenheit ist die vorweggenommene Antwort auf das, was in Mörfelden geschah. Keinen größeren Lohn kann der Täter erwarten, wenn jetzt in dem Sog der Hysterie das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit durch verschärfte Gesetze aufgegeben wird. Die „Sicherheit der Bundesrepublik" ist nicht gefährdet, wie Rebman erklärt. Gefährdet ist die Hoffnung auf eine demokratischere und menschlichere Gesellschaft.

Klaus Hartung

taz 4.11.87

Schärfere Gesetze bis Weihnachten

Union will in geistige Offensive gegen „halbherzige Distanzierer" gehen / FDP sieht Stunde der Fahndung und nicht die des Gesetzgebers / Gesetzesvorhaben sollen jetzt beschleunigt werden

Aus Bonn Oliver Tolmein

In der Koalitionsrunde, die gestern nachmittag in Bonn tagte, hat CDU/CSU-Fraktionschef Dregger die Situation nach der Tötung der beiden Polizisten an der Startbahn zum Thema gemacht. Wie aus Kreisen der Unionspartei zu erfahren war, soll dabei zweierlei vorgeschlagen worden sein: zum ersten den möglichst umgehenden Beschluß der seit geraumer Zeit in der Diskussion befindlichen Strafrechtsverschärfungen, über die sich FDP und CDU/CSU weitgehend oder vollständig einig seien. Bis Weihnachten, so der Vorschlag, sollten die Strafbarkeit der Teilnahme an verbotenen oder aufgelösten Versammlungen, die Strafbarkeit der Befürwortung von Gewalttaten sowie die Erweiterung des Haftgrundes Wiederholungsgefahr beschlossen werden und als Gesetz in Kraft treten. Des weiteren kam aus der CDU/CSU die Initiative künftig in allen Polizeien der Bundesländer, sowie beim BGS „Greiftrupps" nach dem Muster des Westberliner EX-Kommandos aufzustellen.

Nach Meinung von Unionspolitikern ist die umgehende Umsetzung dieser Maßnahmen „das Mindeste", was jetzt getan werden muß. Allerdings seien das noch keine adäquaten Reaktionen auf die Todesschüsse an der Startbahn. „Der Staat wird gemäßigter reagieren, als sich Frau Ditfurth das wünscht", sagte ein Unionspolitiker. Allerdings müsse jetzt endgültig Schluß sein mit den Hemmnissen gegen eine wirkungsvolle Politik der „Inneren Sicherheit". Auf jeden Fall müsse es jetzt darum gehen, die geistige Offensive gegen „die Horde gefährlicher Schwätzer" zu eröffnen, die sich halbherzig von Gewalt distanzierten. Der qualitative Unterschied zwischen Stahlkugeln aus Zwillen und Pistolengeschossen sei so groß nicht. Hier müssen endlich „reiner Tisch gemacht und eine unmißverständlich klare Absage an jede Gewalt und Gewaltunterstützung formuliert werden".

Zu Vorbehalten in der FDP gegen sofortige gesetzliche Maßnahmen hieß es: selbst Äußerungen von Joschka Fischer und Otto Schily ließen erkennen, daß die FDP mit ihren Positionen alleine dastünde.

Aus der FDP war zu hören, daß die „die Stunde der Fahndung und nicht die des Gesetzgeber" sei (Hirsch). Intern wurde in der FDP die Frage aufgeworfen, wie es angesichts von 600 eingesetzten Polizeibeamten und 200 Demonstranten zu einer solchen Situation kommen konnte und dann direkt am Tatort noch nicht einmal Festnahmen erfolgten. Nach Auffassung innerhalb der FDP-Fraktion hätten die Ereignisse an der Startbahn auch nichts mit Versam[...]lungs- und Demonstrationsre[...] zu tun, es handele sich hier u[...] „brutalste, kriminelle Mache[...]schaften". Außerdem hätten si[...] alle 200 bei den Aktionen befin[...]lichen Leute auch nach geltende[...] Recht der schweren Straftat Lan[...]friedensbruch schuldig gemach[...]

In Kreisen verantwortlich[...] Bonner Politiker wurden zw[...] Fakten als bedenklich benan[...] Das hessische Kabinett habe ung[...]wöhnlich lange getagt und die u[...] klaren Informationen über ei[...] oder mehrere Waffen, die [...] Hausdurchsuchungen vor und [...]rekt nach den tödlichen Schüss[...] gefunden worden seien. Bei[...]lege nahe, daß die Sachverha[...] komplizierter seien, als sie auf d[...] ersten Blick erscheinen und d[...] bestimmte Informationen zurü[...]gehalten würden.

Am frühen Nachmittag fand [...] Bonn eine Demonstration der [...]lizei statt.

„Es ist ein Tabu verletzt worden"

Bei allen Parteien in Hessen große Betroffenheit über die Morde an den Polizisten / Krisensitzungen der Landesregierung / Polizeiführung und Opposition im Flughafen / Generalbundesanwalt Rebmann vor Ort

Von Klaus-Peter Klingelschmitt

Frankfurt (taz) — Das Entsetzen über die Polizistenmorde an der Startbahn West hat im direkt betroffenen Bundesland Hessen gestern zu hektischen Sitzungsaktivitäten aller Parteien geführt. Das Landeskabinett unter Vorsitz von Ministerpräsident Walter Wallmann und die Fraktion der CDU tagten in den Konferenzräumen des Frankfurter Flughafens seit den frühen Morgenstunden in Permanenz; nur wenig später traf auch die Spitze der SPD-Fraktion am Flughafen ein.

Noch vor Sitzungsbeginn hatte Wallmann Konsequenzen angekündigt. Die Vorgänge im Startbahn-Wald hätten alles überschattet, was er bisher an Schrecklichem erlebt habe. Während einer Sitzungspause machte der CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Nassauer gegenüber der Presse dann deutlich, welche Konsequenzen gemeint waren: Einführung des Vermummungsverbots, Wiedereinführung des alten Landfriedensbruch-Paragraphen und Versammlungsverbot an der Startbahn West.

Nach mehr als vier Stunden Wartezeit für die rund hundert Journalisten im Terminal trat dann die Spitze der Hessen-SPD an die Mikrofone. Landesvorsitzender Hans Krollmann erklärte im Gegensatz zu Nassauer, daß es jetzt nicht die Zeit sei, nach gesetzlichen Patentrezepten zu rufen: „Wer glaubt, daß die Schüsse auf die Polizeibeamten durch ein Vermummungsverbot hätten verhindert werden können, der denkt absurd." Aufgrund der schrecklichen Ereignisse an der Startbahn werde allerdings auch die hessische SPD erneut über ein Versammlungsverbot an der umstrittenen Piste diskutieren, „wenn das rechtlich machbar ist".

Auch der Fraktionsvorsitzende der hessischen Grünen, Joschka Fischer, appellierte an all die Menschen, die ihr Recht auf friedliche Demonstrationen weiter wahrnehmen wollen: „Geht jetzt auf die Straße, fordert, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Gewalt." Mit den Schüssen auf die Polizeibeamten sei ein Tabu verletzt worden. Fischer: „Die Gewalt verzerrt die eigenen Züge bis zur Unkenntlichkeit." Die Landtagsfraktion der Partei veröffentlichte eine Erklärung, die einen „rechtsstaatlichen Appell" auch an die Polizei enthält. Wer an einem gesellschaftlichen Zustand interessiert sei, in dem sich Verbrechen wie das an der Startbahn nicht mehr wiederholen, der könne kein Interesse an einer Spirale der Gewalt haben, wie sie [...] zehn Jahren den „deutsch[...] Herbst" geprägt habe. Schon [...] Verlauf des Vormittags war a[...] Generalbundesanwalt Kurt R[...]mann in Frankfurt eingetroffen.

Gegen 13 Uhr veröffentlic[...] die Bundesanwaltschaft eine Pr[...]seerklärung, wonach in einer d[...] in der Nacht durchsuchten Wo[...]nungen diverser Startbahngegn[...] eine Pistole vom Kaliber 9 mm [...]chergestellt worden sei. In d[...] Körpern der er- und angeschoss[...]nen Polizisten wurden ausschlie[...]lich 9-mm-Projektile gefunde[...] Ob die sichergestellte Waffe d[...] Tatwaffe sei, müsse allerdin[...] noch durch ballistische Unters[...]chungen geklärt werden. Die g[...]fundene Waffe soll einem Poliz[...]sten am 8.11.86 während ein[...] Demonstration gegen die Plut[...]niumfabrik ALKEM in Hanau a[...]genommen worden sein.



Engelhard mahnt zur Besonnenheit

Deutsche Polizeigewerkschaft fordert Engelhards Rücktritt / Vermummungsverbot droht endgültig SPD-Vorsitzender Vogel bestreitet Zusammenhang von Vermummungs-Diskussion und den Schüssen

Berlin (taz) — Neben den Rufen nach schärferen Gesetzen gab es gestern nach den mörderischen Schüssen auch besonnenere Stimmen. Bei den Koalitionsparteien wurde die Forderung nach einem Vermummungsverbot nicht einheitlich vertreten. Nach den Worten des Bonner CSU-Landesgruppenchefs Theo Waigel ist ein solches Verbot „überfällig". „Hinter der Maske der Vermummung verbirgt sich die blanke Gewalt", rief Waigel aus. Der baden-württembergische Regierungssprecher Kleinert erinnerte mit Unterstützung der Landes-FDP an die Bundesratsinitiative zur härteren Bestrafung von Vermummung und passiver Bewaffnung. Auch Bundeskanzler Kohl drückte in Berlin sein Unverständnis darüber aus, wie ein solches Verbot als „liberales Problem" angesehen werden könne. Vermummung sei „absonderlich und abartig", meinte der Kanzler.

Demgegenüber riet Justizminister Engelhard (FDP) bei aller „Empörung" zur „Besonnenheit". Auch der SPD-Vorsitzende Vogel bestritt „nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand einen Zusammenhang der Ereignisse mit der Diskussion um ein Vermummungsverbot".

Nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft im Beamtenbund „sind Mord und Totschlag" die Folge einer „inkonsequenten Rechtspolitik der FDP", für die deutsche Polizeibeamte mit ihrem Leben bezahlen müßten. Engelhard habe wegen „einer völlig verfehlten Rechtspolitik zurückzutreten". „In die Trauer um den Tod der ermordeten Kollegen", so die Gewerkschaft weiter, „mischt sich eine unbeschreibliche Wut aller Polizeibeamten über ihre Rolle, Gewalt tolerieren zu müssen, wo längst konsequentes Handeln gefordert war". Kritik übte der Verband auch an der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und deren Vorsitzenden Lutz, der gestern erneut ein Vermummungsverbot ablehnte. „Die Vermummten können wir heute schon von einer Demonstration aus[...]schließen", betonte Lutz. Zu scharfen Maßnah[...]men rief hingegen der Vorsitzend[...] des Bundes Deutscher Kriminal[...]beamten (BDK), Herrmann, au[...] Er forderte die „konsequente Ve[...]folgung und vollständige Ze[...]schlagung der Strukturen der Ve[...]brechertrupps vermummter Ge[...]walttäter".

In einer Erklärung des Bonne[...] CDU-Fraktionsvorsitzenden Dregger hieß es: „Von der Forde[...]rung Jutta Ditfurths, dieser Sta[...] brauche nichts so sehr wie den Ter[...]ror, über die Duldung eine[...] rechtsfreien Raumes in der Hafen[...]straße bis zu gewalttätigen De[...]monstrationen in Wackersdor[...] führt ein und dieselbe Blutspur".

Vermummter befahl: „Scharfschützen, Feuer!“

Zwei gemeine, zwei feige Morde erschüttern Deutschland: Zum ersten Mal haben vermummte Chaoten das Feuer auf Polizisten eröffnet. Ihre Kugeln töteten zwei Beamte. Anlaß war Montagabend ein nicht genehmigter Fackelzug zur Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Zwei Hundertschaften hatten Befehl, die Demonstration aufzulösen. Plötzlich schrie ein Vermummter durchs Megaphon die Polizisten an: „Nicht näherkommen!“ Unmittelbar darauf gab er den Mordbefehl: „Scharfschützen, Feuer!“ Minuten später lagen 11 Polizisten in ihrem Blut. Ein „Autonomer“ Frankfurter wurde festgenommen, eine 9-mm-Polizeipistole bei ihm gefunden. Gestern abend erklärte die Bundesanwaltschaft: „Aus dieser Pistole wurde der Polizist Klaus Eichhöfer erschossen.“ Die hessische Regierung setzte 100 000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter aus.

Die Demonstranten zündeten Fackeln an, zogen zunächst friedlich zu einem drei Kilometer entfernten Wiesengelände. Plötzlich holten einige aus ihren Plastiktüten Molotow-Cocktails, Feuerwerkskörper, Motorradhelme, Gesichtsmasken – vermummten sich.

Zum blutigen Terror kam es, als ein Beamter des Regierungspräsidiums Darmstadt sie aufforderte, das Gelände zu verlassen. Da zischten die ersten Raketen durch die Luft, flogen Molotow-Cocktails. Zwei Hundertschaften der Polizei rückten durch Tor 4 der großen Betonmauer an der Startbahn, vier Wasserwerfer rollten heran. Eine Gruppe unternahm einen gespielten Ausfall, um die Molli-Werfer zu ermitteln.

Die Vermummten zogen sich in ein kleines Waldstück zurück, bauten Barrikaden aus Heuballen, zündeten sie an. Eine Brücke wurde mit spitzen Nägeln unpassierbar gemacht.

Trotzdem glaubte die Polizei, das Schlimmste sei überstanden. Der Einsatzleiter rief zum Rückzug, die Beamten nahmen die Helme ab. Da kam der „Schießbefehl“ der Chaoten.

Steine, Stahlkugeln, Leuchtraketen, Molotow-Cocktails prasselten auf die Beamten. „Sie schossen aus allen Richtungen mit allen möglichen Schußwaffen“, sagte Polizeisprecher Neitzel. Ein Journalist: „Es hörte sich wirklich sehr viel geknallt.“

„Plötzlich zischte irgendwas, dann machte es plopp, und dann ist er umgefallen“, berichtete ein Polizist, der unmittelbar neben Hundertschaftführer Klaus Eichhöfer stand. Wegen der Knallerei und der Dunkelheit bemerkten die Polizisten nicht sofort, daß die Chaoten inzwischen mit scharfer Munition schossen, daß auch Eichhöfer sein Kollege Thorsten Schwalm (23) tödlich getroffen wurde.

Herzmassage

Dann stiegen Rettungshubschrauber auf, Notarztwagen heulten heran. In einem saß Dr. Thomas Zickgraf (51). Der Arzt beugte sich über Eichhöfer. „Ich sah sofort, der Bauchschuß konnte nicht von einer Stahlkugel oder von einer Leuchtspurrakete sein, dafür war die Durchschlagskraft zu groß.“

Rund 200 Startbahngegner trafen sich nach 18 Uhr im Schlichterwald bei Mörfelden und am Walldorfer Sportlerheim, das seit Jahren Ausgangspunkt für ihre Demos ist. Anlaß war der 6. Jahrestag, an dem Polizisten 1981 das „Hüttendorf“ auf der Baustelle der Startbahn stürmte.

Zickgraf machte Wiederbelebungsversuche: Herzmassage, Elektroschocks, Spritzen. Dann folgte der Transport zur Flughafenklinik. Dr. Zickgraf holte das 9-mm-Geschoß aus dem Körper des Kommissars. Vergeblich – tot.

20 Verdächtige festgenommen

Die Flughafenklinik glich zur gleichen Zeit einem Feldlazarett. Acht weitere Polizisten mit blutenden Stahlkugeldurchschüssen an Armen und Beinen mußten behandelt werden.

Die Polizei löste eine Ringalarm-Fahndung aus. Im Umkreis von 5 Kilometern wurden alle Straßen gesperrt, wurden alle Fahrzeuge kontrolliert. Vor allem vier Wagen mit Wiesbadener Kennzeichen, darunter ein Fiat, Mazda, Renault, und zwei mit Rüdesheimer Kennzeichen wurden gesucht. In Frankfurt, Wiesbaden, Rüdesheim, wurden Wohnungen durchsucht, über 20 Verdächtige zum Teil vorübergehend festgenommen.

Hessens Ministerpräsident Wallmann (CDU) rief noch in der Nacht sein Kabinett zur Sondersitzung ein, die um 9 Uhr auf dem Flughafen begann: „Das muß Konsequenzen haben. Das darf sich der Staat nicht gefallen lassen.“

Generalbundesanwalt Rebmann übernahm die Ermittlungen. Das Landeskriminalamt in Frankfurt richtete **ein Telefon für anonyme Hinweise ein, die auf Band gesprochen werden können: [illegible]**

Die Landesregierung setzte 100 000 Mark Belohnung aus.

Ein Polizeisprecher bat Journalisten fast flehentlich: „Schreiben Sie, wir brauchen die Täter. Schreiben Sie, wir brauchen Hilfe.“

5 000 Polizeibeamte und Frankfurter Bürger formierten sich gestern abend am Präsidium zu einem Trauermarsch durch die City. Fackeln wurden entzündet, Transparente entrollt: „Wir trauern“. „Demonstration im Hessenland, Polizistentod von Mörderhand“, „Warum schützt uns?“

Betroffenheit, Entsetzen, Wut: „Zurückschießen können wir nicht – das wäre Bürgerkrieg“, sagte Hauptkommissar Joachim Reindl. Sein Kollege Karl-Heinz Meister: ***„Solange Chaoten vom Richter wieder freigelassen werden, ändert sich nichts.“***

An der Spitze des Trauermarsches zur Paulskirche gingen Polizeipräsident Gemmer, Regierungschef Wallmann, Justizminister Koch, Ex-Justizminister Günther, Volker Hauff – keiner konnte die Tränen verbergen. Frankfurts DGB-Chef Kiesewetter faltete die Hände zum Gebet, auch viele Stadtverordnete, die mitmarschierten.

„Haß überwinden, Frieden bewahren“, mahnte Wallmann bei der Kundgebung auf dem Paulsplatz. Aufgebrachte Polizisten unterbrachen ihn: „Das ist zuwenig – tut endlich was!“

„Jedem war's mulmig“

Der Frankfurter Polizist Uwe Lenz: „Die Schüsse sind neu, furchtbar. Aber eine Stahlkugel bringt dich genauso um – nur sie knallt nicht, es zischt nur kurz.“ Die Stimmung unter den Beamten beschrieb er kurz als „beschissen“. An Arbeit sei auf dem Revier zunächst nicht zu denken gewesen: „Jedem war's mulmig“.

Auch hält er nicht viel von den Erklärungen der Politiker: ***„Das geht ein oder zwei Tage, dann kommt das nächste Thema.“***

Mit Sprechchören „Aufhören“ störten Polizisten die Rede von DGB-Landeschef Jungmann, der vor einer weiteren Eskalation zwischen Polizei und Demonstranten warnte.

Ein Tag danach: Nebel und schwarzer Rauch

Hinter der drei Meter hohen Mauer am Südende der Startbahn West: Eine 200 Meter breite, feuchte Wiese, dahinter (im Süden) ein alter Mischwald: Tannen, Fichten und Buchen – das Schlachtfeld.

30 Meter vor diesem Wald stieg gestern morgen immer noch schwarzer Rauch aus einem Heuballen in den nebeligen Himmel. Daneben ein Strauß roter und weißer Nelken: Hier starben die Polizisten. Die Erschütterung ist überall zu spüren.

Zwei Hundertschaften der Polizei haben die Wiese mit rotweißen Markierungsbändern abgesperrt. Ruhig, sachlich, als sei es ein gewöhnlicher Mordfall. Schwarz-weiße Hütchen überall dort, wo Fundstücke gefunden wurden, oder Schrauben (mit denen die Polizisten ebenfalls beschossen wurden).

Alle Fundstücke werden in Plastiktüten verpackt. Beamte einer Sonderabteilung fertigen mit 100 Stereo-Fotografien eine richtige Landkarte der Wiese an. „Wir halten hier für die Beweisaufnahme jeden Zentimeter fest, würden sogar eine Stecknadel finden“, sagt ein Beamter. Über dem Waldrand kreist donnernd ein Hubschrauber.

Startbahn West

467 verletzte Polizisten
35 Millionen Mark Demo-Schaden

Die graue Betonwand der Startbahn West ist 4 km lang, 60 m breit, kostete 224 Millionen Mark. Am 12. April 1984 startete die erste Maschine auf der neuen Startbahn Richtung Süden.

Bereits 1958 wurde mit der Planung begonnen, weil die beiden übrigen Bahnen nicht mehr reichten. 1956 starteten oder landeten 48 000 Flugzeuge (1 Million Fluggäste), 1986 waren es schon 250 000 Flugzeuge (20,5 Millionen Passagiere). Alle 50 Sekunden ein Start oder Landung! 104 Prozesse wurden gegen den Bau der Startbahn geführt, weil 195 Hektar Wald vernichtet wurden. „Drei Millionen Bäume“, sagen die Startbahngegner. „370 000“, sagt die Flughafen-Gesellschaft. Sie muß als Ersatz insgesamt 227,5 Hektar Wald wieder aufforsten. Bis zur Einweihung der Startbahn zahlte der hessische Innenminister bereits 35 Millionen Mark für die Polizeieinsätze. Bei den Demonstrationen wurden 467 Polizisten zum Teil schwer verletzt.

Bild 4.11.

Die schlimmsten Krawalle

● 2. 11. 1981: 200 Polizisten räumen das Hüttendorf, abends explodieren im Hauptbahnhof Brandsätze. 3 000 Gewalttäter stürmen auf die Bahnsteige, jagen Reisende. 14 Schwerverletzte. ● 3. 11. 1981: Straßenkämpfe in der Rohrbachstraße, Chaoten plündern in der City, Brandanschlag auf die Deutsche Bank, Bombenterror in der B-Ebene am Hauptbahnhof: 60 Verletzte, 17 Festnahmen, eine Viertelmillion Schaden. ● 15. 11. 1981: Am Tag nach der friedlichen Massendemonstration in Wiesbaden brennt die Autobahn am Flughafen. Eine Rentnerin stirbt im Notarztwagen, der im Stau steckenblieb. 40 Verletzte, über 100 Festnahmen. ● 13. 4. 1984: 600 „Krawalltouristen“ wüten in der City, hinterlassen ein Trümmerfeld, 50 Festnahmen, über 100 Verletzte.

„GSG 9 gegen die Banditen einsetzen!“

Bundeskanzler Kohl (CDU) sagte nach Angaben seines Sprechers Ost, das „tödliche Attentat“ stelle einen schweren Anschlag auf die demokratische Ordnung dar“.

CDU-MdB Lummer (Ex-Innensenator von Berlin): „Der Staat muß jetzt endlich den Mut haben, die Vermummung zu verbieten.“

Minister soll zurücktreten

Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft Gregg forderte Bundesjustizminister Engelhard auf, „unter dem Eindruck einer völlig verfehlten Rechtspolitik zurückzutreten“.

Bildungsminister Möllemann (FDP) verlangt den Einsatz der GSG 9 und mobiler Einsatzkommandos: „Banditen wie der ‚Schwarze Block' sind keine schützenswerten Demonstranten, sondern kriminelle Terroristen und Mörder.“

Der hessische CDU-Fraktionsvorstand: „Die Forderung nach einem Vermummungsverbot stellt sich nach den brutalen Morden von Frankfurt von selbst.“ Und: „Über ein Versammlungsverbot an der Startbahn West muß nachgedacht werden.“

CSU-Landesgruppenchef Waigl fordert ein „strafbewehrtes Vermummungsverbot“, daß längst überfällig sei: „Hinter der Maske der Vermummten verbirgt sich nicht die Absicht, für seine Meinung zu demonstrieren, sondern die blanke Gewalt.“

Hessens stellvertretender Ministerpräsident Gerhardt (FDP) sagte, die FDP dürfe und werde sich der Diskussion über neue Bestimmungen zur inneren Sicherheit nicht verschließen.

FDP-MdB Baum sprach sich gegen ein Vermummungs-Verbot aus: Die Frankfurter Ereignisse rechtfertigten eine solche Forderung nicht.

Die Opfer: Einer liebte seinen Garten, der andere spielte so gerne Fußball

Hauptkommissar Klaus Eichhöfer (44) war ein Mann, der das Leben liebte – ein begeisterter Segler, Hobbykoch, Skatspieler und Leichtathlet: Im Weitsprung schaffte er noch 6,58 Meter. Er werkelte gern in seinem Schrebergarten, spielte Gitarre.

Er hinterläßt drei Söhne – Elektrotechnikstudent Sven (24), Kfz-Schlosser Dirk (21) und der angehende Designer Frank (19).

Nächstes Jahr hätte Hauptkommissar Eichhöfer mit seiner Frau Anita (44) Silberhochzeit gefeiert. Sie hatte immer Angst, wenn er zur Startbahn mußte, aber sie sagte ihm auch: „Es ist wichtig, was du machst“.

Er hatte Angst vor Frankfurt

Der Polizeibeamte war selbst nicht begeistert, daß dort Bäume gefällt werden mußten, aber er „tat seine Pflicht“.

Der andere Tote, Polizeimeister Thorsten Schwalm (23) gehörte zur 11. Hundertschaft in Mülheim. Mit 17, nach der Realschule, wurde er Polizist.

„Manchmal hab' ich Angst nach Frankfurt zu fahren“, erzählte er einem Freund in seinem Heimatort Wasenberg. Aber er war gern Polizist, opferte dafür auch an den Wochenenden seine Freizeit. „Leid tut mir nur, daß ich immer seltener Fußball spielen kann“, klagte er mal.

Polizeiobermeister Uwe Köhler (24) bekam einen Lungendurchschuß. Der Frankfurter Professor Stelter operierte ihn noch in der Nacht, holte die Kugel raus. Köhler ist außer Lebensgefahr.

Der feige Mord an der Startbahn

SPD-Renger: Diese Leute wollen den Staat zerstören

● Innenminister Zimmermann (CSU): „Wir sehen eine Menschenverachtung ohne gleichen, einen Haß auf diesen freiheitlichen Rechtsstaat.“

● Bundesjustizminister Engelhard (FDP): „Der Terror des Mobs hat mit den Morden eine bisher nicht bekannte neue Dimension erreicht.“

● Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD): „Diese Leute wollen keine friedliche Demonstration, sie wollen den Staat zerstören.“

● CDU/CSU-Fraktionschef Dregger: „Der blindwütige Haß der Terroristen macht vor keinem Menschen mehr Halt.“

● Der NRW-Chef der Gewerkschaft der Polizei Steffenhagen: „Die schäbigen Mörder müssen gefaßt werden.“

● Schleswig-Holsteins SPD-Oppositionschef Engholm: „Gruppen, die zur Erreichung ihrer Ziele Tote in Kauf nehmen, sind menschenverachtend und undemokratisch.“

● Hessens CDU-Fraktionschef Nassauer: Dies müßte „auch dem Letzten klarmachen, daß es sich bei den vermummten Demonstranten um reisende Gewalttäter, um Verbrecher handelt, die nicht einmal vor Morden zurückschrekken“.

● FDP-Chef Bangemann: „Geplante mörderische Terroranschläge.“

● SPD-Chef Vogel: „Man ist rat- und fassungslos, wenn man das vernimmt.“

● Regierungssprecher Ost: „Der Staat wird der Gewalt nicht weichen.“

Was die Startbahn-Gegner sagen

● Grünen-MdB Schily: „Abscheuliche Morde.“

● Die grüne Abgeordnete Beck-Oberndorf: „Die Schüsse kamen wie bestellt.“

● Grünen-Sprecher Ebermann: Man müsse jetzt vor allem „eine Kriminalisierung der Startbahn-Initiative entgegenwirken“. ● Hessens Grünen-Fraktionschef Fi[…] scher sprach den Angehörigen der Opfer mit hörbar bewegter Stimme sein Mitgefühl aus: „Mit dem Terror muß Schluß sein.“

● Pfarrer Oeser, Vermittler in der Protestbewegung: „Ganz schrecklich und unbegreiflich.“

● Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main: „Es ist nicht unser Konzept, lag nie in unserem Interesse, Menschenleben anzugreifen. Wir sind von dem Tod der beiden Polizisten zutiefst erschüttert.“

● Eine Sprecherin der autonomen Startbahngegner: „Wir als Autonome distanzieren uns aufs Schärfste von den feigen Morden.“

Noch in der Nacht durchsuchte die Polizei Wohnungen in Sachsenhausen und Niederrad. In einem grauen Mietshaus nahe der Bornheim wurde sie fündig. Sie nahmen einen Verdächtigen fest. In seiner Wohnung, die er mit einer Bekannten teilt, entdeckten die Fahnder eine Pistole der Marke „Sig-Sauer“ P 6, Kal. 9 mm. Aus dieser Waffe, so die Bundesanwaltschaft, stammt „mit Sicherheit“ die Kugel, die Eichhöfer tötete. Dies ergaben Untersuchungen eines Ballistiksachverständigen.

Die Waffe war einem Kriminalhauptmeister (31) bei einer Gewaltdemo vor einem Jahr in Hanau geraubt worden. Damals, am 8. November, demonstrierten 12 000 Atomkraftgegner gegen die Atomfabrik „Nukem“. 15 vermummte Chaoten in schwarzer Lederkluft kesselten den Beamten ein. Sie schlugen ihn, traten ihn zusammen, rissen seine Pistole aus dem Halfter.

Die Beamten fanden in der Niederräder Wohnung außerdem leere Magazine, Leuchtmunition und Abschußvorrichtungen für Leuchtraketen.

Generalbundesanwalt Rebmann ermittelte bereits gegen den Mann, der den „autonomen“ Startbahngegnern angehört, weil er an Anschlägen auf Strommasten beteiligt gewesen sein soll. Er wird heute dem Haftrichter vorgeführt.

Lagebesprechung in der Nacht. Die Polizei durchsuchte mit Schäferhunden den Wald neben der Startbahn

Bild 4.11.

Noch sind es wenige

G.H. Nach der Ermordung zweier Polizisten an der Frankfurter Startbahn West ist viel geredet worden, nicht nur Bedenkenswertes, auch Bedenkliches. Zur letzteren Kategorie gehören die Aussagen des SPD-Politikers Penner und des Polizei-Gewerkschaftsvorsitzenden Lutz, die Polizisten seien nicht dazu da, mit ihrem Leben „für die Durchsetzung politisch umstrittener Entscheidungen zu bezahlen“ (wie es bei dpa hieß). Solange unser Staat eine Demokratie ist, sind mit Mehrheit gefällte Entscheidungen umstritten. Stimmen aus der autonomen Szene lassen erkennen, daß es noch lange eine Minderheit geben wird, der es die Mehrheit nie recht machen kann. Viele unter diesen Radikalen kämpfen nur mit dem Wort, einige aber sind zu mehr entschlossen. Daß es noch nicht zu viele sind, hat es der Polizei möglich gemacht, wenigstens einen der Tatverdächtigen (den einzigen?) binnen Stunden festzunehmen – gewiß ein Erfolg, der Gesinnungsgenossen zu denken geben sollte. Die Politiker aber sollten darüber nachdenken, daß es nicht zu den Morden gekommen wäre, wenn der Mann nicht trotz seiner früheren Taten auf freiem Fuß gewesen wäre. Nachlässigkeit angesichts von Gewalt gegen Sachen (Strommasten) kann zur Gewalt gegen Menschen verleiten.

Öffentliche Trauerfeier

Noch drei verletzte Polizeibeamte im Krankenhaus

lr. Mit einer öffentlichen Trauerfeier will die hessische Landesregierung der beiden am Montagabend an der Startbahn West ermordeten Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Torsten Schwalm gedenken. Angesichts der Bedeutung der Ereignisse und der Schwere der Tat halte das Kabinett dies für geboten, sagte gestern der Sprecher des Innenministeriums in Wiesbaden, Siegbert Seitz. Es dürfe angenommen werden, daß auch führende Politiker aus anderen Bundesländern an der Feierstunde teilnehmen wollten.

Der Ministeriumssprecher teilte weiter mit, über Zeitpunkt, Ort und Art der Feierstunde sei noch nicht entschieden. Die Angehörigen von Polizeimeister Torsten Schwalm hätten den Wunsch geäußert, ihn im engsten Familien- und Freundeskreis zu beerdigen. Auch über die Beisetzung des Hundertschaftsführers Klaus Eichhöfer sei noch keine Entscheidung getroffen worden. Beide Begräbnisse könnten am Ende dieser Woche stattfinden.

Der bei den mörderischen Ausschreitungen an der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens am Montagabend durch einen Brustschuß lebensgefährlich verletzte 25 Jahre alte Polizeibeamte Uwe Köhler ist nach einer Operation im städtischen Krankenhaus Höchst endgültig außer Lebensgefahr. Auch den übrigen Verletzten, von denen einer einen Oberschenkeldurchschuß, ein weiterer Polizeibeamter eine Schußverletzung am Knie und die anderen Verletzungen durch Schläge, Stahlkugeln oder Signalmunition davongetragen hatten, geht es nach Auskunft der Behörden inzwischen besser. Gestern lagen noch drei verletzte Polizisten in den Krankenhäusern.

FAZ 5.11.

„Und ich kämpfe gegen diesen Staat“

Autonome und Anarchisten zu den Morden an der Startbahn West

güm. „Wir sind Anarchistinnen und Autonome aus Frankfurt, die für eine selbstbestimmte, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen. Uns kotzen diese Schüsse am 2. 11. 87, dem sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung, an.“ Mit diesen Worten hat das „Libertäre Zentrum Frankfurt“ gestern zu den Polizistenmorden an der Startbahn-West Stellung genommen. Sie lehnten, schreiben die Verfasser, die Mitnahme von Schußwaffen auf Demonstrationen ab, weil sie sich damit in die Isolation treiben, die ihren politischen Vorstellungen widerspreche. „Deshalb ist eine solche militärische Eskalation nicht unsere Sache“, heißt es in dem Zentrum-Papier.

Die nicht näher aufgeführten Gruppen, die sich mit diesen Feststellungen zu Wort meldeten, erklärten weiter, ihre Mittel, die sich in den „verschiedenen sozialen Bewegungen und ihren Kämpfen“ entwickelt hatten, kenne jeder. Jeder könne sich darauf einstellen. Sie wendeten sich mit diesen Mitteln gegen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung. „Wir setzen diese nicht ein, um zu töten, sondern um uns zu schützen.“

Und weiter: Der Weg zu einer freien Gesellschaft dürfe nicht mit Leichen gepflastert sein. „Des unterscheidet uns von der Gegenseite. Ihre Opfer sind nicht nur getötete Demonstranten, sondern alle Menschen, die täglich durch strukturelle Gewalt, ihre Lebensbedingungen, sterben.“ Ein Beispiel dafür sei der Flughafen in Frankfurt, der als Ort für Abschiebungen, der ökonomischen Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt sowie als militärische Basis diene.

Deutlicher über ihre Mittel und ihren Widerstand äußerten sich gestern vormittag Vertreter dieser Gruppen in der Sendung „Unterwegs in Hessen“ im Hörfunkprogramm des Hessischen Rundfunks. Da hieß es: Brennende Barrikaden, das sei ein Defensivmittel, was nicht zu einem Angriff genutzt werde, sondern „lediglich in dem Fall unsern Rückzug deckt zum Beispiel“. Und: „Ich würde sagen, der Widerstand, und wenn man das Wort Widerstand gebraucht, dann ist klar, daß das nicht nur defensiv gemeint ist. Das ist auch offensiv, daß wir mit diesen Mitteln: Feuerwerkskörper, Steine, die über die Mauer fliegen oder Holzknüppel, im Grunde genommen gegen Materialien vorgehn, ja, und das ist unsere Offensive in diesem Widerstand.“

Eine andere, weibliche Stimme sagte: „Ich möchte es auch nicht nur darauf belassen, ja, daß wir uns nur wehren, ja, daß es auch nur um die Mauerstreben oder so irgendwas geht, und daß wir alles andere irgendwo nicht sehen. Wir wissen sehr genau, ja, daß wir mit diesen Leuchtraketen, daß wir mit den Steinen, daß wir mit den Molotowcocktails auch irgendwo Menschen und damit die Bullen in dem Moment verletzen können, ja. Und das ist ein wohl einkalkuliertes Risiko, daß das passieren kann. Weil, ich kämpfe nicht nur gegen eine Mauer, sondern die Mauer ist ein Ausdruck von diesem Staat. Und ich kämpfe gegen diesen Staat. Ich greife den auch an, das ist für mich auch ein Angriff.“

Was ist eigentlich mit Alexander Schubart?

Stadt fragt nach Verfassungsbeschwerde des suspendierten Magistratsdirektors und Startbahnkämpfers

rbf. Die Stadt Frankfurt hat gestern offiziell beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angefragt, ob die Verfassungsbeschwerde des ehemaligen Wortführers der Startbahngegner, des vom Amt suspendierten Magistratsdirektors Alexander Schubart, nicht endlich beschleunigt bearbeitet werden könne, da ohne einen Abschluß des strafrechtlichen Verfahrens die Verwaltung gezwungen sei, Schubart die Bezüge als Magistratsdirektor nach A 15, abzüglich etwa zehn Prozent, weiterzuzahlen.

Das bestätigte Christoph Fay, persönlicher Referent des Rechtsdezernenten Udo Müller. In seinem Rückblick auf die Eskalation der Gewalt an der Startbahn West hatte das deutsche Fernsehen am Dienstagabend auch jene Szene eingeblendet, in der Schubart bei einer Demonstration in Wiesbaden am 14. November 1981 dazu aufrief, am nächsten Tag dem Flughafen „einen Besuch abzustatten“ mit dem Ziel: „Ab 12.30 Uhr ist der Flughafen dicht.“

Heute, nach sechs Jahren, ist das letzte Urteil über diesen Blockadeaufruf, von dem nach Darstellung des 3. Senats des Bundesgerichtshofes mindestens 120 000 Menschen betroffen waren, wobei 109 Polizisten und 200 Demonstranten verletzt wurden, noch immer nicht gesprochen. Außerdem starb vor Aufregung eine Frau in einem Auto, die auf der Autobahn am Flughafen in die vorderste Reihe der Blockierer geraten war.

Zwar hatte der 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am 19. Januar 1983 Schubart unter anderem wegen eines „Verbrechens der versuchten Nötigung von Verfassungsorganen“ zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt, weil der Blockadeaufruf in Zusammenhang stand mit der Durchsetzung eines Volksbegehrens gegen den Startbahnbau. Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs aber hob in der Revision am 23. November 1983 diese Entscheidung teilweise auf.

Der Bundesgerichtshof beurteilte Schubarts Handlungsweise nur als ein Vergehen des schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Nötigung der von der Flughafenblockade unmittelbar betroffenen Personen. Die Blockade sei nicht geeignet gewesen, das hessische Kabinett zu zwingen, die Ablehnung des Volksbegehrens rückgängig zu machen.

Schubart selbst hatte an der Blockade nicht teilgenommen, wozu der Bundesgerichtshof aber ausdrücklich klarstellte, daß „Hintermänner gewalttätiger Ausschreitungen“ auch dann bestraft werden müßten, wenn sie sich nicht selbst am Ort des Geschehens aufgehalten hätten. Der Bundesgerichtshof verwies die Sache zur Neufestsetzung des Strafmaßes an das Frankfurter Oberlandesgericht zurück.

Schubart war auch mit der sehr viel milderen Beurteilung seines Handelns durch den BGH nicht einverstanden. Am 19. Dezember 1983 legte er gegen das Urteil des OLG und die abändernde Entscheidung des BGH Verfassungsbeschwerde ein, da er sich in seinem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, persönliche Freiheit und durch die Verweigerung rechtlichen Gehörs in seinen verfassungsmäßig garantierten Rechten, einschließlich der Versammlungsfreiheit, eingeschränkt sehe.

Der Vorsitzende des 5. Strafsenats des Oberlandesgerichts Frankfurt, Dr. Schiefenstein, sagte gestern auf Anfrage: „Natürlich könnten wir neu entscheiden, aber wenn Schubart mit seiner Verfassungsbeschwerde durchkommt, würde uns auch ein geändertes Strafmaß nichts nützen.“ Andererseits sei er bereit, sofort einen Termin anzuberaumen, wenn das Bundesverfassungsgericht entschieden habe. Das aber wird noch dauern, denn die Stadt erhielt auf ihre Anfrage in Karlsruhe die Auskunft, daß der zuständige 1. Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung am 15. November aufgelöst werde, dann ein neuer Senat gebildet werden müsse und erst im Frühjahr 1988 eine Entscheidung anstehe.

Arbeitsgruppe soll Konsequenzen vorbereiten

Das Bundeskabinett befaßt sich mit den Polizistenmorden

ban. BONN, 4. November. Nach dem Tod beider Polizisten an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens wollen die Bundesregierung und die hessische Landesregierung von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe prüfen lassen, welche rechtlichen und administrativen Konsequenzen zu ziehen seien. Darauf verständigte sich am Mittwoch das Bundeskabinett, an dessen Sitzung auch Vertreter der hessischen Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Wallmann teilnahmen. Am 2. Dezember will sich das Bundeskabinett – wiederum unter hessischer Beteiligung – mit dem Bericht und den Vorschlägen der Arbeitsgruppe befassen, und es ist nach Angaben von Regierungssprecher Ost „beabsichtigt, dann auf der Grundlage des Berichts entsprechende Beschlüsse zu fassen".

Innenminister Zimmermann kündigte in der Kabinettssitzung an, er werde am Freitag der Konferenz der Innenminister der Länder empfehlen, so schnell wie möglich „ein strafbewehrtes Vermummungsverbot wie auch die notwendige Ergänzung des Landfriedensbruchtatbestandes" zu normieren. Der CSU-Vorsitzende Strauß richtete in diesem Sinn einen Brief an Bundeskanzler Kohl und den FDP-Vorsitzenden Bangemann. An diesem Donnerstag wird sich der Bundestag mit der Ermordung der Polizisten befassen.

Zimmermann plädierte für ein strafbewehrtes Vermummungsverbot. Die These sei „viel zu kurzsichtig", die Polizistenmorde von Frankfurt hätten auch durch ein strafbewehrtes Vermummungsverbot nicht verhindert werden können.

In Kreisen der Unionsfraktion ist die Rede davon, in der mit der FDP bisher strittigen Frage komme man einander näher. Nachdem die FDP-Landesvorsitzenden Brunner (Bayern) und Möllemann (Nordrhein-Westfalen) sich entsprechend geäußert hatten, sagte am Mittwoch der hessische Minister Gerhardt, der auch stellvertretender FDP-Vorsitzender ist, seine Partei müsse in dieser Frage diskussionsbereit sein." Gerhardt warnte davor, Straftatbestände zu schaffen, die die Polizei nachher nicht vollstrecken könne. Wenn es nötig sei, werde die FDP neue Beschlüsse fassen. Strauß bat in seinem Schreiben an Bangemann, darauf hinzuwirken, daß die FDP ihren grundsätzlichen Widerstand gegen ein strafbewehrtes Vermummungsverbot aufgebe. Der Staat müsse „endlich diesen Verbrechern schon im Anfangsstadium ihrer Zusammenrottungen mit aller Härte entgegentreten".

Wallmann verlangte für die bevorstehenden Entscheidungen „Augenmaß" und „Besonnenheit". Die Politiker dürften sich nicht von Gefühlen und Emotionen leiten lassen, und jetzt sei nicht „der Augenblick der Selbstprofilierung". Auf der anderen Seite, sagte Wallmann, könne am Ende der Debatte „nicht stehen, daß wir unverbindlich miteinander diskutiert haben". Es müßten Konsequenzen gezogen werden. Die Vorfälle seien eine Herausforderung an die gesamte Bundesrepublik, und einen hessischen Alleingang werde es nicht geben. Wallmann kündigte an, daß noch im Landeshaushalt 1988 Gelder für 100 zusätzliche Stellen bei der Polizei bereitgestellt würden, und „aller Voraussicht nach" werde es auch in Hessen eine Sondereinheit der Polizei geben. Die Politiker müßten noch mehr auf die Polizeibeamten zugehen. Es müsse aber auch damit aufgehört werden, Haß gegen den Staat und die Polizei zu predigen und die Beamten als „Bullen" zu bezeichnen. „Sprache kann Bewußtsein schaffen."

Wallmann und Zimmermann wiesen die Ansicht des Leiters des Hamburger Verfassungsschutzes, Lochte, zurück, „Autonome" hätten bisher von Schußwaffen nicht Gebrauch gemacht und es handele sich in Frankfurt um die Tat eines Einzelgängers. Zimmermann sagte, schon seit längerem sei festzustellen, daß die Ausschreitungen in den vergangenen Jahren immer brutaler geworden seien. In Wackersdorf seien Gewalttäter sogar gegen Feuerwehr und Rettungsdienste vorgegangen. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wertete das Kommando „Scharfschützen, Feuer" als einen Hinweis, der gegen die Tat eines einzelnen spreche. Es müsse von einer geplanten Aktion gegen die Polizei ausgegangen werden.

Am Vorabend gab es ein schon seit längerem geplantes Gespräch von SPD-Innenpolitikern mit dem Vorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Penner und der GdP-Vorsitzende Lutz äußerten, die Polizei, die die Bürger zu schützen habe, dürfe nicht ihrerseits schutzlos den Gewalttätern ausgesetzt werden. „Polizeibeamte sind nicht die Prügelknaben der Nation, die mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit die Durchsetzung politisch umstrittener Entscheidungen zu bezahlen haben." Die beiden warnten vor „gesetzgeberischer Hektik", weil diese nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit führe.

Polizeitaktik überprüfen

ptn. WIESBADEN, 4. November. Der Vorsitzende der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Nassauer, hat nach den Polizistenmorden am Frankfurter Flughafen eine Überprüfung der Polizeitaktik gefordert. Nassauer sagte am Mittwoch in Wiesbaden, Polizisten dürften bei Demonstrationen „nicht länger tatenlos zu wehrlosen Zielscheiben von maskierten Gewalttätern" werden. Nach Ansicht des CDU-Politikers muß gefragt werden, ob nicht die Polizei beginnenden Gewalttätigkeiten bisher zu abwartend gegenübergestanden habe. Auch in dem Bestreben, „deeskalierend" zu wirken, dürfe die Polizei bei offenkundiger Gewaltvorbereitung oder Gewaltanwendung künftig nicht mehr passiv bleiben. Nach Ansicht des CDU-Politikers muß „offensiv eingeschritten" werden, sobald Anzeichen für eine Gewalttätigkeit vorlägen.

Seit langem der Polizei bekannt

Kaum eine Demonstration ausgelassen / Von Franz Horeni

FRANKFURT, 4. November. Nach den Todesschüssen an der Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens wußten die Fahnder, wo sie zu suchen hatten. Nur wenige Kilometer vom Tatort entfernt nahmen sie noch in der Nacht zum Dienstag in einem zweigeschossigen Haus im Frankfurter Stadtteil Niederrad den 33 Jahre alten Andreas Eichler fest und beschlagnahmten bei ihm eine Pistole, Modell Sig Sauer P 6, Kaliber neun Millimeter, mit der nachweislich der 44 Jahre alte Hundertschaftsführer Klaus Eichhöfer erschossen wurde.

Festgenommen wurden außerdem drei Verdächtige, unter ihnen der 52 Jahre alte Frankfurter Fotograf Klaus M. und der 36 Jahre alte Michael K. aus Frankfurt. Beide sind den Ermittlungsbehörden als engagierte Startbahngegner bekannt. Überprüft wurde bei der Fahndung nach den Startbahnmördern auch die 48 Jahre alte Ursula J. aus Frankfurt. Sie war im Sommer vergangenen Jahres unter mysteriösen Umständen mit schweren Brandverletzungen von Klaus M. und seiner Ehefrau zur Universitätsklinik gebracht worden. Die beiden Helfer hatten sich dann aber entfernt, ohne in der Klinik ihre Personalien zu hinterlassen, konnten aber anhand ihres Autokennzeichens ausfindig gemacht werden. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Darmstadt ergaben dann, daß die schweren Verletzungen der Frau offensichtlich im Zusammenhang mit einem Anschlag auf einen Strommast der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) bei Offenthal in der Nähe von Frankfurt standen und die Frau zweifelsfrei damals am Tatort war.

Bei der Festnahme Eichlers in der Nacht zum Dienstag wurden nach Auskunft der Ermittlungsbehörden auch leere Pistolenmagazine, Signalmunition und ein Gerät zum Abschießen der Leuchtkugeln gefunden. Die Tatwaffe und die anderen beschlagnahmten Beweisstücke steckten in einem Rucksack und sollten offenbar noch in der Nacht beseitigt werden. Der Verdächtige hatte sich angeblich vorher nur noch mit einer Tasse Tee stärken wollen.

Ein Ermittlungsrichter der Bundesgerichtshofs ist am Mittwochnachmittag von Karlsruhe nach Frankfurt gereist, um am Abend Eichler den Haftbefehl wegen dringenden Verdachts des Mordes zu verkünden. Ob aus der bei ihm gefundenen Waffe auch der tödliche Schuß auf den 23 Jahre alten Polizeimeister Thorsten Schwalm abgefeuert und auch auf die anderen durch Kugeln verletzten Beamten geschossen wurde, stand zu dieser Zeit noch nicht fest. Aus Ermittlerkreisen wurde am Mittag bekannt, daß die Verdachtsmomente gegen die anderen Festgenommenen vermutlich zum Erlaß eines Haftbefehls nicht ausreichen würden.

Andreas Eichler ist den Ermittlungsbehörden im Rhein-Main-Gebiet seit 1974 aus der Demonstrationsszene bekannt. Gegen ihn läuft bei der Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Absägen von Strommasten. An der Startbahn West wurde er im vergangenen Jahr wegen Verdachts des Landfriedensbruchs festgenommen.

Mit Fotograf Klaus M., der nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden wohl bei keinem der „Sonntagsspaziergänge" an der Startbahn oder bei gewalttätigen Kundgebungen in der Innenstadt gefehlt hatte, wohnt Eichler in derselben Straße nahe der Pferderennbahn in Niederrad nur fünf Häuser entfernt. Auch der festgenommene Michael K. sei mit den beiden oft zusammen an der Startbahn gewesen. Gegen den Fotografen war im Zusammenhang mit seinen Aktivitäten am Flughafen im Frühjahr 1985 von der Staatsanwaltschaft Darmstadt Anklage wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten erhoben worden. Er sollte sich des Aufrufs zum Totschlag und zu Sachbeschädigung auf dem Gelände der RWE-Trasse am Flughafen schuldig gemacht haben. Der Prozeß gegen ihn und einen Mitangeklagten vor dem Amtsgericht in Groß-Gerau endete mit Freispruch.

Vertreter der Grünen bei der Bürgerinitiative

spi. MÖRFELDEN-WALLDORF, 4. November. Bei einem Treffen von Mitgliedern der Fraktion der Grünen mit Vertretern der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung am Mittwoch in Mörfelden-Walldorf hat sich der ehemalige hessische Umweltminister Fischer ausdrücklich von jeglicher Gewalttätigkeit bei Demonstrationen distanziert und Selbstkritik gefordert. Dagegen sprach der Bundestagsabgeordnete der Grünen Ebermann von der Gefahr einer pauschalen Diskriminierung aller außerparlamentarischen politischen Aktivitäten und der Rufs nach einem „starken Staat, der aufräumen möge". „Wer extrem kritisch über diesen Staat diskutiert", sagte er, „wird zum Nährbodenlieferant und zum Sympathisant der schrecklichen Schüsse gestempelt." Die Bundestagsabgeordnete der Grünen Waltraud Schoppe bedauerte, daß die Bitte ihrer Fraktion um ein Gespräch im Frankfurter Polizeipräsidium nicht erfüllt wurde. Dialoge seien wichtig, sagte sie, auch Gespräche über das Verhältnis der Grünen zur Gewalt.

FAZ 5.11.

Haftbefehl gegen Tatverdächtigen in Frankfurt erlassen

F.A.Z. FRANKFURT, 4. November. Ein Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs hat am Montagabend in Frankfurt Haftbefehl gegen den 33 Jahren alten Andreas Eichler erlassen. Eichler steht unter Verdacht die tödlichen Schüsse auf die beiden Polizisten abgegeben zu haben, die am Montag abend bei den Krawallen an der Startbahn West erschossen worden waren. Fachleute des Landeskriminalamtes Hessen hatten festgestellt, daß der 44 Jahre alte Hauptkommissar Eichhöfer von Schüssen aus der Pistole getroffen worden war, die bei der Festnahme Eichlers sichergestellt worden war. Vermutlich sind auch die Schüsse, die den 23 Jahre alten Bereitschaftspolizisten Schwalm töteten und weitere Beamte verletzten aus derselben Waffe abgegeben worden. Nach den **Krawallen waren 19 Personen festgenommen worden, von denen 15 wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren. Bevor am Montagabend die tödlichen Schüsse fielen, war aus den Reihen der maskierten Demonstranten nach Angaben der Bundesanwaltschaft das Kommando „Scharfschützen – Feuer" gegeben worden.**

Die Bundesregierung erwägt nach dem bisher schwersten Zwischenfall bei gewalttätigen Demonstrationen in der Bundesrepublik ein schärferes Demonstrationsstrafrecht. Das Bundeskabinett beschloß am Mittwoch die Überprüfung des Versammlungsrechtes und des Landfriedensbruchsparagraphen. Ferner soll geprüft werden, für die schon jetzt strafbare Vermummung von Demonstranten generell einen Straftatbestand zu schaffen. Am Freitag werden sich die Innenminister der Länder auf Einladung des niedersächsischen Innenministers Hasselmann in Bonn treffen, um über die Konsequenzen zu beraten.

Auch am Mittwoch gaben bei Demonstrationen Tausende von Polizisten ihrer Empörung über den Mord Ausdruck. In Hannover formierten sich rund 7000 Beamte zu einem Trauermarsch durch die Stadt. In Stuttgart gingen 5000 Beamte auf die Straße, in Karlsruhe waren es rund 2000 Polizisten.

Der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer hat es am Mittwoch abgelehnt, Vertreter des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen zu einem Gespräch über die tödlichen Schüsse auf zwei Polizisten an der Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens im Polizeipräsidium zu empfangen. Wie Polizeisprecher Neitzel mitteilte, habe Gemmer seinen Entschluß damit begründet, daß der Bundesvorstand in der Bewertung der blutigen Zwischenfälle am Flughafen noch uneinig sei und daß sich nicht alle Angehörigen der Fraktion und des Vorstandes von der „Terrorismus-Äußerung" der Grünen-Sprecherin Ditfurth eindeutig distanziert hätten.

Trennstrich da ziehen, wo die Gewalt beginnt

spi. „Es muß abgerüstet werden auf beiden Seiten." Auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner, eine Ablehnung von Gewalt bei Demonstrationen schlechthin, haben sich gestern im Bürgerhaus von Mörfelden-Walldorf Vertreter der örtlichen Startbahn-Initiative und der Bundes- und Landtagsgruppe der Grünen geeinigt. Allen gemeinsam ist das Anliegen, eine Wiederholung der tödlichen „Einzeltat" vom Montagabend zu verhindern, nicht nur, weil man, wie immer wieder versichert wurde, zutiefst betroffen, erschreckt, erschüttert ist über den Tod der beiden Polizeibeamten.

Für die Bürgerinitiativen und ihre politischen Repräsentanten geht es auch um die Akzeptanz im Bewußtsein breiter Bürgerschichten, ohne die eine wirksame Interessenvertretung in der Zukunft kaum denkbar wäre. „Entmummung ist angesagt", propagierte Ex-Minister Joschka Fischer, „aus selbstkritischer Erkenntnis und nicht durch gesetzlichen Zwang". Durch Gewalttätigkeit sei die „demokratische Entwicklungsmöglichkeit" des gewaltfreien Protests gefährdet. Die Schüsse an der Startbahn hätten eine „politische Lawine" ausgelöst, die die gesamte ökologische Bürgerbewegung zu ersticken drohe. Nun müsse Ernst gemacht werden mit der absoluten Gewaltfreiheit. Fischer forderte einen „praktischen und theoretischen Trennstrich, wo die Gewalt beginnt".

Das bringt ihn und Parteifreunde wie Waltraud Schoppe, die ebenfalls forderte, die „schwimmenden Übergänge" zu gewalttätigen Ausschreitungen abzubauen, naturgemäß in Gegensatz zu den sogenannten „Autonomen", die in den Reihen der Grünen wie der Bürgerinitiativen ihren festen, angestammten Platz haben. Sie wollen nicht hinnehmen, daß seit zwei Tagen autonom als ein Schimpfwort gilt, daß man sie brandmarkt als „Block, der geschossen hat".

Die Art und Weise, wie sich eine örtliche Bürgerinitiative vom Gebrauch der Schußwaffe distanziert, aber gleichzeitig die „politische Verantwortung" dafür übernommen hat, traf bei dem gestrigen Treffen auf breiten Widerspruch, zumal Achim Bender, einer der drei Unterzeichner der entsprechenden Erklärung, in seinen wörtlichen Ausführungen noch ein Stück weiter ging und sich dazu bekannte, die Schüsse seien „Produkt und Ausdruck unseres Kampfes". „Wir stehen zu den Aktionen im Startbahnwald", sagte Bender, „damit der Flughafen nicht wie ein Krebsgeschwür weiterwächst." Eine „böse Sache" sei passiert, aber man müsse „realistisch argumentieren und nicht weglaufen".

Wie groß die Gruppe ist, die hinter solchen Erklärungen steht, ist in Mörfelden-Walldorf nur unscharf zu erkennen. Fest steht, daß diese „Bürgerinitiative" nicht mehr identisch ist mit der ursprünglichen Bewegung gegen den Startbahnbau. Wilma Frühwacht-Treber, ehemalige Sprecherin, die sich heute als Vertreterin eines „bürgerlichen Flügels" charakterisiert, erklärte, das Gros der ehemaligen Mitglieder habe sich auf andere Interessenverbände verteilt, auf Vereinigungen wie die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, den Bund für Umwelt und Naturschutz, das Umweltbüro oder die Partei der Grünen. Weiterhin „aktiv", also an der Startbahn präsent, sei eine kleine Gruppe vorwiegend älterer Walldorfer Bürger, die den Zusammenhalt nicht aufgeben wollten, sowie die „Autono-

24

+ + Die Blutnacht an der Startbahn + +

Polizistenmorde schon geklärt? Neue Festnahme in Frankfurt

an Frankfurt. – Nach fast vier Stunden Verhör im Frankfurter Polizeipräsidium hatte der Haftrichter am Mittwochabend um 20.15 Uhr entschieden: Andreas Eichler (33), Designer aus Frankfurt wird wegen des dringenden Verdachts des zweifachen Mordes und des zweifachen versuchten Mordes verhaftet. Bei ihm hatte man die Pistole gefunden, mit der die Polizisten Klaus Eichhöfer (43) und Thorsten Schwalm (23) an der Startbahn West erschossen worden waren.

Die kriminaltechnische Untersuchung der Sig-Sauer P 6, Kaliber 9 mm hatte ergeben, daß auch die beiden anderen durch Schüsse schwer verletzten Beamte von Kugeln aus dieser Pistole getroffen worden waren. Die Waffe war einem Polizisten 1986 bei einem Demonstrationseinsatz gestohlen worden.

Während der Vernehmung nahmen Kripo-Beamte einen weiteren Mann aus Eichlers Bekanntenkreis in Frankfurt fest, der mit der Tat in Zusammenhang stehen soll. Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe dauerte die Vernehmung von zwei anderen Verdächtigen aus Frankfurt noch an. Aus zuverlässiger Quelle wurde aber bekannt, daß mit ihrer Freilassung zu rechnen sei.

Mit der Verhaftung deutete vieles daraufhin, daß das Verbrechen an der Startbahn schon zwei Tage nach der Tat vor der Aufklärung steht. Die Polizei hatte insgesamt 30 Menschen vorübergehend festgenommen, 21 Wohnungen durchsucht, und zahlreiche Autos kontrolliert.

Eichler, am 24. April 1954 in Pirmasens geboren, war am Dienstagmorgen beim Frühstücks-Tee in der Wohnung seiner Freundin in der Kelsterbacherstraße 1 in Frankfurt-Niederrad festgenommen worden. Die Polizei holte ihn aus dem historischen Gebäude, dem sogenannten Frauenhof.

Bei Eichler fanden sie einen Rucksack: Inhalt – neben anderem – die Tatwaffe, die im vergangenen Jahr einem Zivil-Fahnder der Kriminalpolizei bei einer gewalttätigen Demonstration in Hanau geraubt worden war. In seiner Wohnung entdeckten sie auch Leuchtspurmunition und ein Gerät, um sie zu verschießen. Vor dem Haus stand ein Audi 80. Er wird kriminaltechnisch untersucht.

Andreas Eichler ist bei der Polizei kein Unbekannter. Gegen ihn wird im Zusammenhang mit Strommast-Anschlägen im vergangenen Jahr ermittelt. Am 26. August hatten „Sägende Zellen" eine 220 000 Volt-Leitung in Dreieich gefällt. Eichler soll dabei gewesen sein. Außerdem wurde er im vergangenen Jahr an der Startbahn West wegen Landfriedensbruchs festgenommen. Das Verfahren (Aktenzeichen 50 Js 18395/86) läuft noch. Am Mittwoch nachmittag wurde Eichler dem Haftrichter vorgeführt. Aus Karlsruhe war ein Vertreter der Bundesanwaltschaft mit dem Auto gekommen.

Eine Frau gesteht: „Angst ist jetzt unser Begleiter"

Von Ralf Jaksch

Hanau. – Ihre Hände zittern, als sie Kaffee einschenkt. Unter ihren Augen dunkle Ringe. Eine Nacht hat ihr Leben verändert. Die Nacht, in der Klaus Eichhöfer, der Freund ihres Mannes, an der Startbahn starb. Der Mann von Gabriele Schön (39) ist auch Polizist. Auch er war im Einsatz. Er hatte Glück. Aber was ist heute, was ist morgen?

Es war zwei Uhr in der Schreckensnacht, als ihr Mann anrief. „Schatz, ich lebe noch, mir ist nichts passiert", sagte er und legte auf. Gabriele Schön verstand das alles nicht und telefonierte mit der Bereitschaftspolizei. Da erfuhr sie, daß ihr Nachbar tot ist. Er war mehr als nur ein Nachbar: Die Familien Schön und Eichhöfer sind seit 15 Jahren befreundet.

Werner und Gabriele Schön sind seit 20 Jahren verheiratet. In diesen Jahren hat sie nur einmal ähnliches mitgemacht, wie jetzt. Das war am 28. September 1985 als Günter Sare starb. „Im Radio sagten sie: ein Toter bei Krawallen. Ein Demonstrant? Ein Polizist? Ist es Werner?" Daß jetzt etwas geschehen muß, ist ihr klar. Vielleicht, daß sich die Frauen an der Startbahn vor ihre Männern stellen. Den Demonstranten zurufen: „Seht, das sind unsere Männer. Wir haben Angst um sie." Denn wenn nichts geschieht, wird Gabriele Schön, die Frau eines Polizisten, weiter Nächte durchwachen. Wieder im Wohnzimmer herumgehen. Fünf Meter auf und fünf Meter ab.

Abendpost Nachtausgabe (AN) 5.11

Bonn plant: Neue Elite-Truppe soll Polizisten schützen

an Bonn. – Erste Reaktion auf die Polizisten-Morde an der Startbahn West: Bonn will eine neue Elite-Truppe des Bundesgrenzschutzes aufbauen. Sie soll bei Demonstrationen gegen Gewalttäter vorgehen. Das wurde am Mittwoch bei der Sitzung des Kabinetts in Bonn besprochen.

Hessen will ebenfalls 1988 zusätzlich 100 Beamte einstellen. Sie sollen möglicherweise zu einer Sondereinheit des Landes zusammengefaßt werden.

Regierungssprecher Friedhelm Ost nach der Kabinettssitzung in Bonn: Die Einsatztruppe des Bundesgrenzschutzes wird speziell für diesen Zweck trainiert. Sie könnte etwa nach dem Vorbild der GSG 9 aufgebaut werden.

Die Elite-Einheit soll bereits im Vorfeld von Demonstrationen tätig werden und mögliche Gewalttäter – wie etwa den „schwarzen Block" – isolieren. Kommt es dennoch zu Ausschreitungen würden die besonders ausgerüsteten Männer gezielt gegen einzelne Gewalttäter vorgehen.

Die Entscheidung über die neue Staffel wird wahrscheinlich am 2. Dezember fallen. Bis dahin sollen auch neue Gesetzespläne geprüft sein: Neuregelung des Versammlungsrechts, eine Wiedereinführung des Landfriedensbruchsparagraphen und ein Vermummungsverbot.

Die FDP – bislang Gegner eines Strafrechtsparagraphen Vermummung – hat gestern signalisiert, daß sie ihre Position überdenken werde. CSU-Chef Strauß und Bundesinnenminister Zimmermann hatten am Mittwoch erneut den neuen Paragraphen gefordert.

Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann, der mit seinem Stellvertreter Wolfgang Gerhardt, Innenminister [illegible] und Frankfurts OB Wolfram Brück an der Sitzung teilgenommen hatte, berichtete über die Ereignisse der Mordnacht. Thorsten Schwalm (23), einer der getöteten Polizisten, sei in den Rücken geschossen worden. Das ergab die Obduktion.

Die Polizei habe nicht früher gegen die Demonstranten vorgehen können, da sie nach geltendem Recht erst hinreichenden Verdacht für Gewalttätigkeiten haben muß. Dieser bestand erst, als Vermummte einen Heuhaufen angezündet und Molotow-Cocktails sowie Leuchtspurmunition hervorgeholt hätten.

FDP im Zugzwang

Von Claus Korff

Wer nach den tödlichen Schüssen am Frankfurter Flughafen hektische Betriebsamkeit erwartet hatte, sieht sich getäuscht. In Bonn und Wiesbaden hat man begonnen, die Konsequenzen aus der Tragödie zu ziehen, doch das geschieht mit Überlegung und langem Atem.

Es gilt, friedliche Demonstrationen vor dem Mißbrauch durch vermummte Chaoten zu schützen, ohne daß dabei ein in der Verfassung garantiertes Grundrecht beseitigt wird.

Der innenpolitische Frontverlauf in dieser Frage ist bekannt. Die CSU und ihr Innenminister Friedrich Zimmermann verlangen mit Nachdruck ein absolutes Vermummungsverbot kraft Gesetz. Wer bei Demonstrationen sein Gesicht verhüllt, strebt nach aller Erfahrung Gewalt an. Die CDU ist im Grunde gleicher Meinung, hält sich aber mit Rücksicht auf den Koalitionspartner FDP zurück. Doch der hinhaltende Widerstand der FDP gegen ein verschärftes Demonstrationsstrafrecht, das Vermummte grundsätzlich mit Strafe bedroht, schmilzt nach den Ereignissen an der Startbahn West mehr und mehr dahin. Der hessische FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt hat sich soeben bereit erklärt, über diese Frage mit sich reden zu lassen. Seine Vorstandskollegen in Stuttgart, München und Hannover sind gleicher Meinung. Auch sie wollen dem Terror getarnter Kriminellen bei Demonstrationen notfalls durch gesetzliche Maßnahmen ein Ende bereiten.

Die FDP ist durch die Frankfurter Tragödie in Zugzwang geraten, sich einem wirksamen Einschreiten gegen vermummte Chaoten nicht länger zu verweigern. Ihre Abgeordneten Gerhard Baum und Burkhard Hirsch auf dem linken Parteiflügel, die die geltende Regelung für ausreichend halten, geraten mehr und mehr in die Isolierung. Denn diese Regelung bedroht Vermummung bei Demonstrationen nur in Ausnahmefällen mit Bußgeld und geringen Strafen. Sie ist ein fauler Kompromiß, der Terroristen geradezu ermutigt, unseren Staat als schwach und hilflos hinzustellen.

Die Todesschüsse an der Startbahn

Polizeiobermeister Eckhard Niebergall (31) gehörte zu der Hundertschaft, die an der Startbahn West gegen die Demonstranten vorgehen mußte. Er schrieb einen erschütternden Bericht:

Sie sind wieder da – die Magenschmerzen. Jetzt, am Morgen danach. Startbahn West. Süd-Ost-Ecke. Das übliche. Wir stehen innerhalb des Bauzaunes. Warten. Dann kommen sie. Vielleicht 200. Die Lautsprecherdurchsage fordert zum Verlassen des Geländes auf. Einmal, zweimal. Als Antwort kommen Leuchtkugeln, Steine, Brandsätze. Die Kollegen laufen außerhalb des Zaunes hinter den Chaoten in südlicher Richtung her. Fritz fragt an, ob wir die Kollegen draußen unterstützen sollen. Nein. Abwarten!

Dann kommt der Auftrag. Die innere Stimme sagt: „Verdammt, Du gerätst wieder mitten in die Scheiße. Bleib hier!" Die anderen gehen los. Du weißt, du würdest Hoss und die Kollegen nie alleine gehen lassen. Schluß. Zum Nachdenken keine Zeit mehr.

Die „guten Bürger", Mitte vierzig, vielleicht fünfzig Jahre alt, begrüßen uns: „Schweine, ihr seid schlimmer als die Nazis."

Sie schießen mit Raketen

Weiter! Wir treffen auf verletzte Kollegen. Andere schleppen sie zurück. Einer liegt am Boden. Regungslos. Wir laufen bis zur vordersten Linie, kurz vor dem Waldrand. Sie sind im Wald und beschießen uns mit Raketen. Wir feuern Tränengas zurück, können sie etwas auf Distanz halten. Langsamer Rückzug mit den Verletzten. Die Kollegen, die vorhin auf dem Boden lagen, sind nicht mehr da.

Als wir in der Süd-Ost-Ecke ankommen, erhalten wir die Nachricht. Sie sind tot!

Und nun sind sie wieder da – die Magenschmerzen. Du willst an etwas anderes denken, aber es geht nicht. Du schaltest das Radio ein. Sie bringen es in den Nachrichten. Frühere Scharfmacher rufen zur Besonnenheit auf. Politiker und Bürokraten, die die Ausschreitungen der letzten Jahre lieber heruntergespielt haben, als Dinge beim Namen zu nennen und danach zu handeln, sind „betroffen". Wer handelt, trägt die Verantwortung. Wer den Handlungsauftrag an andere weiterschiebt, ist raus aus dem Schneider.

Am Montag abend haben zwei Polizisten gehandelt. Sie waren das letzte Glied in der Kette. Es gab niemanden, an den sie den Handlungsauftrag weiterschieben konnten...

Übrigens: Das Honorar für diesen Bericht leitet Eckhard Niebergall sofort an die Witwe seines Kollegen Eichhöfer weiter.

„Die Todesschüsse haben alles verändert", sagt [illegible] Grössl. Sie ist 44, seit fast 25 Jahren verheiratet. Mit einem Polizisten. „Gut, er kam gelegentlich nachts nicht nach Hause, von der Startbahn", sagt sie. „Aber [illegible] wußte ich: Irgendwann wird er kommen..."

Hauptkommisar Wolfgang Grössl (45), 3 288 Mark brutto plus 651 Mark Ortszuschlag, ist Leiter der Sportabteilung der Polizeischule in Wiesbaden. Sie haben öfter über seine Arbeit gesprochen. Er ist ein besonnener Mann, ein erfahrener Polizist. Kein Hitzkopf. Das hat seine Frau beruhigt. Bis jetzt...

„Und der Junge", sagt sie, „der Thorsten Schwalm. Der hätte, vom Alter her, auch mein Sohn sein können." Die Grössls haben einen Sohn. Oliver. „Ich bin froh, daß er Kfz-Mechaniker und nicht Polizist geworden ist. Mein Mann hat gesagt: 'Zu meiner Zeit, früher, war das ein schöner Beruf. Aber jetzt ist zuviel Gewalt im Spiel.'"

Spenden-Aktion für die Opfer

Margit Itzerott-Schütte (45) ist Ehefrau von Polizei-Oberrat Eike Schütte (45, 4 493 Mark brutto plus 740 Mark Ortszuschlag): „Seit dem [illegible] auf der Startbahn ist er kaum noch ansprechbar, läuft nervös durch die Wohnung. Er versucht, mich zu beschwichtigen: 'Das kann sich doch alles wieder ändern'. Und wenn nicht?"

Die beiden Frauen haben eine Spenden-Aktion für die Opfer der Demonstration ins Leben gerufen (Südwestdeutsche Beamtenbank Wiesbaden, Konto 845 74 89, Bankleitzahl 500 908 00, Stichwort „Opfer Startbahn West"): „Wir möchten ihnen zeigen, daß sie nicht alleine sind, daß Polizistenfrauen zusammenhalten."

Bild 5.11.

Der Rucksack mit der Pistole, aus der die Todesschüsse abgegeben wurden, lag auf dem Vordach eines zweistöckigen Hauses in Niederrad. Zwei leergeschossene Magazine waren drin, Leuchtmunition und eine Abschußvorrichtung dafür. Der Mann, dem alles gehörte, saß am Küchentisch und trank Tee, um sich nach der kalten Nacht am Flughafen aufzuwärmen.

Langes Klingeln schreckte ihn auf. Er lief zum Vordach, um mit dem Rucksack zu flüchten. Aber die Zivilfahnder waren schneller. Die Frankfurter Polizei hatte nach dem Tod ihrer beiden Kollegen entschlossen zugegriffen. Das war die heiße Spur!

Der Mann in der Wohnung in der Kelsterbacherstraße war der Designer und Werbegrafiker Andreas Eichler (33). Auch ein Handschuh mit frischen Schmauchspuren (die beim Abschuß von Faustfeuerwaffen entstehen) wurde bei ihm gefunden.

Nur 3 Fotos!

Gleichzeitig durchsuchte die Kripo noch über 20 andere Wohnungen von militanten Startbahngegnern und Autonomen im gesamten Rhein-Main-Gebiet.

Auch bei anderen Startbahngegnern und möglichen Anhängern der autonomen Szene griff die Polizei zu. Wenig später wurden Ursula J. (48), der Goldschmied und Fotograf Klaus M. (52) sowie der Maler Michael K. (32) festgenommen – alle schon bei Demos an der Startbahn und Aktionen aufgefallen. Der Fotograf Klaus M., Montagabend an der Startbahn dabei: Ich habe bei der Demo nur fotografiert. Ein Film wurde beschlagnahmt. Die Polizei glaubt, er hat noch weitere. Sein Sohn Tom (19): „Nein, nur drei Fotos hat er geschossen." Kurz vor Mitternacht durfte sein Vater wieder nach Hause, ebenso wie Michael K. und Ursula J.

Dagegen erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes nach fünfstündiger Vernehmung im zweiten Stock des Frankfurter Polizeipräsidiums Haftbefehl gegen Andreas Eichler: Dringender Tatverdacht wegen zweifachen Polizistenmordes sowie zweifachen Mordversuches.



Chaoten: 2 Morde sind nicht genug

Fortsetzung von Seite 1

Wahrscheinlich gehört Eichler zu den Terroristen, die als „Revolutionäre Heimwerker" oder „Sägende Zellen" vor allem 1986 rund 90 Strommasten angesägt und umgestürzt haben sollen (18 Millionen Mark Schaden). Bei einem solchen Anschlag soll Andreas Eichlers Bekannte, Ursula J. (48), am 27. August 1986 beinahe ums Leben gekommen sein. Ein stürzender Starkstrommast bei Darmstadt verursachte einen Lichtbogen, der die Frau erfaßte und sie fast verbrannte. Auch sie wurde gestern festgenommen aber am Nachmittag wieder entlassen.

Andreas Eichler, etwa 1,80 groß, schmal, braune Haare, galt als Einzelgänger. „Als er arbeitslos wurde, entwickelte er ein gestörtes Verhältnis zu unserer Demokratie", erzählt sein Vater Rudolf, ehemaliger Prokurist einer Elektro-Großhandlung. Eichler war festgenommen worden, weil er die Pistole „Sig-Sauer" hatte, mit der Hauptkommissar Klaus Eichhöfer (43) erschossen wurde. Wahrscheinlich starb auch Polizeiobermeister Thorsten Schwalm (23) durch eine Kugel aus dieser Waffe. Auch die beiden Polizeimeister Uwe Köhler und Uwe Täuffer, die noch schwerverletzt in Krankenhäusern liegen, sollen mit dieser Pistole angeschossen worden sein. Gestern abend wurde noch ein weiterer Mann aus Eichlers Bekanntenkreis festgenommen.

Die Erschütterung über die feigen Morde von Frankfurt wühlt die Menschen noch auf, da haben Chaoten gestern praktisch zu neuen blutigen Verbrechen aufgefordert. Hausbesetzer aus der berüchtigten Hamburger Hafenstraße hängten nachts ein großes weißes Bettlaken aus dem Fenster.

Fünf vermummte Chaoten auf dem Dach eines besetzten Hafenstraßen-Hauses. Zwei schwenken Fahnen. Über diese Autonomen sendete Magazin „Radio Hafenstraße".

Darauf stand in schwarzer Schrift: „Zwei Morde sind nicht genug!"

Ein Hamburger Wasserschutzpolizist (34) entdeckte das Laken, alarmierte sofort das Polizeipräsidium. „Wir haben Anzeige erstattet", sagte Polizeisprecher Mettershausen. Innensenator Volker Lange (SPD): „Diese nicht mehr zu überbietende Ungeheuerlichkeit wirft erneut ein grelles Schlaglicht auf die geistige Haltung der Besetzer."

Sekt auf Streifenwagen gekippt

Die Hafenstraßen-Besetzer „feierten" unterdessen die feigen Morde an Kommissar Klaus Eichhöfer (43) und Hauptmeister Thorsten Schwalm (23). Sie feuerten rote Leuchtkugeln ab, schütteten Sekt auf vorbeifahrende Streifenwagen.

CSU-Chef Strauß erklärte, kaltblütig geplanter Mord dürfe nicht mehr von straffrei bleibenden Mitläufern gedeckt werden. Der „sattsam bekannte ehemalige Innenminister Baum" habe jedoch schon gesagt, eine Änderung der Haltung der FDP zum Vermummungsverbot sei nicht zu erwarten. Strauß: „Das ist für uns in der CDU/CSU eine glatte Provokation."

Flughafen: Bonn will eine Elite-Truppe wie GSG9

Bonn will zu Abwehr weiterer gewalttätiger Demonstrationen eine Eliteeinheit nach dem Vorbild der berühmten GSG 9 aufbauen. Die Elite-Truppe soll dann auch am Frankfurter Flughafen zum Einsatz kommen, wurde gestern im Bundeskabinett erörtert.

An der Krisensitzung nach den Frankfurter Polizistenmorden nahmen auch Ministerpräsident Wallmann und Oberbürgermeister Brück teil. Der Ministerpräsident berichtete über die Ereignisse der Mordnacht an der Startbahn. Danach kündigte er für 1988 100 neue Planstellen bei der hessischen Polizei an.

Meldepflicht für Gewalttäter

In einem BILD-Interview forderte Bundesinnenminister Zimmermann eine bundesweite Meldepflicht für gewalttätige Demonstranten:

„Hierüber wird in der Innenministerkonferenz vom Freitag zu reden sein."

Zimmermann: „Ich halte es nicht für hinnehmbar, daß sich die SPD-regierten Länder, Hamburg und das Saarland nicht daran beteiligen, gewalttätige Demonstranten bundesweit zu melden."

Polizeipräsident Gemmer lehnte ein Zusammentreffen mit einer Delegation der Grünen aus Bonn ab

BILD: „Wie wollen sie zukünftig Gewalt verhindern?"

Zimmermann: „Wir brauchen härtere Gesetze wie beispielsweise ein Vermummungsverbot bei Demos und neue Polizeitaktiken zur Ergreifung der Straftäter."

Gespräche abgelehnt

Bundesvorstand und Fraktion der Grünen in Bonn hatten gestern einstimmig Gespräche mit den Bürgerinitiativen von der Startbahn und der Polizeiführung beschlossen. Frankfurts Polizeipräsident Gemmer lehnte Gespräche mit den Grünen ab.

Das sind die Autonomen

Sie verstecken sich hinter schwarzen Masken, bilden bei Demonstrationen den harten, gewalttätigen Kern. „Autonome". Wer sind sie? Es gibt etwa 3000 Autonome. Sie gliedern sich in drei Gruppen: militante Autonome, militante Anarchisten, Sozialrevolutionäre. Sie sind meist über 30, wenige haben studiert, einige gehen zur Arbeit, etliche leben von Sozialhilfe. Sie haben keine gemeinsame Ideologie, wollen Widerstand, Aktion, Chaos. Sie reden von selbstbestimmtem Leben, hassen den Staat. Ihre Waffen sind Steine, Latten, Molotow-Cocktails, Präzisions-Zwillen, Stahlkugel-Geschosse und Gaspistolen. Sie tragen schwarze Kleidung und schwarze Motorrad-Helme – damit sie aus der Masse nicht durch herausstechende Kleidungsstücke erkannt werden können.

Bild 5.11.

Geraubte Polizeipistole als Tatwaffe identifiziert

Frankfurt. – Einer der beiden Polizisten, die am Montagabend an der Startbahn West ermordet wurden, der 43jährige Klaus Eichhöfer, ist mit einer Polizeipistole erschossen worden. Sie wurde schon wenige Stunden nach der Tat in der Wohnung eines jungen Mannes in der Kelsterbacher Straße in Frankfurt sichergestellt. Die Waffe war im vergangenen Jahr bei einer gewalttätigen Demonstration in Hanau einem Polizisten geraubt worden. Der Tatverdächtige ist festgenommen. In seiner Wohnung wurden auch leere Magazine, Leuchtspurmunition und ein Abschußgerät gefunden. Insgesamt wurden etwa 20 Wohnungen durchsucht. Gegen den Festgenommenen läuft schon ein Ermittlungsverfahren wegen einiger Anschläge auf Strommasten. Außer Eichhöfer wurde der 23jährige Thorsten Schwalm ermordet. Generalbundesanwalt Rebmann sagte, es sei noch nicht sicher, ob alle Schüsse aus der sichergestellten Waffe stammten. Außer dem Tatverdächtigen befinden sich noch drei Personen in Haft.

Die Demonstration zum sechsten Jahrestag der Hüttendorf-Räumung an der Startbahn West begann am Montag abend friedlich. 200 Demonstranten marschierten in einem Fackelzug von Walldorf zur Südost-Ecke der Startbahn. Gegen 19.15 Uhr trafen die ersten auf Fahrrädern, unter ihnen viele ältere Bewohner aus Walldorf, vor der grauen Betonmauer ein. Auf der anderen Seite des Zauns standen ihnen etwa 400 Polizisten gegenüber.

„Die alte Lehrerin aus der Wetterau ist auch wieder dabei", sagte ein Beamter. Fast jeden Sonntag kommen dieselben Demonstranten an die Startbahn-Mauer. Viele Polizisten hatten ihre Helme abgesetzt, unterhielten sich, lachten.

Doch plötzlich tauchten aus dem Wald etwa 30 schwarzgekleidete, vermummte Gestalten auf. Sie trugen schwere Plastiktüten mit sich. Über Lautsprecher ließ ein Beamter die Demonstranten wissen: „Diese Veranstaltung ist nicht genehmigt. Wir lösen sie auf."

Sekunden später zischte und knallte es – die schwarzen Chaoten warfen Molotow-Cocktails, Leuchtraketen ließen die graue Betonmauer grün und rot aufleuchten. Die zu Beobachtungssitzen umgebauten alten Gangways vibrierten, als unter ihnen Brandbomben detonierten. Stahlkugeln pfiffen über den Zaun, doch die Beamten nahmen die Situation noch immer nicht ernst. Ein Beamter lachend: „Gegen Wackersdorf ist das hier harmlos."

Wenig später setzte die Polizei vier Wasserwerfer ein. Daraufhin zogen sich die Vermummten zum Waldrand zurück. Die Polizei schickte zwei Hundertschaften und einen Wasserwerfer durch das Tor 4 hinterher, doch 400 Meter weiter wurden die Beamten im Eichenrainweg durch brennende Barrikaden – Heuballen, Autoreifen und Matratzen – gestoppt. Die Täter hatten sich auf der anderen Seite des Gundbaches im Wald verschanzt.

Als die Polizisten die Flammen löschen wollten, fielen die tödlichen Schüsse. Ein junger Polizist: „Ich hörte es zischen, dann fiel der Kollege neben mir um."

Zuerst wurde Hundertschaftsführer Klaus Eichhöfer durch einen Bauchschuß getroffen. Er starb 20 Minuten später im Notarztwagen auf dem Weg zur Flughafenklinik. Direkt neben ihm wurde Polizeimeister Thorsten Schwalm auch in den Bauch getroffen. Er starb etwa eine Stunde später in der Uni-Klinik. Polizist Uwe Köhler erlitt einen Schuß in die linke Brust, schwebt noch in Lebensgefahr. Neun weitere wurden durch Metallgeschosse an den Beinen verletzt.

Unter den Bereitschaftspolizisten herrschte große Hilflosigkeit und tiefe Betroffenheit. Sie standen reglos neben ihren leblos am Boden liegenden Kollegen geschockt von der Brutalität der Chaoten.

N.P. 5.11.

– Noch drei in Haft – Nicht Verbrechen eines Einzeltäters?

Bundesanwalt: Doppelmord war gezielte Aktion gegen die Polizei

N.P. 5.11.

was wir dringend brauchen

Wieder einmal sind unsere Politiker empört, bestürzt, betroffen, fassungslos. Wir kennen das Ritual inzwischen bis zum Überdruß. Und wie üblich hören wir von angeblichen Liberalen die Ermahnung, besonnen zu bleiben, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. In der Tat hat es wenig Sinn, nach der Ermordung der zwei Polizisten an der Startbahn West rechthaberisch darüber zu streiten, ob wir zusätzliche Gesetze brauchen oder nicht, um politisch motivierten Verbrechern das Handwerk zu legen. Denn was wir in unserer Republik seit langem viel dringender brauchen, ist ein anderes Denken, eine andere Einstellung zu den Ordnungskräften des Staates und seinem Gewaltmonopol.

Als am vergangenen Wochenende das Fernsehen einen Demonstrationszug für die Hamburger Hafenstraße zeigte, sprach der Reporter bezeichnenderweise von einer „größtenteils friedlichen" Kundgebung. Auf dem Bildschirm sahen wir aggressiven, schwarz behelmten Mob, der eine Gruppe zusammengepferchter Polizisten mit Steinen bewarf. Mit Steinen, die ausreichen, einem Menschen den Schädel einzuschlagen. Da können unsere Bilderbuch-Liberalen aller Couleur noch so geschickt mit Pseudo-Argumenten jonglieren – es führt kein Weg an der bitteren Einsicht vorbei: Die moralische Laxheit vieler Politiker und eines Großteils der Medien gegenüber kriminellen Demonstranten hat etwas mit der Ermordung der zwei Polizisten zu tun.

Es ist ja viel einfacher, sich demokratisch zu gebärden, als dafür zu sorgen, daß eine Demokratie nicht vor die Hunde geht. Und eine Demokratie muß vor die Hunde gehen, wenn sie nicht unterscheiden kann zwischen demokratischen Bürgern und dem Gesindel, das so tut, als gehöre es dazu. Dem Gesindel, das Polizisten so traktiert, als wären sie nur das Mobiliar des „repressiven Polizeistaates". Dabei sind die einzigen in unserem Land, die tagtäglich der Repression ausgesetzt sind, unsere als „Scheißbullen" titulierten Ordnungshüter. Sie müssen bei Demonstrationen ihren Kopf hinhalten, aber selbstverständlich besonnen und psychologisch angemessen. Sonst könnten ja die hochsensiblen Demonstranten, die nur eines der ihnen zustehenden demokratischen Rechte wahrnehmen, sich provoziert fühlen und trotz aller edlen Absichten aus dem Häuschen geraten. Das Demonstrationsrecht ist uns allen heilig. Ein Polizistenleben nicht ganz so sehr, schließlich werden sie dafür bezahlt.

Das ist weder zynisch noch ironisch interpretiert. Denn so oder so ähnlich, allerdings vornehm und hochtrabend, können wir es seit Jahren hören und lesen. Die „Besonnenheit", die jetzt wieder gepredigt wird, hat wenig mit Nachdenklichkeit zu tun. Es ist viel eher Mangel an Wirklichkeitssinn, es ist moralische Bequemlichkeit. Denn unsere liberalistischen Gesinnungsathleten können sich sogar in Ausnahmesituationen nicht dazu aufraffen, einige ihrer Vorurteile über Bord zu werfen. Damit sind Politiker wie Journalisten gemeint. Es ist doch charakteristisch für die veröffentlichte Meinung, jedenfalls für einen erheblichen Teil, daß sie sich mit Polizeibrutalität, angeblicher oder tatsächlicher, „einfühlsamer" beschäftigt als mit der Ermordung von Polizisten, Staatsanwälten oder Unternehmern. Unsere Republik hat sich daran gewöhnt, Molotowcocktails, Pflastersteine, Bauklammern und Eisenstangen und anderes Mordwerkzeug als Argumente gegen demokratisch getroffene Entscheidungen irgendwie gelten zu lassen. Leichtfertig wird behauptet, bei dem Gesindel handele es sich letztlich um politische Idealisten. Und zur wohlfeilen Rechtfertigung des Selbstbetrugs heißt es fast immer, die große Mehrheit der Demonstranten habe sich friedlich verhalten. Aber was bedeutet das schon? Doch lediglich, daß es bei solchen Demonstrationen weit mehr Statisten gibt als Hauptdarsteller. Ein Demonstrationszug mit 1000 friedlichen und 30 bis 50 fanatisch gewalttätigen Teilnehmern ist natürlich gewalttätig. Es sei denn, man stellt sich arithmetisch-blöd und faselt von einer „verschwindenden Minderheit". Risikolos leisten kann man sich das nur, wenn man nicht Gefahr läuft, bei einer dieser sogenannten friedlichen Kundgebungen getötet oder zum Krüppel gemacht zu werden.

Aus geprügelten Kindern werden prügelnde Eltern lautet eine Erkenntnis unserer psychoanalytisch so aufgeklärten Zeit. Wenn wir keine prügelnden Polizisten haben wollen, dürfen wir uns nicht länger damit abfinden, daß der geprügelte Polizist zum Alltag gehört. PAUL PUCHER

Die Chaoten setzen weiter auf Gewalt

Von Michael Löhr

Frankfurt. – Hessens Polizeibeamte werden auch in Zukunft auf Demonstrationen ihres Lebens nicht mehr sicher sein. Die Chaoten, aus deren Reihen am Montagabend die tödlichen Schüsse abgefeuert wurden, setzen weiter auf Gewalt. Zwar erklärten zwei Vertreter des „Schwarzen Blocks" gestern in einer Sendung des Hessischen Rundfunks „Mord ist nicht unsere Sache", doch will man weiterhin „Widerstand gegen den Schweinestaat" leisten.

Tote und Verletzte werden dabei bewußt in Kauf genommen. „Wir wissen sehr genau, daß wir mit Steinen, Leuchtraketen und Molotow-Cocktails die Bullen verletzen können," sagte eine junge Frau dem HR-Reporter ins Mikrofon. „Das ist ein wohleinkalkuliertes Risiko". Auch über die Beweggründe ihres Protestes läßt sie niemanden im Unklaren: „Ich kämpf nicht nur gegen eine Mauer, sondern die Mauer ist ein Ausdruck dieses Staates. Und ich kämpf gegen diesen Staat". Und Angriff sei nun einmal die beste Verteidigung.

So werden die Hochleistungszwillen, mit denen Stahlkugeln gegen Polizisten geschossen werden, in der Terminologie der Autonomen zu „Mitteln des Selbstschutzes, um bei Demonstrationen den Rückzug zu sichern." Die Möglichkeit, damit Menschen zu töten, wird zynisch als „Restrisiko" eingestuft.

Die Tatsache, daß die Autonomen bei ihrem Kampf gegen das „verhaßte Schweinesystem" auch über Leichen gehen, hat offenbar viel mit Frust zu tun. „Wir wissen doch genau," sagte einer in der HR-Sendung „Unterwegs in Hessen", „daß mit friedlichen Demonstrationen nichts erreicht werden kann."

Vor den Mikrofonen gehen die Autonomen auf Distanz zu den Startbahn-Morden. Aber von Bedauern oder Umkehr keine Spur. Auch der Tod zweier Menschen ist für die jungen Leuten in den schwarzen Lederjacken kein Grund mit der Randale aufzuhören.

Bürgermeister Brehl: Bin tief bestürzt!

Die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Tod von zwei Polizeibeamten an der Startbahn 18 West am 2. November lassen sich weder begreifen noch mit viel Worten umschreiben. Wie ich aus zahlreichen persönlichen Ansprachen feststellen kann, sind die Bürger der Stadt Mörfelden-Walldorf ob der Ereignisse tief bestürzt.

Bei einem solch traurigen Ereignis helfen weder viele, noch besonders starke und vermeintlich staatstragende Worte oder politische Erklärungen. Sicherlich ist es richtig und verständlich, wenn als Reaktion staatliche Konsequenzen angekündigt werden. Notwendig erscheint es mir, daß es im Interesse unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vor geeigneten Schritten des Staates und seiner parlamentarischen Organe eine Phase sachlicher Besinnung und des Nachdenkens gibt.

Als Bürgermeister von Mörfelden-Walldorf kann ich nur früher bereits mehrfach öffentlich ausgesprochene Appelle wiederholen, nämlich den Aufruf an die Bevölkerung und an friedliche Demonstranten: „Unterlassen Sie alles, was Kriminellen hilft, ihre verbrecherischen Absichten auszuführen. Unterstützen Sie die Arbeit der Polizei zur Aufklärung der scheußlichen Taten." Was geschehen ist, ergreift mich mit tiefer Abscheu, kann nur als Terrorismus bezeichnet werden und ist durch nichts entschuldbar. Ich hoffe sehr, daß es kurzfristig gelingt, die Täter zu ergreifen.

Die Bürger der Stadt Mörfelden-Walldorf sind von dem Tod zweier Polizeibeamter tief ergriffen, bestürzt und trauern mit den Angehörigen.

Bernhard Brehl

Diskussion über Todesschüsse an der Startbahn

Startbahngegner fordern: Die Mörder fassen!

Kelsterbach (Ud). – Zum Tod der beiden Polizeibeamten, die – wie berichtet – von Chaoten bei einer Demonstration von Startbahngegnern an der Startbahn West in Mörfelden-Walldorf erschossen wurden, nehmen die Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke und Umweltzerstörung (BKU) und die Wählerinitiative Kelsterbach (WIK) wie folgt Stellung:

„Fassungslos haben die Mitglieder von BKU und WIK von dem Mord an zwei Polizeibeamten an der Startbahn West erfahren. Wir trauern aufrichtig um die Getöteten.

Der oder die Mörder müssen – auch im Interesse aller Startbahngegner – gefaßt werden.

Wer beim Widerstand gegen die Flughafenerweiterung Gewalt einsetzt, Menschenleben gefährdet oder gar mordet, hat erstens in unseren Reihen nichts zu suchen und verdient zweitens auch keinerlei Art von falsch verstandener Solidarität.

Wir fordern daher alle Startbahngegner auf, bei der Aufklärung des Verbrechens zu helfen.

Der oder die Mörder haben nicht nur Unglück über die direkt betroffenen Polizisten und deren Hinterbliebene gebracht, sondern auch den Bürgerbewegungen gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen unabsehbar schweren Schaden zugefügt."

Klare Aussagen zur Nacht der Chaoten machen

Die Fahnder kamen beim Morgen-Tee

Der Killer stand im Dunkeln, und keiner ist dem Heckenschützen in den Arm gefallen

Von Peter Born

Mörfelden-Walldorf. – Das Laub leuchtet gelbgolden. Die Herbstzeitlosen auf den saftigen Wiesen sind zu Boden gesunken. Die Luft ist würzig, ein kühler Wind streicht über die freundliche Herbststatur. Duftende Heuballen liegen, akkurat gestapelt, auf dem feuchten Boden. Ein Traktor rattert einen Waldweg entlang.

Das Bild ländlicher Idylle täuscht. In der Eichrainer Schneise rollen ständig Polizeiwagen heran, Lieferwagen mit Wiesbadener Kennzeichen sind unter den Bäumen geparkt, auch ein Wasserwerfer. Eine Hundertschaft Polizisten streift durch die morastigen Wiesen, den Blick auf den Boden gesenkt, den Gummiknüppel in der Rechten.

Stumm rücken die jungen Beamten Meter um Meter vor. Die platschen durchs Wasser. Gelegentlich sehen sie mit ernsten Mienen zu dem Areal, das mit rotweißen Plastikbändern abgesteckt ist. Zwei Polizisten flüstern leise miteinander. Eine weint.

Tatort zwischen Wald und Wiesen. Die Polizisten auf Spurensuche geben sich wortkarg. „Nur der Einsatzleiter darf etwas sagen." Dann sagt ein junger Beamter aus Wiesbaden doch etwas: „Ich habe gehört, einer der Kollegen hatte sich gerade über eine verletzte Demonstrantin gebeugt, da hat ihn der Heckenschütze heimtückisch in den Rücken geschossen. Wie in einem schlechten Western. Der Kollege stand im Hellen, der Killer im Dunkeln. Auf den Kollegen ist doch regelrecht geballert worden wie auf eine Schießscheibe. Und keiner ist dem Heckenschützen in den Arm gefallen. Warum hat sich keiner gegen diese hinterlistige Mordtat gewehrt? Ich verstehe das nicht."

Es ist wohl auch kaum zu verstehen, daß eine Masse Mensch den Mörder so menschenverachtend handeln ließ. Die jungen Polizisten, die gestern als Freiwillige die Polizeikaserne in Wiesbaden verlassen haben, um nun an diesem schönen Novembertag nach weiteren Spuren zu suchen, sie haben Kindergesichter. Traurige.

Einer erzählt: „Als wir das am montagabend erfuhren, da haben wir still und bedrückt in unseren Zimmern gesessen. Nein, Haß ist nicht aufgekommen. Aber Wut, viel Wut. Da hat einer seine Mordlust ausgetobt, und keiner hat ihn gehindert." Ein anderer blutjunger Polizist sagt leise: „Für die sind wir doch gar keine Menschen. Für die sind wir die Schweine. Warum bloß. Die wollen nicht mal mit uns reden." Wen er meint, das weiß man.

Und während [illegible] die Mannschaften von der Startbahn West [illegible], wieder lautlos ein neuer Trupp von [illegible]. „Sind Sie Journalist?", fragt ein Polizist. „Dann schreiben Sie mal, daß die BI (Bürgerinitiative) sich jetzt nicht mehr damit [illegible] kann, [illegible] immer nur zu sagen, sie seien gewaltfreie Demonstranten. Die haben doch den Mörder gesehen. Jetzt sollen sie sich zur Polizei bekennen und seinen Namen nennen. Die Zeit der freundlichen Worte ist vorbei."

Szenenwechsel: Vor dem Sportlerheim des SKG Walldorf 1888 diskutieren Heranwachsende. „Hier treffen sie sich immer, die Chaoten. Sie kommen aus aller Herren Länder. Radikale Burschen." Dann zeigt er auf eine Plastiktüte: „Das brauchen die für ihre Sauerei." In der Tüte stecken Pflastersteine. „Laßt die Munition liegen", schreit ein Mann.

Landrat Blodt: Für die Brutalität der Chaoten keine Entschuldigung denkbar

Tief bestürzt und betroffen – so ist die erste Reaktion von Landrat Willi Blodt auf das schreckliche Geschehen in der Nacht von Montag auf Dienstag an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Der Landrat war kurz nach Mitternacht über die Ereignisse am Startbahngelände informiert worden. Er nimmt wie folgt Stellung:

„Für die Brutalität, mit der die Chaoten vorgegangen sind, darf es auch nicht den Versuch einer Entschuldigung oder gar politischen Rechtfertigung geben. Hier haben brutale Gewalttäter unter dem Deckmantel einer zunächst friedlich verlaufenden Demonstration einen schlimmen Anschlag auf unser Gemeinwesen verübt, dessen Folgen für alle spürbar sein werden. Den Angehörigen der Opfer gilt unser ganzes Mitgefühl.

Wenn eine Bürgerinitiative zu Demonstrationen anläßlich des sechsten Jahrestages der Räumung des Hüttendorfes aufruft, in deren Verlauf es zu Gewalttaten kommt, reicht es nicht, wenn sie sich später mit dem „Ausdruck des Bedauerns" von den Tätern distanziert. Sie muß selbstkritisch überprüfen, ob sie mit der Beteiligung an nichtgenehmigten Demonstrationen weiterhin den Deckmantel für Kriminelle liefert.

Das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit, das uns außerordentlich wichtig ist, darf nicht zu einem Freibrief für Mörder und Verbrecher werden. Alle sind aufgerufen, sich von dem Anschlag am Startbahngelände zu distanzieren und mitzuhelfen, daß den Gewalttätern das Handwerk gelegt werden kann."

NP 5.11

Mit Sägen im RAF-Stern gegen Stromkonzerne

NP 15.11.87

Frankfurt (lhe). – Eine Säge im RAF-Stern ist das Kennzeichen jener kaum einzugrenzenden kriminellen Gruppierungen, die unter dem Namen „Sägende Zellen" bundesweit Strommasten fällen. Sie kämpfen mit ihren heimlichen nächtlichen Sägeaktionen auf abgelegenen Stromtrassen gegen die Energieversorgungsunternehmen, denen sie Umweltverschmutzungen vorwerfen.

Die „sägenden Zellen", die „Aktion Heimwerker" und andere radikale, autonome Gruppen verüben seit 1981 Anschläge auf Strommasten der deutschen Energieversorgungsunternehmen. Seit 1984 ist die Zahl der an- oder abgesägten Masten steil gestiegen: Waren es bis 1983 nicht mehr als fünf Anschläge pro Jahr, kippten 1984 schon 13 Masten. 1986 wurden insgesamt 163 „Sägeaktionen" unternommen, davon alleine 30 im Freistaat Bayern. In diesem Jahr wurden bis Ende Oktober bereits 78 derartige Anschläge verübt.

Laut Bundeskriminalamt kann über die Struktur der Täter wenig gesagt werden, da die Ermittlungen selten zu Festnahmen führten. Die Täter könnten als „ganz normale" Bürger leben, aber auch polizeilich bekannte Personen sein. Als Grund für die wenigen Polizeierfolge nannte ein BKA-Mitarbeiter einerseits die Vielzahl der Strommasten, andererseits die meist einsam in Wäldern und Wiesen gelegenen Standorte der Masten. Es sei unmöglich, jeden Masten zu überwachen. Ungleich einfacher sei es dagegen für die Täter, in der Dunkelheit zu einem entlegenen Strommasten zu gelangen.

Von der Existenz der „Sägenden Zellen" zeugen daher vor allem sogenannte Bekennerschreiben, unterzeichnet mit einem RAF-Stern, der statt einer Maschinenpistole eine Säge trägt. Der Hauptvorwurf an die Energieversorgungsunternehmen: Sie seien für ein Drittel des Schwefeldioxydausstoßes verantwortlich und verhinderten den Einbau von Entschwefelungsanlagen. Dies führe vermehrt zu Atem-Erkrankungen vor allem bei Kleinkindern und zu vielen kranken Bäumen.

Nach Auskunft des BKA sind die meisten Anschläge bisher glimpflich abgelaufen. Im August vergangenen Jahres erlitt allerdings eine 46 Jahre alte Frau, die im Verdacht stand, mitgesägt zu haben, bei einem Strommast-Anschlag südlich von Frankfurt schwere Verbrennungen, als das 150 Meter lange Stromkabel beim Herabstürzen aus 20 Metern Höhe einen großen Lichtbogen verursachte.

Die Kluft zwischen den Startbahngegnern wird noch breiter

In Mörfelden diskutierten Bürgerinitiative-Mitglieder mit Politikern der Grünen und mit Autonomen

Von Günter Hollenstein (z. Z. Mörfelden)

Am Anfang stand die Sprachlosigkeit. Die ritualisierte Auseinandersetzung darüber, ob Pressevertreter dem Gespräch zwischen Vertretern der Bundes-Grünen und Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen die Startbahn 18 West beiwohnen dürften, brachte einen willkommenen Aufschub: Seit längerer Zeit nämlich saßen im Mörfelder Bürgerhaus am Mittwochnachmittag jene wieder einmal gemeinsam an einem Tisch, die früher Seite an Seite gegen die Flughafenerweiterung gekämpft hatten. Autonome und Bürgerliche versuchten, gewissermaßen unter der Moderation der Prominenz der Grünen, eine erste Aufarbeitung der Ereignisse im Startbahn-Wald. Eine „Bewegung", so scheint es, gibt es vor Ort längst nicht mehr. Es war ein Treffen einzelner. Für wen sie eigentlich sprechen, das blieb im dunkeln.

Wilma Treber, einstige BI-Sprecherin, die sich als Repräsentantin des „bürgerlichen" Flügels vorstellte, schilderte den Niedergang des Protests. Als Bürgerinitiative habe es „nichts mehr zu tun" gegeben. Die einstigen Startbahn-Gegner hätten sich bei den Grünen, beim Bund für Umwelt und Naturschutz und anderswo engagiert. Aber jetzt, wo erneut 41 Hektar Wald dem Flughafen geopfert werden sollen, gebe es eine „gewisse Reaktivierung". Die tödlichen Schüsse auf die Polizeibeamten, „die wir zutiefst verabscheuen", hieben jedoch nunmehr die Frage aufkommen, wie die Bürgerbewegung in der Bundesrepublik gerettet werden könne. Weil es möglich bleiben müsse, „daß Bürgerinitiativen in diesem Land weiter arbeiten können", habe man sich spontan wiedergetroffen.

Die „Pflicht", sich öffentlich zu äußern, das ist es, was die Bürgerlichen umtreibt. Die tiefgreifenden Auswirkungen auf die politische Landschaft der Bundesrepublik, die nach den Frankfurter Ereignissen befürchtet werden, lassen Zweifel aufkommen. Immer habe man mit einem „gewissen Langmut" zur Seite gesehen, wenn Leuchtraketen abgefeuert wurden. „Künftig", meint Frau Treber, müsse man anders damit umgehen.

Genauso sehen das auch die Realpolitiker der Grünen, Waltraud Schoppe und Joschka Fischer. Die „Kokketterie" mancher Grünen mit „bestimmten Aktionsformen", fand Frau Schoppe, „geht nicht mehr". Daß sich immer mehr Leute von Demonstrationen zurückziehen, schreibt sie der Angst vor Polizei in mindestens demselben Maße zu wie der Furcht vor dem „Schwarzen Block". Wenn sich die Autonomen jetzt von den tödlichen Schüssen distanzierten, sei das noch „das wenigste". Wichtiger sei es, die Diskussion um die Gewalt endlich offensiv zu führen.

„Ein Stück gemeinsamer Niederlage" lautete die Bilanz von Fischer, „ein Scheitern an der Gewalt." Auch er forderte einen „praktischen und theoretischen Trennungsstrich" zur Gewalt. Man müsse endlich „Ernst machen" mit der Gewaltfreiheit, die nicht zur Sonntagsparole verkommen dürfe; man müsse selbst kritisch einräumen, bisweilen den falschen Weg gegangen zu sein. „Entmummung ist angesagt", meinte der Fraktionsvorsitzende im Wiesbadener Landtag, das sei die „entscheidende Überlebensvoraussetzung" für die „Demokratie von unten".

Solche Töne sind auch bei den Grünen nicht unumstritten. Fundamentalist Manfred Zieran beispielsweise lenkte den Blick auf die „Gewaltstrukturen des Staates": Thomas Ebermann mühte sich um den Brückenschlag und die „gemeinsame" Selbstbewußtsein, daß „Ziele" der Bürgerinitiativen richtig seien. Eine andere Gesprächsteilnehmerin aus dem Bundesvorstand fühlte sich unangenehm an die Reaktionen bürgerlicher Parteien erinnert.

Die „Autonomen" sahen sich in die Ecke gedrängt. Achim Bender fand sogar, daß sich die „gemäßigten" Startbahngegner von den Jugendlichen in ihrer eigenen Stadt distanzierten. „Die tragen auch schwarze Kleidung." Die Übernahme politischer Verantwortung für die tödlichen Schüsse, die Bender formulierte, stieß in der Runde auf wenig Zustimmung. „Dies ist Ausdruck unseres Kampfes", meinte der Autonome unbeirrt. „Es ist unsere Sache, damit fertig zu werden", man wolle jetzt nicht in die „kleinbürgerliche Ecke zurück, wo doch der Frankfurter Flughafen wie ein Krebsgeschwür" sich immer weiter ausbreite.

Zweifel, ob der bisherige Weg richtig sei, ließ der Startbahn-Kämpfer nicht aufkommen. „Wir stehen zu den Aktionen, die im Startbahn-Wald laufen", er habe es „satt", in dieser Situation „einfach wegzulaufen". Den Grünen warf er „Ausgrenzung" vor – „das tut offenbar der Seele gut".

Die Hoffnungen mancher Gesprächsteilnehmer, daß die verschiedenen Flügel „gewaltfrei" zu einer neuen Einheit zusammenfinden könnten, scheinen sich nicht zu erfüllen. Bei den Grünen sehen zwar einige auch bei den Autonomen eine veränderte Diskussion über die Gewaltfrage und damit eine Chance zu neuer Gemeinsamkeit. Die anwesenden Autonomen-Vertreter aber ließen solche Nachdenklichkeit nicht erkennen. Es blieb bei der eher noch größer gewordenen Kluft zwischen den einen und den anderen Startbahngegnern. R/S

Unter Druck

Niemand weiß zur Zeit, ob der oder die Täter, dem oder denen am Montagabend an der Startbahn West zwei Polizisten zum Opfer fielen, ihre hinterhältigen Morde auch mit dem Kalkül verübten, den Staat zu scharfen Reaktionen herauszufordern, um dann wieder das eigene, gewalttätige Süppchen zu kochen. In der Wirkung wird genau das eintreten. Schärfere Gesetze zeichnen sich ab, und Menschen, die noch zu fragen wagen, ob man wirklich über ein strafbewehrtes Vermummungsverbot Killer von ihrem Tun abhalten kann, sehen sich mit der Gegenfrage konfrontiert, wie ihr Rezept denn zur Verhinderung solcher Verbrechen aussehe.

Wer ehrlich ist in diesen Tagen, wird einräumen, daß er keine Lösung hat. Scharfschützen unter denen, die – fast schon ritualisiert – Woche für Woche und Jahr für Jahr an der Startbahn West ihr Mütchen kühlen, indem sie Gewalt demonstrieren, hatte selbst die Polizei nicht einkalkuliert. Vor der Heimtücke eines entschlossenen Verbrechers schützen am ehesten Zufälle, aber doch wohl kaum Gesetze – eine Einsicht, die in der nachvollziehbar erregten Atmosphäre sicher wenig Überzeugungskraft hat.

Die Politiker stehen unter dem Druck, etwas tun zu müssen. Strauß hat davor gewarnt, durch Nichtstun den Staat lächerlich zu machen. Das ist Programm und Markierung zugleich. Warten wir ab, ob die Vorschläge wirklich dazu angetan sind, Taten zu verhindern, die vom Gesetz ohnehin bereits mit schweren Strafen bedacht sind, oder ob nicht doch alles in Symbolik und Politikerstreit endet. rr

Grüne sprechen von einer „Wahnsinnstat"

OFFENBACH. Entsetzen über die „Wahnsinnstat", die an der Startbahn West zwei Polizisten das Leben kostete und neun Beamte schwer verletzte, artikulieren die Offenbacher Grünen. In einer Presseerklärung schreibt der Offenbacher Parteivorstand: „Diese hinterhältigen Todesschüsse verurteilen wir auf das schärfste. Für uns ist bewaffnete Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gewalt ist ein Angriff, der die demokratischen Grundrechte gefährdet."

Weiter heißt es in der von Gertrud Umminger und Gerhard Ullrich unterschriebenen Erklärung: „Die politisch Verantwortlichen sind jetzt aufgerufen, diese Tat nicht zum Anlaß zu nehmen, das demokratische Grundrecht der Demonstrationsfreiheit einzuschränken. Wir fordern von allen Seiten Gewaltlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung. Das Verbrechen an der Startbahn 18 West darf nicht dazu führen, daß die Spirale der Gewalt weiter hochgedreht wird, sondern muß zum Anlaß genommen werden, eine friedfertigere politische Kultur anzustreben und zu verwirklichen." lz

FR. 5.11.

„Schlag gegen soziale Bewegungen"

Weitere Stellungnahmen zum Mord an den beiden Polizeibeamten

Auch am Mittwoch äußerten sich noch zahlreiche Gruppierungen bestürzt über den Mordanschlag auf die beiden Polizeibeamten an der Startbahn 18 West. Der hessische Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Herbert Mai, sprach von „einer unmenschlichen, nicht zu begreifenden Tat, die mit Demonstrationen nicht das geringste zu tun hat". Mai: „Wer mit Waffen gegen Menschen deren Leben aufs Spiel setzt und die Sicherheit des Luftverkehrs gefährdet, verläßt alle Regeln friedlicher Demonstrationsrechte und nimmt in Kauf, daß das demokratische Zusammenleben erschwert und demokratische Auseinandersetzungen, zu denen auch Demonstrationen gehören, diskreditiert werden."

Die Polizeibeamten, die unter schwersten Bedingungen ihren Dienst erfüllen müßten, verdienten die Solidarität der Arbeitnehmer und Gewerkschafter. Nach Ansicht der ÖTV dürfe es in Folge dieser Tat weder zu Pauschalverurteilungen von Demonstranten kommen noch dazu, daß demokratische Rechte in Frage gestellt werden.

„Mit Trauer und Wut" reagierten am Mittwoch die hessischen Jungsozialisten auf die Ermordung der beiden Polizeibeamten. Dieser „Privatkrieg" habe mit dem berechtigten Anliegen von Bürgern, die um die Natur und ihre Gesundheit fürchteten, nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil sei dies ein Schlag gegen die friedlichen sozialen Bewegungen, der von interessierter Seite benutzt werde, jeglichen Protest herabzuwürdigen.

Die Jusos fordern von der hessischen Landesregierung, das Demonstrationsrecht nicht einzuschränken. Die politisch Verantwortlichen sollten sich vielmehr bei kontroversen Entscheidungen selbst um eine Konfliktlösung bemühen und diese nicht auf die Polizei abschieben.

Zu Wort meldeten sich auch Anarchistinnen und Autonome, die sich im „Libertären Zentrum" im Gallusviertel treffen. In einer Erklärung heißt es: „Wir lehnen die Mitnahme von Schußwaffen auf Demos ab. Wir würden uns damit in die Isolation treiben, die unseren politischen Vorstellungen widerspricht." Der Weg zu einer freien Gesellschaft dürfe „nicht mit Leichen gepflastert sein". Dies unterscheide die autonomen Gruppen von staatlichen Institutionen, die täglich durch „strukturelle Gewalt" auf die Lebensbedingungen der Menschen einwirkten. „Ein Beispiel hierfür ist der Flughafen in Frankfurt, der als Ort für Abschiebungen, der ökonomischen Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt sowie als militärische Basis dient."

Das „Sozialistische Büro" in Offenbach meinte in einer Erklärung unter anderem, die von einigen militanten Autonomen praktizierte Bürgerkriegsstrategie setze einen wichtigen Anspruch linker Politik außer Kraft, [illegible] die man anwende, [illegible] verfolge, untergeordnet sein müsse. [illegible] die Mittel selbst zum Zweck von Aktionen werden, sei die „politische Sackgasse" erreicht. Forderungen „nach neuen und schärferen Gesetzen oder weiterer Aufrüstung der Polizei, wie sie die CDU erhoben hat", nützten jetzt nichts. enk

Bestürzung, Trauer, Zorn

Politiker aus dem Kreisgebiet verurteilen die Morde

FR. 5.11

MÖRFELDEN-WALLDORF. In zahlreichen Stellungnahmen zu den Ereignissen an der Startbahn 18 West drückten Politiker von CDU, SPD und Grünen im Kreis Groß-Gerau ihre Betroffenheit über den Tod der beiden Polizisten aus. „Mit Trauer und Zorn" habe er reagiert, als er von dem Vorfall erfahren habe, versicherte der Rüsselsheimer Bundestagsabgeordnete Dr. Norbert Wieczorek.

„Die Schüsse auf die Polizei sind als verbrecherischer Akt zu verurteilen. Alle friedlichen Demonstranten betrachten ein solches Vorgehen mit Abscheu." Wer das Demonstrationsrecht als Grundrecht hochhalte, ziehe klare Trennlinien zu denen, „die das Prinzip der Gewaltlosigkeit nicht achten", meinte der Sozialdemokrat.

Ebenfalls „bestürzt" äußerte sich auf Anfrage der Mörfelder SPD-Ortsbezirksvorsitzende Werner Schmidt. Die Tat habe nichts mehr mit den Zielen der Startbahngegner zu tun. Stadtverordnetenvorsteher Professor Leonhard Peez (CDU), selbst langjähriger Gegner der Umweltzerstörung und Lärmbelästigung durch den Flughafenausbau, sagte, durch den Todesfall an der Startbahn werde die friedliche Protestbewegung in ein schlechtes Licht gerückt. Das sei schlimm. Ihr [illegible] müsse das ganze Mitgefühl den Angehörigen der Toten gelten.

Daß es für die Morde keinerlei Rechtfertigung gibt, bekräftigt der Kreisverband der Grünen in einer Mitteilung. „Wer mit einer Schußwaffe zu einer Demonstration geht, stellt sich außerhalb jeglicher politischer Diskussion." Und: „Es müßte klar sein, [illegible] Herbst" manche Gruppen immer noch nicht begriffen haben, daß der Weg über Morde und Brandsätze in die Irre führt." [illegible]

Pistole in Hanau von Vermummten geraubt

Bei der Waffe, mit der zumindest einer der beiden Polizisten erschossen wurde, handelt es sich um eine Dienstpistole der Polizei, Kaliber neun Millimeter des Fabrikats Sig-Sauer, mit einem Magazin, das acht Patronen faßt. Diese Waffe war während einer Großdemonstration gegen die Nuklearbetriebe am 8. November vergangenen Jahres in Hanau einem Frankfurter Kriminalbeamten gestohlen worden.

Während der Kundgebung vor den Nuklearbetrieben in Hanau-Wolfgang wurde der Zivilbeamte von einer Gruppe teilweise vermummter Demonstranten überfallartig umzingelt; einer von ihnen riß ihm die Pistole aus dem Halfter. Der Beamte selbst konnte seinerzeit nur vage Beschreibungen von den Tätern geben.

Durch einen Hinweis aus der Punker-Szene führte für die Hanauer Staatsanwaltschaft einige Tage danach eine Spur des möglichen Täters in den Raum Erlangen. Der Informant hatte der Polizei eine exakte Personenbeschreibung des Verdächtigen geliefert.

Wie ein Sprecher der Hanauer Staatsanwaltschaft am Mittwoch bestätigte, stellte sich die Spur jedoch als falsch heraus. Weitere Täterhinweise gab es in der Folgezeit nicht mehr. Die Ermittlungen wurden im Frühjahr dieses Jahres endgültig eingestellt.

„Meine Magenschmerzen sollen auch Eure werden"

Gedanken eines Polizisten nach dem Startbahn-Einsatz

Der Verfasser des nachstehenden Beitrags ist ein 31jähriger Polizeiobermeister aus Frankfurt. Die Auseinandersetzungen an der Startbahn hat er bei zahlreichen Einsätzen an der Mauer seit Jahren erlebt. Auch am Montagabend, als seine beiden Kollegen ermordet und andere schwer verletzt wurden, war er am Flughafen eingesetzt.

Sie sind wieder da – die Magenschmerzen. – Und dabei hattest du schon gedacht, das hättest du hinter dir. Tagesdienst, Ausbilder. Geregeltes Leben. Nicht mehr einschlafen am Steuer nach dem Nachtdienst auf der Autobahn. Keine Schlägereien bei Festnahmen. Dem senegalesischer Dealer nicht mehr untätig zusehen zu müssen. Nicht mehr sein breites Grinsen ertragen, wenn ihm bei der Personenkontrolle absichtlich der Ausweis zu Boden fällt. „Du willst ihn sehen – heb' ihn doch auf, doofer Bulle."

Jetzt wirst du dich weit hinten halten bei Demos. Keine Beschimpfungen, kein Angespucktwerden, keine Steine und Brandsätze mehr. Kein Verfahren mehr am Hals. Alles nur noch aus professioneller Distanz.

Und trotzdem sind sie wieder da – die Magenschmerzen, jetzt, am Morgen danach.

Die Situation, die Endgültigkeit der Ereignisse kommt zum Bewußtsein. Letzte Nacht, mit den Kollegen zusammen, war man noch Polizist. Jetzt, zu Hause – drüber stehen. Bloß keine übersteigerten Emotionen. Das nutzt niemandem. Das ohnmächtige Haßgefühl unterdrücken.

Sie kommen wieder, die Bilder vor deinen Augen. Startbahn West. Süd-Ost-Ecke. Das Übliche. Wir stehen innerhalb des Bauzauns. Warten. Dann kommen sie. Vielleicht 200. Die Lautsprecherdurchsage fordert zum Verlassen des Geländes auf. Einmal, zweimal. Als Antwort Leuchtkugeln, Steine, Brandsätze. Die Kollegen laufen außerhalb des Zauns hinter den Chaoten in südlicher Richtung her. Fritz fragt an, ob wir die Kollegen draußen unterstützen sollen. Nein. Abwarten!

Dann kommt der Auftrag. Die innere Stimme sagt: „Verdammt, Du gerätst wieder mitten in die Scheiße. Bleib hier!" Die anderen gehen los. Du weißt, du würdest Hoss und die Kollegen nie allein gehen lassen. Schluß. Zum Nachdenken keine Zeit mehr.

Die „guten Bürger", Mitte vierzig, vielleicht fünfzig Jahre alt, begrüßen uns: „Schweine, ihr seid schlimmer als die Nazis." Weiter!

Wir treffen auch verletzte Kollegen. Andere schleppen sie zurück. Einer liegt am Boden. Regungslos. Wir laufen bis zur vordersten Linie, kurz vor dem Waldrand. Sie sind im Wald und beschießen uns mit Raketen. Wir feuern Tränengas zurück, können sie etwas auf Distanz halten. Langsamer Rückzug mit den Verletzten. Die Kollegen, die vorhin am Boden lagen, sind nicht mehr da. Als wir in der Süd-Ost-Ecke ankommen, erhalten wir die Nachricht. Sie sind tot!

Und nun sind sie wieder da – die Magenschmerzen. Du willst an etwas anderes denken, aber es geht nicht. Du schaltest das Radio ein.

Sie bringen es in den Nachrichten. Frühere Scharfmacher rufen zur Besonnenheit auf. Politiker und Bürokraten, die die Ausschreitungen der letzten Jahre lieber heruntergespielt haben, als Dinge beim Namen zu nennen und danach zu handeln, sind betroffen. Wer handelt, trägt die Verantwortung. Wer den Handlungsauftrag an andere weiterschiebt, ist raus aus dem Schneider.

Am Montagabend haben zwei Polizisten gehandelt. Sie waren das letzte Glied in der Kette. Es gab niemanden, an den sie den Handlungsauftrag weiterschieben konnten. Sie haben den höchsten Preis für die Übernahme von Verantwortung gezahlt.

Ratlosigkeit. Der Rundfunkmoderator führt ein Telefongespräch mit dem Kollegen eines Toten. Die Stimme ist gefaßt. Ein guter Kollege, ein Freund, einer, der sich für andere eingesetzt hat ... und so weiter und so weiter. Keine Anklage. Kein Vorwurf. Zuviel gesagte Dinge können falsch ausgelegt werden. Besonnenheit ist angesagt.

Sie gehen wieder weg – die Magenschmerzen.

Wir sind es mittlerweile schon gewöhnt, daß schnell zur Tagesordnung übergegangen wird. Aber ich weiß, daß sie wiederkommen werden – die Magenschmerzen.

Und ich will sie nicht in mich hineinfressen – meine Gedanken, um davon vielleicht noch mehr Magenschmerzen zu bekommen. Ich will sie hinausschreien und schreiben, ich, dem sonst eine Postkarte aus dem Urlaub zuviel Schreibarbeit ist. Es sollen auch Eure Magenschmerzen werden. Wenn sie es nicht werden, dann sind meine Kollegen umsonst gestorben oder verletzt worden.

Wenn sie es nicht werden, dann kann ich nur hoffen, daß die Gesellschaft nicht eines Tages einen hohen Preis dafür zahlen muß.

ECKHARD NIEBERGALL

„Die" Bürgerinitiative gibt es nicht mehr

Mit emotionaler Wucht brach die Vergangenheit des Startbahn-Konflikts wieder auf

MÖRFELDEN-WALLDORF. Die gewaltsamen Ausschreitungen an der Startbahn 18 West, bei denen zwei Polizisten ermordet wurden, riefen bei vielen Mörfelden-Walldorfern die schlimmen Erlebnisse während der „heißen Phase" des Bürgerwiderstandes gegen die Flughafenerweiterung in Erinnerung. „Es ist alles wie früher, doch auch irgendwie anders", sagte Wilma Frühwacht-Treber (Grüne), die im Namen der GBL in den Sitzungsraum des Mörfelder Rathauses eingeladen hatte. Alte Mitstreiter der Bürgerinitiative (BI) gegen die Flughafenerweiterung kamen dort am Dienstagabend zusammen. Der Saal war proppenvoll. Doch von „der" BI kann man mittlerweile nicht mehr sprechen. Das bewies eine weitere BI-Versammlung etwa zur selben Zeit im Bürgerhaus. Dort wurden Flugblätter mit der Aufschrift die „Autonomen" der BI verteilt.

Bei der Zusammenkunft im Rathaus entdeckten indes viele Teilnehmer Parallelen zwischen diesen Novembertagen und denen im Jahr 1981. Damals war es ebenfalls Montag, der 2. November, als es zu spektakulären Ausschreitungen draußen im Wald kam und das Hüttendorf gewaltsam von der Polizei geräumt wurde. Darauf folgten der „Nackten-Samstag" (7. November), die Abgabe der Unterschriften zum Volksbegehren in Wiesbaden (Samstag, 14. November) sowie die Flughafenblockade am 15. November. Diese Zeit sei mit „viel emotionaler Wucht" durch das schreckliche Ereignis wieder hochgekommen, wie es Frühwacht-Treber ausdrückte. Damals hätten viele die Vorgänge um die Startbahnauseinandersetzung nicht verkraftet. „Für viele ältere Leute war es ein Erlebnis wie im Zweiten Weltkrieg."

Zu Beginn der Versammlung am Dienstagabend erläuterte Achim Bender unter anderem die BI-Presseerklärung, die er zusammen mit Helga Arnold und Sigrid Schellhaas unterschrieben hatte und die auf viel Kritik gestoßen war. In dem Papier hatte sich die BI für die Ausschreitungen an der Startbahn politisch verantwortlich erklärt. Man habe jedoch gleichzeitig klipp und klar deutlich gemacht, daß man den Angriff auf Menschenleben ablehne. Vom Tod der beiden Polizisten sei man zutiefst erschüttert.

Vertreterinnen der legendären „Küchenbrigade" äußerten sich ebenfalls bestürzt über den Tod der beiden Polizisten. Gleichwohl sei aber zu kritisieren, daß sich der Staat mit überverhältnismäßig größeren Mitteln um die Aufklärung der Vorgänge bemühe, als dies nach dem gewaltsamen Tode von Günter Sare bei einer Demonstration im Herbst 1985 in Frankfurt geschehen sei.

Käte Raiss aus Walldorf bedauerte, daß die Belange der Gegner des Flughafenausbaus jahrelang bei den meisten Medien nicht auf Interesse gestoßen seien. Erst seit den schlimmen Ereignissen sei die Startbahn in aller Munde.

Davon, wie die telefonische Nachricht vom Tode der beiden Polizisten am Montagabend in der Sitzung des Umweltausschusses der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf aufgenommen worden war, berichtete Norbert Schwappacher, Fraktionschef der Grünen Bürgerliste (GBL). Er erzählte, Rudi Konrad (CDU) habe ihn in diesem Zusammenhang der geistigen Urheberschaft der Tat bezichtigt. Dies Äußerung werde noch ein Nachspiel habe. Sie werde vor den Ältestenrat gebracht.

Dieses Gremium berate auch über eine Resolution zur „Startbahn", die am kommenden Dienstag in der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf verabschiedet werden soll. Stadtverordnetenvorsteher Professor Leonhard Peez (CDU) werde den Fraktionen einen Entwurf vorlegen.

Gestern mittag trafen sich Mitglieder der BI in Mörfelden mit Abgeordneten der Grünen im Bundestag zu einem Gespräch im Bürgerhaus (siehe Seite 3 der FR). Weder die FR-Lokalredaktion in Mörfelden wurde von der örtlichen BI informiert, noch wurden BI-Vertreter aus Walldorf rechtzeitig verständigt. Wie Martin Kessel aus Walldorf, grüner Kreistagsabgeordneter und langjähriger BI-Chronist, gestern mittag auf Anfrage dazu erklärte, zeige dies einmal mehr, daß es die „BI" nicht mehr gebe. „Es existiert kein Gremium, das als BI beschlußfähig ist." Wenn ein BI-Angehöriger öffentlich Stellung beziehe, spreche er nur für sich, nicht aber für „die BI".

In der nächsten Woche soll es übrigens eine große Podiumsdiskussion in der Stadthalle oder im Bürgerhaus geben, bei der die jüngsten Ereignisse und die zukünftige Rolle der Bürgerbewegung beleuchtet werden sollen. Insbesondere soll das Problem angeschnitten werden, wie sich die BI verhält, wenn es zu schärferen Gesetzen oder gar zu einem Demonstrationsverbot am Startbahngelände kommen sollte, was von führenden Unionspolitikern nicht ausgeschlossen wurde.

Diffuse Szene ohne Struktur

FR. 5.11.

Die Autonomen und der Traum von der „herrschaftsfreien Nische"

Von Karl-Heinz Krumm

Ob in Wackersdorf, Hamburg, Berlin-Kreuzberg oder in Frankfurt an der Startbahn West: Wo immer in der Bundesrepublik markanter Bürgerprotest gegen eine umstrittene staatliche Maßnahme angesagt ist, tauchen in der Regel auch „autonome Gruppen" auf, die — planmäßig oder spontan — die friedliche Versammlung mit Gewaltaktionen aller Art auf ihre Weise zu prägen versuchen. Den militanten Kern dieser Gruppierungen erkennt der erschreckte Bürger immer häufiger an den vermummten Gesichtern und der schwarzen Kleidung, was schon vor längerer Zeit den Stuttgarter Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) zu dem Vergleich zwischen der „Nazi-SA und den heutigen Chaoten" animierte.

Mag sein, daß tatsächlich immer mehr militante Gewalttäter einheitliche schwarze „Kampfkleidung" bevorzugen, um staatliche Macht und Bürger gleichermaßen einzuschüchtern, zumal das düstere Schwarz als Uniform wohl auch angstüberwindende Gruppengefühle stärkt. Historische Vergleiche oder analytische Deutungen des Phänomens der autonomen Gruppen freilich sind aus solchen



Autonome: Nicht nur Bürgerschreck? (Bild: FR-Archiv)

Bildern kaum abzuleiten, was sich schon in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern nachlesen läßt. Die von Amts wegen für die Beobachtung dieser „undogmatischen Linken" zuständigen Verfassungsschützer sprechen vielmehr, wie etwa der Leiter des hessischen Landesamtes, Günther Scheicher, von einem „amorphen Konglomerat", dessen komplizierte Struktur schwer zu definieren sei. Schon aus den zum Teil reichlich wirren [illegible] und Flugblättern, die [illegible] nämlich die höchst unterschiedlichen Gedanken, Vorstellungen und Frustrationen der vielen Gruppierungen unschwer erkennen.

Ein Blick zurück in die Anfänge der „autonomen Gruppen" erweist sich da schon als hilfreicher: Als die „Außerparlamentarische Opposition" (APO) so um 1970 herum zerfiel, wurde ein großer Teil der aus den Universitäten stammenden Protestler von den demokratischen Parteien, vor allem von der SPD, absorbiert. Aus dem verbleibenden Rest entwickelten sich, einmal abgesehen von dem radikalen Absprengsel der RAF, vor allem „K-Gruppen" linker Dogmatiker, wie etwa der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW).

Erst als sich Ende der siebziger Jahre Selbstverwaltungsbetriebe und immer mehr alternative Lebensformen vor allem bei jungen Bürgern entwickelten, entstand der Begriff „autonom": Gemeint waren damit vor allem junge Leute, die sich von den ideologisch starren K-Gruppen lösten, um eigene Lebensvorstellungen zu verwirklichen. Als Beispiel für den damaligen Versuch, persönlich soziale Probleme zu bewältigen, kann die Besetzung leerstehender Häuser genannt werden.

„Autonom" stand also am Anfang für eine bestimmte Form von Selbstbestimmung, für die Suche nach herrschaftsfreien gesellschaftlichen Nischen — was für einen Teil dieser Gruppen auch heute noch gelten kann. „Autonomie", steht in einem Papier der „Kämpfenden Gummizellen", „bedeutet Selbstgesetzlichkeit oder, bei Kant, daß man keinem fremden Willen gehorchen soll." In politischem Zusammenhang solle Autonomie wohl eine Richtung bedeuten, „die sich selbstgesetzgebend von Dogmatismus, Revisionismus und Reformismus" absetzt. Jedenfalls scheine Autonomie eine Sache zu sein, die sich aus subjektivem Bewußtsein speise, daß nämlich „dies und das besser, anders oder am besten ganz weg sein müßte".

Vor dem Hintergrund der subjektiven Sehnsucht nach herrschaftsfreien Räumen scheint sich denn auch die Erkenntnis der Verfassungsschützer über die Soziologie der autonomen Gruppen fast zwingend einzufügen. Die meisten Anhänger dieses diffusen Spektrums, heißt es, stammten aus sozialen Randgruppen, ohne Beruf, ohne Arbeit, ohne Perspektiven: „Viele leben von der Sozialhilfe oder jobben irgendwo für kurze Zeit als Aushilfen." Mit sozialem Druck erklärt Günther Scheicher auch die vielen Mitläufer bei bestimmten Protestaktionen, etwa in Berlin-Kreuzberg, wo konkrete Probleme eine Sogwirkung auf Unzufriedene aus vielen Randgruppen bewirken, auf Arbeitslose, Ausgegrenzte, aber auch „auf Personen, die an Auseinandersetzungen auf der Straße Spaß haben".

„Autonom", sagen deshalb die Kenner der Szene, bedeutet in erster Linie eine Lebenshaltung, ein überwiegend gemeinsames Grundverständnis von Staat und Gesellschaft. Gleichwohl will ein Teil dieser Bewegung trotz zunehmender Radikalisierung nicht die Gesellschaft mit Gewalt verändern, sondern [illegible] verwirklichen zu können. Der Verfassungsschutz unterscheidet deshalb auch zwischen einer geschätzten Zahl der Angehörigen von autonomen Gruppen, rund 6500, und den 1500 und 2000 „Militanten", die grundsätzlich zur Gewaltanwendung bereit sind.

Noch schwieriger als den Begriff „Autonom" verbindlich zu definieren erweist sich der Versuch, Organisation und Struktur der Szene zu beschreiben; bedeutet doch eine „Gruppe" im allgemeinen schon den festen Zusammenschluß von Menschen zum gemeinsamen Tun. Deutlicher gesagt: Mit dem Vereinsrecht, nach dem sich Organisationen auf Jahreshauptversammlungen über Präsidenten, Schatzmeister und andere Funktionen per Abstimmung einigen, ist den „autonomen Gruppen" überhaupt nicht beizukommen. Die Angehörigen dieser Szene kennen einander, ihre Beziehungen gründen sich auf persönliche Bindungen, Vertrautheit und gemeinsamer Lebenshaltung. Man lebt zusammen in Gettos wie in der Hamburger Hafenstraße oder trifft sich in bestimmten Lokalen oder beim Sonntagsspaziergang an der Startbahn West, gibt sich aber phantasievolle Namen in der Regel nur bei Aktionen, zu denen man sich später öffentlich bekennt.

In einem Papier aus der Szene wird denn auch kritisch-nörgelig von „drei Richtungen" bei den Autonomen gesprochen: Jene, die „keine kontinuierliche Praxis in irgendeiner Richtung haben"; solche, die „sich in Kleingruppen von der Szene verabschiedet haben und auf Arbeit in Teilbereichen setzen"; schließlich diejenigen, „die bei dem Versuch, eine militante Praxis zu entwickeln, von der Eigendynamik des Kampfes überrollt werden und fast schon zwangsläufig in militanten Aktionismus verfallen".

Gerade dieser Aktionismus, der gewaltsame Protest an allen vermeintlichen Brennpunkten im Lande, ist seit langem in der Szene nicht unumstritten, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Denn abgesehen davon, daß auch der Verfassungsschutz keinerlei Hinweise dafür besitzt, bei den „Autonomen" gäbe es eine „zentrale, organisatorische Steuerung für solche Aktionen", weil Planung und Information meist über persönliche oder telefonische Kontakte laufen, beklagen immer mehr Autonome die „Zersplitterung der Kräfte", vor allem jene, die von anarchistischen oder gar nihilistischen Ideen getrieben werden.

So beschreiben autonome Gruppen in Berlin ihr Grundgefühl militanter „Antistaatlichkeit" so: „Was uns von anderen Linken unterscheidet, ist der Stein in der Hand und der Knüppel im Nacken. Was uns darüber hinaus zusammenhält, wissen wir auch nicht so zu sagen." Und in einem anderen Szeneblatt heißt es: „Wer Steine und Mollis gegen alles wirft, was uns täglich knechtet, spürt die Befreiung — die ganz individuelle, aber auch kollektive Befreiung."

Daneben stehen allerdings immer mehr Stimmen, die sich mit derben Sätzen über „blinden Aktionismus" beklagen. Zitat: „Einen Bullen laufen, eine Scheibe splittern sehen, das alles weist in eine ziemlich ungemütliche Richtung deutscher irrationaler Geistestradition." In anderen Papieren wird die Erkenntnis verbreitet, daß „dumpfe systemfeindliche" Positionen, „Wut und Haß" allein nicht ausreichen, um eine überzeugende revolutionäre Perspektive zu begründen. So heißt es in einem Frankfurter Thesenpapier: „Wir wollen endlich wissen und erleben, wofür wir kämpfen." Und die Zeitschrift „Aktion" meint in bemerkenswerter Offenheit: „Klirren einmal keine Scheiben, schaut man in trübe Mienen ... Ohne Putz tritt Leere, Lähmung, Stillstand ein."

In den internen Diskussionen der Autonomen nehmen denn auch seit geraumer Zeit die Fragen nach politischen Inhalten und besseren Strukturen einen breiten Raum ein. „Wir wissen von allem etwas und von Genauerem nichts. Wir sind überall dabei und nirgendwo richtig", meint eine Frankfurter Gruppe. In einer Schrift „Hauruck" wird deshalb gefordert, daß sich die „autonome, revolutionäre Linke in ihren vielen Ansätzen auf prinzipielle Vorstellungen verständigt". Daneben freilich gibt es weiterhin eine tiefe Abneigung gegen jede Form von Autorität und Organisation, weil dies nicht nur dem eigenen Selbstverständnis widerspricht, sondern angeblich auch Aktionen aber erschweren würde; denn „feste Strukturen und Organisationen erleichtern den Bullen die Repression".

Praktische Vorschläge, wie die in viele kleine Beziehungsgeflechte zersplitterten Autonomen handlungsfähige Strukturen schaffen könnten, sind in den meisten Diskussionspapieren deshalb nicht enthalten. Einzelne Gruppen wiederholen statt dessen alte Vorstellungen, „autonome Zentren" zu schaffen, weil nur hier „Kräfte zusammengeführt und gebündelt" werden könnten. Nur hier könnte eine eigene Kultur von unten entwickelt werden.

Mit einfachen Formeln, mit rasch zusammengezimmerten neuen Gesetzen wird angesichts dieser verwirrenden Vielfalt psychologischer und hintergründiger politischer Phänomene den „Autonomen" also kaum beizukommen sein. Ohne feste Strukturen, ohne politische Gesamtkonzeption und ohne akzeptierte „Anführer" gleichen sie mehr, wie der frühere BKA-Präsident Horst Herold früher einmal die RAF und ihr diffuses Umfeld beschrieb, „Eisenspänen in einem sich ständig verändernden Magnetfeld". Und auch das hat Herold oft genug zu bedenken gegeben: „Wenn so viele junge Leute so vehement gegen die Verhältnisse anrennen, muß sich die Politik auch mit diesen Verhältnissen beschäftigen." Angesichts der sozialen Rahmenbedingungen, in denen sich die meisten Angehörigen der vielen kleinen autonomen Gruppen bewegen, können bei der aktuellen Diskussion über die Gewalt in der Gesellschaft und ihre Ursachen solche Fragen nicht ausgeblendet bleiben.

Bonner Überlegungen

Strauß, Kohl und die Demonstranten

Von Eghard Mörbitz (Bonn)

Franz Josef Strauß wurde offiziell und deutlich. In zwei Fernschreiben an die Koalitionspartner Helmut Kohl und Martin Bangemann mahnte er, „jetzt endlich die Rechtsvorschriften" zu schaffen, „die mit der bisher geübten Permissivität Schluß machen, die klar zum Ausdruck bringen, daß das vermummte Auftreten bei Demonstrationen eine kriminelle Handlung darstellt und die durch Verschärfung des Landfriedensbruchtatbestands dem kriminellen Verhalten der deckenden Masse die notwendige strafrechtliche Sanktion geben". Vom Kanzler forderte der CSU-Chef „dringend", die allgemeine Strafbewehrung des Vermummungsverbots und die Verschärfung des Demonstrationsrechts „unverzüglich durchzusetzen". Diese Reaktion des bayerischen Ministerpräsidenten auf die tödlichen Schüsse im Wald an der Startbahn West war zu erwarten. Sie steht jedoch in einem überraschenden Gegensatz zu den eher verhaltenen Absichtserklärungen maßgebender CDU-Politiker, die trotz ihres Zornes über die Morde an den beiden Polizeibeamten zu „Augenmaß und Besonnenheit" raten.

Der erwartete übermächtige Druck auf die Freien Demokraten ist, sieht man von der Mahnung aus München ab, bisher ausgeblieben. Man will den Freien Demokraten nichts abverlangen, was sie einer neuerlichen Zerreißprobe aussetzen könnte. In der CSU-Landesgruppe hat man natürlich wenig Verständnis für den zimperlichen Umgang mit den Liberalen. Aber auch Friedrich Zimmermann will sich für konkrete Vorschläge bis Anfang Dezember Zeit lassen.

Die Begründung für den relativ gedämpften Trommelklang lieferte am Mittwoch der stellvertretende hessische Ministerpräsident Wolfgang Gerhardt (FDP), der mit Walter Wallmann (CDU) an der Bonner Kabinettssitzung teilgenommen hatte. Auch die FDP müsse die nötige „Sensibilität" für sinnvolle gesetzgeberische Maßnahmen aufbringen. Keinesfalls dürfe man aber eine neue „Ohnmacht des Staates" dadurch produzieren, daß man Straftatbestände schaffe, die man später nicht exekutieren könne. Der hessische Ministerpräsident stimmt dieser Beurteilung voll zu, obwohl er sich an seinen Vorsatz klammert, nun „mit aller Härte" gegen die Täter vorzugehen. Nicht alle Polizeibeamten, die den Tod ihrer Kollegen beklagen, haben Verständnis dafür, daß Wallmann immer wieder hinzusetzt, man dürfe „die Feinde des Rechtsstaates nicht mit den Mitteln eben jener Feinde dieses Staates bekämpfen".

Der hessische Ministerpräsident trifft sich in dieser Haltung auch mit Helmut Kohl. Um den Burgfrieden in Sachen der inneren Sicherheit nicht unnötig zu gefährden, ließ der Kanzler jedenfalls seine von dpa verbreitete Äußerung vor Volontären des Springer-Verlages zurückziehen, wonach ihm unverständlich bleibe, warum das Vermummungsverbot als „liberales Problem" angesehen werde, wo die Vermummung doch abartig sei.

Die Freien Demokraten [illegible] allerdings trauen dem Frieden nicht. Sie gehen davon aus, daß die jetzt im Kabinett angeordneten Prüfaufträge aus der Sicht des Bundesinnenministers in Wirklichkeit darauf abzielen, den Landfriedensbruch im Strafgesetzbuch wieder so herzurichten, wie er vor der Änderung durch die Sozialliberalen im Jahre 1970 bestand. Damals stempelte er jeden zum Gewalttäter, der sich als Unbeteiligter in einer gewalttätigen Versammlung aufhielt. Die Wieberbelebung dieses Straftatbestandes aber führen liberale Rechtspolitiker als Beispiel dafür an, wie sich der Staat ohne Not in die Hände von Chaoten und Terroristen begebe, denen ja gerade daran liegt, friedliche Demonstranten zu Mittätern zu machen und zu kriminalisieren.

Wie lange die FDP ihre Position halten kann, ist offen. Auch das wiederholte Angebot des Bundesbildungsministers Jürgen Möllemann, gegen gewalttätige Demonstranten mit Anti-Terror-Experten und mobilen Einsatzkommandos vorzugehen, wird die CSU von ihrem Ziel, verschärfte Gesetze einzubringen, nicht abhalten. Allerdings haben auch die Frankfurter Ereignisse der FDP wieder Argumente geliefert. So will Burkhard Hirsch wissen, warum der als möglicher Täter festgenommene Andreas E. solange unbehelligt herumlaufen konnte, obwohl er nach Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden seit langer Zeit in dem Verdacht steht, Strommasten umgesägt zu haben. Hirschs berechtigte Frage: Warum haben wir denn im vergangenen Jahr den Terrortatbestand der Störung von Versorgungseinrichtungen geschaffen, wenn er nicht genutzt wird?

Regierung erwägt schärferes Recht

Haftbefehl gegen Mordverdächtigen

Von unserem Korrespondenten Martin Winter

BONN, 4. November. Die Bundesregierung wird Anfang Dezember über gesetzgeberische Konsequenzen aus den Polizistenmorden an der Frankfurter Startbahn West entscheiden. Dabei wird es nicht nur um die zwischen CDU/CSU und FDP seit Jahren umstrittene Verschärfung des Vermummungsverbotes gehen, sondern auch um eine Verschärfung des Versammlungsrechtes und der Paragraphen gegen Landfriedensbruch. In Anwesenheit des hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann (CDU) wurden im Bundeskabinett am Mittwoch auch neue polizeiliche Maßnahmen erörtert.

Nach der Sitzung des Bundeskabinetts betonten Vertreter der Koalitionsparteien immer wieder, es sei nun nicht der Zeitpunkt zu übereilten Beschlüssen. Die notwendigen Entscheidungen müßten „mit Augenmaß und Besonnenheit" getroffen werden, sagte Wallmann. CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel verwies darauf, daß nun erst einmal Gespräche mit den Landesregierungen sowie mit der Innenministerkonferenz geführt und die Erfahrungen mit den gewalttätigen Demonstrationen ausgewertet werden müßten. Waigel, der in der Koalition immer wieder auf einer Verschärfung des Vermummungsverbotes beharrt hatte und deswegen mehrfach in einen öffentlichen Streit mit der FDP geraten war, sieht in der Vermummungsfrage jetzt die Notwendigkeit eines „vertrauensvollen Gespräches" in der Koalition.

Auch die FDP hielt sich mit Festlegungen auffallend zurück. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende und hessische Minister Wolfgang Gerhardt bestätigte zwar, daß es Meinungsunterschiede in der Koalition zu Fragen der inneren Sicherheit gebe, aber die FDP sei immer bereit, „Positionen zu diskutieren". Die Freidemokraten würden sich nicht verschließen, wenn sich herausstellen sollte, daß gesetzgeberische Maßnahmen sinnvoll sind. Eine von Bundesregierung und hessischer Landesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe soll einen Bericht erstellen, auf dessen Grundlage das Bundeskabinett gemeinsam mit Vertretern der hessischen Landesregierung am 2. Dezember über konkrete Maßnahmen beraten will.

Zum Auftrag dieser Arbeitsgruppe gehört auch, sich Gedanken über eine Verschärfung des Versammlungsrechtes zu machen. Wallmann zeigte sich mit dem gültigen Recht bei einer Pressekonferenz äußerst unzufrieden. Doch weder er noch Regierungssprecher Friedhelm Ost oder Gerhardt wollten sich darüber äußern, in welche Richtungen die Gesetzesänderungen gehen könnten. Es sei im Kabinett, sagte Ost, „nicht über Details diskutiert worden". Die ebenfalls ins Gerede gekommenen Paragraphen gegen Landfriedensbruch sind erst 1970 von der damaligen sozialliberalen Koalition unter maßgeblicher Beteiligung der FDP in ihrer heutigen Form geschaffen worden. Wie in Bonn zu hören war, ist besonders Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) an einer Verschärfung dieser Strafvorschriften interessiert.

Während die Koalitionspartner in Bonn Festlegungen vermieden, forderte der CSU-Chef Franz Josef Strauß in Fernschreiben an den CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl und den FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann, daß das Vermummungsverbot und die Strafandrohung gegen Landfriedensbruch sofort verschärft werden müßten.

Die von Bonn und Wiesbaden eingesetzte Arbeitsgruppe hat auch den Auftrag, Vorschläge für eine bessere Ausrüstung der Polizei zu machen. Im Bundeskabinett wurde am Mittwoch bereits die Idee diskutiert, auch in den Ländern Spezialeinheiten zu schaffen, die sich am Vorbild des Bundesgrenzschutzes orientierten und bei gewalttätigen Demonstrationen eingesetzt werden sollen. Als ersten praktischen Schritt kündigte Wallmann in Bonn an, daß Hessen außerplanmäßig weitere 100 Polizisten einstellen werde.

Verärgerung hatte es im Kabinett über den Präsidenten des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, gegeben. Lochte, Gegner eines verschärften Vermummungsverbotes, hatte am Dienstagabend im Fernsehen unter anderem die Auffassung vertreten, daß es sich bei dem Mord um eine einmalige Tat handele und ähnliche Taten in Zukunft nicht zu befürchten seien. Dem widersprachen Wallmann und Ost heftig.

*

KARLSRUHE/BONN (AP). Zwei Tage nach den Todesschüssen an der Startbahn West ist am Mittwochabend gegen den 33jährigen Andreas E. aus Frankfurt wegen des dringenden Verdachts des zweifachen Mordes und des zweifachen versuchten Mordes an Polizeibeamten Haftbefehl erlassen worden. Nach Angaben des Sprechers der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, Alexander Prechtel, sind außerdem drei weitere Männer vorläufig festgenommen worden. Den Haftbefehl gegen E. habe der Ermittlungsrichter auf Antrag der Bundesanwaltschaft erlassen. Der 33jährige war zuvor in Frankfurt vernommen worden.

In der Wohnung von E. war am Dienstag die Tatwaffe, eine Neun-Millimeter-Pistole, gefunden worden. Nach den bisherigen Ermittlungen wurden sowohl die tödlichen Schüsse auf den 44 Jahre alten Hundertschaftsführer Klaus Eichhöfer und den 23jährigen Polizeiobermeister Thorsten Schwalm als auch alle anderen Schüsse aus derselben Waffe abgefeuert.

*

WIESBADEN (AP). Das hessische Landeskriminalamt bat am Mittwochabend die Bevölkerung im Zusammenhang mit der Ermordung der beiden Polizeibeamten um Mithilfe. Zu der bei E. gefundenen Waffe, einer Polizeipistole SIG-Sauer P 6, benötigen die Ermittlungsbehörden Angaben über deren Verbleib vom Zeitpunkt des Raubs am 8. November 1986 in Hanau bis zur Wiederauffindung.

Weiter fragte das hessische Landeskriminalamt: Wer hat während der Demonstration, insbesondere bei der Schußabgabe, beim Werfen von Molotowcocktails, Abschießen von Leuchtmunition, Steinewerfen und Verschleudern von Stahlkugeln fotografiert und stellt diese Bilder der Polizei zur Verfügung?

Wer kann Hinweise geben auf Personen, die mit Schußwaffen hantierten beziehungsweise bei denen Schußwaffen gesehen wurden? Wer hat sonstige für den Tatablauf bedeutsame Beobachtungen gemacht?

Telefonische Hinweise nimmt die Sonderkommission Startbahn 18 West (069 / 7 55 53 93 oder 7 55 53 92), das hessische Landeskriminalamt (06121 / 8 60 91) und jede Polizeidienststelle entgegen.

*

WIESBADEN (lhe). Die Schüsse an der Startbahn West werden kein drittes Todesopfer fordern. Der schwer verletzte Kollege der getöteten Beamten war nach Mitteilung des hessischen Innenministeriums am Mittwochmittag nach einer Operation außer Lebensgefahr.

5.11 FR

Die Grünen wollen sich nicht in eine gewalttätige Ecke drängen lassen

RLIN (epd). Der Präses der Synode Evangelischen Kirche in Deutschland), Jürgen Schmude, hat zur Respektierung einer unbedingten Grenze bei Gewaltanwendungen aufgerufen. In einem Interview sagte Schmude während gegenwärtig in West-Berlin tagenden Synode, bei vielen fehle diese Ein... Der Präses, der auch der SPD-Bundestagsfraktion angehört, warnte vor der ...denz auf staatlicher Seite zum großen Rundumschlag", die er bei einigen ...kern sehe.

*

...DENBURG (dpa). Die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, ...raud Schoppe, hat sich dagegen gewehrt, daß ihre Partei im Zusammenhang mit den Polizistenmorden in eine gewalttätige Ecke gedrängt werde. In einem Interview der Oldenburger „Nordwest-Zeitung" (Mittwoch-Ausgabe) sagte sie, es sei gerade die grüne Partei gewesen, die ohne Gewalt Politik gemacht habe. ...rau Schoppe distanzierte sich erneut ...den Todesschüssen. Mit Mord könne keine humanere Gesellschaft schaf...

BONN (dpa). SPD und die Gewerkschaft der Polizei lehnen eine Verschärfung des Demonstrationsrechts ab. Nicht gesetzgeberische Hektik, sondern Vernunft, Besonnenheit und entschlossenes Handeln seien jetzt gefordert, erklärten der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Willfried Penner und der GdP-Vorsitzende Hermann Lutz am Mittwoch in einer gemeinsamen Erklärung. Polizeibeamte, zu deren Aufgabe es gehöre, den Bürger zu schützen, dürften nicht „Prügelknaben der Nation" sein.

*

DÜSSELDORF (AP). Vor einer Einschränkung des Demonstrationsrechts hat auch der Deutsche Gewerkschaftsbund gewarnt. In einer am Mittwoch in Düsseldorf veröffentlichen Erklärung betonte der DGB, es bedürfe nicht neuer Gesetze, die bestehenden müßten nur konsequent angewendet werden. Der Gewerkschaftsbund verurteilte die tödlichen Schüsse auf die Polizeibeamten als „menschlich zutiefst verwerflich und politisch katastrophal".

*

BONN (AP). Bundespräsident Richard von Weizsäcker will an der Trauerfeier für die beiden erschossenen Polizisten teilnehmen. Das teilte Weizsäckers Sprecher Friedhelm Pflüger am Mittwoch in Bonn mit.

Ein Termin für die Beisetzung der beiden Beamten stand zu dieser Zeit noch nicht fest.

Auch am Mittwoch gaben bei Demonstrationen Tausende von Polizisten ihrer Empörung über den Mord Ausdruck. In Hannover formierten sich rund 7000 Beamte zu einem Trauermarsch durch die Stadt. In Stuttgart gingen 5000 Beamte auf die Straße, in Karlsruhe waren es rund 2000.

FDP will Mordfall Karry wieder aufrollen

mö BONN, 4. November. Die Ermittlungen im Mordfall des früheren hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Heinz Herbert Karry (FDP), die 1986 ergebnislos eingestellt worden waren, sollen jetzt wieder aufgenommen werden. Das verlangte die FDP am Mittwoch bei der Beratung des Bundeskabinetts über die Ermordung von zwei Polizeibeamten bei Krawallen an der Startbahn West. Karry war am 11. Mai 1981 in seinem Frankfurter Haus erschossen worden.

Die FDP begründete ihr Verlangen damit, bis heute sei nicht auszuschließen, daß der Mord mit der Erweiterung des Frankfurter Flughafens in Zusammenhang stehe, die Karry entschlossen vorangetrieben habe. Feinde habe sich Karry auch deshalb geschaffen, weil er die Errichtung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen, den dritten Reaktor für das Atomkraftwerk Biblis sowie andere Großprojekte der Industrie und des Straßenbaus unterstützt hatte. Der von der Polizei angebotene Objekt- und Personenschutz war von Karry seinerzeit abgelehnt worden, weil er sich einen Angriff auf seine Person nicht hatte vorstellen können.

Polizeipräsident: Mache keine Reklame für Grüne

Gespräch nach Morden abgelehnt / Auch GdP sagt ab

Von unserem Redaktionsmitglied Claus Gellersen

Der Frankfurter Polizeipräsident Karlheinz Gemmer hat am Mittwoch ein Gespräch mit Vertretern der Bundestagsfraktion und des Bundesvorstandes der Grünen über die tödlichen Vorfälle an der Startbahn West abgelehnt. Zur gleichen Zeit schlug Hansgeorg Koppmann, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), eine Einladung der Frankfurter Grünen zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion aus, die heute im Volksbildungsheim stattfinden soll. Die Grünen wollen nachhaltig ihre Forderung nach Gewaltfreiheit untermauern.

Gegenüber der FR erklärte Gemmer am Mittwoch, er habe keine Berührungsängste, er sei aber nicht bereit, einem Teil der Grünen für „Reklamezwecke" zur Verfügung zu stehen. Der Polizeipräsident wies auf Äußerungen der Frankfurter Grünen Jutta Ditfurth hin, die vor kurzem in einer offiziellen Erklärung gesagt hatte, der Staat brauche nichts so sehr wie terroristische Anschläge, um seine Gewalt zu rechtfertigen.

Zu den von den Grünen angekündigten Gesprächspartnern habe auch Thomas ...

...teifreundin nicht distanziert habe. Ebermann habe sich am Dienstag in Bonn auch geweigert, eine Erklärung aus dem Fraktionsvorstand seiner Partei zu unterschreiben, in der die Morde an der Frankfurter Startbahn verurteilt worden waren. Der grüne Ökosozialist hatte dagegen vor „Pogromstimmung" gegen Linke gewarnt, die im Zuge der Fahndung nach den Tätern zu befürchten sei. Gemmer: „Angesichts des Todes der beiden Polizeibeamten an der Startbahn hätte meine Teilnahme an einem Gespräch mit den Grünen bei meinen Mitarbeitern und ...

Der Polizeichef wies darauf hin, daß er erst vor kurzem mit Joschka Fischer, dem Fraktionschef der Grünen im Hessischen Landtag, und dem Frankfurter Landtagsabgeordneten Rupert von Plottnitz ein „gutes Gespräch" geführt habe.

Er sei „offen zu jeder Zeit" für dieserart Kontakte. Ein Zusammentreffen mit Grünen zu denen auch Ebermann gehöre, sei zwei Tage nach dem Tod der beiden Beamten aber nicht möglich. „Jetzt kann nicht so getan werden, als gebe es nur Friede, Freude und Eierkuchen."

Gemmer ergänzte damit auf Anfrage eine Erklärung, die die Grünen am Mittwoch in Bonn verbreiten ließen. Darin hieß es, der Polizeipräsident habe mitteilen lassen, nach der Lektüre der Tagespresse sei er zu der Erkenntnis gekommen, daß die Grünen immer noch ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt hätten.

Hansgeorg Koppmann hat die Einladung der Grünen zur Podiumsdiskussion abgelehnt, weil er seine Teilnahme an der Veranstaltung noch vor der Beerdigung der beiden erschossenen Kollegen in der nächsten Woche nicht für richtig hält. Auch der Gewerkschaftsvorsitzende, der grundsätzlich Kontakte begrüßt, wies darauf hin, daß nach seiner Einschätzung die hessischen Polizeibeamten seiner Zusage zu diesem Zeitpunkt mit Unverständnis begegnet wären.

Eine klare Verurteilung der Gewalt wollen die Frankfurter Grünen heute im Volksbildungsheim am Eschenheimer Turm demonstrieren. „Wir waren 100000 für die Rettung von 30000 Bäumen am Flughafen, jetzt müssen wir 100000 für die Gewaltfreiheit sein", sagte Lutz Sikorksi, der Fraktionssprecher der Grünen im Römer, einen Tag vor der Veranstaltung. Heute abend um 20 Uhr werden die Grüne Antje Vollmer, der Friedensforscher Egbert Jahn, der Pflasterstrand-Herausgeber Daniel Cohn-Bendit und — wie die Ausrichter hoffen — ein Pfarrer auf der Bühne sitzen.

„Von Haß ist nichts zu spüren“

Wohltuende Unterstützung

Von Wolfgang Schubert und Rüdiger Arendt (Hanau)

In der Eingangshalle des Polizeipräsidiums waren die beiden Tische bereits plaziert, auf denen von heute morgen an die beiden Kondolenzbücher ausliegen werden, in die sich Ministerpräsident Walter Wallmann und Frankfurts Oberbürgermeister Wolfram Brück als erste eintragen wollen. In den Räumlichkeiten des Personalrates stapelten sich die noch druckfrischen Beileidsbekundungen, die sämtlichen Frankfurter Polizeidienststellen zugeschickt werden. Polizeipräsident Karlheinz Gemmer registrierte eine „Flut von Anteilnahme“ und trotzdem herrschte in den 19 Frankfurter Polizeirevieren und im Präsidium ein „relativer Alltag“ vor, wie es Hans Neitzel, der Pressesprecher der Frankfurter Polizei, umschrieb. Gut 35 Stunden nach den tödlichen Schüssen auf zwei Polizeibeamte an der Startbahn West versuchten Führungskräfte ebenso wie die Hauptmeister oder Kommissare das Geschehen von der Nacht zum Dienstag aufzuarbeiten.

Hansgeorg Koppmann, Personalratsvorsitzender der Frankfurter Polizei und zugleich hessischer Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei knüpfte an die „furchtbaren Ereignisse am Montag“ eine „ganz große Hoffnung“: „Vielleicht haben die Bürger um Walldorf und Mörfelden jetzt erkannt, daß sie nur allzu oft die Kulisse und den Schutz für jene geboten haben, denen es nur auf Terror und Gewalt ankam. Wenn diese Leute nicht mehr zum sogenannten Sonntagsspaziergang kämen, wäre ein ganz wichtiger Beitrag zur Befriedung geleistet. Dann wäre denen, die sogar bereit sind, zur Schußwaffe zu greifen, das Nest entzogen, in das man sich flüchten kann.“ Koppmann bedauerte insbesondere, daß nach dem Morden vom Montag niemand mehr bereit sein wird, „ernsthaft über eine mögliche Form der Konfliktvermeidung, nämlich den Abriß der Mauer, zu reden“. Weil die Mauer selbst zu einem Symbol geworden ist, so Koppmann, wäre seines Erachtens möglicherweise mit der Beseitigung der kilometerlangen Betonmauer auch der Widerstand gegen die von ihr umgrenzte Startbahn 18 West „von selbst zusammengebrochen“. Diese Diskussion, beteuerte Hauptkommissar Koppmann, „ist nun auch in Polizeikreisen nicht mehr zu führen“.

„Es hätte jeden von uns treffen können“, war einer der häufigsten Sätze, die bei der Bereitschaftspolizei in Mühlheim am Mittwoch formuliert wurden. Und dennoch sagte Gerhard Biolawek, lange Jahre Polizeibeamter in Frankfurt und heute Leiter der Mühlheimer Einsatzbereitschaft, „ist von Haß oder gar Rachegelüsten nichts zu spüren“. Natürlich seien Angst und Zorn vorhanden, doch den Kollegen, selbst jenen, die schon ungezählte Einsätze an der Startbahn hinter sich hätten, sei klar: „Was am Montag geschehen ist, hatte mit einer Demonstration nichts zu tun.“ Auch wenn es ihm sehr viel lieber wäre, sagte der Polizeidirektor, am kommenden Wochenende „meine Leute nur zum Bundesligaspiel der Eintracht gegen Schalke 04 einzuteilen“, aber wenn der Einsatz an der Startbahn erforderlich sein würde, „werden die Kollegen trotz des Montags ohne Emotionen ihren Dienst versehen“.

Den Beamten der IV. Abteilung der hessischen Bereitschaftspolizei in Hanau, deren Kollege Klaus Eichhöfer am Montag tödlich getroffen worden war, wurde „erst gestern allmählich bewußt, was in jener Nacht zum 3. November tatsächlich geschehen ist“. Einer von jenen, die am Flughafen dabei waren, ist der 28jährige Polizeiobermeister Albert Schmidt, der seit neun Jahren im Bereitschaftsdienst ist und seine Startbahneinsätze „nicht mehr zählen kann“. So richtig zur Besinnung seien die Vorfälle ihm erst gekommen, als „wir schon wieder auf der Heimfahrt waren.“ Er dachte an seine Frau, die an diesem Abend „Gott sei Dank keine Nachrichten gehört hatte“.

Der Frankfurter Polizeisprecher Hans Neitzel beschrieb die Stimmung im Präsidium an der Friedrich-Ebert-Anlage in Frankfurt „trotz aller Diskussionen und Nachdenklichkeit“ als „nüchtern und sachlich“. Auch in der Vergangenheit seien die Beamten an der Startbahn mit Leuchtspurmunition oder Stahlkugeln beschossen und mit Molotowcocktails beworfen worden. „Wir hatten auch in den Jahren zuvor Schwerverletzte zu beklagen“, sagte Neitzel als Begründung, daß „schon am Mittwoch weitgehend wieder Alltag eingekehrt war“. Sicherlich sei die Betroffenheit je nach der Nähe zum Ereignis stärker oder weniger spürbar ausgeprägt: „Die Kollegen, die draußen miterlebt haben, wie zwei aus ihren Reihen ermordet und wie die Schwerverletzten abtransportiert wurden, sind natürlich anders berührt.“

Als ein „völlig neues und wohltuendes Gefühl“ haben viele Beamte am Mittwoch die „spontane Welle der Hilfsbereitschaft und der moralischen Unterstützung“ bezeichnet. So sei bereits während des Trauermarsches am Vortag mit Genugtuung zur Kenntnis genommen worden, „wieviele ganz normale Bürger durch ihre Teilnahme ein Bekenntnis zur Polizei“ abgelegt hätten.

Dagegen äußerten viele Beamte ihre Entrüstung, daß „nun wieder die Politiker auf unsere Kosten ihr parteipolitisches Süppchen kochen wollen“. Erstaunlicherweise über alle Parteigrenzen hinweg wurde die erneute Diskussion um ein Vermummungsverbot bei Demonstrationen als „völlig untauglich“ qualifiziert. „Auf Gewalt können wir nicht mit Gewalt antworten“, meinte ein Kriminalhauptkommissar, „und ein Vermummungsverbot würde die Gewalt eskalieren lassen. Wir als Polizeibeamte wären dann wegen des Strafverfolgungszwanges angehalten, jeden Demonstranten festzunehmen, der vermeintlich vermummt ist. Das wäre in der Praxis nicht durchzuhalten und würde die Probleme nur potenzieren.“

Kritik wurde allerdings auch an den Führungskräften im Präsidium laut, die die Polizeibeamten am Montag hätten „ins offene Messer laufen lassen“. Die Kollegen, die vor die Mauer kommandiert worden seien und dann im Schein der brennenden Heuballen gestanden hätten, seien „wie zum Abschuß bereit“ präsentiert worden. Eine solche Polizeitaktik, so eine Stellungnahme aus dem Präsidium, könne nicht hingenommen werden. Polizeipräsident Karlheinz Gemmer betonte dazu allerdings, „mit einer solchen erschreckenden Eskalation der Gewalt ist nicht zu rechnen gewesen“. Auch in der Vergangenheit seien wiederholt Kräfte vor die Mauer beordert worden, um Straftäter festzunehmen, die zuvor mit Molotowcocktails geworfen oder mit Stahlkugeln geschossen hätten. Auch wenn derzeit noch nicht klar sei, wie bei weiteren Startbahneinsätzen verfahren werde, so der Polizeipräsident zur FR, sei sicher: „Wir werden nicht in einer riesigen Stärke auftreten, um die Macht des Staats zu demonstrieren.“

FR 5.11.

TAZ 5.11

Eine Mordwaffe, noch kein Täter

Die Waffe, mit der einer der beiden Polizisten von der Startbahn West erschossen wurde, lag in der Frankfurter Wohnung, in der die Polizei einen der Verdächtigen festnahm / Noch Widersprüche über den Tathergang / Bonn wartet noch mit schärferen Gesetzen

Von Klingelschmitt & Platen

Frankfurt (taz) — Nach Abschluß der ballistischen Untersuchungen im hessischen Landeskriminalamt steht fest, daß der 44jährige Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer an der Startbahn West mit der Waffe erschossen wurde, die einem Zivilpolizisten 1986 während einer ALKEM-Demonstration in Hanau geraubt worden war.

Wie der Sprecher der Bundesanwaltschaft (BAW), Prechtel, gegenüber der taz bestätigte, ist die Waffe — eine Sig-Saur-Pistole, Kaliber 9 mm — im Rucksack einer am Dienstag gegen sechs Uhr früh in Frankfurt festgenommenen männlichen Person gefunden worden, nebst zwei leeren Magazinen, Leuchtspurmunition und einem Gerät zum Abfeuern derselben. Obgleich der Name des Verhafteten bereits am Nachmittag über die Agenturen lief, wollte Prechtel die Identität des Mannes nicht preisgeben. Inzwischen steht allerdings fest, daß es sich bei dem Festgenommenen, der am späten Mittwoch nachmittag noch immer nicht dem Haftrichter vorgeführt worden war, um den 33jährigen Angestellten Andreas Eichler handelt, der von der Polizei — mit Rucksack — in der Wohnung seiner Freundin aufgefunden worden war. Gegen Eichler läuft bereits ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Umsägen eines Strommastes. Neben Eichler soll sich gestern noch ein weiterer Tatverdächtiger in Polizeigewahrsam befunden haben.

Wie Prechtel auf Anfrage der taz weiter mitteilte, seien in der Nacht an der Startbahn mindestens vier Schüsse gefallen, denn sowohl die zwei toten, als auch die beiden verletzten Polizeibeamten hätten Schußverletzungen davongetragen. Allerdings wurden bisher erst drei Projektile gefunden. Ob diese anderen Projektile gleichfalls aus der bei Eichner gefundenen Waffe stammen, könne noch nicht gesagt werden, da hier die ballistischen Untersuchungen noch andauerten.

Am Mittag hatte der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann der Bundespressekonferenz seine Erkenntnisse über die Art der Schußverletzungen bei den beiden an der Startbahn west getöteten Polizeibeamten mitgeteilt.

Fortsetzung und weitere Berichte auf Seite 2 und 3

Tatwaffe, aber noch keinen Täter

TAZ 5.11.

Bundesanwaltschaft und Polizei inszenieren Verwirrspiel um Festgenommene und Tatverdächtige

Ging es am Dienstag vor allem noch um die Frage, ob die von der Polizei gefundene Waffe — die vor rund einem Jahr im Umfeld einer ALKEM-Demonstration einem Zivilpolizisten abgenommen worden war — auch die Tatwaffe ist, so konzentrierte sich am Mittwoch das Interesse darauf, ob man mit der Waffe auch den Täter hat. Doch so verschwommen und unpräzise die offiziellen Äußerungen dazu bisher auch sind — daß der Todesschütze aus den Reihen der Startbahngegner kommt, ist mittlerweile unstrittig. Entsprechend heftig wurde am Dienstag abend auf einem Treffen Frankfurter Autonomer diskutiert. „Politische Katastrophe“ war der überwiegende Tenor.

Als Beamte des hessischen Landeskriminalamtes am Dienstag morgen gegen 6 Uhr in die Frankfurter Wohnung der Freundin des Angestellten Andreas Eichler (33) eindrangen, lag das Paar im Bette. An der Wand des Schlafzimmers lehnte ein Rucksack, aus dem die Beamten zwei leere Pistolen-Magazine, Leuchtspur-Munition, ein Gerät zum Abfeuern derselben und das corpus delicti, die Waffe, mit der — und das steht aufgrund der ballistischen und kriminaltechnischen Untersuchungen inzwischen fest — der 44jährige Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer an der Startbahn erschossen worden war, herausfischten: eine Sig-Saur-Pistole, Kaliber 9 mm, mit insgesamt neun Schuß.

Daß Eichler nicht in seiner, sondern in der Wohnung seiner Freundin festgenommen wurde, war den „Schnellschützen“ der Frankfurter Boulevardzeitung 'Abendpost/Nachtausgabe' am Dienstag noch nicht bekannt geworden. Das Blatt hatte in seiner gestrigen Ausgabe noch berichtet: „Frankfurter hatte Mordwaffe in seiner Wohnung.“ Die Verwirrung der Medienschaffenden, die sich offiziell nur auf die Informationen des Pressesprechers der Bundesanwaltschaft stützen können, stieg im Verlauf des Mittwochs ins Grenzenlose. Da vermeldete der Hessische Rundfunk (hr) in seinem ersten Hörfunkprogramm kühn, daß in der Wohnung des verhafteten Eichler insgesamt vier Personen um einen Tisch gesessen und Tee getrunken hätten, weil es draußen im Startbahn-Wald so kalt gewesen sei. Alle vier seien vorläufig festgenommen worden.

Verwirrspiel der Bundesanwaltschaft

„Alles Quatsch“ meinte dagegen Bundesanwaltschafts-Pressesprecher Prechtel, der allerdings gegenüber der taz auch nicht bestätigen wollte, daß der Verdächtige Eichler in der Wohnung seiner Freundin verhaftet worden sei. Daß Eichler nicht in seiner Wohnung angetroffen worden ist, sei dagegen unstrittig. Prechtels Angebot: Falls wir ihm mehrere Frankfurter Straßen nennen würden, könnte er eventuell bestätigen, daß Eichler in einer der genannten Straßen festgenommen worden sei. Wir lehnten ab.

Bestätigen konnte Prechtel, daß sich Eichler — bis auf seine Freundin — alleine in der Wohnung aufgehalten habe, in der er festgenommen wurde. Die anderen drei Personen, die gleichfalls in der Nacht zum Dienstag oder aber noch im Verlauf des Dienstags festgenommen worden waren, seien „an anderen Orten“ aufgegriffen worden. Damit steht bislang fest: In Polizeigewahrsam befinden — oder befanden — sich insgesamt vier Personen: Andreas Eichler, dessen Name die Bundesanwaltschaft auch kurz vor Redaktionsschluß noch nicht bestätigen wollte, ein an seinem Arbeitsplatz festgenommener Frankfurter und eine Frau, die sich inzwischen — so die Informationen der taz — wieder auf freiem Fuß befinden soll. Der vierte Festgenommene ist eigentlich kein Festgenommener. Der Mann, der der taz bekannt ist, wird wegen eines Vorwurfs, der mit den Polizistenmorden im Startbahn-Wald nur mittelbar zu tun hat, seit Dienstag nachmittag festgehalten.

Der „Einzelgänger“ Andreas Eichler

Jenseits aller anderen Informationen und Spekulationen, mit denen die Frankfurter Redaktion gestern mündlich und fernmündlich, anonym und mit Bekenntnis überschwemmt wurde, scheint festzustehen, daß sich die Fahnder aus dem Landeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft auf den festgenommenen Andreas (Andy) Eichler konzentrieren. Eichler, der gegen 16 Uhr noch immer nicht dem Haftrichter vorgeführt worden war, ist den Herren nämlich kein Unbekannter. Der „Einzelgänger“ — so eine Bekannte — war bereits am 9. Oktober 1986, an der deutsch-französischen Grenze in Kehl/Rhein, schon einmal festgenommen worden, da er im Verdacht stand — zusammen mit anderen Personen — einen Strommast bei Hanau umgelegt zu haben. Zusammen mit Eichler wurde seinerzeit ein Mike K. aus Frankfurt festgenommen, der — und das ist die verblüffende Parallele — am Dienstag gleichfalls erneut abgegriffen wurde, diesmal an seinem Arbeitsplatz. Und gleichfalls festgenommen wurde am Dienstag eine Frau, die bei einem anderen Anschlag auf einen Strommast schwer verletzt worden war.

„Es gab einen bestimmten Personenkreis, den wir zuerst überprüft haben“, meinte denn auch BAW-Sprecher Prechtel, der im übrigen die ausgezeichnete Vorarbeit der hessischen Polizei lobte, die ihre „Pappenheimer“ genau kenne. Der Fahndungserfolg sei auf diese Vorarbeit zurückzuführen.

Anwalt „hochkantig hinausgeworfen“

Die verhaftete Frau befindet sich inzwischen wieder in Freiheit. Mike K. soll dagegen — wie Andreas Eichler — dem Haftrichter vorgeführt werden, obleich er zur Tatzeit nicht am Ort des Geschehens gewesen sei, wie Freunde von K. gegenüber der taz versicherten. K.'s Anwalt, der im Frankfurter Polizeipräsidium zu seinem Mandanten vordringen wollte, sei von LKA-Beamten „hochgradig hinausgeworfen“ worden. Wie die Frankfurter Anwältin Wally Verleih gegenüber der taz erklärte, sei es im Großraum Rhein-Main insgesamt zu 48 vorläufigen Festnahmen gekommen. *Klaus-Peter Klingelschmitt*



Autonomer Einzelgänger an der Startbahnmauer — *Foto: Thomas Pflaum/Visum*

„Kein Betriebsunfall“

Mehrere hundert StudentInnen, Autonome und Startbahnkämpfer trafen sich am Dienstag abend in der Frankfurter Universität. Diskutiert werden sollten die tödlichen Schüsse an der Startbahn West und ihre politischen Konsequenzen. Wegen des großen Andrangs mußte zuerst einmal von der Uni-Kneipe KOZ in den traditionsreichen Hörsaal 6 umgezogen werden. Die Diskussion, die anfangs nur in kleinen aufgeregten Gruppen stattfand, lief nur schleppend an, wurde jedoch dann mit großer Intensität geführt.

Nach einem Bericht über Festnahmen in Frankfurt, Hanau und Wiesbaden ging es nach einer halben Stunde ans Eingemachte. Ein junger Autonomer war aufgestanden und hatte gesagt: „Ich denke, daß ich mich von diesem Mord distanziere.“ Der fast einhellige Beifall gab anderen den Mut, ebenfalls das Wort zu ergreifen. Leute, die fähig seien, Menschen kaltblütig zu erschießen, sagte ein anderer, „die gehören auf die andere Seite!“

Immer wieder warnten Frauen und Männer davor, das Geschehen zu verdrängen, zu spekulieren, wie es zu den Schüssen gekommen sei. Es genüge nicht, sich einzureden, da sei etwas „aus Versehen“ geschehen: „Das war kein Fehler. Das war eine politische Katastrophe.“ Ein anderer schimpfte auf die wenigen, die anderer Meinung waren: „Das Gelalle ist ja unerträglich, wenn Mord jetzt hier schon zum Betriebsunfall wird!“

Angst vor „Durchgeknallten“

Eindringlich versuchten Vertreter der studentischen Linken Liste klarzumachen, welche politischen Dimensionen die Polizistenmorde haben werden. Sie wiesen darauf hin, daß in dieser Atmosphäre der Angst und des Hasses, die gerade entstehe, sich niemand wundern dürfe, wenn „jetzt auf der nächsten Demo ein Durchgeknallter schießt“, gleich von welcher Seite. Die Folgen seien bisher noch nicht zu überschauen, geschweige denn einzuschätzen. Auch die Vorstellung, daß jetzt die Häuser in der Hamburger Hafenstraße „mit der Maschinenpistole geräumt werden können“, löste Betroffenheit aus.

Einer berichtete von der Angst, die er seit Montag habe. Die wolle er zusammen mit anderen „in den Griff bekommen“. Nach dieser Katastrophe sei es nur noch möglich, Schadensbegrenzung zu versuchen. Wenn jetzt die Atmosphäre eines zweiten „Deutschen Herbstes“ oder Schlimmeres entstehe, dann sei davon die ganze Linke betroffen. Probleme bereite ihm auch das Gefühl, das sich seit 24 Stunden in ihm breitmache: „Daß man mal wieder spürt, was für ein kleiner Scheißer man ist!“

Zahlreiche TeilnehmerInnen hatten sich schon zu Beginn dafür ausgesprochen, die Öffentlichkeit auf dieser und anderen Veranstaltungen zu suchen und ihre Diskussionen nicht so zu führen, „als hätten wir etwas zu verbergen“. Man wolle sich auch darum bemühen, in der Ablehnung der Tat einen „großen Konsens“ nicht nur in der Linken herzustellen.

Und immer wieder betonten junge StartbahngegnerInnen, wie entsetzt sie gewesen seien und wie schwer es ihnen fiele, zu glauben, daß das „jemand aus unseren Reihen war“. In diesem Zusammenhang stellten auch einige DiskutantInnen Fragen, die bisher aus den Reihen der Autonomen nicht zu hören waren. Ob nicht die Zwilfen seien? Diese Überlegung stieß allerdings auf wenig Gegenliebe. Der Gedanke, über Sinn und Zweck der militanten Sonntagsspaziergänge an die Startbahn West nachzudenken, erhielt allerdings auch heftigen Beifall.

Schwierigkeiten gab es, sich auf eine Formulierung zur Ablehnung der Morde zu einigen. Etliche Stimmen wandten sich gegen das Wort „Distanzierung“. Das sei etwas, was der Staat immer habe erzwingen wollen.

Heide Platen

INTERVIEW

Kein Signal für Eskalation

Christian Lochte, Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, zu den Todesschüssen an der Startbahn

taz: Wie Bewerten Sie die Schüsse auf die Polizisten an der Startbahn? Sind Sie in Ihren Augen ein Signal für eine Eskalation?

Christian Lochte: Es ist kein Signal für eine Eskalation. Die Schüsse waren erstmalig und ich meine auch einmalig.

Gibt es von Ihrer Meinung abweichende Positionen bei denen, die staatlicherseits die Szene so intensiv beobachten wie Sie?

Ein Meinungsaustausch darüber hat noch nicht stattgefunden. Aber wenn ich sage, es waren erstmalig Schüsse von Demonstranten, dann bedeutet dies, daß weder in der APO-Zeit noch in den 70er Jahren durch die militanten K-Gruppen es je so etwas gegeben hat. Und zwar deshalb, weil sich, wie wir wissen, die militanten Gruppen so etwas selber verboten haben.

Dem kann ich nur zustimmen, trotzdem interessiert es mich natürlich, worauf Ihre Analyse beruht?

Sie beruht auf vielfältigen, von den jeweiligen Gruppen ausgehenden Schriften und Papieren und auf der Bestätigung durch V-Leute.

Glauben Sie aus Ihrer Kenntnis der Lage und Einschätzung des Demonstrationsgeschehens, daß es neuer Gesetze bedarf?

Nein, es bedarf keiner neuen Gesetze.

Es ist schon bemerkenswert, daß noch so kurzer Zeit eine Tatwaffe gefunden und ein Tatverdächtiger gefaßt wurde. Daraus ergibt sich doch wohl, daß man die Szene sehr genau kennt.

Sowohl beim Verfassungsschutz als auch bei der Polizei gibt es einen guten Überblick darüber, wer zum Gewaltpotential bei Demonstrationen gehört. Deshalb überrascht es mich nicht, daß man so schnell fündig geworden ist.

Sie haben ja in einem Gespräch eine sehr genaue Einschätzung der doch sehr heterogenen Autonomen-Szene geliefert und gesagt, es sei ein Einzeltäter.

Ich habe ja nicht Einzeltäter gesagt, sondern gesagt, es waren ein oder zwei — das ist egal — für sich, als Kleinstgruppe, ohne das mit anderen besprochen zu haben. Ich gehe davon aus, daß in dem Fall, daß drei oder vier Leute so etwas vorhaben und sie es den anderen unterbreiten würden, würden die doch auseinandergenommen werden. Die „Profis“ unter den Autonomen würden doch sagen, der oder die haben doch nicht mehr alle Tassen im Schrank.

Glauben Sie, daß es in der Szene Konsequenzen aus den Frankfurter Schüssen geben wird?

Ich hoffe, daß es deutlich dahin führt, daß die Gewalt abnimmt. Mißtrauisch macht mich, daß nun schon betroffene autonome Gruppen sagen, es war keiner von uns. Und darüber hinaus erklären, sowas kann nur eine Provokation gewesen sein. Damit streifen sie alle Verantwortung von sich ab, und da sehe ich natürlich schwarz. Denn eins muß ich sagen und das müssen sich die anderen autonomen Gruppen zuordnen lassen: Wer als Haßkappenfraktion sprachlich skandierend auf Demonstrationen so viel Haß predigt insbesondere gegenüber der Polizei und auch so militant gegen die Polizei vorgeht, nicht nur Steine wirft, sondern auch mit Leuchtmunition und Gasgranaten schießt, der darf sich nicht wundern, wenn irgendein Anhänger das dahingehend interpretiert, daß es auch erlaubt sei, eine Waffe zu nehmen und zu schießen. Und insofern spreche ich da eindeutig von einer politischen Verantwortung, die die Autonomen da haben. Ich setze eigentlich darauf, daß diese Diskussion auch bei den verschiedenen autonomen Gruppen jetzt stattfinden wird.

Interview: man

„Zum Kotzen“

Wir sind AnarchistInnen und Autonome aus Frankfurt, die für eine selbstbestimmte, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen. Uns kotzen diese Schüsse am 2. 11. 1987, dem 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung, an. Wir lehnen die Mitnahme von Schußwaffen auf Demos ab. Wir würden uns damit in die Isolation treiben, die unseren politischen Vorstellungen widerspricht. Deshalb ist eine solche militärische Eskalation nicht unsere Sache.

Unsere Mittel, die sich in den verschiedenen sozialen Bewegungen und ihren Kämpfen entwickelt haben, kennt jede/r. Jede/r kann sich darauf einstellen. Wir wenden uns mit diesen Mitteln gegen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir setzen diese nicht ein, um zu töten, sondern um uns zu schützen.

Der Weg zu einer freien Gesellschaft darf nicht mit Leichen gepflastert sein. Dies unterscheidet uns von der Gegenseite. Ihre Opfer sind nicht nur getötete Demonstranten, sondern alle Menschen, die täglich durch strukturelle Gewalt — ihre Lebensbedingungen — sterben.

Ein Beispiel hierfür ist der Flughafen in Frankfurt, der als Ort für Abschiebungen, der ökonomischen Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt, sowie als militärische Basis dient.

Erste Stellungnahme des Libertären Zentrum Frankfurt zu den Ereignissen des 2. 11. '87 an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens

TAZ 5.11.

Ruf nach verschärften Gesetzen

Kabinett und Innenausschuß tagten zu den Ereignissen an der Frankfurter Startbahn / Bundesregierung distanziert sich von der Auffassung von Verfassungsschützer Lochte / Schüsse seien kein einmaliger Vorgang

Von Ch. Wiedemann/O. Tolmein

Bonn (taz) — Nach den Frankfurter Ereignissen schließt die Bundesregierung nicht aus, daß verschärfte Gesetze zur Inneren Sicherheit schon zum Jahresbeginn in Kraft treten könnten. Darüber hinaus wird erwogen, eine Einsatzreserve des Bundesgrenzschutzes (BGS) zum Einsatz gegen Demonstrationen aufzustellen.

Das Kabinett beschloß gestern unter Beteiligung der hessischen Landesregierung, daß bis zum 2. Dezember Berichte über die Novellierung der Gesetze zum Vermummungsverbot, Landfriedensbruch und Versammlungsgesetz vorgelegt und dann darüber Beschlüsse gefaßt werden. Über Details der erwogenen Gesetzesmaßnahmen wollten auf einer Pressekonferenz weder Regierungssprecher Ost noch Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann Angaben machen. Jedoch hieß es auf die Frage, ob dazu auch eine verschärfte Vorbeugehaft gehöre: „Es gibt überhaupt nichts, was in diesem Zusammenhang ausgeschlossen ist."

Auf der Kabinettssitzung am 2. Dezember soll gleichfalls über eine neue Ausrüstung der Polizei und die Aufstellung einer BGS-Reserve entschieden werden. In bezug auf den Möllemann-Vorschlag vom Sommer, die GSG 9 gegen Demonstranten einzusetzen, sagte Regierungssprecher Ost, die jetzigen Vorschläge könnten „in diese Richtung laufen". Wallmann kündigte an, daß voraussichtlich auch in Hessen eine BGS-Einheit aufgestellt würde, betonte aber ansonsten, es gehe jetzt nicht um hessische Alleingänge oder ein hessisches Problem: „Es ist eine Herausforderung für den ganzen Staat. Wir sehen uns einer neuen Dimension und Qualität der Gewalt gegenüber. Wir wollen eine Gesamtlösung." Sowohl hessische Landesregierung wie Bundesregierung distanzierten sich von der Auffassung des Hamburger Verfassungsschutz-Chefs Lochte, daß der Schutzwaffeneinsatz ein einmaliger Vorgang sei.

Zur Diskussion in der FDP sagte Wallmanns freidemokratischer Stellvertreter Gerhardt, entscheidend sei nun, ob die Polizei selber das Vermummungsverbot neu bewerte: „Es geht nicht um das Umstürzen ganzer Beschlußlagen, aber um Einsicht in neue Notwendigkeiten." Der Staat dürfe sich nicht ohnmächtig zeigen. Am Freitag wird sich die Innenministerkonferenz mit dem Themenkomplex befassen. Es ist geplant, daß sich CDU/CSU-Innenminister mit den Innenpolitikern der Unionsfraktion am Donnerstag vorab besprechen.

In der gestrigen Sitzung des Innenausschusses wurde das Thema ebenfalls kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt, allerdings sollte es vor allem um Informationen gehen. Der hessische Innenminister Milde warnte dabei vor „voreiligen Beschlüssen", insbesondere sei die Erklärung von FDP-Politikern voreilig gewesen, keine neuen Gesetze unterstützen zu wollen. Ansonsten kam es aber in der mehrstündigen Sitzung zu keinen scharfen Kontroversen: weder unter den Koalitionsfraktionen noch zwischen CDU/CSU und Grünen. Kritik wurde von FDP und Grünen-PolitikerInnen an Generalbundesanwalt Rebmann geübt, der schon gestern behauptete zu wissen, daß die Schüsse von „vermummten Demonstranten" abgefeuert worden seien, obwohl es dafür keine Augenzeugen gebe, also niemand wissen könne, ob die Täter wirklich vermummt waren.



Achtung, Vermummungsverbot! *Foto: Theo Heimann*

Debatte um gegenseitige Abrüstung

Vertreter von Grünen und der Bürgerinitiative Startbahn West stritten um politische Konsequenzen der tödlichen Schüsse / Spirale der beiderseitigen Aufrüstung müsse gestoppt werden

Von Reinhard Mohr

Mörfelden (taz) — Zwischen der grünen Bundestagsfraktion, hessischen Landtagsabgeordneten der Grünen und Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West kam es am Mittwoch nachmittag im Mörfeldener Bürgerhaus zu einer kontroversen Debatte um die politischen Konsequenzen aus den tödlichen Schüssen auf zwei Polizeibeamte. Vor der Presse wurde darum gestritten, ob die nun zu erwartende Repressionswelle des Staates oder die Selbstkritik der Bürgerinitiative und sozialen Bewegung im Vordergrund stehen müßten.

Achim Bender, Vertreter des „Autonomen Flügels" der BI, wandte sich gegen Stigmatisierung jeglicher Art: „Das, was jetzt passiert ist, ist ein extremer, schrecklicher Ausdruck unseres Kampfes. Wir müssen uns der Verantwortung stellen, auch wenn wir nicht abgedrückt haben." Nun seien keine ethisch-moralischen Sonntagsreden gefordert, sondern eine Diskussion um beiderseitige Abrüstung. Die sozialen Bewegungen könnten es sich durchaus leisten, ihre militärischen Kategorien zu überdenken und den ersten Schritt zu tun.

In dieser Frage stimmte er Joschka Fischer zu, der ausdrücklich dazu aufrief, nun das bei den Grünen als Prinzip verankerte Gebot der Gewaltfreiheit zu achten, was er nicht als Ausgrenzung der Autonomen verstanden wissen wollte, sondern als Diskussionsangebot.

Die grüne Vorstandssprecherin Regina Michalik dagegen konzentrierte sich vor allen Dingen auf die nun kommende Repressionswelle und rief dazu auf, sich keine Diskussion über Gewaltfreiheit aufzwingen zu lassen, die von den gewalttätigen Strukturen des Staates ablenken. Es gehe nun nicht um Fensterreden für astreine Gewaltfreiheit, sondern um eine breite Manifestation der Gemeinsamkeit zwischen Autonomen, Linken, Bürgerinitiativen und den Grünen.

Eva Quistorp wandte sich energisch gegen das Gerede von der Distanzierung was den Mord an den beiden Polizeibeamten betrifft, die ansonsten aber am Kern des Problems vorbeigingen. Es gäbe solange keine gemeinsamen Ziele mehr, wie nicht die Gemeinsamkeit von Mitteln bei gemeinsamen Aktionen gewährleistet seien.

Vertreter der Bürgerinitiativen trugen untereinander den alten Streit darüber aus, wann die Niederlage im Kampf gegen die Startbahn West eingetreten sei und ab welchem Zeitpunkt welche Mittel hätten besser angewandt oder vermieden werden sollen.

Insgesamt machte die Diskussion denselben Eindruck wie die Debatten der letzten zwei Tage: Die politische Dimension der Ereignisse von Montag nacht an der Startbahn West ist im Ansatz noch nicht wirklich begriffen.

Wenn es ein vorläufiges Fazit aus diesem Zusammentreffen von Grünen und BI-Vertretern gibt, dann dies, und das haben auch Joschka Fischer wie Achim Bender betont: Jetzt muß radikal darüber gestritten werden, ob und wie es gewaltfreie Möglichkeiten und Perspektiven zur Gesellschaftsveränderung gibt, die die Spirale gegenseitiger Aufrüstung stoppen, womöglich umkehren können.

Der Frankfurter Polizeipräsident, mit dem die grüne Bundestagsfraktion ein Gespräch vereinbart hatte, sagte kurzfristig ab mit der Begründung, die Haltung der Grünen zur Gewalt sei ungeklärt, und ein solches Gespräch könne gegenwärtig den Polizeibeamten nicht vermittelt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Startbahn...

Der 44jährige Einsatzleiter und der 23jährige Beamte seien beim Rückzug getroffen worden. Den älteren habe ein Bauchsteckschuß von vorn getroffen, der Jüngere sei „von hinten" getötet worden. Wallmann erklärte dazu: „Ich ziehe daraus keine Schlußfolgerungen, es gibt alle möglichen Versionen, was sich dort abgespielt haben kann."

Der Sprecher der Bundesanwaltschaft Prechtel hatte am frühen Nachmittag eine weitere Version. Er erklärte, daß der Rückenschuß ein Gerücht sei, von dem er auch schon gehört habe. Prechtel: „Die beiden Getöteten haben beide Schüsse von vorne in den Bauch bekommen, beides Bauchsteckschüsse." Prechtel versicherte, er habe seine Information „Alles von vorn!" von dem ermittelnden Sonderkommando.

Eine Nachfrage bei den Ärzten der Flughafenklinik, in die die getöteten und schwerverletzten Beamten eingeliefert worden waren, endete bei der Pressestelle der Flughafen-AG. Deren Pressesprecher teilte mit, daß Anfragen von Journalisten an die Pressestelle der Bundesanwaltschaft gerichtet werden müßten. Den Ärzten sei aufgegeben, bis auf weiteres gar nichts mehr zu sagen.

Für Verwirrung sorgte auch die am Dienstag verbreitete Erklärung der Bundesanwaltschaft, wonach aus den Reihen der vermummten Startbahn-Demonstranten das Kommando: „Scharfschützen Feuer!" gekommen sei. Pressesprecher Prechtel relativierte gestern diese Erklärung dahingehend, daß „dieser Komplex noch nicht abschließend geklärt" sei. Es seien auch Polizeibeamte am Tatort gewesen, die dieses Kommando nicht gehört hätten.

Die Bundesregierung erwägt nach diesem bisher schwersten Zwischenfall bei gewalttätigen Demonstrationen ein schärferes Demonstrationsstrafrecht. Das Bundeskabinett beschloß am Mittwoch die Überprüfung des Versammlungsrechtes und des Landfriedensbruchsparagraphen. Ferner soll eventuell für die schon jetzt strafbare Vermummung von Demonstranten generell ein Straftatbestand geschaffen werden. Auch über die Einführung des sogenannten strafbewehrten Vermummungsverbotes traf die Bonner Regierung gestern noch keine Entscheidung.

INTERVIEW

Mehr Vertrauen

Der Polizeibeamte Manfred Mahr von der Hamburger Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten und Polizistinnen über die Folgen der Frankfurter Schüsse

taz: ***Muß man demnächst auf Demonstrationen mit polizeilichen Racheaktionen rechnen?***

Mahr: Als wir von den Ereignissen hörten, waren meine Kollegen, war ich, sprachlos und betroffen. Es hat mehrere Stunden gedauert, bis uns überhaupt klar geworden ist, was passiert ist. Ich glaube nicht, daß unter den Kollegen Rache geschworen wird. Natürlich gibt es Stimmen, die sagen, jetzt muß die Hafenstraße geräumt werden. Obenan steht wirklich Betroffenheit.

Stimmen Sie der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund oder den Kriminalbeamten zu, die geharnischte Forderungen aufgestellt, eine Zerschlagung der „gewalttätigen Strukturen" verlangt haben?

Wie wollen die das machen? Die Gewerkschaft der Polizei ist ernster zu nehmen; Besonnenheit ist gefragt. Straftaten sind zu verfolgen, natürlich. In dieser dramatischen Situation sollte man sich aber an die Hochzeiten des Terrorismus erinnern, an fieberhafte Gesetzesänderungen, an wahnsinnige Fahndungsaktionen.

Wenn man diese Maßnahmen heute nüchtern betrachtet, wird man doch sehen, daß sie das angestrebte Ziel nicht erreicht haben. Die jetzt von Wallmann, Dregger & Co. angekündigten Gesetzesänderungen, diese Hysterie und Überreaktion sehe ich genauso. Ein strafbewehrtes Vermummungsverbot hätte die Polizistenmorde nicht verhindert.

Wie wird sich nun ein Polizeibeamter fühlen, wenn er auf einer Demonstration wieder „Autonomen" gegenübersteht?

Ich sehe das als eine Einzeltat, wie Hamburgs Verfassungsschützer Lochte. Natürlich wird bei zukünftigen Einsätzen die Erinnerung an Frankfurt mitschwingen. Wir müssen aber doch nicht gleich davon ausgehen, daß alle bewaffnet sind und auf uns schießen wollen. Das wäre ein Fehler.

Was hätten die Demonstranten an vertrauensbildenden Maßnahmen beizusteuern?

Zum einen sollte die Politik deutlich machen, daß der Dialog mit dem Bürger erwünscht ist, die Auseinandersetzung, auch die politische Opposition. Wenn das rüber käme, was ich angesichts der Äußerungen von Wallmann und Dregger fast bezweifeln möchte — Gauweiler fordert gar ein Demonstrationsverbot vor der WAA — wäre viel getan. Auf Seiten der Veranstalter müßte versucht werden — da passiert ja auch schon mehr, als Schlagzeilen suggerieren —, den Dialog mit der Polizei suchen.

Beide Seiten müssen aufeinanderzugehen, damit auch der Bürger wieder mehr Vertrauen in die Politik bekommt, das ist gefragt. Statt eines Demonstrationsverbots sollte man lieber den Bau der WAA verbieten. Mit einem Vermummungsverbot ist keinem Polizisten geholfen, damit wird er nicht geschützt, solche Gesetze bewirken mehr Eskalation als Schutz.

Aber allerorten sind Maßnahmen gefragt?

Wir können doch nicht eine Umkehrung dessen wollen, was in Frankfurt passiert ist und uns herabwürdigen, zu sagen, jetzt erst recht, jetzt machen wir etwa die besetzten Häuser in Hamburg dem Erdboden gleich. Im Gegenteil, hier könnte sich Demokratie und politische Kultur mal beweisen und anhand der Hafenstraße versucht werden, zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Wer kann denn da eine Räumungsaktion wünschen. Die das am lautesten schreien, werden an dem Tag weit weg sein. Ich möchte dort nicht eingesetzt sein, wünsche es meinen Kollegen und auch den Bewohnern nicht.

Ich wünsche mir, daß unterm Strich steht: Alle haben einen Schritt zurück gemacht, aber im Endeffekt einen Schritt vorwärts.

Interview: Benedict M. Mülder

Schweigemarsch für die toten Kollegen

Vertreter sämtlicher Fraktionen des hessischen Landtages nahmen am Trauerzug der PolizeibeamtInnen in Frankfurt teil

Frankfurt (taz) —Der lange Trauerzug, ein Schweigemarsch mit Fackelträgern, formierte sich am Polizeipräsidium. Rund 6.000 — meist uniformierte — Beamtinnen und Beamte zogen am Dienstag abend zum Gedenken an ihre toten Kollegen Eichhöfer und Schwalm durch die Innenstadt. Ministerpräsident Walter Wallmann und der Frankfurter Oberbürgermeister Brück führten den Zug zur Paulskirche an.

Gegen 19 Uhr ging als erster der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hansgeorg Koppmann, ans Rednerpult. Er dankte allen Fraktionen des Landtages für die Teilnahme an dem Schweigemarsch. In den Zug hatten sich die grünen Abgeordneten Iris Blaul, Fritz Hertle, Priska Hinz, Rupert von Plottnitz und Joschka Fischer u. a. eingereiht. Koppmann beklagte eine Eskalation der Gewalt, in der sich die Gesellschaft längst an „Mollis und Stahlkugeln" bei Demonstrationen gewöhnt habe. Es sei jetzt die „Zeit zum Nachdenken und Innehalten". Er setze seine Hoffnung auf diese „Zeit des Innehaltens und Nachdenken" und auf ein „politisches Klima, das den Mord an Polizisten in Zukunft unmöglich macht".

Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann dankte in seiner kurzen Rede den Polizeibeamten für ihren täglichen Einsatz, der von der Mehrheit der Bürger begrüßt werde. Er provozierte die ersten zornigen Zwischenrufe und Pfiffe: „Wallmann, das war zu wenig!"

Den Zorn der Polizisten bekam wenig später der hessische Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl-Heinz Jungmann, zu spüren. Buhrufe und Pfiffe begleiteten seine ganze Rede.

Seine Mahnungen zur Besonnenheit und vor Gewalt konterten Beamte: „Waren Sie schon mal da draußen an der Startbahn?" Und: „Gewaltfreiheit? Die erleben wir jeden Sonntag!" Und: „Wieviele Särge wollt ihr denn noch tragen!" Ein Zwischenrufer forderte: „Die sollen mal sagen, daß wir uns im Krieg befinden!" Noch lange nach der Demonstration diskutierten dann auf dem Paulsplatz erregte Grüppchen miteinander.

Heide Platen

Er war seit 1978 bei allen Krawallen immer ganz vorne dabei

Andreas Eichler wurde schon 1986 als Waffenschmuggler verdächtigt

Von Herbert Reinke-Nobbe

Frankfurt. – Der 33jährige Andreas Eichler, gegen den der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Haftbefehl wegen Doppelmordes und zweifachen Mordversuchs erlassen hat, ist der Polizei kein Unbekannter. Schon im Oktober letzten Jahres stand Eichler unter dem Verdacht des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Er wollte Signalmunition aus Frankreich in die Bundesrepublik einführen. Als die Polizei damals seine Wohnung in der Gabelsberger Straße (Bornheim) durchsuchte, fand sie Beweismittel, das Eichler auch mit einem Anschlag auf einen Strommast im Juli 1986 in Verbindung brachte.

Der Bundesgerichtshof ermittelte deshalb gegen den Werbegrafiker und Designer. Die Polizei vermutet, daß er zu den Terroristen gehört, die als sogenannte „Sägende Zellen" im Jahre 1986 etwa 90 Strommasten angesägt und gefällt haben sollen. In der gleichen Nacht im August 1986, in der Dreieich-Offenthal die Stützpfeiler eines Strommastes angesägt wurden und der Mast in den Wald stürzte, brachten der Fotograf Klaus M. (52) und seine Frau die 48jährige Ursula J. aus Frankfurt mit schwersten Verbrennungen in die Uni-Klinik. Klaus M. und Ursula waren ebenfalls nach der Blutnacht am Flughafen festgenommen worden.

Im Oktober des gleichen Jahres durchsuchten Polizeibeamte nochmals Eichlers Wohnung, fanden aber nichts. Die Mordwaffe wurde wenige Tage später am 8. November bei einer Demonstration gegen die Atomfabrik „Nukem" von Chaoten erbeutet. 15 Vermummte kesselten damals einen 31jährigen Kriminalhauptmeister ein, schlugen ihn zusammen und rissen ihm die Waffe aus dem Halfter. Sie wurde am Dienstag im Rucksack zusammen mit Handschuhen, die Schmauchspuren aufwiesen, bei seiner Freundin gefunden.

Der Generalbundesanwalt hält Eichler nicht für einen „anonymen Mitläufer", sondern für eine Kernfigur der Frankfurter Szene. Seit 1978 fiel er der Polizei bei den verschiedensten Demonstrationen immer als einer der ganz Aktiven auf. Bei den gewalttätigen Protesten gegen die Startbahn West, bei denen Polizisten mit Flaschen, Steinen, Molotowcocktails und Stahlkugeln bombardiert wurden, war er von Anfang an dabei, mischte auch in Wackersdorf mit.

Andreas Eichler wurde am 24. April 1954 in Pirmasens im Saarland geboren. Sein Vater Rudolf war damals Prokurist in einer Elektro-Großhandlung. In Kaiserslautern studierte Eichler Graphik-Design und bekam seine erste Arbeitsstelle in einer Chemie-Firma in seiner Heimatstadt. Zuletzt arbeitete er als Werbegraphiker in einer Dachbau-Firma in Oberursel. Dort ahnte keiner seiner Kollegen etwas von seinen Startbahn-Aktivitäten.

Den Werdegang des 33jährigen Grafikers Andreas Eichler kennt die Kripo genau.

AP 6.11.

Wallmann und Brück trugen sich in Kondolenzbuch ein

Ministerpräsident Walter Wallmann (rechts) und Frankfurts Oberbürgermeister Wolfgang Brück trugen sich gestern um 16 Uhr in die Kondolenzbücher für die beiden ermordeten Polizisten ein. Seit Donnerstag früh liegen die Bücher in der Eingangshalle des Polizeipräsidiums an der Friedrich-Ebert-Allee aus. Viele Polizisten, aber auch sehr viele Bürger bekundeten mit ihrer Unterschrift ihr Mitgefühl. Doch um die Mittagszeit kam es zu einem Zwischenfall. Ein Bürger entdeckte eine Seite in einem der Bücher, auf der in großen Buchstaben mit Kugelschreiber geschrieben stand „Sare, eins, zwei, der Bürgerkrieg ist vorbei." Das Blatt wurde sofort herausgerissen und vernichtet. Unter den Polizeibeamten herrschte Entsetzen. Polizeisprecher Kurt Kraus: „Die Empörung bei uns ist groß. Eine unglaubliche Geschmacklosigkeit."

hrn/ Foto: Frank Senftleben

Hessen will nicht auf BGS-Einsatz verzichten

Wiesbaden. – Der hessische Verkehrsminister Alfred Schmidt (FDP) hat die Bundesregierung aufgefordert, den Bundesgrenzschutz (BGS) auch über das Jahr 1988 hinaus auf dem Frankfurter Flughafen einzusetzen. Die Unterstützung des Bundes beim Schutz gefährdeter Objekte auf Rhein-Main sei für die Sicherheit des Airports „außerordentlich wichtig", erklärte er und wandte sich gegen die Bonner Ansicht, dies sei allein Landessache.

„Mit der Angst muß man als Polizistenfrau eben leben"

Von Annette Großbongardt

Frankfurt. – „Wissen Sie, wie das ist, wenn nachts die Kinder kommen, und ihren Papa suchen, wenn man vor dem Radio sitzt und auf Nachrichten wartet?" Elke Krenzer will keine Antwort, sie will erzählen, wie es nach den Startbahn-Morden in einer Polizistenfrau aussieht. 1981, als das Hüttendorf geräumt wurde, hatte sie schon einmal vor, andere Polizistenfrauen zusammenzurufen und auf die Straße zu gehen. Doch Freunde rieten ihr damals ab. Jetzt überlegt sie gar nicht mehr, es sprudelt geradezu aus ihr heraus.

Viele Wochenenden, erzählt die 36jährige Hausfrau und Mutter von zwei Töchtern, habe sie wegen der Startbahn schon auf ihren Mann verzichten müssen. Sie sitzt auf dem Sofa in ihrer gemütlichen Wohnung in Hausen, ihre innere Bewegung kann sie nur schwer unterdrücken. Ihr Mann Heinz (39), Hauptmeister im Ermittlungsdienst, war von Anfang an bei den Einsätzen dabei. „Manchmal kam er erst um vier Uhr nachts nach Hause, war fix und fertig", erzählt Elke Krenzer. Auch am nächsten Tag sei dann kaum etwas mit ihm anzufangen.

Was sie fühlt, wenn ihr Mann im Einsatz ist? „Früher, da habe ich viel Angst gehabt", sagt sie. Bei der Hüttendorf-Räumung beispielsweise habe sie wie besinnungslos Cognac in sich hineingekippt. Nach 18 Jahren Ehe habe sie gelernt, damit umzugehen, nur manchmal noch würde sie aus dem Schlaf hochschrecken. Wenn sie länger nichts von ihrem Mann gehört hat, ruft sie auf dem Revier oder bei Kollegenfrauen an, ob die was wissen. „Mit der Angst muß man als Polizistenfrau leben", sagt sie bestimmt.

Besonders schlimm sei es für die Kinder. „Als sie noch kleiner waren, habe ich sie immer mit Spielen abgelenkt." Am Dienstagmorgen hat sie ihren beiden Töchtern Patrizia (14) und Jasmin (7) erzählt, was an der Startbahn passiert ist. „Und wir haben alle gewußt: Es hätte auch unser Papa sein können." Die Mädchen würden sich schon nicht mehr trauen, den Beruf ihres Vaters zu nennen. „Dann werden sie gehänselt und es heißt 'Scheißbulle'. Überhaupt: Unsere Männer müssen den Kopf hinhalten und werden als Dreck der Nation behandelt." Als Elke Krenzer das sagt, zeigt ihr Gesicht bittere Wut.

Die Polizistenfrau begreift nicht, warum der Kampf um die Startbahn nicht aufhört. „Das ist doch jetzt alles so sinnlos", sagt sie. Die Anwohner in Walldorf würde sie schon verstehen, aber nun sei die Bahn eben in Betrieb genommen, damit müsse man sich abfinden. Die Politiker reden ihrer Meinung nach jetzt um den heißen Brei herum. "Nur der Ministerpräsident hat knallhart gesagt, daß es jetzt reicht."

Stimmen der Anderen

In Zürich nicht erstaunt

Die „Neue Zürcher Zeitung" bemerkt zum Mord an zwei Frankfurter Polizisten:

„So verständlich die weitverbreitete Empörung in der deutschen Öffentlichkeit über den gewaltsamen Tod der zwei Frankfurter Polizisten auch sein mag, so wenig wird sich der Schock damit begründen lassen, daß mit einer derartigen Eskalation der Gewalt einfach nicht habe gerechnet werden können. Diese Mordtat kann nicht erstaunen. Überraschung wäre höchstens angesichts des Umstandes angebracht, daß bei der großen Zahl außerordentlich heftiger Auseinandersetzungen bei Manifestationen in der Bundesrepublik nicht schon früher das sogenannte Tabu der Demonstrationskultur durchbrochen worden ist. Müßte nicht endlich eine klare Linie zwischen der Freiheit zum Dissens und der Bereitschaft zur Gewaltanwendung gezogen werden?"

Die Prügelknaben der Nation

Zum selben Thema meint die „Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung":

„Da sind viele Fragen: Hat denn, so ist zu fragen, die Polizei den notwendigen Rückhalt? Läßt nicht die Justiz allzuoft die Polizei im Stich? Genügt der ‚feste Wohnsitz', um sich bedenkenlos in die nächste Gewaltaktion stürzen zu können, von Kreuzberg über die Hamburger Hafenstraße zur Frankfurter Startbahn? Gibt es in vielen Amtsstuben einen stillen Opportunismus gegenüber einer falsch verstandenen Liberalität? Es gibt ihn. Wird das Umfeld der Gewalt bewußt verharmlost? Soll und darf es nicht möglich sein, rund 2000 von Ort zu Ort ziehende Kriminelle so unter Kontrolle zu halten, daß sie keine Chance zur Vermummung und zum Eintauchen in eine friedliche Demonstration haben? Zweitausend von knapp 60 Millionen Bundesbürgern? Warum ist erst jetzt für manchen ‚Grünen' die Zeit zur Distanzierung von Gewalt gekommen? Noch bis vorgestern gab es ganz offiziell grüne Bekenntnisse zur Gewalt, grüne Schutzschilder für vermummte Kriminelle. Unsere Polizei ist nicht der Prügelknabe der Nation."

Eine blutige Wander-Armee

Ähnliche Fragen stellt sich die Bonner „Welt" zum selben Thema:

„Seit Jahren fragen die Bürger, wieso ein ‚schwarzer Block' reisender Gewaltverbrecher als schwerbewaffnete, blutige Wanderarmee durch die Lande ziehen kann – mal hier im Hamburg, mal morgen in Wackersdorf, zurück nach Brokdorf, ab zur Startbahn West und dann vom selben Flughafen nach Berlin-Kreuzberg –, ohne daß die Behörden dies abstellen. Sind diese Leute exterritorial? Keineswegs. Kann man nicht feststellen, was das für Leute sind? Natürlich kann man das. Warum geschieht es nicht? Weil die SPD-regierten Bundesländer sich weigern, die Namen der bei ihnen aufmarschierenden Schläger an ein ‚Meldesystem reisender Chaoten' im Bundesinnenministerium weiterzugeben. Hätte man ihre Namen, so könnte man, wann immer einer vor Gericht kommt, nachweisen, daß der nicht gerade zufällig da war, sondern daß er sich schon auf vielen Schlachtfeldern mit den verschiedensten Motiven ausgetobt hat. Dann wäre endlich die Grundlage zu härterer Bestrafung der Verbrecher gegeben, und die Wanderarmee hätte sich wahrscheinlich längst aufgelöst. Dann wäre sehr wahrscheinlich nicht passiert, was wir an der Startbahn West erlebt haben."

FAZ 6.11.

Bundesanwaltschaft vermutet geplantes Vorgehen beim Polizistenmord in Frankfurt

Fahndung nach den Mittätern / Weitere kriminaltechnische Untersuchung

SPD will Startbahnmorde vors Parlament bringen

güm. Die Todesschüsse auf zwei Polizisten an der Startbahn West werden auch das Stadtparlament in seiner Sitzung am 19. November beschäftigen. Die Grundlage für eine Debatte darüber hat die SPD-Fraktion gestern mit einem dringlichen Antrag gelegt. Demnach soll die Versammlung eine Resolution fassen, mit der sie ihre tiefe Betroffenheit über die Vorgänge am Abend des 2. November, als zwei Beamte ermordet und andere schwer verletzt wurden, zum Ausdruck bringt. In dem Antrag der SPD heißt es dann: „Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt erneut die Anwendung von Gewalt. Sie sieht in einer solchen Gewaltanwendung einen Angriff auf den demokratisch verfaßten Staat. Dieser Angriff muß mit Stärke, die aus Rechtsstaatlichkeit, Besonnenheit und Augenmaß erwächst, abgewehrt werden." Die Fraktion hofft, wie sie in ihrer Initiative schreibt, auf eine schnelle und vollständige Aufklärung der Straftaten.

FAZ 6.11.

FAZ 6.11

Jenninger warnt vor Gefühlen der Feindschaft, der Wut, der Vergeltung

Der Bundestag gedenkt der ermordeten Polizisten / Nicht einig über die Folgerungen / Das Versagen der Politiker

ban. BONN, 5. November. Der Bundestag hat am Donnerstag des Todes der Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm gedacht, die am Montagabend an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens ermordet worden waren. Politiker aller Fraktionen verurteilten das Verbrechen, äußerten ihr Mitgefühl mit den Hinterbliebenen und wünschten den weiteren verletzten Beamten Genesung. Bundestagspräsident Jenninger äußerte für das Parlament „Bestürzung und Trauer". Jenninger mahnte, „Gefühlen der Feindschaft, der Wut oder Vergeltung keinen Raum zu geben", und forderte: „Wir dürfen uns von skrupellosen Gewalttätern nicht auseinandertreiben lassen." Zu Ehren der beiden Toten hatten sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben. In einer anschließenden Aussprache über die Verbrechen kamen die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der Koalition wie auch zwischen Regierung und Opposition zum Ausdruck, ob und welche strafrechtlichen und administrativen Folgerungen zu ziehen seien.

Der hessische Ministerpräsident Wallmann (CDU) sagte, die Konsequenzen seien „mit Sorgfalt, mit Augenmaß und Verantwortung" zu prüfen. Trotz seines Mitgefühls gegenüber den Opfern und seines Entsetzens über die Morde sei jetzt „besonnen und überlegen" zu reagieren. Es dürfe aber kein Zweifel an der Entschlossenheit zum Handeln bleiben. Die Bürger erwarteten mehr als nur Betroffenheit. Wallmann sagte, zum jetzigen Zeitpunkt wolle er sich nicht abschließend über zu treffende Maßnahmen äußern. Er persönlich sei aber dafür, die Vermummung künftig als Straftatbestand zu ahnden. Straftatbestände hätten heute nicht mehr nur das Ziel der Sühne, sondern es gehe darum, von Gewalttätigkeiten abzuschrekken. Je höher das Rechtsgut sei, desto höher müsse die Strafandrohung sein. „Wer demonstriert, soll sein Gesicht zeigen." Das Versagen der Politiker liege darin, zugelassen zu haben, daß sich in der Gesellschaft ein rechtsfreier, gewaltgeneigter Raum gebildet habe.

Der SPD-Vorsitzende Vogel sagte, bei dem Täter oder den Tätern handele es sich nicht um Demonstranten, sondern um „schwerkriminelle" Gewalttäter. Diese müßten ermittelt und verurteilt werden; nur so könne das Vertrauen der Bürger und der Polizei in den Staat gewährleistet werden. Die gewalttätigen Militanten gefährdeten Menschen, stellten das Machtmonopol des Staates in Frage, griffen zugleich aber auch in das Recht der friedlichen Demonstranten ein, deren Ziele in Mißkredit gebracht würden. Die Polizei sei Hüter der Bürgerfreiheiten und nicht deren Gegner. Die Veranstalter von Demonstrationen müßten sich aber mehr als bisher fragen lassen, ob sie genug täten, sich von den Gewalttätern zu distanzieren und diese zu isolieren. Es dürfe „keine Toleranz gegenüber Militanz" geben, sagte Vogel, eine friedliche Gesellschaft könne nicht mit unfriedlichen Mitteln geschaffen werden.

Die Stärke des Staates aber müsse sich jetzt in seiner Besonnenheit zeigen. Vogel wandte sich gegen „Scheindiskussionen". Die Morde hätten durch ein strafbewehrtes Vermummungsverbot nicht verhindert werden können. Die Haltung zu einem strafbewehrten Vermummungsverbot dürfe aber nicht zum Maßstab einer „Gesinnungsprüfung" über die Haltung zum Prinzip der Gewaltfreiheit gemacht werden.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick wies darauf hin, daß sich alle Teilnehmer jener nicht angemeldeten Demonstration am Montagabend strafbar gemacht hätten. Bei vielen von ihnen handele es sich nicht um Demonstranten, sondern um „reisende Gewalttäter", die im Schutz der anderen Kundgebungsteilnehmer ihre Gewalttaten begingen. Mischnick sagte, in Einzelfragen komme er zu anderen Bewertungen als Wallmann. Die Vermummung sei schon jetzt verboten, und sie könne schon jetzt ein Straftatbestand sein. Viele Bürger, Polizisten, aber auch Politiker wüßten dies nicht. Er erinnerte daran, daß 1985 das Demonstrationsstrafrecht verändert worden sei. Nun sei zu fragen, welche Erfahrungen die Polizei gemacht habe, warum das Gesetz nicht wie erwartet angewendet worden sei und warum es so wenige Festnahmen und Verurteilungen gegeben habe. Unbestreitbar sei, daß bisher viele Vertreter der Polizei gegen eine weitere Gesetzesänderung gewesen seien; sollte sich daran etwas geändert haben, müsse neu beraten werden. Auch nach den Ursachen der Gewalt sei zu fragen. Den Demonstranten sagte er, die Distanzierung von der Gewalt verlange die Mitarbeit „zur Entlarvung" der Gewalttäter.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Waltraud Schoppe, nannte die Gewalttaten vom Montag Mord; die Schüsse seien ein Verrat an der Politik der Gewaltfreiheit gewesen. Wieder sei ein „Stück Menschlichkeit" verlorengegangen. Schlimm sei aber auch, wenn über den Einsatz von CS-Gas und Gummigeschossen geredet werde. Sie trete für einen „offenen Republikanismus" ein und wende sich gegen dessen Gegner, die nach neuen und schärferen Gesetzen rufenden Politiker und die Gewalttäter. Wallmann und Mischnick warf sie vor, Politik mit zwei Toten machen zu wollen, die noch nicht begraben seien. Neue Sondereinheiten der Polizei hätten die Gefahr eines neuen Terrorismus zur Folge. Sie forderte Besonnenheit; nicht zu handeln sei jetzt vielleicht die bessere Politik. Den Autonomen sagte sie, sie sollten ihre Zwillen und Helme zu Hause lassen und ihre Maske vom Gesicht reißen. Deren Entschuldigung, der Staat sei repressiv, lasse sie nicht zu. Die Kritik an den Verhältnissen rechtfertige nicht den Griff zur Pistole.

Innenminister Zimmermann (CSU) nannte die Mordanschläge einen Höhepunkt einer seit Jahren eskalierenden Gewalt. Die Toten seien Opfer einer Entwicklung, der viel zu viele viel zu lange tatenlos zugesehen hätten. Zimmermann erinnerte an ein Transparent in der Hamburger Hafenstraße „Zwei Tote sind nicht genug". Ein solcher Gewöhnungsprozeß müsse beendet werden. Toleranz gegenüber der zunehmenden Militanz sei der falsche Weg. Strafrechtliche Konsequenzen seien sinnvoll und nötig. Das derzeitige Vermummungsverbot schrecke nicht genügend ab. Der Polizei sei nicht zuzumuten, gegen Vermummte erst dann einzuschreiten, wenn es zu Gewalttätigkeiten gekommen sei.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) sagte, nach solchen Ereignissen frage er sich, ob etwas zu verändern sei und was. Die Änderung des Demonstrationsstrafrechts sei aber keine angemessene Antwort. Ein Vermummungsverbot und das Versammlungsrecht hätten mit dem Verbrechen vom Montag nichts zu tun; solche Lösungen hülfen der Polizei nicht. Schnoor zitierte den Berliner Innensenator Kewenig (CDU), der kürzlich das geltende Recht gewürdigt habe, und den rheinland-pfälzischen Innenminister Geil (CDU), der jetzt taktischen Maßnahmen der Polizei den Vorzug gegeben habe.

Bayern stellt Sondereinheiten auf

MÜNCHEN, 5. November. Bayern hat am Donnerstag als erstes Bundesland die Aufstellung von Sondereinheiten der Polizei zur Bekämpfung von gewalttätigen Demonstranten angekündigt. Damit zog das Münchener Innenministerium einen Tag vor der geplanten Innenministerkonferenz erste Konsequenzen aus dem Frankfurter Polizistenmord an der Startbahn West. Der Staatssekretär im bayerischen Inneministerium Gauweiler, gab in München die Aufstellung von zwei besonders ausgerüsteten Polizeisondereinheiten bekannt. Er sagte, diese Gruppen würden schon in den nächsten zwei Wochen zusammengestellt. Es werde sich insgesamt um etwa 400 bis 500 Beamte handeln, die besonders für Festnahmen von Gewalttätern geschult würden. Sie würden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit entsprechenden Waffen ausgerüstet und erhielten auch einen besonderen Körperschutz.

Trauerfeier in Frankfurt

WIESBADEN, 5. November (dpa). Mit einer Trauerfeier am kommenden Dienstag im Frankfurter Dom wird das Land Hessen von den an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens ermordeten Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm Abschied nehmen. Ministerpräsident Wallmann (CDU) hält die Trauerrede. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) ordnete Trauerbeflaggung für alle Bundesgebäude an.

Bis der Schnee rieselt

Me. Daß sich der Bundestag sogleich mit den Morden an den Frankfurter Polizisten befaßt hat, war seine Pflicht. Aber was tut er nun? Zwar sind alle Abgeordneten „bestürzt", aber an gesetzgeberische Konsequenzen will nur eine Minderheit heran – weil es Ärger geben wird. Dem Bundesinnenminister ist deshalb zu danken, daß er mit nackten Zahlen aufgewartet hat: Wenn in zwei Jahren, von 1984 bis 1986, die Zahl der bei sogenannten Demonstrationen verletzten Polizisten fast um das Sechsfache gestiegen ist, von 139 auf 818, dann ist mit dem Strafrecht etwas nicht mehr in Ordnung. Daß die Bundesregierung bis Anfang Dezember sich über Vorschläge für mögliche Änderungen Zeit lassen will, erscheint zu lange, zumal da alle einschlägigen Überlegungen schon unendlich viele Male angestellt worden sind. In der Adventszeit wird man beim Liede „Leise rieselt der Schnee" vergessen haben, daß er auf zwei frische Frankfurter Polizisten-Gräber fällt. Hoffentlich erinnert dann der Beauftragte der Freisinger Bischofskonferenz für die Polizeiseelsorge in Bayern noch einmal daran, daß er Anfang November den Polizeibeamten ein Recht auf Gesetze zuerkannt hat, die ihr Leben und ihre Gesundheit bewahren helfen.

TAZ 6.11

Von K.P. Klingelschmitt

Frankfurt/Bonn (taz) — Drei Tage nach dem Mord an zwei Polizeibeamten an der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens haben Beamte des Landeskriminalamtes am Mittwoch abend einen „guten Bekannten" (Bundesanwaltschaft) des inzwischen in U-Haft genommenen Tatverdächtigen Andreas Eichler in Frankfurt festgenommen. Wie der Pressesprecher der Bundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe, Prechtel, gegenüber der taz erklärte, seien jetzt nur noch zwei Personen in Haft: Eichler, bei dem die Tatwaffe gefunden worden war, und sein Bekannter.

Mit dem Beschluß, unverzüglich Polizei-Sondereinheiten zur Bekämpfung von „Gewalttätern" aufzustellen, ist Bayern gestern vorgeprescht. Staatssekretär Gauweiler erklärte nach einer Konferenz der bayerischen Polizeipräsidenten und des Verfassungsschutzes, die Gruppen aus speziell geschützten Polizisten sollten besonders zur Festnahme von Gewalttätern geschult werden. Zwei „Einsatzgruppen", eine für Nord- und eine für Südbayern mit insgesamt 400 bis 500 Beamten seien vorgesehen. Im Hinblick auf die für Freitag vorgesehene Innenministerkonferenz sagte Gauweiler, Bayern werde nicht nur ein verschärftes Vermummungsverbot, sondern auch die Rückkehr zum alten Landfriedensbruch-Tatbestand beantragen. In Bonn trat gestern der Bundestag zu einer Sondersitzung wegen der Vorfälle an der Startbahn West zusammen. In mittlerweile routinierter Betroffenheit hörten die Abgeordneten die Erklärung von „Bestürzung und Trauer" aus dem Mund ihres Präsidenten Jenninger. Hessens Ministerpräsident Wallmann wiederholte seine Forderung nach einer Verschärfung des Vermummungsverbots, dem sich CSU-Zimmermann anschloß. Die FDP wollte sich weiterhin dazu nicht festlegen. Waltraut Schoppe von den Grünen forderte die nicht anwesenden Autonomen auf: „Laßt Eure Zwillen und Helme zu Hause, reißt Eure Gesichtsmasken runter!" SPD wie Grüne lehnten eine Verschärfung des Demonstrationsrechts ab.

Alle anderen festgenommenen Personen seien dagegen wieder auf freiem Fuße. Gegen Andreas Eichler hat der zuständige Haftrichter am späten Mittwochabend Haftbefehl wegen des Verdachts auf Mord in zwei Fällen und Mordversuch in zwei weiteren Fällen erlassen.

Nach Informationen der taz soll es sich bei dem gestern Festgenommenen um einen 30jährigen Startbahngegner aus Frankfurt handeln. Der Mann wurde mit einem Festnahmebeschluß auf Mittäterschaft am Mittwochabend in das Polizeipräsidium gebracht. Seine Rechtsanwältin bezeichnete den Festnahmebeschluß gegenüber der taz als „an den Haaren herbeigezogen", denn ihr Mandant sei am Montag nicht an der Startbahn gewesen.

Wie BAW-Sprecher Prechtel mitteilte, stehe inzwischen fest, daß — neben dem Polizeihauptkommissar Eichhöfer(44) — auch der junge Polizeibeamte Thorsten Schwalm(23) mit der bei Eichler gefundenen Waffe erschossen worden sei. Prechtel: „Das haben die ballistischen und die anderen kriminaltechnischen Untersuchungen eindeutig ergeben." Auch die Kugel, die einem weiteren Polizeibeamten in die Brust drang, stammte aus der Sig-Saur-Pistole, Kaliber 9 Millimeter. Der Beamte, der zwei Tage lang in Lebensgefahr schwebte, ist — nach einer geglückten Operation — inzwischen „über den Berg", wie der behandelnde Arzt gestern mitteilte. Dagegen ist das Projektil, das einen vierten Polizeibeamten verletzte, noch immer nicht gefunden worden.

Die Waffe, mit der Eichhöfer und Schwalm erschossen wurden, ist ein Schweizer Fabrikat. Die Sig-Saur Pistole, die in der Bundesrepublik die „normale" Polizeipistole ist und hier unter der Bezeichnung P 225 oder P 6 gehandelt wird, hat Platz für ein Magazin mit neun Schuß Bleirundkopf-, Teilmantel- oder Vollmantelmunition. Prechtel bestätigte gegenüber der taz noch einmal, daß die Tatwaffe im Rucksack des tatverdächtigen Eichler gefunden worden sei, bei der Festnahme Eichlers in der Wohnung seiner Freundin im Frankfurter Stadtteil Niederrad. Der 33jährige Eichler wird von Bekannten als „unpolitisch" charakterisiert. Er habe „brav und bürgerlich" gelebt und sei erst vor wenigen Jahren „zur Bewegung" gestoßen: „Der hatte kein einziges politisches Buch in seiner Wohnung."

Die Bundesanwaltschaft geht allerdings davon aus, daß die Ermordung der beiden Polizeibeamten „nicht unbedingt das Werk eines Einzeltäters" gewesen sei. Eichler müsse zwar als „Kernfigur" angesehen werden, doch das besage noch nicht, daß nicht mehrere Personen an der Tat beteiligt gewesen sein könnten. Prechtel: „Wir wissen, daß Eichler in starkem Maß in die Szene eingebunden war."

Im Verlauf des Mittwoch durchsuchten Polizeibeamte erneut mehrere Wohnungen im Rhein-Main-Gebiet, u.a. in Rüsselsheim und in Frankfurt. Auch das Libertäre Zentrum im Gallus war erneut Ziel der Fahnder. Dort wurden u.a. Alarmlisten beschlagnahmt, mit denen im Falle der Räumung eines besetzten Hau- *

* FORTSETZUNG TAZ

ses in der „Au" der „Widerstand" organisiert werden sollte. Gleichfalls durchsucht wurde eine Frankfurter Druckerei.

KOMMENTARE

Feindbilder abbauen

Demonstrationen müssen wieder angstfrei werden

Die Schüsse von der Startbahn West des Frankfurter Flughafens sind kein Anlaß, über Verschärfungen des Versammlungsrechts nachzusinnen. Die Freiheit, sich zu versammeln und zu demonstrieren, ist über weite Strecken bereits beseitigt. Für die Entwicklung demokratischer Verhältnisse in der BRD waren Demonstrationen entscheidend: Ohne Ostermarschbewegung keine Entspannungspolitik, ohne die Demos der 68er keine Grüne Partei und auch nicht die Bürgerinitiativen, aber auch nicht die wenigstens teilweise Durchbrechung von Kontinuitäten der Naziherrschaft. Ohne die großen Demos gegen AKWs und Industrieanlagen hätte der Umweltschutz bei uns die Bedeutung, die er in Frankreich oder anderswo hat: ein Tummelplatz für Sonderlinge.

Spätestens seit den ersten großen Brokdorfdemonstrationen haben die jeweiligen Innenpolitiker das klar erkannt. Seitdem wird jeder, der zu einer Demo reist, vielfältig schikaniert und gedemütigt: Ob es die illegalen Kessel in Hamburg und Berlin waren, die Absperrung Kreuzbergs oder das faktische Demonstrationsverbot, das Wallmann als Oberbürgermeister in Frankfurt durchzusetzen versuchte. Kaum einer wagt es heute noch, sich den Konfliktförderungsstrategien der Polizeiführer mit ihren unwägbaren Risiken für jeden Beteiligten auszusetzen. Jeder, der als Demonstrant oder zufälliger Passant Augenzeuge polizeilicher Aktionen wurde, sah junge Polizeibeamte, die in ähnlicher Weise Feindbildern aufgesessen sind wie auf der anderen Seite die „schwarzen Blöcke".

Verantwortliche Sicherheitspolitik muß deshalb zu allererst ein Klima der Angstfreiheit wiederherstellen, d.h., mögliche Konfliktherde dürfen nicht per se auf Kosten der Demonstrationsfreiheit entschärft werden.

Jony Eisenberg

Zum Jahrestag ein Doppelmord

Wo einst das legendäre Hüttendorf stand, starben zwei Polizisten / Von Gerhard Spörl

6.11. ZEIT

Frankfurt, im November

Die schwarze Fahne mit der Aufschrift „Wir trauern" steht noch nicht richtig, als der Trauerzug aus Polizisten und Politikern schon auf den Pauls-Platz strömt. Vorneweg Walter Wallmann, der hessische Ministerpräsident; grau und übernächtigt sieht er aus. Ihm fällt es diesmal nicht leicht, die rechten Worte zu finden. Die Polizisten verlangen vom Staat Härte und Entschiedenheit. Sie sind die Begründungen und Bekenntnisse nach dem Tod ihrer beiden Kollegen leid. Daß Wallmann sie mit „meine lieben Mitarbeiter im Polizeidienst" anredet, hilft nicht. Mitten im Zug wird ein Transparent hochgereckt: „Demorecht im Hessenland, Polizistentod von Mörderhand!" Als der Ministerpräsident davon spricht, daß der „Haß überwunden und der Frieden gewonnen werden muß", da schallt ihm entgegen: „Das ist zu wenig, Herr Wallmann!"



Am Tatort: Beamte bei der Spurensuche

Aufnahme: AP

Die meisten der knapp tausend Polizisten kennen sich aus am Südende der Startbahn-West. Oft haben sie beklagt, daß sie dort ihre Knochen hinhalten müssen. Keiner hat geahnt, daß zwei von ihnen sogar ihr Leben lassen würden – überhaupt, die ersten Fälle in der Geschichte der Bundesrepublik, daß Polizisten von Demonstranten getötet worden sind. Die wirklich heißen Zeiten sind dabei längst vorbei. Damals, vor sechs, sieben Jahren, zogen Zehntausend aus Walldorf und Mörfelden durch den Wald bis hart heran an die Betonpiste.

Die sozial-liberale Regierung kippelte damals ständig. Am Ende wurden, wie geplant, 300 Hektar Wald gerodet. Und längst dröhnen Großraumflugzeuge in den Himmel über dem Startbahn-Wald.

In Wiesbaden ist eine neue Regierung am Ruder. Draußen im Wald liefen bis zum vergangenen Montag die alten Rituale ab. An den Sonntagen spazierten die Einheimischen wie eh und je durch den hohen, nicht allzu dichten Wald. Es waren nicht mehr viele – und fast immer dieselben. Zur Flughafenmauer flanierte man in Walldorf-Mörfelden wie anderswo zur Zonengrenze. Jubiläen werden gefeiert: Gerade fand der 300. Sonntagsspaziergang statt. Schon da kursierten Flugblätter mit dem Aufruf zur nächsten Demonstration einen Tag später. Denn da stand die sechste Wiederkehr der Räumung des Hüttendorfes, Symbol des gewaltfreien Widerstandes, an. „Wir mußten gar nichts anmelden oder organisieren", meint der Sprecher der Bürgerinitiative in aller Unschuld, „das ist ein Selbstläufer."

Die Startbahn-Gegner erkundeten routiniert, wo sich die Polizeizüge diesmal im Unterholz versteckten, und wie viele Wasserwerfer bereitstanden. Die Polizisten notierten die Autokennzeichen der Demonstranten. Deshalb konnten sofort nach den Morden Hausdurchsuchungen in Wiesbaden, Rüsselsheim und Frankfurt gestartet werden. Dabei wurde eine Pistole gefunden, und sofort hieß es, sie habe dasselbe Kaliber (9 mm) wie die Tatwaffe. Sie war ein Jahr zuvor einem Polizisten bei einer Demonstration in Hanau entwendet worden. Mitte der Woche erklärten die Sicherheitsbehörden, einer der Polizisten sei mit dieser Pistole getötet worden.

Morde – keiner hat sich dergleichen vorstellen können! Zweihundert bis dreihundert Demonstranten waren am Montag draußen im Wald. Wohl die wenigsten davon haben sofort mitbekommen, was passiert ist. Sie haben es erst erfahren, als sie in die Großfahndung rund um Frankfurt gerieten. Gegen 18 Uhr am Montag – es war schon ziemlich dunkel – trafen sich die Demonstranten vor dem Vereinslokal der SKG Walldorf von 1880. An der Hausmauer stehen die bekannten Sprüche: „Feuer und Flamme für den Staat" und „Der Kampf geht weiter". Der Fußmarsch durch den Herbstwald dauerte eine halbe Stunde. Die Schwarzvermummten blieben für sich, aus eigenem Antrieb und nicht etwa, weil sie abgeschoben worden wären. Manche von ihnen trugen Rucksäcke und schwere Plastikbeutel, was der Polizei gleich auffiel. Der Weg aus dem Wald führte dann über sumpfige, morastige Wiesen und Felder. Zweihundert Meter vor der Südspitze der Startbahn-West war wie immer Stopp. Das Terrain war wie immer von den Scheinwerfern am Tor in gleißendes Licht getaucht. Hubschrauber schwirrten, über Lautsprecher meldete sich die Einsatzleitung der Polizei: Der Fackelzug sei verboten; der Aufzug gefährde die öffentliche Sicherheit und Ordnung; „angesichts der Gefahrenlage" müsse sich die Demonstration auflösen.

Molotowcocktails flogen. Zwillen wurden mit Stahlkugeln geladen. Auf den Feldern gingen Heuballen in Flammen auf. Barrikaden aus Ästen und abgehauenen Bäumen brannten auf den schmalen Stegen, die das tiefe, glitschige Gelände und die flachen, sandigen Bäche überspannen. Dann war die Polizei am Zuge. Wasserwerfer und Hundertschaften rückten aus. Sie trieben die Unbotmäßigen zurück zum Wald. Wie immer rannten die Demonstranten weit verteilt aus der Gefahrenzone. Wie immer sammelten sich die ausgeschwärmten Polizisten wieder vorn am Steg. Es war gegen halb zehn. Es schien wieder einmal vorbei zu sein. Die Feuer und die Scheinwerfer – die Polizisten gaben gut sichtbare Zielscheiben ab.

Ein junger Beamter erzählte wenig später in dieser Nacht, er habe seinen Helm abgenommen, dann habe etwas gezischt und er habe ein Klatschen gehört und plötzlich sei sein Nebenmann umgesackt. Vermutlich aus 150 Metern, aus dem Gestrüpp im Morast, kamen die Schüsse. Der Wettlauf mit der Zeit begann. Der 44 Jahre alte Kommissar Klaus Eichhöfer aus Hanau und der 23 Jahre alte Thorsten Schwalm aus Mühlheim haben ihn verloren. Ein Dritter überlebte die Schüsse mit viel Glück. Acht andere Kollegen sind verletzt worden.

Das Hüttendorf hat nicht weit entfernt vom Tatort an der Okrifteler Straße gestanden. In Walldorf-Mörfelden hatte sich damals eine wirkliche Bürgerbewegung zusammengefunden: alt und jung, Rechte und Linke. Die gesichts- und traditionslosen Gemeinden rund um den Frankfurter Flugplatz haben überhaupt erst im Kampf gegen die Startbahn-West Gemeinsinn entfaltet. Die Dörfler unterstützten die Hüttenbauer mit Rat und Tat. Ein Jahr konnten sie sich so halten. Man organisierte sich, es ging basisdemokratisch und gewaltfrei zu. Die Autonomen, die es damals schon gab, mußten sich fügen. Sie bildeten eine verschwindende Minderheit; sie standen unter Kuratel, soweit das möglich ist.

Das ganze Hessenland wurde aufgewühlt vom Flughafenkonflikt. Alle Register wurden von der Bürgerbewegung gezogen: Das Volksbegehren kam nicht zustande; die Parlamentsanhörungen führten zu nichts; von den Gerichten und vom Staatsgerichtshof kamen abschlägige Bescheide. Nicht zu vergessen, daß es schon damals einen Toten gab. Das war Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry, der im Sommer 1981 ermordet wurde. Die Revolutionären Zellen nahmen die Verantwortung auf sich. Angeblich hatten sie vorgehabt, Karry ins Bein zu schießen.

Hessen hat sich durch die Startbahnkämpfe verändert. Die Grünen sind mit ihnen groß geworden, erst in den Kommunen, vor allem in den Flughafenanrainern, dann im Wiesbadener Landtag, wo sie für ein Jahr in der Regierung waren. Allerdings mußten sie zwangsläufig Enttäuschung in ihrer alten Klientel verbreiten. Mancher hat von ihnen erwartet, daß sie spätestens in der Regierung die Startbahn abreißen und den Wald aufforsten würden. Je mehr die Grünen sich politisch normalisierten, desto weniger Einfluß besaßen sie noch auf die außerparlamentarischen Bewegungen. Davon blieben übrigens ohnedies nur Reste,

Als am Dienstagabend der Vorsitzende der Hessischen Polizeigewerkschaft bei der Frankfurter Trauerkundgebung das Stichwort „politisches Klima in diesem Lande" nannte und differenziertes Denken anmahnte, da erntete er wütende Buhrufe von den tausend Polizisten. Walter Wallmann legte sich zunächst nicht fest. Vermummungsverbot, Änderung des Demonstrationsrechts im allgemeinen, Verbot von Demonstrationen an der Startbahn-West im besonderen – darüber reden andere. Am weitesten preschte Alfred Dregger in Bonn vor. Zwei Polizisten sind getötet worden, und man weiß noch nicht, von wem – zum politischen Klima hierzulande gehört es jedoch jetzt schon, daß die Grünen am Pranger stehen. Als Kronzeugin führt Alfred Dregger die Sprecherin der Grünen, Jutta Ditfurth, an mit ihrem aberwitzigen Spruch, der Staat brauche nichts so sehr wie den Terror. Von ihrer Behauptung, nur, so ist Dregger zu verstehen, führe „ein und dieselbe Blutspur" über die Hamburger Hafenstraße und Wackersdorf in den Startbahn-Wald.

Am wenigsten waren die Grünen von diesen Vorwürfen überrascht. Joschka Fischer zieht den Vergleich mit den Anfängen der siebziger Jahre. Wie damals die Studentenbewegung, so sei heute die Zeit der sozialen Bewegungen vorbei. Wie damals die SPD, so seien heute die Grünen in Gefahr, zwischen den Extremen zerrieben zu werden, zwischen den zurückgelassenen Enttäuschten aus der autonomen Szene und den konservativen Gegnern.

Nach den Morden an der Startbahn-West richten sich die Grünen auf schwere Zeiten ein. Fürs erste beherrscht der realistische Flügel das Feld. „Mit dieser hinterhältigen Tat wurde in unverantwortlicher Weise ein Tabu bundesdeutscher Demonstrationskultur gebrochen", verlautbarten sie in Wiesbaden. Unter den Frankfurter Trauermarschierern waren einige Grüne aus der Wiesbadener Landtagsfraktion, still und unerkannt.

Schüsse an der Startbahn-West

Nach den Morden von Frankfurt: Wann siegt die Vernunft über alle Militanz? / Von Robert Leicht

Zwei Polizisten an der Frankfurter Startbahn-West erschossen und weitere durch Schüsse verletzt: Den kaltblütigen Mord als äußerste Konsequenz der politisierenden Militanz, als ultimative Perversion unserer Versammlungsfreiheit („friedlich und ohne Waffen") hat es in der bundesdeutschen Geschichte noch nicht gegeben. Jetzt sind wir alle verpflichtet, das Richtige dafür zu tun, daß sich ein solches Verbrechen nie wiederholt. Doch das blanke Entsetzen über den brutalen Anschlag bliebe blind, falls es nicht zur geschärften Einsicht in die Zusammenhänge führte. Wenn die augenblickliche Verachtung des Mordes Konsequenzen haben soll, dann muß sie in den immerwährenden Widerstand gegen jegliche Militanz als Wurzel solcher Untaten münden.

„Scharfschützen, Feuer!", dieses Kommando haben die Polizisten am Montag abend aus den Reihen der Gewalttäter gehört, bevor die Leuchtraketen und Stahlkugeln flogen und die tödlichen Schüsse fielen. Welches Maß an Ausgrenzung des Mitmenschen, an Entgrenzung der Aggression muß einem solchen Schlachtruf vorausgegangen sein – Stufe für Stufe? Mit bloßem Schimpf auf die „Bullen" mag es angefangen haben, mit gewalttätigen Krawallen weitergegangen sein. Und nun die scharfen Schüsse.

Was sollen wir tun? Der gerechte Zorn darf uns nicht hindern, genau nachzudenken. Was also gilt es in der Bundesrepublik wirklich zu schützen?

Erstens: die Verfassungsordnung. Zu ihr gehört – neben all den bürgerlichen Rechten und gesetzlichen Pflichten – die große Errungenschaft der Demonstrationsfreiheit, die „Pressefreiheit des kleinen Mannes". Der Mensch und seine Meinung sind die höchsten Schutzgüter in der demokratischen Rechtsordnung.

Zweitens: die Möglichkeit, politische und soziale Konflikte so freimütig wie möglich auszutragen. Allerdings: Der offene politische Streit setzt eine intakte Rechtsordnung voraus. Von der gezielten Regelverletzung bis zu gezielten Schüssen ist es ein weiter Weg; aber seine Richtung bleibt dieselbe. Wer das Gesetz bricht, schafft keine Freiheit, sondern umgekehrt: Wer die Bindungen des Rechts sprengt, schnürt die Chancen des politischen Prozesses ab.

Der nächste Test auf den Rechtsfrieden steht der Republik in der Hamburger Hafenstraße bevor. Zwar sieht es so aus, als hätten sich die Hansestadt und die Besetzer recht und schlecht und in letzter Stunde auf einen Vertrag geeinigt. Doch in Wirklichkeit hat sich alles auf die entscheidende Frage zugespitzt: Ist die Beseitigung der paramilitärischen Befestigungsanlagen, die Einstellung des „bewaffneten Kampfes" der Autonomen in den Häusern die unbedingte Voraussetzung eines jeden Vertrages – oder darf sie zu einem unverbindlichen Wechsel auf die Zukunft verblassen, allein ins Belieben der Militanten gesetzt?

Wer in der Hafenstraße zugleich einen regelrechten Vertrag bekommen und die Mittel der Militanz behalten oder allenfalls nach eigenem Gutdünken beseitigen will, der stellt dem Staat ungeschminkt die Machtfrage. Ihm muß dann unter-

... zu gezielten Schüssen ist es ein weiter Weg; aber seine Richtung bleibt dieselbe. Wer das Gesetz bricht, schafft keine Freiheit, sondern umgekehrt: Wer die Bindungen des Rechts sprengt, schnürt die Chancen des politischen Prozesses ab.

Dennoch die Atmosphäre, in der ein streitbarer, [illegible] Diskurs allein gedeihen kann. Nicht nur das gesetzliche Regelwerk kennzeichnet ja die politische Kultur eines Landes, sondern auch das Klima, in dem der Kampf um Macht und Meinungen geführt wird. Selbst der heftigste Streit in der Sache läßt sich ertragen, auch in Kompromissen überbrücken, solange die demokratischen Widersacher einander als Partner im Prozeß verstehen, nicht aber als Feinde im Felde. Ohne diesen von allen zu erbringenden Mehrwert an kluger Zivilisation – oder, wie Erhard Eppler einmal formuliert hat, an intelligenter Feindesliebe – blieben unsere Ordnungen starr und eisig. Verbrechen wie das an der Startbahn-West bringen zwar nicht den Staat zum Einsturz, wohl aber vergiften sie die Atmosphäre vernünftiger Politik.

Trotzdem dürfen wir uns jetzt nicht in einen verfehlten Wettbewerb um Scheinlösungen, um härtere Gesetze locken lassen. Auf Mord steht längst die Höchststrafe. Wer jetzt nach einem anderen Vermummungsverbot (es existiert ja längst) und nach dem alten Paragraphen über den Landfriedensbruch verlangt, täuscht sich und andere. Selbst Generalbundesanwalt Rebmann räumt ein, daß die Frankfurter Morde durch solche Vorschriften nicht verhindert worden wären. Und was wollte man denn noch alles fordern, wenn wir erst solche Gesetze hätten – und hernach weitere Verbrechen beklagen müßten?

Wer dem Drehen an der Gesetzesschraube widersteht, tut dies schließlich nicht, weil er die Militanz für ein liberales Kulturgut hielte, weil er vermummte Gewalttäter schonen und den Landfriedensbruch verharmlosen wollte. Er tut es, weil er weiß: Solche legislativen Manipulationen führen zu schlechteren Einsatzbedingungen für die Polizei und schon im Streit um die Gesetzgebung zu einer Belastung des politischen Klimas gerade dort, wo Protest und Militanz erst noch auseinanderzudividieren wären.

Forts. Zeit 6.11.

Umgekehrt gilt aber auch: Wer auch in diesen stürmigen Zeiten darauf besteht, daß ein leerlaufender Gesetzesdruck die Distanzierung von der Militanz jeglicher Form nicht fördert, sondern eher erschwert, der muß der Gewalt mit anderen Mitteln überzeugend entgegentreten. Es muß, wie Otto Schily am Dienstag sagte, ein Ende haben mit der „Toleranz gegenüber Militanz“ – zumal im Milieu des politischen Protestes. Ob Gewalt gegen Sachen oder Gewalt gegen Personen, ob Propaganda oder Praxis der Gewalt – für den politischen Rechtsbruch gibt es weder Rechtfertigung noch Ratio noch einen Rabatt wegen der vorgeblichen Motive. Dies ist nicht bloß ein leerer Legalismus. Allmählich müßte doch allen die Einsicht dämmern, daß beim selbstherrlichen Rückgriff aufs blanke Faustrecht am Ende nur die Schwächeren unterliegen würden und jene neuen Kräfte die die Welt wirklich verändern wollen.

stellt werden, daß ihm diese Frage offenkundig wichtiger ist, als ein Neubeginn alternativen Wohnens auf dem Boden des zuvor wiederhergestellten Rechts.

Die Sprache der Besetzer läßt leider nichts im Ungefähren. „Die Befestigungsanlagen bleiben, die Verteidigung wird auch mit Menschen außerhalb der Häuser organisiert. Jeder Polizeieinsatz ist ein Räumungsversuch und wird von uns entsprechend beantwortet werden“, heißt es im bisher letzten Wort aus der Hafenstraße. Klarer läßt sich der Konflikt – der konkreten Wohnungsfrage völlig entkleidet, ganz auf den Kampf zweier angeblich gleichberechtigter Institutionen gestellt – schlechterdings nicht formulieren. Wer so argumentiert, zwingt selber den Staat zur Festigkeit in diesem entscheidenden Punkt. Er darf nicht behaupten, er habe dies nicht gewußt.

Welcher Spielraum bleibt da noch dem Hamburger Senat? Zunächst sollten die Politiker vom unverrückbaren Ziel (der Herstellung des öffentlichen Friedens vor der Inkraftsetzung des Vertrages) nicht kurzerhand auf den Gebrauch der zulässigen Mittel (etwa die unverzügliche Räumung) schließen: So eindeutig die Rechtslage, so zwiespältig sind alle denkbaren Konsequenzen. Bei einer Räumung gegen den Widerstand der Autonomen kann es kaum ein Ende ohne Schrecken geben. Wenn aber der Vertrag trotz der Befestigungsanlagen und trotz der „Kriegserklärungen“ in Kraft gesetzt würde – wie soll dann ein Schrecken ohne Ende vermieden werden? Soviel Vertrauen können die Autonomen zumal nach Frankfurt nicht verlangen.

Weil es in der Hamburger Hafenstraße nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie einer Rückkehr zu rechtlich geordneten, friedlichen Verhältnissen gehen kann, wird der Fall über die Hansestadt hinaus zum Lehrstück. Hier muß sich erweisen, wieviel die Appelle zur Umkehr wert sind. Werden all die Aufforderungen – auch der Grünen – zur Absage an die Militanz nur gutgemeinte Rhetorik bleiben, die in der militanten Szene und an ihrem Rand ohne Wirkung verhallt? Oder gewinnen sie nach Frankfurt noch jene dringlichere Evidenz, die wenigstens bei den zur Gewaltlosigkeit bereiten Besetzern und ihren Fürsprechern den richtigen Schritt auslösen?

Wenn der Senat sich deutlicher noch als bisher an den Vertrag bindet, sofern die Befestigungswerke beizeiten verschwinden, wenn die Besetzer sich zur Aufgabe ihrer kriegerischen Einrichtungen und Vorhaben verbindlich und nachprüfbar verpflichten – dann wäre der Test glimpflich zu bestehen. Die Chancen dafür müssen jetzt von allen noch einmal ausgelotet werden. Denn keiner kann im Zweifel darüber sein, was geschieht, wenn diese Hoffnung scheitert.

Die Gewalt kann uns allen nur schaden. Aber sie kann und darf nicht siegen. So sagt es jedermann nach Frankfurt. Das gilt auch für Hamburg.

TAZ 6.11.

Distanz und Engagement im Bundestag

An der gestrigen Bundestagsdebatte über die Schüsse von Frankfurt fiel auf, daß die Oberscharfmacher aufs Wort verzichteten / Waltraud Schoppe fordert Autonome auf: „Reißt eure Gesichtsmasken runter“

Aus Bonn Charlotte Wiedemann

Stehend, in mittlerweile routinierter Betroffenheit, hörten die Bonner Abgeordneten gestern morgen die Erklärung über „Bestürzung und Trauer“ aus dem Mund des Bundestagspräsidenten Jenninger. In der Plenardebatte zu den Frankfurter Schüssen verzichtete die CDU/CSU darauf, ihre Oberscharfmacher an die Front zu schicken und überließ es Wallmann, noch einmal für die Verschärfung des Vermummungsverbots zu plädieren.

Für die FDP wollte sich Fraktionsvorsitzender Mischnick weiterhin nicht festlegen, ob seine Partei für oder gegen Gesetzänderungen ist. Allerdings setzte Mischnick neue Pflöcke für die Verschärfung des geistigen Klimas: Er forderte „nicht nur die Distanzierung von Gewalttaten, sondern die Mitarbeit an der Entlarvung der Gewalttäter“. Nur wer dazu bereit sei, distanziere sich glaubwürdig. Offensichtlich spielte er damit auf eine Kontroverse innerhalb der Grünen an, wo sich die Ökosozialisten nicht der Forderung nach staatlicher Fahndung angeschlossen hatten. Daß es Mischnick allerdings nicht nur um den Extremfall der Todesschüsse geht, machte er deutlich durch die Schlußfolgerung: „Wer Gewalt gegen Sachen anwendet, scheut sich nicht, Gewalt gegen Menschen anzuwenden.“

Waltraud Schoppe als Rednerin der Grünen griff Mischnicks neues Kriterium für die Glaubwürdigkeit von Distanzierungen nicht auf. Vielmehr forderte sie ihrerseits von den im Wasserwerk nicht anwesenden Autonomen: „Laßt eure Zwillen und eure Helme zu Hause, reißt eure Gesichtsmasken runter!“ Waltraud Schoppe, die zuvor in einer geheimen Abstimmung der Fraktion mit knapper Mehrheit gegen Antje Vollmer als Rednerin aufgestellt worden war, appellierte an die anderen Parteien, nicht alle Autonomen „in einen Topf zu werfen“, und „auf der Grundlage der Absage an Militanz“ den Dialog zu suchen. In Bezug auf die Amnestie-Initiative sagte sie: „Auch wenn es uns allen schwerfällt, in dieser Situation an Versöhnung mit Terroristen zu denken“, sollte diese Idee weiterverfolgt werden.

Innenminister Zimmermann reichte Schoppes Gewaltverzicht-Appell allerdings nicht aus. Solange Jutta Ditfurth ihre Äußerungen (gemeint war wohl: der Staat brauche nichts so sehnsüchtig wie den Terror) nicht zurückgenommen habe und solange Ebermann jetzt vor einer Pogromstimmung warne, seien die Grünen „aufgefordert, ihr Verhältnis zur Gewalt zu klären“. Die Vorgeschichte der Frankfurter Schüsse beginnt für Zimmermann „mit Blockaden“, die Lehre aus Frankfurt sei: „Den Verbrechern muß im Anfangsstadium ihrer Zusammenrottung entgegengetreten werden.“

Ein Mann ohne Eigenschaften

Über den in Frankfurt unter Mordverdacht verhafteten Andreas Eichler weiß in der Szene niemand was besonderes zu sagen / Bei der Polizei war gegen ihn als möglichen Strommastfäller ermittelt worden

Aus Frankfurt Heide Platen

Eigentlich weiß niemand sehr viel über Andreas Eichler, gegen den am Mittwoch abend ein Haftbefehl erlassen wurde. Eichler wird beschuldigt, während einer Demonstration am Montag abend an der Frankfurter Startbahn West zwei Polizisten erschossen und zwei schwer verletzt zu haben. Der 33jährige Andreas Eichler ist von Beruf Graphiker, anderen Aussagen zufolge Technischer Zeichner.

In der Szene gilt er altgedienten Startbahn-Kämpfern als Neuling, der nicht von Anfang an in der Startbahnbewegung, sondern erst seit „einigen Jahren“ dabei war. Er sei recht unpolitisch gewesen und habe brav und bürgerlich gelebt.

Die Wohnung, in der er verhaftet wurde, gehört seiner Freundin und liegt im selben Stadtteil wie seine eigene, in einer kleinen Siedlung mit Mehrfamilienhäusern. Dort ist nach Angaben der Bundesanwaltschaft auch die Tatwaffe gefunden worden.

Andreas Eichler gilt in der Startbahnszene als einer, dem die Bewegung sozialen Halt gibt, den er auch gebraucht habe. Ansonsten sei er nie besonders aufgefallen. Bekannte von Eichler sagen, er sei eher ein stiller Mensch, und sie könnten sich einfach nicht vorstellen, daß er der Täter sei.

Der Polizei war er allerdings schon mehrmals aufgefallen. Einmal stand er unter Verdacht, einen Strommast umgesägt zu haben, einmal wurde gegen ihn wegen Landfriedensbruch ermittelt. Am 9. Oktober 1986 war er zusammen mit einem Freund an der deutsch-französischen Grenze in Kehl festgenommen worden, nachdem bei einer Routine-Kontrolle in seinem Auto Leuchtpistolenmunition gefunden worden war. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung bei beiden waren Sägeblätter, Aufkleber und Zeitungsausschnitte beschlagnahmt worden. Die Polizei warf ihnen danach vor, beim Absägen eines Strommastes am 9. Juli in der Nähe von Hanau dabei gewesen zu sein.

Ein Flugblatt hatte damals zur Solidarität mit den Inhaftierten aufgerufen. Andreas Eichler wurde nach zwei Wochen wieder freigelassen, sein Bekannter nach sechs Wochen. Auch er war am Montagabend unter den ersten Festgenommenen, ist aber inzwischen wieder frei.

Startbahn-BI will über weiteres Vorgehen beraten

Die Startbahngegner im Raum Walldorf-Mörfelden wollen Ende nächster Woche über ihr weiteres Vorgehen beraten. Bei der „Vollversammlung“ am 13. November stehe außerdem der Zeitpunkt des nächsten „Sonntagsspaziergangs“ zur Diskussion, teilte eine Bürgerinitiativen-Sprecherin am Freitag mit.

Die Sprecherin betonte, man habe den Zeitpunkt bewußt auf nächste Woche verschoben, da viele Startbahngegner erst einmal „Zeit zum Nachdenken“ brauchten. Auch habe die Bürgerinitiative auf einen Demonstrations-Aufruf für kommenden Sonntag verzichtet.

Die Morde an den beiden Polizeibeamten Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer haben unterdessen wieder Bewegung in die „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung“ gebracht.

„Mord nicht zu rechtfertigen“

Grüne trauern um Polizisten, warnen aber vor schärferen Gesetzen

NEU-ISENBURG. Als erste Neu-Isenburger Partei verurteilen die Grünen in einer Presseerklärung den Mord an den zwei Polizisten während der Demonstration an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Gleichzeitig warnen sie vor jenen Politikern, die im Sog der Emotionen Gesetze verschärfen wollen.

Der Ortsverband fühle sich in besonderem Maße von den schrecklichen Ereignissen an der Startbahn betroffen, schreiben die Ökos. „Viele von uns haben immer wieder gegen den Bau der Startbahn demonstriert, gerade unser gewaltfreier Widerstand dagegen hat die Grünen stark gemacht. Um so mehr sind wir entsetzt, daß jetzt bei einer Demonstration zwei Polizisten erschossen und neun weitere verletzt wurden. Angriffe auf Leben und Gesundheit von Menschen haben nichts mit Protest und Widerstand zu tun, Mord ist durch nichts zu rechtfertigen.“

Durch die „berechtigte Wut in der Bevölkerung“ hätten jetzt Politiker Aufwind bekommen, die schon immer die Polizei stärker bewaffnen, Gesetze verschärfen und die Demonstrationsfreiheit einschränken wollten. „Denn so können alle, die sich gegen Flughafenerweiterung, Atomkraft, Raketen und so weiter wehren, leichter eingeschüchtert oder auch kriminalisiert werden“, heißt es in der von Günther Marx unterzeichneten Presseerklärung.

Abschließend drücken die Grünen nochmals ihre Trauer um die toten Polizisten aus und fügen an: „Wir müssen uns aber auch dafür einsetzen, daß ihr Tod nicht zur Demontage der Demokratie ausgenutzt wird.“ rks

Bundestag verurteilt Morde

Parlament aber uneinig in der Frage der Gewalteindämmung

Von unserem Korrespondenten Eghard Mörbitz

BONN, 5. November. Der Bundestag hat am Donnerstag der beiden an der Frankfurter Startbahn West ermordeten Polizeibeamten gedacht und mit Nachdruck die zunehmende Gewaltbereitschaft verurteilt. Das Parlament fand allerdings keine einheitliche Antwort auf die Frage, wie den reisenden chaotischen Gewalttätern das Handwerk gelegt werden solle.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) und der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) wollen die abschreckende Wirkung des bereits geltenden Vermummungsverbots durch eine entsprechende Strafvorschrift verschärfen, weil Vermummung kein Zeichen friedlicher Demonstration, sondern die Vorstufe zur Gewalt sei. Wallmann betonte, alle noch zu überdenkenden Maßnahmen müßten sowohl „wirksam als auch rechtsstaatlich zweifelsfrei“ sein. Nach Ansicht Zimmermanns wäre die Polizei auch bei einer Strafvorschrift gegen die Vermummung keineswegs immer zum sofortigen Einschreiten gezwungen. Dieser Auffassung widersprach der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor, der die Bundespolitiker davor warnte, die Verantwortung für den Vollzug des Vermummungsverbots dem örtlichen Einsatzleiter zuzuschieben.

Auch SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel stellte fest, der Polizei dürfe nicht die Bewältigung von Problemen aufgebürdet werden, zu deren Lösung die Politik selbst unfähig oder unwillig sei.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick empfahl, Teile des Bundesgrenzschutzes für Demonstrationseinsätze zu schulen und bereitzustellen. Er fragte, warum es trotz Verschärfung der Gesetze im Jahre 1985 so wenig Festnahmen und Verurteilungen gegeben habe.

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 2 bis 5)

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Fraktionssprecherin der Grünen, Waltraud Schoppe, distanzierte sich entschieden von der Gewalt und nannte die Morde „Verrat an einer gewaltfreien Politik“. Gefragt seien nicht schärfere Gesetze, sondern der Versuch, den Jugendlichen eine Brücke zu bauen, um sie vom falschen Weg abzubringen. Die Autonomen forderte sie auf: „Laßt Eure Zwillen zu Hause, laßt Eure Helme zu Hause, reißt Eure Gesichtsmasken herunter!“

*

ukn KARLSRUHE. Die Bundesanwaltschaft hat am Donnerstag bestätigt, daß bei dem wegen Mordverdachts festgenommenen Andreas Eichler (33) ein Handschuh mit einer Schmauchspur gefunden wurde. Ob die Spur allerdings von Schüssen stammt, die aus der ebenfalls bei Eichler sichergestellten Tatwaffe abgegeben wurden, müsse erst die kriminaltechnische Untersuchung ergeben.

Wie der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, am Donnerstagabend mitteilte, stammen die drei auf die Polizisten abgefeuerten Projektile aus derselben Waffe. Das hat das Sachverständigengutachten inzwischen ergeben. Damit ist klar, daß die Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm mit der bei Andreas Eichler sichergestellten Pistole erschossen worden sind. Ein Bekannter Eichlers, der am Mittwochabend vorläufig festgenommen worden war, befindet sich inzwischen wieder auf freiem Fuß. Damit ist jetzt nur noch Eichler in Haft.

Die Bundesanwaltschaft geht bisher nicht davon aus, daß es sich bei Eichler um einen Einzeltäter handelt. Eichler müsse nicht unbedingt und nicht in allen Fällen der Schütze gewesen sein.

FREIBURG. Bei einem Trauer- und Schweigemarsch durch die Freiburger Innenstadt gedachten am Donnerstag 4000 Polizisten und ihre Angehörigen aus dem südbadischen Raum der beiden ermordeten Polizisten. Die Organisatoren – die Gewerkschaft der Polizei im DGB, die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund und der Bund der Kriminalbeamten – forderten nachdrücklich einen besseren Schutz der Beamten vor gewalttätigen Ausschreitungen bei Demonstrationen.

(Siehe auch Seite 3 und 5)

FR 6.11.

Das Beweisstück lag auf dem Dach des Barockgebäudes

Der Tatverdächtige von der Startbahn, die Tatwaffe, die Ermittler von der Polizei und ihre Ergebnisse

Von Hans-Jürgen Biedermann

Auf dem Dach einer Gaube im denkmalgeschützten Frauenhof, einem stadtbekannten Barockgebäude in Frankfurt-Niederrad, sicherten Polizeibeamte in einem feuchten Rucksack jenes Beweisstück, das den Fahndern nach dem Polizistenmörder an der Startbahn West den schnellen und kaum erwarteten Erfolg bescherte. In dem Gepäck lag die Polizeipistole vom Typ Sig Sauer, die seit November vergangenen Jahres auf der Sachfahndungsliste stand, nachdem sie einem Beamten bei einer Großdemonstration gegen die Hanauer Nuklearbetriebe geraubt worden war.

Die Waffe vom Kaliber 9 mm besaß der 33jährige Andreas Eichler, und aus ihr, so das Urteil von Medizinern und Spurensicherern, sind am späten Montagabend mindestens drei Schüsse abgefeuert worden. Zwei Projektile töteten die nebeneinanderstehenden Bereitschaftspolizisten Klaus Eichhöfer (44) und Thorsten Schwalm (23). Das dritte Geschoß entfernten die Chirurgen aus der Brust eines Polizisten, der jetzt nicht mehr in Lebensgefahr schwebt.

Einem vierten Beamten, daran gibt es für die Bundesanwaltschaft keinen Zweifel, wurde der Oberschenkel durchschossen. Zwar konnte das Projektil bislang nicht gefunden werden, doch allein aus der Tatsache, daß dieser Beamte in unmittelbarer Nähe der drei anderen postiert war, schließen die Ermittler, auch seine Verletzung sei die Folge der Schüsse aus der Sig Sauer.

Der Haftbefehl gegen Eichler wegen Verdachts des zweifachen vollendeten und versuchten Mordes – für die Strafverfolger ist er durchaus kein Produkt des Zufalles. Alexander Prechtel, der Sprecher des Generalbundesanwaltes, betont vielmehr „das Ergebnis hervorragender Vorarbeit“. Nachdem die tödlichen Schüsse gefallen waren, handelten die Fahnder nämlich nach einem Grundschema, das im Verlauf des Startbahnkonfliktes immer dann angewendet wurde, wenn es galt, Anschläge oder schwere Fälle des Landfriedensbruches zu verfolgen. „Dann kümmern wir uns vor allem um die Leute, die bei Krawallen in der ersten Reihe stehen“, erläutert ein Frankfurter Polizeisprecher die Taktik.

Andreas Eichler war auf der Liste der Personen registriert, bei denen eine „Alibi-Abgleichung“, wie es in der Polizeisprache heißt, vordringlich erschien. Der 33jährige ist in den Akten des Frankfurter Polizeipräsidiums mit einer „Vita“ vertreten, die bis in die KBW-Zeiten, Mitte der siebziger Jahre, zurückreicht. Bei einer Solidaritäts-Demonstration für die RAF-Gefangenen zogen ihm Beamte vor einigen Jahren fünf Pakete mit Kanonenschlägen aus der Tasche. An der Startbahn handelte er sich Verfahren wegen Sachbeschädigung, Widerstandes und Landfriedensbruchs ein. Tatbestände, wie sie im Verlauf der Auseinandersetzung freilich zu Hunderten angezeigt wurden.

„Pyrotechnische Gegenstände“ (Prechtel) entdeckten Grenzbeamte auch, als sie Eichler am 9. Oktober vergangenen Jahres bei der Einreise aus Frankreich kontrollierten. Im Nachbarland werden Knallkörper ständig verkauft und nicht nur – wie hierzulande – an den Tagen vor Silvester. „Wahrscheinlich hat er sich Nachschub besorgt“, bewertet Brechtel den Ausflug Eichlers.

Dessen Verstoß gegen das Waffengesetz nahm die heimische Polizei zum Anlaß, Eichlers Wohnung, damals noch in der Gabelsbergerstraße im Frankfurter Stadtteil Bornheim, unter die Lupe zu nehmen. Verdächtiges fiel den Inspekteuren indes nicht in die Hände. Schließlich sei die Polizeipistole erst einen Monat später in Hanau gestohlen worden, erläutert die Bundesanwaltschaft.

Doch bei dem Frankreich-Begleiter des 33jährigen, bei dem Frankfurter K., stellten die Fahnder „Beweismittel“ sicher. In dieser Wohnung stießen sie auf einen Kartenausschnitt, der einen Tatort im hessischen Hasselroth zeigte. Dort war am 9. Juli 86 der Mast einer Starkstromtrasse mit einer Säge gefällt worden. Sägeblätter, die sich am Durchsuchungsort fanden, verstärkten den Verdacht gegen K. und brachten auch seinen Bekannten Eichler in die Visierlinie der Ermittler.

Die beiden wurden in dem Hasselrother Fall fortan als Beschuldigte geführt. Sie galten nunmehr als potentielle Mitglieder der „Revolutionären Heimwerker“, einer Gruppe, die in Bekennerschreiben sowohl die Verantwortung für Hasselroth als auch für einen ähnlichen Anschlag – bereits im Juni 1986 – in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf übernommen hatten. „Von da an stand Eichler in einem gewissen Geruch, kein harmloser Demonstrant zu sein“, sagt Alexander Brechtel.

Die Bundesanwaltschaft befaßte sich mit den „Heimwerkern“ vor allem seit Anfang dieses Jahres. Nach einer Gesetzesänderung wird diese Gruppierung nunmehr als „terroristische Vereinigung“ eingestuft, womit die Strafverfolgung auf den Generalbundesanwalt überging. So forderte Karlsruhe nach dem neuerlichen Anschlag auf einen Strommast – Ende August bei Mörfelden-Walldorf – die Akten über alle einschlägigen Fälle in Hessen an. Darin stand Eichlers Name.

Der war mittlerweile in die Niederräder Adolfstraße umgezogen, und es scheint sicher, daß er zumindest in den Monaten vor dem Mord im Wald an der Startbahn von der Polizei regelmäßig beschattet wurde. Nur so wird erklärlich, daß die Beamten am Dienstagmorgen wußten, wo sie Eichler zu suchen hatten: In der Wohnung seiner Freundin in der Frauenhofstraße. Ob Eichlers Observation auch während der Ereignisse vom Montag abend, dem sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung, beibehalten wurde, darüber ist Alexander Prechtel „nichts bekannt“. Der Sprecher hält es jedoch grundsätzlich für wenig aussichtsreich, eine Person „im Wald und dann auch noch im Dunkeln“ mit Erfolg zu beobachten. Zumal Eichler doch wohl behelmt und maskiert unterwegs gewesen sei.

Derzeit fehlt es an konkreten Anhaltspunkten, inwieweit Eichler an der Startbahn mit Unterstützung von Komplicen handelte. Die drei anderen Personen, die am Mittwoch stundenlang im Polizeipräsidium verhört wurden, sind wieder in Freiheit. Darunter jener K., der soviel Interesse für die Stromtrasse in Hasselroth entwickelte. Und auch ein Fotograf aus Niederrad, für dessen Startbahnfilm sich die Fahnder vor allem interessierten. Doch belichtet waren lediglich zwei Szenen, die einen verletzten Demonstranten zeigten, um den sich ein Sanitäter kümmerte.

Gummigeschosse für die hessische Polizei?

Innenausschuß erörtert heute die Startbahn-Ereignisse / 100 zusätzliche Planstellen

WIESBADEN. Nach der Ermordung der beiden Polizeibeamten an der Startbahn 18 West konzentriert sich das landespolitische Interesse auf die am heutigen Freitag stattfindende Sondersitzung des Innenausschusses des hessischen Landtages. Es wird erwartet, daß Innenminister Gottfried Milde (CDU) den Abgeordneten nicht nur detaillierte Auskünfte über den Stand der Ermittlungen gibt, sondern bereits über erste konkrete Maßnahmen als Konsequenz aus den dramatischen Ereignissen berichtet. Im Anschluß an die um 13 Uhr beginnende Sondersitzung will der Innenminister auch die Presse informieren. An der in Bonn gleichzeitig tagenden Innenministerkonferenz nimmt Staatssekretär Reinhold Stanitzek teil.

Nach der Ankündigung, die der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) am Mittwoch im Anschluß an eine Sitzung des Bundeskabinetts machte, steht bereits fest, daß die Polizei 100 zusätzliche Stellen erhalten soll. Im Landeshaushalt 1988, der derzeit in den Ausschüssen des Landtages beraten wird, sind schon 50 neue Stellen im normalen Polizeidienst vorgesehen. Gleichzeitig sollen 150 Bereitschaftspolizisten in diesen sogenannten Einzeldienst überwechseln können. Das Kabinett hat außerdem festgelegt, daß es bei der Bereitschaftspolizei 150 zusätzliche Ausbildungsplätze geben soll.

Über die Ausstattung der Polizei und eine mögliche Verbesserung der Einsatztaktik gibt es nach Angaben von Mildes Pressesprecher Siegbert Seitz „vielfältige Überlegungen“. Einzelheiten wollte er nicht nennen. In der Diskussion ist unter anderem die Einführung von Distanzwaffen, beispielsweise Gummigeschossen, wie sie die ehemalige SPD-Landesregierung stets abgelehnt hat. Nachdem der CDU-Fraktionsvorsitzende Hartmut Nassauer eine „kritische Überprüfung“ der Polizeitaktik verlangt hatte, geht man davon aus, daß der Innenminister dazu Stellung nimmt. Nassauer hatte kritisiert, daß die Polizei, sobald es Anzeichen von Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen gebe, nicht „offensiv“ einschreite, sondern tatenlos zusehe.

Seitz wollte sich gegenüber der FR nicht zu der Frage äußern, ob die Polizei seit dem Regierungswechsel ihre Taktik an der Startbahn 18 West geändert hat. Bekanntlich finden dort regelmäßig sogenannte „Sonntagsspaziergänge“ von Demonstranten statt, die des öfteren in Zusammenstößen mit der Polizei enden.

Nach Darstellung des Innenministeriums haben die Sicherheitsbehörden nach den Polizistenmorden „gute Arbeit“ geleistet. So sei es innerhalb weniger Stunden gelungen, den mutmaßlichen Mörder zu fassen. Dies sei ein „noch nie dagewesener Erfolg“, sagte Seitz. Seiner Darstellung zufolge habe es im Vorfeld der Demonstration vom Montagabend keine Hinweise auf außergewöhnliche Ereignisse gegeben. „Die Lagebeurteilung war so wie in den letzten Jahren.“

Während die CDU in ihren Presseerklärungen seit Tagen für schärfere Gesetze wirbt, werden diese Aktivitäten beim Koalitionspartner FDP eher zurückhaltend beurteilt. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Otto Wilke warnte gegenüber der FR vor voreiligen Maßnahmen. Bevor Gesetze geändert würden, müsse der Beweis erbracht werden, „daß es dadurch weniger Gewalt gibt“. Bei den Liberalen liegt der Schwerpunkt im Bereich der Prävention und der Verfolgung von Straftaten. Zum einen müßten die bestehenden Regelungen „ausgeschöpft“ werden, sagte Wilke, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Zum anderen sollten die Einsatzmöglichkeiten der Polizei im Vorfeld möglicher Ausschreitungen überprüft und die Ausbildung von Polizeibeamten verbessert werden.

Wilke denkt unter anderem an eine besondere Polizeieinheit mit Aufgaben im Bereich der „Observation“ und „Prävention“. Eine solche rund 30 Mann starke Einheit hatte der ehemalige Innenminister Horst Winterstein (SPD) bereits im Herbst vergangenen Jahres in Dienst gestellt. Sie sollte sich ausschließlich um die Beweissicherung und um die gezielte Festnahme von Gewalttätern kümmern. Was aus dieser „Eingreiftruppe“ geworden ist, war im Wiesbadener Innenministerium nicht in Erfahrung zu bringen. So blieb offen, ob diese Spezialeinheit möglicherweise in der Nacht zum Dienstag an der Startbahn im Einsatz war.

Bei den Oppositionsparteien stoßen die Überlegungen der Regierungskoalition auf Skepsis. SPD-Sprecher Hans Zinnkann bezeichnete die „schnellen Forderungen“ nach einer Verschärfung der Gesetze als „Ausdruck von Hilflosigkeit“. Sie seien nicht geeignet, eine solche Tat zu verhindern. Zinnkann begrüßte hingegen die Schaffung zusätzlicher Polizeistellen. Dies sei immer schon eine Forderung der SPD gewesen, nachdem sich die im Etat geplante Aufstockung um angeblich 200 Stellen zum größten Teil als bloße Umschichtungen erwiesen hätten.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Rupert von Plottnitz, warnte davor, die Frankfurter Ereignisse „in unguter Weise“ zu instrumentalisieren. Durch die Einschränkung von Grundrechten und die Verschärfung von Gesetzen könnten solche Vorgänge nicht verhindert werden. Eine Aufrüstung der Polizei zur „bürgerkriegsfähigen, militärischen Einheit“ begünstige zudem die Eskalation und wäre allein schon deshalb „falsch und verfehlt“.

Die Landesregierung hat unterdessen den Termin der Trauerfeier für die beiden ermordeten Polizeibeamten auf den kommenden Dienstag, elf Uhr, im Frankfurter Dom festgesetzt. Neben Bundespräsident Richard von Weizsäcker werden auch Mitglieder des Bundeskabinetts, die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages sowie Polizeiabordnungen aus dem ganzen Bundesgebiet erwartet. Am Mittwoch will Ministerpräsident Wallmann im Landtag eine Regierungserklärung abgeben, der sich eine Aussprache anschließen soll.

GÜNTER HOLLENSTEIN

CDU fordert das Ende der Demos

Ruf nach „eigenen Maßnahmen“ / GBL verurteilt die Gewalt

MÖRFELDEN-WALLDORF. Den Verzicht der Bürgerinitiative (BI) auf weitere Aktionen an der Startbahn, eine „sichtbare Distanzierung von Gewalt“, die „Anwendung der Rechtsordnung in ihrer ganzen Härte“ und „eigene Maßnahmen“ der Stadt Mörfelden-Walldorf fordert der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Walldorf, Winfried Groß, in einer Stellungnahme zu den tragischen Ereignissen vom letzten Montag.

Der Name Mörfelden-Walldorf sei in der Öffentlichkeit „zum Synonym für Mord und Terror“ geworden, erklärt Groß und meint, daß die Stadt „offensichtlich zum Zentrum dieser staatszersetzenden Elemente“ geworden ist. „Sonntag für Sonntag – inzwischen über 300mal – haben an der Startbahn West Demonstrationen stattgefunden mit zum Teil schrecklichen Gewalttätigkeiten von Anarchisten, die den inneren Frieden vernichten wollen.“

Die Walldorfer Union, so betont der Christdemokrat, „würde es begrüßen, wenn der Bürgermeister sich mit dem gleichen Engagement – wie für die Schaffung einer ‚atomwaffenfreien Zone‘ – für die Abwehr einer wirklichen Gefahr – nämlich brutaler Terrorakte –

Mit Betroffenheit reagierten auch der CDU-Kreisverband sowie die heimischen Bundes- und Landes-Politiker der Union nach den Ausschreitungen an der Startbahn. Einhellig bedauern sie die Vorfälle zutiefst.

„Die Grüne Bürgerliste (GBL) für Demokratie und Umweltschutz Mörfelden-Walldorf trauert um den Tod zweier Menschen. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen der Opfer“, schreibt GBL-Chef Norbert Schwappacher zu dem Verbrechen am Flughafen. Und: „Wir verurteilen diesen Doppelmord schärfstens. Gewalt ist kein Mittel unserer Politik und wird keines sein. Gewalt nutzt unseren Zielen nicht. Sie schadet . . .“ Gewalt werde von „unseren Mitgliedern wie von der übergroßen Mehrheit der Startbahngegner abgelehnt“.

fein

FR. 6.11.

Bayern bildet Greiftrupps aus

Polizeipräsidenten auch für strengeres Vermummungsverbot

FR. 6.11.87

Von unserem Korrespondenten Roman Arens

MÜNCHEN, 5. November. Als Konsequenz aus den Todesschüssen von Frankfurt werden in Bayern spezielle polizeiliche Greiftrupps gebildet, die besser als bisher für die Festnahme von gewalttätigen oder gewaltbereiten Demonstranten ausgerüstet sind. Dies gab Innenstaatssekretär Peter Gauweiler (CSU) am Donnerstag nach einer Sitzung bekannt, auf der sich alle bayerischen Polizeipräsidenten für eine „klare Strafbewehrung“ des Vermummungsverbots und auch für die CSU-Vorstellungen zur Verschärfung des Tatbestandes des Landfriedensbruchs aussprachen.

Von einer Regelung, wonach es strafbar sein soll, sich beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten nach polizeilicher Aufforderung nicht aus einer Menschenmenge zu entfernen, versprechen sich die zehn Polizeipräsidenten bessere Möglichkeiten zur Isolierung und Festnahme von Gewalttätern. Die objektiven Schwierigkeiten, bei einer großen Ansammlung die Personalien von Vermummten festzustellen oder diese festzunehmen, lassen die führenden Polizeibeamten im Freistaat nicht vor ihrer Forderung nach einem schärferen Vermummungsverbot zurückschrecken, das ihnen eine Verpflichtung zum Einschreiten auferlegen würde. Mehrere Polizeipräsidenten gaben auf Fragen zu bedenken, daß sie auch nach einer Gesetzesänderung noch einen Entscheidungsspielraum hätten.

Gauweiler kündigte an, Bayern werde auf der Innenministerkonferenz am heutigen Freitag beantragen, daß alle Bundesländer Aktionen und Bewegungen von autonomen Gruppen untereinander bekanntmachten. Bisher weigerten sich Hamburg, wo von den Autonomen in der Hafenstraße eine Hauptgefahr ausgehe, und das Saarland, den Meldedienst aller Landeskriminalämter zu unterstützen.

Heftiger Streit im Bundestag über Verschärfung des Demonstrationsrechts

BONN, 5. November (dpa/Reuter). Zum Auftakt einer kontroversen Bundestagsdebatte über die Morde an zwei Frankfurter Polizisten hat Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) dazu aufgerufen, Gefühlen der Feindschaft, der Wut und der Vergeltung keinen Raum zu geben. Die politische Auseinandersetzung sei mit friedlichen Mitteln im Parlament zu führen. Er lehne es ab, solche Taten politisch zu diskutieren oder in politische Zusammenhänge zu stellen.

Zu Beginn der Aussprache schilderte Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) den Hergang am Montagabend an der Frankfurter Startbahn West. Auf dem Wiesengelände und in der Dunkelheit seien die Polizisten mit ihren weißen Helmen „wirklich eine hervorragende Zielscheibe" gewesen", sagte er.

Wallmann verwies auf den Beschluß der Bundesregierung, Anfang Dezember Entscheidungen zu treffen. Er plädierte entschieden für ein strafrechtliches Vermummungsverbot. Der Hinweis, hierdurch hätten auch die Frankfurter Morde nicht verhindert werden können, gehe fehl. Strafandrohungen hätten vor allem einen abschreckenden Sinn. Wer demonstriere, müsse sein Gesicht zeigen.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) sagte, Toleranz gegenüber der zunehmenden Militanz bei Demonstrationen sei der falsche Weg. Dies würde gleichzeitig Intoleranz gegenüber dem Recht und der Freiheit des Bürgers bedeuten. Es sei sinnvoll und notwendig, auch die Forderung nach strafrechtlichen Konsequenzen zu erheben. Die These, die Polizistenmorde wären durch ein verschärftes Vermummungsverbot nicht zu verhindern gewesen, greife viel zu kurz.

Keines der immer wieder gehörten Argumente gegen die Verschärfung des Vermummungsverbotes ist nach den Worten von Zimmermann stichhaltig. Die Belegung des Vermummungsverbots mit einer bloßen Geldbuße entwickle keinen ausreichenden Abschreckungseffekt. Es sei der Polizei nicht zuzumuten, gegen Vermummte erst einzuschreiten, wenn es zu Gewalttätigkeiten gekommen ist. Zum Schutz der Polizisten und zur Durchsetzung des Vermummungsverbotes sei eine spürbare Strafandrohung erforderlich.

Zimmermann teilte mit, daß von 1984 die Zahl der verletzten Polizisten bei Demonstrationen von 139 auf 818 im letzten Jahr angestiegen sei. Die Entwicklung mache deutlich, daß jetzt endlich den Verbrechern schon im Anfangsstadium ihrer Zusammenrottungen mit Entschlossenheit und Härte entgegentreten werden müsse.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick ließ die Haltung seiner Partei zum Vermummungsverbot offen. Er betonte jedoch, bislang sei die Mehrheit der Polizeipraktiker gegen einen entsprechenden Paragraphen im Strafgesetzbuch gewesen und habe die Einstufung als Ordnungswidrigkeit vorgezogen. Sollten jetzt neue Argumente auftauchen, so wolle sich die FDP nicht verschließen. Es müsse aber auch überprüft werden, warum die 1985 erfolgten Verschärfungen im Demonstrationsstrafrecht nicht in dem erwarteten Maße durchgesetzt worden seien. Selbst viele Politiker und Polizisten seien nur unzureichend informiert.

Mischnik regte an, den Bundesgrenzschutz stärker für Einsätze bei gewalttätigen Demonstrationen auszubilden und ihm dann möglicherweise die jeweilige Landespolizei zu unterstellen. Die Morde an der Startbahn West seien jedoch in Demonstrationen nicht einzuordnen, meinte der FDP-Politiker. Es habe sich dort um „reisende chaotische Gewalttäter" gehandelt, dei keinerlei politische Botschaft hätten.

Demgegenüber lehnten die Sprecher der Oppositionsparteien ein strafrechtliches Vermummungsverbot nach wie vor ab. Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel appellierte an die Abgeordneten der Union, zu erkennen, daß man in dieser Frage anderer Meinung sein könne als sie und dennoch nicht weniger für die Gewaltfreiheit, die Geltung des Rechts und die Schutzfähigkeit des Staates eintrete. Die SPD sei bereit, Gesetze zu prüfen, die unter Wahrung der inneren Liberalität die Sicherheit erhöhen und Gefahren mindern könnten. Sie lehne aber alle Vorschläge ab, die diesen Kriterien widersprächen.

Die Frankfurter Morde hätten mit einem Straftatbestand Vermummungsverbot nicht verhindert werden können, sagte Vogel. Er vertrat die Auffassung, diese Taten seien nicht auf eine exzessive Inanspruchnahme des Demonstrationsrechts zurückzuführen. Es handele sich schlicht um Personen, die dringend des zweifachen Mordes und einer Mehrzahl von Mordversuchen verdächtig seien, also um schwerkriminelle Straftäter. Der militante Personenkreis bei Demonstrationen, so sagte Vogel weiter, stelle sowohl das Machtmonopol des Staates als auch die Demonstrationsfreiheit in Frage. Er schädige friedliche Demonstranten, weil er ihr Anliegen in Mißkredit bringe.

Für die Fraktion der Grünen sagte Waltraud Schoppe, die Schüsse auf die beiden Polizisten seien ein Verrat an gewaltfreier Politik gewesen. Doch ein Vermummungsverbot hätte diese Tat nicht verhindern können. Wer jetzt „starke Sprüche" bringe und die Verschärfung von Gesetzen fordere, mache „Politik mit zwei Toten, die noch nicht begraben sind". Frau Schoppe befürwortete das Gespräch mit Jugendlichen im Bereich der sogenannten Autonomen. Ihnen solle eine Brücke zur Umkehr gebaut werden. Grundlage eines Gesprächs müsse aber die Absage an Gewalt und Militanz sein. Frau Schoppe forderte die Autonomen auf: „Laßt Eure Helme zu Hause, reißt Eure Gesichtsmasken herunter."

Entschieden wandte sich der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) gegen die Forderung Zimmermanns. Der Polizei helfe es gar nichts, wenn jetzt die Strafbestimmungen zur Vermummung oder zum Landfriedensbruch geändert würden. „Ich gebe lieber mein Amt auf, als daß ich in solchen Fragen gegen meine Überzeugung handele", sagte Schnoor. Der Polizei würde auf diese Weise eine Verantwortung aufgeladen, die unzumutbar sei. Die Polizei müsse die Entscheidungsfreiheit behalten, wann sie beim Auftreten Vermummter einschreite.

*

HANNOVER (dpa). Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz und niedersächsische Innenminister Wilfried Hasselmann (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, daß die Polizei die Möglichkeit von Kontrollen schon im Vorfeld von Demonstrationen erhält. Diesen Wunsch habe die Polizei an ihn herangetragen, und er werde sich dafür einsetzen, sagte Hasselmann im Saarländischen Rundfunk.

Der CDU-Abgeordnete Heribert Blens, Mitglied des Bundestagsinnenausschusses, hält eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes nicht für notwendig. In einem Interview der „Kölnischen/Bonner Rundschau", sagte er, die Diskussion um die generelle Strafbarkeit von Vermummung habe zwar ihren Sinn für normale große Demonstrationen, führe aber im Frankfurter Fall nicht weiter.

Trauerfeier im Frankfurter Dom

Mit einer Trauerfeier am kommenden Dienstag um 11 Uhr im Frankfurter Dom wird das Land Hessen von den an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens ermordeten Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm Abschied nehmen. Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) wird die Trauerrede halten, teilte der amtierende Regierungssprecher Frank Methlow am Donnerstag in Wiesbaden mit.

Zu den eingeladenen Gästen zählen außer den Angehörigen der Opfer unter anderem Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsident Philipp Jenninger, Mitglieder der Bundes- und Landesregierung, die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen, alle Abgeordneten des Hessischen Landtags, der Präsident des Bundesrates und rheinland-pfälzische Regierungschef Bernhard Vogel (CDU) sowie Vertreter der Polizei, der Kirchen und der Gewerkschaften. Der Bundespräsident hat seine Teilnahme bereits zugesagt.

Gleichzeitig war in Hanau zu erfahren, daß der erschossene Polizeihauptkommissar Eichhöfer am nächsten Mittwoch um 14 Uhr auf dem Hanauer Hauptfriedhof beigesetzt werden soll. Das Requiem um 13 Uhr hält der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba. Der Termin der Beerdigung von Thorsten Schwalm stand am Donnerstag noch nicht fest.

Alles oder nichts

Von Roderich Reifenrath

Jetzt also wird wieder über Gewalt geredet, ein Menschheitsthema, zu dem die Deutschen so ungeheuer viel beizutragen haben — bis hin zur Apokalypse des Dritten Reiches. In der jüngeren Geschichte dieses Volkes kann man an der Weimarer Republik ansetzen, eine Epoche voller Gewalt, in der zumindest unter den Demokraten jedoch die moralische Einordnung des Phänomens ausd skutiert war. Weil die Nationalsozialisten völlig unberührt davon ihre Gewaltorgie zelebrierten, wollten nach dem Zusammenbruch viele dazu beitragen, daß Gewalt nicht wieder Bestandteil des politischen Lebens wird.

Das hier eine Zeitlang. Dann kam die Apo und danach wieder die Gewalt, schleichend, in den letzten Konsequenzen — den mörderischen Aktionen der RAF — anfangs sicher kaum vorhersehbar, dann allerdings blutige Wirklichkeit. Einer der großen Fehler damals war die Bereitschaft, sich in immer gewundeneren Differenzierungen darauf einzulassen, ob denn ein bißchen Gewalt hier und etwas Gewalt dort nicht legitim sei angesichts der übermächtigen „strukturellen Gewalt" in Staat und Gesellschaft. Aufgewacht sind manche, als es zu spät war.

Der Pulverdampf dieser aufregenden Tage ist verflogen. Heute wissen die Aktivisten jener Zeit, daß der Terrorismus der Rote-Armee-Fraktion ja nicht parallel zum eigenen Protest einfach aus heiterem Himmel kam. Das war Fleisch vom eigenen Fleisch. Und die Desperados haben es geschafft, der Liberalität im Lande, der mühsam erkämpften wohlgemerkt, einen Schlag zu versetzen.

Ging das nun aufs Konto RAF oder der Politiker? Wer die Entliberalisierung pauschal mit dem Vorwurf der „Feigheit" den Politikern anlasten will, wird wohl nie begreifen, daß diese Republik in ihrer Mehrheit konservativ denkt — und das in manchen Bereichen noch nicht einmal aus purer Ideologie. Aus voller Überzeugung steht sie der Offenheit, den Freiräumen, neuen Freiheiten, auch Meinungsfreiheiten, skeptisch bis ablehnend gegenüber. Aus dieser Ecke mußte sich bei Eingriffen ins Strafrecht innerlich nie einer verbiegen.

Das ist nun wieder so. Nach den hinterhältigen Morden an der Startbahn West werden Veränderungen erfolgen, die ein Liberaler vermutlich als schmerzhaft empfindet, andere jedoch als selbstverständlich. „Endlich", werden sie sagen. Niemand sollte sich deshalb etwas vormachen. Abweichende Meinungen haben demnächst große Mühe, wenn sie bei den Begründungen nicht in den Verdacht des Sympathisantentums geraten wollen. Schon ein mit praktischen Überlegungen angereichertes Plädoyer gegen das strafbewehrte Vermummungsverbot kann leicht als Ausweis der staatsfeindlichen Gesinnung denunziert werden.

Es gibt viel zu fragen im Augenblick, zu fragen auch, warum es möglicherweise bereits ein Täter schafft, dieses Land so durcheinander zu bringen. Gewiß: Da ist eine neue Qualität des Verbrechens. Gezielte Todesschüsse bei Aufmärschen gegen die Beschützer der verhaßten Symbole des Staates hat es bislang nicht gegeben. Der Zorn darüber ist groß — völlig zu Recht. Doch das erklärt nicht alles. Die Morde wirken darüber hinaus ja auch wie ein Fanal, mit dem diffusen, vermummten, friedliche Menschen oft wie einen Schutzschild mißbrauchenden Gewaltpotential bei Demonstrationen aufzuräumen. Rechtliche und polizeitaktische Überlegungen beschäftigen die Köpfe.

Aber es geht inzwischen auch um etwas anderes. Jene, die das Demonstrationsrecht ausgiebig nutzen, müssen sich dem Vorwurf stellen, ob sie nicht schon lange dabei sind, ein kostbares Erbe zu verschleudern. Und hier führt kein Weg an den Grünen vorbei. In bewußter Steuerung außerparlamentarischer Aktionen, denen sich Wegbifreunde aus der Szene (Autonome, Vermummte) häufig ungebremst anhängen, lassen sie jüngere Menschen immer wieder gegen etwas anrennen. Die Partei der Grünen hat der Gewalt abgeschworen. Ihre Mitglieder selbst verhalten sich auch entsprechend. Aber nicht alle ziehen daraus auch unmißverständliche Schlüsse. Nicht alle haben — leider — Otto Schily, der das Gewaltmonopol des Staates ohne innere Vorbehalte akzeptiert, die „zentrale Errungenschaft der Rechtskultur", wie Hans-Jochen Vogel am Donnerstag im Parlament gesagt hat. Und nicht alle verzichten auf den völlig untauglichen Versuch, Gewalttäter immer wieder als Partner in den demokratischen Diskurs zu bitten. Solidarität mit Leuten, die ihr Gesicht nicht zeigen? Wie soll das gehen?

Nein, die Grünen haben die beiden Polizisten nicht auf dem Gewissen. Aber einige von ihnen haben sich (und die Partei) in eine ähnliche Lage wie damals die Apo manövriert, als über den Appendix RAF die Bewegung stranguliert wurde. Das Unvermögen und manchmal eben auch die Unlust, bei Demonstrationen auf räumliche oder verbale Distanz zur Gewalt zu gehen, verhindert qualifizierte Einsprüche angesichts bedrohter Freiheitsrechte. Die Grünen sind in der Lage, aufzuwiegeln. Sie müssen lernen, abzuwiegeln. Mechanismen zur Befriedung der Gemüter zu entwickeln. Das gehört auch zur Demokratie. Ansonsten produziert man Situationen wie im Bürgerkrieg, Kämpfe um Symbole nach dem deutschen Prinzip „Alles oder nichts". Da gibt es dann zwangsweise irgendwann Tote.

FR 6.11.

„Der Gegenseite Chance geben"

Polizei: Gespräch mit Startbahngegnern suchen / Kondolenzliste

Die Frankfurter Polizei will am kommenden Sonntag am Gelände der Startbahn West das Gespräch mit Startbahngegnern suchen, um deutlich zu machen, daß die Polizei nicht an einer Emotionalisierung nach dem Mord an den beiden Polizeibeamten gelegen ist. Wie Polizeipräsident Karlheinz Gemmer gegenüber der FR sagte, sollen am Sonntag außerhalb des eigentlichen Startbahngeländes uniformierte Beamte als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. „Es wäre vordergründig, nur ein Konzept der Stärke durchsetzen zu wollen. Wir müssen der Gegenseite eine Chance geben, Emotionen zu dämpfen." Dieses Verfahren sei auch mit dem hessischen Innenminister Gottfried Milde abgestimmt worden.

Unter Mitwirkung von Polizeipräsident gen sei der Ablauf der Ereignisse vom vergangenen Montagabend noch einmal ausführlich diskutiert worden. Gemmers Hoffnung ist nun, daß nach der Ermordung der Polizisten auch militante Startbahngegner zum Nachdenken kommen. Es sei nicht länger hinzunehmen, die Gewalt an der Startbahn „als traurige Gewöhnung an einen Zustand" zu akzeptieren. Der Polizeipräsident: „Es hätte ja durchaus in der Vergangenheit ein Polizeibeamter durch eine Stahlkugel oder einen Molotowcocktail getötet werden können."

Zu den von verschiedenen Seiten in den vergangenen Tagen erhobenen Vorwurf, durch Kontrollen der Kleidung und der Taschen von Startbahngegnern hätte man am vergangenen Montagabend vielleicht die schrecklichen Ereignisse verhindern können, meinte Gemmer, bei dem Startbahn-Gelände ... sei dem ... Aufwand an Polizeibeamten in der Dunkelheit nichts. Dies habe die Erfahrung gezeigt.

Hansgeorg Koppmann, Personalratsvorsitzender der Frankfurter Polizei und Vorsitzender der hessischen Gewerkschaft der Polizei (GdP), unterstützt die Bestrebungen Gemmers. „Es muß alles zur Befriedung angelegt sein."

In der Eingangshalle des Polizeipräsidiums haben sich am Donnerstag rund 400 Frankfurter in die ausgelegten Kondolenzlisten eingetragen, unter ihnen der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann sowie Frankfurts Oberbürgermeister Wolfram Brück.

BI: Vorerst keine weiteren Startbahndemonstrationen

Verschiedene Bürgerinitiativen gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens in Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau) wollen nach den Polizistenmorden vom Montag in ihrem Protest „kürzertreten". Die Erschütterung über die Gewaltaktion sei so groß, daß vorerst keine Demonstrationen an der Startbahn organisiert werden sollten, meinten Sprecherinnen der Bürgerinitiativgruppen von Mörfelden und Walldorf am Donnerstag. Vor neuen Protestzügen an die Startbahn müsse zunächst das Konzept der Bürgerinitiativen neu durchdacht werden.

FR. 7.11.87

„Die Schüsse sind aus unserem Lager gekommen"

Wie Startbahngegner und Autonome, Friedensbewegte und Öko-Freaks die Todesschüsse am Flughafen bewältigen

Von Michael Emmrich

Daniel Cohn-Bendit hatte die Stirn hinter der Hand versenkt. Der „rote Danny" mußte sich herbe Kritik gefallen lassen. „Arroganz" wurde ihm vorgehalten. Respektlos wollten da einige den „Cohn" ins andere Lager abschieben. „Du bist ja bei den Grünen gelandet", schallte dem Frankfurter Publizisten da ins Ohr. Das war nicht als Kompliment gedacht. Der so Gescholtene, alles andere als gottesfürchtig, donnerte zurück: „Da soll Gott über uns richten." Doch ansonsten ging es nicht gerade himmlisch zu. Die „Szene", Startbahngegner, Autonome, Friedensbewegte und Ökofreaks diskutierten am Donnerstagabend im Frankfurter Volksbildungsheim über ihr Verhältnis zur Gewalt und die aus den Polizistenmorden zu ziehenden Konsequenzen.

Eingeladen hatte der Kreisverband der Frankfurter Grünen. Mehrere hundert Menschen, vor allem jüngere Leute, drängten sich im vollbesetzten Volksbildungsheim. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung hatte es kein anderes Thema als die tödlichen Schüsse auf die beiden Polizisten gegeben. Vertreter der „Marxistischen Gruppe" versuchten, die Gunst der Öffentlichkeit zu nutzen und verteilten ihre „Erkenntnisse" und die Meinungen liefen an diesem Abend weit auseinander.

Vermummte gab es nicht unter den Anwesenden. Autonome hatten sich, obwohl eingeladen, nicht auf das Podium gewagt. Sie operierten aus der unübersehbaren Menge im Saal heraus. Wegen des Fehlens der Autonomen auf dem Podium sah sich Antje Vollmer, Mitglied der Bundestagsfraktion der Grünen, deshalb einer „Begegnung der dritten Art" gegenüber. Nicht über, sondern mit den Autonomen sollte diskutiert werden.

Egbert Jahn, Friedensforscher und Frankfurter Hochschullehrer, kam schnell auf die Kardinalfrage zu sprechen: „Wenn es eine gewaltfreie Bewegung gibt", so der Professor, werde sie nicht nur wegen der 300 000 gefällten Bäume an der Startbahn West, sondern auch wegen der zwei dort erschossenen Polizisten auf die Straße gehen müssen.

Daniel Cohn-Bendit, Herausgeber des „Pflasterstrand", sagte: „Alle haben diese Schüsse abgelehnt. Aber das allein hilft uns nicht weiter." Mit entwaffnender Ehrlichkeit gesteht er, der eigene Biografie versuchte er, den Weg zurück zur Gewaltfreiheit zu ebnen. Nach Ulrike Meinhofs Tod habe es „sehr gewalttätige" Demonstrationen gegeben. Die Reflexion, das Sich-selbst-in-Frage-stellen, habe ihn „politisch verändert". Nicht wenige im Saal sahen diesen Weg für sich selbst jedoch nicht.

Cohn-Bendit sprach den Grundkonflikt der Startbahngegner nach den Schüssen deutlich aus: Die ehrliche Trauer um die beiden Polizisten einerseits und die Kritik an den Polizeimethoden gegen Demonstranten beispielsweise in Wackersdorf auf der anderen Seite. Die Stärke der Bewegung müsse nun darin bestehen, diesen Widerspruch auch auszuhalten.

Die Diskussion innerhalb der Gruppe der Autonomen, innerhalb der Startbahngegner war das Gespräch mit dem Staat und gesellschaftlichen Gruppen schaffe erst die Möglichkeit, gegen die Gewalt zu wirken. Es ziele am Kern vorbei, so Daniel Cohn-Bendit, wenn die Autonomen und Startbahngegner den Todesschützen nun aus ihren Reihen verbannten. Denn er sei Teil einer Bewegung, an deren verschiedenen Enden RAF, Autonome und Grüne stünden.

Doch die schonungslose Selbstkritik stieß nicht nur auf Beifall. „Geschwätz", schallte es aus dem Publikum. „Hör auf", meinte eine andere oder: „Schreib' doch wieder ein Buch." Cohn-Bendit hielt dagegen: „Wenn wir die Diskussion führen, dann doch anders als unsere Eltern, so, daß wir uns unserer Geschichte stellen." Beifall war die Antwort.

Der in der Startbahnbewegung stark engagierte Mörfeldener Pfarrer Walter Bohris beklagte, daß es erst Tote gebraucht habe, „um wieder über die Startbahn zu reden". Die ursprünglich „kleinbürgerliche" Protestbewegung gegen die Startbahn sei spätestens nach den Schüssen zerbrochen. Hausfrauen, Alte und Menschen, die in ihrem Leben noch nie an einer Demonstration teilgenommen haben, seien im Zuge der Auseinandersetzung um die neue Flugrampe erstmals und vielleicht auch nur ein einziges Mal politisiert worden. Die Ebenen müßten deshalb auseinandergehalten werden: einmal der Kampf gegen die Startbahn 18 West und andererseits die Eskalation zur tödlichen Gewalt. Die „Ebene der Toten" laufe allen Zielen des Protests entgegen. „Wir sind angetreten, weil wir Leben bewahren wollten", sagte Bohris unter großer Zustimmung des Publikums.

Die Schüsse an der Startbahn, in der Nähe der dort errichteten Mauer, haben nach den Worten Antje Vollmers auch mit den „Ritualen", den sogenannten Jahrestagen der Räumung des Hüttendorfes und den dann stattfindenden Demonstrationen zu tun. „Bei den Rechten haben wir solche Rituale immer abgelehnt, aber da haben wir unsere eigene Mauer." Für Antje Vollmer war klar: Weil in den letzten Jahren ein militaristischer Weg von einigen Demonstranten eingeschlagen wurde, habe es zu den Morden kommen können: „Zwillen gehören eindeutig zum Militärischen." „Gummi-Geschosse auch", wurde aus dem Publikum gegengerechnet.

Den 2. November 1987 setzte Egbert Jahn in seiner „geschichtlichen Bedeutung" mit dem 2. Juni 1967 gleich, dem Tag als der Student Benno Ohnesorg, von einer Polizeikugel bei einer Demonstration gegen den iranischen Schah getroffen, starb. Die Schüsse im Jahr 1987 seien, auch wenn er sie schon früher erwartet habe, dennoch nicht zufällig. Die „Krise und Niederlage der SPD", die „innere Zerrüttung" der Grünen, ihr Versagen, außerparlamentarische und parlamentarische Aktionen zu verknüpfen, und die „Zerfallsperiode" der Friedens- und Ökologiebewegung haben die „gewaltfreie Perspektive radikal erschüttert". Jahn weiter: „Der Übergang zu tödlicher Gewalt findet statt in sozialen Zersetzungsperioden."

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, die Demonstranten selbst müssen abrüsten wie die Polizei auf der anderen Seite auch. Die Demonstranten „müssen sich selbst entmilitarisieren", sagte Jahn. Dazu gehöre auch der Verzicht auf Vermummung. Vielfacher Protest war die Antwort. Die Vermummung bilde lediglich einen Schutz vor der Überwachungsmaschinerie der Polizei. Egbert Jahn hielt die „Utopie" entgegen: „Wir wollen nicht vermummt losgehen. Wir wollen in den Polizeicomputer. Wir wollen, daß die ganze Bevölkerung im Polizeicomputer gespeichert ist." Denn daß „30 bis 40 Millionen Vermummte auf die Straße gehen, ist doch absurd". Jahn vertrat aber auch die Forderung, die Polizeibeamten mit Namensschildern auszustatten, damit „ich weiß, von wem ich verprügelt werde". Heiterkeit kam auf.

Das eigene Verhalten, mahnte Jahn an, müsse dazu beitragen, daß die „repressive Gewalt" des Staates abgebaut werde. Und der Friedensforscher forderte dazu auf, daß Tausende Startbahngegner und Friedenbewegte an den für Dienstag geplanten Trauerfeierlichkeiten für die ermordeten Polizisten teilnehmen. Das Echo war geteilt.

Die einen wollten auf keinen Fall mit den Repräsentanten des Staates in einer Reihe marschieren. Aber es gab auch Zwischentöne. „Wenn es den Tod von zwei Menschen zu betrauern gilt, gehe ich hin", sagte einer. Ein anderer mahnte: „Die Schüsse sind aus unserem Lager gekommen. Wir sollten Gewaltfreiheit nicht mehr augenzwinkernd definieren." Und unter starkem Beifall zur Gewalt: „Wir sollten zeigen, daß wir stark genug sind, das nicht mehr zu brauchen."

„Flughafenausbau zu Militärzwecken absurd"

Magistrat widerspricht Zeitschriften-Rechercheuren

Von zwei Autoren der Zeitschrift „Wiener" war Anfang des Jahres recherchiert worden, Ausbaumaßnahmen, die geheimgehalten würden, sowie Geländeverkäufe an die Amerikaner zur Erweiterung der Air-Base auf Rhein-Main dienten dazu, den Frankfurter Flughafen für militärische Zwecke im Ernstfall nutzbar zu machen. Die Grünen im Römer hatten dazu in 14 Punkten eine Anfrage an den Magistrat formuliert. Laut dessen Bericht entsprechen alle Mutmaßungen der Rechercheure nicht den Tatsachen.

So heißt es zu der Vermutung, der im Bau befindliche neue Tower im Süden des Flughafens werde zugleich auch für eventuelle militärische Einsätze gebaut, der Turm sei unerläßlich für den Startbetrieb auf der 18 West, der vom alten Tower nicht vollständig beobachtet werden könne. Weiter bestehe keine Planung für ein unterbunkertes Parkfeld für US-Militärflugzeuge und auch nicht für Army-Gebäude. Auch treffe nicht zu, daß der Army ein 27 000 Quadratmeter großes Gelände zum Aufstellen für Kampfbomberstaffeln zur Verfügung gestellt worden sei. Es handele sich nur um 0,3205 Hektar zur Errichtung einer Kläranlage.

Auch widerspricht der Bericht der Vermutung, der US-Rhein-Main-Airbase seien 30 Hektar für das geplante Parkfeld für Kampfmaschinen zur Verfügung gestellt worden. Vielmehr habe sich insgesamt die Größe des durch die Bundesrepublik Deutschland der US-Army zur Verfügung gestellten Fläche seit 1982 infolge von Inanspruchnahme für den Autobahnbau und für Rollbahn-Erweiterungen um zwölf Hektar vermindert. Auch von einem „geheimen Bau" eines Anschlusses zur NATO-Pipeline, heißt es in dem Bericht, sei nichts bekannt. Ebenso unzutreffend sei, daß in den FAG-Geländekarten am Ende der Startbahn West bereits Feuermelder für das Pipeline-System eingezeichnet sind. Die verzeichneten Feuermelder seien von ganz normaler Art, die keinen Bezug zum Betankungssystem hätten, weil sich dort keine Unterflurhydrantenanlage befinde. Als absurd schließlich bezeichnet der Bericht die Behauptung, die Räumung chemischer Kampfstoffe sei nur ein Vorwand. Es gehe vielmehr um den Ausbau zu militärischen Zwecken unter Ausschluß der Öffentlichkeit, zumal nur nachts gearbeitet werde. Hierzu heißt es, weil die Arbeiten in erheblicher Weise den zivilen Luftverkehr behinderten, würden sie nachts durchgeführt. amm

GdP: Unhaltbare Zustände

Polizei-Gewerkschaft startete in Nordhessen Plakataktion

KASSEL. Durch den chronischen Personalmangel, das ständige Ableisten von Überstunden und die wachsende Zahl neuer Aufgaben steht die nordhessische Polizei kurz vor dem Kollaps. So zumindest umschreibt die Kreisgruppe Kassel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die „unhaltbaren Zustände" bei den Ordnungshütern im Norden des Landes.

Grund für die GdP, zu ungewöhnlichen Mitteln zu greifen und die Öffentlichkeit auf die „Misere" aufmerksam zu machen: An allen Litfaßsäulen in der Stadt und im Kreis Kassel prangen seit kurzem große schwarz-weiße Plakate, die karikaturistisch verbrämt und auf humorvolle Art genau jene Mißstände aufzeichnen.

Den Hintergrund für die Plakataktion sieht der Vorsitzende der nordhessischen GdP, Hans-Jürgen Lipinski, eindeutig in der angespannten Personallage. Zur Verstärkung benötigten die derzeit etwa 850 im Dienstbezirk Kassel (Stadt und Kreis ... eine Hundertschaft". Daß diese Forderung aber eine „Utopie" ist, weiß man auch im Kasseler Polizeipräsidium.

Nach Lipinskis Meinung kann durch die momentane „katastrophale Situation" ein Großteil der Kriminalität „nur noch verwaltet werden". Seiner Ansicht nach habe sich das Straftatenaufkommen in der Region innerhalb von nur zehn Jahren verdoppelt, die Aufklärungsquote sei aber auf 40 Prozent gesunken.

Mit den Plakaten will die GdP die „Alarmglocken schrillen" lassen und dem Bürger zeigen, daß die Probleme der Polizei „auch seine Probleme" sind und beide — Polizei und Bevölkerung — „wahrlich eine Schicksalsgemeinschaft" bilden. Sollte die Aktion übrigens nicht den gewünschten Effekt bringen, hat sich die Gewerkschaft eine weitere Aktion ausgedacht: Sie wird dann alle Bürger auffordern, das Plakat als Poster zu kaufen. Der Erlös aus der Verkaufsaktion will die GdP dem Innenminister zur Verfügung

SPD: 340 neue Polizeistellen

. . . bis 1989 schaffen / Krollmann und Fischer informierten

WIESBADEN. Der SPD-Landesvorsitzende Hans Krollmann hat alle friedlichen Demonstranten dazu aufgefordert, zumindest in nächster Zeit auf Protestkundgebungen an der Startbahn 18 West zu verzichten. Angesichts der beiden Polizistenmorde müßten sie sich ernsthaft fragen lassen, ob sie weiterhin bereit seien, für einige oder mehrere Gewalttäter die „Kulisse" für deren Straftaten zu bieten. Krollmann bezeichnete gestern die Vorgänge im Mörfelder Wald als „Angriff auf demokratische Freiheiten".

Der Oppositionspolitiker warnte die Landesregierung vor „hohlen Kraftakten" und „Scheinaktivitäten". Die SPD sei dazu bereit, unter Wahrung der Liberalität des Staates sich auch an der Diskussion über Gesetzesänderungen zu beteiligen, wenn dies die Arbeit der Polizei erleichtere. Es sei allerdings ein „Irrglaube", wenn man meine, die „Schüsse aus dem Dunkeln" hätten durch jene Gesetze verhindert werden können, nach denen jetzt gerufen werde. Die Ereignisse dürften nicht zur „politischen Profilierung" mißbraucht werden, sagte Krollmann in Wiesbaden.

Der SPD-Chef räumte selbstkritisch ein, daß seine Partei in den Zeiten zurückliegender Regierungsverantwortung nicht alles getan habe, um die Polizei in die Lage zu versetzen, „mit geltenden Gesetzen" umzugehen. „Hier ist noch aufzuarbeiten und nachzubessern." Krollmann forderte die Schaffung von 340 neuen Polizeistellen in den nächsten beiden Jahren, damit die Überstunden, insbesondere bei der Schutzpolizei, abgebaut werden können. Die Landesregierung hatte unter dem Eindruck der Startbahn-Vorkommnisse angekündigt, 100 zusätzliche Stellen im Etat 88 einzurichten.

Die Grünen warfen die Frage nach der Verantwortung von Innenminister Gottfried Milde (CDU) für den Polizeieinsatz an der Startbahn auf. Jenseits der Empörung und Betroffenheit müsse jetzt der Verlauf der Ereignisse aufgeklärt werden, verlangte der Fraktionsvorsitzende Joschka Fischer, um beurteilen zu können, ob Milde sein Amt „pflicht- und sachgemäß" ausgeübt habe. Fischer will vom Innenminister insbesondere wissen, wie „nah" die Sicherheitsbehörden im Vorfeld an dem möglichen Täter „dran" gewesen seien. Außerdem hätten Erkundigungen ergeben, daß der Aufmarsch unfriedlicher Demonstranten „mehr oder weniger ungehindert" stattfinden konnte.

Fischer warnte vor einer möglichen Verschärfung der Gesetze. Die Grünen seien nicht der Meinung von Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU), daß der Staat „wehrlos" sei und es ein Defizit an Regelungen gebe. Hier werde vielmehr um der Befriedigung alter Vorurteile willen „völlig unsachgemäß" entschieden. Wenn in Bonn und Wiesbaden keine Vernunft einkehre, werde dies zu einer „Eskalation" auf dem Rücken von Demonstranten und Polizeibeamten führen, meinte der Politiker der Grünen.

GÜNTER HOLLENSTEIN

Zeit zum Nachdenken

Angesichts der Betroffenheit und Empörung nach den Frankfurter Polizistenmorden ist der laute Ruf nach Konsequenzen und Schlußfolgerungen verständlich. Ob allerdings eine weitere Aufrüstung der Polizei, etwa mit Gummiwuchtgeschossen, ob gar neue und härtere Gesetze geeignet oder erforderlich sind, der Gewalt wirkungsvoller als bisher zu begegnen, ist jedoch zuletzt bei vielen polizeilichen Praktikern seit langem umstritten. Zwischen den ritualisierten, verbalen Aktivitäten mancher Politiker und dem mühsamen Versuch, auf schwierige Fragen vernünftige Antworten zu finden, klafft eben oft eine empfindliche Lücke.

Daß die Konferenz der Innenminister jetzt noch zu keinem gemeinsamen Ergebnis gelangt, ist deshalb kaum als Ausdruck von Unentschlossenheit und Ratlosigkeit zu interpretieren. Zeit für ruhiges Nachdenken hat eigentlich noch niemals geschadet. Problematischer erscheint da schon der Alleingang Bayerns, wo man sich offensichtlich mit Hilfe von starken polizeilichen Greiftrupps Informationen über alle, die als „Störer" gelten, verschaffen möchte. Da stehen neue politische Konflikte ins Haus. KK

FR. 7.11.

Nur Unionsländer für härteres Recht

SPD-Minister lehnen Verschärfung ab

FR, 7.11.87

Von unserem Bonner Büro

mö BONN, 6. November. Die CDU/CSU-geführten Bundesländer sind unter dem Eindruck der Polizistenmorde an der Frankfurter Startbahn West entschlossen, das Versammlungsrecht, das Vermummungsverbot sowie den Straftatbestand des Landfriedensbruchs zu verschärfen, um reisenden Gewalttätern damit das Handwerk zu legen. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bestritt Informationen der FR, daß die Frankfurter Polizei Kenntnis davon gehabt habe, der später als Tatverdächtiger festgenommene Andreas Eichler plane einen „Anschlag".

In der Sonderkonferenz der Innenminister sagten die Unionsländer am Freitag Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ihre volle Unterstützung zu. Anschließend bestätigte Zimmermann vor der Presse, daß die Bundesregierung ihren Prüfungsauftrag vom Mittwoch mit „positiver Tendenz", also in der Absicht erteilt habe, die beabsichtigte Novellierung der Gesetze auch „herbeizuführen".

Daneben forderte Zimmermann die Innenminister zu einer Beschleunigung organisatorischer, polizeitaktischer und logistischer Maßnahmen auf. Innerhalb der nächsten drei Jahre müßten insbesonde-

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 2 und 3)

(Fortsetzung von Seite 1)

re die Aufstellung von besonderen „Festnahme- und Beweissicherungseinheiten" der Polizei, eine verbesserte Dokumentationsausrüstung, besserer persönlicher Schutz durch Kugelwesten, Schlagschutzwesten und Langschilde, eine verbesserte Kommunikationsausstattung und die „Durchführung von Konfliktbewältigungs- und Antistreßprogrammen" höchste Priorität genießen.

Zimmermann teilte mit, die Industrie sei jetzt offenbar in der Lage, „einsatzfähige Reizstoffmunition in sich zerlegender Version" zu produzieren. Damit sei der Weg frei für die Beschaffung einer Mehrzweckpistole.

Diesen Plänen widersetzten sich die Innenminister der SPD-geführten Bundesländer — aus grundsätzlichen Erwägungen und weil sie die Wirksamkeit dieser Maßnahmen bezweifeln. Allerdings betonte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor, die SPD-Länder seien bereit, ihre Positionen zu überprüfen, falls die von der Bundesregierung bis zum 2. Dezember angeforderten Berichte der hessischen Landesregierung und der Sicherheitsbehörden neue Erkenntnisse bringen sollten. Bisher seien die SPD-Innenminister jedoch nicht überzeugt, daß die geplanten Maßnahmen der Polizei wirklich helfen.

Die Freien Demokraten, die in der Innenministerkonferenz nicht vertreten sind, widersetzen sich bisher einer Verschärfung des Versammlungsrechts, wollen aber ihre Position überprüfen, „wenn sich aufgrund der neuesten Ereignisse eine veränderte Einstellung" bei der Polizei abzeichnen sollte.

*

REGENSBURG (dpa). Die ostbayerische Polizei wird bei ihren künftigen Einsätzen am Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf Konsequenzen aus den Frankfurter Todesschüssen ziehen. Es werde künftig verstärkte Kontrollen im Vorfeld von Aktionen und Demonstrationen geben, um noch konsequenter als bisher gefährliche Personen und Gegenstände „auszufiltern", sagte der stellvertretende Polizeipräsident von Niederbayern/Oberpfalz, Wolf-Peter Hartmann, am Donnerstagabend im Regensburger Presseclub.

Gewalttätige Demonstranten haben nach Hartmanns Worten in Wackersdorf bereits im vergangenen Jahr einen Wasserwerfer und einen Hubschrauber beschossen, wobei ein Geschoß den Tank des Helikopters durchschlagen habe.

*

HAMBURG (dpa). Hamburgs Innensenator Volker Lange (SPD) hat Äußerungen des Staatssekretärs im bayerischen Innenministerium, Peter Gauweiler (CSU), wonach das „Hauptgefährdungspotential" der bundesdeutschen Gewalttäterszene in der Hamburger Hafenstraße zu suchen sei, am Freitag mit großer Schärfe zurückgewiesen. Gauweilers Äußerungen seien eine „schlimme Entgleisung".

*

habe FRANKFURT A. M. Die Frankfurter Polizei soll bereits von einem geplanten Anschlag an der Startbahn West gewußt haben, bevor dort am Montag die tödlichen Schüsse auf zwei Beamte der Bereitschaftspolizei fielen. Dies erfuhr die FR aus zuverlässigen Kreisen im Frankfurter Polizeipräsidium. Die Behörde verfügte jedoch offenbar über keine präzisen Informationen, was mit dem „Anschlag" konkret gemeint gewesen sein könnte.

Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, sagte dazu auf Anfrage: „So etwas ist unserer Behörde nicht bekannt. Ich halte das für ausgeschlossen." Nach einer Rückfrage bei der Sonderkommission im Frankfurter Polizeipräsidium bekräftigte Prechtel seine Darstellung. „Weder bei der Bundesanwaltschaft noch bei der Einsatzleitung, noch sonstwo ist ein solcher Sachverhalt bekannt", sagte er.

Den Hinweis erhielt die Polizei nach Informationen der FR am Montagabend gegen 20 Uhr und damit zu einem Zeitpunkt, als der Demonstrationszug mit dem harten Kern der Vermummten bereits von Mörfelden-Walldorf aus zur Mauer an der Startbahn West unterwegs war. Der Informant berichtete, Andreas Eichler plane im weiteren Verlauf einen „Anschlag". Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch den Namen einer Brücke über den Gundbach im Süden des Flughafens, in deren Nähe später auch die Schüsse fielen. Die Polizei sei jedoch davon ausgegangen, daß es sich dabei um ein Codewort handelte. Sie konnte jedenfalls eine solche Brücke auf ihrer Karte nicht finden.

Den Informationen zufolge veranlaßte der Tip die Einsatzleitung sofort, nach Eichler in dessen Wohnung im Frankfurter Stadtteil Niederrad suchen zu lassen.

Sie traf dort erwartungsgemäß jedoch niemanden mehr an. Aufgrund der Erkenntnisse über den 33 Jahre alten Eichler vermutete die Polizeiführung, mit dem „Anschlag" sei die Absicht gemeint, einen Stahlmast auf der Starkstromtrasse in der Nähe der Startbahn umzusägen.

Wegen einer ähnlichen Aktion im Juli vergangenen Jahres im hessischen Hasselroth läuft ein Ermittlungsverfahren gegen Eichler. Die Polizeikreise versichern, es habe keinerlei Anhaltspunkte dafür gegeben, daß an diesem Abend mit scharfer Munition auf Polizeibeamte geschossen werden sollte.

(Siehe auch Seite 3 und Hessenseite)

FR, 7.11.87

Die Vollversammlung entscheidet

Wann kommt der nächste „Sonntagsspaziergang" zur 18 West?

MÖRFELDEN-WALLDORF. Die „Vollversammlung der Bürgerinitiative" am kommenden Freitag, 13. November, 20 Uhr, im Mörfelder Bürgerhaus müsse darüber entscheiden, wann der 301. „Sonntagsspaziergang" an die Startbahn 18 West stattfinden solle. Dies kündigten gestern in einer Pressemitteilung Helga Arnold und Siggi Schellhaas für die „BI gegen die Flughafenerweiterung Rhein/Main" an. „Trotzdem haben wir Verständnis dafür, wenn am kommenden Sonntag, dem 8. November 1987, Leute an die Startbahn 18 West gehen", heißt es weiter.

Zu den kaum noch überschaubaren Verhältnissen innerhalb der Bürgerbewegung und den konkurrierenden „Splittergruppen sagte Helga Arnold gegenüber der FR: „Wir sollten uns doch zusammensetzen." Die Vertreterin der Mörfelder Startbahngegner appellierte an jenen Teil der einstigen, inzwischen vielfältig gespaltenen BI, der sich „bürgerlich" nennt, Konsequenzen aus dem Doppelmord zu ziehen. Sie beklagte gleichzeitig die mangelnde Gesprächsbereitschaft der einstigen Mitstreiter.

Das Verbrechen bewertete sie als „Tat eines Psychopathen". Der Einsatz von Waffen sei nicht mit dem Konzept der Widerstandsbewegung vereinbar. Das schlimme Ende der Auseinandersetzungen dürfe nun aber auch nicht dazu führen, daß die Protestbewegung die Hände in den Schoß lege.

Zu der „Vollversammlung" am kommenden Freitag werde übrigens unabhängig von einer für Donnerstag geplanten Podiumsdiskussion eingeladen. Diese Veranstaltung wird von einer BI-Gruppe um Wilma Frühwacht-Treber (Grüne) organisiert.

*

KELSTERBACH. Die Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke und Umweltzerstörung (BKU) und die Wählerinitiative Kelsterbach (WIK) erklärten in einer gemeinsamen Mitteilung: „Wer beim Widerstand gegen die Flughafenerweiterung Gewalt einsetzt, Menschenleben gefährdet oder gar mordet", habe zum einen in „unseren Reihen nichts zu suchen" und verdiene zum anderen auch „keinerlei Art von falsch verstandener Solidarität". Nicht nur über die direkt betroffenen Polizisten und deren Angehörigen sei Unglück gebracht worden. Auch den „Bürgerbewegungen gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen" habe man „unabsehbar schweren Schaden zugefügt". fein

FR, lokal, 7.11.87 ↑

DGB-Delegierte: besonnen reagieren

„Wir sind entsetzt, erschüttert und sehr traurig über den Mord an zwei Polizisten und Gewerkschaftskollegen am 2. November am Frankfurter Flughafen", lautet der erste Satz einer Resolution, die von den Delegierten des Frankfurter DGB-Kreises am Donnerstag abend verabschiedet wurde.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund danke all jenen Kolleginnen und Kollegen der Polizei, die vor und nach dem 2. November mit Besonnenheit und Entschiedenheit das Grundrecht der Versammlungsfreiheit geschützt haben und schützen werden, heißt es weiter. „Die Delegierten lehnen mit Nachdruck ohne jegliches Wenn und Aber die Anwendung von Gewalt in jeder Form in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung ab."

Die verantwortlichen Mandatsträger in Staat und Gesellschaft werden aufgerufen, „alles zu tun, damit den Grundrechten auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit uneingeschränkt zur Geltung verholfen wird". Die gewählten staatlichen Organe sollten mit Besonnenheit, aber auch mit Entschiedenheit reagieren. „Grundrechte dürfen nicht beschränkt werden, weil eine Handvoll krimineller Gewalttäter sie mißbraucht hat." Polizei und Justiz müßten personell und materiell in die Lage versetzt werden, „kriminelles Unrecht mit allen, dem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln zu verfolgen". ft

SPD-Antrag fordert Verurteilung von Gewalt

Die SPD-Fraktion im Römer hat in einem Dringlichkeitsantrag im Zusammenhang mit der Ermordung der beiden Polizeibeamten an der Startbahn West die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, erneut die Anwendung von Gewalt zu verurteilen. Eine solche Gewaltanwendung sei „ein Angriff auf den demokratisch verfaßten Staat". Die SPD-Fraktion: „Dieser Angriff muß mit Stärke, die aus Rechtsstaatlichkeit, Besonnenheit und Augenmaß erwächst, abgewehrt werden."

Der Trauergottesdienst für die ermordeten Beamten am kommenden Dienstag um 11 Uhr im Frankfurter Dom wird von Protestanten und Katholiken gemeinsam ausgerichtet. Die Ansprachen halten der Limburger Bischof Franz Kamphaus und der hessen-nassauische Kirchenpräsident Helmut Spengler. Anschließend wird der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann sprechen.

Auf Bitten zahlreicher Leser veröffentlicht die FR noch einmal das Spendenkonto, das der Sozialring beim Polizeipräsidenten in Frankfurt für die Hinterbliebenen der beiden erschossenen Polizeibeamten eingerichtet hat. Spenden können auf das Konto 171 422 5001 bei der Bank für Gemeinwirtschaft überwiesen werden. Die Bankleitzahl ist 500 101 11. enk

Nach Startbahnereignis:

Die Regierung läßt sich Zeit

WIESBADEN. Die hessische Landesregierung hat über die Bewilligung von 100 zusätzlichen Polizeistellen hinaus noch keine weiteren Konsequenzen aus den Ereignissen an der Startbahn 18 West gezogen. Innenminister Gottfried Milde (CDU) berichtete am Freitag im Anschluß an eine Sondersitzung des Innenausschusses des Landtages in Wiesbaden, er sei nicht bereit, „vorschnelle" Schlüsse zu ziehen. Zunächst müßten die auf dem Tisch liegenden Überlegungen genau geprüft werden, „erst am Ende werden wir Vorschläge machen", fügte der Minister hinzu.

Milde ließ abermals erkennen, daß die Landesregierung ihr Vorgehen mit Bonn abstimmen wolle. Es sei klar, „daß diese Koalition in sich gemeinsam und gemeinsam mit der Bundesregierung zu Entscheidungen kommen will", sagte der Innenminister mit Blick auf die Vorbehalte in der FDP gegenüber vorschnellen Gesetzesänderungen. Ministerpräsident Walter Wallmann habe im Bundestag „unsere Haltung als Union deutlich gemacht". Wallmann hatte sich unter anderem für ein strafbewehrtes Vermummungsverbot eingesetzt.

Der Innenminister bestätigte Überlegungen, möglicherweise Gummiwuchtgeschosse und das Reizgas CS für Polizeieinsätze anzuschaffen. Die bisherige SPD-geführte Landesregierung hatte dies stets wegen der großen Verletzungsgefahr und der Gesundheitsgefährdung abgelehnt.

Weiter erwägt die Landesregierung, die 100 zusätzlichen Polizeistellen für die Bildung einer Spezialeinheit einzusetzen, die sich gezielt um die Festnahme von Gewalttätern und die Beweissicherung kümmert. „Geprüft" wird ferner die Frage des Versammlungsrechts. So soll geklärt werden, ob unter dem Eindruck der Ereignisse die Verhängung eines generellen Demonstrationsverbotes an der Startbahn möglich ist.

Den Einsatz der Polizei in der fraglichen Nacht bezeichnete der Innenminister als „angemessen und verhältnismäßig". Es habe im Vorfeld „keinerlei Hinweise, noch nicht einmal Ahnungen" gegeben, daß mit einer neuen Form der Auseinandersetzung einzelner mit dem Staat gerechnet werden müsse. Er sei „froh" über den schnellen Fahndungserfolg, sagte der Minister. Nunmehr müsse Klarheit darüber gewonnen werden, ob es sich „in abgestimmter Weise" um einen „Probelauf" für eine neue Form der Eskalation gehandelt habe. Man müsse bei der Prüfung von Konsequenzen zu Ergebnissen kommen, die eine Wiederholung solcher Ereignisse unmöglich machten. hol

FR, 7.11.87

FAZ, 7.11.87

SPD und Grüne in Hessen warnen Regierung vor „schnellen Konsequenzen"

Landtagsdebatte in Wiesbaden nach den Morden in Frankfurt

ptn. WIESBADEN, 6. November. Hessens SPD und Grüne haben der Wiesbadener Regierungskoalition vorgeworfen, sie verhalte sich nach den Ereignissen am Frankfurter Flughafen noch immer so, als wäre sie in der Opposition und als gäbe es noch die rot-grüne Regierung. Die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen, Krollmann und Fischer, verwiesen am Freitag auf die Forderung des CDU-Fraktionschefs Nassauer nach einer kritischen Überprüfung der Polizei-Taktik. Krollmann sagte, die CDU müsse zur Kenntnis nehmen, daß für die polizeiliche Taktik schon seit einem halben Jahr der CDU-Innenminister Milde und sein Staatssekretär Stanitzek die politische Verantwortung trügen.

Fischer äußerte Verwunderung darüber, daß Ministerpräsident Wallmann nach der Ermordung der zwei Polizisten die These vom „wehrlosen Staat" aufstelle, bei den Haushaltsberatungen vor einer Woche aber nicht die Notwendigkeit einer erheblichen Ausweitung der Polizeistellen gesehen habe. Fischer, der diese These als falsch bezeichnete, warf der CDU vor, mit ihrer Forderung nach schärferen Gesetzen und nach Polizei-Sondereinheiten eine „Instrumentalisierung von Toten" vorzunehmen; diese Forderungen dienten nur dazu, „die Vorurteile der eigenen Anhängerschaft zu befriedigen". Krollmann sprach davon, daß die besonnenen und mäßigenden Stellungnahmen vieler Polizisten jene Politiker beschämen müßten, die das Verbrechen am Flughafen jetzt zu ihrer „Profilierung" mißbrauchten und die jetzt ihre schon lange erhobenen parteipolitischen Forderungen durchzusetzen suchten.

Fischer wandte sich entschieden gegen Gesetzesverschärfungen und gegen Sondereinheiten der Polizei. Nach seiner Ansicht würden solche Maßnahmen zu „Eskalationen" führen. Eine Wiederherstellung des alten Landfriedensbruch-Paragraphen hätte nach seinen Worten eine solidarisierende Wirkung auf die unterschiedlichen Demonstrationsgruppen. Die einzige Lösung, von der Gewaltausübung bei Demonstrationen wegzukommen, ist laut Fischer das Gespräch mit jenen, die die Gewalt befürworteten. *Man müsse versuchen*, „sie herüberzuholen in die Gewaltfreiheit". Als Stütze für seine Auffassung verwies Fischer darauf, daß derzeit bei den Autonomen Gruppen eine Diskussion über die Gewaltfrage stattfinde. Fischer machte der Polizeiführung wegen ihres Einsatzes am vergangenen Sonntag Vorwürfe. Wenn es stimme, daß der festgenommene mutmaßliche Polizistenmörder schon seit Wochen regelmäßig von der Polizei beschattet worden sei, dann hätte die Polizeiführung wohl wissen müssen, daß es zu „Eskalationen" kommen werde. Auf die Frage, ob die Grünen solche Beschattungen, die sie bisher immer als „Bespitzelungen" abgelehnt haben, nun für richtig hielten, gab Fischer keine Antwort.

Der SPD-Politiker Krollmann versicherte am Freitag, daß seine Partei bereit sei, über Gesetzesveränderungen und über Änderungen des Gesetzesvollzugs zu diskutieren. Die SPD könne verstehen, „wenn angesichts der brutalen Mordtat Konsequenzen gefordert werden". Der Ruf nach „schnellen" Konsequenzen sei jedoch eher ein Ausdruck von Hilflosigkeit als ein Zeichen von Stärke. Krollmann forderte im Namen seiner Partei 340 neue Stellen für die Polizei in den nächsten zwei Jahren. Er kritisierte das Vorhaben der Landesregierung, 150 Stellen von der Bereitschaftspolizei zur Schutzpolizei umzuschichten und diese als „neue" Stellen auszugeben. Dies sei ein „Täuschungsmanöver", das eine Schwächung der Bereitschaftspolizei bedeute. Ministerpräsident Wallmann hatte dieser Tage schon hundert zusätzliche Stellen zugesagt.

„Sich auf Schußwaffengebrauch einstellen"

Wie Autonome denken / Von Helmut Herles

BONN, 6. November. Der doppelte Polizistenmord in Frankfurt ist von einem Teil der Sicherheitsbehörden, beispielsweise dem Hamburger Verfassungsschutz, öffentlich so interpretiert worden, als sei er ein Einzelfall und werde sich nicht wiederholen. Das ist zu hoffen und zu wünschen. Aber die Wirklichkeit ist brutaler. Mindestens seit einem Jahr liegen Veröffentlichungen der extremistischen Zeitschrift „radikal" vor, welche damals beschlagnahmt worden war. In „radikal" war schon 1986 in Nummer 132 von jenem Geist zu lesen, der nun zum Mord geführt hat. Die „Sicherheitspolitischen Nachrichten", ein in Erftstadt erscheinender Dienst, der offensichtlich zuverlässige Informationen aus den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik hat, veröffentlichte am 30. August 1986 alarmierende Texte, welche neben den Behörden vor allem denjenigen Demonstranten zu denken geben müßten, die immer noch die schwarz vermummten Gewalttäter in ihren Reihen dulden, oder diejenigen nicht ruhig lassen dürfen, die wie Robert Jungk in Hanau bei einer zur Demolition ausartenden Demonstration Gewaltparolen ausgaben, die heute noch makabrer sind als damals: Die mutmaßliche Tatwaffe soll aus Hanau stammen, soll dort am Tag, an dem Jungk Gewalt predigte, einem Polizisten gestohlen worden sein.

„radikal" hatte Demonstrationen als Mittel zur Eskalation des „Kampfes" einkalkuliert. Zunächst wurde damit „Solidarisierung" der verschiedensten Gruppen angestrebt und zum Teil auch erreicht. Wie in dieser „Szene" gedacht und geschrieben wird, äußert sich in einer „radikal"-Reportage: „In der zweiten Reihe stehen in großen Gruppen zufriedene Gesichter und jauchzen bei jeder Gaspatrone, die zurück aufs Baugelände fliegt ... Als einen Tag später Wanne und Streifenwagen brennen, machen Jüngere und Ältere einen Gewaltfreien zur Sau, der sich über die Methoden der ‚Chaoten' aufgeregt hatte. ‚Die holen da vorne die Kartoffeln aus dem Feuer, wo du viel zu feig für bist, und dann kommst du her und redest.' Viele schauen interessiert zu, als eine Hundertschaft mit Steinen, Katschis und Mollies angegriffen wird.

Das klingt harmlos, ist aber menschenverachtend. Denn in diesen Zirkeln denkt man in Eskalationen: Demonstrationen dienen ihnen als Mittel der Mobilisierung und Integration anderer Gruppen, der Vermischung von Gewalt und Gewaltlosigkeit, zur Gewalterziehung. Besonderer Jubel bricht in diesen Texten aus, wenn festgestellt werden kann, daß „die Gewaltfreien abblitzen" oder man mit dem bayerischen Innenminister behaupten kann: „Teile der Bevölkerung haben ihre Erfahrungen mit Protest abgeschlossen und bejahen die Notwendigkeit von praktischem Widerstand." Bei jenem „Widerstand" geht es längst nicht mehr um Protest gegen zu Recht in der Bevölkerung umstrittene Projekte wie eine Wiederaufbereitungsanlage oder einen Flughafenausbau, sondern um die Zerstörung des Staates Bundesrepublik Deutschland: Es sei für den „weiteren Kampf eigentlich unerheblich", ob eine Wiederaufbereitungsanlage gebaut werde oder nicht. Es sollten nicht nur „einzelne Projekte", „sondern solle dieser imperialistische Staat" angegriffen werden. Bezeichnenderweise werden in diesen Texten Polizisten systematisch entmenschlicht und nur als „Bullen" bezeichnet. Immer wieder werden in solchen Texten Ziele für Anschläge genannt, einzelne Firmen zum Beispiel. Der Höhepunkt jedoch ist das Vertrautmachen mit dem, was jetzt in Frankfurt geschah, also in jener Sprache: sich mit der „Dimension vertraut machen, daß morgen nicht nur darüber geredet, sondern wirklich scharf geschossen wird".

In Frankfurt ist scharf geschossen worden. Solange dieser Geist virulent ist, kann wieder scharf geschossen werden. Es kann keine spontane Tat oder „Notwehr" gewesen sein, so klären uns Waffenkenner auf. Eine derartige Pistole mit Kaliber neun Millimeter habe ein Magazin mit neun Schuß. Bei zwei Toten und neun Verletzten müßten der oder die Täter mindestens einmal das Magazin gewechselt, in Seelenruhe gezielt haben. Dabei waren sie nicht allein. Es muß Zeugen geben. Wenn sie sich nicht melden, werden sie zu Komplizen, nicht zu „Gesinnungs"-, sondern zu Tatgenossen.

Konferenz der Innenminister

Eine abschließende Meinung aber wollten sie sich erst dann bilden, wenn die Abschlußberichte aus Hessen vorlägen und analysiert seien.

Zimmermann sagte, die Minister seien nicht zusammengekommen, um nur ihr Bedauern über den Tod der Polizeibeamten auszudrücken. Die eigene Betroffenheit müsse in Entscheidungen umgesetzt werden, „die dazu führen könnten, daß sich derartige Anschläge möglichst nicht wiederholen und ein Demonstrationsklima geschaffen wird, in dem solche feigen Überfälle nicht mehr gedeihen können". Er bezeichnete den Vorwurf als „völlig unangebracht", es solle nur versucht werden, die öffentliche Erregung zu „Schnellschüssen" zu nutzen. Nicht nur den Bürgern, sondern auch den Polizeibeamten sei die Frage zu beantworten, wie es weitergehen solle. „Aber dies darf sich nicht allein auf Erklärungen, Prüfaufträge und Willensbekundungen erstrecken." Die These, die Morde wären durch ein strafbewehrtes Vermummungsverbot nicht zu verhindern gewesen, sei „kurzsichtig und schief". Er habe wiederholt gesagt, daß nur durch ein generelles Vermummungsverbot ein allgemeines Bewußtsein vom Unrecht der Vermummung zu entwickeln sei. Ein bloßer „Auflagenbescheid und die Strafbarkeit der Vermummung nach dem Beginn von Gewalttätigkeiten können ein solches generelles Unrechtsbewußtsein nicht schaffen". Zimmermann trug die Pläne der Bundesregierung vor, über die am 2. Dezember weiter beraten werden soll. Der „Meldedienst Landfriedensbruch und verwandte Straftaten" sollte stärker genutzt werden.

Der FDP-Innenpolitiker Hirsch sagte, Gesetzesänderungen dürften nicht zu „Symbolakten" werden, die jeweils nach Mordanschlägen vollzogen würden. So seien die Gesetze, die im vergangenen Dezember nach der Ermordung des Diplomaten von Braunmühl verabschiedet worden seien, kaum angewendet worden. Hirsch wies darauf hin, daß die Mordwaffe von Frankfurt erst nach der Tat gefunden worden sei, obwohl gegen den Tatverdächtigen seit langem ermittelt worden sei. Hirsch hatte in den vergangenen Tagen eine lange Liste ausgearbeitet, welche Taten in Frankfurt schon nach geltendem Recht strafbar gewesen seien. Dazu gehöre auch, daß sich Vermummte bei Gewalttätigkeiten strafbar machen, ohne daß sie sich an den Gewalttätigkeiten beteiligten.

Polizisten legen eine Schweigeminute ein

fh. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat alle Polizeibediensteten des Landes Hessen aufgefordert, am kommenden Dienstag aus Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für die an der Startbahn West ermordeten Beamten um 11 Uhr eine Schweigeminute einzulegen. Vom hessischen Innenminister erwartet die GdP nach den Worten ihres Landesvorsitzenden Hansgeorg Koppmann eine großzügige Regelung, die dem größten Teil der Polizeibeschäftigten die Teilnahme an der Trauerfeier in Frankfurt ermögliche.

FAZ, 7.11.87

Weihbischof: Polizeidienst ist sittliches Tun

lbc. Der Limburger Weihbischof Gerhard Pischl hat in einem Beileidschreiben an die Familien der ermordeten Polizisten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm seine Betroffenheit ausgedrückt. Pischel, der auch Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die katholische Polizeiseelsorge in der Bundesrepublik und Berlin ist, schreibt: „Der Dienst am Recht und für den Erhalt des Rechts, wie ihn die Polizei tut, ist ein wirklich sittliches und dem christlichen Glauben gemäßes Tun." Über ihren Tod hinaus müßten die ermordeten Polizisten eine Mahnung sein, sich solidarisch gegenüber jenen zu verhalten, „die das Gemeinwesen unter Einsatz ihres Lebens schützen und für den Bestand des Rechts und damit der Freiheit und der Würde des Menschen eintreten".

Milde kündigt Verstärkung der hessischen Polizei an

WIESBADEN, 6. November (AP). Der des zweifachen Polizistenmordes an der Startbahn West verdächtige Andreas Eichler war den Polizeibehörden bereits seit 1974 bekannt. Dies teilte der hessische Innenminister Milde am Freitag nach einer Sitzung des Innenausschusses im Landtag mit. Der 33 Jahre alte Eichler, bei dem die Polizei wenige Stunden nach der Tat die Pistole sichergestellt hatte, sei bis 1981 bei Aktionen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) und danach im Zusammenhang mit Krawallen an der Startbahn sowie mit einem Anschlag auf einen Strommast in Erscheinung getreten, sagte der Minister. Milde kündigte eine Verstärkung der Beweissicherungs- und Festnahmezüge der hessischen Polizei um einhundert Stellen an.

Wallmann: Der Staat muß wehrhaft sein

Der Ministerpräsident vor dem Bezirksparteitag der CDU Untermain

py. Einen wehrhaften Staat, der in der Lage ist, die Prinzipien der demokratischen Freiheit zu verteidigen, hat Ministerpräsident Walter Wallman gestern abend vor dem Parteitag des CDU-Bezirksverbandes Untermain gefordert. Die „hinterlistige und gemeine" Ermordung von zwei Polizeibeamten an der Startbahn West, auf die selbstverständlich mit Trauer und mit Mitgefühl für die Angehörigen reagiert werde, offenbare zugleich eine „ungeheure geistige Herausforderung": Jeder habe sich zu fragen, ob nicht auch er, gewollt oder ungewollt, den Boden für solche Taten bereitet habe und dafür, daß immer rascher immer mehr rechtsfreie Räume entstanden seien.

Nicht erst seit der Nacht der Todesschüsse, seien die Beamten an Leib und Leben gefährdet gewesen. Wallmann, der erst gegen Ende seiner etwa einstündigen Rede zur Bundes- und Landespolitik auf die jüngsten Ereignisse zu sprechen kam, nannte die Arbeit der Polizisten eine „Friedenstat". Es könne nun nicht bloß darum gehen, gewisse polizeitaktische Änderungen herbeizuführen. Nach einer gründlichen Bewertung des Sachverhalts dürfe von den Politikern nicht mit flotten und schneidigen Sprüchen versucht werden, die hinter der Tat sichtbar werdende Einstellung zu erledigen. Vielmehr müsse man sich der Herausforderung stellen, daß der „freiheitlichste Staat, den wir je hatten" haßerfüllt abgelehnt werde. Ihn gelte es mit rechtsstaatlichen Mitteln auf Dauer wehrhaft zu machen, nur so lasse sich die „Zukunft gewinnen in einem friedlichen Land".

Wie zuvor Bundesminister Heinz Riesenhuber, den die etwa 120 Delegierten des Zusammenschlusses der CDU-Kreisverbände Frankfurt, Hochtaunus, Main-Taunus, Offenbach-Stadt und Offenbach-Land nahezu einstimmig wieder zum Vorsitzenden des Bezirks Untermain wählten, breitete Wallmann im Hauptteil seiner Rede eine Leistungsbilanz der CDU von Bund und Land vor seinen Zuhörern aus: In einem knappen halben Jahr habe die Landesregierung unter seiner Führung mehr Entscheidungen durchgesetzt als die Vorgängerregierung in einer ganzen Legislaturperiode.

Beispielhaft nannte Wallmann das Schulfreiheitsgesetz, die Teilerrichtungsgenehmigung für die Hanauer Nuklearbetriebe und Entscheidungen für Schnellbahntrassen. Mit Schärfe wandte sich der Ministerpräsident unter anderem auch gegen die Tötung ungeborenen Lebens. Nicht von Armut geprägt und gefährdet sei unsere Zeit, sondern von „Wohlleben". Es könne doch wohl nicht wahr sein, daß Abgeordnete wegen Tierquälereien mehr Briefe erhielten als wegen jährlich 300 000 abgetriebener Kinder.

Zimmermann dringt auf schärfere Gesetze
Die SPD schließt Entgegenkommen nicht aus

Vermummung und Landfriedensbruch / Konferenz der Innenminister / Nach den Frankfurter Morden

ban. BONN, 6. November. Nach der Ermordung zweier Polizeibeamter am Frankfurter Flughafen hat Innenminister Zimmermann am Freitag auf der Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes weitreichende gesetzliche Maßnahmen als „erforderlich" bezeichnet. Dazu gehörten eine Strafbewehrung des Vermummungsverbotes sowie die Erweiterung des Landfriedensbruch-Tatbestandes. „Beide gehören zusammen und ermöglichen der Polizei, nicht nur rechtzeitig einzugreifen, sondern auch zum Kern der Gewalttätigkeit vorzustoßen." Darüber hinaus plädierte Zimmermann dafür, die Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten öffentlichen Versammlung sowie die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung unter Strafe zu stellen. Dem Schutz der Demonstrationsfreiheit und „des Gemeinschaftsfriedens" dienten ferner die Ausdehnung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr auf Fälle des Landfriedensbruchs, die Strafbarkeit der Befürwortung von Straftaten und Gewaltakten sowie ein „erleichtertes Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel, wenn frühere vergleichbare Veranstaltungen zu gewaltsamen Ausschreitungen geführt hatten". Zimmermann sprach sich auch für eine „sanktionierte Verpflichtung" für die Veranstalter von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel aus, mit den Polizeibehörden den Ablauf zu besprechen.

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der niedersächsische Innenminister Hasselmann (CDU), sagte, die Minister seien sich darin einig gewesen, daß der Rechtsstaat durch die Mordanschläge herausgefordert sei und es nicht genüge, sich bloß von den Gewalttaten zu distanzieren. Die Konferenz habe auf den Beschluß vom Oktober verwiesen, daß der Schutz der Polizeibeamten zu verbessern sei. Ihnen seien erforderliche und geeignete Mittel zu geben, um die Auflösung einer gewalttätigen Demonstration aus der Distanz heraus zu ermöglichen. Die Mehrheit der Innenminister, sagte Hasselmann, halte es für nötig, der Polizei vorbeugende Mittel gegen solche Gewalttätigkeiten zur Verfügung zu stellen. Die der Union angehörenden Innenminister unterstützten die Bemühungen der Bundesregierung, strafrechtliche Änderungen zu erwägen. Vor der Kabinettssitzung am 2. Dezember, auf der darüber entschieden werden soll, wollen sich die Innenminister ein weiteres Mal treffen. Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) sagte, gemeinsam sei den Innenministern ihre Entschlossenheit, Gewalttaten zu bekämpfen. Meinungsverschiedenheiten gebe es über „bestimmte" Maßnahmen. Die der SPD angehörenden Innenminister seien bereit, ihre Position zu überprüfen. Auf der Grundlage der derzeitigen Berichte aus Hessen aber sähen die SPD-Innenminister keinen Anlaß, ihre Rechtsposition zu ändern. (Fortsetzung Seite 2.)

Morde an der Startbahn finden bei Linksextremen Zustimmung

Berlin / Hamburg (dpa/epd). – Die Morde an zwei Polizisten an der Frankfurter Startbahn haben mindestens bei Teilen der linksextremen Szene Befriedigung ausgelöst. Der Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Gauweiler, teilte am Freitag mit, „daß man in der Hamburger Hafenstraße die Ermordung der beiden Frankfurter bejubelt hat; auf einem Transparent hieß es: ‚Zwei Polizisten sind noch nicht genug'." Zwischen Gauweiler und dem Hamburger Innensenator war es zu einer Kontroverse gekommen, nachdem Gauweiler behauptet hatte, das Hauptgefährdungspotential der deutschen Gewalttäterszene befinde sich in der Hamburger Hafenstraße.

Als „wirr, gefährlich und unverantwortlich" hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kruse, einen Brief des Asta-Vorstandes und des Konventspräsidiums der Kirchlichen Hochschule Berlin an die EKD-Synode bezeichnet. Darin hieß es, neu an dem Frankfurter Geschehen sei „nicht die Auslöschung menschlichen Lebens", sondern „nur, daß die Toten plötzlich nicht mehr aus unseren eigenen Reihen stammen". Die „Wahllosigkeit und Willkür Kreuzberger Knüppelnächte und Wackersdorfer Hetzjagden" habe jetzt ihre Entsprechung in den „Ausdrucksformen eines Teiles des linken Spektrums gefunden."

Bischof Kruse forderte den Rektor der Hochschule zu einer Stellungnahme auf, nannte es aber unverantwortlich, diese [illegible]

Hessen verstärkt Sondereinheiten 100 neue Beamte

Von Maja Rost

Wiesbaden. – Die Sondereinheiten („Greiftruppe") der hessischen Polizei sollen um hundert Mann verstärkt und die Beamten mit allen Mitteln ausgerüstet werden, um gegen Gewalttätigkeiten wirkungsvoll und vorbeugend vorgehen zu können. Das ist die erste Reaktion des hessischen Innenministers Gottfried Milde (CDU) auf die Polizistenmorde an der Startbahn West. Milde nahm gestern bei einer Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag zu den Fragen aller Fraktionen Stellung. Vor der Presse wollte Milde jedoch keine Aussage darüber machen, ob die hessische Polizei in Zukunft mit Gummigeschossen als Distanzwaffe und CS-Gas ausgerüstet werden soll.

Auch hielt Milde sich auf die Frage bedeckt, ob er die Forderung seiner politischen Kollegen in Hessen und in Bonn nach einem Vermummungsverbot und nach der Wiedereinführung des Landfriedensbruchparagraphen unterstütze. Milde will die Prüfung abwarten, inwieweit das Versammlungsrecht geändert und das Demonstrationsrecht ergänzt oder verändert werden müssen. Er warnte jedoch gleichzeitig vor „vorschnellen Beschlüssen".

Nach Überzeugung von Ministerpräsident Wallmann darf die Polizei nicht länger „Situationen wie an der Startbahn ausgesetzt werden". Vor dem CDU-Bezirksverband Untermain forderte Wallmann gestern Abend dazu auf, „den Feinden der Demokratie mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu begegnen".

Packt verhafteter Startbahngegner aus?
Eichler macht Aussage zu Todesschüssen auf die beiden Polizisten

Von Günter Tilliger

Frankfurt. – Der des zweifachen Polizistenmordes verdächtige Andreas Eichler hat vor den Ermittlungsbehörden Aussagen zu den blutigen Krawallen am Montag an der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens gemacht. Das bestätigten sowohl der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, als auch Eichlers Verteidiger, der Frankfurter Rechtsanwalt Wolf Dieter Heschler am Freitag. Auf die Frage, ob er dabei die Vorwürfe bestätigt oder bestritten habe, hielt man sich in Karlsruhe und Frankfurt bedeckt.

Wolf Dieter Heschler (40), der am 3. November kurz nach der Festnahme Eichlers die Verteidigung übernommen hat, bestätigte lediglich, daß sich sein Mandant über längere Zeit angefangen vor dem Haftrichter im Polizeipräsidium bis hin zu weiteren Vernehmungen geäußert hat. Auch am Freitagnachmittag, so Wolf Dieter Heschler, habe er mit Andreas Eichler in der Untersuchungshaftanstalt Preungesheim gesprochen.

Eine Sprecherin der Bürgerinitiativen hat inzwischen bestätigt, daß sich der mutmaßliche Todesschütze seit Jahren kontinuierlich an den demonstrativen „Sonntagsspaziergängen" zum Startbahngelände beteiligt hat. Ein Mitglied der sogenannten Autonomen sei Eichler aber nicht. Ob sich der ursprüngliche Verdacht bestätigte, daß Eichler nicht allein, sondern aus einer Gruppe heraus auf die Polizeibeamten schoß, war am Freitag nicht klar. Auf den Hinweis, sein Mandant, bei dem die Pistole gefunden wurde, müsse ja nicht unbedingt auch der Schütze sei, reagierte Eichlers Anwalt zurückhaltend. „Das ist ein Gesichtspunkt".

In der Werbeabteilung der Oberurseler Dachziegelfabrik Braas & Co, wo Eichler seit drei Jahren arbeitete, ist man verblüfft über das Doppelleben des Kollegen. Am Arbeitsplatz war er still und zurückhaltend, von seiner Teilnahme an gewalttätigen Demonstrationen, wußte man nichts. Auch nichts über sein Privatleben. Inzwische hat sich herausgestellt, saß Eichler seit 1974 auch an Aktionen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) teilgenommen hat.

Die Startbahngegner im Raum Mörfelden-Walldorf haben für kommenden Sonntag noch keinen „Spaziergang" geplant. Über das künftige Vorgehen wollen die verschiedenen Bürgerinitiativen am 13. November bei einer „Vollversammlung" diskutieren.

Wie Doktor Kimble

[illegible] iele unserer Intellektuellen halten sich für besonders geeignet, [illegible]litikern gute Ratschläge zu erteilen. Vermutlich, weil sie sich einbilden, die Welt und die Menschen mit schärferen Augen zu sehen als jene, [illegible] ihnen an Sprachfertigkeit meist [illegible]erlegen sind. Bei dem einen oder [illegible]deren Intellektuellen mag das so [illegible] zutreffen, aber die Mehrheit der[illegible]igen, die so gern zur Politik das [illegible]rt ergreifen und als Nachhilfelehrer auftreten, leidet unter Sehstörungen. Deshalb nehmen sie oft nur Zerrbilder unserer Wirklichkeit wahr. [illegible]m entsprechen dann auch ihre fa[illegible]sen Empfehlungen und Urteile.

[illegible]n dieser Woche, in der die Men[illegible]en der Mord an zwei Polizeibeamten bewegt, hat der Generalbundes[illegible]walt dem Schriftsteller Martin [illegible]lser mitteilen müssen, daß er [illegible]hts davon halte, regelmäßige Gesprächsrunden der RAF-Häftlinge mit Vertretern von Politik, Kultur und Kirchen zu ermöglichen. Walser, als Autor erstklassig, hatte das dem Bundesjustizminister vorgeschlagen. Begabte Romanciers sind ja so einfallsreich. Er dachte sich, einmal im Vierteljahr, die auf mehrere Strafanstalten verteilten Ladies and Gentlemen zu versammeln, und ihnen dann von der intellektuellen und moralischen Creme unserer Republik subtil und einfühlsam ins Gewissen reden zu lassen. „Brückenbauen" heißt dergleichen im Jargon der unverbesserlichen Weltverbesserer. Sie sind, wie weiland Fernseh-Serien-Doktor Kimble, immer auf der Flucht. Vor der Wirklichkeit.

Viele unserer Intellektuellen und diejenigen, die sich dafür halten, werden einen Staatsdiener wie Rebmann womöglich als spießigen Handlanger des repressiven Systems abtun. Aber im Gegensatz zu den gestelzten Dampfplauderern, die sich als die geistigen Bewährungshelfer der Nation verstehen, weiß er, wovon er redet. Er begründet seine Absage an Walser plausibel: Fanatikern, die die Realität nicht mehr erkennen, ist mit rationalen Argumenten nicht beizukommen. Der Transport hochgefährlicher Häftlinge zu einer einzigen Anstalt und ihre Konzentration dort wäre zu riskant. Weil dies außerdem nur mit dem Flugzeug zu machen ist, ware es auch zu teuer und dem Steuerzahler nicht zuzumuten.

Sofern die Aussicht bestünde, RAF-Häftlinge von ihren politischen Wahnvorstellungen abzubringen, wäre das viele Millionen wert. Die sogenannte „Neue Linke", also die Gegner jeder halbwegs vernünftig organisierten parlamentarisch-demokratischen kapitalistischen Gesellschaft, hatte von Anfang an ein enormes Interesse an der Psychoanalyse. Viele hätten den Psychoanalytiker und den Psychotherapeuten nötig gehabt. Statt auf der Couch landeten sie im Knast. Walser oder der kesse Biermann, der sich bei uns immer wieder als Besserwisser in Szene setzt, oder publizitätssüchtige Grüne glauben doch nicht im Ernst, sie könnten mit ihrem wohlmeinenden Gelaber den Psychotherapeuten ersetzen.

Gescheite, lebenskluge kritische Minderheiten sind das Salz in der Suppe jeder Gesellschaft. Denn die Mehrheit neigt meist zur bequemen Anpassung und wundert sich dann, wenn die Anpassung, wie bei uns Deutschen, in der Konsequenz Terror, Krieg und Ausrottung bedeutet. Vor verrückt und blind gewordenen Minderheiten müssen wir unbedingt auf der Hut sein. Wir haben keinerlei Anlaß, ihnen mildernde Umstände zuzubilligen. Wo war denn die Volksfront der sogenannten Intellektuellen gegen Hitler und seinen randalierenden Abschaum? Dem Gesocks von heute, das sich seine akademische Drittel-Bildung zugute hält, fehlt sogar ein demagogisches Genie wie der gescheiterte „Kunstmaler" Hitler. Wir können es uns trotzdem nicht leisten.

Neulich bekam ein Hysteriker namens Erich Fried den Büchner-Preis. Er bedankte sich dafür mit der Erleuchtung, daß er nicht an den Selbstmord von Baader, Meinhof & Co. glaube. Leider verriet der Preisgekrönte uns nicht, wen er für den Killer hält.

Es gibt dumme Politiker, dumme Journalisten, dumme Intellektuelle. Das Wort Intelligenz kommt vom lateinischen „intellegere". Auf Deutsch: verstehen, begreifen. Herr Rebmann, zum Beispiel, ist demnach ein Intellektueller.

NP 7.11.

Auf der Wiese der Gewalt erinnern Kreuze an die „sinnlose Tat"

Ein Kreuz für den ermordeten Kollegen – Dort, wo Hauptkommissar Klaus Eichhöfer nach den tödlichen Schüssen an der Startbahn am Montagabend gelegen hatte, errichteten seine Kollegen von der 4. Abteilung der hessischen Bereitschaftspolizei aus Hanau gestern ein Holzkreuz. „Das Kreuz soll an ihn erinnern und gleichzeitig eine Mahnung an alle sein, daß es eine sinnlose Tat war", sagte Hauptkommissar Karl Kopf. Mit ihm waren auch Beamte des Technischen Zuges gekommen, den Eichhöfer jahrelang geführt hatte, bevor er Hundertschaftstruppführer wurde. „Er hat den Zug sozusagen aufgebaut", erläuterte Kopf. Zwei Birkenkreuze und ein kleines Lattenkreuz standen bereits auf der sumpfigen Wiese zwischen der Startbahn-Mauer und dem Flörsheimer Wald, als die Bereitschaftspolizisten gestern vorfuhren. Zwei davon hatte der Revierförster aufgestellt. Eines für Klaus Eichhöfer, das andere für den jungen Thorsten Schwalm. Von wem das kleine Lattenkreuz stammt, vor das ein Kiefernzweig gelegt ist, weiß niemand. Nur fünfzig Meter entfernt von Eichlers Gedenkstelle erinnert ein weiteres Kreuz an Thorsten Schwalm von der Bereitschaftspolizei in Mühlheim. Eingraviert ist der 2. November 1987, das Datum seiner Ermordung, der Tag, an dem die Gewalt eskalierte.

al/Foto: von Falkenburg

Zimmermann dringt bei SPD mit schärferen Gesetzen nicht durch

Von Karl Hugo Pruys

Bonn. – In der Konferenz der Innenminister, die gestern nach der Ermordung der zwei Frankfurter Polizisten über schärfere Gesetze beraten haben, ist es zum Eklat gekommen: Bei der Sondersitzung lehnten die SPD-regierten Länder Gesetzesänderungen zur Bekämpfung von Gewalttätern ab. Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor (SPD) sagte, der bisherige Bericht über die Morde gäbe Düsseldorf, Hamburg, Bremen und dem Saarland „keine Veranlassung" die ablehnende Haltung zu schärferen Gesetzen zu ändern. Dagegen unterstützten die unionsregierten Länder die Vorhaben Bundesinnenminister Zimmermanns, das Versammlungsrecht zu ändern, das Vermummungsverbot zum Straftatbestand zu verschärfen sowie den Tatbestand des Landfriedensbruchs, wie er bis 1970 galt, wieder einzuführen.

Zimmermann machte während der Pressekonferenz in Bonn den unüberbrückbaren Dissenz der Innenminister deutlich, indem er sagte: „An den Ausführungen des Vertreters des Saarlandes stimmt fast nichts". Friedel Läppie (SPD) hatte dort erklärt, auch viele Polizisten und Gewerkschafter seien gegen ein „strafbewehrtes Vermummungsverbot". Schnoor lehnte jeden Versuch ab, vor einem abschließenden Gesamtbericht der hessischen Landesregierung zu den Frankfurter Vorgängen auf den Kurs der Bundesregierung einzuschwenken, doch noch zu einem strafbewehrten Vermummungsverbot und einer Änderung des Versammlungsrechts zu kommen.

Zimmermann bot den Ländern an, in Bonn ein „Lagebild Demonstrationsgeschehen" zu führen sowie den „Meldedienst Landfriedensbruch" auszubauen.

Der Konferenzvorsitzende, Niedersachsens Innenminister Hasselmann (CDU), erklärte, die Innenminister seien nach den Morden immerhin einig, die Polizisten besser zu schützen sowie ohne Vorbehalte die Konsequenzen auch in der Gesetzgebung neu zu überdenken. Frühestens am 2. Dezember will die Koalition in Bonn darüber entscheiden. Im Gespräch sind der Einsatz distanz-schaffender Waffen und von Sicherungssystemen, um Polizeibeamten besser zu schützen.

Die hessische Regierung hat gestern beschlossen, mit 100 neuen Polizei-Stellen auch die Spezialeinheiten zur Beweissicherung und Festnahme zu verstärken. (Siehe SEITE 3).

Zeitungsschüsse, Fernsehleichen

I.

Die Verrohung der politischen Kultur droht. Wir müssen wieder miteinander reden. So wie früher, als Polizisten und Demonstranten noch gemeinsam in der Buddelkiste Sandkuchen backten. Die Grünen demonstrierten in den Reihen der Polizei ihr Mitgefühl. In den menschlichen Fragen sind wir uns alle einig, schließlich sind wir alle Menschen.

Der jüngste Polizistenmord war kein vermeidbarer Zwischenfall oder Unfall. Er war längst erwartet und beschworen, programmiert und notwendig. An die Wand gedruckt und auf die Bildschirme gestrahlt: Berliner Polizistenfrauen demonstrierten für (noch) bessere Schutzbekleidung für ihre Anti-Demonstranten-Krieger, für den alltäglichen Fall der Fälle. Anti-Vobo-Plakate ließen Django sagen: Wir warten auf den Vollstrecker. Dem Sarkasmus eines Lettau – „Was, nur einer" – (aber so gesehen, was wären ein paar mehr) als Zusatz nach jedem gefallenen Linientreuen bliebe angesichts dieser „neuen", „nie dagewesenen", „erschreckenden" Eskalation nur übrig, sich zu wiederholen. Endlos ließen sich noch mediale Beispiele des Wunsches nach der Faktizität der Gewalt anführen, „daß die Sache endlich klar zutage trete". Aber vielmehr: Wir sagten nicht nur erwartet, passend, sondern programmiert. Das Ausmaß der Bedrohung durch die Gewaltsamkeit muß unaufhörlich hochgespielt werden, um der Berichterstattung die Gier, das heißt den Marktwert zu sichern. Dem so produzierten Mangel an Tatsächlichkeit können die Medien aus eigener Kraft kaum nachkommen.

Es entsteht ein unendlicher Mangel an Sein. „Es passiert eigentlich nichts", wäre die berechtigte, inflationäre Reaktion des enttäuschten TV-Glotzers, aber diese Reaktion muß von den Medien Lügen gestraft werden.

II.

Die Kunst der politischen Provokation wird in ihrer Bedeutung völlig unterschätzt. Moralische Appelle an die Glaubwürdigkeit radikaler Politik gehen einer Sentimentalität auf den Leim, die sich an den Krokodilstränen öffentlicher Betroffenheit orientiert. Provokation sei ein schmutziges Geschäft, wir aber sind wahrhaftig. Spätestens seit „Winnetou III", mit Lex Barker vorm sterbenden Pierre Brice, weiß man, wie ein betroffenes Gesicht auszusehen hat. Und das nachzumachen, kostet ein bißchen Übung vorm Spiegel. Moralische Integrität in der Form von Wahrheitssuche, von Wahrhaftigkeit im Zeitalter der medialen Wahrnehmung gehört auf den Müllhaufen der Geschichtsschreibung. Stattdessen lesen wir lieber „LANDSER" und sind emotional berührt:

„Sie sind wieder da – die Magenschmerzen. Jetzt, am Morgen danach.

Startbahn West. Süd-Ost-Ecke. Das übliche. Wir stehen innerhalb des Bauzaunes. Warten. Dann kommen sie. Vielleicht 200. Die Lautsprecherdurchsage fordert zum Verlassen des Geländes auf. Einmal, zweimal. Als Antwort kommen Leuchtkugeln, Steine, Brandsätze. Die Kollegen laufen außerhalb des Zaunes hinter den Chaoten in südlicher Richtung her.

Fritz fragt an, ob wir die Kollegen draußen unterstützen sollen. Nein. Abwarten! Dann kommt der Auftrag. Die innere Stimme sagt: -Verdammt, Du gerätst wieder mitten in die Scheiße. Bleib hier!- Die anderen gehen los. Du weißt, du würdest Hoss und die Kollegen Zum Nachdenken keine Zeit mehr."

III.

Und dann wie „Joker" und seine Jungs in „Full Metal Jacket", als eine heimtückische vietnamesische Scharfschützin die halbe Kompanie aufrollt:

„Wir treffen auf verletzte Kollegen. Andere schleppen sie zurück. Einer liegt am Boden. Rettungslos. Wir laufen bis zur vordersten Linie, kurz vor dem Waldrand. Sie sind im Wald und beschießen uns mit Raketen. Wir feuern Tränengas zurück, können sie etwas auf Distanz halten. Langsamer Rückzug mit den Verletzten. Die Kollegen, die vorhin auf dem Boden lagen, sind nicht mehr da. Als wir in der Süd-Ost-Ecke ankommen, erhalten wir die Nachricht. Sie sind tot!"

SCHÖCK! Hué mitten im Hessischen. 'Bild' schrieb die Story. Polizeiobermeister Eckhard Niebergall (31) war für uns dabei. Zur Darstellung des Krieges gehört auch die Darstellung der ERSCHÜTTERUNG des Helden angesichts des schweren Verlustes seiner Kameraden: Die Besten sterben zuerst und es sterben immer die Falschen. Und dann fallen sie einem daheim fernab der Front auch noch in den Rücken. Noch einmal POM Niebergall in 'Bild': „Und nun sind sie wieder da – die Magenschmerzen. Du willst an was anderes denken, aber es geht nicht. Du schaltest das Radio ein. Sie bringen es in den Nachrichten. Frühere Scharfmacher rufen zur Besonnenheit auf. Politiker und Bürokraten, die die Ausschreitungen der letzten Jahre lieber heruntergespielt haben, als Dinge beim Namen zu nennen und danach zu handeln, sind „betroffen". Wer handelt, trägt die Verantwortung. Wer den Handlungsauftrag an andere weiterschiebt, ist raus aus dem Schneider. Am Montag abend haben zwei Polizisten gehandelt. Sie waren das letzte Glied in der Kette. Es gab niemanden, an den sie den Handlungsauftrag weiterschieben konnten..."

IV.

Da bleibt keine Auge trocken, und es klingen die Geigen zum happy end, wenn die Autonomen mit ihrem Politkitsch in den Chor der Betroffenen von CSU bis Grüne (endlich geläutert) einfallen:

„Zum Kotzen

Wir sind AnarchistInnen und Autonome aus Frankfurt, die für eine selbstbestimmte, herschaftsfreie Gesellschaft kämpfen. Uns kotzen diese Schüsse am 2.11.1987, dem 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung, an. Wir lehnen die Mitnahme von Schußwaffen auf Demos ab. Wir würden uns damit in die Isolation treiben, die unseren politischen Vorstellungen widerspricht. Deshalb ist eine solche militärische Eskalation nicht unsere Sache." *Erste Stellungnahme des Libertären Zentrums Frankfurt zu den Ereignissen des 2.11.'87 an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens.*

Noch wehren sich die Autonomen dagegen, auch die Zwille als potentiell tödliche Waffe zu ächten, doch der Geist der Gorbatschowisierung unlösbarer Konflikte wird auch sie vollends ergreifen, denn wer es mit dem 5. Gebot „du sollst nicht töten" ernst meint, muß abrüsten.

V.

Der moderate Tonfall von Lochte, GdP, Grünen und Autonomen ist Ausdruck des Bemühens, die kriegerische Potenz der Bundesrepublik nach außen gerichtet zu halten, ihr nicht unmittelbar – in einem Bürgerkrieg – ausgeliefert zu sein. Die Ähnlichkeit mit dem „Schulterschluß der Demokraten" 1977 ist so augenscheinlich, daß die Linke verschämt die taktische Komponente ihrer „Betroffenheit" unerwähnt läßt. Ganz heimtückisch ist in diesem Zusammenhang dieser Gedanke: Wir sollen uns alle erstmal distanzieren, bis das Größte vorüber ist. Schießen kann man ja immer noch, das läuft schließlich nicht weg.

VI.

Die Medien beherrschen die Politik. Das herrschende Medium ist das Fernseh-Kino. Über die Qualität eines Politikers entscheidet sein Wert als Schauspieler. Selbst da noch, wo die harten Entscheidungen getroffen werden, (z.b. im sog. großen Krisenstab), produzieren Politiker nichts als Kino-Fiktion, die keine bleiben soll. Die „exotische Lösung" (vergl. 'Spiegel'-Veröffentlichung der Krisenstabsprotokolle) als einzige Alternative zur Verwaltungstechnik Rasterfahndung, aus der sich kein Kino machen läßt: Mogadischu in der Wüste als Kulissenfiktion nachgebaut, damit die verträumten Terroristen für einen Moment wirklich glauben, sie seien am Ziel. — Und derselbe Trichter für die Subjekt-Untertanen auf der anderen Seite des Schirms: „Plötzlich machte es plopp, dann ist er umgefallen". Ton/Bild-Unschärfe, Irrealis einer Fernseheinstellung als letzte Wahrheit des Polizistenmordes in dem von 'Bild' am 4.11. auf S. 6 erstatteten Bericht.

VII.

Die etlichen „Naiven" eigene Vorstellung, das Abbilden eines Menschen bedeute dessen Entseelung, ist so naiv nicht. Wer sich heute interviewen, fotografieren oder filmen läßt, verliert nicht nur seine Aura, sondern wird im Moment seines Abbildwerdens der Verwertung durch die Medienindustrie unterworfen. Alles, was über diese Verwertbarkeit hinausgeht, entzieht sich der medialen Wahrnehmung, die sich der Abgebildete selbst zueigen macht.

Die mediale Erfassung eines Ereignisses ist gleichbedeutend mit dem Tod des Ereignisses. Es wird auf eine neue Ebene gehoben: die der Legende, der Fantasiegebilde, an denen sich unser Lebenswille dann entladen darf.

Der Fernseher tritt an die Stelle der direkten Wahrnehmung (die ein direktes Verhältnis des Wahrnehmers zum Wahrgenommenen voraussetzt), und der Tod der Polizisten aktiviert die gespeicherten Filme. Den Speicher durchzuschütteln oder abzufackeln, ist die vornehmste Aufgabe der Provokation.

Michael Stein/Ralph Fiedler

Eichler wurde monatelang observiert

Der wegen mutmaßlichen Polizistenmordes in U-Haft sitzende Eichler stand seit Monaten unter Beobachtung des Verfassungsschutzes / Wurde die Polizei noch am Tattag vor einem Anschlag gewarnt?

Von K.-P. Klingelschmitt

Frankfurt (taz) — Im Fall der Ermordung der beiden Polizisten Eichhöfer und Schwalm an der Frankfurter Startbahn West geraten Polizeiführung, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz immer mehr unter Druck.

Seit bekannt wurde, daß der Verfassungsschutz den inzwischen in U-Haft genommenen Tatverdächtigen Andreas Eichler über Monate hinweg observiert hat, und die Frankfurter Polizei noch eine Stunde vor den Schüssen von einem „Anschlag" Eichlers informiert worden sein soll, macht sich selbst innerhalb der Polizei Unmut über die in der Tatnacht erteilten Einsatzbefehle breit. Wie 'Bild am Sonntag' berichtet, habe ein Verfassungsschutzbeamter gegenüber der Redaktion erklärt, daß auch Eichler's Telefon überwacht worden sei. Aufgrund eines abgehörten Telefongesprächs habe man genau „gewußt, daß da etwas in Planung ist". Und nach Informationen der 'Frankfurter Rundschau' (FR) soll die Polizei am vergangenen Montag – dem Tattag – einen Hinweis darüber erhalten haben, daß Eichler „einen Anschlag" plane. Auch der Ort des Anschlags, eine Brücke über den Gundbach in den Mönchbruchwiesen soll bereits genannt worden sein.

Die Polizei habe den Namen des Ortes allerdings für ein Codewort gehalten. Dennoch seien Beamte aus dem Polizeipräsidium sofort zu Eichlers Wohnung gefahren; Eichler war jedoch schon unterwegs zur Startbahn. Auf Nachfrage der 'FR', die sich auf Informationen direkt aus dem Polizeipräsidium stützt, erklärte der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, daß ihm von diesen Vorgängen „im Vorfeld der Tat „nichts bekannt" geworden sei. Gegenüber der taz wollte ein Sprecher des hessischen Landeskriminalamtes am Sonntag die Meldungen weder dementieren noch bestätigen.

Wie Bundesanwaltschafts-Sprecher Prechtel am Wochenende mitteilte, habe der Tatverdächtige Eichler – entgegen anderslautender Meldungen – noch kein Geständnis abgelegt. Die Bundesanwaltschaft geht weiter davon aus, daß Eichler „fest in eine Gruppe eingebunden" und „kein Einzeltäter" gewesen sein soll. Die Behörde hält weiter an der von ihr verbreiteten Presseerklärung fest, wonach es zur Tatzeit aus den Reihen der Demonstranten zu dem Kommando: „Scharfschützen Feuer" gekommen sei. Entgegen den Erklärungen der Bundesanwaltschaft, daß sowohl die getöteten als auch die beiden verletzten Polizisten von vorne getroffen worden seien, hat ein Kollege des toten Polizeimeisters Schwalm, „der neben ihm gestanden hat", gegenüber 'Bild am Sonntag' erneut den „Schuß in den Rücken" in's Gespräch gebracht. Schwalm sei von einem 9-mm-Geschoß an der Wirbelsäule verletzt worden. Am Mittwoch hatte bereits Hessens Ministerpräsident Wallmann von den „feigen Schüssen in den Rücken" gesprochen.

TAZ, 9.11.87

Hochverrat?

F.W. Man muß die Bezeichnung „autonome" Gruppe schon sprachlich auf der Zunge zergehen lassen. Die Übersetzung heißt: „Selbstgesetzlich". Es handelt sich mithin um Leute, die nur ihre eigenen Regeln gelten lassen wollen – also nicht diejenigen, die, demokratisch beschlossen, für alle Bewohner der Bundesrepublik Geltung beanspruchen. Die Geltung ihrer eigenen Regeln wollen die „Autonomen" eingestandenermaßen mit Gewalt durchsetzen. Ist das nur Aufruhr oder Krawall, oder ist das mehr, etwa Hochverrat? Das Wort wirkt „zu groß" für den Sachverhalt, es scheint allenfalls auf Attentate gegen Präsidenten gemünzt. Indessen, „wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern", muß nach Paragraph 81 des Strafgesetzbuchs mit lebenslanger Freiheitsstrafe rechnen. Der Paragraph paßt merkwürdig genau auf den autonomen Sachverhalt: Die verfassungsmäßige Ordnung wollen sie ändern, und zwar mit Gewalt oder mit Gewaltdrohungen. Ob die behelmten Rabauken in Schwarz sich dieses Tatbestandes bewußt sind? Wie wäre es mit einem Staatsanwalt, der das Gesetz beim Worte nimmt und Taten folgen läßt?

Der Gewalt von Anfang an wehren

Die Ereignisse in Frankfurt zeigen deutlich, wohin die Eskalation von Gewalt führen kann, wehrt man ihrer nicht in den Anfängen. Es ist richtig, wenn sich der Staat nicht als Allmacht versteht, sondern als verständnisvolles, kompromißbereites und tolerantes Gremium, vom Bürger gewählt, auch extrem vorgebrachte Meinungsäußerung als solche respektiert. Nur darf dies nicht dazu führen, daß in zu weiter Auslegung des Demonstrationsrechtes Straftaten von Minderheiten hingenommen werden, die Einzeltätern zu hohen Strafen gereichen würden; verwiesen sei damit sowohl auf die schon zu „normal" anzusehenden Sachbeschädigungen als auch auf die zahlreichen Körperverletzungen, die mit fast jeder Demonstration einhergehen. Dies hat mit den einschlägigen Grundrechten nichts zu tun. Eine Demokratie erweist sich als Farce, wenn Mehrheitsentscheidungen, Recht und Gesetz auf illegale Weise von wenigen untergraben werden können und der Staat dies lediglich klagend hinnimmt.

Die Folgen solchen Erduldens über lange Zeiträume zeigen sich dann nicht nur wie in Frankfurt: in Hamburg konnten die Hafenstraßenbesetzer durch Gewalt und Verweigerung ihrer Zahlungsverpflichtungen sich sogar in eine Position bringen, der händeringend Angebote vom Senat unterbreitet werden. Welcher Bürger und Steuerzahler kann das von sich sagen?!

Es ist nur im Interesse aller, wenn Gewalttätigkeiten von Anfang an verhindert werden, sowohl von der Polizei als auch von den Demonstranten selbst, wenn notwendig, mit Gegengewalt. Nicht nur die Eskalation zu noch Schlimmerem wird dadurch verhindert. Es ist auch eine De-facto-Einschränkung des Demonstrationszwecks und damit im weiteren Sinne auch des entsprechenden Rechts, wenn eine Mehrheit der Bürger nicht einmal mehr hingehen und zuschauen mag, aus Angst, eine verirrte Kugel abzubekommen. Eine Demo soll doch nicht nur die einsatzbereite Polizei, sondern vor allem die Öffentlichkeit ansprechen. Schon aus diesem Blickwinkel kann eine gewaltsame Demo nicht überzeugend sein. Die Polizei muß also nicht nur einschreiten, um vor Demonstranten zu schützen, sondern diese selbst und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung auch.

Per Olaf Krahnstöver, stud. jur., Hamburg

Eier keine Gewalt-Einstiegsdroge!

Denkwürdige Diskussionsveranstaltung im Rathaus zu Münster / Cohn-Bendit und Fischer debattieren mit CDU-Spitzenleuten / CDU-Oberbürgermeister plädiert für „konsequente Dezentralisierung"

TAZ, 9.11.87

Aus Münster Walter Jakobs



Foto: Dietmar Gust

Jörg Twenhöfen mußte sich zwar nicht ausgerechnet mit diesen Leuten an einen Tisch setzen, aber er wollte. Und das nahmen dem münsteranischen CDU-Oberbürgermeister einige in seiner Partei übel. Kaum war die Idee geboren, erreichten schon die ersten bösen Telefonanrufe sein Rathaus. Ausgerechnet mit den drei Hessen Joschka Fischer, dem „roten" Daniel Cohn-Bendit und dem Chef der hessischen Staatskanzlei, Alexander Gauland, in der schwarzen westfälischen Metropole über „Wiedertäufer und Wohlstandsgesellschaft" zu streiten, schien einem Teil der CDU-Klientel dann doch etwas verwegen – und das, obwohl Athenäum-Verlag und Rathaus ihre Idee schon vor den Schüssen an der Startbahn West planten.

Randvoll war der Rathausfestsaal am Freitag abend gleichwohl. Daß angesichts der Frankfurter Polizistenmorde sich statt dessen vornehmlich eine politische Rückschau entwickelte, eine Diskussion über deutsche Geschichte, über deutsche Selbstgerechtigkeit, war nicht nur unvermeidlich, sondern geradezu zwingend. Eine erregende Debatte, wobei die beiden Frankfurter Ex-Spontis, scharfzüngig, eloquent und witzig, so manchen Konservativen im Saal zu spontanem Beifall verführten.

„Diejenigen, die das Klima geschaffen haben", so eröffnete Cohn-Bendit, „sind politisch für die Schüsse verantwortlich". So wie die Linke angesichts der Schüsse auf Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke zu Recht auf die Verantwortung des Springer-Konzerns hingewiesen habe, so müsse sie jetzt bereit sein, politische Verantwortung zu übernehmen. Leidenschaftlich wandte sich Cohn-Bendit gegen „typisch deutsche Selbstgerechtigkeit", die schon am Tag nach den Schüssen mit allen möglichen Forderungen komme, „obwohl niemand eine Lösung hat". Jetzt sei es an der Zeit, daß die Macht zeige, „daß sie Zweifel hat". Es sei „Unsinn, die Schüsse als Beleg für den Zustand der Ökologiebewegung zu werten", genau wie „es Unsinn ist, Schleswig-Holstein als Beleg für den Zustand der gesamten CDU zu nehmen". Dialog sei das Gebot der Stunde.

Die Entwicklung einer „Streitkultur" erhob auch Alexander Gauland zum Programm. Allerdings, so Wallmanns wichtigster Mann, „zustandegekommene Beschlüsse erfordern Gehorsam". Das Problem der Industriegesellschaft sei der „Utopieverlust". Da, wo die Linke einen großen Gegenentwurf versucht habe, sei oftmals statt dem „Paradies auf Erden, die Hölle auf Erden geschaffen worden". Der Utopieverlust führe zu „psychischen Reaktionen", die die „Stabilität unserer Gesellschaft gefährden". „Die Legitimität des Staates", so hielt Cohn-Bendit dem Konservativen vor, „kann man nur dann anerkennen, wenn man auch die Legitimität des zivilen Ungehorsams anerkennt".

Eine scharfe Kontroverse entwickelte sich, als Joschka Fischer die von Gauland geforderte Gesetzestreue als jene Haltung brandmarkte, die den Faschisten jahrelang die Massenvernichtung erlaubt habe. Alfred Dregger habe eben nicht als Wehrmachtsoffizier „seine Pflicht erfüllt", sondern seine „Pflicht" wäre es gewesen, die Waffe auf „Hitlers Mordbuben" zu richten. Fischer – „ich kann heute nicht sagen, ob mein Mut dazu gereicht hätte" –, aber von den Wehrmachtssoldaten müsse man heute erwarten, daß sie zumindestens anerkennen, „sich in der Pflichterfüllung geirrt zu haben". Dies, so ergänzte Cohn-Bendit, gelte natürlich ebenso für Helmut Schmidt, der sich in seinen jüngsten „Erinnerungen" „noch nicht einmal die Frage gestellt hat, warum war Willy Brandt ein Widerstandskämpfer, ich aber ein Offizier". So mancher junge Konservative im Saal applaudierte den beiden Ex-Spontis nach dieser Passage, während sich die Gesichter vieler älterer Männer im Saal versteinerten. Diese Geschichtsverdrängung der mangelnden – etwa im Vergleich zu Italien – nationale Widerstand gegen den Faschismus ist für Fischer „ganz entscheidene" Gewaltursache der jungen deutschen Linken.

Während die Bonner CDU-Zentrale „Weiter so Deutschland" plakatiert, steht für Twenhöfen fest, „so geht es nicht weiter". Die jetzige Form der Exekutierung von Macht führe zur „Identitätskrise", die ebenfalls in Gewalt münden könne. Eine Politik der Förderung von „kleineren Lebenskreisen" sei das Gebot der Stunde. Damit waren auch die beiden Grünen weitgehend einverstanden, allerdings, so Fischer, diese Politik sei nur dann glaubhaft, „wenn die CDU die Rekomunalisierung auch dort betreibt, wo sie ihr, wie etwa bei der Energiepolitik, weh tut".

Ein CDU-Ratsherr hielt den Grünen auf dem Podium einen Satz von Robert Leicht aus der jüngsten Ausgabe der 'Zeit' vor – „es fängt mit Eiern an und endet bei Pistolen" – und warf ihnen vor, nicht frühzeitig gegen „Zwillen und Steine" protestiert zu haben. Dieser „entsetzliche Satz" (Cohn-Bendit), so auch Fischer, sei „grundfalsch". „Wenn alle, die Eier und Pudding geworfen haben", so Cohn-Bendit, „auch Steine geworfen hätten, dann armes Deutschland".

FAZ, 9.11.87

An der Startbahn wird nicht nur getrauert

Böse Worte nach den Todesschüssen

beim 301. „Sonntagsspaziergang"

fh. Von Trauer, Entsetzen und Betroffenheit war in der letzten Woche häufig die Rede, wenn sich Politiker, Polizisten oder Startbahngegner zu den Todesschüssen am Flughafen äußerten. In großformatigen Todesanzeigen, in denen die hessische Landesregierung der beiden ermordeten Beamten gedachte, stand: „Sie haben [illegible] Gemeinschaft [illegible] haben ihr Leben für die Allgemeinheit geopfert." Von der Hoffnung [illegible] das Geschehen [illegible] Signal gesetzt [illegible] überwunden und Haß [illegible], wurde gesprochen. Doch wer gestern nachmittag an der Startbahn war, ging mit der bedrückenden Erkenntnis nach Hause, daß der Tod der Polizisten offenbar sinnlos war. Der 301. „Sonntagsspaziergang" verlief etwas anders als all die anderen zuvor.

Da nützte auch nicht, daß der hessische Innenminister Gottfried Milde gestern an der Mauer mit Startbahngegnern diskutierte, daß die Polizei auf das schreckliche Geschehen vom vergangenen Montag mit „Normalität" reagierte und nur eine Hundertschaft im Einsatz war. Woher der Wind auch weiterhin weht, erfuhren Beamte am üblichen Treffpunkt der „autonomen" und bürgerlichen Flughafengegner, am SKG-Heim in Mörfelden-Walldorf. „Wir sind auf eine völlige Antihaltung gestoßen", berichtete Schupo-Vizechef Heinrich Bernhardt. „Mit euch reden wir nicht. Ihr seid doch nur Handlanger", habe es aus einer Gruppe von etwa siebzig Leuten geklungen.

Gewiß, es waren gestern an der Startbahn [illegible] Polizisten [illegible] waren in der Minderzahl [illegible] Spaziergänger, die man gewöhnlich unter die Rubrik ordentliche Leute einreihen würde, äußerten sich über die Morde so, daß mancher es nicht fassen konnte. „Hätte die Polizei keine Waffen, könnten den Beamten auch keine abgenommen werden, mit der sie dann erschossen werden", sagte einer mit Fellmütze. Und einer mit Zopf und Bart meinte in leichtem Schwäbisch, es bestehe ja auch die Möglichkeit, daß einem Verdächtigen eine Tatwaffe zugesteckt werde. Nach Schleswig-Holstein und Stammheim sei schließlich alles möglich.

Wie unerbittlich der Kampf an der Startbahn weitergehen soll, machte der Sprecher einer Bürgerinitiative deutlich, der schon letzte Woche geäußert hatte, die Schüsse seien „Produkt und Ausdruck unseres Kampfes". Als seine Gesinnungsgenossen mit Bernhardt an der berüchtigten Südostecke der Startbahn diskutierten und ein paar hundert Meter weiter ein Erddepot mit Funkgeräten, einer Gaspistole und Stahlkugeln gefunden wurde, unterbrach Sprecher Achim Bender die Diskussion mit den Worten: „Wir reden nicht mit der Polizei. Sie spielen hier den dicken Max. Sie sind nur gekommen, um alles unter Kontrolle zu halten."

Startbahn: Waffendepot entdeck[t]

Von CHRISTOPH KOENIGS

[...]elder zogen gestern rund 80 Chaoten von Mörfelden zur Startbahn. Ausgerechnet an der Stelle, an der vor einer Woche zwei Polizisten erschossen wurden, verhöhnten sie Polizeibeamte: „Besser zwei von Euch als jemand von uns. Wir machen weiter." Am Waldrand entdeckte die Kripo ein Waffend[epot]. Einzelheiten, Seite 3.

AN 9.11.

[...] Frankfurt. – Die Polizei hat am Sonntag in einem Wald bei der Startbahn West ein Erddepot gefunden. Darin lagen eine Gaspistole vom Kaliber acht Millimeter, drei Funkgeräte, Stahlkugeln und Schleudern. Am Sonntagnachmittag zogen rund 120 Bürger von Mörfelden aus durch den Mönchwald an die Startbahn. Der allwöchentliche „Sonntagsspaziergang verlief friedlich. Unter den 120 Demonstranten waren auch 75 „Autonome".

Kurz nach 14 Uhr waren Hessens Innenminister Gottfried Milde, Vertreter des Personalrats und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hansgeorg Koppmann, in den Mönchwald gekommen. An der Brücke über den Gundbach, wo am Montagabend die Polizisten Thorsten Schwalm (23) und Klaus Eichhöfer (43) erschossen worden sind, wurden Kränze niedergelegt. Immer wieder blieben hier Sonntagsspaziergänger stehen, blickten stumm auf die Holzkreuze.

Danach stellte sich Gottfried Milde zusammen mit Frankfurts Polizeipräsident Karlheinz Gemmer den zum Teil heftigen Diskussionen mit Bürgern, die vom Lärm der Startbahn betroffen sind.

Entschieden dementierte Polizeisprecher Hans Neitzel Berichte, die Polizei sei eine Stunde vor den tödlichen Schüssen am Montag vor einer Woche informiert worden. „Wir haben keinen Anruf erhalten, daß Eichler mit einer Schußwaffe bei der Startbahn-Demo einen Anschlag plant."

Informationen der AN, daß der unter Mordverdacht verhaftete Andreas Eichler (33) seit mehreren Monaten observiert wurde, bestätigte die Bundesanwaltschaft am Sonntag. Die Kripo brachte ihn mit Anschlägen auf Strommasten bei Dreieich in Verbindung. Eichler sagte inzwischen, die bei ihm gefundene Tatpistole Sig-Saur habe er für einen Freund verwahrt. Die Untersuchungen der Kleidung von Eichler und der Waffe sind noch nicht abgeschlossen. Von ihnen erhofft sich die Polizei Beweise, ob Eichler der Todesschütze ist oder nicht.

Die Sonderkommission des Bundeskriminalamtes hat bisher 255 Spuren verfolgt. Am Sonntag wurden an der Startbahn West Flugblätter der Polizei verteilt, in denen Zeugen der tödlichen Schüsse gesucht werden.

15000 Mark Spenden beim AN-Benefiz-Spiel

...und 4000 gedachten im Stadion der toten Polizisten

AN Frankfurt. – Weltmeister **Bernd Hölzenbein** unterbrach als Schiedsrichter für eine Minute das Spiel – und 4000 Zuschauer gedachten der Polizisten, die vergangene Woche an der Startbahn West durch mörderische Chaoten ihr Leben lassen mußten oder schwer verletzt worden waren. Das gestrige Benefiz-Fußballspiel der **Abendpost/Nachtausgabe** gegen die **Personenschutztruppe** der **Frankfurter Polizei** bei **Rot-Weiss Frankfurt** als Auftakt zum Hessen-Oberliga-Hit gegen Viktoria Aschaffenburg wurde in Anwesenheit von Oberbürgermeister **Wolfram Brück**, seiner Frau **Marianne**, Polizeipräsident **Dr. Karl-Heinz Gemmer** und Sportdezernent **Prof. Peter Rhein** und Mäzen **Alois Ammerschläger** und Frau **Ira** zu einer Demonstration **für** die Polizei.



Tolles Ergebnis der Sammelaktion: Schirmherrin Marianne Brück bekam einen Scheck über 15 000 Mark. Rechts von ihr: Rot-Weiss-Präsident Wolfgang Steubing und AN-Redakteur Horst Reber.

Das Mitgefühl der Besucher für die Opfer von der Startbahn und die Bereitschaft, die gemeinsame Wohltätigkeits-Initiative der AN und der Polizei zu unterstützen war überwältigend: **15 000 Mark** konnte Schirmherrin **Marianne Brück** als Erlös der Aktion – je die Hälfte des Betrages ist für die Hinterbliebenen der Polizeiopfer sowie für sozial bedürftige Familien mit krebskranken Kindern bestimmt – mit einem glücklichem Lächeln entgegennehmen.

5000 Mark hatte Modehauschef **Alois Ammerschläger** noch dazugegeben. Rot-Weiss-Präsident **Wolfgang Steubing** und sein Börsenkollege **Bernd Wulff** rundeten die Endsumme von ursprünglich 12 500 Mark großzügig auf den Endbetrag auf.

Was bei dem Freundschaftsspiel (Endergebnis 2:2), das AN-Mannschaftskapitän **Horst Reber** in seiner Begrüßung auch als „eine dringend notwendige Verbundenheit der Bürgerschaft mit der so oft ungerechtfertigt per verzerrtem Meinungsbild geprügelten Polizei" bezeichnete, neben der Spendenfreudigkeit der Besucher besonders auffiel: Bei der Gedenkminute herrschte ungestört Stille im Stadion.

Polizeipräsident Dr. Gemmer, der kurz vor Spielende wieder zu einem Alarm an die Startbahn West gerufen wurde, und OB Brück: „Wir sind allen, die mitgeholfen haben, von Herzen dankbar. Wir sind überglücklich über diese großartige Publikumsreaktion."

Danke!

4000 Zuschauer waren bei Rot-Weiss, die meisten sahen auch das Vorspiel und spendeten für die Hinterbliebenen der Polizisten, die an der Startbahn West ihr Leben ließen, und für die Beamten, die schwer verletzt wurden. Was stolz macht, ist die Sympathie, die sie für unsere Polizei zum Ausdruck brachten. Ein Beamter: „Jetzt fühlen wir uns nicht mehr so allein." Danke!



Mannschaftsvorstellung mit Schirmherrin Marianne Brück und Schirmherr Dr. Gemmer (Mitte). Links die AN-Mannschaft, die durch Erwin Stein, Jürgen Faßbender, Richard Wild und Michael Brück (er schoß beide AN-Tore) prominent verstärkt war; rechts Torhüter und Kapitän Joachim Wohlrab mit seinem Team, das von der AN den Fairneßpreis 87 erhielt.

Fotos: Czech

BLÖD 9.11

Start-Bahn Chaoten verhöhnten Polizisten

Gestern mittag am Gundbach in den Mönchbruchwiesen, 500 Meter südlich der Startbahn. Innenminister Milde, Polizeipräsident Gemmer und Polizeigewerkschaftsführer Koppmann waren an die Stelle gekommen, an der vor einer Woche Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer (43) und Thorsten Schwalm (23) ermordet worden sind. 13.30 Uhr legten sie Kränze nieder. 150 friedliche Demonstranten waren schon da.

Zur gleichen Zeit, zwei Kilometer weiter in Mörfelden am alten Treffpunkt der Startbahngegner: Junge Männer in schwarzen Lederjacken rotten sich zusammen. Auch die zwei Frankfurter, die nach den Polizistenmorden festgenommen worden waren, sind dabei. Ihre Gesichter haben sie diesmal nicht vermummt. Polizisten wollen zunächst mit ihnen diskutieren. Aber kalte Verachtung ist die Antwort: „Ihr stinkt uns. Auch der Tod von zwei Bullen beeindruckt uns nicht." Hochspannung auf beiden Seiten. Polizeisprecher Neitzel: „Aber unsere Leute ließen sich nicht provozieren." Es gab keine Zusammenstöße. Zur gleichen Zeit, nur wenige Meter entfernt, fanden Beamte ein Waffendepot der Startbahnchaoten: Funkgeräte, eine Gaspistole, Masken, Leuchtraketen und Zwillen waren unter Zweigen versteckt – möglicherweise eine weitere Spur zum Mordverdächtigen Andreas Eichler (33).



Gespräche statt Terror: Polizeipräsident Gemmer (r.) und Innenminister Milde diskutieren mit Startbahngegnern

DP. 9.11.

Frankfurt. – „Die tödlichen Schüsse waren die Tat eines Einzelgängers") analysierte Joscha Schmierer, der einstige Kader-Chef des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland". Gut 500 Grüne diskutierten im Frankfurter Volksbildungsheim nach den Polizisten-Morden an der Startbahn West ihr Verhältnis zur Gewalt. Die Grüne Bundestagsabgeordnete Antje Vollmer beklagte die Debatte als „Begegnung der dritten Art", denn auf dem Podium saß kein „Autonomer", also ein Mitglied der Szene, der die Gewalt bei Demonstrationen zugerechnet wird.

Daniel Cohn-Bendit, Studentenführer der Apo-Generation, erinnerte sich: „Der Polizist Weber wurde von Molotow-Cocktails verbrannt, „die wir geworfen hatten". „Nach dem Tod von Ulrike (Meinhof). Hast Du das vergessen?", schrie aus dem Saal eine junge Frau erregt dazwischen. Der „Rote Dany": „Damals haben wir geglaubt, wir hätten das ersehnte Rückspiel gegen die Polizei. Die Demo war sehr gewalttätig und von uns auch so gedacht. Viele wurden verhaftet. Inzwischen haben wir nachgedacht. Was wir als Widerstand verstanden haben – lohnt sich das? Jetzt sind Menschen umgekommen. Das ist das Schlimme."

Der Mörfelder Pfarrer Boris fand es „schlimm, daß es Tote brauchte, damit wieder über die Startbahn geredet wird. Wir spüren jeden Tag die Flugzeuge. Um uns herum gibt es nichts mehr außer Munitionslagern, Autos, Fabriken und der Startbahn West. Jetzt wird nur noch diskutiert, warum Gewalt auf dem Programm war. Es gab Leute, für die es ein ungeheurer Betrug gewesen ist, daß ihnen eine Startbahn vor die Tür gebaut wurde, deren Folgen sie sich nicht ausmalen konnten."

Pfarrer Boris fragte: „Wer hat in den sechs Jahren davon Kenntnis genommen? Wer hat bemerkt, daß wir vor einem Jahr die Hüttenkirche wieder eingeweiht haben?" Der evangelische Pfarrer, der sich vor der alternativen Versammlung eher als Vertreter der Anti-Startbahn-Bewegung, denn als Geistlicher empfand, nannte die allwöchentliche Gewalt an der Startbahn „unerträglich". Es gebe Spiele: Wie scheuchen wir die Polizei, und umgekehrt: Wie scheuchen wir die Demonstranten.

Der Pastor beklagte: „Heute wird verlangt, daß wir erklären müssen, was da eigentlich passiert ist. Wir haben sehr früh mit Ministern oder der Polizeiführung geredet. Auch wurde uns damals schon von unseren Kirchenführern eingeredet, das einzige Thema sei die Gewalt. Wir haben uns dieses Thema aufzwingen lassen." Pfarrer Boris' Fazit: „Wir haben Leben bewahren wollen. Jeder Verletzte – ob Demonstrant oder Polizist – ist schlimm. Jeder Tote ist schlimm."

Der Konflikt-Forscher und Uni-Professor Egbert Jahn mahnte: „Falls es eine Gewaltfreiheits-Bewegung gibt, wird es bei der Beerdigung der beiden Polizisten tausende von Friedensbewegten und Grünen geben." Aus dem Saal kamen Zweifel: „Bei der Beerdigung von Günther Sare war auch kein Polizist." Egbert Jahn: „Gehen wir nur auf die Straße, wenn Günter Sare zu Tode kommt, nicht aber, wenn zwei Polizisten erschossen werden? Gewaltfreiheit heißt nicht, daß nur die andere Seite keine Gewalt ausübt."

Ein Redner aus dem Saal gab zu bedenken: „Wer sich distanzieren will, muß Mitgefühl empfinden. Der Gang zur Beerdigung dürfe nicht zur „Strategie der Gewalt-Freiheit" degenerieren: „Sonst geht die Ehrlichkeit völlig flöten."

„Wir kommen, auch wenn die Waffen lockerer sitzen“

Von Herbert Reinke-Nobbe

Auf den ersten Blick ist es ein Sonntag wie jeder andere an der Startbahn West. Wie üblich hat die Polizei etwa 100 Beamte eingesetzt. Hunde bellen, Polizisten und Demonstranten unterhalten sich, diskutieren. Doch beim näheren Hinsehen und -hören merkt man, daß der erste „Sonntagsspaziergang" sechs Tage nach dem Mord an den beiden Polizisten anders ist: Journalisten befragen Startbahngegner, Kameras surren, Fotografen schießen Bilder. Thema Nummer eins: Wie geht es an der Startbahn weiter?

Die ersten Demonstranten kommen um 14.15 Uhr. Gerade rechtzeitig zur Kranzniederlegung des hessischen Innenministers Milde und Frankfurts Polizeipräsidenten Gemmer. Anschließend diskutiert Milde mit Vertretern der Bürgerinitiative. Eine junge Zahnarzthelferin (21), die seit einem Monat in Walldorf wohnt, ist zum ersten Mal an der Startbahn: „Aus reiner Neugierde. Demonstrieren kann man jetzt gar nicht mehr, man muß ja Angst haben." Eine 47jährige Büroangestellte, die auch in der Mordnacht demonstriert hat: „Wir werden weiter kommen. Auch wenn jetzt bei der Polizei die Waffen lockerer sitzen." Die Meinungen sind unterschiedlich, aber „die Betroffenheit über den Tod der Beamten", so ein Polizist, „bietet endlich die Chance zum Gespräch."

Doch dann passiert erschreckendes. Etwa 80 Frankfurter Autonome legen Zettel unter dem Titel „Das Wort zum Sonntag" auf die Kränze und verteilen sie unter den Demonstranten. Darin heißt es: „Ist es nicht auch denkbar, daß die Schüsse vom 2.11.87 von der Polizei selbst inszeniert wurden," um „durch verschärfte Demonstrationsgesetze und irrsinnige Aufrüstung den gesamten außerparlamentarischen Widerstand wirkungslos werden zu lassen." „Wir lassen uns nicht auf vorgeschriebene Protestformen festlegen, die nichts verändern können."

Ein älterer Mann auf einem Fahrrad: „Hat jemand um Günther Sare geweint? Und jetzt sollen wir Mitleid mit den beiden toten Polizisten haben? Wer mit der Waffe kommt, muß damit rechnen, erschossen zu werden." Ein anderer, ebenfalls älterer Mann: „Das waren nicht die letzten Polizisten, die dran glauben mußten."

Der nächste blutige Zwischenfall kommt bestimmt. Im Wald, 50 Meter vom Schlichtertor in Walldorf entfernt, finden Polizisten in einem Versteck unter Reisig drei Funkgeräte, eine Gaspistole, Leuchtmunition, Stahlkugeln, eine Zwille, Schutzbrille, Sturmhaube und Maske. Ein Staatsschutzbeamter: „Unter den Demonstranten waren etwa 30, die auch am Montag mitgemischt haben. Nur waren sie heute nicht vermummt."

„Freund drückte mir an der Startbahn die Tatwaffe in die Hand“

Frankfurt (rd). – Polizei und Staatsanwaltschaft waren auch am Wochenende bemüht, die näheren Umstände des Mordes an den beiden Polizisten an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens aufzuklären. Allein bei der Bundesanwaltschaft sind bisher 225 Tathinweise eingegangen. Die Ermittlungen erstrekken sich derzeit auf die Frage, ob außer dem verhafteten Andreas Eichler (33) noch andere an dem Doppelmord beteiligt waren. Eichler soll bei seiner Vernehmung ausgesagt haben, ein Gesinnungsgenosse habe ihm in der Mordnacht im Wald an der Startbahn die Pistole in die Hand gedrückt und ihn gebeten, die Waffe verschwinden zu lassen.

Darstellungen, nach denen die Sicherheitsbehörden bereits vor den Morden Hinweise auf einen Anschlag erhalten haben sollen, wurden am Sonntag vom Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, zurückgewiesen. Weder die Bundesanwaltschaft noch die Polizei und andere Staatsschutzstellen hätten vor den Polizistenmorden Anhaltspunkte über etwaige Pläne für einen Anschlag von Gewalttätern gehabt.

Nach Vermutungen der Grünen sollen der Polizei vor den tödlichen Schüssen Hinweise über einen geplanten Anschlag vorgelegen haben. Kurz vor den Schüssen habe angeblich ein Informatan mitgeteilt, daß Eichler einen „Anschlag" an der Gundbachbrücke am Südostende der Startbahn plane, wo später die Schüsse fielen. Der Darstellung hatten sowohl der hessische Innenminister Gottfried Milde (CDU) und der Sprecher der Frankfurter Polizei, Hans Neitzel, widersprochen.

Prechtel warnte in diesem Zusammenhang davor, in einer Situation, in der die Polizei mit der Sicherstellung der Tatwaffe und der Verhaftung Eichlers einen „schnellen und hervorragenden Erfolg" aufweisen könne, diesen Erfolg mit derartige Mutmaßungen wieder in Mißkredit zu bringen. Ein derartiges Verhalten könne sich auf die Moral der Polizeibeamten sehr negativ auswirken.

Daß der 33jährige wegen seiner möglichen Beteiligung bei Anschlägen auf Strommasten über einen längeren Zeitraum beobachtet worden sei, hätten sowohl er, Prechtel, als auch der hessische Innenminister Milde bereits mehrfach bestätigt. Daraus hätten sich jedoch keine konkreten oder aktuellen Pläne Andreas Eichlers zum Schußwaffengebrauch auf Polizisten ergeben.

Diskussion über Morde an der Startbahn ohne Fernsehkameras

Mörfelden-Walldorf (ku). – Die Startbahngegner aus dem Umland des Rhein-Main-Flughafens, die sich in den letzten sieben Jahren an gewaltfreien Widerstand hielten, wollen in dieser Woche zweimal zusammenkommen, um über die schreckliche Tat an der Startbahn nachzudenken, die das Leben zweier Polizeibeamter kostete. Dazu werden am Donnerstag und Freitag (12./13.) jeweils um 20 Uhr Veranstaltungen im Bürgerhaus sowie im evangelischen Gemeindezentrum Mörfelden stattfinden.

Wilma Frühwacht-Treber, Ex-Stadtverordnete der GEL und sehr engagiert in der großen Gesamt-BI, betont, wir brauchen alle Ruhe und Besinnung und müssen die Gelegenheit nutzen, um über den Tod der Polizeibeamten nachzudenken. Sie hält nichts von einem Treffen im „gleißenden Licht von Fernsehscheinwerfern im Bürgerhaus", sondern zieht den Rahmen vor, der so oft BI-Aktivitäten Raum bot, das protestantische Gemeindezentrum in der Klingler-Straße. Also sollen die Fernsehkameras ausgesperrt werden, die sonst zu den Veranstaltungen Zutritt haben.

Am Donnerstag (12. November) hat der Kreisverband der Grünen zu einer Veranstaltung ins Bürgerhaus eingeladen. „Was bedeuten die Schüsse für eine ökologische Politik?" heißt das Thema des Abends. Eingeladen wurden dazu Politiker von Grünen und SPD, wobei Joschka Fischer, Fraktionssprecher der Grünen im Landtag, bereits zugesagt hat. Außerdem werden Gewerkschafter erwartet sowie Literaten (man denkt dabei an Eva Demski und Peter Härtling) und Vertreter der Geistlichkeit.

Am Tag darauf soll es um 20 Uhr im Gemeindezentrum mit den BI-Treffen weitergehen. „Wir halten nichts davon, daß die autonome Strömung in der BI um Helga Arnold für diesen Abend ins Bürgerhaus eingeladen hat, um in Form einer Vollversammlung die Ereignisse zu diskutieren", betont Wilma Frühwacht-Treber. Deshalb sei diese Gruppierung gebeten worden, ihre Veranstaltung auf Buß- und Bettag (18. November) zu verschieben, um dann vielleicht gemeinsam einen „Gesprächsversuch" zu unternehmen.

Wilma Frühwacht-Treber betonte, wie wichtig es den Menschen aus der Doppelstadt und den Umlandgemeinden des Flughafens sei, sich mit den schrecklichen Ereignissen zu befassen, ohne aber deshalb auch zu vergesen, daß der Flughafen weiteren Raum auf Kosten des Umlands beanspruche und daß Expansionspläne der Flughafen AG unschwer zu erkennen seien.

CSU setzt FDP unter Druck – Neues Demonstrationsrecht kabinettsreif

München/Kempten (dpa/ap). – Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) hat die FDP aufgefordert, sich nicht länger gegen ein schärferes Demonstrationsrecht zu sperren. „Müssen noch mehr Polizisten sterben, bevor die FDP aufwacht?" fragte der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Stoiber (CSU). Zimmermann wäre es am liebsten, wenn der Paragraph des Landfriedensbruchs in seiner Fassung vor 1970 wieder eingeführt würde. Bis 1970 war die Anwesenheit bei einer gewalttätigen Demonstration strafbar. Seither muß die Beteiligung an Gewalttaten nachgewiesen werden.

Die SPD-geführten Länder Hamburg und Saarland hätten sich bisher nicht am polizeilichen Meldedienst für „reisende Chaoten" beteiligt, bemängelte Zimmermann am Wochenende. Er setzte sich erneut für die Bildung einer „Eingreifgruppe" des Bundesgrenzschutzes ein. Wer als Landfriedensbrecher aufgefallen ist, soll wegen Wiederholungsgefahr vorsorglich in Haft genommen werden, bis die Kundgebung vorüber ist. Über den Katalog der Gesetzesänderungen soll das Bundeskabinett am 2. Dezember entscheiden.

Die bayerischen Liberalen verabschiedeten mit 88 Ja- gegen zwei Nein-Stimmen einen Antrag, in dem gefordert wird, die Haltung der FDP zum Vermummungsverbot zu überdenken.

An der Startbahn West legten der hessische Innenminister Milde (CDU), der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer und die Gewerkschaft der Polizei Kränze für die ermordeten Polizisten Schwalm und Eichhöfer nieder. Ein Sprecher der Frankfurter Polizei versicherte, bei künftigen Demonstrationen werde die „Toleranzschwelle" gesenkt (siehe „Hessen").

Richter warnen: Gesetze sind kein Allheilmittel

Frankfurt (la). – Skeptisch bewerten weite Teile der Frankfurter Justiz den Ruf verschiedener Politiker nach einer Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts. „Aus Anlaß des konkreten Falles an der Startbahn West jetzt zu verlangen, daß Rechtsnormen voreilig geändert werden, wäre falsch", warnt der Präsident des Frankfurter Landgerichts, Karl Stephan. „Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß Gesetzesänderungen für unsere Tätigkeit bei Gericht nicht immer eine entscheidende Hilfe darstellen." Eberhard Kramer, Vizepräsident am Oberlandesgericht sieht dies ähnlich: „Gesetze sind kein Allheilmittel".

Bevor das Instrumentarium der Gerichte verschärft wird, sollten sich Politiker und Meinungsbildner um eine Änderung des Bewußtseins in der Bevölkerung gemühen. Johanna Dierks, „Vize" am Frankfurter Landgericht und langjährige Vorsitzende einer Schwurgerichtskammer, verbirgt ihre Abneigung gegenüber den Äußerungen sogenannt progressiver Intellektueller nicht: „Es geht nicht an, daß von manchen Seiten Gewalt einzelner gegen Sachen und auch Personen gutgeheißen wird. Die Ausübung von Gewalt liegt allein in dn Händen des Staates und muß auch hier in engen Grenzen bleiben."

Schule und Elternhaus sollten erzieherisch hier ihren Teil dazu beitragen, Entsprechendes zu vermitteln, bevor die Justiz den dicken Knüppel des des Gesetzes ziehen muß. Die Vizepräsidentin weiter: „Bevor man die Gesetze verschärft und ausweitet, sollte erst einmal die Ausstattung von Polizei und Staatsanwaltschaft verbessert werden."

NP 9.11

„Die Stunde der Trauer“ *FR.9.11*

Gestern zog es die Startbahngegner wieder in den Wald

MÖRFELDEN-WALLDORF. Mit zahlreichen Mannschaftswagen fuhr am Sonntagnachmittag die Polizei am SKG-Heim — dem traditionellen Treffpunkt der „Sonntagsspaziergänger" zur Startbahn 18 West — vor. Obgleich niemand in der Bürgerinitiative nach den schrecklichen Ereignissen vom letzten Montag zu einer Demonstration aufgerufen hatte, versammelten sich nach ersten Schätzungen etwa 150 Menschen in Walldorf, um an den Flughafen zu ziehen.

Polizeibeamte, die die Wege abgesperrt hatten, führten Leibesvisitationen und Ausweiskontrollen durch und ließen die zumeist jungen Leute passieren.

Fernsehkameras surrten, und die Polizei verteilte Flugblätter, in denen das Hessische Landeskriminalamt um Mithilfe bei der Aufklärung der Gewalttaten aufforderte. Ebenfalls fuhr ein Lautsprecherwagen durch die Stadt, um die Bevölkerung um sachdienliche Hinweise zu bitten.

Nachdem es zu keinen Zwischenfällen gekommen war, zog sich die Polizei zurück. „Wir gehen nicht davon aus, daß heute etwas draußen passiert", sagte der Führer des dortigen Einsatzes. Und ein anderer Polzeibeamter fügte hinzu: „Es ist ja diesmal mehr Presse als sonst jemand."

Kurze Zeit später kamen zirka 50 Menschen in der kleinen Hüttenkirche am Vitrolles-Ring zu einer Andacht der Besinnung zusammen. Pfarrer Werner Schneider stand an dem kleinen Holzaltar und wies auf das dunkle Wetter mit seiner schwermütigen Atmosphäre hin: „Das ist die Stunde der Trauer für diejenigen, die Opfer mörderischer Gewalt an der Startbahn 18 West geworden sind." Zum Ende der Andacht äußerte sich spontan ein anwesender Polizeibeamter in Zivil aus dem Kreis Groß-Gerau.

Er habe mit seinem Privatwagen kommen wollen, doch den habe er nicht nutzen können, weil damit eins seiner Kinder wegen einer Verletzung zum Arzt hätte transportiert werden müssen. Daß er hun mit dem Streifenwagen dort sei, dürfe niemand mißverstehen. Er regte an, zwischen den friedlichen Demonstranten und der Polizei vor Ort doch wieder das Gespräch zu suchen. Schließlich säßen doch alle in einem Boot. (Ausführlicher Bericht über die Ereignisse an der Startbahn sowie die Andacht in der Hüttenkirche in der Stadt-Rundschau.)

MARTIN FELDMANN

Die Startbahn-Gegner demonstrierten Uneinigkeit. Mehrere hundert Zuhörer im Großen Hörsaal VI der Johann Wolfgang Goethe-Universität warteten vergeblich auf eine Diskussion mit dem „autonomen" Teil der Bürgerinitiativen. Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) hatte Landtagsabgeordnete aller Parteien zum Thema „Neue Dimension der Gewalt" eingeladen. Die CDU war nicht präsent, war am Gespräch offensichtlich nicht interessiert. Während die Gewerkschaft der Polizei schon im Vorfeld abgesagt hatte, lag, laut AStA, jedoch eine Zusage der Deutschen Polizeigewerkschaft vor. Deren kurzfristige Absage sei dann aus Sicherheitsgründen erfolgt.

Für die Bürgerinitiative gegen die Startbahn machte Michael Wilk zur Bedingung, als Erster reden zu dürfen. „Ratlosigkeit bis zur Verzweiflung" herrsche in der Bewegung. Denn: „Morde gehören nicht zu unserem politischen Repertoire." Gegen die Startbahn-Bewegung werde nun aber „Pogromstimmung" geschürt, sie als „terroristische Vereinigung" diffamiert. Für die Startbahn-Gegner trete nun eine „Phase der Überlegung" ein. Das heiße jedoch nicht, „jetzt zu verstummen". Als Wilk seine Erklärung abgegeben hatte, stand er auf und verließ den Saal. „Das kannst Du nicht machen, das war nicht abgesprochen", protestierte Achim Bender aus dem Publikum und ging dann selbst als Vertreter der Bürgerinitiative auf das Podium.

Jörg Uwe Hahn (FDP) schilderte detailliert die Morde vom 2. November. Unruhe kam auf: „Das wissen wir schon alles". Dann sprach der FDP-Mann von seiner Betroffenheit. „Sie sitzen da wie ein Eisklotz, von wegen Betroffenheit!" schallte es aus dem Saal und Hahn wurde noch blasser. „Wackelpudding" und „unverbindlich" wurde er geschimpft. „Das ist unbeschreiblich, das Gelalle", meinte ein anderer. Der Spott nahm kein Ende: Da sei die CDU wohl besser gefahren, niemanden zu schicken als die FDP mit

FORTS. NÄCHSTE SEITE

FR.9.11

Diskussion an der Uni zu den Startbahn-Morden

Gespräche ersetzten Aktionen

Andacht in Hüttenkirche

Von Hans-Jürgen Biedermann und Martin Feldmann

An der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens flogen am Sonntag weder Steine noch Molotowcocktails. Es wurde nicht mit Stahlkugeln geschossen, die Wasserwerfer schwiegen, und keiner aus dem Kreis der rund 150 Personen, die sich auch diesmal wieder an der Südostecke der Betonpiste versammelt hatten, trug Helm oder Gesichtstuch. Wenige Tage nach den tödlichen Schüssen auf zwei Beamte waren an der Mauer nicht Aktionen, sondern Gespräche über Ursachen der Gewalt an der Startbahn und Wege aus dem Dilemma angesagt. Zur gleichen Zeit, als die Polizeiführung ihre Bereitschaft zum Dialog durch die Anwesenheit von Innenminister Gottfried Milde und Polzeipräsident Karlheinz Gemmer bekundete, wurde in der Kirche auf dem ehemaligen Hüttendorfgelände in einem Gottesdienst der erschossenen Polizisten gedacht.

Polizeipräsident Gemmer hatte für diesen Tag einen „ganz normalen" Polizeieinsatz angeordnet, weshalb lediglich 100 Beamte zur Startbahn beordert wurden. „Wir wollen Konflikte abbauen", gab Gemmer als Devise aus. Zu dieser Taktik paßte auch die Kontaktaufnahme des stellvertretenden Schutzpolizeichefs Heinrich Bernhard am SKG-Heim in Walldorf, wo sich gegen 14 Uhr rund 70 Personen eingefunden hatten, die von der Polizei den „autonomen" Startbahngegnern zugerechnet wurden.

Wie zum Beweis des friedlichen Charakters ihres Spazierganges zur Startbahn ließ sich die Gruppe von der Polizei durchsuchen, bevor sie sich ohne jede Vermummung in den Wald aufmachte. Bei dieser Kontrolle wurde nichts gefunden, doch teilte die Polizei später mit, unter einem Reisighaufen habe sie drei Funkgeräte, eine Gaspistole, Leuchtmunition und Stahlkugeln entdeckt.

Um diese Zeit hatte die Walldorferin Maria Kinkel an der Mauer bereits ihre engagierte Diskussion mit Innenminister Milde (CDU) begonnen. Des Ministers Ansicht („unflätige Beschimpfungen von Polizeibeamten sind eine Vorstufe der Gewalt") beantwortete sie mit dem Hinweis: [illegible] Beamte gingen an der Startbahn mit Worten nicht gerade zimperlich um.

Kinkel, die ausdrücklich betonte, sie äußere ihre private Meinung und spreche nicht für die Bürgerinitiative, wandte sich an den Polizeipräsidenten und erwähnte im Rahmen der Gewaltdiskussion ihren bereits Jahre zurückliegenden Besuch bei Gemmer. Damals habe sie sich zusammen mit vier anderen Frauen „über die Polizeiübergriffe beschwert".

Konflikte wie hierzulande, so warf sie dem Minister vor, entstünden vor allem deshalb, weil „der Bevölkerung Projekte wie die Startbahn und Wackersdorf aufgezwungen werden". Mildes Antwort: „Ich habe hinzunehmen, wenn die Mehrheit entschieden hat."

Auch die autonome Gruppe distanzierte sich in einem Flugblatt eindeutig von den Todesschüssen auf Polizeibeamte, doch in der verbalen Auseinandersetzung stellte sie die „Polizeigewalt" in den Mittelpunkt. Dabei erhielt sie Unterstützung von Bürgern der Protestbasis aus Mörfelden. Ein aufgebrachter Bürger attackierte den Polizeichef Heinrich Bernhard und warf ihm vor, von seinen Beamten habe man „das Steinewerfen, das Knüppeln und das Schießen mit Gasgranaten gelernt".

Der Polizeidirektor hielt freilich nichts von solchen Schuldzuweisungen, sondern suchte nach einem Weg nach vorne. „Was

er die Umstehenden. Achim Bender, einer von denen, die dem damaligen Innenminister Ekkehard Gries vor sechs Jahren mit entblößtem Oberkörper als Zeichen der Gewaltfreiheit entgegengetreten waren, blockte ab: „Ich empfinde es als schlechten Stil, mit der Polizei zu reden. Die ist doch die Hilfstruppe der Landesregierung." Bernhard sei nur gekommen, „um die Sache unter Kontrolle zu halten", sprach er dem Beamten die Redlichkeit zur Konfliktlösung ab. Bernhards Fazit über die militanten Startbahngegner: „Die Leute sind völlig uneinsichtig." Die Gegenseite konterte und warf der Polizei vor, es fehle ihr an jeglicher „Selbstkritik".

Zwischen Bereitschaftspolizisten und denen auf der anderen Seite wurde auch

wohl allein [illegible] gesehen haben. Darüber hinaus fragt die Polizei nach Fahrzeugen, die bei der Tat eine Rolle gespielt haben könnten.

Die Sonderkommission ist im Frankfurter Polizeipräsidium unter den Rufnummern 7 55 5392 – 5394 zu erreichen.

diskutiert, warum die Polizeieinsatzleitung am vergangenen Montagabend ihre Hundertschaften in die Dunkelheit geschickt habe. Für den Polizeivizepräsidenten Peter Frerichs war das eine notwendige Entscheidung: „Bei schweren Fällen von Landfriedensbruch können wir nicht untätig bleiben."

Nur ein paar Kerzen brannten derweil auf dem kleinen, schlichten Holzaltar und sorgten nur für spärliches Licht in der Hüttenkirche am Vitrolles-Ring zwischen Mörfelden und Walldorf. Etwa 50 Menschen — zumeist Bürger der Region — drängten sich am Sonntagnachmittag in dem Kapellchen zu einer Andacht der Besinnung und Trauer. Das Gotteshaus, das einmal den Mittelpunkt des 1981 geräumten Hüttendorfes auf dem Gelände der späteren Startbahn 18 West bildete, wurde nach vielen Widerständen von politischer und kirchlicher Seite auf Landesebene erst vor einem Jahr wieder aufgebaut und als „Symbol des friedlichen Protestes" gegen die Flughafenerweiterung eingeweiht.

Pfarrer Werner Schneider von der evangelischen Kirchengemeinde Walldorf gestand unter dem Eindruck der schlimmen Ereignisse: „Mir fällt es schwer zu reden." Die Stimmung sei gedrückt, nicht nur das Wetter draußen sei „bleiernschwer". „Dies ist die Stunde der Trauer für diejenigen, die Opfer mörderischer Gewalt an der Startbahn West geworden sind", sagte er und rief zu einer Schweigeminute auf.

Es sei derzeit nicht einfach, das zu beschreiben, was im Inneren der Menschen in der Region vorgehe. Gewalt sei kein Mittel politischer Auseinandersetzung. Schon die Beleidigung eines Polizisten und der Vergleich mit einem Tier sei ein Ausdruck von Gewalt. Dies habe nichts mehr mit Menschlichkeit zu tun und könne „einen Kreislauf der Gewalt in Gang setzen", an dessen Ende der Tod stehen könne. Durch die mörderische Tat seien viele Mitbürger in die Krise geraten, die sich weiterhin für den Erhalt der Schöpfung, der Natur einsetzen wollten. „Die Schüsse zielten auch gegen den gewaltfreien Widerstand. Die Region ist tief getroffen."

Spontan meldete sich ein leitender Beamter der Schutzpolizei im Kreis Groß-Gerau zu Wort. Er nehme in Zivil an der Andacht teil, und man dürfe nicht mißverstehen, daß er mit einem Streifenwagen gekommen sei. Mit seinem Privatauto habe man eins seiner Kinder — es habe sich bei einem Unglücksfall verletzt — zum Arzt bringen müssen. Der Polizist, der nicht mit Namen genannt werden wollte, regte an, gemeinsam einen neuen Weg zu finden. Es gehe auch an Polizisten nicht spurlos vorüber, von Demonstranten als „Nazi-Schweine" tituliert zu werden. Deshalb sollten insbesondere in Mörfelden-Walldorf die Bürger das Gespräch zur örtlichen Polizei suchen. Denn so ließen sich eher Probleme und Mißverständnisse beseitigen, könne gegenseitiges Vertrauen geschaffen werden. „Wir stehen jederzeit zum Gespräch zur Verfügung", versicherte er auch nochmals am Ende der Andacht. Auf dieser kleinen Ebene könne viel erreicht werden — anders, als wenn noch ein Bürgermeister oder ein Minister eingeschaltet werde.

Während ein Walldorfer Bürger die Polizei um Entschuldigung für die Geschehen bat, wies ein Mitglied des Förderkreises „Hüttenkirche" darauf hin, daß schon in der Vergangenheit Vertreter der friedlichen Anti-Startbahn-Bewegung den Kontakt zu den Ordnungshütern gesucht hätten, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern. Doch alle Versuche seien gescheitert. „Es waren schon zu tiefe Wunden geschlagen." Auch heute noch hätten viele Menschen der Region ihr „Schlüsselerlebnis von damals noch nicht überwunden". Pfarrer Schneider regte an, die Hüttenkirche nun zu einem Ort der Begegnung zu machen. Für kommenden Sonntag, 15 Uhr, kündigte er einen Gottesdienst unter dem Leitwort [illegible]

Zimmermann verstärkt den Druck auf die FDP

Zustimmung zu schärferen Gesetzen verlangt

BONN, 8. November (AP). Sechs Tage nach den tödlichen Schüssen auf zwei Polizeibeamte an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens haben CDU und CSU am Wochenende den Druck auf ihren Koalitionspartner FDP verstärkt, Gesetzesänderungen im Bereich der inneren Sicherheit zuzustimmen.

Zimmermann sprach sich in mehreren Interviews erneut für eine Änderung des Versammlungsrechts und der Landfriedensbruchbestimmungen sowie die Einführung eines strafbewehrten Vermummungsverbots aus. Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, ermahnte die FDP-Führung, „schlappe Erklärungen" reichten nach dem Tod der Beamten nicht mehr. Er appellierte „eindringlich" an Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), in seiner Partei „endlich das Vermummungsverbot durchzusetzen", nachdem FDP-Chef Bangemann „umgefallen" sei.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann betonte ebenso wie Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) die grundsätzliche Bereitschaft seiner Partei, auch an gesetzlichen Maßnahmen mitzuwirken, um Gewalttätern das Handwerk zu legen. Zuvor müsse jedoch das Gespräch mit Fachleuten der Polizei gesucht werden, sagte Haussmann in Radio Bremen.

Der Landeshauptausschuß der bayerischen FDP verabschiedete am Wochenende in Kempten einen Antrag, in dem gefordert wird, die Frage des Vermummungsverbotes zu prüfen und die Haltung der FDP dazu neu zu überdenken.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wilfried Penner, lehnte am Sonntag in Bonn gesetzgeberische Konsequenzen ab. Eine „Gespensterdiskussion" über Vermummung werde dem Geschehen nicht gerecht. Nach Ansicht des Republikanischen Anwaltvereins (RAV) darf das Entsetzen über die Todesschüsse nicht dazu führen, daß „Scharfmacher" unter den Politikern die Verbrechen für Gesetzesverschärfungen mißbrauchen.

Nach Ansicht der Grünen belegen die jüngsten Stellungnahmen aus den Reihen der CDU und CSU, „daß die konservativen Hardliner die ‚Gunst der Stunde' — nämlich den Tod der beiden an der Startbahn West erschossenen Polizisten — schamlos und zynisch mißbrauchen, um ihre Vorstellungen von rigoroser staatlicher Macht und Gewalt akzeptabel zu machen."

Zuversichtlich über ein Einlenken der FDP äußerte sich der niedersächsische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Vorsitzende Ernst Albrecht. „Der Wandel in der Mitglieder- und Wählerschaft der FDP" werde eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte in der Koalition zum Vermummungsverbot oder zum Landfriedensbruch begünstigen, sagte Albrecht der Zeitung „Die Welt".

FRANKFURT A. M. (lhe). Bei den Ermittlungsbehörden sind laut Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bisher 225 Hinweise zu der Tat eingetroffen; die Ermittlungen erstrecken sich derzeit auf die Frage, ob außer dem als dringend verdächtig verhafteten Andreas Eichler (33) noch andere mittelbar oder unmittelbar an dem Doppelmord beteiligt waren.

Darstellungen, die auch in der FR wiedergegeben wurden, nach denen die Sicherheitsbehörden bereits vor den Morden Hinweise auf einen Anschlag erhalten haben sollen, wurden am Sonntag von dem Sprecher der Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Alexander Prechtel, erneut zurückgewiesen.

UNI – Fortsetzung von der letzten Seite →

Hahn. Hahn sagte, „der Staat darf nicht hektisch und unangemessen schnell reagieren". Ansonsten plattes, wie „der eine findet das, der andere das richtig", oder zu den politischen Spielregeln: „Wir müssen akzeptieren, daß wir ein Volk von 60 Millionen in einem begrenzten Bereich sind." Der Saal leerte sich beträchtlich.

Horst Winterstein (SPD) sieht in den Schüssen keine „Zäsur". Der frühere Innenminister sieht nun die „Stunde der Fahndung, der Ermittlung und Bestrafung". Gesetzesverschärfungen brächten keinen einzigen Gewalttäter mehr in die Hände der Polizei. Wohl stehe aber ein Einschnitt „im Hinblick auf die Freiheitsrechte" zu befürchten. Winterstein sagte: „Die Friedlichen müssen die Gewalttäter isolieren."

Rupert von Plottnitz (Grüne) stellte fest: „Man kann nicht sagen, daß es vor dem 2. November keine politische Gewalt gegeben hat. Die Morde hätten mit schärferen Gesetzen nicht verhindert werden können. Ein Mehr an Staatsgewalt bestätige nur diejenigen, die gewaltbereit sind." An die Adresse Wilks sagte Plottnitz, auch dieser hänge einem „verschwörungstheoretischen Weltbild" an. Es könne doch nur um die „Kontrolle und Begrenzung" des staatlichen Gewaltmonopols gehen.

Auch Dr. Cornelius Prittwitz sieht „keine neue Dimension der Gewalt". Der Rechtswissenschaftler meinte, die Pistole gehöre nicht zur „normalen Bewaffnung der Autonomen". 99 Prozent der Demonstranten seien absolut friedlich.

„Die Schüsse kamen aus unserer Richtung", sagte Achim Bender, „aber nicht die Bewegung hat am Drücker gesessen." Und weiter: „Es ist nicht unehrenhaft, sich als militanter Mensch zu betrachten." „Militanz", sagte Bender, „ist mehr als Zwillenschießen", nicht identisch mit körperlicher Gewalt, denn „es darf nicht zu Schießereien kommen".

Ein Vertreter der Autonomen äußerte: „Die SPD ist der Klassenfeind. Wir wollen nicht diskutieren, sondern verhandeln und fordern." Ziel sei, die „herrschende Klasse" abzuschaffen und dann eine „herrschafts- und gewaltfreie" Gesellschaft. Ein anderer hielt dagegen: „Die Autonomen zwingen dem normalen Bürger eine Gewalteskalation auf." Doch die so Angesprochenen machten klar: „Die Diskussion muß bei uns laufen, hier ist nicht der richtige Platz dafür."

em

FR, 9.11.87

Erfolg bei der Suche nach den Polizistenmördern von der Startbahn West: In Frankfurt hat die Polizei ein Bankschließfach geöffnet, das dem

...ihteten Andreas Eichler (33) und seiner Verlobten, der schwangeren Hotelangestellten Ingrid Th. (31), gehört. Im Schließfach fanden die Be-

...amten eine Kassette. Inhalt: Eine Liste mit den Namen von 52 Persönlichkeiten und Firmen. Darunter die Namen des Frankfurter Flughafenchefs

Erich Becker (67) und des Atomprofessors Klaus Bethge (56) von der Uni.

Bild, 10.11.87

Die Aufzeichnungen hat Andreas Eichler selbst geschrieben. Er soll Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer (43) und Polizeimeister Thorsten Schwalm (23) erschossen haben.

Alle Personen und Firmen, die in der Liste stehen, sind nach Ansicht der Polizei stark gefährdet, mit Attentaten muß gerechnet werden. Es handelt sich unter anderem um diese Namen:

● Hans Albers (62), BASF-Chef, ● Helmut Becker (74), Siemens-Vorstand, ● HEAG-Vorstand Belchschmidt (47), Darmstadt ● Hans Arnold (55), Direktor der Dresdner Bank. Außerdem sind Mitglieder der Familie ..., Commerzbank-Manager, Vorstandsmitglieder der KWU, von Merck, Schering, Bayer, Boehringer und Thyssen aufgeführt.

Zweiter Mann gesucht

Die Polizei fand auch zwei Blätter mit handschriftlichen Selbstbezichtigungen von Andreas Eichler: ● Beinschüsse auf den Bundesrichter für Asylrecht Dr. Günter Korbmacher (61) am 1. September in Berlin. ● Brandanschlag auf das Walldorfer Wahllokal am Tag der Bundestagswahl (25. Januar). Alle Unterlagen waren damals vernichtet worden, es mußte neu gewählt werden. ● Anschlag auf inen Strommasten bei Mörfelden am 29. August – Sachschaden. ● Mißglückter Anschlag auf die Baufirma Holzmann am 1. November, unterschrieben mit „Autonomes Zellen-Kommando Joschka Fischer".

Im Schließfach lagen außerdem das Terroristen-Handbuch „Feuer und Flamme für diesen Staat" und eine Druckschrift „Radikal". Die Polizei sucht jetzt per Haftbefehl einen zweiten Mann. Er soll Eichler, nach dessen Aussage, die Mordwaffe zugesteckt haben.

20 000 Polizisten werden heute in 150 Bussen und Privatautos zur Trauerfeier (11 Uhr im Dom) nach Frankfurt kommen. Auch Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl wollen kommen. Die Feier wird im Fernsehen übertragen. Morgen werden die beiden Polizisten in Hanau und Wasenberg (Schwalm-Eder-Kreis) beerdigt.

Spuren bekräftigen Tatverdacht

Andreas Eichler bestreitet Schüsse auf Polizisten an der Startbahn West

Von unserem Redaktionsmitglied Hans-Jürgen Biedermann

FRANKFURT A. M., 9. November. Das vorläufige Ergebnis der kriminaltechnischen Untersuchung eines Handschuhs belastet den 33jährigen Andreas Eichler, der am vergangenen Dienstag in Frankfurt unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden war, an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens zwei Polizeibeamte getötet zu haben. Die Pulverspuren an dem bei Eichler sichergestellten Handschuh enthielten Partikel, wie sie beim Abfeuern einer Waffe mit scharfer Munition austreten, gab die Bundesanwaltschaft am Montag bekannt. Den Handschuh und die Tatwaffe, eine Polizeipistole vom Kaliber 9 Millimeter, hatten Polizeibeamte am Dienstag vergangener Woche in einer Wohnung in Frankfurt-Niederrad entdeckt, in der Eichler festgenommen worden war.

Der Sprecher des Generalbundesanwaltes meinte zu dem Untersuchungsergebnis, es sei nun erwiesen, daß die Schmauchspuren an der Pistole nicht von einer Leuchtpatrone stammten. Es bedürfe jedoch weiterer Analysen, um festzustellen, ob die Spuren an dem Handschuh von Patronen stammen, die bei der Tat benutzt wurden.

Andreas Eichler hat bei seinen Vernehmungen nach Angaben der Bundesanwaltschaft den Tatvorwurf bestritten. Nach seiner Darstellung ist ihm die Pistole zugesteckt worden. Er habe diese dann in die Wohnung seiner Freundin mitgenommen, gab Eichler an.

Die Bundesanwaltschaft lehnte die Beantwortung der Frage ab, ob sich Eichler auch zu den Modalitäten der angeblichen Waffenübergabe geäußert habe. Solche Einzelheiten gefährdeten die Ermittlungen, hieß es.

*

OFFENBACH (AP). Über den möglichen Verbleib der in Hanau geraubten Polizeiwaffe hat die Polizei nach Informationen der „Offenbach-Post" schon kurz nach dem Raub gewußt. Die Zeitung schreibt in ihrer heutigen Ausgabe, der Leiter der Offenbacher Kriminalabteilung, Rainer Schmid, habe bestätigt, daß die Kriminalpolizei schon kurz nach dem Waffenraub den vertraulichen Hinweis erhalten habe, der Täter verberge sich mitsamt der Waffe im Kreis seiner Gesinnungsgenossen in einer Hanauer Gaststätte. Daraufhin hätten Polizeibeamte die Gaststätte abgeriegelt, jedoch nicht zugegriffen und sogar auf eine Kontrolle des Lokals verzichtet. Es seien lediglich diejenigen überprüft worden, die die Gaststätte verlassen hatten.

*

MÜNCHEN (AP). Die SPD in Bayern unterstützt die Aufstellung von Sondereinheiten der bayerischen Polizei. Der SPD-Landesvorsitzende Rudolf Schöfberger sagte am Montag in München, der Plan von Staatssekretär Peter Gauweiler, Polizeibeamte einer Spezialschulung zu unterziehen, damit sie Gewalttäter bei Demonstrationen schneller dingfest machen können, sei eine gute Idee. „Wir lassen nicht zu, daß unsere Polizisten als Büttel und Bullen kollektiv beleidigt, mit Haß übergossen, ins Feindbild gerückt und letzten Endes zum Abschuß freigegeben werden", sagte Schöfberger. Genauso wende er sich aber auch gegen Polizisten, die gegen Recht und Gesetz wahllos auf friedliche Bürger einprügelten.

FR, 10.11.87

Bedürfnis nach Aufarbeitung

Die Flügel der BI laden zu getrennten Veranstaltungen ein

MÖRFELDEN-WALLDORF. Weiterhin Bewegung in der Bewegung! Wie und ob sich die unterschiedlichen Flügel der Bürgerinitiative (BI) wieder näherkommen, läßt sich auch eine Woche nach den Todesschüssen an der Startbahn kaum abschätzen. Sicher ist, daß jeweils unterschiedliche Strömungen zu getrennten Veranstaltungen aufrufen.

So lädt für kommenden Donnerstag, 12. November, 20 Uhr, der Kreisverband der Grünen zu einer Podiumsdiskussion ins Bürgerhaus ein. Als Geprächspartner werden unter anderem der ehemalige hessische Umweltminister Joschka Fischer, Heidi Wieczorek-Zeul als prominente Sozialdemokratin sowie der in Walldorf lebende Schriftsteller Peter Härtling erwartet. Gemeinsam wolle man überlegen, so kündigte Wilma Frühwacht-Treber von den örtlichen Grünen an, welche Schlüsse man aus den Ereignissen für die weitere Politik ziehen müsse.

Die „sogenannte, gemäßigte, gewaltfreie, bürgerliche Fraktion" innerhalb der BI will indes am Freitag, 13. November, 20 Uhr, im evangelischen Gemeindezentrum Mörfelden zusammenkommen, „um ohne gleißendes Scheinwerferlicht in Ruhe zu diskutieren", so die Grünen aus Mörfelden. „Es gibt ein großes Bedürfnis, in Ruhe und Besinnung zu sprechen." Auch die Gewaltfreien innerhalb der Bürgerbewegung müßten sich klar darüber sein, daß sich der Flughafen weiter ausdehne. Die 41 Hektar Wald, die nun noch der Airport-Ausdehnung geopfert werden sollen, stellten noch nicht das Ende dar.

Wie Frühwacht-Treber erwähnte, „haben wir der autonomen Strömung um Helga Arnold einen Vorschlag gemacht", daß sich am Buß- und Bettag um 17 Uhr im Bürgerhaus alle BI-Flügel treffen. Die „sogenannte Vollversammlung", zu der für kommenden Freitag, 13. November, 20 Uhr, von der Mörfelder BI um Arnold ins Bürgerhaus eingeladen worden sei, sei lediglich die einer bestimmten Fraktion.

Die „Bürgerlichen", die ihre Position noch abklären müßten, hätten daher angeregt, diese „BI-Vollversammlung" von Freitag auf Buß- und Bettag, 18. November, zu verschieben, damit auch wirklich alle Sprecher vertreten seien und ein gemeinsames Ergebnis zustande komme.

Helga Arnold berichtete am Wochenende auf Anfrage von der Tendenz, am Freitag eine „Vollversammlung durchzuführen". Man habe die Verpflichtung dazu, denn das Informationsbedürfnis wegen der Zukunft der „Sonntagsspaziergänge" sei groß. Zudem habe sie Verständnis dafür, „daß sich die sogenannten Bürgerlichen erst einmal treffen wollen". Es bestehe ja die Möglichkeit, am Mittwoch (Buß- und Bettag) nochmals zusammenzukommen. Arnold: „Ich denke, daß sich die Flügel dann doch noch zusammensetzen. Das wird schon laufen."

Die BI Walldorf setzt sich hingegen bereits am Mittwoch, 11. November, 20 Uhr, im evangelischen Gemeindezentrum Walldorf zusammen, wie deren Sprecherin Marie Kinkel mitteilte. fein

Stellungnahme zum Polizisten-Mord gefordert

MÖRFELDEN-WALLDORF. „...der Tod zweier Polizeibeamter im Zusammenhang mit einer nicht angemeldeten und nicht genehmigten Demonstration an der Startbahn 18 West sollte Anlaß dazu sein", daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am Dienstag, 10. November, 19.30 Uhr, im Walldorfer Rathaus „in angemessener, aber deutlicher Form eine Stellungnahme aller Fraktionen abgibt". Dies erklärt Bürgermeister Bernhard Brehl (SPD) in einem Brief an Stadtverordnetenvorsteher Professor Leonhard Peez (CDU).

Brehl bedauert, daß Mörfelden-Walldorf „durch diese scheußlichen und kriminellen Taten wieder einmal in die negativen Schlagzeilen" gekommen sei. Zudem schlägt er vor, zu Beginn der Sitzung eine Gedenkminute einzulegen. fein

Sprecher der Startbahngegner verläßt das Podium in der Universität

tk. Mit dem Hochmut der verfolgten Unschuld hat sich eines der sprechenden Mitglieder der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung (BI), Michael Wilk, aus einer Diskussion in der Universität verabschiedet. Der AStA hatte nach den Todesschüssen an der Startbahn mit Vertretern der Polizei, der Politik und eben der BI über das Thema „Neue Dimension der Gewalt? Wende im Demonstrationsrecht" reden wollen. Polizeiorganisationen winkten ab, sie wollten sich vor der Trauerfeier für die ermordeten Kollegen nicht äußern. Die CDU hatte Sicherheitsbedenken, teilte AStA-Vorsitzender Winfried Roth vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten mit. Vor rund hundertfünfzig Zuhörern begrüßte er die Landtagsabgeordneten Horst Winterstein (SPD), Jörg Uwe Hahn (FDP) und Rupert von Plottnitz (Grüne). Mit auf dem Podium saß der Frankfurter Strafrechtler Cornelius Prittwitz.

Wilks Bedingung, er werde nur kommen, wenn er als erster sprechen dürfe, wurde erfüllt. So sagte er am Freitagabend, die Schüsse aus dem Hinterhalt seien „der Hammer an sich, das Schlimmste, was passieren konnte". Die BI freilich sehe keinen Anlaß, sich mit den Problemen am Flughafen nicht weiter zu beschäftigen. Im übrigen setze die Bundesanwaltschaft nun zum Angriff auf die Ökologiebewegung an, lasse Menschen verschwinden; es herrsche Pogromstimmung in Mörfelden-Walldorf.

Wilk verließ nach einer zehnminütigen Erklärung, gefolgt von etwa zwanzig seiner Anhänger, den Hörsaal VI. Sein Argument: Er könne mit dem Abgeordneten Winterstein, dem ehemaligen hessischen Innenminister, nicht an einem Tisch sitzen. Rupert von Plottnitz zeigte nicht viel Verständnis für solch Ausweichen vor der Diskussion. Der Rechtsanwalt plädierte für die geistige Auseinandersetzung in einem Staat, der „im Prinzip demokratisch und weiter demokratisierbar ist". Seine Prognose klingt allerdings eher pessimistisch. Er rechnet mit „repressiven Maßnahmen" des Gesetzgebers und mit Konsequenzen bei „denen, die bewaffnet Gewalt anwenden".

Für den ehemaligen Innenminister ist das Verbrechen an der Startbahn die Tat eines einzelnen. Es sei folglich „jetzt nicht die Stunde, bestimmte Rechtsbereiche zu verschärfen", sagte Winterstein. Damit fasse man keine Gewalttäter. Jörg Uwe Hahn hob die auch von anderen FDP-Politikern nach dem 2. November erklärte Bereitschaft hervor, über Verschärfungen im Demonstrationsstrafrecht „intensiv zu diskutieren".

Der Rechtswissenschaftler Prittwitz hält nichts von einer Strafrechtsänderung. Das Strafrecht sei entgegen der Meinung von Politikern und Öffentlichkeit eine eher stumpfe Waffe, die viel weniger bewirke, als angenommen werde. Politiker riefen dennoch danach, weil trotz rechtlicher und praktischer Bedenken der Nachweis, „daß man etwas tut", kaum billiger zu erbringen sei.

FAZ, 9.11.87

Der Tag, an dem die ganze Stadt Trauer trug

Von der Betroffenheit der Frankfurter und dem Schweigemarsch der Polizisten berichtet Franz Horeni

Der ältere Herr auf dem Domplatz faltete die Hände zum Gebet. Drinnen im Dom hatten sich die Trauergäste von ihren Plätzen erhoben, um Abschied zu nehmen von den beiden an der Startbahn erschossenen Polizeibeamten. Doch der Mann gegenüber dem Kirchenportal schien allein zu sein mit seiner Ergriffenheit und Trauer in einem Meer von grünen Polizeiuniformen. Seine Lippen bewegten sich kaum, doch jeder konnte sehen, daß er die über Lautsprecher nach draußen übertragenen Worte mitsprach. Man hätte glauben können, es seien seine Söhne, denen Staat und Gesellschaft an diesem grauen Novembertag die letzte Ehre erwiesen. Dabei war er nur einer von vielen Bürgern, die zusammen mit etwa zwanzigtausend aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Polizisten der am Flughafen heimtückisch ermordeten Schutzmänner gedachten.

Rund um den Dom war es während der Trauerfeier still wie in einer Kirche, nur der Lärm der Baustelle des Museums für Moderne Kunst an der Ecke Braubachstraße störte mitunter die Feierlichkeit. Handwerker im Blaumann reihten sich unter die Polizisten. Rentner beim Spaziergang, Geschäftsleute, die ihre Eile vergaßen, Jugendliche, denen solche Feierlichkeiten eigentlich ein Greuel sein müssen, die aber gleichwohl betroffen schienen. Es war eine Stimmung, die Zartbesaiteten schon zu schaffen machen konnte. Ein in Auseinandersetzungen mit Schwerkriminellen erprobter Zivilfahnder fand dafür knapp, wie es seine Art ist, die richtigen Worte: „Es ist ein trauriger Tag."

„Mitten im Leben sind wir vom Tod umfangen", sang der Chor im Dom und rief so manchen Polizisten in den Alltag zurück, der gottlob nicht nur aus Startbahn West oder gewalttätigen Demonstrationen besteht. Aber ein „Jeder von uns kann der nächste sein" war unter den Beamten auch zu hören. Und beim Vaterunser nahmen viele Schutzleute ihre Dienstmützen ab. Zivilisten wischten sich bedrückt oder verlegen über die Augen. Es gab wohl keinen am Dom, dem die Trauerfeier nicht irgendwie nahegegangen wäre. Es war der Protest der kleinen Leute gegen den Irrsinn der Gewalt.

Danach formierten sich die Polizisten aus der gesamten Bundesrepublik zu einem Schweigemarsch, wie ihn Frankfurt noch nicht gesehen hatte. Gewiß, nach dem Mord an dem Bankier Ponto oder dem Abschuß der koreanischen Passagiermaschine hatte die Stadt Trauer getragen. Das Schweigen verurteilte die Täter. Aber die Frankfurter, die seit Jahren in ihrer Geduld mit sogenannten Demonstrationen strapaziert wurden, bei denen Vermummte, Behelmte und Bewaffnete durch die Stadt marschierten — gleichgültig, wofür, wogegen oder weshalb angeblich überhaupt protestiert werden sollte —, mochten zuletzt nichts mehr wissen von Kundgebungen und Veranstaltungen. Die Reizschwelle war überschritten. „Die sind schon wieder unterwegs", hieß es, gleichgültig ob Chaoten auf Krawall aus waren oder friedliche Demonstranten ihr Recht suchten.

Fortsetzung auf der folgenden Seite

Fortsetzung von der vorigen Seite

Der Schweigen

Mit vier berittenen Polizeibeamten a[n] der Spitze setzte sich der Trauermar[sch] kurz vor 13 Uhr an der Paulskirche i[m] Nieselregen in Bewegung. Als die Spi[tze] eine gute Dreiviertelstunde später d[as] Polizeipräsidium an der Friedrich-Eber[t-] Anlage passierte, stand das Ende d[es] Zuges noch immer an der Berliner Stra[ße]. Unter wenigen Transparenten, die a[uf] schwarzem oder weißem Grund nur [die] zwei Worte trugen „Wir trauern", m[ar]schierten neben einigen Politikern und [ein] paar Dutzend Bürgern fast nur Schutzl[eu]te. Doch im Gegensatz zum Frankfur[ter] Demonstrationsalltag hieß es am Straß[en]rand nicht „Nichts wie weg. Die s[ind] wieder unterwegs".

Ladenbesitzer an der Route des Schw[ei]gemarsches kamen samt Kunden n[ach] draußen, in den Büros von Bank[en], Baufirmen, Bundesrechnungshof o[der] Bundesbahnverwaltung standen die [An]gestellten am Fenster. Selbst aus [den] Rotlichtstraßen des Bahnhofsviertels, [wo] die Polizei gewöhnlich nicht gerade g[ern] gesehen ist, kamen die Neugierigen [zur] Taunusstraße gelaufen, und einer, [der] vermutlich gar nicht wußte, um wa[s es] ging, drückte seine Fassungslosigkeit [über] den nicht enden wollenden grünen [Lind]wurm mit den Worten aus: „Soviel Po[lizei] war noch nie im Bahnhofsviertel." D[ach]decker auf dem Eckhaus Weser-/Taunusstraße stellten ihre Arbeit [ein], Mittagspäusler in den Imbißstuben [am] Straßenrand ließen Bratwurst und P...

Zwei Särge vor dem Altar

Worte des Trostes und gegen den Haß / Von Peter Lückemeier

FRANKFURT, 10. November. Das eine ist der Staatsakt, der Dom, die Politiker, das Fernsehen. Das andere ist die Trauer, der tote Vater, der tote Freund, die hilflose Wut, die Unmöglichkeit, sich nicht in Stille verabschieden zu können. Kirchenpräsident Spengler sagt, die Lichter der Öffentlichkeit tun verweinten Augen weh. Zwischen der Startbahn West und dem Frankfurter Dom liegen neun Tage, wenige Kilometer Luftlinie und eine ganze Welt. Vorn am Altar stehen zwei Särge. Sie sind mit Landesfahnen bedeckt.

Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer war 43, Polizeimeister Thorsten Schwalm war 23 Jahre alt, als sie im Wald bei Mörfelden ermordet wurden. Die Mutter und die Freundin des jungen Beamten Schwalm, die Frau und die Kinder des Hundertschaftsführers Eichhöfer haben sich nicht eigens verabschiedet von ihrem Freund, Sohn, Mann, Vater. Sie konnten nicht ahnen, daß das zufällig zuletzt gewechselte Wort das endgültige war. Sie konnten auch kein unfreundliches Wort mehr zurücknehmen, konnten keine Zuneigung mehr in einen bewußten Abschied legen. Der Polizeichor singt „Mitten in dem Leben sind wir vom Tod umfangen".

Die Trauerfeier im Dom ist ökumenisch und warmherzig. Die drei Redner, der Darmstädter Kirchenpräsident Helmut Spengler, der Limburger Bischof Franz Kamphaus und Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann wiederholen sich nicht. Spengler wird selbstkritisch, fragt nach der Rolle seiner Kirche im Kampf um die Startbahn und ob sie den Anfängen rechtzeitig gewehrt habe. Im entarteten Staat hätten die Widerständler ihr Gesicht gezeigt.

Bischof Kamphaus zitiert die Geschichte vom Mann, der vor seinem Schatten wegläuft, ihm aber nicht entkommt. Auch eine relativ gute Gesellschaftsordnung habe ihre Schattenseiten. „Können wir uns den Schatten stellen, auch denen, die von einem autonomen Leben reden und über Leichen gehen?" Wer an Gott glaube, werde von dem Wahn geheilt, selbst das Heil bringen zu müssen. Der Polizeichor singt „Der Mensch lebt nur kurze Zeit". Tröstet ein solcher Trauerakt die Angehörigen? Gewiß, sie hören Rühmendes über ihre Toten. Die Tatsache, daß der Bundespräsident und viele wichtige Persönlichkeiten, daß so viele Kollegen aus der ganzen Bundesrepublik zum Gedenkakt nach Frankfurt gekommen sind, mag ihnen zeigen, daß sie nicht allein sind in ihrem Schmerz. Aber die Angehörigen bekommen Unterschiedliches zu hören. Der Politiker Wallmann sagt: „Wir wissen, daß wir Ihren Schmerz nicht lindern können." Bischof Kamphaus dagegen kommt aus seinem Glauben zu einer sehr tröstlichen Erkenntnis. Er behauptet: „Mitten im Tode sind wir von dem Leben umfangen." Kirchenpräsident Spengler stellt eine weitere Behauptung auf, an die sich automatisch eine Frage knüpft, die er aber weder stellt noch beantwortet. Er sagt den Angehörigen, was sie Schönes und Glückliches mit den Verstorbenen erlebt hätten, das könne ihnen auch der Tod nicht rauben. Aber daran knüpft sich die Frage, ob eben wegen solchen erlebten Glückes der Abschiedsschmerz nicht noch tiefer sein müsse, etwa bei der Freundin des Thorsten Schwalm, die doch die Welt seit neun Tagen wohl nur noch als absurd empfinden kann, deren Lebensentwurf durch Schüsse völlig durcheinandergeraten ist.

Im Frankfurter Dom ist mancher Mann zu beobachten, auch mancher uniformierte, der sein Taschentuch an die Augen hält. Ein Augenblick, der manchen mit den Tränen kämpfen läßt, ist erreicht, als zwei Polizisten, ein junger Mann und eine junge Frau, Fürbitten vortragen. Sie tun es ziemlich unbeholfen und deshalb um so anrührender: Daß es ein Ende haben solle mit dem Freund-Feind-Denken.

Der ehemalige Ministerpräsident Börner sitzt wie versteinert. Sein Nachfolger Wallmann spricht über einen Haß, der sich auch in Zahlen ausdrücken läßt: Vor drei Jahren 130 Verletzte an der Startbahn, im letzten Jahr 800. Der Staat müsse dem Haß entgegentreten, ohne selbst zu hassen. Wer die Bundesrepublik als Staat der Repression diffamiere, wer Haß säe, schaffe das geistige Umfeld, in dem Menschenverachtung und schließlich Gewalt gegen Menschen möglich werde. Vorn am Altar stehen zwei Särge. Es liegen zwei Tote darin.

„Mißratener Versuch der Besinnung"

BERLIN, 10. November (epd). Konvent und Allgemeiner Studentenausschuß (AStA) der Kirchlichen Hochschule Berlin haben die Forderung Rektor Schmithals' abgelehnt, den umstrittenen „Versuch der Besinnung" zu den Frankfurter Morden an Polizisten innerhalb der Hochschule nicht zu veröffentlichen. In einer Verlautbarung schreibt die Studentenvertretung, die durch das Papier hervorgerufenen Reaktionen zeigten, wie „dringend geboten eine solche, den allgemeinen Konsens nuanciert durchbrechende Stellungnahme war". In dem „Versuch der Besinnung", der an das Präsidium der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gerichtet war, hatte es geheißen, die „Wahllosigkeit und Willkür Kreuzberger Knüppelnächte und Wackersdorfer Hetzjagden" habe jetzt ihre Entsprechung in den „Ausdrucksformen eines Teiles des linken Spektrums" gefunden. Die Frankfurter Polizistenmorde wurden in dem Papier jedoch eindeutig verurteilt. Bischof Kruse hatte den Studentenbrief als „wirr und unverantwortlich" bezeichnet und den Rektor der Kirchlichen Hochschule um eine Stellungnahme gebeten.

In der Veröffentlichung stellen AStA und Konvent fest, der Rektor sei „unter Einsatz aller Mittel" entschlossen, einen „konstruktiven Dialog" über die Frankfurter Ereignisse zu unterbinden. So habe er angekündigt, im Falle einer weiteren Veröffentlichung des Papiers auch nur innerhalb der Hochschule eine Zwangsexmatrikulation der Studentenvertreter zu erwägen. Gegen diesen „Versuch der Zensur" und den „unverhohlenen Drohungen des Rektors" werden sich die Studentenvertreter nicht beugen, heißt es in der Erklärung.

Schmithals sagte am Dienstag, er habe die Studentenvertreter gebeten, der Kirchlichen Hochschule „nicht weiteren Schaden zuzufügen" und von einer Publizierung des an die EKD-Synode gerichteten Papiers abzusehen. Zugleich habe er die Studentenvertreter darauf hingewiesen, daß sie mit ihrem Schreiben an die Synode die Satzung der Kirchlichen Hochschule verletzt hätten, die dem AStA als Zwangskörperschaft aller Studierenden kein allgemeinpolitisches Mandat zugestehe. Nach der Immatrikulationsordnung könne exmatrikuliert werden, wer gegen die Satzung der Kirchlichen Hochschule verstößt.

„Gute Chancen für Vermummungsverbot"

Fin. MÜNCHEN, 10. November. Der bayerische FDP-Vorsitzende Brunner, der schon vor der Ermordung zweier Polizisten an der Frankfurter Startbahn West die Meinung geäußert hatte, die FDP habe sich bei ihrer Ablehnung des Vermummungsverbots „verrannt", sieht gute Chancen für eine Zustimmung seiner Partei zu einer Verschärfung des Demonstrationsrechts. Brunner verweist dabei auf den Beschluß des Landeshauptausschusses der bayerischen FDP vom vergangenen Wochenende in Kempten. Vermummte seien „Feinde der Liberalen und für Demokraten verabscheuungswürdig". Diese Stellungnahme entspricht einem Beschluß, den der Landesvorstand der bayerischen FDP schon am 1. März 1982 gefaßt hatte. Damals war „grundsätzlich" festgestellt worden, daß „die Vermummung dem Wesen einer Demonstration als Signal persönlicher Willensäußerung zuwiderläuft und deshalb aus liberaler Sicht abzulehnen ist".

Als „Schlüsselsatz" des Kemptener Beschlusses bezeichnet Brunner die Aufforderung, jetzt, das heißt nach den Morden von Frankfurt, zu prüfen, ob ein Handlungsbedarf bestehe. Dieser „Schlüsselsatz" richte sich gegen den Standpunkt von Baum und Hirsch, die beide erklärt hätten, durch jenes Verbrechen sei die politische Situation nicht geändert worden. Brunner sagte, seine Wertung, die FDP habe sich in dieser Frage „verrannt", werde mittlerweile von vielen Parteifreunden geteilt, wenngleich er es dem bayerischen Landeshauptausschuß noch nicht habe „zumuten" wollen, den Irrtum durch einen förmlichen Beschluß einzugestehen. Am kommenden Freitag führen das Bundesinnenministerium und das Bundesjustizministerium eine Anhörung durch, bei der Polizisten, Staatsanwälte und andere Experten ihre Meinung darlegen werden. Brunner ist „zuversichtlich, daß die FDP sich bewegen wird", vorausgesetzt, die Anhörung verdeutliche jenen Handlungsbedarf, den sogar die Delegierten des Kieler FDP-Bundesparteitages für möglich gehalten haben könnten, als sie beschlossen, an der Rechtslage festzuhalten, solange keine neuen Erkenntnisse vorlägen. Brunner meint, daß seine Partei nun über diese neuen Erkenntnisse verfüge.

FAZ 11.11.

FAZ 11.11.

Fragen eines Polizisten nach den Morden an der Startbahn West
Wer sind die Täter – wer trägt Mitschuld?

Von Rainer Aretz

Nach allem, was man über den Mord an zwei Polizisten an der Frankfurter Startbahn West weiß oder annehmen muß, geht der Täter oder gehen die Täter aus dem diffusen Spektrum derer hervor, die das Fernsehpublikum seit Jahren als maskierte, lederbekleidete Polit-Horden kennt, die ihre gewalttätigen Spuren in Kreuzberg, Hamburg, Brokdorf, Wackersdorf und am Frankfurter Flughafen hinterlassen haben. Zu dem Spektrum gehören aber auch diejenigen, die in der Maske des Biedermannes nach einem bürgerlichen Achtstundentag mit Selbstlaboraten gefüllte Feuerlöscher zum Bersten bringen.

Diffus erscheint diese Schar auch den Sicherheitsbehörden, die Probleme haben, sie richtig einzuordnen. Diese Leute nennen sich selbst „Autonome", „Antiimperialisten", „Revolutionäre Zellen", „Illegale Militante", und einige von ihnen bilden als „Kämpfende Einheiten" das direkte Bindeglied zur terroristischen RAF. Sie lehnen feste ideologische und organisatorische Strukturen ab, treffen sich in kleinen Zirkeln und aktivieren sich aus aktuellen Anlässen. Ihre eigene Stärke sehen sie in der „Unberechenbarkeit phantasievoller Kleingruppenaktionen im Schutze der Nacht". Im ganzen Bundesgebiet wird ihre Zahl auf 2000 bis 3000 geschätzt, ihr Gewaltpotential im Rhein-Main-Gebiet beträgt etwa 300 Personen.

Parolen wie „Feuer und Flamme für den Staat", „Zerschlagen wir die Nato", „Zerschlagen wir den Staat", „Haut weg den Scheiß", „Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" und „Einheit im antiimperialistischen Kampf drinnen und draußen" lassen ihre Zielsetzung erkennen, ihre geistig-ideologische Nähe zur RAF, und verkörpern Motivationsschub nach innen und demonstrieren Kampfeswillen nach außen.

Stehen die Zeichen auf Kampf, verbergen sie mit Sturmhauben ihre Gesichter, und in schwarzes Leder gekleidet schießen sie hinter Bauzäunen in Wackersdorf, Brokdorf und an der Startbahn West Stahlkugeln und Signalmunition auf Polizisten oder werfen Brandsätze.

Man wird sie bald wiedersehen

Sie fällen Strommasten, bringen vermeintliche Züge der amerikanischen Armee zum Entgleisen, verwüsten Innenstädte, brandschatzen Baugeräte und Firmenfahrzeuge sowie Kaufhausketten und sprengen mit selbstgebastelten Bomben Fassaden von Rüstungsfirmen, Justiz-, Verwaltungs-, Militär- und Polizeigebäuden in die Luft. Nach Mafia-Methode „bestrafen" sie ausgewählte Repräsentanten des „Unterdrückungsapparates" durch Schüsse in die Beine (zum Beispiel den Leiter des Ausländeramtes in Berlin) [illegible] wie dem angeblich unbeabsichtigten Mord 1981 am hessischen Wirtschaftsminister Karry. Neuerdings mengen sie ihren Bomben nach RAF-Muster Nägel und Schraubenmuttern bei, um vermehrt Menschenleben zu gefährden.

Ein Teil von ihnen verkörpert den „legalen Bereich" der RAF, leistet Unterstützer- und Werbedienste. Bei ihren Aktivitäten kopieren sie Verhaltensweisen des in der Illegalität lebenden harten Kerns der RAF nach Vorgaben derer „Positions- und Strategiepapiere". Sie stellen das Bindeglied im „gemeinsamen Kampf" dar, veranstalten Aufzüge in Stammheim und unterstützen Hungerstreikaktionen. Sie brauchen die RAF als intellektuellen Kader für strategische und taktische Direktiven – umgekehrt werden sie von der RAF als Kanalarbeiter gebraucht.

Was das Wesentliche ist: aus diesem diffusen Haufen rekrutiert die RAF ihren Nachwuchs. Wem Militanz an Bauzäunen, berstende Feuerlöscher oder gefällte Strommasten zu banal erscheinen, der taucht in den Untergrund ab und schließt sich dem harten Kern für den „bewaffneten Kampf" an. Drei Gesichter aus dem Frankfurter Raum zieren in exemplarischer Weise das jüngste BKA-Fahndungsplakat.

450 Brand- und Sprengstoffanschläge, beinahe jeden Tag eine gewalttätige Demonstration sowie 770 verletzte Polizeibeamte kennzeichneten 1986 den blutigen Weg dieser Aktivisten.

Natürlich wird es nach dem Polizistenmord auch in ihren Reihen kontroverse Diskussionen geben wie nach dem Mord der RAF an dem amerikanischen Soldaten Pimental, dessen ID-Card man für den Anschlag vom 8. August 1985 auf die Frankfurter US-Air-Base brauchte. Nicht alle identifizieren sich mit der Qualität der Gewalt, die die Bewohner der Hamburger Hafenstraße per Transparent demonstrierten („Zwei sind nicht genug"). Deshalb jedoch zu glauben (wie einige es jetzt tun), man könnte sie durch gutes Zureden auf den Pfad der Tugend zurückführen, aus der „Isolation in die Integration" (so sagte es Daniel Cohn-Bendit), erscheint höchst fragwürdig und naiv oder aber vordergründig.

Wir werden sie bald wiedersehen, wenn die Wogen der Entrüstung sich geglättet haben. Sie sind Nihilisten, unfähig zum Dialog. Auf Bekehrungsversuche sogenannter „gewaltfreier Gruppen" in der Vergangenheit reagierten sie mit Ablehnung und Spott. Sie wollen keine „Latsch-Demos" orthodoxer Kommunisten – sie akzeptieren solche allenfalls als taktisches Konzept im Rahmen eines „Minimalkonsenses". Sie sind Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wie ihre „großen Brüder der RAF", und sie sind viel zu lange verharmlost worden. Sie müssen mit aller Entschlossenheit durch rechtsstaatliche Mittel bekämpft werden, will der Staat nicht vor ihnen kapitulieren.

Als finalen Höhepunkt erschossen sie zwei Polizisten während einer gewalttätigen Demonstration an der Startbahn West und verletzten andere schwer. Damit hat Ulrike Meinhofs Losung von 1970 „... Polizisten sind Schweine, ... und natürlich kann geschossen werden ..." nun auch sie erreicht. Und darin ist die eigentlich neue Dimension der Gewalt zu sehen: sie unterscheiden sich nicht mehr vom harten Kern der terroristischen RAF. Die oft propagierte „Einheit im antiimperialistischen Kampf" ist auf nationaler Ebene vollzogen – eine Polizeipistole in der Hand des Gegners hat es ermöglicht.

Es muß auf den sinnentstellenden Fehler hingewiesen werden, von einer „neuen Dimension der Gewalt" zu reden. Diese gibt es seit Jahren im Bewußtsein der vermummten Köpfe und Feierabend-Bombenleger. Sie ist jetzt erstmals sichtbar geworden. Lediglich äußere Umstände, Zufälligkeiten verhinderten bislang, daß Stahlkugeln oder Brandsätze Polizisten töteten.

Dies alles hätten interessierte Politiker, aber auch alle Bürger und Funktionsträger des öffentlichen Lebens in den jährlich [illegible] Pflichtlektüre sein. Die Politiker sind wieder „betroffen", „schockiert", „entsetzt" und „empfinden Trauer und Mitgefühl". Sie üben „Einigkeit und Geschlossenheit aller Demokraten" in der „Verurteilung des abscheulichen Verbrechens" – bis gegensätzliche Ideologien in geforderten Konsequenzen sie wieder entzweien. Selbstverständlichkeiten werden gefordert wie „die rasche Aufklärung des Verbrechens und Bestrafung der Täter". Einige meinen, dies sei nicht der Augenblick für Schuldvorwürfe. Das mag richtig sein. Doch die Fragen nach Ursachen und Zusammenhängen der schrecklichen Gewalttat lassen sich nur in Verbindung mit der Schuldfrage beantworten. Die Fragen müssen jetzt gestellt werden, im Angesicht zweier ermordeter Gesetzeshüter – wann sonst?

Mit der Klärung der juristischen Schuldfrage allein ist es nicht getan, damit werden die Gerichte sich eines Tages befassen. Es geht um die moralische Schuld, die uns alle angeht: Staat, Gesellschaft, aber auch der Polizei, aus deren Reihen die jüngsten Opfer hervorgingen.

Wie konnte es zur Tat kommen? Die Ursachen sind vielfältig, liegen aber zuallererst in der zunehmenden Selbstaufgabe unseres Staates und einer mangelnden Bereitschaft zur couragierten Wehrhaftigkeit. Die Medien tragen ihren Anteil. Das Fernsehen lieferte uns die Polit-Krimis der Straße frei Haus. Belange von Minderheiten wurden überdimensional dargestellt, der mehrheitliche Wille des Volkes kam meistens zu kurz. Man sah prügelnde Polizisten, selten die Ausgangslagen und noch seltener die maskierten Kämpfer mit der Stahlschleuder. Die Bilder verletzter Demonstranten überwogen gegenüber denen verletzter Polizisten. Polemische Kommentare standen im Widerspruch zu den gezeigten Bildern. Die Polizei schnitt in der Regel schlecht ab. Bürgerinitiativen, Friedensbewegte, gar Chaoten gaben ausführliche Erklärungen ab – die Sicherheitsorgane kamen nur selten zu Wort.

Und die Polizei? Sie wurde mehr und mehr in die Defensive gedrängt, zur Untätigkeit verbannt. Toleranz und abermals Toleranz wurde von innen und außen gepredigt, „nur nicht provozieren" war das stete Gebot der Stunde. Ausgerechnet denen gegenüber, die mit aller Energie unseren Staat zerstören wollen. Ein allzu progressives Management stimmte in das Deeskalationsgesäusel ein, das von denen angestimmt worden war, die nicht immer zweifelsfrei für den Erhalt unserer Grundwerte eintraten. In manchen Einsatzbefehlen wurde „vom Schutz der Demonstration" gesprochen, als sich die Beamten längst vor der Demonstration schützen mußten. Manche wissen nicht, was gespielt wird, andere lehnen aus durchsichtigen Motiven ein Vermummungsverbot ab. Die Beamten „an der Front" haben schon lange kein Verständnis mehr, daß sie durch die Politik, aber auch die polizeiliche Einsatzleitung mitunter im Stich gelassen werden. Und so mancher Volksvertreter polemisierte lieber gegen die Polizei, anstatt ihr für die schwierige Aufgabe den Rücken zu stärken.

Die Chaoten hoffähig gemacht

Und die Gesellschaft? Wir alle haben die Chaoten hoffähig gemacht, haben weggesehen, uns aus Bequemlichkeit untergeordnet und ihren haßerfüllten Aktionismus hingenommen. Man hat sie gehätschelt, als „verirrte junge Leute" verharmlost und damit ihre kriminelle Energie verkannt. Man verzieh ihr Handeln mit indizierter Chancenlosigkeit und vergaß dabei die, die bei gleicher Ausgangslage gesellschaftlich integriert blieben. Der Kreis schloß sich mit System: jedem Gewaltakt von außen folgte (beinahe unbemerkt) ein Stück Nachgeben von innen, nach dem Prinzip jeder Revolution.

Alle diejenigen, die die Schrift an der Wand gesehen, aber weggeschaut haben aus Opportunismus, stehen in tiefer Schuld. Wie können wir die Entwicklung aufhalten? Wir alle müssen uns auf die Werte besinnen, die es im Geiste unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erhalten gilt. Dazu gehört eine moralische Stärkung unserer Polizei, die Garant für Sicherheit und inneren Frieden ist. Dazu gehören Vertrauen, politische und gesellschaftliche Rückendeckung, aber auch verbesserte soziale und materielle Rahmenbedingungen. Dazu gehören Gesetze, die unsere Grundwerte erhalten, Bürger und Polizei schützen und Rechtsbrecher ins Abseits stellen. Wir brauchen ein strafbewehrtes Vermummungsverbot und einen ernst zu nehmenden Landfriedensbruchparagraphen. Wer nach diesen Ereignissen noch immer die Zusammenhänge von Maskierung und eskalierender Gewalt leugnet, handelt unverantwortlich und befindet sich auf einem gefährlichen Irrweg.

Gewiß, ein Vermummungsverbot hätte den Mordschützen der Nacht nicht von seinem kriminellen Einsatz abgebracht – so wie auch künftig Bankräuber ihre Bank maskiert betreten werden. Es geht um die Prävention eines Strafgesetzes anstelle von Ordnungsrecht, um aufkeimende Gewalt im Ansatz verhindern zu können. Die Polizei wird mit dem Legalitätsprinzip fertig, sie hat jahrzehntelange Einsatzerfahrung. Wir haben eine Polizei mit hoher demokratischer Gesinnung, die durch rechtsstaatliches Handeln das Vertrauen der Bürger nicht nur im Inland genießt und deren Qualifikation international anerkannt ist. Das darf nicht verspielt werden.

Fahndung nach einem Mittäter

Haftbefehl erlassen / Selbstbezichtigungsschreiben in Bankfach entdeckt

KARLSRUHE, 10. November (dpa). Im Zusammenhang mit den beiden Polizistenmorden an der Frankfurter Startbahn West hat der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof (BGH) auf Antrag des Generalbundesanwaltes wegen des dringenden Verdachts der Mittäterschaft Haftbefehl gegen den noch flüchtigen 24 Jahre alten Frank Hoffmann aus Mörfelden-Walldorf erlassen. Damit bestätigte der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Förster, am Dienstag eine entsprechende Vorab-Information der Illustrierten „Stern". Nach den bisherigen Ermittlungen sei Hoffmann dringend verdächtigt, gemeinsam mit dem bereits seit einer Woche in Untersuchungshaft sitzenden Andreas Eichler an der Ermordung der beiden Polizeibeamten sowie der Verletzung anderer Beamter beteiligt gewesen zu sein. Die Tatwaffe, eine 1986 bei einer gewalttätigen Demonstration in Hanau einem Zivilfahnder gestohlene Polizeipistole vom Typ Sig-Sauer Kaliber neun Millimeter, war im Zusammenhang mit der Festnahme Eichlers in der Wohnung seiner Freundin in Frankfurt sichergestellt worden.

Nach Angaben des Karlsruher Sprechers ist anzunehmen, daß die Schüsse zwar von Eichler abgegeben worden seien, diese Aktion jedoch in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit Hoffmann geschehen sei. Der Flüchtige habe sich in einem von ihm verfaßten Schreiben, das in seiner Wohnung in Mörfelden-Walldorf gefunden worden sei, zur „Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes an der Startbahn West gegen die Polizei" bekannt, hieß es in Karlsruhe. Laut Bundesanwaltschaft meint Hoffmann damit ausdrücklich den Kampf mit Pistolen und hält es für möglich, „die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir .... Bullen töten".

Der Gesuchte hielt sich nach Angaben Försters am 2. November zusammen mit Eichler am Tatort auf. In polizeilichen Vernehmungen habe Eichler angegeben, die Tatwaffe von Hoffmann erhalten zu haben. Unterdessen stellten die Sicherheitsbehörden aus einem Frankfurter Bankschließfach mehrere „Selbstbezichtigungsschreiben", eine Liste mit Namen von Bankiers und Industriemanagern sowie eine Auflistung von Firmen sicher, die am Bau der Startbahn West beteiligt gewesen waren. Auf den Schlüssel zu diesem Safe waren die Beamten bei der Festnahme Eichlers aufmerksam geworden. Im Schließfach befanden sich ferner zwei handgeschriebene Blätter mit Namen von Bankiers und Industriemanagern. Die Liste, die sich nach Förster nur auf die Anfangsbuchstaben A und B beschränkt, enthält die Namen und Funktionen von 33 Personen jedoch ohne Anschrift.

Keine Angaben wollte Förster dazu machen, ob und inwieweit sich der Beschuldigte Andreas Eichler zu diesen Schließfach-Funden geäußert hat. Der 33jährige bestreitet, die tödlichen Schüsse während der gewaltsamen Demonstration am Startbahngelände auf die Beamten abgefeuert zu haben. Er erklärte, die Waffe sei ihm zugesteckt worden. Die Bundesanwaltschaft bestätigte, daß Eichlers Telefon seit Anfang Oktober aufgrund einer richterlichen Anordnung abgehört und dessen Wohnung beobachtet worden sei. Aus den Telefongesprächen hätten sich aber keine Anhaltspunkte für einen bevorstehenden Anschlag ergeben.

Auch Genscher und Lambsdorff gegen schärfere Gesetze

ban. BONN, 10. November. Neben dem stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Baum treten auch Außenminister Genscher und der FDP-Abgeordnete Lambsdorff gegen eine Änderung des Demonstrationsstrafrechtes ein. Dies verlautete am Dienstag in Führungskreisen der FDP, die auf Äußerungen der Politiker im FDP-Präsidium verwiesen. Die Auffassung der drei FDP-Politiker habe sich gegenüber dem FDP-Parteitag im September in Kiel nicht verändert. Je stärker der Druck aus der CSU auf die FDP wachse, desto geringer werde deren Bereitschaft zu Gesetzesänderungen. Einen Tag vor der Anhörung von Polizeifachleuten am Freitag im Innenministerium soll „eine Reihe namhafter Polizeiführer" von Innenpolitikern der CDU/CSU-Fraktion befragt werden. Dies teilten die Abgeordneten Gerster (CDU) und Fellner (CSU) mit.

Abschied von den Frankfurter Mord-Opfern
Trauerfeier im Dom

Ministerpräsident Wallmann: Nun entschiedenes Handeln / „Den Haß überwinden" / Schweigemarsch der Polizei

ln. FRANKFURT, 10. November. In und um den Frankfurter Dom haben am Dienstag etwa 20000 Menschen, unter ihnen Tausende von Polizisten, der am vergangenen Montag an der Startbahn West ermordeten Polizisten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm gedacht. An der Trauerfeier im Dom nahmen Bundespräsident von Weizsäcker, mehrere Bundesminister, das hessische Kabinett, Vertreter der Sicherheitsbehörden, der Wirtschaft und der Kirchen teil.

Ministerpräsident Wallmann sagte in seiner Ansprache, die Politiker dürften es nicht bei ihrer Trauer bewenden lassen. Zu den Angehörigen gewandt, sagte er: „Wir wissen, daß wir Ihren Schmerz nicht lindern können. Wir wissen nur, daß wir nicht zur Tagesordnung übergehen dürfen." Die Politiker hätten die Pflicht, die Polizisten so auszubilden und auszurüsten, daß sie ihren Friedensdienst tun könnten, auch gegenüber Personen, die den demokratischen Staat als handlungsunfähig darstellen wollten.

Wallmann kündigte „entschiedenes Handeln" an. Dabei dürfe der Staat aber den Feinden der Menschlichkeit nicht mit unmenschlichen Mitteln entgegentreten. Auch die beiden ermordeten Polizisten hätten sich nie zu Haß hinreißen lassen. Sie hätten bei ihrem Einsatz an der Startbahn niemanden angegriffen, niemanden bedroht und gegen niemanden die Waffe erhoben. Vor allem Klaus Eichhöfer habe sich durch seine „ruhige Überlegenheit und sein hohes Verantwortungsgefühl" ausgezeichnet.

Wallmann sagte, Haß könne nicht vom Gesetzgeber verboten werden, ihn zu überwinden sei die Aufgabe aller. Politiker blieben in Schuld befangen. Oft würden sie das Recht nicht erkennen und über dem Kampf um Macht die staatliche Legitimation vergessen. Bei aller Unzulänglichkeit sei der Staat „unserer Liebe wert, weil er Frieden, Toleranz und Liebe will". Wer Terrorismus wünsche oder einen Unterschied zwischen krimineller und politischer Gewalt mache, habe aus der Vergangenheit keine Lehre gezogen.

Im kirchlichen Teil der Trauerfeier sprachen der Limburger Bischof Franz Kamphaus und der Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Spengler, den Angehörigen der beiden Polizisten Trost zu. Spengler sagte, Bürger und Beamte müßten einander wieder ein menschliches Gesicht zeigen. In diesem Sinne könnten alle dazu beitragen, daß die beiden Familien nicht nur mit Bitterkeit auf das Schicksal der Ermordeten zurückblicken müßten.

Die Trauerfeier fand in der Bevölkerung große Anteilnahme. Der Römerberg war voller Menschen, die mit Aufmerksamkeit und offenkundiger Betroffenheit der Lautsprecherübertragung zuhörten. Die aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Polizeibeamten zogen im Anschluß an die anderthalbstündige Feier in einem Trauermarsch durch die Frankfurter Innenstadt. Die Ermordung der beiden Polizisten wird auch heute bei der Plenarsitzung des Hessischen Landtags das wichtigste Debattenthema sein. Zeitgleich mit dem Gottesdienst in Frankfurt fanden auch in anderen Städten wie Berlin, Düsseldorf, Kassel, Stuttgart und München Gedenkstunden statt. (Weitere Berichte Seiten 2 und 3.)

Feierliches im Dom

Me. Es ist nicht schwierig, es drängte sich auf, eine Trauerfeier wie am Dienstag im Frankfurter Dom auszurichten. Solches zu arrangieren, verstehen Politiker nur zu gut. Aber zu fragen ist nicht in erster Linie, ob der Trauerakt für die zwei ermordeten Polizisten erhebend war, sondern ob er etwas bewirkt. Das wird man sehen – oder auch nicht. Denn könnte nicht gerade das In-Szene-Setzen eines feierlichen Gedenkens an zwei Mordopfer, auch das bereitwillige Ermöglichen des tausendfachen friedlichen Demonstrierens von Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet durch Freistellung vom Dienst, die Bemäntelung sein dafür, daß man nichts tut? Man müßte bei einem derartigen Verdacht noch nicht einmal von beabsichtigter Täuschung, man brauchte nur von eingeschliffener politischer Gewohnheit zu sprechen: Mit einer Feier, die sich abends in den Wohnstuben auf den Fernsehschirmen millionenfach wiederholt, ist zunächst einmal Genüge geschehen. Ob dann wirklich Konsequenzen gezogen werden und welche, ist eine ganz andere Sache.

Deshalb gebührt den Worten eines der Kirchenmänner der Vorzug, die Selbstkritik enthielten. Der evangelische Kirchenpräsident stellte die Frage, ob die Kirchen den Anfängen gewehrt und ob sie stets die christliche Bejahung des Staates verdeutlicht hätten. Daß es daran gefehlt hat, ist in schlechter Erinnerung. Sie haben, zumal die evangelische, statt dessen mit Talaren und sogar gottesdienstlichen Handlungen manchen Arglosen für Rechtsbruch ein gutes Gewissen gemacht. Darauf haben andere nur gewartet.

Bei den Kirchen scheint ein Umdenken in Gang zu kommen. Ein Gleiches bedeutet das Versprechen des hessischen Ministerpräsidenten leider noch lange nicht. Er sprach nur davon, daß die Politiker es nicht mit Trauer und Bestürzung genug sein lassen dürften, „weil sie sonst schuldig würden". Ohne Anerkennung bereits zurückliegender Schuld sind Zusicherungen, künftig nicht schuldig werden zu wollen, nur ungedeckte Wechsel auf die Zukunft. Denn war das etwa nicht abzusehen, die zwei Särge im Dom? Zusicherungen, nicht schuldig werden zu wollen, könnten sogar als eine Art Opium fürs Volk dienen, wenn nicht tatsächlich etwas geschieht, das der Notwendigkeit zur Wiederholung von Trauerfeiern wie am Dienstag vorbeugt. Auch, wenn es unbequem ist.

FAZ 11.11

Startbahn-Morde: Haftbefehl gegen Freund Eichlers

Frankfurt (ap). – Der nach den Todesschüssen auf zwei Polizisten an der Startbahn West unter Mordverdacht verhaftete Andreas Eichler hatte wahrscheinlich einen Komplizen. Die Bundesanwaltschaft teilte am Dienstag mit, daß auch gegen den 24jährigen Frank Hoffmann aus Mörfelden-Walldorf Haftbefehl erlassen wurde. Der Beschuldigte ist flüchtig. Hoffmann ist dringend verdächtig, zusammen mit Eichler die Morde begangen zu haben. Es sei davon auszugehen, daß Eichler die Schüsse abgegeben habe, aber „es besteht der dringende Verdacht, daß dies in bewußtem Zusammenwirken mit Hoffmann geschehen ist", sagte ein Sprecher. Hoffmann habe in einem Schreiben, das in seiner Wohnung gefunden wurde, den Kampf mit Pistolen befürwortet und geschrieben, er halte es für möglich, „die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir ... Bullen töten." Hoffmann habe sich in der Mordnacht am Tatort aufgehalten. Eichler hat inzwischen ausgesagt, die Tatwaffe von Hoffmann erhalten zu haben (siehe Bericht auf SEITE 4).

Der Schweigemarsch der Polizei

Mit vier berittenen Polizeibeamten an der Spitze setzte sich der Trauermarsch kurz vor 13 Uhr an der Paulskirche im Nieselregen in Bewegung. Als die Spitze eine gute Dreiviertelstunde später das Polizeipräsidium an der Friedrich-Ebert-Anlage passierte, stand das Ende des Zuges noch immer an der Berliner Straße. Hinter wenigen Transparenten, die auf schwarzem oder weißem Grund nur die zwei Worte trugen „Wir trauern", marschierten neben einigen Politikern und ein paar Dutzend Bürgern fast nur Schutzleute. Doch im Gegensatz zum Frankfurter Demonstrationsalltag hieß es am Straßenrand nicht „Nichts wie weg. Die sind wieder unterwegs".

Ladenbesitzer an der Route des Schweigemarsches kamen samt Kunden nach draußen, in den Büros von Banken, Baufirmen, Bundesrechnungshof oder Bundesbahnverwaltung standen die Bediensteten am Fenster. Selbst aus den Rotlichtstraßen des Bahnhofsviertels, wo die Polizei gewöhnlich nicht gerade gern gesehen ist, kamen die Neugierigen zur Taunusstraße gelaufen, und einer, der vermutlich gar nicht wußte, um was es ging, drückte seine Fassungslosigkeit über den nicht enden wollenden grünen Lindwurm mit den Worten aus: „Soviel Polizei war noch nie im Bahnhofsviertel." Dachdecker auf dem Eckhaus Weser- und Taunusstraße stellten ihre Arbeit ein, Mittagspausler in den Imbißstuben am Straßenrand ließen Bratwurst und Pommes frites kalt werden. Und selbst dort, wo das Gesetz nicht gerade die Bibel ist, hieß es einhellig: „Das an der Startbahn war eine Sauerei."

Gewählter drückten sich später bei der Abschlußkundgebung auf dem Messegelände Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus, erhielten mitunter im weiter nieselnden Regen Beifall der Anwesenden, doch es schien, als sei der Tod der Polizisten in den letzten acht Tagen von so manchem zu sehr für seine eigenen Interessen benutzt worden. Von Paragraphenfeilscherei angesichts feiger Morde war die Rede, von Alibidiskussionen der Politiker, von denen noch kein vernünftiger Gedanke gekommen sei, der der Polizei helfen könne.

Den Ton, der bei Polizisten nach dem schrecklichen Geschehen und endlos langen Fernsehdiskussionen auf allen Kanälen über zur Gewalt verführte sogenannte Demonstranten noch ankommt, fand vielleicht der GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz, als er sagte, zwei Sätze eines Frankfurter Kollegen hätten ihn mehr beeindruckt, „als alles, was in den letzten Tagen gesagt, gefragt und angekündigt wurde". Der Polizist Eckhard Niebergall hatte (F.A.Z. vom 5. November) über seine an der Startbahn ermordeten Kollegen schlicht geäußert: „Sie waren das letzte Glied in der Kette. Es gab niemanden, an den sie den Handlungsauftrag weiterschieben konnten."

FNP 11.11.

„An einer Startbahn sind wir am Ende"

Von Peter Fischer

Frankfurt. – Über die Särge der Ermordeten sind hessische Landesflaggen gebreitet. Sechs Kameraden halten die Ehrenwache. Ihre Gesichter wirken wie versteinert. Im Portal des Frankfurter Domes hangen 11 Kränze – letzter Gruß der Kollegen aller Bundesländer und aus Berlin. Rund 20000 sind in Mannschaftswagen nach Frankfurt gekommen, um ihre toten Kollegen ein letztes Mal zu ehren.

Die meisten müssen v o r dem Dom an der Trauerfeier für Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm teilnehmen. *Über Lautsprecher hören sie auch ihre jungen Kollegen Thomas Fischer (23) und Bettina Schur (24) beten: „Herr unser Gott. Wir bitten Dich um den inneren und äußeren Frieden in unserer Gesellschaft – daß das unversöhnliche Blockdenken überwunden wird."* Die Stimme der jungen Polizeimeisterin Bettina Schur zittert ein wenig. Aber sie trifft genau die Stimmung der über 600 Trauergäste im Frankfurter Dom und der fast 20 000 davor: Erschütterung, Hilflosigkeit gegenüber der Eskalation der Gewalt.

Frankfurts Stadtdekan Greef eröffnet den ökumenischen Trauergottesdienst für die an der Startbahn West ermordeten Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm: „In unserer Trauer suchen wir Trost, Geborgenheit und Hilfe bei Gott."

Die Kameras des Fernsehens und der Fotografen richten sich über die blumengeschmückten Särge der Toten hinweg auf Anita Eichhöfer und ihre Söhne Sven (23), Dirk (20) und Frank (19) – auf Gabi Rose, die Verlobte von Thorsten Schwalm, auf seine Eltern Anna Sieglinde und seinen jüngeren Bruder Mathias. Kirchenpräsident Helmut Spengler empfindet, wie den Angehörigen zumute sein muß: „Wir alle spüren, daß die Lichter der Öffentlichkeit verweinten Augen wehtun. Deshalb möchte ich Ihnen versichern: Diese große Trauergemeinde besteht aus vielen einzelnen Menschen, die Ihren Schmerz mittragen wollen."

Trost kann das natürlich für die Angehörigen der Toten nicht sein. Auch nicht die Erkenntnis, daß die beiden Beamten für uns alle gestorben sind. Oder doch? Präsident Spengler: „Wenn Gott zum Leben ruft, dann können auch wir zum Trost beitragen, sofern die beiden trauernden Familien erleben können, daß dieses Sterben in unserem Lande etwas verändert hat."

Die ganze Hilflosigkeit der Trauernden über das schreckliche Geschehen drückt der Limburger Bischof Franz Kamphaus aus: „Es ist paradox: An einer Startbahn sind wir am Ende."

Aber Kamphaus zeigt einen Weg. Am Beispiel der Geschichte des Mannes, der vergeblich versucht, seinem Schatten wegzulaufen: „Auch ein relativ gutes Gesellschaftsgefüge hat seine Schattenseiten, wirft Schatten, stellt Menschen in den Schatten. Nur wenn wir nicht dem eigenen Schatten davonlaufen, können wir denen Einhalt gebieten, die eine paradiesische Gesellschaft schaffen wollen und dabei die Hölle entfesseln, die von einem autonomen Leben reden und dabei über Leichen gehen."

Der rettende Schatten des Baumes der Geschichte, in dem der eigene Schatten veschwindet, ist für Kamphaus das Kreuz – als Baum des Lebens.

Zwischen den Ansprachen von Spengler und Kamphaus singt der hessische Polizeichor „Mitten im Leben sind wir vom Tode umfangen". Die Menschen im spätgotischen Kaiserdom und draußen an den Lautsprechern lauschen ergriffen.

Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann hat das letzte Wort im Dom. Er appelliert an die Pflicht der Bürger dieses Staates, alles zu tun, damit Haß und Verblendung überwunden werden.

Als die letzten Klänge der Trauermusik von Mozart – gespielt vom Hessischen Polizeiorchester – im Dom verhallen, bleiben alle noch minutenlang sitzen – Ehrfurcht vor den Toten, die so jung und so sinnlos gestorben sind.

Ein Meer von Uniformen vor dem Dom und auf dem Römer

Von wegen Polizeistaat

Die vielen Polizeibeamten, die gestern zur Trauerfeier nach Frankfurt kamen, machten uns eines deutlich: Wir leben nicht in einer Republik, in der die „Bullen" die angeblich rücksichtslose Staatsgewalt repräsentieren. In unserer Republik gehören sie zu den benachteiligten, unterprivilegierten, höchstem Risiko ausgesetzten Minderheiten. Einen Großeinsatz nehmen viele von uns kritiklos nur hin, wenn die Ordnungshüter ausnahmsweise als Demonstranten auftreten, wenn sie im wahrsten Sinne des Wortes ihre Trauer und ihre Niedergeschlagenheit demonstrieren.

Polizeibeamte sind an Weisungen gebunden. Den meisten von ihnen ist Kadavergehorsam fremd. Einige von ihnen haben mehrmals vorgeführt, wie ihnen zumute ist, wenn sie von Politikern aus Mangel an Courage im Stich gelassen werden. „Sorgt unter allen Umständen für Ordnung, aber daß mir ja keine Beschwerden kommen!" So oder so ähnlich lautet doch fast immer die Order. Gelegentlich hat die Polizei sich daran gehalten und demonstrierenden Pöbel wüten lassen. Viel öfter hat sie nach besten Kräften versucht, ihres Amtes zu walten. Und weil nicht nur die angeblich idealistischen Randalierer menschliche Gefühle haben, sondern auch Polizisten, geraten diese zuweilen in Rage, wenn der Mob an ihnen mordwütig sein Mütchen kühlt. Verglichen mit den bösartigen Krawallmachern sind die meisten von ihnen Muster an Selbstdisziplin und Zurückhaltung. Ausnahmen bestätigen die Regel. Wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen, meinte auch Hessens Ministerpräsident im Frankfurter Dom. Widerspruch! Wir müssen endlich die Tagesordnung ändern, und zwar für viele, viele Tage, die Jahre ausmachen. Denn es sind die politischen Verrückten von der „RAF", den „Roten Zellen", den „Autonomen" und wie die Psychopathen alle heißen, die auf einen Polizeistaat hinarbeiten. PAUL PUCHER

Von Herbert Reinke-Nobbe

Als um 10.30 Uhr die Glocken des Frankfurter Doms zu läuten begannen, war auf dem Platz vor der Schirn kein Fleck mehr frei. Dort, wo sonst Touristen ihre Fotos schießen, stand gestern ein Meer von grünen Uniformen. 15 000 bis 20 000 Polizeibeamte aus dem gesamten Bundesgebiet waren in die Mainmetropole gekommen, um der Trauerfeier für ihre ermordeten Kollegen beizuwohnen.

Da der Dom nur 650 Plätze Plätze hat, wurden auf dem Römerberg, dem Domplatz, dem Paulsplatz und am Main riesige Lautsprecherboxen aufgestellt, über die die Trauerfeier ins Freie übertragen wurde. Die Polizeibeamten standen so dicht nebeneinander, daß mehrere hundert nicht mehr nachrücken konnten. Sie wichen auf die Dachterrasse der Schirn aus und drängten sich auf der Außentreppe des Museums. Das technische Rathaus wimmelte von Polizisten. Sie standen auf den Balkonen oder stiegen durch Fenster auf die Ballustraden. Überall wurden Spruchbänder mit den Worten „Wir trauern" und „Wir schützen euch! Wer schützt uns?" hochgehalten.

Die prominenten Trauergäste mußten ein 120 Meter langes, von Polizeibeamten gesäumtes Spalier zum Nordportal des Doms durchschreiten. Bereits um 10.10 Uhr kam der ehemalige hessische Ministerpräsident Holger Boerner, um 10.45 Uhr Bundesinnenminister Zimmermann und wenig später erschien Bundespräsident Richard von Weizäcker in Begleitung von Hessens Ministerpräsidenten Walter Wallmann, dessen Frau sowie Frankfurts Oberbürgermeister Wolfram Brück. Mit fünfminütiger Verspätung eilte noch der Vorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel durch die Dompforte.

Die Polizisten sowie viele Polizistenfrauen und -freundinnen sprachen anderthalb Stunden kein Wort, hörten andächtig der Trauerfeier zu. Eine junge Kriminalbeamtin aus Köln mußte von vier Polizisten ins Rathaus getragen werden. Sie hatte einen Schwächeanfall erlitten: „Seit fünf Uhr früh bin ich auf den Beinen, habe so lange vor dem Dom gestanden und nichts gegessen." Nach einer Tasse heißen Kaffee und einem Brot ging es ihr wieder besser.

Der Brezelverkäufer auf dem Römerberg hatte schon um 12.45 Uhr nichts mehr im Korb: „Die Polizisten wollten sich wohl alle vor dem Trauermarsch noch einmal eine kleine Stärkung bei mir holen."

FNP 11.11.

Fahndung nach Eichler-Komplizen – 100 000 Mark Belohnung

Frank Hoffmann wollte die Gewalt „Startbahn kippen, Bullen töten"

Frankfurt (löh/dpa). – Im Zusammenhang mit den tödlichen Schüssen auf zwei Polizeibeamte an der Startbahn West fahnden die Sicherheitsbehörden jetzt nach dem flüchtigen 24 Jahre alten Frank Hoffmann aus Mörfelden-Walldorf. Nach den bisherigen Ermittlungen ist Hoffmann dringend verdächtig, gemeinsam mit dem bereits in der Nacht nach der Tat verhafteten Andreas Eichler an der Ermordung der beiden Polizeibeamten beteiligt gewesen zu sein.

Auch Frank Hoffmann ist für die Polizei kein Unbekannter. Der gebürtige Miltenberger hatte bereits mit 15 Jahren an den Protesten gegen die Flughafenerweiterung teilgenommen. Auch am 2. November hielt er sich an der Startbahn auf – zusammen mit Andreas Eichler. Der hatte bei seiner Vernehmungen den Komplizen schwer belastet: Hoffmann habe ihm nach der Tat die Pistole in die Hand gedrückt.

Bei der Durchsuchung von Hoffmanns Wohnung hatte die Kripo ein Schreiben gefunden, in dem sich der 24jährige zur „Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes an der Startbahn West gegen die Polizei" bekannte. Laut Bundesanwaltschaft meint Hoffmann damit ausdrücklich den Kampf mit Pistolen und hält es für möglich, „die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir .... Bullen töten".

Frank Hoffmann ist in der Walldorfer Startbahn-Szene bekannt; allerdings, so verlautete am Dienstag aus der Flughafen-Gemeinde, habe er nie zum politischen und organisatorischen Kern der Protestbewegung gehört. Er habe jedoch an vielen Demonstrationen gegen die Startbahn West teilgenommen. Eine Walldorferin: „Frank war einer von denen, die fast immer an die Startbahn rausgegangen sind." Zugleich galt der junge Walldorfer als „schwierig". Aufgrund seines „ausgeflippten Verhaltens" hätten ihn viele für „eigenbrötlerisch" gehalten. Bei den Mitgliedern der Bürgerinitiative löste der Haftbefehl gegen den 24jährigen Überraschung aus. Viele, die Hoffmann kennen, trauten ihm allenfalls „Schmierereien", nicht aber einen Mord zu.



Mit Haftbefehl gesucht: Der 24jährige Frank Hoffmann (Foto) wird verdächtigt, an den Polizistenmorden an der der Frankfurter Startbahn-West beteiligt gewesen zu sein. Für Hinweise, die zur Ergreifung und Überführung des 24jährigen führen, sind Belohnungen in Höhe von 100 000 Mark ausgesetzt. In der Wohnung des Walldorfers fand die Kripo ein Schreiben, in dem sich Hoffmann eindeutig für den „bewaffneten Widerstand ausspricht.

Die Sonderkommission des Hessischen Landeskriminalamtes hat die Bevölkerung um Mithilfe bei der Suche nach Frank Hoffmann gebeten. Der 24jährige ist etwa 1,85 Meter groß und hat dunkle Haare und blaue Augen. Er wurde zuletzt mit einem pinkfarbenen Fahrrad gesehen.

Die Polizei fragt:

- Wer kann über den derzeitigen Aufenthalt des Frank Hoffmann zweckdienliche Angaben machen?
- Wer hat Frank Hoffmann am Sonntag, dem 1. November, und am Montag, dem 2. November 1987, oder danach gesehen?
- Wann und wo wurde Hoffmann gemeinsam mit Andreas Eichler oder mit anderen Personen gesehen, speziell am Abend des 2. November 1987?"

Telefonische Hinweise an das Landeskriminalamt unter den Rufnummern **06121/86091** oder **069/7555392** oder an jede andere Polizeidienststelle.

Bereits am Montag war bekannt geworden, daß Sicherheitsbehörden in Andreas Eichlers Bankschließfach mehrere „Selbstbezichtigungsschreiben", eine Liste mit Namen von Bankiers und Industriemanagern sowie eine Auflistung von Firmen sicher, die am Bau der Startbahn West beteiligt gewesen waren.

Zehntausende nahmen Abschied

Trauerfeier für Eichhöfer und Schwalm in Frankfurt

Von unserem Redaktionsmitglied Hermann Lammert

FRANKFURT A. M., 10. November. „Wir wollen dem Haß zwar entschlossen begegnen, aber wir dürfen unsererseits nicht haßerfüllt reagieren", sagte Hessens Ministerpräsident Walter Wallmann (CDU) am Dienstag in seiner Ansprache anläßlich der Trauerfeier im Frankfurter Dom für die beiden in der vergangenen Woche bei einer Demonstration an der Startbahn West erschossenen Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm. Unter den rund tausend Trauergästen befanden sich mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker an der Spitze zahlreiche Bundes- und Landespolitiker.

Im Anschluß an den Gottesdienst formierten sich rund um den Dom 20 000 Polizeibeamte aus Hessen und anderen Bundesländern zu einem Schweigemarsch zum Messegelände, wo der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Hermann Lutz, bei einer abschließenden Kundgebung sprach.

Vor den Trauergästen im Dom, von denen zwei Drittel Polizeibeamte waren, sagte Wallmann, man könne nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern aus „dieser letzten und schlimmsten Eskalation von Gewalt und Haß müssen und werden wir Konsequenzen ziehen". Es gelte, be-

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 2 bis 5)

Fortsetzung

Zehntausende nahmen Abschied bei Trauerfeier in Frankfurt

(Fortsetzung von Seite 1)

sonnen und überlegt und zugleich mit aller Entschlossenheit und Festigkeit der Gewalt entgegenzutreten. „Unsere Polizeibeamten dürfen nicht das Gefühl haben, daß wir sie allein lassen, daß sie ohne gesetzliche Grundlage und bestmögliche Ausrüstung jenen Gewalttätern gegenüberstehen, die durch unser Land reisen und die den demokratischen Staat als ohnmächtig und handlungsunfähig entlarven wollen", sagte Wallmann.

Der Ministerpräsident würdigte beide Männer als Vorbilder, die für das demokratische Gemeinwesen mit ganzem Einsatz eingetreten seien. Klaus Eichhöfer habe diese Aufgabe als erfahrener Polizeiführer und Thorsten Schwalm mit innerer Überzeugung und für seine Jugend erstaunlicher Besonnenheit erfüllt.

Wallmann sagte abschließend, wer diesen Staat als Staat des Hasses und der Repression diffamiere und wer behaupte, dieser Staat wünsche sich sehnsüchtig den Terrorismus herbei, der schaffe das geistige Umfeld, in dem die Menschenverachtung und daraus Haß und daraus schließlich Gewalt gegen Menschen erwächst. „Wer zwischen krimineller und politisch motivierter Gewalt in unserem Staat nicht mehr unterscheidet, der hat keine Lehren aus unserer leidvollen Geschichte gezogen", meinte er.

Der Präsident der evangelischen Kirche Hessen-Nassau, Helmut Spengler, sagte in dem ökumenischen Gottesdienst, zur Klage komme die Anklage nicht nur gegen unmittelbare Täter. Es sei zu fragen, ob man nicht Anfängen hätte wehren müssen und ob man in den Kirchen die christliche Bejahung des Staates und seiner Aufgaben deutlich genug geltend gemacht habe. „Wurde bei Diskussionen um gewaltlosen Protest und Widerstand die Verantwortung aller Bürger für Menschenwürde und Schutz der Polizeibeamten hinreichend bedacht?" fragte Spengler und fügte die Frage an, wie es denn gekommen sei, daß die Aufgabe des Staates, für Recht, Frieden und Bewahrung unserer Lebenswelt zu sorgen, besonders bei der jüngeren Generation an Vertrauen verloren habe.

Christus habe gezeigt, wie der Gewalt ohne Gewalt zu widerstehen sei, sagte der Limburger Bischof Franz Kamphaus. Es gelte, nicht vor den Schattenseiten unserer Gesellschaftsordnung davonzulaufen. Nur so könne man denen Einhalt gebieten, „die auf der Flucht vor dem Schatten eine paradiesische Gesellschaft schaffen wollen und dabei eine Hölle entfesseln, die von einem wahren autonomen Leben reden und schließlich über Leichen gehen, sich selbst als Heilbringer verstehend". Als Anwälte der wahren Gesellschaft verteufelten sie andere und machten bestimmte Berufsgruppen zum Inbegriff des Bösen, sagte der Bischof. Die beiden Toten waren im Schnittpunkt von Quer- und Längsschiff des Doms aufgebart.

★

FRANKFURT A. M. (dpa). Zeitgleich mit dem Gottesdienst in Frankfurt fanden auch in anderen Städten wie Berlin, Düsseldorf, Stuttgart und München Gedenkstunden statt.

Bei der Trauerfeier in München sagte der bayerische Innenminister August Lang (CSU), nach der Bestürzung über den Tod der Beamten dürfe „nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergegangen werden". Der Rechtsstaat „muß sich jetzt wehren".

(Siehe auch Seite 3 und Lokalteil)

FR 11.11.

20 000 Polizisten demonstrierten nach der Trauerfeier für ihre erschossenen Kollegen

Appell gegen Gewalt

Politiker wurden kritisiert

Von unserem Redaktionsmitglied Hans-Jürgen Biedermann

HELLAU

Schwarze Fahnen und Trauerflor, stumme Betroffenheit, eindringliche Appelle zur Gewaltlosigkeit, aber auch barsche Kritik an den Politikern kennzeichneten am Dienstag in Frankfurt die größte Demonstration, die Polizeibeamte in der Bundesrepublik je veranstaltet haben. Am Tag des einem Staatsakt ähnlichen Gottesdienstes für die beiden an der Startbahn West erschossenen Polizisten gingen rund 20 000 Kollegen vom Paulsplatz zum Messegelände, wo drei Redner der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Abschlußkundgebung bestritten. Dort appellierte der Bundesvorsitzende Hermann Lutz an Teilnehmer von Demonstrationen, nicht die Polizei sondern „Kriminelle und Chaoten als ihre Gegner zu sehen."

Der Tag hatte in Frankfurt mit weiträumigen Absperrungen zwischen dem Main und der Berliner Straße begonnen. Wegen der Prominenz, die zum Kaiserdom fuhr, durfte alleine die Trambahnlinie 11 durch die Braubachstraße fahren. Die Tiefgarage unter dem Römerberg wurde für Kurzparker gesperrt. Derweil parkten bereits Hunderte von Bussen auf dem Rebstockgelände. Mit ihnen waren Polizisten, Grenzschützer und Angehörige der Wasserschutzpolizei dem Aufruf der Polizeigewerkschaft gefolgt und aus weiten Teilen der Bundesrepublik angereist.

In dem schier endlosen Zug, der sich gegen 13 Uhr am Paulsplatz in Bewegung setzte, dominierten die schwarzen Transparente mit dem Marsch-Motto „Wir trauern". Jemand gelangte auf einem hochgereckten Plakat zu dem Ergebnis „1933/45 und nichts gelernt". Wesentlich deutlicher fiel schon das Transparent mit der resignativ klingenden Frage „Wir schützen Euch! Wer schützt uns?" ins Auge. In der ersten Reihe sah man die SPD-Landespolitiker Clauss, Krollmann und Winterstein. Als sich diese bereits kurz vor der Festhalle befanden, setzte sich das Ende des Zuges erst in Bewegung.

Bei der Kundgebung vor der Messehalle 9 sprach Wilfried Panteleit, Bezirksvorsitzender der GdP in Frankfurt, in seiner Einleitung „die Menschen jenseits der Startbahnmauer" direkt an. „Wann endlich begreift ihr", fragte der Redner, „daß eine bessere Welt nicht mit Gewalt und Terror geschaffen werden kann." Panteleit forderte, es müsse Schluß damit sein, die Polizei wie „Freiwild" zu behandeln.

Hansgeorg Koppmann, Landesvorsitzender der GdP, äußerte die Überzeugung, der „Kreislauf der Gewalt" werde bereits in Gang gesetzt, wenn Polizeibeamte als „Bullen" beleidigt würden. Der Redner verlangte, der Gewalt mit „politischen Mitteln überzeugend entgegenzutreten".

Noch bevor der GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz hinter das Mikrophon trat, äußerte er sich in einem Gespräch zufrieden mit dem Verlauf der Veranstaltung. „Besonnenheit und Nachdenklichkeit" kennzeichneten die Reaktionen bei den Beamten. Der Vorsitzende zeigte sich hoffnungsvoll, daß er zusammen mit dem Bundesvorstand seiner Gewerkschaft, in der mit 160 000 die bei weitem größte Zahl aller Polizisten organisiert ist, schon bald mit dem Bundeskanzler reden könne. Es gelte dann für die anstehenden Entscheidungen „den Konsens aller Demokraten herzustellen".

In seiner Rede betonte Lutz, er wisse um die Emotionalisierung, die von der „Mordnacht" ausgegangen sei, doch Wut und Schmerz seien schlechte Ratgeber für vernünftige Entscheidungen. Der Vorsitzende attackierte die Exekutive und rief der Versammlung zu: „Bis jetzt ist von der Politik noch kein vernünftiger Gedanke gekommen, der uns in Situationen wie an der Startbahn helfen könnte." Damit stellte Lutz einmal mehr klar, daß er nichts davon hält, die Vermummung unter Strafe zu stellen.

Der Bundesvorsitzende rief die Veranstalter künftiger Demonstrationen dazu auf, potentielle Gewalttäter von Anfang an von der Versammlung fernzuhalten. Andernfalls drohten dem außerordentlich wichtigen Demonstrationsrecht „schwere Gefahren". Der Landesvorsitzende Koppmann hatte diese Forderung auf die Kurzform gebracht, „friedlicher Protest und gewalttätige Militanz müssen auseinanderdividiert werden."

Hermann Lutz bemängelte, daß Politiker immer wieder die Einsatzplanung der Polizeiexperten korrigierten. Polizeiliches Handeln dürfe nicht durch „politische Opportunität" behindert werden. Der „Schwarze Block", dem Lutz „Gewalt-Tourismus von 1500 bis 2000 Chaoten" anlastete, müsse bei jeder sich bietenden Gelegenheit festgenommen werden.

Der Gewerkschafter wandte sich auch an den hessischen Innenminister Gottfried Milde. Dieser müsse sich die Frage gefallen lassen, warum die Mordwaffe von der Startbahn bereits wenige Stunden nach der Tat gefunden worden sei, nachdem sie doch ein Jahr lang auf der Fahndungsliste gestanden habe. „Gab es schon früher Erkenntnisse? Wenn ja, warum wurde nicht gehandelt?" formulierte Lutz an die Adresse des Ministers.

„Die Angst vor unserem eigenen Schatten"

FR 11.11.

Über dem Westerwald hing dichter Nebel. Auf der A3 zwischen Köln und Frankfurt, aber auch auf allen anderen Autobahnen rund um die Mainmetropole wurden an diesem Dienstagmorgen die Geschwindigkeitsbeschränkungen peinlich genau eingehalten. Doch dies lag nicht an einer plötzlich gewachsenen Einsicht der sonst als „Nebelraser" gefürchteten bundesdeutschen Automobilisten. Vielmehr mußten sie, wenn sie an diesem trüben Novembertag nach Frankfurt unterwegs waren, schier endlose Schlangen von Polizeifahrzeugen passieren.

Aus Aachen, Köln und Bonn, aus Düsseldorf und Koblenz rollten die grün-weißen Wagen in Richtung Süden – Trauerflor wehte von den Funkantennen und Rückspiegeln. Viele Beamte, die vor dem Morgengrauen aufgestanden waren, um zur Trauerfeier für ihre an der Startbahn West ermordeten Kollegen zum Frankfurter Dom zu fahren, nutzten die Anreise noch für eine Mütze voll Schlaf.

Um 11 Uhr standen sie dann „in der größten Polizeikundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik", wie der hessische Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hansgeorg Koppmann, und sein Frankfurter Bezirkskollege Wilfried Panteleit gemeinsam anmerkten. Das Meer der weißen und grünen Mützen blieb stumm – die Polizisten aus allen Bundesländern lauschten der Trauerfeier, die mit riesigen Lautsprechern bis zum Platz vor der Paulskirche übertragen wurde.

Der Klang der großen Glocke hallte in den Straßen rund um den Frankfurter Kaiserdom wie selten. Anders als an normalen Tagen war der Autoverkehr aus diesem Bereich verbannt. Die kleine Straße, die zum Portal des hochragenden Gotteshauses führt, war gesäumt von Polizeibeamten in ihren grünen Uniformen. Sie hielten einen Weg frei für die Gäste, die zur Trauerfeier für die ermordeten Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm in den Dom kamen.

Es war ruhig, fast still, trotz der vielen Menschen. Ein paar hundert Meter weiter, auf dem großen Platz vor dem Römer, dem Frankfurter Rathaus, hatten sich um diese Zeit schon einige tausend Polizeibeamte versammelt, die in Frankfurt ihre toten Kollegen ehren wollten. Ein paar Transparente waren zu sehen. Und einige der Beamten hielten ein rasch vervielfältigtes Flugblatt in den Händen, dessen Überschrift lautete: „Keine Politik auf dem Rücken unserer toten Kollegen."

Drinnen im Dom, unter den hohen Kreuzgewölben und neben den mächtigen Sandstein-Säulen, wirkten die mehr als tausend Menschen fast winzig, die still zu ihren Plätzen gingen – zu allen Seiten der beiden blumengeschmückten Särge, die die hessische Landesfahne bedeckte. „Wir alle", sagte der evangelische Kirchenpräsident von Hessen-Nassau, Helmut Spengler, später in seiner Ansprache zu den Hinterbliebenen, „spüren, daß die Lichter der Öffentlichkeit verweinten Augen wehtun." Im Licht der Scheinwerfer des Fernsehens wirkten die Menschen blasser als sonst. Wer in die Gesichter der meist jungen Polizisten sah, sah nichts von einem zornigen „jetzt erst recht". Da war eher Sprach- und Ratlosigkeit zu sehen, angesichts der Ereignisse, die zum Tode der beiden Polizeibeamten geführt hatten.

Holger Börner, Hessens ehemaliger Ministerpräsident, in dessen Amtszeit die umstrittene Startbahn 18 West gebaut worden war, kam als einer der ersten Trauergäste, schmaler geworden und mit einem Ausdruck tiefer Betroffenheit in den Zügen. Als Mozarts Trauermusik eineinhalb Stunden später verklungen war, ging Börner als einer der letzten aus dem Dom. Nicht nur Polizisten waren aus allen Teilen der Bundesrepublik nach Frankfurt gekommen, um mit den Familien der Toten Abschied zu nehmen, sondern auch Politiker aller Parteien. Der Bundespräsident, der hessische Ministerpräsident, Minister, die Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien und des Hessischen Landtages. Sie alle hatten Kränze geschickt, auch die Grünen, für die Waltraud Schoppe und Joschka Fischer an der Trauerfeier teilnahmen.

Katholiken und Protestanten feierten den Ökumenischen Gottesdienst gemeinsam, sangen gemeinsam auch ein Lied des Theologen und Schriftstellers Jochen Klepper, der im Dezember 1942 zusammen mit seiner jüdischen Frau und deren Tochter Selbstmord begangen hat, um sich der brutalen rassistischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten für immer zu entziehen. Vielleicht haben viele der Trauergäste Kleppers Namen unter dem Kirchenlied nicht gesehen. Und viele der jüngeren wußten wohl nicht einmal, daß sie da Verse eines Mannes gesungen haben, der selbst zum Opfer von Menschenverachtung und Haß geworden war, wie die beiden Polizisten.

Eine Frage ist in allen drei Reden der Trauerfeier, vom evangelischen Kirchenpräsidenten Spengler, vom katholischen Limburger Bischof Franz Kamphaus und vom hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann gestellt worden: Wie konnte es zu diesem Ausbruch tödlicher Gewalt in unserem Land kommen? „Wenn man von Tätern und sogar von Mord reden muß, kann man dann mit der Hoffnung trauern, daß die Wunden einmal weniger schmerzen?" fragte der Protestant Spengler. Und er fügte hinzu: „Denn zur Klage kommt die Anklage. Nicht nur gegen unmittelbare Täter. Wir alle fragen uns, ob wir nicht den Anfängen hätten wehren müssen?" Und der katholische Bischof Kamphaus erzählte die Parabel von dem Mann, der aus Angst vor seinem Schatten davonlief, bis er tot umfiel. Angst vor dem eigenen Schatten.

Zweiter Haftbefehl nach Polizistenmord

Vor der Tat Hinweis auf mögliche Aktion

KARLSRUHE/FRANKFURT A. M., 10. November (AP/Reuter/hhk). Im Zusammenhang mit der Ermordung zweier Polizeibeamter am vergangenen Montag bei einer Demonstration am Frankfurter Flughafen hat der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof bereits am 6. November einen zweiten Haftbefehl erlassen. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Hans-Jürgen Förster, bestätigte am Dienstag den Erlaß des Haftbefehls gegen den 24 Jahre alten flüchtigen Frank Hoffmann aus Mörfelden-Walldorf wegen des dringenden Verdachts der Mittäterschaft. Ebenfalls bestätigt wurden Informationen der FR, wonach die Frankfurter Polizei schon am späten Nachmittag des Tattages aus einem abgehörten Telefonat des ersten Tatverdächtigen Andreas Eichler Hinweise auf eine mögliche geplante Aktion an der Startbahn hatte und danach die Observation seiner Wohnung veranlaßte.

Hoffmann sei dringend verdächtig, zusammen mit dem in der vergangenen Woche in Frankfurt verhafteten Andreas Eichler „die zwei Morde und Mordversuche zum Nachteil der Polizeibeamten am 2. November 1987 an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens begangen zu haben". Der Haftbefehl sei auf Antrag von Generalbundesanwalt Kurt Rebmann ergangen, sagte Förster.

Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis sei davon auszugehen, daß Eichler die Schüsse abgegeben habe, sagte der Sprecher. „Es besteht jedoch der dringende Verdacht, daß dies in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit dem Beschuldigten Hoffmann geschehen ist", sagte er weiter. Der 24jährige habe sich in einem von ihm verfaßten Schreiben, das in seiner Wohnung gefunden worden sei, zur Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes an der Startbahn gegen die Polizei bekannt. Damit meint er nach Angaben des Sprechers ausdrücklich den Kampf mit Pistolen und hält es für möglich, „die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir ... Bullen töten".

Hoffmann habe sich zusammen mit Eichler in der Mordnacht am Tatort aufgehalten. Eichler habe angegeben, er habe die Tatwaffe von Hoffmann erhalten, sagte Förster.

Die Waffe, mit der die Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm erschossen wurden, war 1986 bei einer gewalttätigen Demonstration in Hanau einem Zivilfahnder gestohlen worden. Die Pistole vom Kaliber neun Millimeter war bei der Festnahme Eichlers in der Wohnung seiner Freundin in Frankfurt sichergestellt worden.

Die Ermittlungsbehörden haben nach Angaben Försters in einem Frankfurter Bankschließfach mehrere Selbstbezichtigungsschreiben und eine Liste mit Namen von Bankiers und Industriemanagern entdeckt. Der Schlüssel zu dem Schließfach sei in der Wohnung der Freundin von Andreas Eichler gefunden worden. Die Selbstbezichtigungsschreiben bezogen sich unter anderem auf einen Anschlag am 1. November auf eine Firma, der aber nie ausgeführt wurde. Außerdem seien auf zwei handbeschriebenen Blättern Namen, Vornamen und Funktionen von 33 Bankiers und Industriemanagern alphabetisch für die Buchstaben A und B aufgelistet gewesen. Die Bezeichnung „Killerliste" für das aufgefundene Schriftstück nannte Förster „völlig falsch".

★

hhk FRANKFURT A. M. Die Frankfurter Polizei hat bei einem abgehörten Gespräch zwischen Eichler und einem Unbekannten am späten Nachmittag des Tattages einen Hinweis auf eine mögliche Aktion erhalten. Dies bestätigte der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Hans-Jürgen Förster, am Dienstag auf Anfrage der FR. Allerdings habe die Polizei gemutmaßt, daß ein Anschlag auf einen Strommast geplant sei.

Nach Darstellung Försters war das Telefon der Freundin Eichlers seit Anfang Oktober im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen Eichler wegen des Verdachts geplanter Anschläge auf Strommasten abgehört worden. Gegen 18.50 Uhr am Tattag habe ein unbekannter Anrufer mit Eichler über „Örtlichkeiten" gesprochen. Dabei sei „keine Rede von einer Aktion" gewesen, sagte Förster. Gleichwohl habe die Polizei, „die keinerlei Hinweis auf eine Aktion der stattgefundenen Art gehabt" habe, die Observierung der Wohnung im Frankfurter Stadtteil Niederrad durch Beamte des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) veranlaßt.

Diese habe „gegen 19 Uhr gestanden", jedoch sei Eichler zu diesem Zeitpunkt schon an der Startbahn unterwegs gewesen. Die Observation durch das MEK sei dann fortgesetzt worden. Eichler sei „gegen 22 Uhr" in die Wohnung zurückgekehrt. Festgenommen wurde der Mann gegen sechs Uhr am nächsten Morgen. Dabei gab Förster gegenüber der FR zu erkennen, daß die MEK-Beamten offensichtlich gehofft hatten, daß außer Eichler noch andere Personen in die Wohnung kommen würden.

Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, die noch am Freitag vergangener Woche entsprechende Informationen der FR hart dementiert hatte, legte Wert auf die Feststellung, daß seine Behörde von den Vorgängen in der Tatnacht „kurz vor Mitternacht" erfahren habe. Daraufhin sei ein Mitarbeiter nach Frankfurt gefahren. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann habe dann selbst an der Kabinettssitzung der hessischen Landesregierung auf dem Frankfurter Flughafen am Morgen nach der Tat teilgenommen.

sollte dies sagen, haben wir Menschen alle. „Es ist paradox", erinnerte der Bischof: „An einer *Start*bahn sind wir am *Ende*. Schock, Ratlosigkeit, Ohnmacht, Wut ... In der Tat: Der Anblick des eigenen *Schattens* kann uns ängstigen."

Beide Kirchenmänner erinnerten daran, daß dieser Staat, diese Gesellschaft uns bis dahin unbekannte Freiräume garantieren. Und beide wollten nicht vergessen lassen, daß alles Menschenwerk fehlbar ist, weil es Menschen sind, die Verantwortung tragen. „Menschen", sagte Bischof Kamphaus, „die nicht selten – wir erleben es in den letzten Wochen – allzu menschlich sind." Ministerpräsident Wallmann bekannte sich in seiner Traueransprache für die Politiker, auch für sich selbst, zu dieser Fehlbarkeit. „Wir, die Politiker, sind in Schuld befangen, weil wir Menschen sind. Wir sind ungerecht, auch wenn wir gerecht sein wollen." Aber wahr sei auch, daß dieser Staat der freieste sei, den wir jemals hatten.

Eine junge Polizistin und ein junger Polizist traten nacheinander ans Mikrophon, nachdem die Kirchenmänner ihre Segensbitten gesprochen hatten; und sie sprachen mit einfachen Worten aus, was viele der Polizisten in diesen Stunden wohl empfinden. Warum dienen wir anderen Menschen als Feindbild? Wir wollen doch – wie alle – den Frieden im Innern und draußen in der Welt. Ihnen vor allem hatte Bischof Kamphaus christlichen Trost zusprechen wollen, als er sagte, wir müßten uns unserem Schatten stellen und die Kraft finden, ohne Feindbilder zu leben. -zer/hhk/habe

Startbahn West: Polizei fand Hinweis zu vage

Die Frankfurter Polizeiführung hat sich am Dienstag auf Anfrage der FR zu dem Hinweis geäußert, der sie am vergangenen Montag – lange bevor die Schüsse an der Startbahn fielen – nach einer Telefonüberwachung bei Andreas Eichler erreichte. Wie Polizeivizepräsident Peter Frerichs nach Absprache mit dem Polizeipräsidenten erklärte, war die Information so vage, daß kein Zusammenhang mit einem geplanten Anschlag im Mörfeldener Wald hergestellt werden konnte.

Beamte des Landeskriminalamtes, die bereits seit Wochen Eichlers Telefon mit richterlicher Genehmigung angezapft hatten, hörten am 2. November gegen 16.50 Uhr ein Gespräch ab, das ein Fremder mit Eichler führte. Der Anrufer teilte mit, er könne eine Verabredung nicht einhalten und nannte in diesem Zusammenhang eine „Spinnenbrücke" als vereinbarten Treffpunkt.

Nachforschungen ergaben, daß dem Polizeiführer an der Startbahn ein solcher Name nicht bekannt war. Er wurde auch nicht mit der sogenannten „Wegespinne" in Verbindung gebracht, wie Ortskundige eine Gabelung in der Nähe des Gundbaches bezeichnen, wo dann tatsächlich die tödlichen Schüsse gefallen sind.

Der Polizeivizepräsident erläuterte, nach diesem Sachstand habe die Polizei die Passage aus dem abgehörten Telefonat mit geplanten Ereignissen für diesen Abend an der Startbahn nicht mehr in Verbindung gebracht.

Das Landeskriminalamt hat die Bevölkerung um Mithilfe bei der Fahndung nach dem 24jährigen Frank Hoffmann gebeten. Der Mann aus Mörfelden wird in einem Haftbefehl wegen Beteiligung an den Polizistenmorden gesucht.

FR 11.11.

Polizei jagt einen weiteren Mord-Chaoten

Frank Hoffmann aus Mörfelden ist auf der Flucht

Frankfurt. – Während 15 000 trauernde Polizisten am Dienstag durch Frankfurt zogen, wurden neue schreckliche Einzelheiten zum Mord an den beiden Polizisten an der Startbahn bekannt. Ein Mord-Chaot von der Startbahn hatte einen Todesbrief aufgesetzt. „Wir können die Startbahn zum Kippen bringen ..., wenn wir Bullen töten", heißt es darin. Diesen Brief fand die Polizei in der Wohnung des flüchtigen Frank Hoffmann (24) aus Mörfelden-Walldorf, Kreis Groß/Gerau, der mit Haftbefehl gesucht wird.

Bereits einen Tag zuvor war in einem Banksafe von Andreas Eichler (33), der wegen dringendem Mordverdacht in U-Haft sitzt, eine Todesliste gefunden worden. Das Schließfach hatten Andreas Eichler und seine Freundin Ingrid T. (29) angemietet. Auf der Liste stehen Namen von Wirtschaftsführern wie Helmut Bekker (74), Vorstand der Siemens AG, Hans Arnold (55), Direktor der Dresdner Bank und Dr. Erich Becker (67), Vorstands-Vorsitzender der Frankfurter Flughafen AG. Auf den Flughafen-Chef war bereits im Juni 1983 ein Bomenbenanschlag verübt worden. Der Safe enthielt außerdem „Selbstbezichtigungs-Schreiben" sowie die Namen aller Firmen, die am Bau der Startbahn beteiligt gewesen waren.

Doch Eichler hatte einen Komplizen, nämlich Frank Hoffmann. Bundesanwaltschafts-Sprecher Hans-Jürgen Förster: „Hoffmann ist dringend verdächtig, am 2. November zusammen mit Eichler die Morde und Mordversuche an der Startbahn West begangen zu haben." Der „als Startbahngegner bekannte Arbeitslose" – so ein Sprecher vom hessischen Landeskriminalamt zur AN – hat aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch nicht die Schüsse abgegeben. Das soll Eichler gewesen sein. Der bestreitet die Todesschüsse. Die Pistole sei ihm von Hoffmann zugesteckt worden.

Weiter wurde bekannt, daß Andreas Eichler schon seit einem Jahr wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung obeserviert und abgehört worden war. Am Montagabend soll er um 19 Uhr per Telefon eine „größere Aktion" angekündigt haben. Als das Mobile Einsatzkommando anrückte, war Eichler aber schon verschwunden. Zwei Stunden später starben die Polizisten Thorsten Schwalm (23) und Klaus Eichhöfer (43) im Kugelhagel.

In Mörfelden-Walldorf schlug die Nachricht vom Haftbefehl gegen Frank Hoffmann wie eine Bombe ein. Zwar galt er al „eigenbrötlerisch", „schwierig" und „ausgeflippt" – doch einen Polizisten-Mord hat ihm keiner in der Flughafen-Gemeinde zugetraut. Die Mitglieder der Startbahn-Initiative traute im „höchstens Schmierereien zu". Er hat nie zum politischen oder organisatorischen Kern der Protestbwegung gehört. Eine Walldorferin: „Frank war eben einer von denen, die immer zur Startbahn gegangen sind."

Am 3. November tauchte Frank Hoffmann unter. Zum letzten Mal wurde er in seinem Wohnort auf einem rosafarbenen Fahrrad gesehen. Für Hinweise, die zur Festnahme und Überführung des 24jährigen führen, wurde eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt.

Haß zu überwinden, ist eine Aufgabe für uns alle

Aus der Ansprache von Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann:

„Sie (die beiden Polizisten) haben niemanden angegriffen, niemanden bedroht. Kein Polizeibeamter hat jemals an der Startbahn von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, obwohl die Beamten oft gefährdet waren. Die Zahl der verletzten Beamten ist in den letzten Jahren erschreckend gestiegen. Noch vor drei Jahren wurden 130 Verletzte gezählt. 1986 waren es bereits über 800. Es darf nicht weitergehen mit dieser Eskalation der Gewalt.

Den Feinden der Menschlichkeit dürfen wir nicht mit Mitteln der Unmenschlichkeit und des Unrechts antworten. Haß zu überwinden, ist eine Aufgabe für uns alle. Wer den Terrorismus herbeisehnt, schafft die geistige Umwelt, in der Menschenverachtung, Haß und Gewalt entwachsen.

Der Hauptkommissar Klaus Eichhöfer war ein erfahrener Polizeiführer, der viele schwierige Situationen erlebt hatte. Die jungen Beamten hatten Vertrauen zu ihm. Der Polizeihauptmeister Thorsten Schwalm erfüllte seine Aufgaben trotz seiner Jugend mit erstaunlicher Besonnenheit.

Unsere Polizeibeamten dürfen nicht das Gefühl haben, daß wir sie allein lassen, ohne ausreichende Ausrüstung und Gesetzesgrundlagen. Der Gewalt muß mit aller Härte, die das Gesetz vorsieht, entgegengetreten werden."

Ohne Angst und Haß in die Augen schauen

Aus der Traueransprache von Helmut Spengler, Präsident der evangelischen Kirche von Hessen und Nassau: „Die Lichter der Öffentlichkeit müssen den verweinten Augen der Angehörigen weh tun. Bange ist ihnen und uns, weil zwei Menschen Opfer der Gewalt wurden. Wenn man von Tätern und vom Mord reden muß, dann kommt zur Klage auch die Anklage. Beide Polizisten starben in Ausübung ihres Dienstes. Beide hatten sich der Gemeinschaft verpflichtet."

„Bürger und Beamte müssen sich gegenseitig ein menschliches Gesicht zeigen. Auch die Kirche muß sich die Frage stellen, ob sie sich nicht früher gegen Versuche zur Verunglimpfung der Polizei hätten wehren müssen. Wurden bei Protesten und Widerstandsaktionen die Verantwortung für die Würde und den Schutz der Polizeibeamten hinreichend bedacht? Der Tod der beiden Beamten war dann nicht vergebens, wenn wir uns alle, Christen und Demokraten, künftig ohne Angst und Haß unter die Augen treten können."

Gebietet Einhalt und gebt ihnen Halt

Aus der Ansprache von Franz Kamphaus, katholischer Bischof von Limburg:

„Auch ein relativ gutes Gesellschaftsgefüge hat seine Schattenseiten. Nur wenn wir nicht dem eigenen Schatten davonlaufen, können wir denen Einhalt gebieten und Halt geben, die eine paradiesische Gesellschaft wollen und dabei die Hölle entfesseln. Die von einem wahren autonomen Leben reden und dabei aber über Leichen gehen. Als Anwälte einer neuen Gesellschaft verteufeln sie andere und machen bestimmte Berufsgruppen zum Inbegriff des Bösen. Es ist paradox. An einer Startbahn sind wir am Ende. Der Dom ist grell ausgeleuchtet, und wir tappen im Dunkeln, sitzen oder stehen im Todesschatten."



Schweigend zogen 15 000 Polizisten durch die Frankfurter Straßen. „Wir trauern", stand auf einem Spruchband, das sie bei sich hatten.

Polizisten weinten um ihre toten Kollegen

15 000 bei der Trauerfeier und beim Schweigemarsch

Frankfurt – Es war ein Abschied, der allen ans Herz ging. Zugleich ein stiller Protest gegen die Gewalt, den Haß und den Mord. Tausend Trauergäste im Dom. Auf der Altarempore aufgebahrt die Särge der beiden ermordeten Polizisten Klaus Eichhöfer (43) und Thorsten Schwalm (23), geschmückt mit weiß-roten Gerbera und bedeckt mit den hessischen Landesfahnen. Auf den Särgen die Dienstmützen der beiden ermordeten Beamten.

In der ersten Reihe neben Ministerpräsident Walter Wallmann die Angehörigen von Polizeimeister Thorsten Schwalm. Sieglinde Schwalm, die Mutter, wurde immer wieder von Weinkrämpfen geschüttelt. Ihr Mann, Walter Schwalm, legte tröstend den Arm um sie.

An der Seite von Bundespräsident Richard Weizsäcker eine zierliche Frau, die still in ihr Taschentuch weinte: Anita Eichhöfer, die Witwe des ermordeten Klaus Eichhöfer. Neben ihr ihre drei Söhne.

Fassungslosigkeit, Erschütterung, Trauer – auch Zorn in den Gesichtern der vielen Bundes- und Landespolitikern aller Parteien und den Männern in den grünen Polizeiuniformen. Ministerpräsident Wallmann, von Erschütterung gezeichnet, stand einen Augenblick in zögernder Hilflosigkeit neben Sieglinde Schwalm, bevor er sie beruhigend am Arm faßte und sie sich beide setzten. Die Mutter verbarg ihr weinendes Gesicht in den Händen, als das Präludium und Fuge XXII von Johann Sebastian Bach erklangen.

Draußen in der grauen Kälte verfolgten 15 000 Polizisten und viele Frankfurter Bürger den Gottesdienst. Lautsprecher übertrugen die Predigten von Kirchenpräsident Spengler und Bischof Kamphaus und die Rede von Ministerpräsident Wallmann. Der hessische Polizeichor sang „Mitten im Leben sind wir vom Tod umfangen" und „Der Mensch lebt zur kurze Zeit". Das hessische Polizeiorchester spielte die Sinfonia aus der Cantate Nr. 156 von Johann Sebastian Bach.

Die schwermütigen Klänge waren längst in der Domkuppel verhallt. Aber niemand erhob sich. Minutenlang saßen die Menschen wie unter einem Bann. Innenminister Milde führte Anita Eichhöfer am Arm stützend durch das Spalier der Trauernden. Ihnen folgten die drei Söhne, die Eltern von Thorsten Schwalm, sein Bruder und seine Braut. Langsam gingen sie zu den wartenden Bussen, die sie nach Hause brachten. Frankfurt nahm Abschied.

Eine Bitte an Gott

Vielleicht der rührendste Augenblick während der Trauerfeier im Frankfurter Dom. Nach einem Lied des Polizeichors, schritt ein Mädchen mit gelockten Haaren zum Altar: Polizeimeisterin Bettina Schur von der Mühlheimer Bereitschaftspolizei. Zusammen mit einem Kollegen sprach sie die Fürbitte für die Toten.

Ihre Worte: „Das Blockdenken muß aufhören, das Gespräch wieder beginnen. Daß alle, die Verantwortung tragen, wieder aufeinander zugehen, miteinander sprechen und den Jüngeren ein Beispiel geben. Darum, lieber Gott, bitten wir Dich." Bettina Schur war eine Kollegin des ermordeten Thorsten Schwalm.

AN 11.11.

Startbahn: Ein weiterer Haftbefehl

Polizei fahndet nach 24jährigem Mörfeldener / Bundesanwaltschaft: „Gewolltes Zusammenwirken"

Berlin (ap/taz) — Wegen des dringenden Verdachts des gemeinsamen Polizistenmordes hat der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof Haftbefehl gegen den 24jährigen Frank H. aus Mörfelden-Walldorf erlassen. Ein Sprecher der Bundesanwaltsehaft in Karlsruhe erklärte dazu am Dienstag, der Mann sei dringend verdächtig, zusammen mit dem in der vergangenen Woche verhafteten Andreas Eichler die Taten am 2. November an der Startbahn begangen zu haben. Der Haftbefehl sei bereits am 6. November erlassen worden, H. sei jedoch flüchtig.

Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis sei zwar davon auszugehen, daß Eichler die Schüsse abgegeben habe, es bestehe jedoch der „dringende Verdacht", „daß dies in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit dem Beschuldigten H. geschehen ist", hieß es dazu aus Karlsruhe.

Der 24jährige H. habe sich in einem von ihm verfaßten Schreiben, das in seiner Wohnung gefunden wurde, zur Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes an der Startbahn gegen die Polizei bekannt. Damit sei, so der Sprecher des Ermittlungsrichters beim BGH, ausdrücklich der Kampf mit Pistolen gemeint. H. habe es in dem Papier für möglich gehalten, „die Startbahn zum Kippen zu bringen, wenn wir... Bullentöten". Eichler soll sich nach diesen Ermittlungsergebnissen mit H. am Tatort aufgehalten haben und soll laut einer jüngsten Agenturmeldung, von diesem die Tatwaffe erhalten haben — mit der Bitte, sie verschwinden zu lassen.

In der neuesten Ausgabe des 'Stern' wird der Frage nachgegangen, wie dicht der Staatsschutz an Eichler dran war. Nach Informationen der Hamburger Illustrierten wurde das Telephon Eichlers ab Mitte Oktober abgehört. Bestätigt wird im 'Stern' auch die bereits vermeldete Vermutung, daß wenige Stunden vor dem Anschlag ein Anruf abgehört worden sei, in dem Eichler eine größere Aktion gegenüber einem noch Unbekannten am Telefon ankündigte. Ein sofort zu Eichler entsandtes Polizeikommando habe ihn jedoch nicht mehr angetroffen.

Nach den Informationen des 'Stern' bestreitet Eichler jedoch, der Mörder zu sein: „Ich habe nicht geschossen, irgendein Fremder hat mir auf der Demo den kompletten Rucksack in die Hand gedrückt", wird seine polizeiliche Aussage zitiert. In einem Schließfach einer Frankfurter Bank, das Eichler unterhielt, wurde inzwischen von der Polizei auch eine handschriftliche Liste mit 30 Namen von Personen aus dem Wirtschaftsleben gefunden. Nach Ansicht der Polizei „eine systematische Erfassung mutmaßlicher Angriffsziele" alle mit den Anfangsbuchstaben A und B. Außerdem wurden Bekennerschreiben zu Anschlägen aufs Mörfeldener Wahlbüro vom Januar, auf einen Hochspannungsmast im August und auch auf einen nicht stattgefundenen Anschlag auf eine Baufirma am 1. November 87 gefunden. *mtm*

TAZ 11.11.

Der Todesbrief der Mord-Chaoten

„Startbahn kippen, Bullen töten"

Ihre Kollegen zogen durch die City

Frankfurt. – Vier Polizisten auf Rappen an der Spitze des Trauerzuges. Dahinter tragen Beamte grüne und schwarze Fahnen ihrer Gewerkschaft (GdP). Über 15 000 Polizisten aus ganz Deutschland ziehen nach der Trauerfeier schweigend im kalten Nieselregen durch die Straßen zum Messe-Gelände. Wut in ihren Gesichtern. Ein junger Polizeibeamter: „Müssen erst Kameraden sterben, ehe die Menschen begreifen."

Der Zug setzt sich 12.45 Uhr nach der Feier im Dom in Bewegung; ein grüner Lindwurm kriecht durch die Straßen. Überall geöffnete Fenster, aus denen Anwohner auf die Polizisten blicken.

Was für einen Sinn die Demonstration der erregten Polizisten hat? Ein Hauptwachtmeister (34): „Wir müssen die Bevölkerung aufrütteln, bei den Demonstrationen die Krawallmacher nicht mehr zudecken. Außerden zeigen wir damit, wie eine ordentliche Demonstration verlaufen kann – ohne Krawall, ohne Vermummung."

Am Messegelände sagt dann der Chef der Polizeigewerkschaft, Hermann Lutze: „Ich mußte in den letzten Tagen um vier erschossene Polizeibeamte trauern – erst die beiden Beamten in Hannover und jetzt um Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm. Ich habe Angst um unsere Kollegen und um unsere Demokratie."

Und der Personalratsvorsitzende der hessischen Polizeischule in Wiesbaden, Oswald Hodes, ergänzt: „Bisher haben wir von Politikern keine Zusage für die Einhaltung der 40-Stunden-Woche bekommen. Das würde sofort 1 200 neue Planstellen schaffen. Dann könnten wir besser für die Sicherheit sorgen."

AN 11.11.

„Der Dom ist hell — wir tappen im Dunkeln"

Aus Frankfurt Heide Platen

Während noch Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Angehörigen der am Montag vor einer Woche an der Startbahn West erschossenen Polizisten die Hände drückte, formierte sich gestern vormittag vor dem Frankfurter Dom der Trauerzug. Von dort aus zogen rund 10.000 PolizistInnen in einem Trauerzug durch die Innenstadt zur Abschlußkundgebung auf dem Messegelände. Sie waren am Morgen angereist, um ihre beiden toten Kollegen, den Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer und Polizeiobermeister Thorsten Schwalm, zu ehren. Sie fanden sich in einer Trauergemeinde mit dem Bundespräsidenten, zahlreichen Bundes- und Länderministern, unter ihnen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, dem hessischen Ministerpräsidenten Wallmann und Abgeordneten aller hessischen Parteien und des Bundestages.

Schon eine Stunde vor der Trauerfeier, die um 11 Uhr begann, füllte sich der Römerberg zwischen Dom und Rathaus mit Menschen. Polizisten zu Pferde und zu Fuß umringten den Stand mit dem Kondolenzbuch, eine Lehrerin kam mit ihrer Schulklasse, Neugierige drängten sich an der Absperrung. In den blumengeschmückten, gerade erst renovierten Dom kamen allerdings nur geladene Gäste.

In der Eingangshalle hingen die üppigen Kränze der Bundesländer und der Polizeibehörden und -organisationen. Den ökumenischen Gottesdienst eröffnete Kirchenpräsident Helmut Spengler nach Präludium und Fuge XXII von Johann Sebastian Bach. Zuvor hatten eine halbe Stunde lang die Glocken geläutet. Über den beiden, mit hessischen Landesfahnen, Kerzen und Blumen geschmückten Särgen zitierte er den Propheten Jesaja: „Siehe, um Trost war mir sehr bange. Aber du hast meine Seele angenommen, daß sie nicht verdürbe." Er verwies darauf, daß Christen den Staat anerkennen und wünschte mehr Verantwortung der Einzelnen für „Würde und Schutz der Polizei" herbei. Dann sei der Tod der Beamten, die im Dienst gestorben seien, wie der von Jesus Christus, nicht umsonst gewesen. Spengler sagte, er hoffe, „daß dieses Sterben in unserem Land etwas verändert hat". Weiter meinte der Kirchenpräsident, daß auch im Faschismus der Widerstand „mit offenem Gesicht" gezeigt worden sei. Weder dürfe heute der Staat selbstherrlich sein, noch sei es richtig, sich vor ihm zu verstecken und in den Untergrund zu gehen.

Spenglers katholischer Kollege, der Limburger Bischof Franz Kamphaus, zitierte zu Beginn seiner Predigt den 2. Brief des Apostel Paulus an die Korinther: „Das Alte ist vergangen. Neues ist geworden. Das alles ist von Gott." Er rief zur Versöhnung auf und erzählte die Geschichte des Mannes, der versucht, seinem Schatten zu entfliehen und sich dabei zu Tode läuft. Niemand könne nach den Schüssen an der Startbahn einfach wieder zur Tagesordnung übergehen: „Es ist paradox. An einer Startbahn sind wir am Ende", benannte er die eigene Ratlosigkeit. Und: „Der Dom ist grell ausgeleuchtet wie sonst selten. Und wir tappen im Dunkeln." Anschließend sprach sich der Bischof für das Gewaltmonopol des Staates aus: „Einige tragen Waffen, damit alle ohne Waffen gehen könnten." Er nannte die Sünden der Politiker gerade in den letzten Wochen „allzu menschlich" und richtete an die Adresse der Autonomen den Vorwurf, sie seien diejenigen, die „eine paradiesische Gesellschaft wollen und die Hölle schaffen".

Nach Fürbitten, Segen und Gesang ging der Gottesdienst in den weltlichen Teil über und der hessische Ministerpräsident Wallmann ergriff das Wort. Der eigenen Unzulänglichkeit eingedenk, wolle er dafür Sorge tragen, daß „in dieser Eskalation der Gewalt", die Beamten zu schützen und so auszurüsten seien, „daß sie ihre Pflicht erfüllen können". Es ginge nicht an, daß der Staat „die Täter durch unser Land reisen" lasse. Es solle „besonnen und überlegt", aber zugleich „mit aller Entschlossenheit" gehandelt werden. „Nicht haßerfüllt, aber mit aller Härte" solle „gegen die Feinde der Menschlichkeit" vorgegangen werden. Zum Ende seiner Rede spielte Wallmann auf die Grünen an. Diejenigen, die sagten, „der Staat wünsche sich den Terror", müssen verantwortlich gemacht werden für ein „Klima und eine Atmosphäre des Hasses". Wallmann endete seinen Vortrag mit den Worten: „Jeder frage sich nach seiner Schuld."

TAZ 11.11.

Die Flucht vor der Nachdenklichkeit

Zu den Schüssen an der Startbahn-West

Es gibt keine Rechtfertigung für die Schüsse von Mörfelden, es gibt nur Erklärungen. Die falscheste, aber die einfachste zur Rettung des linksradikalen Seelenheils machte in einschlägigen Kreisen schon wenige Stunden nach Bekanntwerden der Ereignisse die Runde: Der Mord sei die unausweichliche Konsequenz einer Eskalation, die der Staat und seine Organe provoziert hätten. In diesem Land herrsche „Krieg" und wer in diesem Krieg gegen die Zerstörungsmaschinerie des Kapitalismus kämpfe, wer wirklich ernsthaft Widerstand leiste, der müsse sich auch mit der Pistole in der Hand zur Wehr setzen. So einfach ist das.

Zwei Tage später sah die Welt schon ganz anders aus. Als klar war, daß die Todesschüsse nicht aus mehreren Pistolen, sondern nur aus einer gekommen waren, nicht aus der Mitte der Demonstranten und nicht mit deren Duldung, als klar war, daß die Schüsse nicht politisch, sondern nur mörderisch und bar jeder Menschlichkeit waren, als sich die Autonomen entschieden distanziert hatten, da wurde das Ereignis umgedeutet zur Tat eines einzelnen, einer Randfigur der Autonomenszene, eines irgendwie außerhalb stehenden Verrückten: „In eine politische Bewegung schleichen sich immer ein paar komische Vögel ein."

Was aber, wenn sich herausstellen sollte, daß der komische Vogel ein integrierter Startbahn-Kämpfer war? Wenn er in Diskussionsprozessen und politischen Zusammenhängen gesteckt hat? Dies wäre das Aus für all die verlogenen Erklärungsstrategien, die nur eine Funktion haben: das Nachdenken zu verhindern über die eigenen Strukturen und Realitätsverluste, über das autistisch-verquaste Welt- und Feindbild, in dem die Wirklichkeit ersetzt wurde durch ein Gewimmel von Bullenschweinen, Mördern und Faschisten. Warum sind Leute über die Schüsse an der Startbahn schockiert, die die Polizei notorisch mit SA und SS gleichsetzen, diesen Staat als faschistisch analysieren und im paranoiden Nebel nur noch „Krieg" und „Schweine" sehen? Wird da nicht eine Realität entworfen, die, wenn man sie wirklich ernst nimmt, das kaltblütige Erschießen von Polizisten impliziert und moralisch rechtfertigt?

Die Schüsse von Mörfelden erinnern zugleich an die quälenden Gefühlslagen bei vielen anderen Attentaten und Anschlägen. An die nach innen gerichtete oft verzweifelte Angst: Hoffentlich waren das keine Linken. In dieser Hoffnung war immer auch ein Rest an Mißtrauen enthalten, daß sie es doch gewesen sein könnten. In Mörfelden ist dieses Mißtrauen Gewißheit geworden. Ein Demonstrant von diesseits der Barrikade hat „reingehalten" und zwei Polizisten erschossen.

Die BI gegen den Flughafenausbau hat die politische Verantwortung für den Polizistenmord übernommen. Das ist in dieser Uneingeschränktheit falsch. Politisch verantwortlich ist auch die Bundes- und Landesregierung, CDU, SPD, FDP, die Startbahn-Allparteien-Koalition. Aber auch hier wird ein Nachdenken durch einfache Lösungen ersetzt: Vermummungsverbot statt einer Kritik der eigenen tödlichen Ignoranz. Die Massenbewegung gegen die Startbahn-West war die größte Protestbewegung gegen ein Projekt, die es in der Bundesrepublik jemals gegeben hat. Sie war getragen von Dekanen, Hausfrauen, Förstern, Opelanern, Apothekern, LehrerInnen, Krankenschwestern, Christen, Kommunisten, Rentnern und Rektoren. Sie schuf den „völlig neuen Demonstrationstyp" mit Tirolerhut und Halstuch, sie hielt 22 Jahre stand, sie sammelte 300.000 Unterschriften, sie ging in Hungerstreiks und Waldgottesdienste, demonstrierte zehn, zwanzig, dreißigmal friedlich und unter freiem Himmel, baute Hüttendörfer und Infotische, sie mobilisierte das gesamte kreative Potential einer Region, schöpfte alle nur irgend denkbaren demokratischen Formen der Gegenwehr aus. Doch es gab nie so etwas wie Respekt vor dieser Bewegung. Mit den Unterschriften wischten sich Börner/Hoffie den Arsch ab, der Volksentscheid wurde verweigert, der Bürgerprotest niedergeknüppelt, die Bewegung verhöhnt, kriminalisiert, diffamiert, mißachtet. Neben der subjektiven Verzweiflung und Ausweglosigkeit, die in einem Menschen stecken muß, der in eine Polizistenmenge schießt, gibt es auch eine objektive: Es gibt in diesem Land auch für eine breite regionale Mehrheit keine Möglichkeit, sich gegen ein zerstörerisches und bedrohliches Großprojekt wie die Startbahn-West erfolgreich zu wehren. Der Rhein-Main-Flughafen wird in den nächsten Jahren weiter ausgebaut, rücksichtslos und naturfressend. Aussichten, die auch dem gewaltfreiesten Menschen wüste Phantasien machen.

Manfred Kriener

Briefe von Leserinnen und Lesern

TAZ 11.11

Bei der ganzen Diskussion um die Schüsse auf die Polizisten an der Startbahn West kommt mir die *Thematisierung der Ursachen* zu kurz. Von Schwarz bis Schwarz-rot sind Empörung bzw. Bedauern vernehmbar über eine Tat, die mich überhaupt nicht überrascht hat. Vielmehr ist sie Ausdruck des Mangels demokratischer Strukturen in diesem Land: In einem langen Leidensweg des legalen Widerstandes gegen Großprojekte wie zum Beispiel Atomkraftwerke bin nicht nur ich mir immer absurder vorgekommen weil Sachargumente dagegen nie *inhaltlich* zur Kenntnis genommen sondern stets *formal* zurückgewiesen worden sind. Auf Erörterungsterminen geladene Experten waren zum Beispiel stets industriefreundlich, so daß die Absegnung der Projekte von vornherein gesichert war. Bei Verwaltungsgerichtsprozessen sind die Argumente der Kläger gegen Großprojekte als möglicherweise richtig jedoch in der Sache juristisch irrelevant zurückgewiesen worden. Es hat zwar einige Ausnahmen von dieser Regel gegeben, so bei Wyhl und Brokdorf in den niedrigeren Instanzen. Dabei gab es jedoch stets eine starke außerparlamentarische Bewegung, so daß Baustopurteile eher als politische Notbremse zu werten sind. Bei der Startbahn West hatte der Staat dann den Umgang mit solch großen Protestewegungen soweit gelernt, daß er sich die Ablehnung des *demokratischen*, gegen die Startbahn gerichteten Volksbegehrens leisten konnte. Was blieb war die Erkenntnis unter der Linken, daß die Beschränkung auf verfassungsmäßig vorgegebene Wege bei der Verhinderung solcher Großprojekte sinnlos ist. Unter anderem die Autonomen haben daraus jetzt die Konsequenzen gezogen und gehen mit Gewalt gegen Sachen (zum Beispiel Strommasten) und Menschen (zum Beispiel mit Zwillen) vor. Teilweise muß dieses Verhalten aber auch als Selbstschutz gegen sinnlos auf alles (d.h. auch alte Menschen, Kinder) einprügelnde Polizisten gesehen werden und als Reaktion auf einen staatlichen Gewaltbegriff, der inzwischen sogar friedliche Sitzblockaden umfaßt.

Ob diese Militarisierung der Demonstranten auf längere Sicht sinnvoll ist, ist zu bezweifeln. Denn erstens führt es zu einem Abbau demokratischer Rechte, zum Beispiel des Rechts auf Demonstrationen und Versammlungsfreiheit. Zweitens führt es zu einem Rüstungswettlauf zwischen Demonstranten und Polizei und zu einer innenpolitischen Auseinandersetzung, die zunehmend nach den Regeln des kalten Krieges ausgetragen wird.

Die Schüsse von Frankfurt werden in dieser Spirale mit Sicherheit eskalierend wirken. Weitere Grundrechte werden von der gerade herrschenden Regierung abgebaut werden, die Gewaltschwelle vieler Polizisten und BGSler aus purer Angst weiter herabgesetzt werden. (...) Mir graut vor den Folgen. Ich habe Angst unter solchen Umständen noch auf Demonstrationen zu gehen, weil ich fürchte, dabei unter die Räder zu geraten. Ich will keine chilenischen Verhältnisse hier.

Notwendig ist meines Erachtens unter diesen Umständen eine Reflexion der Linken darauf, wie in diesem Land noch Veränderungen auf friedlichem Weg erzielt werden können. Ich sehe da insbesondere bei den Grünen noch Hoffnung (...) solchen Veränderungen eine breite Popularität zu verschaffen. Andererseits gibt es keine Patentrezepte. Mir schwant nämlich, daß eine demokratische Öffnung des Staates von Seiten der herrschenden Regierung, die den Bürgern echte Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet, eine notwendige Voraussetzung dafür ist, den zur Zeit gewalttätigen Protest in friedliche Bahnen zurückzulenken. Das Gegenteil scheint wahrscheinlich. Die Zimmermanns, Dreggers und Rebmanns gehen schon mit Schaum vor dem Mund daran, die Gesetze zu verschärfen. Der Polizeistaat rückt näher. Meine Beklemmung wächst.

Roland Reimers, Hamburg 50

★

(...) Bei den Schüssen an der Startbahn West handelt es sich um eine kriminelle Tat ohne politischen Hintergrund. Es gilt, den oder die Mörder zu finden, und das ist die Aufgabe der dafür zuständigen Behörden. Sie in ihrer Arbeit zu unterstützen, ist die Pflicht aller verantwortungsbewußten Bürger dieses Staates, auch der Politiker.

Ich stelle fest, daß einige Politiker in diesem verabscheuungswürdigen Vorfall eine Möglichkeit sehen, dieses Volk „auf Vordermann" zu bringen. Anders gesagt, infolge einer recht eigenwilligen Einstellung zum Rechtsstaat meinen sie, die Frankfurter Ereignisse vor ihren politischen Karren spannen zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist allerdings dringend zu hoffen, daß bei den Ermittlungen die Wahrheitsfindung und nicht der mögliche politische Nutzen im Vordergrund steht.

Jutta Ditfurth wurde wegen ihrer sehr schludrigen und unglücklich formulierten Äußerung zum Prügelmädchen der Nation. Hätte sie gesagt: Einige Politiker brauchen zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen von „Rechts"-Staatlichkeit nichts so sehr wie den Terrorismus, — sie wäre der Wahrheit beängstigend nahe gekommen.

Dieter J. Baumgart, Köln 90

★

(...) In diesem Lande wächst die Zahl der umstrittenen Großprojekte ständig. Als Konsequenz darauf werden „zum Schutz" dieser Projekte immer mehr und immer spezieller ausgebildete PolizistInnen in den sogenannten Sondereinsatzkommandos eingesetzt. Notwendige Politik wird durch Wasserwerfer, Gas und Knüppel ersetzt. Zur Unterstützung werden GegnerInnen dieser Projekte von Seiten der politisch Verantwortlichen diffamiert und kriminalisiert. Die BeamtInnen vor Ort haben das „Glück" sich hinter Befehl und Gesetz verstecken zu können (...). Die ohnmächtige Wut der DemonstrantInnen kann fast nur verstehen, wer polizeiliche Willkür (angeordnet „von oben") — formal mit dem Polizeiaufgabengesetz abgesichert — am eigenen Leibe erfahren hat. Die Fronten verhärten sich immer mehr.

Wie soll es weitergehen? Wer hat Interesse an der Eskalation der Gewalt? Wie kann sie verhindert werden? Es fällt schwer, diese Fragen umfassend und endgültig zu beantworten. Außer Frage steht jedoch, daß politische Entscheidungen mitwirken können. Alle vier Jahre ein Kreuz auf ein Stück Papier zu setzen und dann machtlos dem Willen der gewählten PolitikerInnen ausgesetzt zu sein, reicht nicht aus. Eine andere wichtige Voraussetzung ist es, die Belange von Demonstrierenden ernst zu nehmen und sie nicht grundsätzlich in Bausch und Bogen als Staatsfeinde einzustufen. Solange aber der Satz „sie demonstrieren — wir regieren" in den Köpfen der Verantwortlichen festsitzt, wird sich an darauf folgenden Fehleinschätzungen nichts ändern. Es ist schon etwas merkwürdig, wenn der Erfolg von Polizeieinsätzen zum Beispiel daran gemessen wird, daß möglichst viele Verhaftungen durchgeführt werden.

Die Frage der Gewalt wird durch diese beiden Punkte sicher nicht umfassend gelöst. Es könnten jedoch positive Signale von ihnen ausgehen. Die PolitikerInnen sind aufgerufen, eine Politik mit BürgerInnen für BürgerInnen zu betreiben und nicht mit dem „Großkapital" für das „Großkapital". Die Polizei ist augerufen, unser Freund und Helfer zu sein und nicht unser Gegner. Und Ruhe ist nicht die erste BürgerInnen-Pflicht sondern aufstehen und reden. Fordern wir unser Recht der Staatsgewalt, die, so steht es im Grundgesetz, vom Volke ausgeht. Der Tod der beiden Polizisten war grausam — so grausam wie es jeder Tod ist —, ob er auch sinnlos war, muß die Zukunft — unser aller Zukunft — zeigen.

Detlef Lange, Nürnberg 70

★

(...) Von Vertrauen bzw. Solidarität mit der Bevölkerung in und mit den progressiven Kräften der Republik kann wohl nach diesem, die Unverhältnismäßigkeiten früherer Polizeieinsätze in den Schatten stellenden Ausbruch blinden Hasses und damit verbundener politischer Perspektivlosigkeit kaum noch die Rede sein. Es ist an der Zeit eine deutlichere Distanzierung gegenüber „Menschen" auszusprechen, welche sich im Anflug von Größenwahn einbilden, die Verhältnisse in der BRD mit ein paar feigen Morden ändern zu können und damit dem Staat immer mehr Argumente liefern, um seine Politik der Aufrüstung der „Un"-Sicherheitsorgane und Diffamierung politischer Gegner zu rechtfertigen.

Wer seine Wut über die Verhältnisse in diesem Land an den Bullen ausläßt, verwechselt den Knüppel mit dem Schläger; die Marionette mit dem der sie lenkt. Eine Veränderung der gegenwärtigen Situation, die totale Inkraftsetzung des Grundgesetzes, ist nur durch geplanten, disziplinierten Wiederstand möglich, welcher jegliche Gewaltanwendung von Seiten der fordernden Massen ächtet. Nur wer bereit ist, mit dem eigenen Blut, nicht mit dem der Gegner, für die Durchsetzung seiner Interessen einzutreten, die bestehenden Gesetze achtet und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten voll ausschöpft, ist in der Lage, auf Mißstände bzw. Gesetzesverstöße hinzuweisen und eine Änderung der Verhältnisse bzw. Bestrafung der Täter zu fordern.

Die progressiven Kräfte der Republik sind gefordert, eine Position gegen jegliche Gewaltanwendung zu beziehen, damit der Weg zu einer mit der Natur lebenden, menschenwürdigen Gesellschft nicht im gegenseitigen Morden und somit in Selbstzerstörung endet.

Dirk Trenn

★

(...) Genaugenommen sind die Todesfälle keine qualitative Änderung sondern lediglich eine quantitative Steigerung. Wer mit Leuchtmunition bewußt auf Menschen zielt, weiß, daß der Getroffene lebensgefährliche Verbrennungen erleiden kann, wer mit Stahlkugeln auf Menschen schießt, weiß, daß ein Treffer am Kopf tödlich sein kann. Insoweit wäre es sicher später zu getöteten Polizisten gekommen, auch wenn in diesem Falle Provokateure am Werk gewesen sein sollten. Es ist auch niemandem eine Sicherung durchgegangen, die Umstände der Morde sprechen dagegen. Mit solchen Leuten kann es keine, wie auch immer geartete Solidarität geben. (...)

In der Linken gibt es keine Gewalt zu privaten Masturbationszwecken. Irgendwelche „revolutionäre Interessen" vorzuspiegeln ist glatte Verhöhnung wirklicher Revolutionen. Die Ablasser solcher Sprüche wissen das natürlich, denn sie werden sich mit dieser Frage auseinandergesetzt haben. Tatsächlich hat es in der BRD noch keine vorrevolutionäre Situation gegeben, das wissen wir nicht erst seit dem Ende des KBW. Zur Revolution gehört neben der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung auch, Teile der bewaffneten Staatsmacht für die revolutionäre Sache zu gewinnen. Um sich ballernde, wild gewordene Kleinbürger haben noch keine Revolution zu Wege gebracht. (...)

Hans-Dieter Frädrich, Achern

★

Erst heute morgen hörte ich hier in Amsterdam von der Ermordung der zwei Polizisten an der Startbahn. Und ich spürte den eisigen Wind durch das Fernsehen, der jetzt wieder in Deutschland weht. Demonstrationsrecht, schon immer war dieses Recht mit Meinungsfreiheit verbunden. Und diese Meinungsfreiheit stand und steht auch bei uns auf sehr dünnen Beinen. Diese Beine drohen jetzt wieder umzuknicken. Ein Herr Strauß, der noch nicht viel von Meinungsfreiheit hörte, spricht mal wieder von Härte. Härte, kein fremdes Wort für uns Deutsche. Und es scheint mir, daß da einige Herren der Politik sich die Hände reiben, denn sie wußten ja schon immer von den bösen Demonstranten ein Lied zu singen. Ich denke ein paar Jahrzehnte zurück und alles kommt mir sehr bekannt vor. Die Ruhe vor dem Sturm wird nun immer windiger. Auf beiden Seiten ist ein nervöser Angstfaden gespannt, wohl der einzige Faden der noch verbindet.

Mir geht es hier jetzt nicht um die Frage der Gewalt. Wohl bezweifle ich eine Umstrucktuierung mit Mitteln der Gewalt. Doch vergessen zu viele Herren der Politik ihre Gewaltanwendung an den Bäumen, Pflanzen und an den Menschen, die durch ihre Meinungsfreiheit im Gefängnis sitzen. Die Ermordung der Polizisten wird uns keinen guten Wind bringen.

Monika Barth, Amsterdam



Das Wort zum Sontag (Flugblatt)

Flugblatt zum "Sonntagsspaziergang" am 8. 11. 1987

Das Wort zum Sonntag

Am 2. 11. 1987 sind zwei Polizisten an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens erschossen worden. Seitdem hat gegen Autonome und StartbahngegnerInnen eine in dieser Härte seit langem nicht mehr dagewesene Repressionswelle eingesetzt. Zig Wohnungen und andere Räume im Rhein--Main-Gebiet wurden durchsucht. Bekleidung, Papiere und andere Sachen wurden mitgenommen, ohne Auflistungen von diesen Sachen zu machen, geschweige denn, Quittungen auszuhändigen. Mindestens zwei Wohnungen wurden bei den Durchsuchungen zerstört. Viele vorläufig Festgenommene wurden im Knast und bei Verhören weiteren Schikanen ausgesetzt. Ihnen wurde mit Erschießung, Frauen mit Vergewaltigung gedroht. Andere mußten die ganze Nacht über in Unterhosen und mit auf dem Rücken gefesselten Händen in Einzelzellen zubringen.

Diese Repressionen kommen nicht von ungefähr. Hier werden sowohl der Tod der zwei Polizisten als auch Betroffenheit und Trauer genutzt, um eine schon lange währende Pogromstimmung gegen Autonome, AnarchistInnen und StartbahngegnerInnen - zu schüren. Führenden Köpfen aus Wirtschaft, Politik, Industrie und Exekutive geht es nur vordergründig um die Aufklärung der Tötung zweier Polizisten. Menschenleben interessieren sie nur bedingt. Sie lassen täglich Menschen für ihre Interessen sterben, das heißt durch Ausbeutung der sogenannten "Dritten Welt", durch Abschiebung in Folter- und Mordregimes (vor allem über den Flughafen Frankfurt/-Main) oder durch physische und psychische Vernichtung im alltäglichen Lebens- und Produktionsbereich.

Wer die Schüsse auf die Polizisten abgegeben hat, ist bis heute nicht geklärt, aber die Vorverurteilung von Andreas ist schon voll im Gange. So zeigen z. B. die Ereignisse um den Bombenanschlag auf das Gefängnis in Zelle, der vom Verfassungsschutz in Auftrag gegeben und von der GSG9 durchgeführt wurde, wie wenig den Herrschenden an Menschenleben liegt und zu welchen Vorgehensweisen "sie" im Rahmen "ihres" permanent heruntergeleierten "Rechtsstaats" fähig sind. Ist es nicht auch denkbar, daß die Schüsse vom 2. 11. 1987 von "ihnen" selbst inszeniert wurden? Die Tötungen werden zum Anlaß genommen, nicht nur unsere Strukturen zu durchleuchten bzw. zerstören zu wollen, sondern auch durch verschärfte Demonstrationsgesetze und Aufrüstung den gesamten außerparlamentarischen Widerstand (z. B. auch Bürgerinitiativen) wirkungslos werden zu lassen.



Den Zeitpunkt, den "sie", falls "sie" es waren, gewählt hätten, wäre äußerst günstig, da wir gerade in der Zeit nach Tschernobyl in der Auseinandersetzung um die Hirnrissigkeit der Kernkraft sehr viel Zustimmung in größeren Bevölkerungskreisen finden konnten, unsere eingesetzten Mittel auch weitgehend akzeptiert wurden.

Im Laufe der Auseinandersetzungen um die Startbahn West und der nun schon sechs Jahre dauernden Versuche, eine soziale Bewegung zu zerschlagen, haben sich unsere Formen von Widerstand entwickelt.

Anstelle der demutsvollen Bittgänge und des passiven Widerstandes, der schon 1981 brutal zerschlagen wurde (beispielsweise Hüttendorfräumung, Rohrbachstr.), sind direkte Aktionen getreten, die eine praktische Behinderung des Baues und Betriebs der Startbahn zum Ziel hatten. Auch der Schutz unserer Demonstrationen ist im Laufe der letzten Jahre immer wieder Gegenstand unserer Überlegungen gewesen.

Zu oft sind Menschen von Sondereinsatzkommandos willkürlich und ohne Rücksicht auf das Leben zusammengeschlagen worden. Permanente Überwachung und Kriminalisierung einzelner haben uns bewogen, unsere Identität durch Vermummung teilweise dem Zugriff des Staates zu entziehen. Es ist immer auch Ausdruck der gesamten Startbahnbewegung gewesen, in eskalierten Situationen aktiv schützende und direkte, einen polizeilichen "Übergriff" bremsende bzw. stoppende Handlungsweise zu praktizieren. Die Anwendung von Schußwaffen ist für uns in solchen Situationen undenkbar.

Wir lassen uns nicht auf vorgeschriebene "Protestformen" festlegen, die nichts verändern können und auch nicht sollen. Unsere Mittel haben sich in den Auseinandersetzungen verschiedener Bewegungen entwickelt und dienen uns, unsere Vorstellungen auch praktisch durchzusetzen. Die Bewohner der Hafenstraße müßten den Winter längst schon im Obdachlosenasyl verbringen, wenn sie nur einen Verein zur Rettung der Häuser, eine Wahlliste "Rettet die Hafenstraße" aufgestellt hätten. Militante Gegenwehr, soziale Verankerung und finanzielle Erwägungen haben bisher den Senat von einer Räumung abgehalten (Datum: Anfang November - d. Red.).

In der Gesellschaft die wir anstreben, wird es kein Oben und Unten geben, keine Herrschenden, die ihre Macht und ihre Futternäpfe durch eine Unzahl von Armeen und Polizisten schützen; sondern selbstbestimmte Formen des Zusammenlebens und des Organisierens von Produktion und Verteilung der produzierten Güter. In diese Richtung sind unsere Formen des Widerstand s, und die Vertreidigung erster erkämpfter Utopieansätzue unbedingt notwendig.

WIR WOLEN NICHT MEHR KUCHEN _ WIR WOLLEN DIE GANZE Bäckere111!!

Einige Frankfurter Autonome und StartbahngegnerInnen

MDC

Es rauschte gewaltig im dunklen Zeitungsblätterwald nach den Schüssen an der Startbahn.

Gewaltig floß auch das Wasser der Bestürzung, der Trauer und der Unfaßbarkeit von Seiten der Politiker und anderer Dilletanten, die sich in den Vordergrund der Öffentlichkeit schoben.

Einhellig wurde sich rethorisch auf Autonome und AnarchistInnen eingeschossen. Die reaktionären Blätter hetzten im Springer-Stürmer Stil. Sie konnten endlich ihre "Rübe ab" Mentalität äußern, ohne sonderlich aufzufallen.

Dasselbe gilt auch für die Blutsauger - phantasievoll nennt mensch sie auch Politikus - bei denen teilweise Reaktionäre und Altnazis Probleme mit der Beherrschung ihrer selbst hatten, um nicht laut zu applaudieren zu der Tat.

Neben diesen freuten sich auch die Bullen: endlich nach Herzenslust, weil faschistoider Gesinnung, schalten und walten. Sie kokettieren keck mit Knast, Durchsuchungen, Hausbesuchen und Festnahmen. Überall gab es dabei physischen und psychischen Druck. Es wurde bespitzelt und geschnüffelt, massenhaft Sachen und Unterlagen beschlagnahmt sowie geklaut (oder wie heißt das, wenn etwas mitgenommen wird und der Eigentümer es nicht erfährt?)

Die Hausdurchsuchungen boten auch ihren Reiz: mit MP oder nur sig sauer, 9 mm wurde höflich nach dem Ausweis gefragt. Und so manchmal standen die Bullen mit errigiertem Pürzel da, z. B. wenn die Durchsuchung in einer Orgie der Zertrümmerung endete oder die Bullenhand ins Gesicht des Bewohnerns/der Bewohnerin klatschte.

Kurzum suhlten sich die Bullen im Leid des Opfers. Die "Politiker" schrien wie gewohnt nach mehr Gesetzen oder einer härteren Gangart. Nur schwer konnten sie sich auf demokratische Floskeln beschränken.

Von den Schüssen zogen sie eine gerade Linie zur Mentalität der Scene, von der Startbahn über Wackersdorf bis zur Hafenstraße.

Von der Beschränkung (Aufhebung wäre am liebsten) des Demonstrationsrechts, zur Abschaffung "rechtsfreier Räume" (gibts das noch?) lassen die totale Überwachung zugunsten der "wehrhaften Demokratie" nicht mehr so fiktiv erscheinen. Der massive Angriff, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, auf die Strukturen im Rhein-Main Gebiet, lassen ahnen, was auf uns zukommt. Die Linken versuchen bei der Gelegenheit gleich die unliebsame Konkurrenz, welche es nicht nur beim Reden beläßt, loszuwerden bzw. zu integrieren. Cohn-Bandit, Joschka Fischer und anderes Realozeugs haben auf einmal wieder etwas zu sagen. In der realen Politik hinken sie ihren Vorbildern von den anderen Parteien ohnehin nur hinterher. Also was liegt näher als die Basis von uns zu diskriminieren und daraufhin zu integrieren, und den Rest, also uns, selbstgefällig dem Staat und seinen vermummten, bewaffneteten und menschenverachtenden Bütteln zu überlassen.

Sie, die Realos, die mit ihrer Redepolitik eine Bewegung zerstörten, als über 20.000 Menschen an der geplanten Startbahn 18 West standen, bereit zum Überschreiten eines Stacheldrahts, um die paar Bullen hinwegzufegen. Stattdessen: Eine Häuflein mit freiem Oberkörper bewaffnet, begibt sich zu den Bullen, läßt sich vom damaligen Innenminister Gries die verbliebene Kleidung vollügen und verkündet uns Tausenden - egal ob jung oder alt, egal ob Bürger oder Linke, ausnahmslos autonom - den "Erfolg" und heißt uns nach Hause zu gehen, was wir leider auch taten.

Sie,die reden und reden bis heute, Vermummung und Bewaffnung sei eines aufrechten Demonstranten unwürdig, und doch wissen müßten, daß es heute noch Menschen gibt, die psychische und physische Folgeschäden haben, weil sie Opfer des Rohrbachstraßen[illegible]s vor sechs Jahren waren, [illegible] am Tag nach der Hüttendorfräumung barbarisch von Fascho-Bullenkommandos niedergeknüppelt wurden, um nur zwei Beispiele zu nennen. Sie, die heute sich in Sesseln mit viel Platz für ihre fetten Wänste geredet haben und peinlicherweise als unser Sprchrohr gelten. Wir handeln praktisch und kämpfen tagtäglich. Aber sie ziehen den politischen Nutzen daraus, und wir, nicht sie, erleiden die Repressionen. Doch sollten wir uns wehren, überlassen sie uns dem Staat und seiner Parteijustiz.

Wir wollen keine toten Bullen, aber wir wollen auch keine toten Demonstranten. Die Heuchelei und Bigotterie der Herrschenden und der integrierten Opposition machen wir uns nicht zu eigen; wir haben den Kopf nicht nur zum Fressen und Konsumgieren auf den Schultern, sondern zum Denken! Wenn der Widerstand vorgeschrieben wird und wir diesen akzeptieren, degradieren wir uns zu den selben Kasperln wie diese Realofraktion. Widerstand braucht Phantasie und tut not. Jetzt mehr denn je.

Hegesias.

Erste Stellungnahme des Libertären Zentrum Frankfurt zu den Ereignissen des 2.11.87 an der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens

Wir sind AnarchistInnen und Autonome aus Frankfurt, die für eine selbstbestimmte, herrschaftsfreie Gesellschaft kämpfen. Uns kotzen diese Schüsse am 2.11.87, den 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung, an. Wir lehnen die Mitnahme von Schußwaffen auf Demos ab. Wir würden uns damit in die Isolation treiben, die unseren politischen Vorstellungen widerspricht. Deshalb ist eine solche militärische Eskalation nicht unsere Sache.

Unsere Mittel, die sich in den verschiedenen sozialen Bewegungen und ihren Kämpfen entwickelt haben, kennt jede/r. Jede/r kann sich darauf einstellen. Wir wenden uns mit diesen Mitteln gegen Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir setzen diese nicht ein, um zu töten, sondern um uns zu schützen.

Der Weg zu einer freien Gesellschaft darf nicht mit Leichen gepflastert sein. Dies unterscheidet uns von der Gegenseite. Ihre Opfer sind nicht nur getötete Demonstranten, sondern alle Menschen, die täglich durch strukturelle Gewalt - ihre Lebensbedingungen - sterben.

Ein Beispiel hierfür ist der Flughafen Frankfurt, der als Ort für Abschiebungen, der ökonomischen Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt, sowie als militärische Basis dient.

Aus Anlaß des 300. Sonntagsspazierganges am 1.11.87 wurde zu einer Demonstration aufgerufen die zum Tor 31 des Flughafens führte, um sich dort gegen den weiteren Ausbau in Form eines Gewerbegebietes zu wenden.
Es wurde ein Redebeitrag gehalten, der auf die zivile/allgemeine Bedeutung einging. Der zweite Redebeitrag, der die militärische Bedeutung zum Thema hatte, wird hier (sinngemäß(wiedergegeben.

Kein öffentliches Bauvorhaben ob Autobahn, Flughafen o.ä. wird aus nur wirtschaftlichem Interesse gebaut. Genausowenig aus nur militärischem Interesse Es handelt sich immer um beides.

An dieser Stelle möchte ich auf den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Börner hinweisen. Als ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium war er zuständig für die Durchsetzung der Interessen des Verteidigungsministeriums innerhalb seines Amtsbereiches.

Man kann sagen, daß er in Hessen die Fachautorität in Bezug auf die militärische Bedeutung der Startbahn 18 West war. Und das während der Bauzeit genauso wie in der Zeit der Koalition mit den Grünen.

Als unsere Kenntnisse über die militärische Bedeutung der Startbahn 18 West können wir heute folgendes festhalten:
- Im "war time host nation support" Abkommen (1) wurden 12 Flughäfen in der BRD festgelegt, und zwar
- 8 als "main operating base" (2)
- 4 als "embarkement" Flughafen (3).

In einer Studie der "Industrieanlagen Betriebsgesellschaft" (4) von 81/82 wurde geprüft, welche Flughäfen für den in Frage kommenden Infrastrukturausbau geeignet seien. Hier wird Frankfurt Air-Base zweimal genannt:
- als "main operating base" und
- als "embarkement" Flughafen.

Unter diesem Licht betrachtet kann sich jede/r sehr gut vorstellen, daß der Frankfurter Flughafen (im Spannungs-/Ernstfall komplett militärisch genutzt), sehr wohl wie zwei voneinander unabhängige Flughäfen betrieben werden kann:
- Die Air-Base und der jetzige zivile Bereich der beiden Parallelbahnen für das "embarkement"
- Die Startbahn 18 West als "main operating base" für ein Kampfgeschwader.

Dafür sprechen folgende Fakten:
- Der zweite Tower, von dem aus die Startbahn 18 West einsehbar ist.
- Der bereits gebaute Abzweig der Nato-Pipeline hin zum Kopfende der Startbahn 18 West.
- Die Betonierung der Stellfläche für die Maschinen der Schnellreparaturtruppe.
- Nicht zuletzt der weitere Ausbau der Infrastruktur durch ein weiteres "Gewerbegebiet" ausgerechnet im Bereich des neuen Towers, im Bereich des Bahnanschlusses der Air-Base, im Bereich des Anschlusses der AirBase an die Nato-Pipeline, im Bereich der Lagerhalle, die bereits jetzt schon (über Untermietvertrag) von der Air-Base genutzt wird.

Darüberhinaus hat bereits 1985 eine Gebietsübertragung der FAG an die Air-Base stattgefunden:
Exakt ein Streifen von 30 ha direkt zwischen der AirBase und der Startbahn 18 West, der für die unmittelbare Anbindung beider sorgt.
Und oh Wunder: Das jetzt geplante "Gewerbegebiet" schließt direkt an.

Um das Ganze mal gesamtpolitisch zu beleuchten, möchte ich noch kurz an den letzten Gipfel in Venedig erinnern. Dort hat Kohl den Amerikanern weitere Unterstützung für ihre "Aufgaben" in der Dritten Welt zugesagt.

Wir wissen also, was wir von den Politikern zu erwarten haben. Von Herrn Kohl und der CDU, von Herrn Börner und der SPD, die uns hier immer belogen haben, von den Grünen, die in der Koalition mit der SPD Herrn Börner auf die Schultern klopfte.

Wenn wir uns bei unserem Widerstand gegen die Startbahn 18 West und den weiteren Ausbau des Flughafens auf etwas verlassen können, dann nur auf eines:
Wenn wir etwas erreichen wollen, dann können wir uns nur auf uns selbst verlassen.

Und weil wir das wissen, knüpfen wir an, an unseren Widerstand vor Ort und lassen es uns nicht nehmen, hier am Ort des Geschehens gegen dieses Wahnsinnsprojekt zu demonstrieren.

Dieses wuchernde Krebsgeschwür in unserer Region gehört weg.

Keine Startbahn 18 West
Keine weiteren Ausbaumaßnahmen
Nachtflugverbot

Zu Andreas Eichler.

Als wir erfuhren, daß Andreas Eichler von den Bullen verhaftet wurde und so nach und nach die Informationen über die Bundesanwaltschaft herausgegeben wurden, haben viele von uns so manches einfach nicht glauben können.
Inzwischen dürfte aber auch klar geworden sein, daß nicht alles, was da in der Presse zu lesen war, reine Erfindungen der Staatsbüttel waren.
Unterstellen wir die Richtigkeit folgender Fakten:
Vor dem Fackelzug wurde am abgehörten Telefon über Dinge gesprochen, die mit dem Fackelzug und Vorbereitungen zu tun hatten. (Egal welchen Inhalts auch immer.)
Er bringt eine Pistole und andere Dinge in einem Rucksack mit nach Hause.
Er spricht wieder am abgehörten Telefon.
Er geht mit dem Rucksack samt Inhalt zu seiner Freundin, die kurz vor der Geburt ihres Kindes steht.
Er wird dort gegen Morgen festgenommen.
Innerhalb kürzester Zeit (vermutlich am Dienstag) macht er längere Aussagen. (Die Bullen fahndeten schon eindeutig nach Frank Hoffmann, lange bevor der Haftbefehl in der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde.)
Dies alles gibt uns zu denken und wir fragen nach seinem Verhältnis gegenüber:
- sich selbst.
- seiner Freundin.
- dem noch nicht geborenen Kind.
- jedem Einzelnen den er kennt.
- der Startbahnbewegung insgesamt.

Uns erscheint das gesamte Verhalten als das Verhalten von jemand, der einerseits keinerlei Verantwortungsgefühl entwickelt hat und darüberhinaus noch schlicht und einfach seine Haut auf Kosten anderer retten/schonen will.

Allerdings müssen wir uns auch fragen lassen, wie wir selbst den Begriff Verantwortung mit Leben füllen; zumindest Andreas gegenüber gefüllt haben.

Ein Autonomer aus der Diskussion.

Zu den den Polizistenmorden an der Startbahn- West: Aus Wiesbaden.

Wir, als Autonome und Startbahngegner in Wiesbaden distanzieren uns aufs schärfste von den feigen Morden an den beiden an der Startbahn eingesetzten Polizisten. Politik, die über Leichen geht und Umgang mit scharfen Schußwaffen hat mit unserem Widerstand nichts mehr zu tun. Jemand, der eine derartige Kaltblütigkeit an den Tag legt, gehört nicht in unsere Reihen, auch wenn er sich selbst dazu zählen mag.
Im Laufe der Auseinandersetzungen um die Startbahn West und der nun schon sechs Jahre dauernden Versuche, eine soziale Bewegung zu zerschlagen, haben sich auch unsere Formen von Widerstand geändert. Anstelle des passiven Widerstands, der schon 1981 brutal zerschlagen wurde, sind direkte Aktion getreten, die eine praktische Behinderung des Baus/Betriebs zum Ziel hat. Auch der Schutz unserer Demonstrationen ist im Laufe der letzten Jahre immer wieder Gegenstand unserer Überlegungen gewesen. Permanente Überwachung und wahlose Kriminalisierung Einzelner haben uns bewogen, unsere Identität teilweise dem Zugriff der Polizei durch Vermummung zu entziehen. Es ist immer auch Ausdruck der gesamten Startbahnbewegung gewesen, in eskalierten Situationen aktiv schützende und direkte Handlungsweisen zu praktizieren. Die Tötung von Menschen auszuschließen war dabei immer unser oberster Grundsatz.
Wir wehren uns gegen die nun einsetzende Hetzkampagne, gegen alle, die hier Widerstand leisten. Der Mord an den beiden Polizisten dient als Mittel, berechtigten sozialen Widerstand als von unseren Utopien losgelöste terroristische Aktion zu diffamieren. Die Gleichsetzung von Demonstranten mit potentiellen Mördern soll hier ein politisches Klima schaffen, Gesetze und neue Überwachungsmaßnahmen durchzusetzen, die jegliche außerparlamentarische Opposition im Keim erstickt.
In Wiesbaden wurden in Verbindung mit der Erschießeung der beiden Polizisten ca. 25 Leute festgenommen, deren einziges "Vergehen" darin besteht, StartbahngegnerInnen zu sein. Verschiedene Wohnungen wurden durchsucht, die BewohnerInnen diffamiert in Nachbarschaft und Arbeitsbereich.
Wir sind betroffen über die beiden Morde, aber wir verurteilen auch die Versuche, uns als Mitglieder sozialer Bewegungen zu kriminalisieren. Autonome und StartbahngegnerIn-

Pressemitteilung des hessischen Innenministeriums

Bei den Autonomen Gruppen handelt es sich um einen Teil der extremen Neuen Linken. Der Neuen Linken werden diejenigen Linksextremisten zugeordnet, die nicht dem moskauorientierten Kommunismus angehören.

Die Autonomen Gruppierungen sind oft kleinere, kurzlebige und aktionsbezogene Zusammenschlüsse, die jedoch innerhalb der extremen Neuen Linken die Richtung bestimmen. Sie wollen langfristig das bestehende System, d. h., unsere freiheitliche demokratische Ordnung, zerschlagen und Freiräume für ihre eigene Existenz schaffen. Als ihr Endziel betrachten sie die Autonomie in einer herrschaftslosen Gesellschaft. Deshalb lehnen sie auch festere Organisati90nsstrukturen und Befehlsstrukturen ab. Für den Informationsaustausch und die Abstimmung vor größeren Aktionen bildeten sie in der Vergangenheit nicht selten Autonome Plenen oder räteähnliche Gremien.

Dem Autonomen. Spektrum sind in Hessen etwa 1.400 Personen zuzurechnen, die je nach Aktionsanlaß in der Lage sind, etwa weitere 1.500 Sympathiesanten zu mobilisieren. Das gewaltbereite Potentail liegt zwischen 300 und 500 Personen.

Die Autonomen lehnen zwar große Teile der "historisch überholten Politik" der "Rote Armeee Fraktion (RAF)" ab, bejahen aber den bewaffneten oder militanten Widerstand gegen den Staat. Nach ihrem Selbstverständnis beinhaltet Autonome Taktik "Sabotage, Blokade und indirekte Aktionen". Durch die bei Auseinandersetzungen mit der Polizei und bei Sabotagehandlungen gezeigte erhebliche Militanz näherten sich die Autonomen teilweise den Konzepten terroristischer Gruppen. In Diskussionspapieren wird der Wunsch betont, die Zersplitterung des Widerstandes gegen unseren Staat zu überwinden und aus dem Alltag heraus planmäßig gegen das "Schweinesystem" zu handeln. In diesem Kampf sind "Löcher im Bauzaun so wichtig wie Flugblätter, Infostände so nötig wie das Abbrennen von Baumaschinen, Besetzungen von Strommasten haben ihren Platz wie die Fällung derselben".

Zum Tode der zwei Polizisten:

Andreas Eichler, bei dem die Polizei wenige Stunden nach der Tat die Pistole sichergestellt hat, mit der die Polizeibeamten Eichhöfer und Schwalm an der Startbahn 18 West des Rhein-Main-Flughafens erschossen wurden, ist den zuständigen Behörden bereits seit 1974 bekannt. Er trat bis 1981 mehrfach bei Aktionen des "Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)" und danach im Bereich der Startbahn 18 West, bei Schmieraktionen sowie im Zusammenhang mit einem Anschlag auf einen Strommast in Erscheinung. Bei diesen Aktionen der letzten Jahre hatte Eichler Verbindung mit einigen Personen, die sich wie er innerhalb des militanten autonomen Spektrums bewegten. Die kleine Gruppe wurde in wechselnder Besetzung fesgestellt, insbesondere bei gewaltätig verlaufenen Aktionen an der Startbahn 18 West.

Weitere Zitate nicht-hessischer "Autonomer"

"Was uns von anderen Linken unterscheidet, ist der Stein in der Hand und der Knüppel im Nacken ... Im Tränengasnebel fühlen wir uns immer noch am autonomsten und was uns darüber hinaus zusammen hält, wissen wir auch nicht so genau zu sagen."
Flugblatt, Juli 1986

"Der Stein schafft Bewußtsein ... Dies gilt nicht nur für jene, die der Stein trifft, es gilt vor allem auch jenen, die den Stein werfen. Wer Steine und Mollis gegen alles das wirft, was uns täglich knechtet, spürt die Befreiung - die ganz individuelle aber auch kollektive Befreiung."
aus "tot oder lebendig", autonomes Szenenblatt, Berlin, Oktober 1986

"Das ganze Jahr über ist das Schweinesystem auf allen Ebenen und in allen Bereichen wie nie zuvor angegriffen worden. Das reicht vom militanten Widersand gegen US-Kriegspolitik, den Kämpfen gegen Wackersdorf und Brockdorf, über die zahllosen Sabotageaktionen und Angriffe auf Einrichtungen der Schweine bis zur Ausschaltung solch wichtiger Figuren wie Beckurts und Braunmühl."
aus: "Sabot", Hamburger Infosammlung Nr. 12, November 1986

Presseerklärung der Landesregierung, Wiesbaden.

Zum Tode der zwei Polizisten an der Startbahn- West ein paar Gedanken:

1. Bei der Beurteilung der Frage, wie es dazu kommen konnte, daß jetzt auch Polizisten bei einer Demonstration getötet wurden, darf das gesellschaftliche Umfeld, in dem die Tat vom 2. November 87 geschah, nicht außer acht gelassen werden.

Die Bundesrepublik präsentiert sich, vertreten durch die Scharfmacher in der CDU/CSU, als Höriger der Vereinigten Staaten. Dieser Hörigkeit opfert sie die begründeten Zweifel eines Teils ihrer Bürger am militärischen, imperialistischen Verhalten des Bundesgenossen. Stationierung von Raketen, Giftgas, konventinellen Waffen auf unserem Territorium, die Doktrin des atomaren Erstschlags, die Planungen für einen atomaren Krieg auf BRD-Gebiet werden widerspruchslos hingenommen und gegen den Willen der Bürger durchgesetzt.

Die Bundesrepzublik als führender Industriestaat fördert seit Jahrzehnten einseitig die Interessen der Industrie und Wirtschaft, beschränkt mehr und mehr die Rechte der Arbeitnehmer, sieht zu, wie eine strukturelle Umwandlung der Industrieproduktion Arbeiter in die Arbeitslosigkeit treibt, grenzt sie aus der Wohlstandsgesellschaft aus, nimmt Jugendarbeitslosigkeit hin, verschärft die Einstiegsvoraussetzungen in Beruf und Studium.

Die Bundesrepublik hat sich nie entschieden genug um die Säuberung von alten Nazis in Politik, Wirtschaft und Justiz bemüht, war stets auf dem rechten Auge blind, dafür verbat sie frühzeitig die kommunistische Partei und sie institutionalisierte seit dem 2. Weltkrieg ein Feindbild, das schon Adolf Hitler zeichnete. Wie damals pflegt sie noch heute die Ausgrenzung von Minderheiten, fördert primitiv nationalistische Gefühle durch den Umgang mit Asylsuchenden.

Die Bundesrepublik ist ein Land mit einem bedrohlichen Ausmaß von Analphabethismus. Zwar kann fast jeder lesen, doch was zu lesen kriegt, heizt unisono Vorurteile an. Es herrscht ein Mangel an Wissen und ein Unwille, sich dieses zu beschaffen, daß sich Demokratie, die ja wohl von Information und Dialog abhängt, gar nicht herstellen läßt. Konsumwille und Streben nach individuellem Glück auf Kosten anderer sind an die Stelle von Solidarität getreten. Das ist die Realität in unserem Staat.

2. Repression hat in deutschen Landen einen guten Klang. Hast du was gegen Staat und Fürst gesagt, bist du schon halb im Kittchen. Verdächtig macht sich der, der nachdenkt und zu abweichenden Lösungen kommt. So war und ist das Schicksal der Unzufriedenen in diesem Lande stets gewesen, im Knast oder in der (inneren) Emigration zu leben. Das gilt natürlich für beide Teile Deutschlands.

Bei der Behauptung, wir lebten hier im freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, muß man berücksichtigen, wer das sagt. Der mit Berufsverbot geschaßte kommunistische Lehrer hat keinen Anlaß dazu. Jede Regierung, und noch die tyrannischste, hat es verstanden, sich im Dienste ihrer Bürger zu präsentieren. Heute ist es die Freiheit des Proleten, durch Rationalisierung arbeitslos zu werden, in wirtschaftliche Not und psychische Verelendung zu fallen. Es ist die Freiheit der Kleinunternehmer, der Konkurrenz der Großen mit Selbstausbeutung zu begegnen. Es ist die Freiheit mitanzusehen, wie Großunternehmen mit Diktaturen in bestem Einvernehmen Handel treiben, Waffen verkaufen, am Krieg in der Dritten Welt verdienen, wie protektionistische Agrarpolitik die Länder der Dritten Welt in die Knie zwingt. Es ist die Freiheit mitanzusehen, wie die Großbanken im Verband mit multinationalen Konzernen die Drittländer wirtschaftlich ausbluten.

Wer solche Segnungen unserer Freiheit als das ansieht, was sie sind, nämlich logische Auswirkungen des Kapitalismus, und sie darüberhinaus bekämpft, der hat keine Chance auf gerechte Behandlung. Nicht einmal seine Beweggründe werden respektiert. Verurteilt und totgeschwiegen und im Knast menschlich gebrochen verschwindet er von der Bildfläche, wenn nicht bisweilen kritische Juristen und versöhnliche Pfarrer seiner gedenken.

Seit Jahren betätigt dieser Staat eine umfangreiche Repressionsmaschine. Polizeitraining für den Bürgerkrieg, für die Niederhaltung von Massenstreiks sind seit langem bekannt. Sondereinsatzkommandos gegen den inneren Feind sind längst gebildet und unrühmlich zum Einsatz gekommen. Der Einsatz von Einheiten des Bundesgrenzschutzes gegen die eigenen Bürger ist integrierter Bestandteil der Großeinsätze in Gorleben, Wackersdorf und der Startbahn West. Die Bewaffnung der Polizei mit Gummigeschossen und Giftgas ist in einigen Bundesländern vollzogene Sache und steht auf dem Forderungskatalog konservativer Politiker und Bürgerkriegsstrategen.

3. In diesem Staat gilt Konformität als Tugend. Schon wer sich äußerlich ausgrenzt aus dem Konsumbürgertum ist verdächtig. Wer gar andere Meinungen äußert, den trifft das Urteil der Biedermänner im Nadelstreifenanzug. Die Arroganz der Macht nimmt nur zur Kenntnis, was ihre Position nicht gefährdet. Den Rest überläßt sie der Polizei, die in den unteren Chargen allmählich merkt, zu wessen Büttel sie gemacht wird.

Wie man in der Affäre um den ehemaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel schön sehen kann, verbirgt sich hinter der glatten Fassade dieses Staates eine Menge krimineller Energie. Das ist kein nationales Problem allein. Die Arrogranz der Macht treibt überall hybride Blüten. Wo Politiker den Arbeitnehmern Mäßigung predigen und selbst den süßen Wein aus den Kelchen der Wirtschaft und Hochfinanz trinken, da kann man getrost von Maffia sprechen. Diese Herren wissen, daß man hinter ihrer aufgedunsenen Larve die Fratze des Eigennutzes erkennt, der über Leichen geht, und sie tun alles, um sich ihre Kritiker vom Leibe zu halten.

4. Die Wurzeln für die Gewalt der Straße haben sich selbst gelegt. Zu allen Zeiten hat es Anschläge, Aufstände, Revolutionen gegeben, wenn die Lebensbedingungen (und dazu zählen auch die geistigen) unerträglich wurden. Auf das Wohlwollen der dadurch Betroffenen hat man schwerlich hoffen können. Die Täter sind für die Verbrecher, das ist doch klar. Bis eine neue Gesellschaftsverfassung ihre Taten mit mehr Verständnis würdigt. Vielleicht wird man einmal sagen, daß die Leute der RAF zur richtigen Zeit die falschen Mittel einsetzten, daß aber in jedem Fall berechtigt war, geistige und politische Entwicklungen in diesem Lande zu stoppen. Dieser Staat erwies sich nämlich als letztlich unfähig zur Reform, zur Anpassung an den fortschrittlichen Grundkonsens der Linken. Er zerschlug die Hoffnung auf gesellschaftsverändernden Dialog. Wo aber diese Möglichkeit fehlt, da ist entweder Resignation oder Gewalt angesagt. Beides ist fatal.

Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Interessen muß effektiv sein, muß die Chance zur Veränderung implizieren. Wo aber Widerstand verteufelt wird, die andere Meinung als komische Ausnahme von der Regel angesehen wird, in friedliche gute und gewalttätige böse Bürger gespalten wird, da gibt es gar kein Interesse am Dialog. Und das hat sich tief ins Bewußtsein unserer Radikalen eingeprägt.

5 Der Bauch ist voll von Verbitterung und Hass. Wie oft hat mancher nach brutalen Polizeieinsätzen gedacht, oh hoffentlich triffts mal einen von denen. Ca irâ, Ca irâ! Aber Hass ist nie ein guter Ratgeber. Jetzt wo's passiert ist, wird klar, daß wir selbst getroffen wurden von den Schüssen an der Startbahn-West, wer auch immer sie abgefeuert hat. Hier hat vielleicht einer von uns ein Mittel zur Konfliktlösung gewählt, das nicht zu unseren gehört. Wenn sich das als wahr herausstellt, - wenn also nicht doch aus ganz anderer politischer Ecke geballert wurde, - dann müssen wir uns eingestehen: Wir haben uns das Recht zum verändernden Dialog mit diesen Schüssen nicht erkämpft.

Als für Günter Sare, der vom Polizeiwasserwerfer überfahren wurde, Kränze am Unfallort niedergelegt wurden, kam Polizei und zertrat sie. Als in den anschließenden Trauerzügen Sondereinsatzkommandos der Polizei auf friedliche Leute losgingen, sie krankenhausreif prügelten, weil sie die Steinewerfer nicht kriegten, da offenbarte sich der persönliche Zynismus der eingesetzten Polizeibeamten. Keiner der Gewalttäter in Uniform ist dafür belangt worden. In ihrer Vermummung sind sie anonym, vor Gerichten sind sie nicht identifizierbar, als Zeugen lügen sie, verhöhnen und beschuldigen ihre Opfer. Jetzt trauern sie um ihre toten Kollegen, ziehen durch die Strassen, weinen Krokodilstränen, und die bürgerliche Presse weint mit. Wo waren sie, als sie Ohnesorg erschossen, Rattay in den Tod jagten, Kemal Altun zum Todessprung trieben, Sare überfuhren ? Schuldzuweisungen gab's, ein Konzert auf jenen Instrumenten, deren Tasten "Gewalttäter", "Chaoten" und "Terroristen" heißen. Zu Selbstkritik unfähig haben diese Leute auch keine Trauer, denn echte Trauer verträgt keine Feindbilder.

6. Der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer und der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft haben ein Gesprächsangebot der Grünen abgelehnt, sich dabei auf ihre Beamten berufen, die so was nicht verstehen würden, jetzt nach den Schüssen an der Startbahn West. Dabei wären Gespräche nötiger denn je. Die Gewalt in diesem Staate ist strukturelle Gewalt. Sie durchdringt alle Bereiche des Lebens vom Gewaltporno bis zur Nachrüstung. Sensibilisierung für Ursachen und Folgen der Gewalt zu fördern, die Gewalt in den eigenen Reihen zu erkennen und zu mäßigen, immer wieder Verständnis für die andere Seite aufzubringen, anstatt sie zu verteufeln, und schließlich klarere Worte an die Politiker zu richten, anstatt sich zu ihrem Büttel machen zu lassen, das ist von der Polizei zu fordern.

Wenn das nicht gelingt, werden sich die Widersprüche verschärfen und am äußersten rechten Rand des linken Spektrums die Rächer der Enterbten Zahl werden. Dann wird es nicht bei zwei erschosenen Polizisten bleiben. Und wem nützt denn das?

Barbabianca

Zur Diskussion :

"Wer war Andreas Eichler?" (Frage des HR1 Hörfunkmoderators an seine Kollegen).

Aber Andreas Eichler ist noch. Mit ihm existiert eine Version vom Ablauf der Geschehnisse von Seiten der Bundesstaatsanwaltschaft. Vielmehr, als daß zwei Bullen tot sind, ist nicht sicher; sogar die Anzahl der durch Schußwaffen verletzten Bullen veränderte sich mehrmals. Alle Tatsachen, die darüber hinausgehen, basieren auf "Ermittlungsergebnissen" der Bundesstaatsanwaltschaft (BAW) (Schußrichtung, Waffenfunde usw.). In welchem Maße sie manipuliert sind, ob im Detail, in entscheidenden Punkten oder in den Grundzügen, weiß außer ihr niemand.

Nur wissen wir, daß immer etwas hingedreht wird, selbst im alltäglichen Demobulletin. Unsere Bereitschaft, die veröffentlichte Meinung als wahr zu akzeptieren, ist normalerweise nicht gerade groß, wie sollte es jetzt noch viel weniger sein.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, daß es nicht an ihren Skrupeln scheitern würde, die ganze Angelegenheit in irgendeiner Form selbst inszeniert zu haben. Es ist im Moment nicht unsere These, aber im Bereich ihres Denkens und Handelns waren und sind solche Sachen immer.

Ein entscheidender Punkt ist, daß wir uns vorstellen können, daß einer aus unseren Reihen (wo immer sie auch anfangen und aufhören), geschossen hat. Das ist für viele ein Problem, für uns auch. Nur innerhalb der Diskussion dieses Problems sämtliche Bullenversionen als wahr zu unterstellen und sich von dieser "Wahrheit" zu distanzieren, ist politisch völlig bekloppt. In der Distanzierung von diesen "Tatsachen" steckt ihre Anerkennung. Wenn man sich "etwas vorstellen kann", heißt das noch lange nicht, daß die BAW seit gestern immer die Wahrheit spricht.

Viel genauer wäre es doch, sich inhaltlich zu den Formen von Widerstand zu bekennen, die wir seit Jahren vertreten und anwenden (daß eben nicht immer mal wieder der Vorschlag auftauchte, ein paar Bullen umzulegen), und darauf zu pochen, daß wir Militanz begreifen als notwendige Erweiterung der vom Staat erlaubten Mittel, politische Ziele durchzusetzen und daß diese Mittel unsere Ziele nicht verraten dürfen.

Aufrüstung, Eskalation von Gewalt wird immer dann vom Staat massiv vorangetrieben, wenn eine Bewegung politisch stark ist. Das Einlassen auf bestimmte Ebenen dieser Gewalt in Form von ritualisierten Feldschlachten ohne jegliche politische Offensive wird spätestens seit Ostern ausgiebig diskutiert und kritisiert.

Aber auch vorher wurde nie behauptet, daß mit ein paar Toten wir die Karre wieder flott sowie politischen Rückenwind kriegen und die nächste soziale Revolte machen.

Das heißt, die Auffassung, daß Mord kein brauchbares Mittel ist, um autonome/anarchistische Politik durchzusetzen (das entsprechend an diesem Abend auch keine solche Aktion umgesetzt wurde), kann man angesichts der Geschehnisse nur nochmal wiederholen. Daß es immer so war, und mit unserem Selbstverständnis nichts zu tun hat, auch. Fragen, die das Gegenteil unterstellen, schlagen politisches Kapital aus den beiden Toten.

einige anonyme

Kritik der Waffen

Was ist passiert?

Am Montag, den 02.11.87 wurden an der Startbahn West bei Frankfurt zwei Bullen erschossen. Etwa 200 Leute griffen die Bullen an, die einen Ausfall machten. Mollis und Leuchtpistolen, seit Jahren von den DemonstrantInnen an der Startbahn benutzt wurden eingesetzt. Dann kippten zwei Bullen um. Ein weiterer wird durch Schüsse verletzt.

Die Bullen starten eine Riesenfahndung. In Wiesbaden, Frankfurt und Gießen werden Wohnungen durchsucht und Leute festgenommen. Parteibonzen und Staatsschützer geben sich entsetzt. Die Grünen reihen sich bei ihnen ein.
Die Schweine werden versuchen, den Vorfall an der Startbahn zu benutzen, um die radikale Linke in der BRD zu spalten. Sie wollen ein Klima erzeugen, in dem jeder Widerstand jenseits von Vermummung als enthemmte und politische Gewalt erscheint. Sie wollen den Zusammenhang von radikaler Linken und den sozialen Bewegungen (Anti-AKW, Vobo, Frieden), der sich an Punkten wie Hafenstraße, Wackersdorf und an der Startbahn West herstellt zerstören, in dem sie über die Schüsse an der Startbahn eine neue Gewaltdebatte inszenieren.

Noch ist unklar, wer an der Startbahn geschossen hat.

Wir halten es auch für möglich, daß die Bullen/Verfassungsschützer die Tat geplant haben, jemand zu den Schüssen anstifteten, dem jetzt Festgenommenen die Waffe in die Wohnung legten, um sie dort "zu finden" ...

Die Geschichten, die die Bullen und Justiz seit Montag veröffentlichen, sind widersprüchlich. Wir wollen uns aber nicht an den Spekulationen beteiligen. Wichtig erscheint uns eine politische Auseinandersetzung mit den Reaktionen von einigen Autonomen und mit den Versuchen der Schweine, die Sache zu funktionalisieren.

Wir meinen, daß die Reaktionen, die von einigen Autonomen kamen, völlig daneben sind. Es ist uns wichtig, Distanzierung auf der einen Seite und Kritik/Selbstkritik zu unterscheiden. Was bisher gelaufen ist, sind Distanzierungen, oft nicht nur von der Aktion, sondern von Gewalt überhaupt. Hier lassen sich Autonome direkt von den bürgerlichen Medien einspannen. Oder meinen sie das tatsächich ernst mit dem Abschwören von jeglicher Gewalt? Dazu später.

Zunächst unsere Kritik: Sicher waren die Schüsse an der Startbahn für die radikale Linke hier fatal. Sie passen voll ins Konzept der Staatsschützer, die damit eine Repressionswelle legitimieren können. Gleichzeitig könnte das die reformistische Linke ala Grüne und BIs zur völligen Entsolidarisierung von militanten Aktionen und den dahinter stehenden

politischen Inhalten bringen.
Der Gebrauch von Schußwaffen in der Situation von Frankfurt, aber auch auf anderen Demos unter den jetzigen Bedingungen in der BRD ist unsinnig und verherend.

In Frankfurt ballert jemand rum, obwohl offensichtlich niemand von den anderen 200 Leuten davon wußte. Aus dem, was seit Jahren dort passiert, war keinesfalls abzuleiten, daß jemand mit einer Schußwaffe da rummacht. Trotz jahrelangen Kämpfen, zeitweise auch mit Mollis und ähnlichem, waren die Auseinandersetzungen mehr oder weniger zum Ritual geworden (300. Sonntagsspaziergang!). Der Sinn der Aktionen lag in der Erhöhung des politischen Preises der Startbahn West und der Verhinderung anderer vergleichbarer Großprojekte. Der Widerstand war in der Region verankert, und militante Aktionen wurden von vielen außerhalb des autonomen Spektrums für gut geheißen oder toleriert.

Dieser Konsens scheint nach den Ereignissen zerbrochen.

Hier setzt auch unsere grundlegende Kritik an, sowohl an der Aktion in Frankfurt (wenn sie von Autonomen kam) als auch an den Autonomen, die sich distanzieren.

Wir wollen eine Auseinandersetzung zu revolutionärem Kampf und revolutionärer Gewalt. Die Schüsse in Frankfurt mögen schwachsinnig gewesen sein. Doch können und wollen wir sie nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Perspektive diskutieren. Die Klassenauseinadersetzung in der BRD ist zur Zeit nicht an einem Punkt, wo es um die direkte militärische Konfrontation geht. Es gibt keine proletarische Massenbewegung, die hier und über die BRD hinaus die Machtfrage stellen kann. Militanz auf Demos, auf den Straßen heißt, sich gegen Bullen verteidigen, Repression zurückdrängen, die Aneignung von Waren sichern (Plündern). Die militärische Eskaliation (Steine, Mollis, Barrikaden als auch Guerillaaktionen) sollte sich am Stand der Klassenkämpfe orientieren, d. h. in der jetzigen Situation, auf die Entwicklung und Ausweitung sozialer Bewegungen und proletarischer Kämpfe gerichtet sein. Konkret steht also die Vermittelbarkeit von Aktionen und die Möglichkeit gemeinsamer Kämpfe im Vordergrund.

Hier ist der Schußwaffengebrauch auf Demos gegen "kleine Bullen" unsinnig und treibt uns bzw. Teile der Autonomen in isolierte militärische Auseinandersetzungen, die wir nur verlieren können.

Aber auch die Distanzierung von Gewalt, die Distanzierung von den Schüssen in Frankfurt ohne (Er)Klärung der eigenen revolutionären Inhalte läuft gegen die weitere Entwiclung der radikalen Linken. Das unterstützt nur die Spaltungsabsicht der Schweine, da dabei Gewalt unpolitisch bleibt und die Notwendig militanter Aktionen (scheinbar) in Frage gestellt wird. Die Herrschenden funktionalisieren das für sich.

Eine revolutionäre Perspektive schließt immer Gewalt mit ein. Sie muß sich eindeutig gegen die Herrschenden richten und sich in der Massenbewegung entwickeln.

Revolutionäre Moral heißt, daß in den gewählten Mitteln (z. B. der Tötung von Menschen) immer das Ziel der sozialen Befreiung sichtbar ist.

Einige .... aus Westberlin
Solidarität mit allen Gefangenen!!

Libertäres Zentrums-Info

"Zwei Polizisten am 2. 11. an der Startbahn West erschossen"

Und?
Was nutzt das?, Was hat das mit mir zu tun?
Wird dadurch die Miete billiger, die Arbeit leichter; habe ich weniger Angst, von meinem Mann geschlagen oder vergewaltigt zu werden, habe ich weniger Angst vor der radioaktiven Verseuchung durch die Nukem/Alkem? Und hier im Gallus? - Wird wegen den toten Polizeibeamten die FAZ auf Kosten der Mieter ausgebaut, die Arbeitsplätze abgebaut; wird deswegen die Straßenbahn reduziert, sind deswegen die Wohnungen in der Hellerhofstraße feucht?

-->

Nein! All das hat mit den Toten nichts zu tun. Aber wir sollen alle trauern.
Als vor zwei Jahren Günter Sare in der Hufnagelstraße von einem Wasserwerfer anläßlich einer rassistischen Versammlung der NPD ermordet wurde, wurde unsere Trauer niedergeknüppelt, die Trauerkränze wurden zertrampelt, unbehelmte Demonstrantenköpfe von Polizeiknüppeln zertrümmert.
Wir sprechen dem Staat jede ehrliche Trauer ab!
Wem nützen die Toten?
Den Linken, der Startbahnbewegung bestimmt nicht. Angefangen damit, daß Polizistentod nicht zu den politischen Zielen der Startbahnbewegung gehört, sondern die Startbahn einer der wenigen Orte im Rhein-Main-Gebiet ist, wo sich jung und alt, Mann und Frau, Bürger und Prolet über die Unterschiede hinweg unterhalten können: Über die Erweiterung des Flughafens, über den Flughafen als riesige Fabrik mit ungarantierten Arbeitsplätzen, über den Flughafen als Abschiebedrehscheibe für Asylsuchende, über die Airbase, aber auch über anderes, wie die besetzte Hafenstraße in Hamburg oder die Plutoniumfabrik in Wackersdorf. Aus den gemeinsamen Diskussionen entwickeln sich die Widerstandsformen.
Wo können wir noch miteinander reden?
Hier im Gallus gibt es das Libertäre Zentrum in der Kriegkstraße. Uns gibt es seit zwei Jahren. Kurz vor der Ermordung von Günter Sare haben wir es aufgemacht.
Die zwei toten Polzeibeamten nimmt der Staat zum Anlaß, die Jagd und Hetze auf uns zu verstärken. Zahlreiche Festnahmen mit gezogener Schußwaffe, Prügelorgien auf den Wachen, etliche Hausdurchsuchungen. Bis zum Mittwoch, den 4. 11. 87, waren sie schon dreimal im Libertären Zentrum. Auf der "suche nach einer Tatwaffe" beschlagnahmten sie Zeitungen, Diskussionspapiere, Mietquittungen. Sie terrorisieren die Anwohner der Kriegkstraße mit Maschinenpistolen, stürmen Kneipen im Gallus.
Warum das alles? Im Libertären Zentrum versammeln sich Autonome und AnarchistInnen. Wir kämpfen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, in der Menschen nicht von Menschen ausgebeutet werden, in der Arbeit auf das notwendigste reduziert wird, und der Reichtum allen zugute kommt (und nicht den Flicks). Wir kämpfen seit zehntausend Jahren. Unser Name ist Mensch! Unsere Ziele verlangen eine genaue Bestimmung des Kampfes. Wir schießen nicht aus einer unbewaffneten Menge. Polizisten sind nicht unsere Hauptgegner:
- Selbst wenn sie so berüchtigt sind, wie der Hauptkommisar Eichhöfer, der schon seit Jahren als "Polizist mit Leib und Seele" auf Startbahngegner und -gegnerinnen einprügelt.
- Selbst wenn sie zwei Jahre nach dem Mord an Günter Sare feist grinsend von ihrem Einsatz reden, wie es der Einsatzleiter Reichelt im Prozeß gegen ihn tut.
Wem nützen also die Toten? Nur denjenigen, die von den alltäglichen Sauereien ablenken, die die besetzte Hafenstraße in Hamburg räumen, die die Plutoniumfabrik in Wackersdorf bauen, aufmüpfige Menschen mit Alkohol und Heroin töten und spalten wollen.
Wir werden weiter unsere Ziele verfolgen. Wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir uns zu verhalten haben. Sie sagen, wir sollen uns demaskieren, wir sollen unsere Gesichter zeigen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß sich Nicht-Vermummen zu Kriminalisierung von Berufsverbot bis Knast führen kann. Ständig sitzen Freunde und GenossInnen wegen obskuren Konstruktionen des Staatsschutzes im Knast. Gerade saß Andrea Butt im Frauenknast Preungesheim wegen so einer erfundenen Vorwurfes.
Und in Zusammenhang mit den zwei erschossenen Polizisten gibt es auf der einen Seite zahllose Versionen der Erschießung und auf der anderen Seite präsentieren sie u n s sofort als "Täter" und veröffentlichen unsere Namen. Doch trotz der Kriminalisierung sagen wir, daß wir öffentliche Räume für Diskussionen brauchen. Deswegen gibt es das Libertäre Zentrum und deswegen gibt es die Sonntagsspaziergänge an der Startbahn West. Gerade aber weil wir auch öffentlich radikale Inhalte vertreten, kriminalisieren sie uns.

Jeden Sonntag ab 14 Uhr Sonntagsspaziergänge ab SKG-Heim in Walldorf.
Für die Verteidigung der erkämpften Räume.
Freiheit für alle.
Für eine soziale Revolution.
Libertäres Zentrum, November 1987

Presseerklärung der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein / Main

Zwei Polizisten wurden erschossen, neun wurden schwer verletzt. Eine unbekannte Anzahl von protestierenden Menschen wurde ebenfalls verletzt oder festgenommen.
Aus Anlaß des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung der Startbahn West versammelten sich mehrere Hundert Menschen. Im südlichen Bereich der Startbahnmauer kam es zu schweren Zusammenstößen, als die Polizei begann, das Gelände zu räumen. Die Menschen wurden auf die im Süden befindlichen Wiesen getrieben. In der Dunkelheit kam es dann zu weiteren schweren Auseinandersetzungen.
Es ist nicht unser Konzept, lag nie in unserem Interesse Menschenleben anzugreifen. Wir sind von dem Tod der zwei Polizisten zutiefst erschüttert.
Tatsachen und Einzelheiten werden in den nächsten Tagen zu klären sein. Dennoch ist es in dieser verworrenen Lage notwendig und unverzichtbar, die politische Verantwortung zu übernehmen. Wohl wissend, daß nun eine Verfolgung und Kriminalisierung unserer Bewegung einsetzen wird. Die Meldungen über die ersten Durchsuchungen und Festnahmen erreichen uns.
03.11.1987, 02.32 Uhr
Für die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein Main
Helga Arnold, Achim Bender, Siegrid Schellhaas

03.11.1987 14.00 Uhr

Ergänzung

Mehrere Rückfragen durch die Presse haben gezeigt, daß der Begriff der "Übnernahme der politischen Verantwortung" durch die BI mißverständlich interpretiert wir. Wir erklären dazu:
Die BI steht zu den alljährlichen Demonstrationen aus Anlaß des Jahrestages der Hüttendorfräumung am 02.11.1981. Diese Demonstrationen haben ihre Ursache in den Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit der Hüttendorfräumung, bei denen eine Vielzahl von Startbahngegnern zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden. Die Rechte der Bürger der Region wurden damals mit Füßen getreten. Die politische Verantwortung für die Tötungen und die Schwerverletzten kann von uns nicht übernommen werden. Wir verurteilen diese Taten auf das Schärfste. Es fällt uns schwer zu glauben, daß Startbahngegner diese Tat begangen haben sollen.
Mörfelden, Helga Arnold, Achim Bender, Siegrid Schellhaas
für die Bürgerinitiative

DIE SCHEISSE AN DER STAATWAHN WEST ... aus Berlin

Der Staat braucht nichts so sehr wie den Terror (Jutta Ditfurth)

Die Scheisse an der Staatwahn West

Stand: 04.11.87
Wie Blitze aus durchaus nicht heiterem Himmel fielen am 02.11., dem 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung Schüsse an der Startbahn Pest. Zeter und mordio, ein großes Geschrei hub allenthalben an. Wir fragen uns: wer gab den Schießbefehl?! Bezahlte Agenten des KGB fallen wohl diesmal aus - oder?

Oder bezahlte tatsächlich jemand den/die Schützen? Jedenfalls kamen sie wie auf Bestellung. Von wem? Hier ist die Kosten-Nutzen-Frage zu stellen. Jedoch, spekulieren wir erst einmal, bar jeder sicheren Fakten (die Polizei ermittelt in eigener Sache und daß die Presse, die Medien das melden, was ihre Brötchengeber als die höhere (!) Wahrheit ansehen oder verbreitet wissen wollen, weiß inzwischen jedes Kind.)Wir wissen: es sind Schüsse gefallen und auf Grund derselben Polizisten. Zwei Tote, mehrere Verletzte. Die Schüsse wurden im Dunkeln abgegeben.

Sie behaupten, die Tatwaffe sei bei einem Mann in einer Frankfurter Wohnung gefunden worden. Die Einsatzgruppe der Polizei habe friedlich herumgestanden und vom harten Einsatz verschnauft. Statt dem Knall sei nur der Fall vernommen worden, kein Mündungsblitz, nur ein Zischen.

Bevor wir auf die Einschätzungen und Wirkungen eingehen, einige mögliche Hergangshypothesen:

1. ein durchgeddrehter Einzelgänger schleppt eine Knarre mit auf die Demo, um sich an den verhaßten Bullen zu rächen, die ihm und/oder anderen bei verschiedenen Gelegenheiten übel mitgespielt haben. Vielleicht will er "nur" auf die Beine schießen, trifft aber zwei mal zu hoch - tötlich.
2. eine von der Startbahn-BI völlig abgekoppelte Kleinstgruppe, dogmatische Gewaltanhänger, spielen Bürgerkrieg.
3. ein Typ schleppt besagte geladene Knarre mit, wird von der Polizei schwer eingemacht und schießt um sich.
4. Zwei Bullentrupps verwechseln in der Dunkelheit Sein und Schein und schießen sich gegenseitig über den Haufen. Zur Vertuschung wird schnell einem Startbahngegner eine Knarre untergejubelt. Die Polizei hat als Beweisstücke die Projektile sichergestellt und kann diese gegebenenfalls gegen andere austauschen.
5. Der Staatsschutz macht einen Typ heiß, auf ner Demo mal dazwischen zu knallen (der Typ wird gefaßt und begeht bedauerlicherweise Selbstmord und kann nix mehr erzählen)
6. Neo-Nazis wollen die Autonomen diskreditieren und eine Lynchatmosphäre entfalten, in der Staat und Gesellschaft die Linksradikalen auseinander nehmen.
7. .... usw.

Stutzig macht jedenfalls der ausnahmsweise schnelle Fahndungserfolg der Polizei: ein Typ, schon eindeutig vorbelastet, nietet mal schnell ein paar Bullen um und geht mit der Waffe dann friedlich nach Hause, um sich auf seinen Loorbeeren auszuruhen. Komisch, wa? So was würde noch nicht mal ein durchschnittlicher Krimileser machen. Sollte es dennoch die Wahrheit sein, spricht sehr viel für den paranoiden Einzelgänger.

Mit einer 9mm Parabellum Pistole ist ein sicheres Treffen nur auf 25 bis 50 m möglich, weil durch den kurzen Lauf danach die Streuung zu groß ist und die kurze Visierlinie (Abstand: Kimme und Korn) kein sicheres Zielen mehr ermöglicht, dazu kommt die Beleuchtung. 9mm ist eines der größten Pistolenkaliber und hat einen auffallend lauten Knall und ein beachtliches, besonders im Dunkeln weithin sichtbares Mündungsfeuer. Standen die Beamten ruhig im Feld, hätten Knall und Mündungsfeuer der Schüsse unbedingt gesehen und gehört werden müssen. Da alle Polizisten bewaffnet sind, wäre in einer solchen Situation ein Schußwechsel höchst wahrscheinlich gewesen, ebenso eine Verfolgung des Todesschützen. Davon ist nicht die Rede. Zeugen wollen nur ein Pfeifen und den Aufschlag der Kugeln vernommen haben. Das läßt aber darauf schließen, daß es, wie berichtet, sehr laut war und/oder es sich um eine Waffe mit Schalldämpfer gehandelt hat oder, was wahrscheinlicher wäre, um eine Langlaufwaffe mit hoher Trefferpräzision (drei Polizisten sind lebensgefährlich angeschossen worden), d. h. um ein Gewehr mit einem sogenannten Restlichtaufheller oder Infrarotsucher mit Zielfernrohr (denn es war ja dunkel). Ein Gewehr mit dem Kaliber 9mm Parabellum wird z. B. von dem deutschen Waffenmulti Heckler und Koch hergestellt: die HK 94 A2 und A3.

Diese Hypothese würde bedeuten, daß der Anschlag von langer Hand eiskalt geplant war. Das so etwas von links kommen könnte, ist äußerst unwahrscheinlich und selbst der RAF kaum zuzutrauen. Denn jeder nur halbwegs mit Phantasie begabte Mensch kann leicht ermessen, welche Folgen diese Schüsse für die Linke haben werden. Also ein Anschlag von (wenn Gewehr) rechts und im Interesse von rechts.

Andererseits könnte auch solch ein Getümmel mit Leuchtmunitionsgeknalle und Feuerwerkskörpern am friedlichen Bach geherrscht haben, daß im allgemeinen Geknüpple und Toben die paar Schüsse gar nicht mehr auffielen... In diesem Falle kann die Version der Polizeizeugen nicht stimmen. Was wäre dann der Grund, die Unwahrheit zu sagen? Etwa Version 4?

Wem nutzen die Schüsse?

Sie nützen allen rechten Scharfmachern, vor allem denen im Regierungsbündnis CDU/CSU. Für die Rechtsaußen ist das Geschehen von Frankfurt zumindest ein Geschnek des Himmels. Vom guten alten Barschel - Gott hab ihn selig - wird kein Mensch mehr sprechen. Auch wenn die ganze Affäre noch so zum Himmel stinkt und sicher noch eine Menge übler Dreck ans Tageslicht gefördert werden könnte.

Ein bundesdeutsches Watergate ist somit abgewendet. Auf der anderen Seite ist jetzt, ähnlich wie im deutschen Herbst 1977 eine Atmosphäre geschaffen, die jede Pression gegenüber Linksradikale ermöglicht und rechtfertigt. Die Stunde der Law and Order Leute ist gekommen.

Dem ihnen langsam unheimlich und gefährlich vorkommenden, anhaltenden massiven Widerstand großer Teile der Bevölkerung kann unter dem Beifall aller Demokraten ob grün ob rot ob braun, die Zwangsjacke zugeschnürt und Daumenschrauben angelegt werden. Und manchen "Sherriff" wird die Wild West Germoney-Knarre noch lockerer im Holster sitzen. Wahrlich,

das "Bauernopfer" kam wie bestellt. Die Schüsse haben die Autonomen, AnarchistInnen und radikalen Alternativen in die Mitte der Zielscheibe des staatsgewaltätigen Maßnahmenkatalogs gerückt. Endlich darf man sie aus voller Brust Terroristen und terroristisches Umfeld nennen!!! ... Und so behandeln!

Diese Schüsse trafen also auch uns. Abgesehen davon, daß viele von uns die menschenverachtende Brutalität der Polizei (besonders auch der Frankfurter) am eigenen Leibe zu spüren bekommen haben und daß es purer Zufall ist, daß bisher "nur" wenige Tote wie Günter Sare u. a. gegeben hat, IST ES WEDER MORALISCH NOCH POLITISCH ZU RECHTFERTIGEN, DAß MENSCHEN KALTBLÜTIG ERMORDET WERDEN, wenn es denn so war (s.o.).

Es ist schon etwas anderes, die Möglichkeit der Verletzung bei handgreiflichen Auseinandersetzung an sich und anderen einzukalkulieren, als gezielt und bedacht zu killen. Es ist auch keine Rechtfertigung darauf hinzuweisen, daß die Bullen gezielt auf die Köpfe schlagen und beinahe totprügeln oder zu Krüppel schlagen. Das ist IHRE Form der Auseinandersetzung als blindwütige Werkzeuge und angeheuerte Söldner der terroristischen Staatsgewalt, die sie auch selber darstellen.

Wie dem auch sein mag, ob die volle Wahrheit über den 02.11.1987 jemals ans Licht der Sonne kommen wird: Wir müssen uns auf harte Zeiten einrichten. Sie werden uns nichts schenken! Trotzdem!

Die Zeiten werden härter, der Widerstand wird stärker!
Keine Staatwahn West - Freiheit für alle!
Berliner AnarchistInnen

Chronologie

Mo. 2.11.87
21/15 Uhr
Die Schüsse an der Startbahn fallen.
ca. Uhr 22.00
Erste Straßenkontrollen

Die. 3.11.87
00/00 Uhr
Durchsuchung des Libertären Zentrums und der angrenzenden Wohnung.
Zur gleichen Zeit durchsuchen Bullen das besetzte Haus Metzgerstrasse in Hanau, sowie die Hanauer Scenekneipe "Brückenkopf". Auf ihrer Suche nach auffälligen Personen (Lederjacken, schwarzgekleidet), arbeiten sie mit der amerikanischen Militärpolizei zusammen. Die vorgehaltene MP ist obligatorisch.
00/10 Uhr
Erste Festnahmen in Wiesbaden. Teilweise werden die Leute vor der Haustür abgefangen, oder aus ihren Autos heraus festgenommen.
ca. 1/00 Uhr
In Frankfurt werden, wie in Hanau, in einigen Kneipen Leute gefilzt.
1/30 Uhr
Bis jetzt sind in Wiesbaden 27 Leute verhaftet und vermutlich 6 Wohnungen durchsucht. Speziell in Wiesbaden waren die Leute im Knast schwersten Repressalien ausgesetzt.
Zur gleichen Zeit wird eine weitere Wohnung in Frankfurt durchsucht und ihre beiden Bewohner festgenommen.
Kurze Zeit später wird eine Frau aus ihrem Auto heraus festgenommen, der Wagen wird abgeschleppt.
ca. 5/00 Uhr
Das BKA übernimmt die Ermittlungen. Alibis werden überprüft. Die Bullen machen Besuche in Usingen, Niederrad, Egelsbach und Frankfurt.
ca. 6/00 Uhr
Andreas Eichler wird in der Wohnung seiner Freundin verhaftet. Bei der Durchsuchung der Wohnung wird die mutmaßliche (!) Mordwaffe gefunden.
7/30 Uhr
Im Laufe des frühen Morgens werden zwei weitere Wohnungen in Frankfurt durchsucht und eine Frau festgenommen.
ca. 8/30 Uhr
Fünf Leute aus Bonn werden im Hauptbahnhof/FFM festgenommen.
10/00 Uhr
Zwischen 10-11 Uhr laufen die Bullen erneut bei den Leuten ein, bei denen sie bereits um 5/00 Uhr waren und durchsuchen die Wohnungen.
Zur gleichen Zeit wird ein Mensch an seinem Arbeitsplatz verhaftet und seine Wohnung ebenfalls durchsucht.
13/30 Uhr
Zwischen 13/30 und 14/00 Uhr werden alle in Wiesbaden festgenommenen Leute wieder aus dem Knast gelassen.
18/30 Uhr
Alle in FFM Festgenommenen sind wieder auf freiem Fuß.
20/00 Uhr
Im Hörsaal 6 der Uni/Ffm versammeln sich fast 1000 Leute zu einer Diskussionsveranstaltung. Es wird versucht, die entstandene Situation einzuschätzen.
Mi. 4.11.87
Vermutlich heute macht Andreas Eichler eine Aussage beim BKA und versucht den Besitz der Waffe zu erklären. Er belastet dabei einen Frank Hoffmann aus Mörfelden. Die Bullen durchsuchen die Wohnung Frank Hoffmanns und stellen weiteres vermeintliches Beweismaterial sicher.
16/30 Uhr
Die nächste Durchsuchungswelle. In Usingen, Ffm-Bornheim und Ffm-Gallus werden zwischen 16/30--22/30 Uhr sechs weitere Durchsuchungen vorgenommen. Darunter auch das Libertäre Zentrum und eine Druckerei. Die Durchsuchungen sind wesentlich gründlicher als die der ersten Stunden. Trotzdem werden fast nur Dinge beschlagnahmt, die in keinerlei Weise mit der Startbahn und den Ereignissen in Zusammenhang stehen. Es geht den Bullen jetzt augenscheinlich darum, sämtliche Strukturen des Widerstandes in Rhein/Main zu durchleuchten.
Im Zentrum und den angrenzenden Wohnungen + Häusern treten die Bullen äußerst rüde auf. Sie gehen mit vorgehaltener Maschinenpistole gegen die Bewohner angrenzender Wohnungen vor.
ca. 19/00 Uhr
In Ffm-Ostend wird eine Person beim Nachhausekommen von den Bullen empfangen und mit dem Vorwurf als zweitem Hauptverdächtigen festgenommen.

Do. 5.11.87

Am Nachmittag wurde der angebliche zweite Tatverdächtige wieder freigelassen. Am Abend fand im KBW-Haus ein Plenum zu den gelaufenen Repressalien statt. Das Plenum hatte ca. 150 Teilnehmer.

Fr.6.11.87 seit heute fahnden die Bullen offiziell nach Frank Hoffmann, der sich abgesetzt hat.
Außerdem fanden weitere Alibiüberprüfungen statt.

So. 8.11.87

Am Sonntag durchsuchen Bullen eine Wohnung in Walldorf. Der Bewohnerin, ein Mitglied der bürgerlichen Walldörfer BI, wurde vorgeworfen, in der Nacht vom 2.11. auf den 3.11. Startbahngegner beherbergt zu haben.

Insgesamt wurden in der Woche vom 2.11.--9.11. 87 mindestens 27 Wohnungen, Häuser und Kneipen durchsucht und über 38 Personen festgenommen. Dazu kamen die Kontrollen, Alibiüberprüfungen und Besuche.
Diese Chronologie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
Nieddu

DER REPRESSION REVOLUTIONÄRES HANDELN ENTGEGENSETZEN

Der Repression revolutionäres Handeln entgegensetzen!

Wir haben das Papier geschrieben, weil wir denken (und an uns gemerkt haben), daß es uns nichts nutzt, emotional und moralisch an die Situation jetzt heranzugehen. Wir denken, daß wir eine politische Einschätzung aus der Sicht des radikalen militanten Widerstands dringend brauchen, um mit der Repression jetzt umgehen zu können. Die Repression und Hetze zielt darauf ab, den radikalen und militanten Widerstand zu isolieren, zu spalten und zu zerschlagen.

Die Schüsse an der Startbahn waren falsch. Sie haben eine Ebene der Konfrontation geschaffen, die der Widerstand nicht für sich bestimmt hat, auf der er auch nicht steht und die der realen Situation heute auf der Straße nicht entspricht. Die Schärfe des Kampfes bestimmt sich nicht nur an der Repression und dem Krieg der Schweine, sondern immer auch an der Entwicklung des revolutionären Widerstands entlang. Die Entscheidung, den Kampf heute auf der Straße bewaffnet zu führen, gab es erst mal nicht.

Die Aktion ist zu kritisieren, weil sie individualistisch war, weil sie losgelöst war von der kollektiven Struktur des Widerstands und seiner Bestimmung. Sie war in ihrem praktischen Ausdruck verantwortungslos gegenüber den GenossInnen, weil diese sich der Dimension der Auseinandersetzung an der Startbahn an diesem Abend nicht bewußt sein konnten, weil es fatale Folgen gehabt hätte, wenn die Bullen sofort geschnallt hätten, daß scharf auf sie geschossen wurde. Es ist grundsätzlich falsch, eine Demo als Schutz für eine bewaffnete Aktion zu benutzen.

Die Tatsache, daß aus Perspektiv[illegible] und Haß gegen das [illegible] hier ein paar Bullen [illegible] werden, ist Teil [illegible]ität in der Metropole [illegible] aber auch mit uns [illegible] Daraus stellen sich für [illegible] Fragen nach [illegible]lichkeit im [illegible]der, nach der [illegible] den Diskussionen [illegible] und Ziele unserer [illegible] danach was revolutionärer Widerstand hier als Perspektive für Menschen bietet, was wir diesem System, dem ganzen Sumpf von Entfremdung und Dreck, dem wir tagtäglich gegenüberstehen, entgegensetzen können, die Frage, an welchen Punkten entlang wir den revolutionären Kampf entwickeln und unsere nächsten Schritte bestimmen.

Wir müssen aber auch im Kopf haben, daß die Aktion von Bullen/Geheimdienst gelaufen sein kann. Nichts Neues hier, daß sie zu solchen Mitteln greifen, um den Kampf zu denunzieren. Und es paßt ihnen gerade so gut in ihre Linie der Isolierung und Vernichtung der Ansätze des revolutionären Widerstands. Counteraktionen werden hier immer Teil der Konfrontation sein.

Aus dem raus, was wir gesagt haben, kritisieren wir die Vorverurteilung aus dem Widerstand gegen Andreas E. Das ist Sache der Schweine, nicht die des Widerstandes.

Die Schweine wollen uns eine Distanzierung abpressen, und zwar nicht allein von der Aktion an der Startbahn, sondern von den Mitteln des revolutionären Kampfes, von militanten Aktionen, vom bewaffneten Kampf. Sie wollen die Entscheidung für den Reformismus und gegen den revolutionären Kampf erzwingen. Sich dem Distanzierungs- und Legitimationsdruck jetzt zu beugen bedeutet, an der Isolierung und Zerschlagung des revolutionären Widerstands mitzudrehen.

Die Mittel, die der revolutionäre Widerstand zur Verteidigung und zum Angriff anwendet, sind bestimmt am Ziel und der jahrelangen praktischen Erfahrung, gerade auch mit der Repression (z. B. Vermummung). Und aus dem Prozeß und der Entscheidung, die GenossInnen verantwortlich getroffen haben, um das Ganze voran zu bringen. D. h., der revolutionäre Kampf bestimmt seine Mittel selbst, aus dem, was notwendig und richtig ist und nicht als Selbstzweck. D. h. auch, daß wir daran festhalten werden. Erkämpftes jetzt aufzugeben bedeutet, den GenossInnen aus der Hafenstraße und allen Kämpfenden in den Rücken zu fallen.

Es wird deutlich, daß der Staat ausholt zum Schlag gegen Ansätze revolutionärer Gegenmacht, die sich in der letzten Zeit entwickelt haben. Den militanten Widerstand wollen sie durch das Aufzwingen der Entscheidung gegen die Mittel zur Durchsetzung revolutionärer Politik spalten, ihn durch Repression zerschlagen und insgesamt radikale militante Politik von der breiteren Akzeptanz von Gegengewalt isolieren.

Die Repression gegen den Widerstand, gegen Mittel, gegen Bedingungen und Strukturen läuft nicht erst seit jetzt so massiv. Das haben die Verhaftung von Andrea, die Zeugenvorladungen im Prozeß gegen Chris und Luiti, die Haudurchsuchungen in der letzten Zeit und die massenhaften E-verfahren, mit denen sie die Szene überziehen gezeigt. Darein gehört auch das Stürmen und Zerschlagen von Veranstaltungen und das Verbot von Büchern, Zeitungen. Was sich darin verändert hat, daß sie durch diese Situation jetzt die größtmögliche Legitimation besitzen, ihre Offensive gegen den Widerstand weiter durchzuziehen.

Konkret wollen sie jetzt gegen die besetzten Häuser in der Hafenstraße in Hamburg losschlagen und den Widerstand vor Ort gegen die WAA zerschlagen. Das alles bedeutet, daß sie gegen das, was der revolutionäre Widerstand hier erkämpft hat, was er braucht, losrollen.

Was wir brauchen, d. h. Auseinandersetzung, Diskussion und Information, handlungsfähige Strukturen, die sie jetzt zerschlagen wollen.

Es ist jetzt ein Klima geschaffen worden, wo alle sogenannten Demokraten von CSU bis Grüne die Bekämpfung des radikalen militanten Widerstands fordern und zur Rückkehr zum "gewaltfreien Protest" auffordern, was nur heuchlerisch und zynisch ist angesichts der Gewalt, die sie tagtäglich anwenden, angesichts der Gewalt der Bullen bei Demos, den Morden von Benno Ohnesorg, Günter Sare, Morden in den Knästen - Ulrike, Holger, Sigurd, Gudrun, Jan, Andreas, Ingrid - und der Isolationsfolter.

Angesichts der ungezählten Toten, die dieses System zu verantworten hat - Kriege und Hunger in der "Dritten Welt" - und hier Drogentote und Selbstmorde, Menschen die an der Lebensrealität hier verzweifeln.

Gegen diese gewaltätige Realität des kapitalistischen Systems, gegen die Vereinzelung und Perspektivlosigkeit, wollen wir zum Angriff kommen, das wollen wir zerschlagen! Dagegen wollen wir unsere neue Wirklichkeit setzen, unseren gemeinsamen Kampf, unsere Selbstorganisierung. Dafür ist die Hafenstraße ein Beispiel.

Den Kampf um Befreiung organisieren!
Solidarität mit den Leuten aus der Hafenstraße!
Freilassung von Günter Sonnenberg. Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand.
Gemeinsam den Durchmarsch der Konterrevolution stoppen!

Linke und Gewalt

Ein Versuch

Aus den Schüssen vom Montag ergeben sich für uns konkret folgende Fragen:

- inwieweit kann von einer politischen Verantwortung der "radikalen" Linken gesprochen werden?
- Was haben der Zerfall der außerparlamentarischen Bewegung, Perspektivlosigkeit und schematisierte Militanzrituale mit den Morden zu tun?
- Ist das Gewaltmonopol des Staates nun erst recht bestätigt, Gewaltfreiheit, wie von den Grünen propagiert, die Konsequenz aus den Geschehnissen?

Es gibt seit geraumer Zeit für die "radikale" Linke keine gemeinsame Plattform, in der zusammen diskuttiert , wo öffentlich über Inhalte, Aktionen, Ziele und Perspektiven kontinuierlich gestritten wird. Debattiert wird in mehr oder minder abgeschotteten Zirkeln, die nach außen hin ihre Diskussionsprozesse und Positionen kaum vermitteln (können). Jeder macht halt grad, was ihm notwendig erscheint, ohne daß diese "Notwendigkeiten", was Form und Inhalt betrifft, in eine gemeinsame Auseinandersetzung münden.
Mit einer ungeklärten Selbstverständlichkeit beteiligen sich die einen - um die Pole zu benennen - lieber an militaristischen, die anderen an seminaristischen Unternehmungen.
Die einen sind offensichtlich nicht in der Lage, dem in der Öffentlichkeit einzig vermittelten Eindruck, ihre Aktionen begründeten sich aus sich selbst heraus inhaltlich etwas entgegenzusetzen, die anderen zogen sich mangels erkennbarem Sinn zurück, fielen aus den weiterlaufenden Diskussionsprozessen raus und brachten etwaige eigene Ansätze nicht mehr ein. Dieses gegenseitige Nichtverhalten trifft auf alle Gruppen des außerparlamentarischen Lagers zu, inklusive den Verfassern dieser Zeilen.

Es ist eine Sache, daß wir uns nicht direkt verantwortlich für die Schüsse fühlen, als einen "Betriebsunfall" lässt sich das Geschehen jedoch nicht bagatellisieren. Es ist kein Zufall, das ausgerechnet bei Auseinandersetzungen an der Startbahn geschossen wurde. Auch wenn wir vorher darüber gelacht, es als Hirngespinnst abgetan hätten. Die Tat selbst belegt, daß sie denkbar war, und für uns hätte denkbar sein müssen. der Versuch, den Täter in das Lager der Feinde abzurücken (agent provocateur etc.) verdrängt die Einsicht um zwingend gewordene Auseinandersetzungen in den Reihen der Linken,
Die Frage muß gestellt werden, inwiefern Militanzrituale und deren innewohnende Überdeckung der Inhalte ihren Teil dazu beigetragen haben, daß ein stillschweigend angenommener Konsens wohl schon länger brüchig war.
Militantes Vorgehen um politischen Zielen Nachdruck zu verleihen unterliegt konkreten und historischen Bedingungen in einer Gesellschaft. Das heißt, es gibt keinen abstrakt positiven Militanzbegriff, aus dem sich Aktionen generalisiert ableiten liessen. Mit der Gewaltfrage wird seit Ewigkeiten Popanz getrieben. Militanz aus ihren jeweiligen konkreten Zusammenhängen

herausgelöst und zu einer eigenständigen politischen Größe stilisiert, als ob sich an dem geworfenen oder nicht - geworfenen an sich irgendetwas begründen liesse. Staat, Medie und Parlamentsparteien haben diesen unreflektierten Militanzbegriff von jeher stark gemacht, viele von uns haben ihn einfach übernommen.
Wer nicht einmal in Ansätzen einen Begriff von einer besseren Gesellschaft im Kopf hat, wer seinen politischen Kampf auf eine vom Vorgehen des Gegners nicht zu unterscheidende Art und Weise führt, hat ausgespielt. Es hat nichts mit Anpassung oder Schwäche zu tun, sein politisches Agieren jeweils in den konkreten Fällen zu bestimmen. Um es plastisch zu machen:
Nach Tschernobyl mit verstrahltem Gemüse auf die Fenster des Römers zu werfen war insoweit richtig, als das Werkzeug "Militanz" symbolisch in deutlicher Weise das konkrete Problem enthielt, ohne daß, im Verhältnis zum potentiell erreichbaren, ungerechtfertigte Schäden (Körperverletzungen) entstanden.
Genauso aber war es richtig, die in Wackersdorf entstandene Form der Massenmilitanz aufzugreifen und zu versuchen, diese durch weitergehende inhaltliche Bestimmung des Konflikts voranzutreiben.
Nur lassen sich solche politischen Aktionen nicht stereotyp wiederholen, sollen sie ihren aufklärenden, und darüber zum eigentlichen Ziel führenden Charakter für die Öffentlichkeit wie auch für die Handelnden behalten.
Permanente Wiederholung hat etwas mechnisches, und nichts mehr mit dynamischer Bewegung zu tun, kann perspektivloses auf-der-Stelle-treten nicht übertünchen und macht die geschwächte Bewegung auch nicht stärker. Ritualisierte Militanz verdeckt den politischen Inhalt, was natürlich genauso zutrifft auf die sich monoton wiederholenden Sitzblockaden, das Händchenhalten für den Frieden, die Einrichtung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, oder Wahlkampf und Wahlen.
Gerade von dieser sinnentleerten Politikhuberei, der, wie man so schön sagt, gesellschaftlich relevanten Gruppierungen, Institutionen und Verbände, gerade davon hat sich eine gesellschaftsverändernde Linke zu unterscheiden. Tut sie das nicht, hat sie selber keine vertretbaren Inhalte mehr, ist sie nicht besser als die Gegenseite, unterscheidet sie sich nur in dem einen Punkt: völlig wirkungslos zu sein.
Allgemeine Dumpfheit rechtfertigt nicht die eigene.
Über den Köpfen kreisende Hubschrauber, die in Wackersdorf die Demonsranten mit Tränengas einnebeln, lassen aus dem Gedanken der Gegenwehr heraus Gewaltphantasien bis hin zum Abschuß dieser Dinger entstehen. Die Frage ist, warum tat dies bislang eigentlich niemand? Die Antwort ist einfach: weil es in der legalen radikalen Linken einen Konsens gibt, der Tote weder in Kauf nimmt, noch Verwundete einplant. Hier existiert eine Moral, die immerhin noch in die Lage versetzt, mitzufühlen, die es nicht zulässt, blindlinks drauflosdreschen. Die Schüsse haben zumindest nach außen dieses Bild zerstört.

-3-

Eine Wiederholung der Schüsse vom 2.November ist genauso wahrscheinlich,wie sie seit Bestehen der Bundesrepublik bis dahin nicht gefallen sind.

Militante Auseinandersetzungen gab es schon in den 50er Jahren um die Remilitarisierung oder das Betriebsverfassungsgesetz,bei denen bereits der erste Demonstrant in dieser Republik am 11.Mai 1952 von der Polizei erschossen wurde.Eine Moral des Mitfühlens und das Bewußtsein um konkrete historische Bedingungen, die den Gebrauch eigener militanter Mittel auf Demonstrationen begrenzte,wußte Gegenschüsse bislang zu verhindern.Heute scheint es uns eher verwunderlich, daß diese moralische Grundlage so lange gehalten hat. Trotzdem müssen wir den von den Realo-Grünen behaupteten Kausalzusammenhang vom Steinewerfer bis zum Scharfschützen verneinen!Die Tat lässt sich weder immanent aus der politischen Diskussion noch der Praxis der Bewegung herleiten. An dem Umgang und Einsatz militanter Mittel muß dennoch Kritik geübt werden,bzw. müssen aus den Schüssen Konsequenzen gezogen werden. Unter dem Stichwort "Ritual" hatten wir eingangs grundsätzlich versucht auf die Gefahren der Abstumpfung hinzuweisen,dahingehend,den Verzicht von Stereotypen grundlegend zum Qualitätsanspruch politischen Handelns zu machen. Das wäre eine Grundbedingung um in speziellen,jeweils konkret und öffentlich diskutierten Fällen,an Militanz als Teil linker Praxis festzuhalten, die dann eben auch begründbar ist. Der Einsatz potentieller Offensivwaffen wie Mollies oder Zwillen kann nur Ausdruck gesamtlinken Selbstverständnisses sein. Zwillen können, um sich die Prügelhorden vom Leib zu halten, zum defensiven Gebrauch notwendig sein,Mollies um Sachschäden zu verursachen; nicht um, zufällig oder nicht, Menschenleben zu gefährden.Der individualistische Fighter,der lonesome hero oder einfach der Macho - das geht nicht mehr.

Wenn von struktureller Nähe bestimmter Waffen zur scharfen Knarre die Rede ist,dann kann über Einwände dieser Art nicht hinweggegangen werden.Bei den Pistolen mit Leuchtspurmunition liegt sie auf der Hand, also weg damit, und ohne Diskussion.Zusammenfassend: ändert sich in angedeuteter Art nichts am Umgang mit Militanz, so ist ihre Anwendung grundsätzlich in Frage gestellt. Der denkbare Eigenanteil zum 2. November muß genau geprüft und geändert werden.

Zur Frage der Gewalt steht somit für uns fest,daß sie sich immer nur in der konkreten Situation entscheiden lässt: gegenwärtig gibt es keine Bedingungen, die weder einen politischen Mord, noch das Inkaufnehmen von Menschenopfern rechtfertigt.Gewalt kann in der gegenwärtigen Lage in der BRD bloß symbolischen und aufklärenden Wert haben. Es geht derzeit nicht um die Machtfrage in der Gesellschaft,dementsprechend verantwortungsvoll muß deshalb nicht bloß individuell, sondern in möglichst breiter linker Öffentlichkeit diskutiert werden. Es darf deshalb keine Tabus mehr geben, über Gewalt muß offen und rational diskutiert werden. Die Dogmen der abstrakten Gewaltfreiheit,genauso wie die Selbstverständlichkeit von Gewalt und unrefektierter Widerstandsromantik verschleiern lediglich die gegebenen Probleme,tragen zu einem irrationalen und gefährlichen Umgang mit "Gewalt" bei.
Die konkrete gesellschaftliche Situation muß in einem breiten Diskurs analy- :isch hergeleitet werden und somit auch die Bwedeutung von bestimmten Kampfformen. Die gegenwärtige Inferiorität der Massen kann sich historisch allerdings auch wenden , dies sollte nicht ausgeschlossen werden.
Auch in der BRD können Situationen eintreten,in denen eine offensivere Militanz geboten sein kann : Rudi Dutschke z.B. plädierte 1967 für den bewaffneten Kampf im Falle,daß Einheiten der Bundeswehr in Vietnam einmarschieren.

ZUM GEWALTMONOPOL DES STAATES ...

Die radikale Linke wird es auch weiterhin nicht akzeptieren. Es hiesse ansonsten seiner eigenen Knechtung zuzustimmen.Das machen schon genug. Wer hier und jetzt von der Möglichkeit gewaltfreier Politik spricht,der oder die heuchelt ganz bewußt oder ist schlichtweg ignorant gegenüber den objektiven Bedingungen in dieser Gesellschaft.
Das parlamentarische System ist nun tatsächlich so angelegt,daß es über seine immanenten Wege seine eigene Überwindung und die der bestehenden Herrschafts- und Eigentumsordnung ausschließt.Lässt man sich auf die Ideologie des Parlamentarismus ein, so beschränkt man sich zugleich auf die Aussicht von möglichen aber unsicheren Reformen,wie es die Grünen äußerst erfolglos zeigen. Der Entwurf einer gesellschaftlichen Utopie geht jedoch verloren,an dem wir hingegen festhalten. Die Verwirklichung einer freien Gesellschaft wird es,wenn überhaupt,nicht mit, sondern über den Kampf gegen diesen Staat geben. Der Zweck des bestehenden Staates ist es schließlich nicht,die Menschen von ihm selbst zu befreien.
Eine in ihren Mitteln und Strukturen vielfältige und doch kollektive, außerparlamentarische Linke birgt immer noch einzigst die Möglichkeit zur Wiederaneignung des eigenen Lebens in sich.
Es gibt keine unweigerliche Kontnuität an Niederlagen der außerparlamentarischen Opposition in diesen direkten Auseinandersetzungen mit dem Staat, auch wenn sie bisher eindeutig überwogen.Die Entscheidung macht sich daran fest:
- wer hat die größere Akzeptanz in der Bevölkerung ?
- ist der Widerstand in der Bevölkerung fest verankert ?
- aktivieren sich große Teile der Gesellschaft ?
- kann es gelingen,Massenmilitanz (und das lässt sich nicht mit dem Begriff "Feldschlacht" denunzieren) zu entfalten ?

In Wyhl , und das ist bislang die rühmliche Ausnahme, konnte so ein außerparlamentarischer Protest Kapitalinteressen niederringen. Das Konzept Massenmilitanz ist in der Folgezeit oftmals gescheitert.Wyhl zu verhindern war historisch bedingt möglich.Wackersdorf mit militanten Mitteln zu verhindern scheint momentan jedoch unmöglich,zumindest bieten Widerstandsformen am Bauzaun wenig Perspektive. Viele hält die Gewalt,die Repression des Staates und die Anwendung seiner militärischen Unterdrückungsmittel davon ab, hier

An außerparlamentarischer Opposition kommen die auf Veränderung Pochenden allemahl nicht vorbei,selbst der schlechteste Status Quo kann nur auf der Straße gehalten werden, soll es nicht immer weiter rückwärts gehen. Hierbei darf nicht in Vergessenheit geraten,daß es nicht einmal eine einzige grundlegende Reform des Gesellschaftswesens ohne Druck von der Straße gab,ein Druck, der im jeweiligen Fall nur über den Bruch positiven Rechts seine Kraft entfalten konnte.
Aber nie darf die Anwendung der Mittel einfach vom politischen Gegner kopiert werden.In diesem Zusammenhang muß mit den funktionalisierten Feindbildern aufgeräumt werden, die Begriffe müssen zurechtgerückt werden. Blanker Irrsinn sind heute Parolen wie "Sieg im Volkskrieg" einiger weniger. Derartiges muß argumentativ auseinandergenommen werden, hier verlaufen Linien, die nicht mehr unter einer Bewegung zusammenzufassen sind.Wer mit Blickwinkel Nicaragua oder El Salvador über einen entstellten Imperialismusbegriff eine vorrevolutionäre Stimmung in der Bundesrepublik jetzt ausmacht, kann mit keinerlei politischem Verständnis rechnen.

ZURÜCK ZUR STARTBAHN

Die formulierte Kritik an Praxis und Theorie der radikalen Linken bezieht sich nicht allein auf die Startbahn. Es wäre unlauter, die Bewegung gegen die Startbahn unter die gelegentlichen Scharmützel an der Mauer zu subsummieren.An all den Sonntagen an denen es nicht krachte und die Presse folglich nichts zu berichten wußte, diente die Startbahn als wichtiger Kommunikationsort , auch zur Organisation der verschiedenen Bi's. Es ging in erster Linie darum, die über Jahre gewachsenen internen Strukturen zu retten,das "Nichtvergessen" zu dokumentieren , sowie gegen z.B. den jetzt geplanten weiteren Ausbau des Flughafens zu mobilisieren.

Trotzdem gilt die Kritik an ritualisierten Politikformen auch für die Sonntagsspaziergänger; welche Perspektiven im Widerstand an der Startbahn stecken sollte nun kritisch überprüft werden, Sinn und Zweck sind Außenstehenden schon länger nicht mehr klar.
Der Vertauensverlust der außerparlamentarischen Bewegung kann jetzt nicht durch Flucht vor Öffentlichkeit aufgefangen werden.Der jetzt anstehenden Kriminalisierung, wie der Kriminalisierung überhaupt, können wir nur solidarisch begegnen.
Eins muß noch klargestellt werden : Der Tod der beiden Polizisten ist nicht bloß wegen den drohenden repressiven Konsequenzen für uns zu bedauern, sondern ganz klar auch wegen der Toten selbst. Wenn sich jemand aus der Linken damit zu trösten versucht, daß "bloß" zwei Bullen tot sind,übersieht, daß es auch und in erster Linie zwei Menschen waren,für deren Opfer es keinen Grund gibt. Die beiden Menschen auf ihre Funktion als Polizisten zu reduzieren,folgt genau der brutalen Abstraktionsmethode,mit welcher der [illegible]beitskraft, zu Material, das verschleisst wird, reduziert.Für den Staat sind Polizisten tatsächlich keine Menschen,sondern lediglich Instrumente, die den Gefahren der Herrschaftssicherung ausgesetzt werden.Für uns Linke jedoch geht es darum den Menschen von seiner Charaktermaske zu befreien und ihn als Mensch zu konstituieren,ihn nicht danach zu behandeln, wozu ihn die Herrschaft gemacht hat.
Die Tatsache, daß der Bulle zur "anderen Seite" gehört darf noch lange kein Grund sein, ihm seine Rechte als Mensch abzusprechen.
Linke Politik muß eine konstitutive Tötungshemmung enthalten, das unterscheidet uns grundlegend von den Funktionsträgern herrschender Gewalt. Der Mensch darf niemals bloß als Mittel irgendeiner Strategie gesehen werden, sondern muß immer zugleich auch Zweck sein. Der einer freien Gesellschaft immanente Humanismus muß auch auf dem Weg dorthin ständig bewahrt bleiben.
Wenn genau die staatstragenden Kräfte, diesoziale und politische Konflikte jederzeit auf Konflikte mit der Polizei verkürzen, jetzt Krokodilstränen vergießen,ist darin nur eine weitere Verhöhnung und Instrumentalisierung der toten Polizisten zu sehen: Im Klima des Erschreckens sollen die Ladenhüter der ganz normalen Innenpolitik wieder mit dem Glanz von Effektivität und Notwendikeit versehen werden.Die Antwort der Grünen im Bundestag und der meisten selbsternannt Gewaltfreien überhaupt, lautet : dem Staat entgegenkommen.
Der Fahndungsaufruf der Grünen belegt einen weiteren Bruch mit linken Selbstverständlichkeiten. Wessen Wohnungen sollen denn da durchsucht, wer denn festgenommen werden? Woher das plötzliche Zutrauen in die Wahrheitsliebe und -fähigkeit der Fahndungsorgane? Oder geht es hier der "Parlamentsscene" nur darum möglichst schnell einen "Schuldigen" zu finedn, den "Schaden" zu begrenzen? Zu offensichtlich ist die Konsequenz einer Politik, die eben noch von Stand- und Spielbein faselte, und nun Bekenntnisse zu dem verlangt,was es sowieso schon gibt, dem staatlichen Gewaltmonopol.
Mit Leuten, die das gesunde Volksempfinden zur Grundlage ihrer Politik machen, ist keine Gemeinsamkeit mehr möglich .
Das sind lediglich Versuche, die Stigmatisierung als " Linke " , als " vaterlandslose Gesellen " loszuwerden. Nicht Kritik äußert sich darin, nur Selbstverdummung , die genau das kosten wird, was Grüne Parlamentarier um keinen Preis verlieren wollen - die Bahnsteigkarte fürs Parlament.
Wer die Grünen als Projekt noch ernst nimmt, verlangt von ihnen eine solidarischere Politik gegenüber der radikaleren Linken.Es gibt Grenzen des Zugriffs auf ein Individuum die auch eine grüne Partei respektieren muß. Es kommt darauf an,den Fall genau aufzuklären und den potentiellen Tätern die Gelegenheit zu geben, an einem neuen selbstkritischen Diskurs der versprengten Linken teilzunehmen.

LINKE LISTE - Uni-Frankfurt



AUFRUF

zum

300. Sonntagsspaziergang

1.Nov.'87

gemeinsamer Treffpunkt: 14 Uhr – SKG-Heim Walldorf

aktueller Anlaß

–Flughafen dehnt sich weiter aus!–

15 Uhr KUNDGEBUNG am Radarturm

anschließend **ORTSBEGEHUNG**

Ein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens steht bevor. In einer großangelegten Kampagne kündigt die FAG umfangreiche Um- und Ausbaumaßnahmen an. Geplant ist laut Generalausbauplan u.a. im Osten die Terminalerweiterung. Bedingt durch dieses Vorhaben muß ein Teil der dortigen Infrastruktur ausgelagert werden, nach den Plänen der FAG in den Süden neben die US Air-Base und den neuen Tower.
In Abweichung des Generalausbauplanes der FAG von 1985, sollen jetzt hier, über den Bereich der vorhandenen Flugzeughallen 8 und 9 hinaus, weitere Ausbauvorhaben realisiert werden. Es handelt sich in einzelnen um Hubschrauberlandeplatz, Flugzeugwartungshallen, ein Verwaltungs- und Kantinengebäude, Hangars, Werkstätten und Abfertigungsgebäude.
Der Regionale Raumordnungsplan Südhessen Stand 1986 weist das fragliche Gelände als Waldfläche aus. Die FAG hat im Juli 87 einen Antrag auf ein Abweichungsverfahren gestellt, mit dem Ziel, daß das Gelände in Gewerbegebiet umgewandelt wird. Davon betroffen ist sowohl Waldfläche innerhalb des jetzigen Flughafenzaunes (Rodungsantrag für Herbst 87 wurde bereits gestellt), als auch weitere 10 bis 12 ha Wald außerhalb. Die Geschichte des Flughafens zeigt ganz klar, er hat seit seinem Bestehen vor über 50 Jahren nie aufgehört zu wachsen. Die Tatsache, daß nach dem Bau der Startbahn 18 West und div. Waldtauschgeschäften, das gesamte Waldgebiet zwischen der Startbahn und der Air-Base, also im Süden des Flughafens bis Ortsgrenze Walldorf allein dem Land Hessen und der FAG gehören, läßt berechtigtes Mißtrauen aufkommen. Mit dem Land Hessen als Anteilseigner am Flughafen wird es den Herren der FAG ein leichtes sein zu gegebener Zeit weiter zuexpandieren.

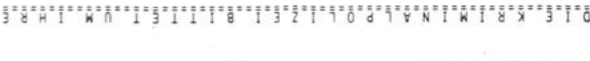
6.Jahrestag -HÜTTENDORFRÄUMUNG-

2.Nov.'87 Treffpunkt: 18 Uhr – SKG-Heim/Walldorf

Wir fordern:
- Keine Startbahn 18 West!
- Generelles Nachtflugverbot von 22–6 Uhr!
- Keine weiteren Ausbaumaßnahmen!

Die Proteste gegen Umweltzerstörung, Lärm und Militärbetrieb in unserer Region gehen weiter Sonntagsspaziergänge gegen die Startbahn 18 West ab 14 Uhr SKG-Heim Walldorf

HESSISCHES LANDESKRIMINALAMT



D I E K R I M I N A L P O L I Z E I B I T T E T U M I H R E

M I T H I L F E

Die Sonderkommission der Kriminalpolizei bittet Sie, mit dazu beizutragen, daß die Mordtaten an der Startbahn völlig aufgeklärt werden können.

Jede besondere Wahrnehmung und jeder Hinweis auf Personen, die Näheres wissen könnten, ist wichtig.

Wir fragen vor allem diejenigen, die als Teilnehmer der friedlichen Protestbewegung gegen die Startbahn Beobachtungen machen konnten.

Wer hat am Montag, dem 2. November 1987, bei den Vorbereitungen zu der geplanten Demonstration Ungewöhnliches bemerkt:

Besondere Absprachen, Bewaffnungen, Warnungen ?

Von wem wurden in irgendeinem Zusammenhang Schußwaffen erwähnt ?

Wer hat Andreas E I C H L E R am Sonntag oder Montag gesehen ?

Mit wem wurde Andreas E I C H L E R gesehen ?

Wer wurde von der Gruppe um E I C H L E R angesprochen ?

Welche Fahrzeuge sind Ihnen im Zusammenhang mit der Tat aufgefallen ?

Bitte geben Sie Ihre Hinweise, die nach Prüfung des Einzelfalles auch vertraulich behandelt werden, entweder an Ihre Polizeidienststelle oder rufen Sie die Sonderkommission über Telefonnummer 069/ oder 069/ oder 069/ an.

Für besonders vertrauliche Hinweise benutzen Sie bitte die Telefonnummer 069/

Diese Anrufe werden nicht von einem Polizeibeamten entgegengenommen, sondern von einem Tonbandgerät aufgezeichnet.

SOKO 18 West z.Z. Frankfurt a.M., d. 08.11.87

300. SONNTAGSSPAZIERGANG gegen STARTBAHN WEST

1.11.87

14[00] SKG–Heim

DEMONSTRATION gegen die neue Flughafenerweiterung



6. JAHRESTAG der HÜTTENDORFRÄUMUNG

Mo. 2.11.87

18[00] SKG–HEIM

FACKELZUG



